

SPITZEL

Kleine Danksagung:

Ohne die Hilfe von manchen
hier ungenannt Bleibenden
wäre dieses Buch nicht zustande
gekommen. Namentlich danken
wollen wir dem Papiertiger-
Archiv in Berlin, das unsere
Recherchen unermüdlich
unterstützt hat, den KollegInnen
von MetroGap, die unsere
Redaktionssitzungen mit Geduld
ertragen haben, und all denen,
die unsere mitunter miese
Laune beim Sichten widerlicher
Spitzelgeschichten ausgehalten
haben. Gedankt sei auch denen,
die Korrektur gelesen haben
– wenn jetzt noch Fehler zu
finden sind, gehen sie aber
selbstverständlich auf die Kappe
der Herausgeber.

**[Inhaltlich unveränderte Fassung
der vergriffenen Printausgabe – aus
technischen Gründen nicht immer
ganz seitenidentisch.**

**2016 der RHZ als PDF zur
Verfügung gestellt.]**

Berlin | Hamburg 2004

Assoziation A

ISBN 3-935936-27-3

Buchgestaltung und Satz: kv

Markus Mohr | Klaus Viehmann | Hg.

SPITZEL

EINE KLEINE SOZIALGESCHICHTE

Assoziation A

Wer ist ein Spitzel?

Einleitung der Herausgeber	7
Gerhard Sälter: Die Polizei und ihre Spitzel	
Eine gemeinsame Entstehungsgeschichte ...	17
Brigitte Lenel: Urspitzel Judas	27
Markus Mohr: »Unter der Leitung eines gewissen Stieber«	
Über den Aufstieg eines Spitzels zum preußischen Geheimrat	37
Wolfgang Eckhardt: »Genugtuung mit Waffen«	
Die Diffamierung Bakunins als Agent Russlands	45
Wladislaw Hedeler: Valentin und Rasskin	
Das Doppelleben von Ewno Asew	53
Knud Andresen: Spitzel als Meinungsforscher	
Die Hamburger »Wirtschaftsvigilanten« ...	55
Leo Trotzki: Über Spitzel	61
Wladislaw Hedeler: Genosse X	
Roman Malinowski	65
Gideon Botsch: Adolf Hitler: V-Mann der Reichswehr	69
Matthias Grzegorzcyk: Die KPD, Spitzelei und die Abwehr	81
Wladislaw Hedeler: Rede, Genosse Mauser!	
Alfred Kattner	91
Markus Mohr: An den Spitzel Ernst Rambow wird immer noch ...	99
Tobias Lenel: Rosenkranz und Gildenstern	105
Elfriede Müller: Le cousin	
Spitzel im politischen Kriminalroman und Film	109
Gerhard Sälter: Vom Überwachen der Überwacher	
Spitzel des MfS in der Grenzpolizei der DDR ...	117
Markus Mohr: »S-Bahn-Peter«	
Eine Textcollage zur Westberliner APO	123
Fallbeispiel: So sehen Spitzel aus	133
Klaus Viehmann: »you can kill a revolutionary, but you can't ...«	
Ein tödlicher FBI-Spitzel	135
Christian Halbrock: »Kiste«	
Anmerkungen zu IM »Raffelt«	139
Markus Mohr: »Zwei bis drei kräftige Ohrfeigen«	
Ein Regierungsamtmann im tiefsten Bottrop ...	151

Markus Mohr: » Ich fühle mich weder als Konterrevolutionär ... «	
Die verwirrten Lebensbeichten des Spitzels Ulrich Schmücker	157
Wolf-Dieter Vogel: Ein V-Mann-Führer	168
Sebastian Haunss: Gegenspionage	
Bespitzelte Spitzel	173
Fallbeispiel: Gefundene Anti-Anti-AKW-Spitzel	177
Wie eine Institution ihre Spitzel malt	180
Klaus Viehmann: Im Auftrag ihrer Herren	
Spitzel im Knast	181
Mariella Schwertmüller: Zwielichtige Quellen	
V-Männer in der NPD	185
»Die Schlapphuttaffäre« eines Neonazi-Spitzels	190
Fallbeispiel: Ein »Bürovorsteher« mit gewissem Erfolg ...	192
Dario Rossa: Erbärmlich	
»Zapfer Kurt« und seine Opfer	195
Fallbeispiel: »... ist halt unser Berufsrisiko.«	200
Fallbeispiel: Verdeckte Ermittler in Tübingen	202
Fallbeispiel: Zwei typische Flugblätter ...	207
Fallbeispiel: Plagiat auf ein Lebensgefühl	208
Fallbeispiel: Vergebliches Warten im La Montanara	210
Fallbeispiel: »Planvoll auf der Erkenntnis fußend«	212
Fallbeispiel: Der Berufswunsch eines Abiturienten ...	216
Fallbeispiel: »Zeit für sich«	218
Christine Daiminger: Multiple Persönlichkeiten?	
Zur Psychopathologie des Spitzels	221
Raul Zelik: Der Spitzel und das Massaker	
Die kolumbianische Variante ...	233
Klaus Viehmann: Nicht alle Spitzel haben zwei Beine	
Schnüffelwerkzeug und wie es verkauft wird	241
Fallbeispiel: Mehr als sieben Jahre basteln Verfassungsschutz ...	248
Die AutorInnen	252
Über solche und solche Spitzel	
Anstelle eines Nachworts	253
Abbildungs- und allgemeiner Zitatennachweis	255

SPITZEL, *n. m.*, meist als weiterbildung zu spitz, *m.* erscheinend (*deminutiv, nebenform* zu spitzlein, *s. dies*, vgl. jedoch unten 4), einmal *mnd.* bezeugt (*s. unten 1, a*), in neuerer zeit nur auf *bair.-österr. sprachgebiete* heimisch, von wo aus es kürzlich in einer besonderen bedeutung allgemeinere ausdehnung, aufnahme in die schriftsprache gefunden hat (*s. unten 4*). ...

4) wie spitz 9 als *m. bair.-österr.* 'ein späher, welcher das was andere thun, einem vorgesetzten heimlich zuschwätzet'. HÖFER 3, 103, *schmähwort auf einen diener der geheimpolizei*. HÜGEL 153^a, *späher, polizeidiener* SCHÖPF 690, *zuträger, heimlicher denunziant (verächtlich)*. SCHM.² 2, 693, so in neuerer zeit allgemein bekannt geworden und auch in der schriftsprache gebraucht. vgl. unten spitzelei, spitzelthum und die folgende stelle, wo diese bedeutung jedoch nicht mit sicherheit erkennbar ist: wem wäre das heutige Wien nicht lieber, als das alte mit seinen spitzen und seinen Praterfahrten? AUERBACH *tageb. aus Wien* (1849) 7. *polizeispitzel, lockspitzel (übertragung des französischen agent provocateur)*. vielleicht in diesem sinne als eine besondere art von *nomen agentis* zu spitzen anzusehen (vgl. spitz 9). *deminutiver sinn* ist jedenfalls hier nicht ersichtlich. SPITZELEI, *f.* zu spitzel 4: wo regierung und bevölkerung die spitzelei eine weile gewähren lassen, da wird und musz sie immer eine officiële werden. *Frankfurter journal* 1871. 22. märz. *hauptblatt (aus der Wiener presse)*.

SPITZELTHUM, *n.* zu spitzel 4: nichts steht aus der reaction der 50er jahre bei dem Deutsch-österreicher, und namentlich bei dem Wiener, in so entsetzlicher, in so finsterer erinnerung, als das officiële politische spitzelthum. *Frankfurter journal* 1871. 22. märz. *hauptblatt (aus der Wiener presse)*.

Wer ist ein Spitzel?

Einleitung

Neben *Spionen, Agenten, V-Leuten, Informanten, Agent provocateurs, Kundschaftern des Friedens, Kronzeugen, Denunzianten, Diversanten, Mouchards, Blockwarten, Vigilanten, Sykophanten, Spähern* und *Verrätern* gibt es auch *Spitzel*. Im Etymologischen Wörterbuch von Kluge wird *Spitzel* auf das 19. Jahrhundert zurückgeführt, als ein soziales Milieu, dass die Herrschenden als »Gaunerwelt« ansahen, seine Sprache entwickelte. Ursprünglich stamme das Wort aus dem österreichischen Sprachraum, ihm sei der *rotweiße Spitz* als Bezeichnung für einen Polizeiagenten vorausgegangen. *Spitzel* findet sich zwischen den Einträgen *Spitzbube* und *spitzfindig*. »Spitzfindig« wird jemand genannt, der »fein und listig« ist und »feine Kunstgriffe kennt«. *Spitzbube* verbindet Kluge mit »scharfsinnig«, auf »seinen Vorteil aus«, und hätte »häufig einen freundlichen Unterton«. Eine so wohlwollende Charakterisierung wird aber niemals einem Spitzel zuteil. Spitzel und Bespitzelung sind eindeutig negativ konnotiert.

Was macht einen Spitzel aus, was ist das Besondere an ihm? Auch wenn ein Spitzel denunziert, so ist er doch von der Figur des Denunzianten zu unterscheiden: Ein Spitzel nutzt nicht bloß Gelegenheiten aus, er hat den Auftrag, sie aktiv herzustellen. So steht selbst der Verräter noch über ihm. Zwar verrät auch ein Spitzel, doch im Unterschied zum Verräter hat er nie die Sache oder die politischen Ziele und Träume geteilt, für die Menschen sich einsetzen, leiden, kämpfen und auf deren Verwirklichung sie hoffen. Ein Spitzel kann für sein Tun nicht die geringste politische Legitimität beanspruchen. Um der eigenen kläglichen Existenz etwas abzugewinnen, mag sich ein Spitzel in dem Bedeutung und Gefährlichkeit erheischenden Begriff »V-Mann« sonnen, was eine besondere Verbundenheit – oder noch absurder: ein Vertrauensverhältnis – zu den Repressionsorganen ausdrücken soll. Aber auch das ändert nichts daran, dass ein Spitzel aus der Perspektive aller Beteiligten einfach das allerletzte ist. Der Satz, dass alle den Verräter verachten, aber den Verrat lieben, gilt auch für Spitzel. Sie werden gehasst, aber viele wollen Informationen. In der Behördenhierarchie steht er ganz unten und wird je nach Bedarf angeworben oder ausgemustert. Für die Bespitzelten ist er – je mehr, je näher er sich ihnen nähern konnte – ein widerwärtiger Lügner und Betrüger, der sie nach Strich und Faden ausgenutzt und hintergangen hat. Ein Spitzel besitzt auch nicht den Hauch einer Souveränität, wie sie vielleicht ein Agent oder Spion im Sold einer ausländischen Staatsmacht beanspruchen kann. Als bezahlter Mitarbeiter des inneren Repressionsapparates agiert der Spitzel so gut wie nie auf ausländischen Terrain. Wird die Praxis des Spitzel öffentlich, verwandelt er sich in eine Figur, die sich mit einem heute fast unbekannten Begriff beschreiben lässt: Sykophant. Der ist ein gewerbsmäßiger und gewinnsüchtiger Verleumder und Denunziant, der nicht davor zurück schreckt, die von ihm Bespitzelten der beliebigen Vergehen anzuklagen. In der alten Arbeiterbewegung wurden solche

Figuren gern als Provokateure und Diversanten bezeichnet. Ein in Permanenz gedachter Ausnahmezustand spitzt auch die Begrifflichkeit zur Beschreibung sozialer Beziehungen auf das Militärische zu: Diversanten sind Saboteure in der Schlachtordnung des gerechten und richtigen politischen Kampfes der Arbeiterbewegung für eine bessere Welt. Sie schrecken nicht vor heimtückischen Methoden zurück, zetteln politisch unsinnige Aktivitäten an, sind zu Fälschungen bereit und wollen Verwirrung in den eigenen Reihen stiften.

In umgangssprachlichen Sinne ist jeder ein Spitzel, der mit feindlichen Absichten versucht, auf jede nur erdenkliche Weise Informationen über das politische Gegenüber zu sammeln. So gesehen können auch zivil ver- und gekleidete Polizei- und Verfassungsschutzbeamte, die bei Demonstrationen, Veranstaltungen oder in Kneipen Informationen sammeln, Spitzel genannt werden. Im 19. Jahrhundert wurden solche gegen die aufkommende Arbeiterbewegung eingesetzten Staatsdiener auch Vigilanten genannt, die im Fremdwörterbuch des Dudens noch heute mit »wachsam und aufgeweckt« definiert werden. Unverständlich, dass die Attribute »klug und schlau« hinzu gesetzt wurden, denn für die Bespitzelten sind solche Spitzel in der Regel leicht erkennbar. Gegenüber beamteten Teilzeitspitzeln kann ein »echter« Spitzel nur der oder die sein, wer sich – oft mit falschem Namen und Legende getarnt – persönliche Beziehungen zu den Bespitzelten erschleicht und ihren politischen wie sozialen Alltag (scheinbar) teilt.

Auf dem dem Staat eigentlich unzugänglichen Terrain sozialer Beziehungen wird von den Administratoren des Spitzelwesens der höchste Informationswert vermutet. Aus dem herrschaftsimmanenten Zwang innere Sicherheit herzustellen, entsteht ein unberechenbares Gemisch aus Prävention und Projektion, das sich Jahrhunderte weit bis Judas zurück verfolgen lässt. Die zumindest latente antisemitische Aufladung des Christentums fand ihre Entsprechung auf sehr weltlicher Ebene, wenn Verschwörungen – der Juden oder der Ketzler – durch Folter, Hexenprozesse, Verräter – und eben Spitzel – entlarvt und vernichtet werden sollten. In der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, die sich die Existenz einer »Gaunerwelt« halluzinierte, symbolisiert und personalisiert der Spitzel die dunkle, abgeschottete, obszöne, kriminelle und ekelerregende Seite der Macht. Wo eine herrschaftsgefährdende Verschwörung unterstellt wird oder auch nur nicht völlig auszuschließen ist, sind Spitzel nicht weit. In der Bedienung der ewigen Angst der Herrschenden vor Verschwörungen weiß ein Spitzel, dass die Unterstellung oder Aufdeckung einer solchen sein Daseinsgrund ist. Politische Spitzel gedeihen besonders gut in einem Klima der Irreführung und Täuschung zwischen konspirativ agierenden Revolutionären und ihren Gegenspielern in Spionage- und Desinformationsdepartements. Für Geheimdienste und Konsorten ist das ihre originäre Aufgabe, während es für die andere Seite nur eine aus der Not gemachte Tugend ist.

Spitzel sind für den Staat eine Erweiterung seiner Kontrollinstanzen, um Prozessen sozialer Veränderung Herr zu werden. Selbst wenn der Einsatz von

Spitzeln als das Verschwinden offener Gewalt aus der gesellschaftlichen Sphäre gedeutet werden kann, so zielt sie wie jede Kriminalisierung politischer Praxis auf die Verschmelzung von Kriminalität und Revolution. Durch Spitzel kann eine Atmosphäre hergestellt werden, in der der gewaltsame Übergreif des Staates auf die sozial wie politisch Unangepassten möglich wird.

Über das Innenleben eines Spitzels kann von anderen gemutmaßt, aber auch geurteilt werden. Wenn Spitzel sich dafür entscheiden, sich einer höheren Macht mit Haut und Haar auszuliefern, so muss für sie darin ein gewisser Reiz liegen. Träumen sie davon den Tiger zu reiten? Aber Spitzelmotive wie Abenteuerlust, Geldinteresse, Zynismus und politische Selbstermächtigungs- und Allmachtsphantasien können sich mit den peniblen Bürokratenmanieren eines Spießers mischen.

Spitzel unterliegen einer alles andere als problemlosen Existenz: Sie ist prekär und von allen Seiten gefährdet. Jedes Auffliegen eines anderen Spitzels kann Existenzangst aktivieren. Wenn es sich um nicht-beamtete Spitzel handelt, wissen sie selbst, dass ihr Tun noch nicht einmal durch eine formale Legitimation abgesichert ist. Demgegenüber können eingeschleuste verdeckte Ermittler unter Umständen mit der Problematik des »Fraternisierens« konfrontiert sein, d.h. sie müssen im Verlauf ihres Einsatzes zunehmend verdrängen, dass sie ihre Kontaktpersonen hintergehen, ausschnüffeln und betrügen müssen. Alle Spitzel, besonders die zu ihrer Tätigkeit erpressten, stehen permanent unter Druck: Ihre Auftraggeber wollen Berichte und Ergebnisse, die zu produzieren erhöht aber die bedrückende Verwicklung des Spitzels in seine sozialen Kontakte. Es muss immer irgendwas passieren, denn sonst ist der Spitzel sein Geld nicht wert und wird womöglich fallen gelassen.

Rechte Spitzel, also Spitzel aus der Rechten, haben es erheblich leichter als »linke« Spitzel: Die Rechten haben im Prinzip die gleiche Ordnungsperspektive, auch wenn ihnen der Staat zu lasch ist. Gegen Repression und autoritäre Macht haben sie nichts. Die Linken sehen das ganz anders – sollten sie jedenfalls. Ihr emanzipatorischer Anspruch beisst sich eklatant mit der Tätigkeit eines Spitzels, die sich unentrinnbar und ständig wiederholend bis in die feinsten Fasern von Herrschaft und Unterdrückung einschreibt.

Die Berichterstattung über Spitzel hat, ähnlich wie die Veröffentlichung voyeuristischer Bilder, einen bestimmten Effekt: Jeder und jede, der und die das liest, hat dazu eine Meinung oder meint zumindest, eine haben zu müssen. Für Zuschauer und Öffentlichkeit ist ein (aufgedeckter) Spitzelfall ein Leckerbissen der Unterhaltung, denn komplexe politische Probleme werden nicht nur personalisiert, sondern durch die Verwicklung sonst kaum sichtbarer geheimdienstlicher Einrichtungen zu einem spannenden Kriminalroman im Echtzeitformat, dessen Ende man nicht kennt – aber leider oft genug auch nie kennen lernen wird. Wird eine Spitzelgeschichte herrschaftskonform publiziert, kommt sie im Gewande eines Kriminalfalls daher. Die angeblichen Täter werden vorgeführt, das unterstellte Verbrechen findet im Spitzelbericht

seine Bestätigung und die sonst nicht sichtbaren Herrschaftsorgane im Spitzel selbst ihre Verkörperung. Die Story ist aus für nachvollziehbar gehaltenen »Sicherheitsgründen« etwas vage, aber – wo Rauch ist, ist auch Feuer – glaubhaft. Erst mal. Solche in Absprache mit interessierten Stellen veröffentlichten Geschichten sollen Verwirrung und Irritation bei den Bespitzelten auslösen und die Souveränität und Allmacht der allwissenden Herrschenden belegen. Dieser Effekt verschwindet nicht dadurch, dass die Aufdeckung von den Bespitzelten selbst besorgt wird. Das ist zwar eine gelungene Staatskritik in Praxis und der Staat ist schon der Blamierte – aber als schadensbegrenzende und nicht Schaden vermeidende Maßnahme nimmt es wenig von der Wirkung eines zuvor erfolgreich tätigen Spitzels und den unvermeidlichen persönlichen, sozialen und politischen Nachwirkungen.

Generell gilt ja, dass eigentlich keine Seite ein Interesse oder die Möglichkeit hat, wirklich jeden Aspekt eines Spitzelfalls aufzudecken: Der Apparat will seine extralegalen und damit skandalträchtigen Informationsgewinnungsmethoden nicht weiter bekannt machen; der Spitzel will es nicht, weil er selbst in vielleicht strafbare Handlungen verstrickt war und unter Umständen Loyalitätsprobleme mit den von ihm Bespitzelten hat; die Bespitzelten wollen es nicht, da sie ohnehin ihrer Intimsphäre beraubt wurden und dass nicht noch fortsetzen wollen. Sowieso nicht, wenn sie außergesetzliche Pläne und Absichten hegten oder gar verwirklichten. Aus diesem unübersichtlichen Interessengemisch entsteht mitunter ein kleines »Gleichgewicht des Schreckens«, wo keine Seite ihre Karten auf den Tisch legt, um die andere nicht zum Ausspielen ihrer verbliebenen Trümpfe zu zwingen. Staat und Spitzel wissen etwas Kompromittierendes oder Justiziables, nutzten es aber nicht für einen Prozess, weil in diesem zu viel über den Spitzel und seine Dienstherren öffentlich werden könnte, und die Bespitzelten halten mit ihrem Wissen über manche Aktivitäten des Spitzels zurück, um nicht zu Angeklagten zu werden. Jede Enttarnung hat also etwas von einer Gratwanderung.

Das Verhältnis zwischen Spitzel und Bespitzelten kann schrecklich banal sein – die Betonung liegt auf schrecklich *und* banal. Banal kann sein, was ein Spitzel berichtet, von Essgewohnheiten bis zu unwesentlichen Gesprächsinhalten und Verhaltensweisen. Unter Umständen entwickelt dieses Verhältnis aber eine schreckliche, um Leben und Tod kreisende Dramatik: Das Opfer einer Bespitzelung, die unter Umständen bis in die intimsten Bereiche reichte, hat allen Grund entsetzt, wütend und verzweifelt zu sein. In Gedanken geht es sicherlich um den Tod des Spitzels – wirklich getötet werden aber die wenigsten Spitzel. Real geht es viel mehr um das Leben der Bespitzelten, für sie ist es überlebenswichtig eine Distanz herzustellen. Schließlich droht ihnen nach dem Bewusstwerden ihres ganz persönlichen Verratenseins die Entwertung wesentlicher Teile ihres privaten Lebens und die Zerstörung jedes Grundvertrauens in andere Menschen. Hinter banal klingenden Spitzelfällen stehen sehr oft persönliche Tragödien und langwierige Aufarbeitungsprozesse.

Das rege tagesaktuelle Interesse an Spitzelenthüllungsgeschichten und -skandalen korrespondiert mit dem weitgehenden Schweigen der Forschung. Die Diskrepanz zwischen der Vehemenz, mit der »Spitzelverdächtigungen« und Spitzelfälle in politischen Gruppen diskutiert werden, und der Tragweite, mit der sie das Leben und Verhalten von Menschen prägen können, einerseits, und der fehlenden Untersuchung solcher Fälle, andererseits, ist frappierend.

Dabei könnte die Erforschung des Phänomens Spitzel als eine angemessene Personalisierung der wissenschaftlich gut erforschten Themen Denunziation und Verrat durchgehen. Schließlich sind beide Tätigkeiten für Spitzel übliche Praxen. Aber Verrat und Denunziation lassen sich leichter als gesellschaftspolitische, soziologisch und psychologisch analysierbare Prozesse verstehen. Die Darstellung konkreter Spitzelfälle hingegen fällt in das Genre der Mikrostudien. So spannend sie im Einzelfall sein mögen, so schwierig ist die Formulierung allgemeiner wissenschaftlich fundierter Aussagen. Würde man es trotzdem versuchen, so blieben sie oft auf einer mehr oder minder trivialen Ebene.

Ein Spitzel ist eine zwielichtige, doppelbödig Figur, die empirisch schlecht zu fassen ist. Spitzel operieren – auch aufgrund unterschiedlicher, gar widersprüchlicher Anforderungen – schnell im Reich der Fiktion, sie sind in einem Gewebe aus Phantasie und Täuschung verstrickt und stricken selbst daran. Die Beziehung zur historischen Wahrheit ist nur mittelbar und mühsam herstellbar, denn die Person des Spitzels und seine Berichte werden nicht nur von realen Begebenheiten geformt. Spitzel erliegen aufgrund ihrer an sich unerträglichen und zudem im Wortsinne irrealen sozialen Situation oft der Versuchung, sich selbst und ihre Tätigkeit spannender oder wichtiger als sie ist, zu sehen und entsprechend zu berichten. Hinzu kommt, dass es in der Geschichtsschreibung seit jeher eine starke Tendenz gibt, Spitzel als Unpersonen aus der Widerstands- und auch Herrschaftsgeschichte wegzuretuschieben, um ihre Bedeutung zu minimalisieren. Die Tatsache, dass revolutionäre Bewegungen und antifaschistischer Widerstand durch Spitzel zersetzt und infiltriert werden konnten, verträgt sich nicht mit ihrer Heroisierung. Und dass eine verfassungsrechtlich legitimierte zivilgesellschaftliche Demokratie zu Spitzeln greift, ist ihren Geschichtsschreibern auch nicht angenehm, denn der vom Staat ausgeschickte Spitzel kann durchaus als ein Instrument totalitärer Machtentfaltung verstanden werden. Zudem schmälern die »Erfolge« von Spitzeln – die es historisch belegbar gibt – den Ruhm der Polizei, die lieber ihre eigenen klugen Ermittlungen in den Vordergrund stellt. Diktaturen rücken ihre Spitzel schon deshalb nicht ins Rampenlicht, weil es in ihren Gesellschaften per Definition niemanden gibt, den man bespitzeln müsste, und weil sie in ihrer zensierten Öffentlichkeit sowieso sämtliche Berichte über Repressionspraktiken ausblenden.

Zu diesem Buch: Die Herstellung dieses Buches war ungemein anstrengend. Gemeint sind nicht die bei Sammelbänden üblichen Auseinandersetzungen mit den verschiedensten Beteiligten oder die Mühen der Recherche oder das ausgiebige Nachdenken und Diskutieren über ein zwar vertraut klingendes, aber doch

neues und vielfältig verästeltes Thema. Anstrengend war es vielmehr, sich nicht von den Spitzelgeschichten und -fällen deprimieren zu lassen. Das Ausmaß der zu Tage tretenden Niederträchtigkeit, Berechnung und Unverschämtheit hat in manchen Momenten unser eher positives Menschenbild schwer angekratzt.

Wir sind sicher nicht naiv, was die Realitäten der Herrschaftsmethoden angeht, aber sie detailliert und in geballter Anzahl zu studieren, belastet und verzerrt die Wahrnehmung. Wer sich über Monate mit Spitzeln beschäftigt, hat wirklich Mühe, nicht überall welche zu sehen. Wir können nur davor warnen, sich quasi kriminalistisch über längere Zeit und womöglich alleine damit zu befassen. Wer das tut, wird vielleicht zum Spezialisten für Spitzel, aber auch paranoid. Davor hat uns geschützt, dass wir dieses Buch nicht als reine Recherche- oder Fallsammlung angelegt haben, sondern die historische und gesellschaftliche Dimension des Phänomens Spitzel viel stärker gewichtet haben. Spitzelfälle aus diesem Kontext zu reißen, bedeutet, sie nicht verstehen zu können und dennoch zum Zentrum der Erklärung politischer und persönlicher Entwicklungen und Verhältnisse zu machen.

Wir wissen, dass es in der Geschichte der Menschheit von Verschwörungen wimmelt und dass ohne die Kenntnis mancher Verschwörungen die reale Geschichte nicht zu verstehen ist. Aber wir machen keine Verschwörungstheorien auf und wir erklären Herrschaft auch nicht durch die Wirkung von Spitzeln und Geheimdiensten. Aber wir wissen, dass die sehr wohl versuchen, den Lauf der Geschichte und den Weg emanzipatorischer Bewegungen zu beeinflussen. Das sollten all die wissen, die selbst politisch aktiv sind oder Grund zu der Annahme haben, in den Wirkungsbereich von Spitzeln zu geraten. Das können leider sehr viele sein. Vor ein paar Monaten hätten wir die Anzahl der aktiven Spitzel niedriger geschätzt als wir es heute – mit guten Gründen – tun. Absolute Zahlen gibt es nicht und es waren in den verschiedenen historischen Epochen auch sehr unterschiedlich viele, aber für die letzten drei Jahrzehnte der BRD sind es eher Hunderte als Dutzende, die auf die Linke angesetzt wurden. Nicht alle waren gut platziert, nicht alle waren effektiv, aber auch längst nicht alle sind bekannt geworden. Wir haben eine Vorstellung von den Summen, die für Spitzel ausgegeben werden – in der Regel sind es eher ein-, zweitausend als ein paar hundert Euro pro Monat und Spitzel. In dokumentierten Einzelfällen sind es fünfhunderttausend Euro im Lauf einer Karriere geworden.

Systematische Anwerbungsversuche laufen bei jungen StudentInnen und bei alten GenossInnen, bei Männern und Frauen, bei Antifas und UmweltschützerInnen. Spekuliert wird dabei auf die Angst vor schlechten Berufsaussichten, Geldnot oder schlichte Blödheit. Eingeschleust als verdeckte Ermittler wurden und werden umgeschulte VerwaltungsbeamtenInnen, MEK-, LKA- und BKA-BeamtenInnen und getarnte Bundesgrenzschutzbeamte. Auftraggeber sind die verschiedenen Verfassungsschutzämter, die politische Polizei und auch der BND. Von ausländischen Geheimdiensten müssen wir vermuten, dass sie ihre eigenen Spitzel in bundesdeutsche Zusammenhänge einschleusen, wenn

sie das für nötig halten und sich ihnen die Gelegenheit bietet. Es gibt auch starke Indizien dafür, dass Konzerne Spitzel verpflichten, wenn sie ihre geschäftlichen Interessen bedroht sehen – und damit ist jetzt nicht der ganze Bereich der Wirtschaftsspionage gemeint, mit der bundesdeutsche Geheimdienste gern ihre Existenz nach dem Wegfall der »Bedrohung aus dem Osten« legitimieren möchten. Betroffen von Spitzeln sind nicht nur staatsfeindliche Gruppen und Personen, sondern auch deren vielleicht völlig unpolitische FreundInnen und MitbewohnerInnen. Bei der Legendenbildung verdeckter Ermittler oder Spitzel – man will es kaum glauben – wirken mit: Einwohnermeldeämter, Kfz-Zulassungsstellen, Schuldirektoren, Anwälte, deutsche Botschaften im Ausland, Passämter, Arbeitgeber, Finanzämter, Internetprovider, Telefongesellschaften und sogar im sozialen Bereich tätige Einrichtungen. Von den allermeisten Gerichten und Staatsanwaltschaften ganz zu schweigen. Hilfestellung leisten Psychologen und Techniker der verschiedensten Firmen und Behörden. Allerdings – es gibt offensichtlich in fast allen genannten Bereichen auch welche, die nicht mitmachen, weil es ihnen stinkt, für Spitzeleinsätze instrumentalisiert zu werden. Ihre Verweigerung ist Sand im Getriebe und Beleg der Binsenwahrheit, dass der Staatsapparat nicht alles so machen kann, wie er es gerne würde. Und das ist gut so.

Das Interesse, auf das dieses Buchprojekt bei vielen gestoßen ist, hat uns gefreut, wenn uns auch die eine oder andere Anfrage, was denn nun drin stehen werde, komisch vorgekommen ist. Und wenn wir uns mit AutorInnen beim Bier oder Kaffee getroffen haben, saßen am Nebentisch mitunter ganz merkwürdige Leute. Alle haben nun Gelegenheit, dieses Buch in die Hand zu nehmen und damit zu tun, was sie möchten. Vor Wut reinbeißen oder aufmerksam lesen – den einen gönnen wir ihre Zahnschmerzen und den anderen wünschen wir Erkenntnisgewinn.

Die Beiträge dieses Bandes sind mit einer Mischung aus reflektierter Distanz, historiographisch-sozialwissenschaftlichem Zugriff, Ironie, Lust und offener Verachtung geschrieben worden. Dass sie in der Gesamtschau ein heterogenes Bild ergeben, ist angesichts des komplexen Sachverhalts unvermeidlich. So mag dieses Buch dem Leser und der Leserin als eine Art Werkzeugkasten dienen.

Da Spitzel schon immer die Phantasie von Juristen, Polizisten, AktivistInnen, Marxisten, Christen, Stalinisten, Roman- und Kriminalschriftstellern angeregt haben, sind entsprechende Zitate der verschiedenen Genres im ganzen Buch verstreut zu finden.

Die Artikel folgen einer bis in die jüngste Gegenwart reichenden Zeitleiste, wobei die Beiträge selbst diese chronologische Ordnung durchaus explizit und implizit verlassen können. Gerhard Sälder beschreibt die Installation des Spitzelwesens durch die Pariser Polizei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Brigitte Lenel setzt die nicht nur allen Christen sehr geläufig erscheinende Figur des Judas einer genauen Quellenlektüre aus. Sie beschreibt den antisemitischen Gehalt einer unreflektierten Spitzeljagd und zerstört scheinbar gesicherte

Annahmen über die Figur des Urspitzels. Es folgt eine Reihe von Aufsätzen, die Spitzel und Vertreter der Arbeiterbewegung thematisieren. Paradox, dass Karl Marx, der Zeit seines Lebens mehrfach selbst als »Spitzel« denunziert wurde und Zielperson der Schnüffeltätigkeit des preußischen Spitzels Stieber geworden ist, eine Spitzelvorwurfkarte gegen Bakunin auszuspielen versuchte – der sich dagegen nötigenfalls im Duell zur Wehr setzen wollte. Unvermeidlich beim Thema Spitzel die Beschreibung Wladislaw Hedelers des das kaum glaublichen provokatorischen Wirkens der zaristischen Geheimpolizei anhand zweier ihrer prominentesten Spitzel: Asew und Malinowski. Die Erinnerungen Leo Trotzki an seine Spitzelerfahrungen in der Emigration lassen die Selbstverständlichkeit erkennen, mit der russische Revolutionäre mit diesem Phänomen umzugehen wussten. Das Spitzelwesens auf der politisch ganz rechten Seite untersucht der Beitrag von Gideon Botsch. Er arbeitet das besonders konstruktive Verhältnis der Reichswehr zu einem ihrer Spitzel unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges heraus. Als V-Mann bespitzelte er öffentliche Versammlungen in München und sammelte dabei seine ersten politisch-organisatorischen Erfahrungen. Zugleich besorgte das Schulungsprogramm der Reichswehr die Herausbildung eines überzeugten Antisemiten. Der Namen dieses Spitzels wurde in anderer Funktion weltweit berüchtigt: Adolf Hitler. Seine Spitzelkarriere belegt das besonders gute Arbeitsverhältnis zwischen politischer Rechten und geheimdienstlich arbeitenden Repressionsorganen. Diese spezifische Struktur scheint sich bis in die jüngste Gegenwart der NPD erhalten zu haben, wie es weiter hinten im Buch Mariella Schwertmüller u.a. am Beispiel des jahrzehntelangen NPD-Funktionärs Frenz nachzeichnet. Beiträge von Matthias Grzegorzcyk (Gruppe MAGMA), Wladislaw Hedeler und Markus Mohr wenden sich dem vielschichtigen Verhältnis zwischen Kommunisten und Spitzeln in der Weimarer Republik und im Faschismus zu. Erfolg und Tragik, Widerstand und Versagen liegen hier dicht beieinander. Die durch den Umgang mit Spitzeln in der KPD provozierten Probleme schreiben sich sogar bis in die Gedenkpolitik der jüngsten Gegenwart fort, wie sich an der Geschichte einer Gedenktafel in Berlin nachlesen lässt.

Dass die Rolle von Spitzeln in der Politik schon Shakespeare inspiriert hat, zeigt Tobias Lenel am Beispiel der beiden Spitzel Rosenkranz und Gildenstern, die im Spiel der Mächtigen am Hofe Hamlets unter die Räder kommen. Elfriede Müller arbeitet in ihren Beiträgen zum französischen Kriminalroman und einem Film die gelegentlich ambivalente Rolle von Spitzeln heraus, die in besonderen Fällen nicht nur negativ dargestellt wird.

Die Beiträge danach spielen, mit der Ausnahme desjenigen von Klaus Viehmann, der das u.a. gegen die Black Panther Party exekutierte COINTELPRO-Programm des FBI behandelt, in Deutschland Ost und West. Es geht um Spitzel in den Grenztruppen der DDR in den 50er Jahren, in der DDR-Subkultur der 70er und 80er Jahre, aber auch in der Deutschen Kommunistischen Partei Westdeutschlands. Nicht vergessen werden soll die jenseits aller Politik wohl

nur erbärmlich zu nennende Aktivität von Spitzeln im kriminellen Milieu, wofür uns Dario Rossa ein Beispiel liefert. Der bis heute in manchen Punkten unaufgeklärte Abgrund der staatlichen Instrumentalisierung und Tötung des Verfassungsschutzspitzels Ulrich Schmücker und die Geschichte seines ehemaligen Führungsoffiziers Grünhagen beschreiben zwei zusammen gehörende Artikel. Sebastian Haunss erinnert an eine erfolgreiche Hamburger Aktion Spitzel zu bespitzeln zu Beginn der 80er Jahre und Klaus Viehmann klärt des Gefängniswesens Unkundige ein wenig über Spitzel im Knast auf.

Gegen den Strom der aktuellen Publizistik und zeitgeschichtlichen Forschung, die sich ausgiebig mit den in den Akten der Gauck-Birthler-Behörde in fast luxuriöser Ausführlichkeit überlieferten Spitzeln beschäftigen kann, liegt der Schwerpunkt dieses Buches auf der Praxis von Spitzeln im Auftrag der Staatssicherheit West. Die Beschäftigung mit der exorbitanten Spitzelpraxis in der DDR kann durch den Hinweis bereichert werden, dass das 1990-92 durch die »Fichenaffäre« in der Schweiz bekannt gewordene Ausmaß der durch zehntausende Spitzel ausgeübten Überwachung der Bevölkerung die in der DDR quantitativ noch übertroffen hat. Selbstverständlich hat der Schweizer Staat nur rechtsstaatliche Spitzel gegen seine GegnerInnen, und die er dafür hielt, ausgeschickt ... Solche demokratischen Spitzel und Geheimdienste haben im innerdeutschen Vergleich einfach nur das bessere Ende und Image erwischt als ihre poststalinistischen Zwillinge, über die sie sich gerne erheben wollen.

Am Ende dieses Bandes erfolgt ein Sprung in die historische Aktualität. Christine Daiminger beschreibt in ihrem Artikel über die Psychopathologie von Spitzeln u.a. die heute üblichen Trainingsmaßnahmen für Undercoveragenten. Raul Zelik schildert die tödlichen Konsequenzen, die der Einsatz von Spitzeln in Kolumbien hat. Klaus Viehmann informiert abschließend anhand der Werbung für Spitzelzubehör über elektronische Spitzelei.

Neben diesen Texten finden sich die in einer anderen Schrift gesetzten Fallbeispiele, die wir versucht haben so zusammenzustellen, dass sie im Kontext des Buches eine Vorstellung von konkreten Spitzeln geben können. Sie sind vielleicht nicht repräsentativ, aber lehrreich. Wir haben bewusst darauf verzichtet, tagesaktuelle Fälle aufzunehmen, weil hinter deren aufgeregter Rezeption das generelle sozialgeschichtliche Phänomen Spitzel zu verblassen droht. Die hier eher skizzenhaft geschilderten Fälle lassen sich durch unsere Quellenangaben bei Bedarf und Interesse im Netz oder guten Archiven auch im Detail studieren.

Alle nicht namentlich gekennzeichneten Buchbeiträge sind übrigens von den Herausgebern zu verantworten.

Wir wissen, dass wir manche Aspekte in diesem Buch nicht hinreichend behandeln. Die Sorte Spitzel, die im Auftrag von DDR-Geheimdiensten westdeutsche Linke ausspioniert hat, ist z.B. bisher nicht hinreichend dokumentiert worden, da liegt noch ein großes Arbeitsfeld brach. Solche Informanten haben sich gerne als politische ÜberzeugungstäterInnen dargestellt, aber ihre Spitzelberichte

– soweit sie bekannt sind – unterscheiden sich in Klatschhaftigkeit und serviler »Ich-weiß-was«-Mentalität nicht von denen ganz gewöhnlicher Schnüffler. Und sie haben kassiert, mal Geld, mal Privilegien. Sie haben ihre FreundInnen und KollegInnen hintergangen und letzten Endes für die westlichen Geheimdienste gearbeitet, da die einige ihrer Arbeitsergebnisse von korrupten MfS-Mitarbeitern ankaufen konnten. Wer für einen Geheimdienst arbeitet, arbeitet für dubiose Beamte und tendenziell undichte Behörden – egal wo.

Die zumindest in politischen Kreisen naheliegende Frage »Wer ist ein Spitzel?«, wird hier an keiner Stelle explizit reflektiert. Wir wollen keine schematischen Spitzelenttarnungsrezepte liefern, wo selbstständiges Denken, Analysieren und Aufmerksamkeit jenseits der Paranoia gefordert sind. Wer dieses Buch gelesen hat, wird aber unserer Meinung und Hoffnung nach mit dieser Frage verantwortlicher umgehen können als zuvor. Er oder sie werden wissen, was sie schon wussten, dass es nämlich Spitzel gibt, aber sie werden hinzugelernt haben, wann, wie und wo sie aufgetreten sind. Welche Methoden sie anwenden, mit welchen Legenden sie arbeiten und wie sie – zumindest manchmal – enttarnt werden konnten. Sie werden auch eine Ahnung davon bekommen haben, in welchen Verhältnissen Spitzel wachsen und gedeihen können und welche soziale und politische Umwelt ihnen eher hinderlich ist.

In jedem Fall wären wir erfreut, wenn dieses Buch dazu beiträgt, den mit »Spitzel« eng verwandten Begriff »spitz« aus Grimms Wörterbuch auszufüllen. Denn dort ist nachzulesen, dass die Gabe, »die Lüge spitz zu kriegen ... wunderbar« sei. Eine derartige Gabe beziehe sich auf schnelles »verstehen« und »geistiges erfassen«. Werde man sich »über etwas klar« und gelinge es jemanden »spitz« zu bekommen, dann habe man ihn durchschaut und sei ihm »hinter seine schliche« gekommen.

Das könnte die diese Zeilen lesenden Spitzel durchaus beunruhigen.

Die Herausgeber

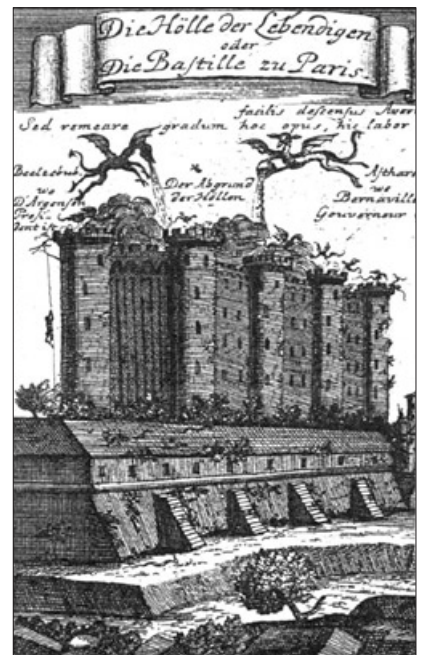
Die Polizei und ihre Spitzel

Eine gemeinsame Entstehungsgeschichte am Beispiel des vorrevolutionären Paris im 18. Jahrhundert

Entgegen einem weit verbreiteten Aberglauben ist die Polizei eine relativ neue Institution, und die Menschen vermochten durch Jahrhunderte hindurch ohne sie auszukommen. Spitzel dagegen hat es eigentlich schon immer gegeben. Es gab und gibt nur wenige Möglichkeiten, sich über die Geheimnisse, Ziele und Vorhaben einer Gruppe oder Organisation zu unterrichten, die der eigenen gegenüber feindlich auftritt. In den historischen Epochen, in denen Menschen hauptsächlich mündlich und durch Briefe miteinander kommunizierten, mussten diese beiden Kommunikationsformen überwacht werden. Deshalb wurden und werden schon seit dem Altertum Methoden entwickelt, Nachrichten heimlich zu übermitteln oder ihren Inhalt zu verschlüsseln, um Informationen unter den Augen der jeweiligen Gegner und dennoch heimlich austauschen zu können.

Um dagegen den Inhalt von Gesprächen zu erfahren, muss jemand anwesend sein, der bereit ist, das Gehörte auch weiterzugeben – ein Spitzel. Vom Verräter unterscheidet den Spitzel, dass er sich einer Gruppe von vornherein nur angeschlossen hat, um deren Geheimnisse zu erfahren und weiterzugeben. Der Verräter dagegen gehört dieser Gruppe zunächst an und entschließt sich zu einem späteren Zeitpunkt freiwillig oder unter Zwang, deren interne Kommunikation preiszugeben. Vom Denunzianten unterscheidet den Spitzel, dass er, zumindest für eine gewisse Zeit, systematisch angeleitet und häufig gegen Bezahlung arbeitet, während der Denunziant unregelmäßig oder einmalig Informationen weitergibt, die er in der Regel nur zufällig erfahren hat. Spitzel wurden immer da eingesetzt, wo zwischen Staaten, Organisationen und Gruppen Konflikte bestanden, die eine Überwachung der gegnerischen Kommunikation sinnvoll erscheinen ließen: in der Diplomatie, im Krieg, in den Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Wirtschaftsorganisationen, in Konflikten verschiedener politischer Gruppierungen oder auch im Revierstreit von Gangsterbanden.

In der langen Geschichte der geheimen Ausforschung durch Spitzel ist der Polizeispitzel eine relativ neue Erscheinung, denn er benötigte zu seinem ersten Auftreten einer grundlegenden Vorbedingung,



nämlich der modernen Repressions- und Polizeiapparate. Diese entstanden in Westeuropa erst seit dem Ende des Mittelalters in zwei großen Schüben. Zunächst wurde ein weit verzweigtes System von Zivil- und Strafgerichten geschaffen, die dafür zuständig wurden, Konflikte zwischen den Menschen und ihren Institutionen zu regulieren. Seit dem späten Mittelalter entwickelten sich in den meisten entstehenden Staaten und Herrschaften immer stärker zentralisierte Justizapparate, die bis zur französischen Revolution eine wichtige Rolle in der fortschreitenden Durchsetzung des Gewalt- und Strafonopols des Staates spielten. Einhergehend mit der Vermehrung der Gerichtsinstanzen und dem Aufbau eines regelrechten Instanzenzuges beanspruchte die Obrigkeit – im Bereich des Strafrechts mit einigem Erfolg – zumindest für schwere Schädigungen an Leib und Leben ein Monopol der Sanktionierung und versuchte diesen Anspruch durchzusetzen. Probleme gab es allerdings lange Zeit damit, dass viele Menschen ihre Konflikte weiterhin lieber ohne amtliche Formalitäten in ihren Dörfern und Stadtvierteln regelten bzw. diese unter Beteiligung der lokalen Herrschaft geschlichtet wurden. Das hatte den Vorteil, dass die von der Obrigkeit gesetzten sozialen Verhaltensregeln und die von ihr gesetzten Grenzen zwischen erlaubtem und verbotenen Handeln mehr oder weniger ignoriert werden konnten und stattdessen bei Konflikten und der Sanktionierung von Abweichlern die tradierten, im täglichen Mit- und Gegeneinander hervorgebrachten sozialen Regeln angewendet werden konnten. Ohne Anzeigen oder andere Formen der Information konnte die Justiz daher weder Verfahren einleiten noch Strafen verhängen und letztlich nicht einmal ihren Anspruch öffentlich dokumentieren. Aufgrund dieses Problems wurde im 17. und 18. Jahrhundert – gegen intensive Proteste und mit mäßigem Erfolg – für einige Delikte und Berufsgruppen, wie etwa Gastwirte, eine Anzeigepflicht eingeführt. Außerdem mussten Staatsanwaltschaften bei dem Verdacht auf Kapitalverbrechen zwingend ein Verfahren von Amts wegen einleiten. Vorher waren Gerichte fast nur auf die Klage der Geschädigten hin tätig geworden.

Ein zweiter Entwicklungsschub in der Herausbildung moderner Repressionsapparate setzte etwas später ein. Seit dem späten 16. Jahrhundert konnte die zentrale Herrschaftsgewalt (der König oder der Fürst) die lokalen Herrschaftsträger (der kleine Adel auf dem Lande und die städtischen Eliten) entmachten oder von ihren Positionen verdrängen. Darüber hinaus begann sie sich für die Lebensführung der einfachen Leute zu interessieren. Die soziale Kontrolle der Untertanen war vorher ohne wesentliche Einflussnahme der zentralen Herrschaftsgewalt organisiert worden. In einem abgestuften System lokal eingebundener Herrschaftsinstanzen und auf sozialen Unterschieden beruhender Machtbeziehungen hatten die jeweiligen Eliten soziale Konformität bei den Menschen in ihrem Machtbereich ihren Interessen und Mentalitäten gemäß durchgesetzt. Nunmehr entwarf die politische Zentrale in einer immer größeren Flut von Gesetzen und Verordnungen juristisch definierte Regeln und Normen, mit denen ihre Vorstellungen von einer sozialen Ordnung für das

Volk auch in dessen Alltag durchgesetzt werden sollten. Um deren Einhaltung zu kontrollieren und um die Entmachtung der mit immer weniger eigener Macht ausgestatteten lokalen Herrschaftsinstanzen auszugleichen, wurden seit dem 17., und verstärkt im 18. Jahrhundert, größere Verwaltungs- und Überwachungsapparate aufgebaut, deren eine die Polizei werden sollte.

Ein solcher Polizeiapparat entstand zum ersten Mal in der europäischen Geschichte in Paris. Mitte des 17. Jahrhunderts hatten sich die lokalen Eliten und das Volk von Paris an einem landesweiten Aufstand gegen die Krone beteiligt, der mit militärischen und politischen Mitteln beendet werden konnte. Einige Jahre später wurde vom König ein Bevollmächtigter für Paris eingesetzt, der die Hauptstadt in dessen Auftrag regieren sollte und der zentralen Verwaltung direkt verantwortlich war. Dieser königliche Statthalter mit dem Titel »Lieutenant Général de Police de Paris« ersetzte ein ganzes Netzwerk lokaler Herrschaftsinstitutionen, die von den städtischen Eliten gebildet, besetzt oder kontrolliert worden waren. Er besaß umfangreiche Vollmachten und war, wie in dieser Zeit üblich, gleichzeitig Verwaltungsbeamter und Richter am eigenen Gerichtshof. Ihm unterstanden bewaffnete Vollzugsorgane und er konnte im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung eigenständig Verordnungen erlassen. Trotz dieser umfangreichen institutionellen Macht gelang es ihm zunächst nicht, einen direkten Zugriff auf die Menschen in der französischen Hauptstadt herzustellen, die bereits knapp eine halbe Million Einwohner zählte.

In Paris wie in ganz Europa bedeutete »Polizei« zu dieser Zeit nichts anderes als die Herrschaft über ein Territorium oder eine Stadt und deren Verwaltung. In Paris erhielt der Begriff um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert eine andere Konnotation, die sich immer mehr auf exekutive Sicherheitsaufgaben, die Durchsetzung einer bestimmten Ordnung und die Überwachung der Bevölkerung einschränkte. Der »Lieutenant Général« baute hierfür einen eigenen Apparat auf und seit 1702 wurden die ersten Polizeiinspektoren eingesetzt. Damit waren erstmals in Europa Ämter geschaffen worden, deren Aufgabenstellung in etwa der einer modernen Polizei entspricht, nämlich die präventive Überwachung städtischer Räume, um eine bestimmte Ordnung zu etablieren und gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen. Öffentliche Sicherheit und die Regeln des alltäglichen Zusammenlebens, die vorher eher informell in den Alltagsbeziehungen hergestellt und von Gerichten auf eine Klage hin überwacht worden waren, wurden zu einer Domäne des Staates und seiner Polizei. Hierbei gab es das Problem, dass sich die Pariser in vielen Bereichen des städtischen Lebens der Kooperation mit der Polizei entzogen. Sehr bald kamen sie allerdings nicht mehr an der Polizei vorbei. Beispielsweise war diese dafür zuständig, die Qualität und die Preise der Lebensmittel auf den Märkten zu überwachen. Wurde nun verdorbenes Fleisch oder Brot zu überhöhten Preisen angeboten, musste man sich an den zuständigen Kommissar der Polizei wenden, der die Befugnis und die Mittel hatte, solche Missstände zu beseitigen. Je größer das Interesse in der Bevölkerung war, dass auf den Märkten

bestimmte Regeln befolgt wurden, desto mehr war sie auf die Polizei verwiesen, die zwar das staatliche Gewaltmonopol verkörperte und schützte, aber durchaus bereit war, ihre Autorität für die Einhaltung solcher Regeln einzusetzen.



In anderen Bereichen war das Interesse gering, sich mit Beschwerden, Klagen und Denunziationen an die Polizei zu wenden. Um unabhängig von der Kooperationswilligkeit der Bevölkerung mittels staatlicher Instanzen Informationen zu erhalten, begann der Einsatz von Polizeispitzeln, die entweder für die Inspektoren oder direkt für den »Lieutenant Général« arbeiteten. Seit dem letzten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts wurden sie überall dort eingesetzt, wo der Staat ein vitales Interesse an der Durchsetzung obrigkeitlicher Regeln und an der Verfolgung davon abweichender Handlungen besaß, über die aber aufgrund mangelnden – oder gar entgegengesetzten Interesses – kaum Anzeigen aus der Bevölkerung eingingen.

Neu war bei dieser Informationserhebung im Gegensatz zur älteren gerichtlichen Form der Normdurchsetzung, dass sie zwar auch zur Bestrafung führen konnte, aber nicht musste. Berichte über Gruppen, Personen und Räume mussten nicht sogleich eine strafende Reaktion provozieren, selbst wenn die gemeldeten Taten eindeutig strafbar waren. Es wurde auch einfach Wissen über die Gesellschaft und Individuen angehäuft, das unterschiedlich verwertet werden konnte.

Zunächst wurden die Beziehungen und Verhaltensweisen einer Gruppe studiert, um auf der Wissensbasis die Informationsgewinnung zu verbessern, präventive Maßnahmen zu entwickeln oder das Strafsystem zu verfeinern. Außerdem konnte man durch geheimes Sammeln von Meldungen soziale Rücksichten nehmen. Wenn ein Hochgestellter von den Spitzeln angezeigt wurde, konnte er anders behandelt werden als ein einfacher Mensch, ohne dass man negative Reaktionen in der Öffentlichkeit befürchten musste. Die Nachricht über sein Verhalten wurde, anders als bei einem gerichtlichen Verfahren, ja nicht öffentlich. Drittens konnte geheim angehäuften Material benutzt werden, um einzelne Verdächtige unter Druck zu setzen, ein bestimmtes Verhalten zu erzwingen oder einen neuen Spitzel zu gewinnen.

Die Pariser Polizei setzte Informanten vor allem da ein, wo Privatleute von Straftaten nicht geschädigt wurden und es daher kaum Anzeigen gab, der Staat aber ein erhebliches Verfolgungsinteresse hatte: Bei der Überwachung der öffentlichen Meinung und bei Religionsvergehen ging es um den Schutz des Staates selbst; bei der Kontrolle bestimmter Märkte waren ökonomische Interessen der Krone ausschlaggebend; bei der Überwachung von Homosexualität, öffentlicher Prostitution und Zauberei ging es um eine öffentliche Ordnung, die in den betreffenden Lebensbereichen erst hergestellt werden sollte.

Eines der zentralen Tätigkeitsfelder der entstehenden Polizeiorganisation in Paris wurde das, wofür heute die politische Polizei oder ein Inlandsgeheimdienst zuständig ist: die Überwachung der öffentlichen Meinung auf staatsfeindliche oder unzulässige politische Äußerungen. Die Spitzel der Polizei begaben sich an Orte, wo bekanntermaßen über Politik gesprochen wurde, und notierten die kursierenden Meinungen, um Stimmungsbilder zu gewinnen, die vom Polizeichef an das Innenministerium und den König übermittelt wurden. Sie versuchten auch, einzelne Kritiker und Meinungsführer zu identifizieren, um sie durch einen Prozess oder eine ohne Prozess angeordnete Haft unschädlich zu machen. Andere wurden mit den gesammelten Informationen so unter Druck gesetzt, dass sie von der Polizei gefertigte Meldungen und vom Hof gewünschte Meinungen verbreiteten.

Als zu bespitzelnde Orte kamen erstens einige Cafés in Frage, wo die besseren Stände (eine Tasse Kaffee kostete zu dieser Zeit etwa ein Fünftel des Tagelohns eines ungelerten Arbeiters) die ausgelegten französischen und ausländischen Zeitungen studierten und sich über die Tagespolitik unterhielten. Zweitens die Kneipen, in denen das einfache Volk verkehrte und über Lebensmittelpreise, Steuern, die aktuellen politischen Skandale, die Mätressen und Minister des Königs und die Entwicklung auf den europäischen Kriegsschauplätzen debattierte. Und drittens die Plätze, wo sich die »nouvellistes« trafen. Da die streng zensierten Zeitungen für eine politische Information praktisch unbrauchbar waren, trafen sich die Leute in Paris an bestimmten Plätzen, um politische Nachrichten mündlich auszutauschen und zu diskutieren. Neuigkeiten vom Hof wurden an anderen Orten verbreitet als Informationen über den jeweils aktuellen Krieg, über die Theater, innenpolitische Nachrichten oder die städtische Preispolitik. Da dies öffentlich geschah, hatten Spitzel relativ leichtes Spiel, wenn sie sich an den Diskussionen beteiligten, einigen Beteiligten bis in ihre Häuser nachgingen oder durch Herumfragen die Namen einzelner Redner herauszufinden suchten.

Ein zweiter wichtiger Bereich der politischen Polizei war die Überwachung des geschriebenen und gedruckten Wortes. Da, wie schon erwähnt, die staatlich zensierten Zeitungen wenig ausreichend informierten, hatte sich neben den auf Paris beschränkten mündlichen Kommunikationsbörsen eine illegale Zeitungsproduktion an der Zensur und Polizei vorbei entwickelt, um auch die Provinzen mit politischen Nachrichten zu versorgen, handgeschriebene Zeitungen wurden an zuverlässige Abonnenten im ganzen Land verschickt. Spitzel hatten mit dieser Form politischer Meinungsbildung deutlich größere Probleme als mit den mündlichen Nachrichten. Da die Redakteure und sogar die Kopisten, die die Texte für die Abonnenten vervielfältigten, mit langen Haftstrafen zu rechnen hatten, wenn sie erwischt wurden, verlegten sie ihre Büros relativ häufig und verkehrten mit ihren Kunden über Deckadressen. Dennoch gelang es der Polizei immer wieder, einige zu identifizieren und zu verhaften. Die Polizei interessierte sich für die Kundenlisten und versuchte

über die als neutral und zuverlässig geltenden Redaktionsbüros Nachrichten zu lancieren, die aus offizieller Quelle stammten. Hier entstand eine Spirale der gegenseitigen Durchdringung von Polizei und Zeitungen. Letztere versuchten nämlich, die ihnen aufgenötigten Meldungen durch einen Stilwechsel oder andere Mittel für ihre Leser kenntlich zu machen, oder sie schrieben einfach zwei Versionen: eine für die Kunden und eine für die Zensur der Polizei. Diese musste deshalb weiterhin auch die Büros überwachen, die sie bereits infiltriert hatte. Manche Redakteure gaben auch nur zum Schein dem Druck der Polizei nach. Während sie unter deren Aufsicht ein gesäubertes und zensiertes Medium publizierten, begannen sie gleichzeitig an anderer Stelle ein neues Büro für unabhängige Nachrichten aufzubauen.

Neben den handgeschriebenen Zeitungen überwachte die Polizei das Druckwesen, wo es nicht nur um die Zensur von Büchern, die gemeinsam von Polizei und Justizministerium, später auch von einem speziellen Zensurbüro, durchgeführt wurde. Daneben musste auch die Flut von Drucksachen überwacht werden, die im Alltagsleben entstanden und ebenfalls kritische Worte enthalten konnten. Hinzu kam die Verhinderung von Bücherschmuggel. Eine Vielzahl von Schriften, auch viele ausländische Zeitungen, solche mit unerwünschtem religiösen Inhalt (vor allem antikatholische Traktate, protestantisches und jansenistisches Schriftgut), manche Bücher der entstehenden Aufklärungsbewegung und eine große Zahl von Skandalgeschichten mit politischem und pornographischem Inhalt, sollten von der Hauptstadt ferngehalten werden. Sie wurden vornehmlich in den Niederlanden und in der Schweiz gedruckt und von erfahrenen Schmugglern nach Paris gebracht, wo sie entweder von ambulanten Händlern, den »colporteurs«, verbreitet wurden oder unter den Ladentischen der Buchhändler Platz fanden. Die Polizei versuchte mit Spitzeln in die Schmugglerringe einzudringen, um die Druckwaren schon auf dem Transport beschlagnahmen zu können und durch die Zerschlagung solcher Schmuggelorganisationen den illegalen Buchhandel zu unterbinden. Sie schickte auch Vertrauenspersonen zu Verkaufsstellen, die dort illegale Bücher verlangten, um Buchhändler und Caféhausbesitzer zu identifizieren, die verbotene Ware führten. Einige Schreiber und Verleger illegaler Literatur arbeiteten gleichzeitig als Spitzel für die Polizei und machten ihr Mitteilungen über ihre Konkurrenten.

Eng mit der politischen Sphäre verflochten war die Religion. Frankreich sollte nach Willen seines Herrschers ein katholisches Land sein, und die Königsherrschaft legitimierte sich wesentlich durch die katholische Religion. Deshalb waren Protestanten seit Mitte des 17. Jahrhunderts und verstärkt seit 1685 erheblichen Pressionen ausgesetzt. Ihre Gottesdienste wurden untersagt, sie durften ihre Kinder nicht mehr evangelisch erziehen und sogar ihre Auswanderung wurde verboten. Wenn sie nicht zum katholischen Glauben konvertierten, wurden sie vom wirtschaftlichen und politischen Leben weitgehend ausgeschlossen. In Hotels und Gaststätten wurden Spitzel eingesetzt,

die kontrollieren mussten, ob an Freitagen Fleischgerichte serviert wurden. Die Häuser von Gesandten und Botschaftern protestantischer Staaten, die für sich und ihre Bediensteten evangelische Gottesdienste abhalten durften, wurden überwacht, um herauszubekommen, ob nicht heimlich auch französische Protestanten daran teilnahmen. Besonders der dänische und der niederländische Gesandte standen in diesem Verdacht und haben einigen Spitzeln, die sich während der Gottesdienste draußen herumdrückten, Arbeit und Brot verschafft. Die unter Zwang konvertierten Menschen galten als unzuverlässige Katholiken, die daraufhin überwacht werden mussten, ob sie nicht heimlich doch die klandestinen Gottesdienste in den Kellern von Privathäusern besuchten und ihren Kindern das falsche Evangelium beibrachten. Das ließ sich herausfinden, indem man Spitzel als Hausangestellte in die zweifelhaften Familien einschleuste.

Ein besonderes Problem war das der Auswanderung protestantischer Familien. Dazu bedurfte man der Genehmigung des Königs, die aber nur selten gegeben wurde. Deshalb versuchten viele Protestanten – etwa der Hälfte von ihnen gelang es – ihr Hab und Gut heimlich außer Landes zu bringen und es dann auf verschwiegenen Wegen zu verlassen. Es entwickelten sich regelrechte Fluchthilferinge, die über Kontakte an den Grenzen und in den Hafenstädten verfügten, Führer in den einsameren Gebieten an der Grenze zu den Niederlanden und der Schweiz kannten, Passfälscher bezahlten und politische Kontakte in Paris und am Hof unterhielten. Diese Fluchthelfer wurden von der Polizei mit Hilfe von Spitzeln bekämpft, die als angeblich fluchtwillige Protestanten die Organisation infiltrierten und die Methoden und Wege der Fluchthelfer kennen lernen konnten. Einige von ihnen, und auch viele Protestanten, sind so in die Bastille oder andere Gefängnisse gekommen.

Die politische Polizei und ihr Spitzelnetz betrieben auch Spionage zum Nutzen der Außenpolitik. Für das französische Außenministerium und den König war es interessant, die Pläne ihrer jetzigen und künftigen Gegner zu kennen. Deshalb wurde nicht nur die Post der ausländischen Botschafter und Gesandten nach Möglichkeit überwacht, sondern man versuchte vor allem Hausangestellte in deren Residenzen einzuschleusen, um die Kontakte der Botschafter mit Franzosen zu überwachen und interne Informationen abzuschöpfen. Außerdem wurden die Hotels überwacht, in denen vornehme Ausländer abstiegen, denn diese galten als potentielle Spione und wurden, wenn sie einer mächtigen ausländischen Familie angehörten, ständig beschattet. In die Treffpunkte der vornehmen Ausländer in Paris wurden Horchposten geschickt, die sowohl deren Meinungen über die politische Situation in Europa protokollierten als auch die eine oder andere Information über die europäische Politik notieren konnten, die noch nicht nach Paris gelangt war.



Spitzel wurden aber auch schon in dem Bereich eingesetzt, der heute in etwa der Kriminalpolizei entspricht. Für Delikte, die man heute der Wirtschaftskriminalität zurechnen würde, interessierte sich die Polizei, weil die Einnahmen der Krone berührt waren. Nicht überall wurden Spitzel eingesetzt, aber beim Handel mit bestimmten Waren und mit Geld lässt sich das nachweisen. Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts waren bestimmte Baumwollstoffe, die »toiles peintes«, sehr beliebt, weil sie relativ billig waren und man sie einfacher farbig bedrucken konnte. Der Einfuhr solcher Stoffe und der Handel mit ihnen waren allerdings streng limitiert, weil Baumwolle kein französisches Produkt war und ihr Import französische Produzenten schädigen und dadurch die Steuereinnahmen des Königs vermindern würde. Alle legal importierten Stoffe mussten der Polizei präsentiert werden und erhielten eine Metallmarke. Die Polizei schickte Spitzel zu verdächtigen Händlern mit dem Wunsch, illegal importierte Stoffe zu kaufen. Hatten Kaufleute sie im Angebot, meldeten die Spitzel es dem zuständigen Polizeiinspektor, der daraufhin eine Durchsuchung vornahm und die illegale Ware beschlagnahmte. Dabei kam es in den Jahren bis 1715 zu Übergriffen der Polizei. Der zuständige Inspektor Tisserant nahm solche Durchsuchungen ohne die schon damals erforderliche richterliche Genehmigung vor und hat gemeinsam mit seinen Spitzeln Händlern in mehreren Fällen illegale Ware unterschoben. So konnte er die Zahl seiner Verhaftungen erhöhen und seinen Verdienst erheblich verbessern.

Bei allen Geschäften, die zwar illegal waren, aber aufgrund der verhandelten Ware mehr oder weniger öffentlich durchgeführt wurden, ging die Polizei in ähnlicher Weise vor wie bei den Baumwollstoffen, so auch bei den »billets de monnaie« – Staatsschuldverschreibungen, die aufgrund der mangelhaften Zahlungsfähigkeit der Krone immer mehr an Wert verloren. Das machte es für die Krone schwierig, neue Anleihen aufzunehmen, und das Finanzministerium verfiel deshalb auf den schönen Einfall, diese Schuldscheine einfach zu Geld mit staatlich definiertem Zwangskurs zu erklären. Obwohl die Scheine auf dem freien Markt mitunter nur zu einem Viertel ihres Nennwertes gehandelt wurden, durfte bei der Inzahlungnahme nur ein Abschlag von sechs Prozent berechnet werden. Jede Transaktion mit mehr als sechs Prozent Disagio wurde als Wucher verfolgt. Die Polizei stellte einen für die Überwachung dieser Vorschrift zuständigen Inspektor ab, der mindestens sechs Spitzel beschäftigte. Sie sollten Personen zu einem Ankauf von »billets de monnaie« zu überreden, um bei einem zu geringen Preisangebot eine Verfolgung einleiten zu können.

Eine besondere Aufgabe der Polizei war die Eindämmung männlicher Homosexualität. Seit etwa 1700 überwachte eine spezielle Gruppe der Polizei systematisch die Orte in Paris, von denen die Polizei annahm, dass sich dort Homosexuelle trafen. Homosexuelle Prostituierte und homosexuelle Priester sollten durch Spitzel, die heimliche Kontakte mit anderen Männern an öffentlichen Orten registrierten, identifiziert werden. Gegen »unwürdige« Priester, die, da der Katholizismus Staatsreligion war, im Gerede der Öffentlichkeit für

ein erhebliches Ärgernis sorgen konnten, wurden Lockspitzel eingesetzt. Der Spitzel Simonnet ließ sich von ihnen ansprechen und begleitete sie in ihre Wohnungen, um ihre Identität festzustellen. Da er ziemlich erfolgreich war, wurde er zum Inspektor ernannt und baute das »Schwulenressort« der Pariser Polizei weiter aus, in dem er dann selbst zahlreiche Lockspitzel führte.

Ein damals politisch und sozial viel sensibleres Delikt war die Zauberei. Hier mischten sich traditionelle Vorurteile mit modern anmutenden Definitionen. Seit dem späten Mittelalter waren immer mehr Frauen und Männer wegen Hexerei verdächtigt, verurteilt und hingerichtet worden. Die merkwürdige Konstruktion des Hexereidelikts aus Teufelspakt, Geschlechtsverkehr mit dem Teufel, Schadenzauber und Teilnahme am Hexensabbat hatte während der ganzen Verfolgungszeit namhafte Gegner gehabt, die sich aber nur langsam durchsetzen konnten. In Frankreich versuchte die Krone den Verfolgungsexzessen einen Riegel vorzuschieben, indem alle Anordnungen der Folter und Todesurteile durch ein Obergericht überprüft werden mussten. Die Todesstrafe wurde bei Hexerei seit 1625 nur noch äußerst selten verhängt. Allerdings passierte etwas sehr merkwürdiges: 1679 wurde eine Frau verhaftet, der man die Produktion von Giften, eine große Zahl illegaler Abtreibungen, das Abhalten Schwarzer Messen inklusive des Opfern kleiner Kinder vorwarf. Es wurde ein Sondergericht eingesetzt, das zahlreiche weitere Verhaftungen vornahm und den Kreis der Verdächtigen erweiterte. Dabei stellte sich heraus, dass ein großer Teil ihrer Klienten am Hof des Königs zu finden war, und dass mehrere der unheiligen Messen von Frauen in Auftrag gegeben worden waren, um sich die sexuelle Gunst des Königs zu sichern. Der wurde durch seinen Polizeichef über das Verfahren ständig auf dem Laufenden gehalten und entschied 1682, als schon mehrere Verdächtige zum Tode verurteilt und hingerichtet worden waren, dass das Verfahren niederzuschlagen sei. Einige Verdächtige wurden in die Verbannung und andere auf Lebenszeit ins Gefängnis geschickt.

Ein weiteres Ergebnis dieses Prozesses, dem als einem der wenigen Hexenprozesse tatsächliche Handlungen zugrunde lagen, war eine Gesetzesänderung. Das Delikt der Hexerei wurde abgeschafft und die darunter subsumierten Taten entweder nicht mehr, oder nach anderen Gesetzen, strafrechtlich verfolgt. Das unautorisierte Herstellen von Giften oder Abtreibung wurde weiterhin mit schweren Strafen geahndet. Ein Liebeszauber oder die Herstellung von magischen Amuletten war seitdem jedoch als Betrug definiert und wurde von der Polizei meistens als solcher verfolgt. Aber die haupt- oder nebenbe-

Klaus Beyrer (Hg.): Streng geheim. Die Welt der verschlüsselten Kommunikation (Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Museum Post und Kommunikation), Heidelberg 2000.

Robert Darnton: Literaten im Untergrund. Lesen, Schreiben und Publizieren im vorrevolutionären Frankreich, Frankfurt a. M. 1988.

Robert Darnton: Poesie und Polizei. Öffentliche Meinung und Kommunikationsnetzwerke im Paris des 18. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 2002.

Robert Darnton: Ein Polizeiinspektor ordnet seine Akten. Die Anatomie der literarischen Republik; in: ders.:

Das große Katzenmassaker,

München und Wien 1989, S. 169-217.

Arlette Farge: Lauffeuer in Paris. Die Stimme des Volkes im 18. Jahrhundert, Stuttgart 1993.

Arlette Farge und Jacques Revel: Logik des Aufruhrs. Die Kinderdeportationen in Paris 1750, Frankfurt a. M. 1989.

Gudrun Gersmann: Schattenmänner. Schriftsteller im Dienst der Polizei des Ancien Régime; in: Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte, hg. Günter Jerouschek, Inge Marbolek und Hedwig Röckelein, Tübingen 1997, S. 99-126.

- Michaela Hohkamp und Claudia Ulbrich (Hg.): Der Staatsbürger als Spitzel. Denunziationen während des 18. und 19. Jahrhunderts aus europäischer Perspektive, Leipzig 2001.
- Ulrike Kramp: Experiment Wirklichkeit. Auf der Suche nach dem Stein der Weisen im Paris des frühen 18. Jahrhunderts; in: Lügen und Betrügen. Das Falsche in der Geschichte von der Antike bis zur Moderne, hg. Oliver Hochadel u. Ursula Kocher, Wien 2000, S. 95-111.
- Gilles Malandain: Les mouches de la police et le vol des mots. Les gazetins de la police secrète et la surveillance de l'expression publique à Paris au deuxième quart du XVIIIe siècle, *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 42 (1995), S. 376-404.
- Gerhard Sälter: Denunziation – Staatliche Verfolgungspraxis und Anzeigeverhalten der Bevölkerung, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 47 (1999), S. 153ff.
- Gerhard Sälter: Gerüchte als subversives Medium: Das Gespenst der öffentlichen Meinung und die Pariser Polizei am Anfang des 18. Jahrhunderts, *WerkstattGeschichte* N° 15 (1996), S. 11-19.
- Gerhard Sälter: Polizei und soziale Ordnung in Paris. Zur Entstehung und Durchsetzung von Normen im städtischen Alltag des Ancien Régime (1697-1715), Frankfurt a. M. 2004.
- Angela Taeger: Die Karrieren von Sodomiten in Paris während des 18. Jahrhunderts; in: *MannBilder. Ein Lese- und Quellenbuch zur historischen Männerforschung*, hg. Wolfgang Schmale, Berlin 1998, S. 113-129.
- Alan Williams: *The Police of Paris 1718-1789*, Baton Rouge 1979.
- Ich möchte Gunter Mahlerwein herzlich für seine kritischen Hinweise danken.

ruflich als Zauberinnen und Magier arbeitenden Menschen, die sich mit Liebeszauber, Schatzsuche, Auffinden verlorener oder gestohlener Gegenstände, Wunderheilung, Herstellung von Heilmitteln oder Alchimie beschäftigten, standen weiter unter dem Verdacht, auch Gifte (*«poudre de succession»* – Erbschaftspulver) herzustellen oder Abtreibungen vorzunehmen. Besonders wegen dieser Delikte und nicht wegen des neuen Delikts magischen Betrugs galten sie als äußerst gefährlich. Es sind viele Fälle überliefert, die meistens durch den Einsatz von – oft weiblichen – Spitzeln aufgeklärt wurden. Die Inspektoren schickten eine sich als Kundin ausgebende *«demoiselle de confiance»* (Vertrauensperson) oder, wie Inspektor Loir, einfach die eigene Frau: Sie verlangten eine verbotene Dienstleistung, um die Betreffenden zu überführen. So konnte schnell und einfach der Nachweis für die illegale Handlung erbracht und die Betreffenden verhaftet werden.



Schon ein Jahrhundert vor der Revolution und Joseph Fouché, dem wendigen Polizeiminister Napoleons, war in Paris eine modern anmutende Polizeiorganisation entstanden. Diese hatte wie die meisten Obrigkeiten dieser Zeit das Problem, dass sich die Bevölkerung nur langsam und widerwillig in den veränderten Herrschaftsstil mit seiner zunehmenden

Reglementierung des Alltags fügte. Dieses Problem wurde noch verschärft durch die besondere Situation in Paris, wo die traditionellen Gewalten, die im restlichen Europa ihre Machtposition relativ langsam verloren, schnell entmachteter wurden und ein Vakuum hinterließen. Darauf reagierend baute die Polizei, neben anderen Herrschaftstechniken, ein relativ großes Netz von Polizeispitzeln auf, um in Bereiche der Gesellschaft vorzudringen, die dem Staat vormals verschlossen gewesen waren. Damit hatte sie neue Kontroll- und Repressionsmöglichkeiten, die im übrigen Frankreich und den meisten Staaten Europas erst später Standards der Herrschaft werden sollten. Einer der Schlüssel dazu war der intensive Einsatz von Spitzeln.

Urspitzel Judas

Judas ist populär. Der Verräter in den eigenen Reihen ist eine Grundangst aller großen Heilsbewegungen, die expandieren wollen. Mächtige Phantasien ranken sich um den Urspitzel. Doch die Quellenlage ist extrem dürftig. Nur die Evangelisten und die Apostelgeschichte berichten von Judas. Die knappen Erzählungen des Neuen Testaments sind die Grundlage aller künstlerischen (bildlichen, musikalischen, literarischen) oder theoretischen Auseinandersetzungen mit ihm. Durch sie weiß man: Judas Ischariot ist einer der zwölf engsten Schüler Jesus', dem Anführer einer jüdischen Sekte, der sich in Judäa als Wundertäter und Messias ausgibt, und großen Zulauf beim Volk hat. Judas verrät den strenggläubigen Schriftgelehrten und Pharisäern, wo Jesus zu finden ist – ohne dass dieser sich eigentlich versteckt hätte. Er erhält von ihnen dafür 30 Silberlinge, den »Judaslohn«. Beim Letzten Abendmahl, dem heiligen Stiftungsmahl, kündigt Jesus seinen Schülern an, dass einer von ihnen, Judas, ihn verraten werde. In derselben Nacht führt Judas die Häscher in den Garten Gethsemane, kennzeichnet Jesus durch einen Kuss: den »Judaskuss«. Jesus wird gefangen genommen und verhört. Das Gericht der römischen Besatzungsmacht unter Pontius Pilatus erkennt keine Schuld. Ein Freispruch scheitert am aufgehetzten jüdischen Volk, das Jesus' Tod fordert. So wird er ans Kreuz genagelt und stirbt. Daraufhin bereut Judas, versucht die Silberlinge zurückzugeben und erhängt sich oder stürzt sich zu Tode. Jesus' Auferstehung am dritten Tag erlebt er nicht mehr. Die anderen Schüler zerstreuen sich und erzählen Jesus' Geschichte weiter.

Zunächst deutet alles auf einen Fall ordinärer Spitzelei. Die ersten Christen durchleben einen Ablösungsprozess von ihrer Mutterreligion. Sie sind Juden, die um ihren Lehrer, den Messias, geschart, ihre Religion anders interpretieren. Sie missionieren unter Heiden wie Juden und werden deshalb mit Argwohn und Hass verfolgt: Eine religiöse Subkultur operiert im gefährlichen Terrain der Hauptreligion. Und einer läuft für Geld über und spielt den Kopf der Bewegung der anderen Seite in die Hände. Möglich ist es auch, den Fall Judas als politischen Verrat zu lesen. Nach einer Deutung des Namens Ischariot wird vermutet, Judas habe der politisch-religiösen Sekte der Sikarier angehört. Sie gilt als eine gegen die römische Besatzungsmacht kämpfende, radikale Abspaltung der Pharisäer, die einem starken Messianismus anhing. Möglicherweise wollte



Judas durch den Verrat Jesus dazu zwingen, sich als Messias zu offenbaren: als Retter der Juden, der die Römer aus dem Land jagt. Mit dem Tod von Jesus hätte er dann nicht gerechnet, er hätte sich verrechnet.

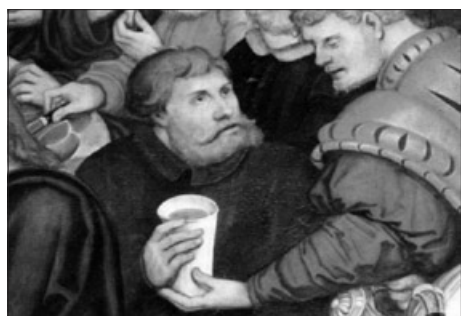
Die Evangelien-Geschichte scheint plausibel – bis auf einen Punkt: Jesus hat sich nicht versteckt und er war bekannt: Wozu es zu seiner Verhaftung eines Verräters bedarf, wird nicht klar. Wozu brauchte man Judas? Andere Irritationen knüpfen sich speziell an das Letzte Abendmahl: Wieso hindert niemand der am Tisch Sitzenden den als Verräter entlarvten Judas an seinem Tun? Und wieso liegen Verratsankündigung und heiliges Stiftungsmahl dicht beieinander?

Das Abendmahl im Bild: Kirchliche Bilder brachten die christliche Botschaft unters Volk. Noch heute werden Vorstellungen von Judas durch die Abendmahlsbilder tradiert. Sie hängen in jeder noch so abgelegenen Kirche, denn sie erzählen nicht nur von Jesus' Ankündigung des Verrats durch Judas, sondern auch von der allsonntäglich nachgefeierten zentralen christlichen Stiftungsszene, dem Heiligen Abendmahl, bei dem Jesus sich symbolisch opfert, indem er sich in Brot und Wein darbringt: »Dies ist mein Leib ... nehmet hin. ... Dies ist mein Blut, vergossen für euch ..., tut dies zu meinem Gedächtnis«. Auf den Bildern sieht man immer 13 Männer an eine Tafel gereiht. Das Sujet bleibt über 1.000 Jahre gleich, die Darstellung einer Gruppe mit – vielleicht – ein paar heraus-

ragenden Personen: Jesus der Segnende meist im Bildzentrum, dicht bei ihm Johannes, der junge Liebling, an Jesus anderer Seite Petrus, der erfahrene Erste und spätere Kirchenfürst, und irgendwo klein an den Rand gedrängt oder allein vor die Tafel gebannt, isoliert und böse (oft antisemitisch) gezeichnet: Judas. Diese Abendmahlsbilder zeigen den »Inbegriff des Verrats«, sie bringen das Drama auf den Punkt: eine innige, verschworene Gemeinschaft, die sich zum Abschiedsmahl um ihren Lehrer und Anführer schart, und unter ihnen: der Außenseiter, das schwarze Schaf, der geheime Feind, den man sofort erkennt, der gleich

alles zerstören wird. Ein solches Bild sei kurz betrachtet und interpretiert:

Das von Lucas Cranach d. Ä. ca. 1535 gemalte Abendmahlsbild, das in der Stadtkirche St. Marien in der Lutherstadt Wittenberg hängt, weist, gemessen an anderen Abendmahlsdarstellungen, mehrere Traditionsbrüche auf. Auffällig ist der runde Tisch und dass auf der rechten Seite einer der Sitzenden – Judas vielleicht? – sich heraus wendet zu einer fremdartig gekleideten Gestalt, die an den Tisch herantritt. Der Sitzende trägt die Gesichtszüge Luthers, der Hinzutretende das Antlitz von Cranachs Sohn, auch einem Maler. Offenbar ist der Saal offen, Welt und neue Zeit sind nicht ausgesperrt. Mit Luther sitzt die junge Reformation am Tisch.



Der kreisrunde Tisch samt Bank lässt weder Ausgrenzung noch Hierarchisierung zu, eine vollkommene Gemeinschaft sitzt beisammen. Im Bildzentrum auf dem Tisch liegt ein Opferlamm. Jesus, schwarz gewandet, sitzt, statt wie üblich im Zentrum, an der linken Tischseite. Er wendet sich mit Johannes, der wie ein großes rotes Herz an seiner Brust ruht, einer grell leuchtend gelb-orange gekleideten Gestalt zu und schiebt ihr etwas in den Mund. Das ist Judas: nicht ausgegrenzt oder isoliert, sondern Jesus' prominentes Gegenüber! Der schwarz-weiß gekleidete Alte an der anderen Seite von Jesus ist Petrus, er wirkt durch Jesus' Abgewendetsein ungewohnt kontaktlos. Sehen wir genauer hin: Zwischen Jesus und Judas ist eine Lücke: der Einstieg in die Rundbank. Judas sitzt nah bei Jesus und doch in der Logik des Bankverlaufs am weitesten entfernt, am anderen Ende der Bank: die zwei Antipoden beisammen, zwischen ihnen eine Kluft. Der Einstieg ist auch Ausstieg, Jesus und Judas sind die ersten, die die Runde verlassen könnten, und beide werden es gleich tun, wie man weiß für immer. Judas' linker Fuß, der schon halb heraustritt, signalisiert: Er geht zuerst, er ist schon dabei. Die Geste von Jesus, sein Finger in Judas' Mund, nimmt Bezug auf Johannes 13,25-27: Nach seiner Ankündigung, dass einer ihn verraten werde, bezeichnet Jesus dort den Verräter durch einen Bissen. Er schiebt ihn Judas in den Mund und fügt hinzu: »Was du tust, tue gleich«, worauf Judas die Runde verlässt. Es ist kein Auftrag: Judas' Profil zeigt wirre Haare, eine flache fliehende Stirn, buschige Brauen und eine wulstige Nase. Ein übles, gieriges Wesen bekommt hier den Wink, das zu tun, was es eh geplant hat. Das signalisieren auch Gewand und Körperhaltung, Judas ist nicht nur gelb wie der Neid und grell zweifarbig – zwielichtig – gekleidet. Er ist zudem horizontal gespalten, ein Gürtel umschnürt die Taille. Oberhalb, für die Augen der Jünger, ist er Tischmitglied, unterhalb, nur dem Bildbetrachter sichtbar, krampft sich seine Hand um einen Geldbeutel – den Judaslohn, hat er ihn schon?! Die andere zwielichtig-zweifarbige Figur am Tisch ist Petrus. Seine Gesten deuten ins Leere, er wirkt allein gelassen und mit sich im Unreinen. Er scheint Unschuld und besten Willen zu beteuern, aber mehr zu versprechen (er deutet auf die weiße Herzseite), als er halten kann (schwarz ist es darunter). Cranach reflektiert hier m.E. Petrus' unrühmliche Rolle, die am Ende des Mahls (Joh.13,37/38)



vorhergesagt wird: Auf Petrus' Beteuerung, Jesus überall hin folgen und sein Leben für ihn lassen zu wollen, sagt ihm Jesus voraus, er werde ihn in derselben Nacht noch dreimal verleugnen. Was geschieht – dreimal bestreitet Petrus auf die Fragen Herumstehender, ein Jünger Jesu zu sein.

Petrus, die Schwäche, und Judas, die Gier: Beide, Kirchenfürst und Erzschorke, sind Verräter, der eine verrät aus Feigheit, der andere für Geld. Aber keiner ist ausgestoßen. Die beiden flankieren ihren todgeweihten Herrn wie große Flügel. Sie bilden, zieht man eine Linie von Jesus' schwarzer Brust über das blutende Johannes-Herz zum Lamm, ein liegendes Kreuz: Opfer

gekreuzt von Verrat, der sich Hingebende gekreuzt von seinen Schülern, die ihn verraten und verlassen. Judas und Petrus, dem Betrachter zur Lehre, sind wir Christen selbst, die wir aus niedrigen Gründen unseren Herrn und Glauben verraten.



Nach dem Mittelalter, der Hoch-Zeit der Abendmahlsbilder, die eine extrem negative und ausgrenzende, mit Judenfeindschaft verbundene Sicht auf Judas verbreiten helfen, deutet Cranachs Bild die Rolle von Judas um. Er ist jetzt ein Verräter aus den eigenen Reihen, einer von mehreren. Es ist ein Reformationsbild: Luther war an einer Entstaubung und Aktualisierung der Judastat interessiert, für ihn zeigt Judas, daß die Kirche aus Reinen und Unreinen besteht. Erasmus, die Schwärmer, selbst der Papst waren für Luther Judasse. Judas, so wie er verstrickt ist in falsche Gedanken, Zweifel oder Schwächen, kann das Heilsgeschehen nicht annehmen. Aber er ist einer der Christen, nicht einer der Anderen, der Juden. Wir alle kreuzigen Christus, deshalb darf man »Judas, dazu die Judenschar, nicht bil-



lig ... schelten. Die Schuld ist unser gar« (Luther, WA. TR 6897). So großzügig, wie es klingt, ist es nicht. Nicht zufällig ist Judas im Bild scharf gezeichnet. Die Spaltung zu den Katholiken kündigt sich an, Judas ist auch eine Keule im Kampf um die richtige Auslegung der christlichen Lehre. Das Negativ-Image von Judas, dem Schurken und Verräter, lebt fort. Mit Luther wird die Besetzung ausgetauscht, jetzt passen katholische und andere Falschdenker so wie alle Abweichler aus den eigenen Reihen unter diesen Hut.

Kanonische Texte der Bibel – Paulus: Jedes Kirchengemälde fußt auf kanonischen Texten. Die Bilder von Judas beruhen im Wesentlichen auf den Berichten der vier Evangelisten Markus, Lukas, Matthäus und Johannes. Doch diese einzigen Quellen zu Judas sind erst vier bis neun Jahrzehnte nach Jesus' Tod entstanden. Die erste Zeit wurde die Lehre mündlich verbreitet. Die frühesten Berichte in der Bibel sind Briefe, insbesondere die des Missionars Paulus, schriftlich fixierte Reden vor jüdischen oder heidnischen Gemeinden, die zum Vorbild der späteren Berichterstatter wurden. Bemerkenswerterweise ist bei Paulus von Judas keine Rede, er taucht nicht auf! Paulus berichtet als Erster ca. 55 n.C. (1.Kor.11, 23-25) über das Letzte Abendmahl. Dort ist von dem heiligen Mahl ausführlich die Rede, von einem Verrat aber nur knapp und allgemein: »Denn der Herr Jesus, in der Nacht, da er verraten ward, nahm das Brot, dankte und sprach: »Nehmet, esset, das ist mein Leib««. Von einem Verräter aus den Reihen der zwölf Jünger weiß Paulus gar nichts. Denn er berichtet (1.Kor.15, 4-5), dass Jesus, auferstanden, von allen Zwölfen gesehen wurde, was, wenn man den Bericht der Evangelisten von Judas' Tod vor der Auferstehung Jesu im Kopf hat, irritiert: Diesem zufolge kann es nur elf Zeugen gegeben haben ... Also, bei Paulus gibt es keinen Verräter namens Judas und keinen aus der Reihe der zwölf Apostel, der kurz danach für seine Tat sterben wird.

Allerdings gibt es bei ihm eine starke Judenfeindschaft. Jesus und seine Jünger waren Juden, sie dachten möglicherweise nur an eine Reform ihrer Religion. Die Nähe zu den Juden war, so vermutet man heute, zu Jesus' Lebzeiten viel größer als in den Briefen und späteren Berichten zum Ausdruck kommt. Außerdem gab es eine große Widerspenstigkeit der Juden gegen die römische Besatzungsmacht. Paulus spätere Berichte drehen das um. Er entlastet die Römer, die doch Jesus kreuzigten – Pilatus wäscht seine Hände in Unschuld – und belastet die Juden – das jüdische Volk ruft: Kreuziget ihn! Den Grundstein dazu legt Paulus. Paulus, ein griechischer Diaspora-Jude und Rabbiner, war vor seiner Bekehrung, seinem Damaskus-Erlebnis, bei dem aus Saulus Paulus wurde, ein bekannter Verfolger der christlichen Sekte gewesen. Paulus, der als der Architekt der christlichen Lehre gilt, war an einer konsequenten Loslösung vom Judentum – möglicherweise auch persönlich – interessiert. Seinen Texten ist die Tendenz, den Juden Jesus zu christianisieren, abzulesen; Paulus modelliert mit ihm eine neue Lehre: universal und expansiv statt exquisit (wie das Judentum), auf Glaube statt auf dem Gesetz stehend sowie bipolar und fanatisch intolerant. Es gibt nur die eine wahre Lehre, die anderen sind des Teufels. Paulus entlastet die römische Obrigkeit (»Alle Obrigkeit ist von Gott«, Röm. 13,1), weil er deren Wohlwollen braucht, um die neue Lehre im griechisch-römischen Weltreich zu verbreiten. Und er verschiebt die Schuld auf die rebellierenden Juden.= Ein zentraler Baustein in seinem Programm ist Judenhass, der als Kampfmittel die Ablösung vom Judentum voran treibt. Für ihn sind die Juden die, »welche auch den Herrn Jesus getötet haben und ihre eigenen Propheten und haben uns verfolgt und gefallen Gott nicht und sind allen Menschen zuwider. Wehren uns,

zu predigen den Heiden, damit sie selig würden, auf dass sie ihre Sünden erfüllen allewege, denn der Zorn ist schon über sie gekommen zum Ende hin« (1 Thess. 2, 15-16). Diese hasserfüllte Darstellung aus dem Jahr 52 n.C. samt Strafandrohung (dem Zorn) betreibt eine radikale Ausgrenzung, die zu jener Zeit nicht bestand. Sie »enthält einen vollständigen Vertreibungsmythos, in dem die Juden aufgrund eines langen Sündenregisters als von Gott Verstoßene vorgeführt werden« (Maccoby, 219). Die Stelle avanciert im Mittelalter zur biblischen Rechtfertigungsbasis für christliche Judenverfolgungen und Pogrome. Auch einige Evangelisten bedienen sich hier, die Juden werden als »Kinder des Teufels« (Joh. 8, 41-44) bezeichnet, ein Teufelsvolk, das Jesus töten wollte, oder als »Schlangen und Ottergezücht« beschimpft, die wie ihre Väter Propheten morden, wofür gerechter Zorn über sie kommen werde (Mt. 23, 33).

Judas im Text. Der Pakt mit den Hohepriestern: Während Judas in den Paulus-Texten gar nicht vorkommt, ändert sich das bei den auf Paulus fußenden vier Evangelisten schlagartig. In ihren Lebensbeschreibungen Jesu ist Judas Ischariot auf einmal vorhanden. Seine Funktion ist einzig der Verrat. Von seiner Anwerbung bis zuletzt ist sein Name mit dem Zusatz »der ihn [später] verriet«, versehen. Die Hauptszenen, von denen fast alle berichten, sind die Verschwörung der Hohepriester, das Abendmahl, die Übergabe an die Häscher und Judas' Ende. Jeder der vier hat eine andere Version, was angesichts der seit Jesus' Tod verstrichenen Zeit von 40 bis 80 Jahren nicht verwundert. Wer heute die Geschichte von Judas kennt, folgt einer ihrer Versionen oder einer Mischung. Wir mustern sie durch.

Nach neuester Forschung sind die Evangelisten in die zeitliche Reihenfolge Markus, Lukas, Matthäus, Johannes zu bringen. Betrachten wir in der Reihenfolge die Paktszene, die Verhandlung von Judas mit den Hohepriestern. Der erste, *Markus*, berichtet, dass Hohepriester und Schriftgelehrte nach Jesus' Tod trachten, aber kein Aufsehen erregen wollen (Mk. 14, 1-2). Judas bietet ihnen an, Jesus zu verraten: »Und Judas Ischariot, einer von den Zwölfen, ging hin zu den Hohepriestern, dass er ihn verriete«, wofür sie ihm erfreut Geld versprechen (Mk. 14, 10-11). Der zweite, *Lukas*, berichtet ähnlich, seine Zugabe ist Satan: »Es war aber der Satanus gefahren in Judas, genannt Ischariot, der da war aus der Zahl der Zwölf. Und er ging hin und redete mit den Hohepriestern und Hauptleuten, wie er ihn wollte ihnen überantworten. Und sie wurden froh und gelobten ihm Geld zu geben« (Lk. 22, 2-6). Die dritte Version von *Matthäus* ist ähnlich – die Hohepriester planen (Mt. 26, 3-5) und Judas tritt (ohne Satan) in Aktion – aber doch anders: »Da ging hin der Zwölf einer mit Namen Judas Ischariot, zu den Hohepriestern und sprach: ›Was wollt ihr mir geben? Ich will ihn euch verraten?‹ Und sie boten ihm dreißig Silberlinge« (Mt. 26, 14-15). In wörtlicher Rede fordert Judas Geld (der genaue Betrag ist plötzlich bekannt), das Motiv Habgier ist damit in der Welt! Beim vierten, *Johannes*, gibt es anstelle der Paktszene einen großen Wurf, der den Verrat plausibilisiert und Johannes

als kenntnisreichen Chronisten ausweist. Zuerst beratschlagen die Hohepriester – in wörtlicher Rede, von manchen weiß er die Namen! – über den notwendigen Tod Jesus‘ (Joh. 11, 47-53). Vor der Gefangennahme lässt Johannes Jesus sich zurückziehen, in einen Garten über dem Bach Kidron: »Judas, der ihn verriet, wusste den Ort auch« (Joh. 18, 2). Und das Motiv vor die Tat legend berichtet er, dass Judas, der die Spendenkasse verwaltet, bei der Salbung Jesu gegen die Verschwendung protestiert, aber nicht aus Sparsamkeit oder um der Armen willen, sondern aus notorischer Raffgier: »Das sagte er aber nicht, weil er nach den Armen fragte, sondern er war ein Dieb und hatte den Beutel und nahm an sich, was gegeben ward« (Joh. 12, 6). Judas, der Spendenveruntreuer, der schon lange alle schädigt: Sein Sündenregister steht. Aus einem Verrat, für den es fast keine Notwendigkeit gibt (nur: kein Aufsehen) wird ein Verrat mit Sinn: ein geheimer Versammlungsort ist zu bezeichnen. Aus einem Verräter ohne Motiv bei Markus und Lukas wird Judas, der Betrüger seiner Mitbrüder, die personifizierte Gier.

Judas und das Abendmahl im Text: *Markus* berichtet, dass Jesus vor dem heiligen Mahl ankündigt, einer, der mit ihm bei Tische sitze, werde ihn verraten. Auf die Fragen, »Herr, bin ich’s?«, wiederholt Jesus, »der die Hand mit mir in die Schüssel taucht«, werde ihn verraten. Sein Weggang sei lang geplant (»wie es geschrieben steht«), »weh aber dem Menschen«, durch den der Verrat geschieht, es wäre ihm »besser, dass er nie geboren wäre« (Mk. 14, 18-21). Ähnlich *Lukas*, hier sagt Jesus nach dem Mahl: »Doch siehe, die Hand meines Verräters ist mit mir über Tische. Denn des Menschen Sohn geht zwar dahin, wie es beschlossen ist; doch weh dem Menschen, durch welchen er verraten wird!« (Lk. 22, 21-23). Beide erzählen von Verrat, göttlichem Plan und Fluch, aber Judas wird nicht als Verräter benannt, er ist nur einer von zwölf möglichen Kandidaten. Anders bei Johannes und Matthäus. *Matthäus* (Mt. 26, 20-25) wiederholt alle Stationen von »Einer unter euch wird mich verraten« und »Herr, bin ich’s?« bis zum Fluch. Drauf aber »antwortete Judas, der ihn verriet und sprach: Bin ich’s, Rabbi?« (besser übersetzt als rhetorische Frage: »Doch nicht ich bin’s, Rabbi?«), und Jesus erwidert: »Du sagst es.« Wonach das heilige Mahl beginnt. Judas’ Frage hat richtig übersetzt einen heuchlerischen Unterton, vor allem aber ist »Rabbi« ein Indiz. Für Matthäus gilt, dass, wann immer Jesus mit »Rabbi« angesprochen wird, Ungläubige sprechen, verblendete Juden, während die Gläubigen Jesus mit »Herr« (kyrie) anreden. Die zwei Anreden sind für Matthäus ein Sprachmittel zur Unterscheidung zwischen Wölfen und Schafen. Judas verkörpert hier das für Jesus Lehre taube Judentum. *Johannes* hat die ausführlichste Abendmahlversion (Joh. 13, 2-30), sie ist die im Mittelalter Beliebteste und war Vorlage des Cranach-Bildes (Johannes war Luthers Lieblingsevangelist). Gleich zu Beginn des Mahls sind erwähnt: der Teufel, der Judas den Verrat schon eingegeben habe, und Jesus’ Wissen, dass er von Gott gekommen zu Gott gehe (Joh. 13, 2-3). Statt dem heiligen Mahl gibt es dann viele Reden Jesu und eine Fußwaschung,

bei der Jesus bemerkt: »Ihr seid rein, aber nicht alle« (Joh. 13, 10). Etwas später verkündet er »betrübt im Geist: Einer unter euch wird mich verraten« (Joh. 13, 21), worauf alle sich bange ansehen. Petrus bittet den Lieblingsjünger Johannes, der an Jesus Brust liegt, den Herrn zu fragen, wer es sei. Auf dessen Frage antwortet Jesus: »Der ist's, dem ich den Bissen eintauche und gebe« (Joh. 13, 26). Jesus gibt Judas den Bissen »und nach dem Bissen fuhr der Satan in ihn«. Jesus weiter: »Was du tust, das tue bald!« Über den Sinn der Worte wird laut gerätselt. Judas aber, »da er nun den Bissen genommen hatte, ging ... alsbald hinaus. Und es war Nacht« (Joh. 13, 30). Das Dilemma von göttlichem Plan und Fluch ist bei Johannes herausgenommen und narrativ entschärft an den Anfang gestellt. In der Hauptsszene dann wird viel wörtlich geredet, doch Judas schweigt. Sein Mund wird gestopft – mit Bissen und Satan. Er bekommt gesagt, was zu tun ist. Dann geht der Täter stumm wie ein Automat in die Nacht. Alle Johannes-Stellen zu Judas zusammen genommen mutiert Judas zum vollkommen Bösen, fast zu einer Inkarnation des Teufels. Mit »Teufel« aber bezeichnet Johannes nur zwei: Judas und die Juden. Aggressiver als Matthäus signalisiert er, Verräter und Mörder gehören zusammen, eine Achse des Bösen.

Die Evangelisten sorgen dafür, dass der bei Paulus nur knapp erwähnte Verrat das Gesicht des Judas bekommt. Die Geschichte wird im Laufe der Bearbeitungen schlüssiger, die Notwendigkeit für einen Verrat wird verstärkt, ein Verratsmotiv, in den ersten Fassungen nicht ersichtlich, wird gefunden: eine wilde Mischung aus Habgier, Diebstahl und Betrug, jüdischer Verstocktheit, gottesmörderischer Absicht und Verbindung mit dem Satan. Bösertige Legendenbildung statt Berichterstattung. »Im literarischen Ausgestaltungsdrang der Evangelisten – u.U. theologisch begründet – nimmt die Schurkenikonografie von Judas ihren Ausgang« (Monstadt). Zugleich: Juden waren sie zuerst alle, am Ende ist es nur noch einer – Judas. Die anderen sind Christen – Paulus Saat ging auf. Der Chefideologe Paulus braucht für seinen Judenhass keinen Judas. Er ist kein Geschichtenerzähler. Die Späteren entdecken in Judas die ideale Projektionsfläche für diese Feindschaft, Judenhass und Verrat kulminieren in Judas, finden einen Körper und werden eine griffige, in Köpfe verpflanzbare Geschichte, die bei Bedarf wuchern kann. Das Grundmuster für Jahrtausende von Judenhass und Antisemitismus ist gestrickt.

Doch von dieser abendländischen Lesart noch einmal zurück zu den Quellen, zum Original, denn eine andere Perspektive ist möglich. Die Evangelisten schreiben nicht von »Verrat«. In den deutschen Bibelübersetzungen heißt es zwar immer, »Judas, der ihn verriet« oder »einer unter euch wird mich verraten«. Doch »Verrat« ist ein ungenaue Übersetzung oder ein gewolltes Missverständnis. Das Wort, mit dem Judas' Tun bei den Evangelisten beschrieben ist, heißt exakt übersetzt »hingeben, preisgeben, (einem Gericht) übergeben, (Feinden) ausliefern, überliefern«. Jesus sagt also: »Einer unter euch wird mich übergeben.« Darin schwingen neben dem Ausliefern an Feinde zwei positive Vorgänge mit – der einer Überlieferung (an Spätere) und der einer Hingabe. Um Hingabe als

biblische Heilsvoraussetzung geht es beim letzten Abendmahl, Christus wird zur Rettung der Welt übergeben und gibt sich im Heiligen Mahl symbolisch selbst hin. Dahingabe ist biblische Heilsvoraussetzung schon bei Jesaja (53,12), im Neuen Testament wird sie Gott, Jesus und Judas zugeschrieben. Judas ist demnach – zumindest bei Markus und Lukas – verstehbar als der Dahingebende, als der Agent Gottes, der das heilige Werk der Opferung Jesus‘ auf den Weg bringt. Denn das Opfer braucht einen Opferer. Ebendeshalb hindert ihn niemand: Er erfüllt den göttlichen Plan und hebt das Christentum – wie Paulus es angelegt hat – damit auf die ihm eigene Stufe, denn der Tod Jesu ist nötig zum Heil aller Christen. Das Dilemma oder Paradox ist der Fluch. Judas ist als Opferer auserkoren, aber auch verflucht, denn er bringt jemanden zu Tode. Plan, Folgen der Übergabe und Ritual bei Tisch sind heilig, nicht so die konkrete Schmutzarbeit der Auslieferung: Für sie ist Judas da! Schuldlos-schuldhaft erfüllt er seine Aufgabe – eine paradoxe, schillernde Gestalt ohne eigenes Motiv. Eine, die für die späteren auf Kohärenz und Griffigkeit bedachten Erzähler nicht verstehbar ist. Sie halten sich an den Fluch und füllen ihn auf ...

Ausblick: Nach Sichtung von Bild und Texten sind wir mit drei Versionen der Judas-Geschichte konfrontiert:

1. Judas der Opferer: Judas verrät Jesus überhaupt nicht, jedenfalls nicht im negativen Sinne. Als Übergeber oder Opferer von Jesus erfüllt er den göttlichen Plan, die notwendige Aufgabe. Er verhilft Jesus zu seiner Verherrlichung und den Christen zum Heil. Er ist jedoch für sein Opferer-Werk verflucht. Ein eigenes Motiv hat er nicht.

2. Judas der schurkische Jude: Judas verrät Jesus aus niedrigen Gründen, aus schäbiger Geldgier und Lust zu betrügen. Er verrät, weil er der Teufel und Antichrist selbst ist. Oder er handelt als Ungläubiger und Prophetenmörder, als einer der Juden, der im Grunde nie dazugehört hat. Das Böse oder die Juden scheinen Teil des göttlichen Plans zu sein.

3. Judas als einer von uns: Judas verrät Jesus als falsches, schlechtes Mitglied der Gruppe, als Dazugehörender aber von Verlockungen oder Zweifeln getriebener Fehlgeleiteter. Der göttliche Plan bedarf der Schwächsten aus der Gruppe.

Es gibt im Zentrum des Christentums, in der Gründungsszene, und in Judas‘ Figur die unauflösliche Verbindung von Heil und Fluch, von heilvoller Opferung und Verfluchung oder Hass. Sie muss eine Ursache haben. Auf zwei interessante Vermutungen sei am Schluss nur verwiesen. Nach einer jüdischen These (Goldschmidt) gibt es einen Grundverrat, den der ersten Christen an der Mutterreligion, am Judentum, den diese sich nicht eingestehen dürfen. Dieser



Verrat wird umgedreht, man findet in Judas (samt allen Juden) den, der dafür sühnen muss. Auch ein mythen-theoretischer Ansatz (Maccoby) vermutet, dass das System einen Verräter nötig hatte, einen Ort, auf den es ein Grundverschulden übertragen konnte. Am Anfang steht ein für alle Christen gebrachtes heiliges Menschenopfer (Jesus' Opfertod), ein Mord, den die Gemeinschaft sich nicht zugeben, für den sie die Verantwortung nicht übernehmen kann. Der Opferer muss sie tragen, Judas und die Juden teilen sich die fluchbeladene Rolle des heiligen Henkers.



- Die Bibel, nach Martin Luther, Berlin 1950.
 Goldschmidt, Hermann Levin: Judas II – Eine jüdische Stellungnahme, in: Theologische Real-Enzyklopädie (TRE) Bd. 17, Berlin 1998.
 Judas Ischariot, in: Lexikon der Christlichen Ikonographie Bd. 2, Freiburg 1994.
 Lüthi, Kurt: Judas I, in: TRE Bd. 17, Berlin 1998.
 Maccoby, Hyam: Der Heilige und der Henker. Die Menschenopfer und das Vermächtnis der Schuld, Stuttgart 1999.
 Monstadt, Brigitte: Judas beim Abendmahl, München 1995.
 Das Buch war mir wesentlich für den Textvergleich.
 Novum Testamentum Graece, Nestle-Aland, Stuttgart 1930.
 Steinwachs, Albrecht: Die Evangelische Stadt- und Pfarrkirche St. Marien der Lutherstadt Wittenberg, Leipzig 2000.

Wir gingen aus von Judas, dem Verräter oder Spitzel, der jedoch konkret vor Ort überflüssig schien – was sollte er verraten?. Wir fanden eine literarische Figur, die höchst nützlich war. Eine Figur die – wie der ganze Jesus-Stoff – stark retouchiert wurde. Wir fanden Judas, den verfluchten Agenten Gottes, eine schillernde Gestalt; Judas, die Figur, aus der der Antisemitismus wuchert; Judas, den falsch Verstrickten; und immer wieder Judas, den Sündenbock und Träger allerlei Verschuldens, und Judas, mit dem viele ihr Süppchen kochen ...

»Unter der Leitung eines gewissen Stieber« Über den Aufstieg eines Spitzels zum preußischen Geheimrat

Konterrevolutionen werden von den verschiedensten Dunkelmännern begleitet. Doch niemand brachte es soweit wie Herr Wilhelm Johann Carl Eduard Stieber. Rund 40 lange Jahre lang wirkte er als dunkle Spinne im Netz der preußischen Reaktion. Seinen Spitzeldienst versah er von 1845, als er, verkleidet als ein »Landschaftsmaler Schmidt«, in den Kreisen der Ärmsten gegen den Weberaufstand in Schlesien herumschnüffelte, bis in die Frühphase des Sozialistengesetzes, ehe ihn 1882 im Alter von 64 Jahren die Gicht dahinraffte. Nicht zufällig zog er sich den lebenslangen Groll von Karl Marx und Friedrich Engels zu, die ihm den Begriff des »Stieberns« widmeten, um polizeilich-kriminelle Methoden der Informationsbeschaffung zu kennzeichnen. Dieser preußische Kriminaldirektor war am Ende seines Lebens mit einer Vielzahl von Orden »gewissermaßen in eine moralische Person verwandelt worden« (Marx). Seine Raffinesse und Brutalität hatten betroffenen Demokraten und Kommunisten jahrelangen Knast eingebracht.



W. J. C. E. Stieber

Hier soll nur Stiebers Schnüfflerleben von 1848-1860 skizziert werden, in dem er es vom einfachen Spitzel und Leibwächter bis zum Kriminaldirektor brachte und sogar für vier kurze Tage in den Knast kam.

»Eine nicht geringe Vertrauensstellung zum Könige.« Stiebers große Stunde schlug am 21. März 1848. Er spielte den Leibwächter des preußischen Königs bei dessen von den Revolutionären der Märzrevolution erzwungenen Umritt durch Berlin. In den »Denkwürdigkeiten« klingt das so: »Bei dem Umritt des Königs Friedrich Wilhelm IV. durch die Stadt ... [ging Stieber] zu Fuß, zugleich mit zwei anderen Personen, in der nächsten Nähe des Königs, [um ihn] vor der tobenden und an den König sich drängenden Volksmenge zu beschützen. Seit diesem Tage datiert auch das Wohlwollen des verstorbenen Königs.« Wahrer könnte allerdings die Ansicht von Herrnstadt sein, dass der damals »stellungslose Spitzel ... in Wahrheit [nur] ein von der Geheimpolizei angestellter Agent« gewesen sei.



Der »Umritt« des Königs

Auch Karl Marx blieb das Treiben Stiebers nicht verborgen. Und so lancierte er im Dezember 1848 die Korrespondenznachricht in die von ihm herausgegebene *Neue Rheinische Zeitung*, dass Stieber »unter dem Schein demokratischer Gesinnung ... als Polizeispion« in Frankfurt tätig sei. Der so Gebrandmarkte schrieb allen Ernstes einen direkt an Marx adressierten Brief, in dem er kund tat, dass er diese »niederträchtige Lüge ... unmöglich un-

gerügt lassen« könne und eine »Berichtigung« verlange. Bei dieser Gelegenheit wies Stieber auch die »niederträchtige Lüge« zurück, dass er »vor Jahren in Schlesien als Polizeispion gewesen« sei. Stattdessen attestierte sich Stieber mit kaum glaublicher Chuzpe die Dankesschuld der »Demokratie in neuester Zeit«, da er es doch »gewesen [sei], der Hunderte angeklagter Demokraten aus den Netzen der Kriminaljustiz gerissen« habe, und der »noch im hiesigen Belagerungszustand ... unerschrocken und emsig den Behörden entgegengetreten ist und es auch noch heute tut.« An Karl Marx, den er »für einen ehrlichen, anständigen Mann halte«, appellierte der in der Kreuzberger Ritterstraße 65 als »Doktor der Rechte usw.« lebende Briefautor, alles dafür zu tun, »die demokratischen Zeitungen« nicht »durch ihre vielen Lügen verrufen« zu lassen. Stieber beendete sein Schreiben mit »Ergebenst«.

Nach der geglückten Befreiung des bürgerlichen Revolutionärs Kinkel aus dem Spandauer Knast verfasste der von der 48er-Revolution schwer geschockte preußische König Wilhelm IV. ein »Handsreiben« vom 11. November 1850 an seinen Innenminister: »Bester Manteuffel! Ich habe den Kinkelschen Fluchtbericht hier gelesen. Dies hat mich auf einen Gedanken gebracht, den ich nicht gerade unter die lauteren Classen zirkulieren will. Nämlich den, ob Stieber nicht eine kostbare Persönlichkeit ist, das Gewebe der Befreiungs-Verschwörung zu entfalten und dem Preussischen Publikum als lang und gerecht ershene Schauspiel eines aufgedeckten und (vor Allem) bestraften Complots zu geben? Eilen Sie also mit St's Anstellung und lassen Sie ihn s. Probestück machen. Ich glaube, der Gedanke ist folgenreich und ich lege großen Werth auf seine sofortige Realisirung. ... Verbrennen Sie dies Blatt. Es ist keine Minute zu verlieren.«

Fünf Tage nach diesem Schreiben erhielt der arbeitslose Stieber einen Arbeitsplatz bei der Berliner Polizei. Mit sichtlicher Genugthuung ist in den »Denkwürdigkeiten« vermerkt, dass er aufgrund seiner »hervorragenden Erfolge als Kriminalkommissar in den Jahren 1844 und 1845 ... und das Wohlwollen des Königs ... am 16. November 1850 als Polizei-Assessor mit 600 Thalern Gehalt angestellt und ihm die Leitung der Sicherheitspolizei übertragen wurde«. Für die Aufgabe, alle oppositionellen Kräfte zu überwachen, wurde diese Institution zügig ausgebaut. Obwohl er dem Polizeipräsidenten Hinckeldey unterstellt war, durfte – zu dessen großem Ärger – Stieber dem Monarchen persönlich über seine Arbeit berichten. Der preußische König scheint zwar nicht viel vom Charakter seines zum Polizeibeamten beförderten Spitzels gehalten zu haben, der ihm, so steht es in einem Brief an den Innenminister vom 24. März 1851, »so wenig Achtung, ja so viel Widerwillen« einflöße. Gleichwohl wird der erlauchte Lockspitzelvater in diesen sehr privaten Gesprächen mit Stieber nicht den geringsten Zweifel daran gelassen haben, dass er von seinem Werkzeug im Kampf gegen die als Feinde angesehenen Demokraten und Kommunisten vor allem eines erwartete: Skrupellosigkeit. Und Stieber sollte es daran wahrlich nicht fehlen lassen.

Schnüffeleinsatz in London: Im Frühjahr 1851 erreichte die Reaktion in Deutschland in ihrem Bestreben, die letzten Reste der revolutionären Bewegungen von 1848 zu zerschlagen, ihren Höhepunkt. Stieber wurde im königlichen Auftrag Anfang Mai nach London, dem neben Paris wichtigsten Zentrum der deutschen Emigration, entsandt, um belastendes Material, vor allem gegen deutsche Mitglieder des Bundes der Kommunisten, zu beschaffen. Friedrich Wilhelm IV. persönlich schrieb am 28. April an den Berliner Polizeipräsidenten, dass Stieber dort »auf die Regierung ... [ein]wirken [solle], das Greuelnest der ›Mordgesellen allgemeine Rebellion‹ zu sprengen«. Er solle auch danach trachten, »Zwietracht ins feindliche Lager zu säen, die schon vorhandene zu nähren und Misstrauen erzeugen, als verkaufe eine Fraktion Demokraten die andere«. Mit großer Zuversicht erklärte der Monarch: »Überlassen wir ihm das«, und zeigte sich überzeugt, dass Stieber in London schon zu verstehen wisse, »nach den Umständen [zu] handeln«.

Nach dem Studium der Ermittlungsakten warf der so exzellent vorbereitete Stieber in London von der preußischen Gesandtschaft ein gegen die 48er-Revolutionäre gespanntes Netz von »Lockspitzeln« und »Vigilanten« aus. Ganz die Stimme seines Herrn formulierte er in einem Brief als seine Absicht, »eine Zerstörung der Emigration in London [zu] erzielen«, da dort »eine vielköpfige Hydra« liege, die »aus dieser Wolfsgrube« fortwährend »Gift, Dolch und Unfrieden« säe. Politische Exilanten seien der »Auswurf der Bevölkerung ihrer Heimatchorte« und »gemeine Verbrecher«, in deren »Versammlungsorten ... man von einem förmlichen Ekel befallen« werde.

In den »Denkwürdigkeiten« heißt es, dass Stieber »während seines achtwöchigen Aufenthalts in London ... einer internationalen Kommunisten-Verschwörung auf die Spur« gekommen sei, »welche seit Jahren im Verborgenen thätig gewesen war und ihre Netze über fast ganz Europa, hauptsächlich aber über Deutschland ausgeworfen« habe. Nach einem Hinweis sei es ihm »binnen weniger Tage [gelungen] den Sitz der Centralbehörde des internationalen Bundes ausfindig zu machen und namentlich zu ermitteln, dass die Registratur derselben bei einem Führer des Bundes, dem Flüchtling Diez aus Wiesbaden, deponiert war«. Er habe sich »mit Hilfe eines als Agenten gewonnenen Mitgliedes des Kommunistenbundes ... in den Besitz eines großen Theils dieser Registratur« gesetzt. Triumphierend lässt Stieber die Leser wissen, dass die preußische Polizei »den Besitz zahlreicher wichtiger Dokumente« erlangte, die ihr »bis dahin nie gehante wichtige Aufschlüsse über die mächtige Verbreitung des Bundes« verschafft habe. Im Herbst 1852 wurden die von Stieber als »wichtig« annoncierten »Dokumente« als Belastungsmaterial in den gegen zwölf Angeklagte anberaumten Kölner Kommunistenprozess eingebracht. Der Spitzel scheint sich alle Mühe gegeben zu haben, das vom preußischen König gewünschte »gerechtere Schauspiel eines aufgedeckten und (vor Allem) bestraften Complots« zu erfüllen. Doch so kam es nicht.

Stiebers Pleite im Kölner Kommunistenprozess: Bereits bei seiner Zeugenaussage am 18. Oktober 1852 vor dem Gericht kam Stieber durch die Fragen der Verteidigung in Bedrängnis. Wider besseres Wissen behauptete er, dass zwischen der Gruppe Marx und anderen politischer Fraktionen im Londoner Exil, namentlich der Gruppe Schapper-Willich, keinerlei Unterschiede beständen. In einer weiteren Gerichtssitzung vom 23. Oktober, so Marx und Engels kurz nach dem Prozess, »kündigte Stieber an, dass ihm ein außerordentlicher Kurier von London höchst wichtige Dokumente überbracht habe, die unleugbar bewiesen, dass die Angeklagten gemeinsam mit den Unterzeichneten an einer angeblichen Verschwörung beteiligt waren. Unter anderen Dokumenten habe ihm der Kurier das Originalprotokollbuch der Sitzungen der Geheimgesellschaft überbracht, deren Vorsitz Dr. Marx innehatte, mit dem die Angeklagten im Briefwechsel gestanden hätten. Der Hauptverteidiger Dr. Schneider beschuldigte ihn des Meineids, worauf Stieber keine andere



Der »Kommunistenprozess« 1852

Antwort zu geben wagte, als auszuweichen auf seine Würde als Repräsentant der Krone, der von der allerhöchsten Autorität im Staate mit einer äußerst wichtigen Mission betraut worden sei. Was das Protokollbuch betrifft, so erklärte Stieber zweimal unter Eid, es sei das »echte Protokollbuch des Londoner Kommunistenbundes«, aber später, von der Verteidigung in die Enge getrieben, gab er zu, es könne ein einfaches Notizbuch sein, das einer seiner Spione an sich genommen habe. Schließlich stellte sich das Buch als eine bewusste Fälschung heraus, sein

Zustandekommen wurde auf drei Londoner Agenten Stiebers zurückgeführt. Einer hat seitdem selbst zugegeben, dass er das Buch unter Anleitung zusammengestellt hat. Zu diesem Punkt waren die Beweise in Köln so schlüssig, dass selbst der Staatsanwalt Stiebers wichtiges Dokument ein »wahrhaft unseliges Buch«, eine bloße Fälschung nannte.«

Der blamierte Spitzel Stieber zog es vor, sich in den »Denkwürdigkeiten« über seinen wenig glorreichen Auftritt auszuschweigen. Der beißende Spott gehörte Karl Marx, nach dem es mit »den Stieberschen Eiden wie dem Lutherschen Bauer [gehe]. Hilft man ihm von der einen Seite aufs Pferd, so fällt er von der andern Seite herunter.« Doch trotz dieser grandiosen Pleite nutzte die preußisch-deutsche Justiz den Prozess, sieben Angeklagte zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Jahren zu verurteilen. Stiebers im Kölner Kommunistenprozess öffentlich gewordene Provokations- und Spitzelpraxis hatte auch im preußischen Staatsapparat nicht nur Freunde. So wandte sich der preußische Gesandte in England, Bunsen, am 21. April 1853 persönlich an seinen König, dem er versicherte, dass er Stieber »sehr genau seit 1851« kenne, und bat, »mir zu glauben«, dass dieser »nichts als ein durchtriebener Schelm ist, eine Schuftseele, die ... nur



bei zwischenstaatlicher Koordinierung als eigener ›Dienstzweig‹ verselbstständigte und in der Art der Datenaufnahme und -verarbeitung professionellen Charakter anzunehmen bestrebt war«. Der Spitzel Stieber war nun mit Buch, Titel und Adlerorden in der preußischen Gesellschaft respektabel geworden.

Der Ehrgeiz sollte Stieber im Jahr 1860 zur Publikation des ersten Lehrbuches über ›die Ausübung der Criminal-Polizei‹ im deutschsprachigen Raum veranlassen. Bereits im Untertitel teilt der Verfasser mit, womit es der Leser zu tun bekommt: ›Auf Grund eigener langjähriger Erfahrungen zur amtlichen Benutzung für Justiz- und Polizeibeamte und zur Warnung und Belehrung für das Publikum.‹ Gegenüber ›abstracten Standpunkten‹ stelle der Verfasser sich ›auf den Standpunkt des Polizeibeamten, der es auf die Vernichtung des Gaunerthums abgesehen‹ habe.

Ein ganzes Kapitel widmet Stieber dem »schwierigsten und am meisten bestrittenen Punkte der Criminal-Polizei«: dem Vigilantenwesen. Zwar enthalte es »vom Standpunkt der Wissenschaft und Theorie ... gewiss mancherlei gefährliche Momente, aber in der Praxis« gestalte sich nach Stieber »die Sache gewöhnlich anders«. Schließlich werde gerade »in großen Städten kein Criminal-Polizeibeamter practisch etwas Tüchtiges leisten können, ohne dass er zuweilen Vigilanten« einsetze. Sie seien ein »leider unentbehrliches Uebel«, mit denen es sich »wie mit den Giften in der Medicin« verhalte; man müsse nun einmal »das größere Gift der Krankheit mit dem geringeren der Medicin vernichten«. Schließlich, so Stieber in seinen wohl erfahrungsgesättigten Überlegungen, könne »der Polizeibeamte ... aus leicht begreifbaren persönlichen Gründen unmöglich dem Verbrecher in alle Schlupfwinkel des Lasters und der Armuth folgen«.

Danach kommt Klartext zum Verhältnis der Polizei zur Vigilanz im Preußen des 19. Jahrhunderts: »Wie der Jäger dem Wilde im Dickicht des Waldes nicht ohne den Hund, der dem Wild an körperlichem Bau und an natürlichem Instinkt gleichgestellt ist, nachspüren kann, so kann auch der Polizeibeamte oftmals auch der Vigilanten auf der Menschenjagd nicht entbehren.« Diese brutalen Gedanken ergänzt Stieber um eine weitere biologistische Metapher, wo er Vigilanten als »Blutegel« bezeichnet, »der einmal gut gesogen« und danach vom Arzt »in der Regel als verbraucht« fortgeworfen werde.

Mit in jahrelanger Praxis erworbener Fachkunde diskutiert Stieber die »richtige Würdigung des Charakters des Vigilanten«. Eignen würden sich »vorzugsweise ... die prostituierten Dirnen dazu, die Geheimnisse der Verbrecherwelt auszuhorchen«, da diese »meist der Polizei gegenüber in einem so abhängigen Verhältnisse« ständen und zudem über »eine feine Beobachtungsgabe und ein gesundes Urtheil« verfügten. Andererseits mahnt Stieber zu »großer Vorsicht ... bei den Mittheilungen solcher Vigilanten, welche selbst zur Classe der Verbrecher« gehörten. Ohne »Treue« zu ihren eigenen »Genossen« fehlte diesen »die letzte edle Eigenschaft«, so dass sie »meist auf einer tiefern Stufe der Moralität als der Verbrecher« selbst ständen. Überhaupt werde es der »gewandte

Polizeibeamte ... verstehen, sich von einzelnen Verbrechern in einzelnen Fällen vereinzelte Vigilanten-Dienste zu verschaffen, ohne dass er deshalb genötigt [sei], dauernde Engagements-Verhältnisse zu schließen«. Allerdings muss Stieber am Beispiel von drei toten prominenten Spitzel feststellen, dass es doch auch irgendwie »eine eigenthümliche Erscheinung [sei], dass die Polizei-Vigilanten fast immer ein schlechtes Ende nehmen«.

Aus seiner Lebenspraxis der letzten 15 Jahre reflektiert Stieber in einem Extrakapitel auch die »Verfolgung der politischen Verbrechen« die »zu den wichtigsten, aber auch zu den am wenigsten erfreulichen Aufgaben der Criminal-Polizei« gehöre. Gerade in diesem Bereich, klagt Stieber plötzlich, würden »politische Polizei-Agenten, auch wenn dieselben ganz gewissenhaft verfahren sind, in der Regel mit vielem Undank und bitteren Verfolgungen belohnt«. Unter diesen Umständen würden sich kaum »noch Personen zu einer solchen Thätigkeit bereit finden«. Dabei ließen sich »die mündlichen Besprechungen der Verschwörer ... nur durch Agenten ermitteln und überwachen ... Entweder muss irgend ein Mitglied der Verschwörung gewonnen oder ein Agent in solche hineingebracht werden«. Und nachdem Stieber eindringlich davor warnt, dass Agenten Verschwörer unter gar kein Umständen »provociren« sollten, presst sich diese bemerkenswerte Aussage hervor: »Es sind schon Fälle vorgekommen, in denen gewissenlose Polizei-Agenten in Zeiten der politischen Leidenschaft ganze Verschwörungen erdichtet haben, um sich Geldvortheile zu verschaffen.« Ob Stieber hier wohl seine eigene Tätigkeit vorm geistigen Auge erschienen ist?

Die Publikation des Criminal-Polizei-Buches diente ganz unmittelbar dem Interesse des Verfassers, die seit Mitte der 50er Jahre von der Justiz anhaltend kritisierten Übergriffe und Rechtsverletzungen der Berliner Polizei zu rechtfertigen. Fast zeitgleich zum Erscheinen seiner Schrift landete der Herr Polizei-Direktor wegen verschiedener Gesetzesverletzungen und willkürlicher Übergriffe für ein paar Tage im Knast. Zwar gelang es Stieber einen Freispruch zu erreichen, aber aus dem Polizeidienst wurde er mit gekürzten Bezügen entlassen. Danach trat er für kurze Zeit in den Dienst der zaristischen Staatsmaschine und bespitzelte russische Emigranten. Schließlich glückte ihm durch die persönliche Bekanntschaft mit Reichskanzler Bismarck ein erneuter gesellschaftlicher Aufstieg, der ihn im preußisch-österreichischen und deutsch-französischen Krieg zum Chef der neugebildeten politischen Feldpolizei beförderte. 1874 hatte Stieber schließlich so viel Geld zusammen, dass er nicht mehr zu arbeiten brauchte.

1875 erinnerte sich Karl Marx noch einmal an seinen Intimfeind aus der Zeit der 48er-Revolution. Bei diesem habe es sich einmal um ein »untergeordnetes Polizei-Individuum, auf wilder Jagd nach Gehalts- und Amtserhöhung« gehandelt. Doch nun bezeichne der Name Stieber »die unbeschränkte Herrschaft der politischen Polizei im neuen heiligen preußisch-deutschen Reiche«. Mit diesen Werkzeug wähne sich Bismarck »in seiner Eigenschaft als Diktator der deutsch-liberalen Bourgeoisie ... stark genug, die Arbeiterpartei aus der Welt stieben

zu können«. Marx wäre aber nicht der Dialektiker, der er war, wenn er diesen Gedanken nicht sofort umgedreht hätte. Er zog das »Wachstum der Größe Stieber« als Beleg für »den Fortschritt der Bewegung« des deutschen Proletariats heran, »die es selbst seit dem Kölner Kommunistenprozess zurückgelegt hat«.

Das war eine späte Ehre für den im Mantel des Geheimen Regierungsrates alt gewordenen »Landschaftsmaler Schmidt«. Die Marxschen Bemerkungen werden dem Spitzel geschmeichelt haben.

Leopold Auerbach: Denkwürdigkeiten des geheimen Regierungsrathes Dr. Stieber, Berlin 1884.

Carl Georg Wermuth: Wilhelm Johann Carl Eduard Stieber, Die Communisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts, Berlin 1853/54.

Wilhelm Stieber: Brief an Karl Marx – Neue Rheinische Zeitung vom 26.12.1848, in: MEW Band 8, 1960, Berlin, S. 446/7.

Wilhelm Stieber: Practisches Lehrbuch der Criminal-Polizei, Berlin 1860 / Reprint, Leipzig 1983 mit einem Nachwort von Armin Forker.

Karl Marx u. Friedrich Engels: Erklärung zum Abschluss des Kölner Prozesses vom 29.11.1852, in:

MEW Band 8, 1960, Berlin, S. 394-397.

Karl Marx: Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln, 1853 in: MEW Band 8, 1960, Berlin, S. 409-470.

Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, 1885 in: MEW Bd. 8, 1960, Berlin, S. 577-593.

Karl Marx: Nachwort zu »Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln«, vom 8.1.1875 in: MEW Bd. 18, Berlin 1973, S. 568-571.

Wolfram Siemann: Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung – Die Anfänge der politischen Polizei 1806-1866, Tübingen 1985.

Rudolf Herrnstadt: Die erste Verschwörung gegen das internationale Proletariat – Zur Geschichte des Kölner Kommunistenprozesses, Berlin 1958.

Karl Bittel (Hg.), Der Kommunistenprozess zu Köln 1852 im Spiegel der zeitgenössischen Presse, Berlin 1955

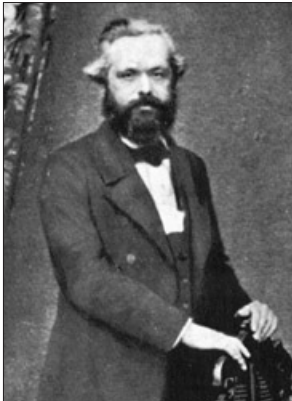
H. J. Schoeps: Agenten, Spitzel, Flüchtlinge. Wilhelm Stieber und die demokratische Opposition in London, in: H. Schallenger, Helmut Schrey: Im Gegenstrom, Wuppertal 1977, S. 71-104.



»Genugtuung mit Waffen«
Die Diffamierung Bakunins als Agent Russlands
in Marx' *Neuer Rheinischer Zeitung*

Am 6. Juli 1848 erschien in der von Karl Marx als Chefredakteur geleiteten *Neuen Rheinischen Zeitung* in Köln eine Meldung, in der Michael Bakunin zu einem »in jüngster Zeit gewonnenen Agenten Russlands« erklärt wurde:

»†† Paris, 3. Juli. Den Kämpfen der Slawenrace in Böhmen, Ungarn und Polen, folgt man hier trotz unserer innern Gährungen mit sehr aufmerksamem Auge. In Bezug auf die Slawen-Propaganda, versicherte man uns gestern, sei George Sand in den Besitz von Papieren gelangt, welche den von hier verbannten Russen, *M. Bakunin*, stark kompromittirten, indem sie ihn als ein Werkzeug oder in jüngster Zeit gewonnenen Agenten Russlands darstellen, den der größte Theil der Schuld der neuerdings verhafteten unglücklichen polnischen Patrioten treffe. George Sand hat diese Papiere einigen ihrer Vertrauten gezeigt. Wir haben hier nichts gegen ein Slawenreich, aber durch den Verrath der polnischen Patrioten wird es nimmermehr zu Stande kommen.«



Karl Marx



Michael Bakunin

Bakunin war zuerst wie gelähmt von diesem unerwartetem Angriff: »Es gibt Anschuldigungen, die so unerwartet, so absurd sind, dass man von ihnen wie betäubt, im ersten Augenblicke nicht recht weiss, was man zu tun hat und wie man auf sie, ohne sich selbst zu erniedrigen, antworten soll. So ging es mir gerade als ich einen schönen Morgen in der *Neuen Rheinischen Zeitung* las, dass ich ein russischer Spion, ein Agent von Kaiser Nikolai bin.«

Über die Wirkung der »Pariser Korrespondenz« aus Marx' *Neuer Rheinischer Zeitung* schrieb Bakunin später: »Da die *Neue Rheinische Zeitung* die Lieblingslektüre der deutschen Demokraten war, sprach man bald überall, auch

schon laut über meine angebliche Verrätereï. So bedrängte man mich von beiden Seiten: In den Augen der [russischen] Regierung war ich ein Verbrecher, der nach dem Leben des Zaren trachtet, und in den Augen des Publikums war ich ein schuftiger Spion! Ich war damals überzeugt, daß die beiden Verleumdungen ein und derselben Quelle entsprangen.«



Arnold Ruge

Bakunin kam jedoch zugute, dass die zeitgenössische Presse den von Marx kolportierten Spitzelvorwurf nicht unterstützte. In einer Korrespondenz der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* vom 14. Juli über die Affäre hieß es: »Die russische Abstammung des Hrn. Bakunin wird ihm leicht solchen Verdacht erwecken können, obwo[h]l die Unzweideutigkeit seiner Person feststehen möchte.« Der mit Bakunin befreundete Demokrat Arnold Ruge sprach am 30. Juli in seiner Zeitung *Die Reform* sogar von der »unbegreifliche[n] Tactlosigkeit« der *Neuen Rheinischen Zeitung*, »ihre Spalten der Verdächtigung eines der ehrenwerthesten Demokraten zu eröffnen« und hatte anfangs sogar empfohlen, »eine so verrückte Anklage mit Stillschweigen zu übergehen«.

So wurde die »Pariser Korrespondenz« noch vor jeder Stellungnahme durch George Sand, auf die sich der Korrespondent berufen hatte, zum Flop für die *Neue Rheinische Zeitung*. Aus der zeitgenössischen Presse sind keinerlei zustimmende Reaktionen auf die Meldung bekannt.



Am 8. und 9. Juli 1848 verfasste Bakunin einen Offenen Brief an George Sand, mit der er seit Jahren gut bekannt war. Angesichts der »ernsten Bedeutung dieser Anschuldigung« und »im Namen der Sympathie, die Sie mir stets gezeigt haben« appellierte er an die Schriftstellerin, entweder die »Pariser Korrespondenz«

aus der *Neuen Rheinischen Zeitung* zu dementieren oder die »Scheinbeweise« zu veröffentlichen. Bakunin schickte diesen Brief am 9. Juli 1848 per Post nach Paris und übergab eine Abschrift der lokalen demokratischen Zeitung in Breslau, der *Allgemeinen Oder-Zeitung*, die ihn am 11. Juli in deutscher

Übersetzung veröffentlichte. In einem Begleitschreiben an die Zeitung, das in derselben Nummer veröffentlicht wurde, erläuterte Bakunin:

»Es ist mir schon seit einiger Zeit bekannt geworden, daß man über mich und den Zweck meines Aufenthaltes in Breslau verleumderische Gerüchte verbreitet. Es war mir schmerzlich, auf eine solche Weise verkannt zu werden; doch habe ich geglaubt schweigen zu müssen, weil ich erstens es unter meiner Würde hielt, auf heimliche, das offene Licht scheuende Verdächtigungen zu antworten –; zweitens weil es in der Nothwendigkeit meiner Lage und im Interesse der



von mir vertretenen Sache ist, zunächst so wenig Aufmerksamkeit zu erregen, wie nur irgend möglich; drittens aber – und das war der Hauptgrund – weil ich tief überzeugt bin, daß man in jetziger Zeit seine Gesinnung viel mehr durch Thaten als durch Worte beweisen müsse, da Jeder bald eine Gelegenheit haben wird, wirklich zu zeigen, in wessen Dienste er steht und von welchem Geiste er beseelt ist. Jetzt bin ich aber gezwungen, mein Schweigen zu brechen. Eine offene förmliche Anklage gegen mich in der *Neuen rheinischen Zeitung* fordert von mir eine förmliche Antwort. Ich bin sie mir selbst und meinen deutschen Freunden schuldig, und hoffe ich, daß Sie, Herr Redacteur, einem Fremden, der keine andere Waffe besitzt als die Publicität, die Spalten Ihrer Zeitung öffnen werden.«

Bei näherer Betrachtung der »Pariser Korrespondenz« über Bakunin ergeben sich eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten: George Sand habe, hieß es in der Meldung der *Neuen Rheinischen Zeitung* aus Paris vom 3. Juli 1848, Bakunin kompromittierende Papiere »einigen ihrer Vertrauten gezeigt« – und zwar in Paris, wie angenommen werden muss. Bereits sechs Wochen zuvor – am 18. Mai 1848 – hatte die Schriftstellerin jedoch Paris verlassen und sich auf ihr Landgut Nohant im Département Indre begeben. Woher sollte George Sand fernab der politischen Geschehnisse der Hauptstadt Bakunin kompromittierende Papiere erhalten haben? Und selbst dies einmal angenommen: Warum sollte sie Nachrichten hierüber als erstes in die Presse gelangen lassen? Angesichts ihres freundschaftlichen Kontakts zu Bakunin hätte sie solche Papiere nicht ernst genommen oder sofort Bakunin übersandt (siehe unten). So teilte die »Pariser« Korrespondenz merkwürdigerweise Dinge mit, die sich nicht in Paris abgespielt haben können und die von profunder Unkenntnis über die Beteiligten zeugen.



Über den Autor der »Pariser Korrespondenz« in der *Neuen Rheinischen Zeitung* liegen mehrere, sich widersprechende Aussagen vor. Zunächst ist bemerkenswert, dass das Korrespondenzzeichen †† nur dieses eine Mal in der *Neuen Rheinischen Zeitung* für eine Meldung aus Paris verwandt wurde, während die in der Zeit ihres Bestehens insgesamt vier regulären Pariser Korrespondenten der Zeitung (Ernst Dronke, Hermann Ewerbeck, Ferdinand Wolff und Sebastian Seiler) alle unter anderen Zeichen firmierten. Direkt über der »Pariser Korrespondenz« über Bakunin war allerdings eine mit dem Korrespondenzzeichen Δ [d.i. Hermann Ewerbeck] gezeichnete und ebenfalls »Paris, 3. Juli« datierte Meldung abgedruckt, in der es zusammenhangslos hieß: »So eben erzählt man, auf Frau George Sand werde gefahndet«. Dass sowohl in dieser Meldung als auch in der »Pariser Korrespondenz« über Bakunin von George Sand die Rede war, könnte darauf hindeuten, dass beide

Δ Paris, 3. Juli. Die neuen Thermidorier proskribiren seit acht Tagen und werden noch lange fort proskribiren.

So eben erzählt man, auf Frau George Sand werde gefahndet; die Wandienmattre der zweiten Legion auf dem Volksrepräsentanten Louis Blanc bleibt unbeachtet. In mehreren Hospitiä-

Korrespondenzen *einen* Brief Ewerbecks vom 3. Juli aus Paris zur Grundlage hatten. Aus diesem Brief wären dann erst in der Redaktion der *Neuen Rheinischen Zeitung* zwei Korrespondenzen zusammengestellt, aber von der Redaktion unterschiedlich stark redigiert worden: erstens eine wenig veränderte Korrespondenz, die mit vollem Recht Ewerbecks übliches Signum Δ trug, und zweitens die weitgehend neugefasste »Pariser Korrespondenz« über Bakunin mit dem offenbar der Redaktion zugehörigen Korrespondenzzeichen ††. Für die »Pariser Korrespondenz« über Bakunin hätte Ewerbeck demnach nur das Stichwort geliefert, während sie in ihrem Wortlaut von Marx und Engels abgefasst sein könnte, die kurz zuvor – während des Pariser Juniaufstandes – die Frankreich-Berichterstattung der Redaktion an sich gezogen hatten. Hierfür würde auch sprechen, dass der den Zusammenhang herstellende Eingangssatz der »Pariser Korrespondenz« (»Den Kämpfen der Slavenrace in Böhmen, Ungarn und Polen folgt man hier trotz unserer innern Gährungen mit sehr aufmerksamem Auge«) sowie deren abschließende Wertung (»Wir haben hier nichts gegen ein Slawenreich«) für Ewerbeck untypisch sind, dessen Korrespondenzen sich fast ausschließlich auf die reine Informationswiedergabe und Zusammenfassungen aus der französischen Presse beschränkten. Redaktionelle Eingriffe in den Text von an die *Neue Rheinische Zeitung* übersandten Korrespondenzen waren für Marx und Engels nichts Ungewöhnliches. Die »Pariser Korrespondenz« über Bakunin könnte also – nachdem es im ersten Halbjahr 1848 zu verschiedenen Konflikten zwischen Marx und Bakunin gekommen war – weitgehend in der Redaktion der Zeitung in Köln abgefasst worden sein. Dies hatte übrigens schon Bakunin vermutet: »selon toutes les probabilités, la correspondance avait été fabriquée à Cologne« (»aller Wahrscheinlichkeit nach wurde die Korrespondenz in Köln fabriziert«).

Marx hat später tatsächlich Hermann Ewerbeck in einem Brief beiläufig als Autor der »Pariser Korrespondenz« bezeichnet – die Beteiligung der Redaktion hat er jedoch dabei mit keinem Wort erwähnt. Der Stichwortgeber Hermann August Ewerbeck (1816-1860) stellte übrigens eine illustre Figur dar. Geboren in Danzig, schloss er 1839 sein Medizinstudium an der Berliner Universität ab, lebte 1840/41 in Holland und ließ sich im August 1841 in Paris nieder. Dort trat er dem »Bund der Gerechten« bei, wurde zu einem seiner aktivsten Propagandisten in Paris und arbeitete als Arzt, Übersetzer und Korrespondent deutscher und französischer Zeitungen. Ewerbecks Propaganda-Begeisterung stand allerdings im umgekehrten Verhältnis zur Qualität seiner Arbeitsergebnisse. Engels, der seit 1846 mit Ewerbeck in Paris zusammenarbeitete, beklagte sich bereits im Folgejahr über dessen peinliche Manöver und Plagiate. Am 25. Oktober 1847 schrieb Engels an Marx, er werde Ewerbeck »jetzt gänzlich verbieten [Artikel] zu schreiben für die Réf[orme]. Er mag sich an den National pissen und dort Venedey und Co. Konkurrenz machen; da ist er unschädlich und bekommt doch nichts gedruckt.« Dass der von Engels zuvor derart disqualifizierte Ewerbeck im Jahre 1848 als einer der Pariser

Korrespondenten für die *Neue Rheinische Zeitung* engagiert wurde und seine Kolportage eines Bakunin betreffenden Gerüchts in redaktioneller Bearbeitung Eingang in die Zeitung fand, erscheint vor diesem Hintergrund unverständlich und fahrlässig – allerdings verzichtete am Ende auch Marx auf Ewerbecks Dienste: Ab Mitte März 1849 wurden von diesem übersandte Korrespondenzen nicht mehr veröffentlicht.



Nachdem Bakunin etwa eine Woche nach Absendung seines Offenen Briefes an George Sand keinerlei Reaktion von der Schriftstellerin vernommen hatte, wandte er sich an seinen Freund Adolf Reichel in Paris, dem er eine »Copie de ma lettre à M^{me} Sand« bezeichnete Abschrift seines Briefes sandte. Reichel schickte diese Abschrift am 19. Juli 1848 mit einem Begleitbrief an George Sand, in dem es unter anderem hieß: »Zu meinem großen Bedauern muß ich feststellen, daß Herr Marx, Redakteur der Neuen Rheinischen Zeitung, sich Ihres ehrenwerten Namens bedient hat, um meinen Freund anzugreifen und seine Ehre mit gemeinen Verleumdungen in den Schmutz zu ziehen. [...] Madame, ich flehe Sie an, mir freundlicherweise einige Worte als Antwort auf den Artikel der Rheinischen Zeitung zu schicken, die ich mit Ihrer Erlaubnis hier [in Paris] in der Zeitung *La Réforme* und in den deutschen Zeitungen veröffentlichen werde.«



Adolf Reichel

Sand reagierte bereits am 20. Juli 1848 mit zwei Briefen: einem geharnischten Dementi an Marx – »Die von Ihrem Korrespondenten mitgetheilten Thatsachen sind gänzlich falsch und haben nicht einmal den geringsten Schein der Wahrheit« – und einem Schreiben an Bakunin, in dem sie die »Pariser Korrespondenz« als »infame Verleumdung« bezeichnet, »deren Mitschuld man mir aufbürden will. Ich sollte Ihnen übrigens zürnen, daß Sie mir in dieser Sache auch nur einen Augenblick mißtrauen konnten; doch wir Alle, die wir uns der demokratischen Sache der Humanität gewidmet haben, werden so sehr verleumdet und verfolgt, daß wir uns die Hand reichen müssen und uns von unsern Gegnern nicht trennen und demoralisiren lassen dürfen. Nein, ich hatte niemals eine Anklageakte gegen Sie in Händen und ich würde, seien Sie dessen gewiß, sie nicht aufgehoben haben. Entweder hätte ich dieselbe, ohne sie bis zu Ende zu lesen, in's Feuer geworfen, oder sie Ihnen, wenn ich sie einer Antwort würdig hielt, zurückgeschickt. Der Artikel der



George Sand

Neuen Rh. Zeitung, welchen ich hiermit feierlich Lügen strafe, ist eine gehässige Erfindung, durch welche ich mich persönlich beleidigt finde. Ich will glauben, daß der Correspondent, welcher den Bericht geliefert hat, nährisch war, als er eine solche Abgeschmacktheit auf unsre Kosten erfand und ich bedaure nur, daß ich nicht sofort im Stande war, mich wegen der schmähhchen Rolle, welche man mir zugetheilt hat, zu rechtfertigen. Kurze Zeit nach Ihrer Verbannung aus Paris [Dezember 1847] müssen Sie einen Brief von mir erhalten haben, worin ich Ihnen die Achtung und Theilnahme ausdrücke, welche Sie verdienen, und welche ich jederzeit für Ihren Charakter und Ihre Handlungen gehegt habe. Genehmigen Sie die Versicherung, daß ich diese Hochachtung mehr als je für Sie empfinde. Ganz die Ihrige *George Sand*.«

Bakunin erhielt diesen Brief am 25. Juli 1848 in Breslau; der in Köln viel näher an Frankreich sitzende Marx reagierte jedoch auf das an ihn gesandte Dementi nicht. Bakunin übergab daraufhin Sands Briefe seinem polnischen Freund Władysław Kościelski, der gerade auf dem Weg nach Köln war, und bat ihn, Marx ultimativ zu einem öffentlichen Widerruf aufzufordern oder andernfalls in seinem Namen »une satisfaction les armes à la main« (»Genugtuung mit Waffen«) zu verlangen.

Am 3. August 1848 veröffentlichte die *Neue Rheinische Zeitung* dann Sands Dementi mit einer redaktionellen Vorbemerkung:

»Wir erfüllten damit die Pflicht der Presse, öffentliche Charaktere streng zu überwachen, und gaben damit zugleich Hrn. Bakunin Gelegenheit, einen Verdacht niederzuschlagen, der in Paris in gewissen Kreisen allerdings auf ihn geworfen wurde. Wir theilten eben so bereitwillig die Gegenerklärung des Herrn Bakunin und seinen Brief an Madame George Sand aus der *Allg. Oder-Zeitung* mit, noch ehe uns Hr. Bakunin brieflich darum ersuchte. Wir theilen nun einen an die Red. der Neuen Rh. Zeit. gerichteten Brief von George Sand in wörtlicher Uebersetzung mit, wodurch diese Angelegenheit vollständig erledigt wird:

Herr Redakteur! Unter dem Datum Paris, 3. Juli, veröffentlichen Sie in Ihrem Journal folgenden Artikel (folgt die Uebersetzung der betr. Korrespondenz). – Die von Ihrem Korrespondenten mitgetheilten Thatsachen sind gänzlich falsch und haben nicht einmal den geringsten Schein der Wahrheit. Ich habe nie den geringsten Beweis von den Andeutungen besessen, welche Sie gegen Hrn. Bakunin, den das gefallene Königthum aus Frankreich verbannte, zu akkreditiren suchen. Ich bin also niemals autorisirt gewesen, den geringsten Zweifel in die Loyalität seines Charakters und die Freimüthigkeit seiner Meinungen zu setzen. Genehmigen Sie etc. *George Sand*. P.S. Ich appellire an Ihre Ehre und an ihre Gewissenhaftigkeit, um die sofortige Aufnahme dieses Briefs in Ihr Journal zu erstatten. La Châtre (Dep. der Indre), 20. Juli 1848.«

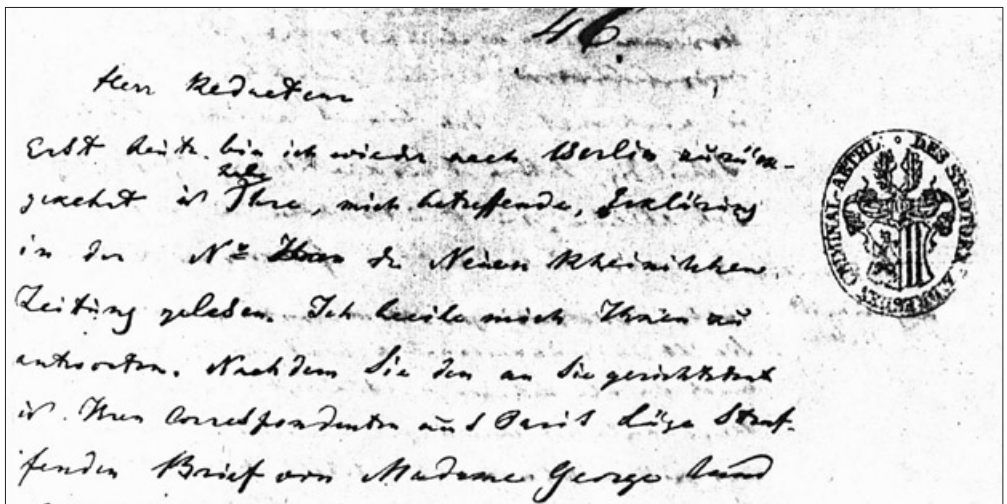
Die redaktionelle Rechtfertigung von Marx – »Wir erfüllten damit die Pflicht der Presse, öffentliche Charaktere streng zu überwachen« – erscheint vor dem Hintergrund der Ereignisse der vergangenen Jahre durchaus überraschend:

In Marx' Briefwechsel mit Engels war im Jahre 1846 schon einmal zu Unrecht von Bakunin als russischem Spion die Rede gewesen. Ferner war Marx sicherlich über die Affäre um den Anfang 1848 vom französischen Innenminister Duchâtel suggerierten Spionagevorwurf gegen Bakunin informiert, als die französischen Behörden wegen des großen Presseechos nach Bakunins Ausweisung aus Frankreich unter Druck gerieten. Nach diesen Vorfällen erscheint die ungeprüfte Wiederholung eines solchen Gerüchts in der *Neuen Rheinischen Zeitung* aus journalistischer Sicht äußerst riskant und fahrlässig und keineswegs durch die »Pflicht der Presse« geboten.

Bakunin war mit der dem Dementi vorangestellten redaktionellen Erklärung von Marx durchaus unzufrieden. In einem Entwurf zu einem Offenen Brief an Marx schrieb Bakunin zu jener Zeit:

»Herr Redacteur

Erst heute bin ich wieder nach Berlin zurückgekehrt und habe Ihre, mich betreffende, Erklärung in der N° [64] der Neuen Rheinischen Zeitung gelesen. Ich beeile mich Ihnen zu antworten. Nachdem Sie den an Sie gerichteten und Ihren Correspondenten aus Paris Lüge straffenden Brief von Madame George Sand abgedruckt haben, erklären Sie, Herr Redacteur, die Sache für erledigt. Leider



Bakunin: Entwurf eines Offenen Briefs an Marx vom August 1848

ist es mir unmöglich Ihnen darin beizustimmen, denn für mich fängt sie erst an. Nicht Zanklust und noch weniger ein eitler Trieb das Publicum mit meiner Person zu beschäftigen zwingen mich dazu diese widerwärtige Angelegenheit weiter zu führen. Denn wahrlich, wenn es mir erlaubt wäre meinem eigenen, innersten Gefühle zu gehorchen, so hätte ich mein Stillschweigen gar nicht gebrochen und die Verläumdung Ihres Correspondenten ohne Antwort gelassen.«

Bald scheint Bakunin jedoch von dem Plan eines Offenen Briefes an Marx abgekommen zu sein und begann ein umfangreiches Memorandum auszuarbeiten, das zur Publikation in Ruges Zeitung *Die Reform* vorgesehen war und das »meine ganze politische Stellung, so wie die Zwecke welche ich verfolge, mit möglicher Klarheit und vollständiger Aufrichtigkeit darlegen« sollte. In diesem Manuskript verspottete Bakunin bereits Marx' Erklärung zum Abdruck von Sands Dementi mit den Worten, dieses Blatt habe »erklärt, es sei eigentlich seine Absicht gewesen, mir einen Dienst durch die Aufnahme jenes Gerüchtes zu erweisen, indem es mir dadurch Gelegenheit gab mich zu rechtfertigen. Nun gut, so seltsam mir auch solche eine Art von Freundschaftsdienst erscheint, unter

anderem auch darum, weil die Redaction recht gut voraussehen musste dass nicht alle welche den ersten Artikel gelesen oder von ihm gehört hatten, dann auch von der Widerlegung unterrichtet werden würden, so will ich mich doch weiter auf die Aufsuchung eines anderen Motifs, seitens der Redaction der obengenannten Zeitung, nicht einlassen.«

Für Details und Quellennachweise siehe
Wolfgang Eckhardt: Bakunin, Marx und George
Sand. Die Affäre »Neue Rheinische Zeitung«
(1848).

In: IWK. Internationale wissenschaftliche
Korrespondenz zur Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung, Berlin, 37. Jg., Heft 3,
September 2001, S. 281-369.



Ich komme jetzt zur traurigsten Seite meiner Erinnerungen. ... Asew war Mitglied der Partei seit ihrer Gründung. Er wusste vom Attentat auf den Gouverneur von Charkow, Fürst Obolenskij (1902), und nahm an den Vorbereitungen zur Ermordung des Gouverneurs Bogdanovic von Ufa (1903) teil. Er leitete seit dem Herbst 1903 die Kampforganisation und nahm an den folgenden terroristischen Aktionen teil: an der Ermordung des Innenministers Plehwe, an der Ermordung des Großfürsten Sergej Aleksandrovic, am Attentat auf den Petersburger Generalgouverneur General Trepow, am Attentat auf den Kiewer Generalgouverneur General Kleigels, ... am Attentat auf den Leiter der politischen Spitzelabteilung Rackovskij, an der Ermordung von Georgij Gapon, am Attentat auf den Ministerpräsidenten Stolypin und an drei Attentaten auf den Zaren ... usw.

Ich war mit Asew durch Freundschaft verbunden. ... In meinen Augen war er ein begabter und erfahrener Revolutionär und ein harter und energischer Mensch. Diese Meinung wurde im allgemeinen von allen Genossen geteilt, die mit ihm arbeiteten.

Boris Savinkow: Erinnerungen eines Terroristen, Nördlingen 1985.

Valentin und Rasskin Das Doppelleben von Ewno Asew

Asew wurde 1869 in Lyskowo im Gouvernement Grodno in einer jüdischen Familie geboren. Er war das zweitälteste Kind, hatte noch zwei Brüder und vier Schwestern. Der Vater tat alles, um den Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen. Um der drohenden Verhaftung zu entgehen – Asew hatte sich schon als Gymnasiast einem revolutionären Zirkel angeschlossen –, verließ er Russland und ging nach Karlsruhe, um hier Elektrotechnik zu studieren. Als das Geld knapp wurde, schrieb er am 6. April 1893 einen Brief an das Polizeidepartement und bot seine Dienste an. Am 3. Mai erhielt er Antwort, im Juni traf die erste Überweisung in Höhe von 50 Rubeln ein. Wenig später führten ihn seine Aufträge in die Hochburgen der russischen Emigranten, nach Zürich und Bern. Hier lernte Asew seine künftige Frau, eine typische Nihilistin, kennen.

Um die zunehmenden Verdächtigungen seiner Kampfgefährten zu entkräften, wird Asew im Sommer 1895, als das Zarenehepaar in der Stadt weilt, aus Darmstadt ausgewiesen. Sein Studium darf er zu Ende führen, 1899 erhält er das Diplom. Für seine Berichte wird er von nun an mit 100 Rubeln monatlich entlohnt. Für die Polizei war er der Topinformant. Asews Führungsoffizier beschrieb ihn als skrupellosen Geschäftsmann, der »alles vom Standpunkt des Profits beurteilt, der sich mit der Revolution beschäftigt, weil es ihm Vorteile bringt und der der Regierung nicht aus Überzeugung, sondern aus Eigennutz dient«. Zu diesem Zeitpunkt hatte Asew alias Valentin die Leitung der



Ewno Asew, Polizeifotos, 1915

Kampforganisation der Partei der Sozialrevolutionäre übernommen, die durch spektakuläre Attentate – wie das auf den Innenminister Plehwe im Juli 1904 – auf sich aufmerksam machte. Während diese nicht nur unter Aufsicht und mit Billigung, sondern oft auch im Auftrag der Polizei Regierungsvertreter erschoss oder in die Luft sprengte, ging die Polizei massiv gegen die sich herausbildende

Partei vor. Massenverhaftungen sollten die Organisation zerstören, und wenn dies nicht gelang, doch empfindlich schwächen. Asew alias Rasskin verdiente als Spitzel 600 Rubel im Monat. Immer wieder gelang es ihm, den Verdacht von sich auf andere zu lenken.

Boris Nikolajewsky: Asew. Geschichte eines Verrats. Berlin: Verlag Der Bücherkreis, 1932. Der russischen Ausgabe (Moskau 1991), einem Nachdruck der 1980 in New erstauflagelegten russischsprachigen Ausgabe unter dem Titel »Istorija odnogo predatelja. Terroristy i političeskaja policija« [Die Geschichte eines Verräters. Terroristen und politische Polizei.] ist ein Anhang angefügt, der Burzews Erinnerungen über die Enttarnung von Asew entnommen ist. Pis'ma Azefa 1893-1917. [Asews Briefe 1893-1917] (Sostaviteli D. B. Pavlov, Z. I. Peregudova.) Moskwa: Terra, 1994.

Nach der Einberufung der Reichsduma arbeiteten Asew und seine Chefs in der Geheimpolizei Hand in Hand, um die Partei zur Auflösung der überlebten Kampforganisation zu bewegen. Dieser Plan ging – wenn auch nur für kurze Zeit – auf. Denn das Beispiel hatte seine Wirkung auf andere Revolutionäre nicht verfehlt. Sie machten nach bewährtem Muster anstelle der untergetauchten Kampfgruppe weiter. Der gescheiterte Anschlag auf Ministerpräsident Stolypin ist ein Beispiel. Asew kehrte 1907 wieder auf seinen Posten zurück und begann in Abstimmung mit der Geheimpolizei die Verschwörung gegen den Zaren vorzubereiten. Sein Monatsgehalt belief sich inzwischen auf 1.000 Rubel. Um sicher zu gehen, verriet er die wichtigsten Mitglieder der

Kampfgruppe. Die Monarchisten nutzten den daraufhin inszenierten Prozess gegen die Verschwörer für eine nationalistische Kampagne in der Duma. Da die Revolutionäre ungeachtet der Verhaftungen an ihrem Plan, den Zaren zu ermorden, festhielten, begann Asew seinen endgültigen Rückzug aus der Kampforganisation vorzubereiten.

Im Juni 1908 verließ er Russland für immer. Inzwischen hatte der Redakteur der Zeitschrift *Byloe*, Wladimir Burzew, genug Beweise für Asews Doppelleben zusammengetragen. In der Duma verlangten die linken Abgeordneten Aufklärung über die Tätigkeit der V-Leute der Ochrana, die in provokativer Absicht konspirative Zirkel und Druckereien einrichteten und illegale Waffenlager anlegten. Die rechten Abgeordneten hingegen verteidigten diese Unterwanderungsstrategie. Von seinen Kampfgefährten zur Rede gestellt, floh Asew aus Frankreich nach Deutschland. Mit dem als Spitzel verdienten Geld spekulierte er an der Börse. Er lebte unter dem Namen Alexander Neumeyer und gab als Beruf Kaufmann an. Die einzige Gefahr waren die ehemaligen, nach Rache dürstenden Genossen. Bis 1913 wechselte er ständig seinen Aufenthaltsort.

Am 12. Juni 1915 wurde er in Berlin als gefährlicher Terrorist und Anarchist verhaftet. Kurz nach seiner Entlassung starb er an den Folgen eines Nierenleidens am 24. April 1918.



Asew mit Freundin, Ostsee, 1906

Spitzel als Meinungsforscher Die Hamburger »Wirtschaftsvigilanten« im Kaiserreich

»In der Zeit von 9.25 bis 10.10 Uhr [abends] besuchte ich die Lindleystraße, Ecke Röhrendamm gelegene Destillation von Rohlf's. Anwesend waren vier Gäste, von denen einer folgendes sagte: »Es wird immer über die Rohheit der Spanier, welche in den Stierkämpfen Gefallen finden, geschrieben, und doch sind die hiesigen Pferderennen kaum etwas anderes. Die Tierquälerei ist bei beiden gleich groß, und der Unterschied ist nur der, dass bei den Stierkämpfen die Pferde in ein paar Stunden totgequält werden, wogegen es bei den Rennen einige Jahre dauert. Beide Arten sind eine Geschmacksverwirrung der Völker und müssten abgeschafft werden.« Ein anderer sagte: »Mehr noch als die Pferderennen sind die großen Distanzritte, welche vom Militär ausgeführt werden, zu verdammen. Bei diesen werden Pferde tatsächlich tot geritten. Wie so ein Pferd bei so einem Ritte, wenn es nicht mehr weiterkann, behandelt wird, bis es tot zusammenbricht, kann man sich leicht denken, und doch werden diese Quälereien nicht als Rohheiten gesehen. Dagegen werden aber Kutscher, welche ihre Pferde manchmal zu Recht schlagen, zur Verantwortung gezogen und bestraft. Dieses ist zwar sehr richtig, doch müssten die angeführten Quälereien ebenso verboten und bestraft werden wie diese.««

Dieser Spitzelbericht, 1902 im Hamburger Stadtteil Rothenburgsort von einem Schutzmann Hinz aufgezeichnet, findet sich unter gut 20.000 Berichten von Kneipengesprächen, die Hinz und andere so genannte Wirtschaftsvigilanten für die Hamburger Politische Polizei fertigten. Hinz war in seinem Vigilanzbezirk herumgelaufen, hatte eine gute dreiviertel Stunde in dem Lokal gesessen und dem Gespräch der vier Gäste gelauscht. Das aus politischer Sicht etwas magere Ergebnis, das mit viel Mühe eine Kritik am Militär und an Vorurteilen gegenüber anderen Völkern hergibt, hielt er andernfalls fest. Der Auftrag von Hinz war nicht, Personen festzustellen. Er sollte die Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft erforschen. Daher fand Hinz auch ein hellsichtiges Gespräch über den tierquälerischen Aspekt von Pferderennen und Stierkämpfen berichtenswert. Vielleicht hatte Hinz jedoch nur das Verlangen, überhaupt etwas zu schreiben, selbst wenn er nichts wirklich Staatsgefährdendes vernommen hatte.



Im 19. Jahrhundert warfen Polizeitheoretiker immer wieder die Frage nach dem Nutzen und der Bedeutung von Spitzeln für die Polizeiarbeit auf. Der Nutzen wurde darin gesehen, in die »Gegenwelten« des Verbrechens und des Proletariats einzudringen. Die Vigilanten, wie die Spitzel genannt wurden, hat-

ten keinen guten Ruf, galten sie doch als treulos gegenüber ihren Genossen und als Werkzeug der Polizei. In den Augen der meisten Polizeitheoretiker waren sie jedoch unersetzlich, da nur so in die nichtbürgerlichen Kreise eingedrungen werden könne. Es ging weniger um die Verfolgung von Straftaten, sondern darum,



Hier sind um 1895 die »verkleideten Kriminalpolizei-Offizianten auf Dauervigilanz« zu sehen. Die sieben Herren haben sich zu einem Gruppenfoto um ihren Vorgesetzten versammelt und strahlen Zufriedenheit aus. Der in der Mitte Sitzende, durch die Geste, aber auch durch die Kleidung von den Vigilanten abgesetzt, unterstreicht mit seinen zusammengelegten Händen auf dem Spazierstock seine Machtposition. Die Gruppenerfahrung war selten. Die Vigilanten zogen alleine durch die Stadt und trainierten ihr Gedächtnis, da sie in den Kneipen keine Notizen machen konnten.

Kontrolle und Kenntnis über die als bedrohlich und undurchschaubar wahrgenommenen proletarischen oder subproletarischen Milieus zu erhalten, die weit entfernt von der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Rationalitäten folgten. Eine beliebte Polizeimetapher der theoretisierenden Kriminalisten war die des Arztes, der die Gesellschaft zu kurieren hätte. Dazu gehöre, »Krankheitssymptome« am gesellschaftlichen Körper frühzeitig zu erkennen.

Die Hamburger Politische Polizei versuchte am Ende des 19. Jahrhunderts, dieses Problem systematisch anzugehen. Von 1892 bis 1910 streiften als Arbeiter verkleidete Polizeibeamte durch Kneipen, um Gespräche zu belauschen und politisch Interessantes zu protokollieren.

Die »Wirtschaftsvigilanten« waren auf Betreiben des Leiters der Politischen Polizei in Hamburg, Kommissar Rosalowsky – der Vorname ist leider nicht überliefert –, seit Dezember 1892 tätig. Wie überall im Kaiserreich galt es vor allem die politischen Aktivitäten der Sozialdemokratie zu überwachen.

Zum einen wurden durch uniformierte Beamte alle politischen Veranstaltungen überwacht, die dort teilnahmen und so Präsenz der Staatsmacht demonstrieren. Zum anderen wurden Zeitungen ausgewertet und zu personen- und organisationsbezogenen Dossiers zusammengestellt. Spitzel aus dem proletarischen Milieu hatte es zuvor schon gegeben, aber Rosalowsky zielte auf etwas Neues: Die andauernde und permanente Überwachung von Gesprächen der Arbeiterschaft, vor allem in Kneipen.

Das Engagement Rosalowskys ergab sich aus der verschärften politischen Situation. Die Sozialdemokratie hatte nach Aufhebung ihres Verbots 1890 erhebliche Stimmengewinne in Hamburg erzielen können und gewann alle Reichstagswahlkreise, war aber aufgrund des Klassenwahlrechts von jeglicher politischen Herrschaftspartizipation im Stadtstaat ausgeschlossen. Eine Choleraepidemie im Sommer und Herbst 1892 hatte die sozialen Spannungen verstärkt, da die katastrophalen Wohnbedingungen in den Arbeitervierteln die Ausbreitung der Cholera erheblich gefördert hatten. Rosalowsky schilderte schon im Mai 1892 den in seinen Augen dramatischen Anstieg der politischen Aktivitäten: Die Versammlungen hatten sich verdoppelt, und in den ersten vier Monaten waren rund 12.800 Zeitungsausschnitte ausgewertet worden. Für diese

Aufgaben standen der Politischen Polizei jedoch nur neun Beamte zur Verfügung, die chronisch überlastet waren. Nach der katastrophalen Choleraepidemie, die die Arbeit der Politischen Polizei fast zum Erliegen gebracht hatte, ging Rosalowsky im November 1892 in die Offensive. Er konkretisierte seinen Plan einer kontinuierlichen Überwachung der Hamburger Kneipen, wofür er zunächst sechs weitere Beamte anforderte. Der Hamburger Senat stimmte seinem Plan zu, und im Dezember 1892 wurde die neue Abteilung aufgebaut.

Kneipen waren die Orte, an denen Rosalowsky offene politische Gespräche erwartete. Damit bewies er Gespür für die sozialen Verhältnisse, denn die Kneipen, häufig kleine Kellerlokale, in denen vielleicht 15-20 Personen Platz fanden, galten als ›Salons der Proletarier‹. Die engen Wohnverhältnisse erlaubten zumeist nicht, Mietwohnungen für Treffen zu nutzen. Ort sozialer Kontakte, vor allem der Männer, war – neben der Arbeit – daher die Kneipe, wo nach Feierabend einige Getränke genommen wurden. Dieser öffentliche und zugleich intime Ort war für Rosalowsky der ideale Ansatzpunkt, möglichst dicht an die tatsächlichen Stimmungen und Gedanken der Arbeiterschaft zu kommen. Rosalowsky hatte schon im Mai 1892 geschrieben: »Die Versammlungen und deren Überwachungen geben doch nur ein einseitiges Bild und lassen nur auf die ausgestreute Saat Schlüsse ziehen. Die Kenntnis darüber, wie diese Saat aufgeht, wie die ins Volk hineingeworfenen Andeutungen wirken, und wie sie in den Köpfen der hier in Frage kommenden Bevölkerungskreise verarbeitet wird, kann nur durch eine direkte Wirtschaftsüberwachung, und damit durch einen direkten unauffälligen Verkehr mit den Leuten, erlangt werden. Aber auch nur dann kann man über eine wirklich drohende Gefahr aufgeregter, arbeitsloser und hungernder Massen Voraussicht zu schaffen hoffen, wenn auch nicht zugesichert werden kann, dass dies geschehen muss.« Aus diesen Zeilen spricht die Sorge, weite Bevölkerungskreise nicht sicher einschätzen zu können und die Kontrolle zu verlieren.

Die ersten sechs ›Wirtschaftsvigilanten‹ waren ältere Hamburger Polizeiangehörige, die aus Handwerksberufen zur Polizei gekommen waren. 1892 war auch das Jahr, in dem die Hamburger Polizei nach preußischem Muster neu strukturiert wurde und überwiegend Militärangehörige eingestellt wurden. Für die ehemaligen Handwerker war es leichter, sich als Arbeiter zu kleiden und die Gesten und Kulturtechniken der Kneipen zu beherrschen, da ob ihrer früheren Berufe der soziale Abstand gering war. Sie verstanden sich als Polizeibeamte mit einem besonderen Auftrag, für die das geringe Sozialprestige des Spitzels nicht galt. Meyers Konversationslexikon definierte 1897: »Vigilanten sind Angehörige der Verbrecherwelt, die sich freiwillig in den Dienst der Kriminalpolizei gestellt haben. Sie sind bezahlte Angeber [im Sinne von Informanten], nicht ›Lockspitzel‹.« Die ›Wirtschaftsvigilanten‹ traten nicht als Verräter, sondern eher als Meinungsforscher an. Sie waren von anderen Polizeidiensten befreit – um nicht erkannt zu werden – und wurden ausschließlich für die Spitzeltätigkeit eingesetzt. Rosalowsky schulte die ersten Beamten ausführlich. Er ließ von je-

dem einen Aufsatz verfassen, um zu kontrollieren, ob sie ihre Aufgabe verstanden hatten. Der Schutzmann Wilhelm Meiche umriss ihre Aufgaben umfassend und gab zugleich ein Selbstbild der Spitzel:

»Die Aufgabe des Vigilanzbeamten besteht darin, in dem ihm zugewiesenen Bezirk die Stimmung des Publikums zu erforschen und über die ihm zu Ohren gekommenen etwaigen, gegen das Wohl des Staates gerichteten Gespräche, verschiedentlich geheime Verbindungen zu berichten. Zu diesem Zweck muss der Beamte solche Lokalitäten, resp. Orte, aufsuchen, wo größere Menschenmengen verkehren, wie zum Beispiel Gastwirtschaften, Fähren, Bahnhöfe, Geschäftsetablissemments und Quais, wo beschäftigungslose Personen um Arbeit nachsuchen. Um seinen Zweck zu erfüllen, muss der Beamte jedoch seinen Auftrag geheim halten, darf sich nicht als Polizeibeamter zu erkennen geben, wenn nicht besondere Gründe vorliegen. Darf sich selbstverständlich nicht betrinken und hat stets den Wahrspruch hören, sehen und berichten zu beherzigen.«

Rosalowsky wollte die Vigilanten nicht zur Überwachung einzelner Personen einsetzen. In der Vielzahl überlieferter Berichte finden sich so gut wie nie Namen von Bespitzelten. Sie wurden vor allem sozialen Gruppen zugeordnet, wie viele einleitende Bemerkungen der Berichte zeigen: »Eine Gruppe von Arbeitern unterhielt sich. ... Anwesend ca. zehn Personen, ... daselbst waren einige Handwerker als Gäste anwesend. ... Hier waren zehn Personen (kleine Geschäftsinhaber) anwesend«. Namentlich erwähnt wurden nur die Besitzer der Kneipen. Zum einen, weil sie oft Namensgeber für die Lokalitäten waren, zum anderen, weil die Vigilanten sich häufiger mit den Gastwirten unterhielten. Dies waren in der Regel die einzigen Gesprächspartner, da sich die Wirtschaftsvigilanten nicht an Gesprächen der Arbeiter beteiligten. Da sie nicht einzelne Personen ausforschen sollten, war es nicht gewünscht, dass sie zu einzelnen Personen Vertrauensverhältnisse aufbauten. Die Gespräche mit den Gastwirten hatten auch nur bedingt strategischen Charakter. Sie ergaben sich beim Bestellen oder auch aus Langeweile, die die Beamten wohl empfanden, wenn sie in Kneipen saßen und auf Gäste warteten.

Hamburg war in 16 Vigilanzbezirke eingeteilt, durch die täglich vier Beamte einzeln streiften. Die Auswahl der aufgesuchten Orte ergab sich mehr oder weniger zufällig. Die Beamten schafften höchstens bis zu vier Kneipen, wo sie sich ja mitunter längere Zeit aufhalten mussten, um Gesprächen zu lauschen.

Ihre Interessen waren breit gefächert. Sofern ein Gespräch politischen Charakter hatte oder ein solcher hineininterpretiert werden konnte, wurde es aufgezeichnet. Da die Auswahl der Kneipen eher zufällig war und sich nicht darum bemüht wurde, Personen zu beobachten, musste der Vigilant bei jedem Gespräch darauf hoffen, dass er etwas Berichtenswertes hörte, andernfalls war seine Arbeit in Frage gestellt. Hier entstand ein Dilemma, dass die Arbeit der Vigilanten die ganzen 18 Jahre hindurch prägte: Was war eigentlich das Interesse der Vorgesetzten? Rosalowsky hatte die Einrichtung der

Wirtschaftsvigilanten damit begründet, dass er eine Zunahme umstürzlerischer Aktivitäten der Sozialdemokratie befürchte. Durch die Wirtschaftsvigilanz hoffte er zudem Hinweise zu finden auf Konflikte und Unstimmigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie. Umstürzlerische Pläne wurden in den Kneipen jedoch kaum geschmiedet, hier hatten die Spitzel wenig zu berichten. Sicherlich wurde die Ablehnung der Regierungen in Hamburg und im Reich in vielen Gesprächen deutlich, aber alles bewegte sich im Rahmen allgemeiner politischer Kneipengespräche. In welche Richtung sollten nun die Berichte gehen: Die Gefahr eines sozialdemokratischen Umsturzes beschwören oder die Sozialdemokratie eher schwach aussehen lassen, also Kritik und Unstimmigkeiten in der sozialdemokratischen Wählerschaft hervorheben?

Die Beamten haben dieses Problem nie ganz gelöst. Sie schrieben und schrieben. Die erwähnten gut 20.000 Berichte aus ihrer Feder werden heute im Hamburger Staatsarchiv gelagert, die allermeisten wurden unter dem Titel »Berichte ohne Wert« abgelegt. Nur wenige der Spitzelberichte wurden von den Vorgesetzten als so wichtig erachtet, dass sie für andere Vorgänge verwendet wurden. Die Stimmungsberichte deckten ein solches Themenspektrum ab – Mietfragen, Mordprozesse, die Außenpolitik des Kaiserreiches oder Prostitution –, dass sie für die historische Sozialforschung eine kostbare Quelle sind. Es gibt wenig Material, aus dem Ansichten und Diskussionen von Arbeitern des Kaiserreiches so ausführlich, wenn auch durch den Spitzelblick gefiltert, überliefert sind. Zeitgenössisch war diese bizarre Form der Meinungsforschung ohne großen Nutzen, auch für die damalige Polizeiarbeit nicht. Die Berichte wurden nicht systematisch ausgewertet und nie zu allgemeinen Stimmungsberichten – wie es der Sicherheitsdienst der SS oder die Parteiinformation der SED später taten – zusammengefasst, sondern dienten höchstens den leitenden Beamten als Hintergrundinformation.

Der geringe Effekt ihrer Tätigkeit fiel auch den Vigilanten auf, besonders wenn sie schon mehrere Jahre durch die Kneipen geschickt wurden. Schutzmann Graumann übte die Tätigkeit fast zehn Jahre lang aus, und aus seinen Berichten ist ablesbar, dass die Spitzelei ihn zunehmend langweilte. Er verfiel schließlich auf die arbeitsökonomische Idee, einfach aus alten Berichten abzuschreiben. Dies war bei allgemeinen Themen gut möglich, die keinen aktuellen Bezug hatten. Noch ein Beamter kopierte Teile seiner alten Berichte, um Arbeit zu sparen. Aufgefallen ist dies erst Historikern. Erstaunlich ist übrigens, dass die Vigilanten nur selten Situationen berichteten, in denen ihre Tätigkeit entdeckt wurde. Noch seltener ist notiert, dass Kneipenbesucher das Gesprächsthema wechselten, da der Vigilant zu offensichtlich zuhörte. Es gibt auch keine Hinweise darauf, dass die Vigilanten bekannt waren oder vor



Weitere »Wirtschaftsvigilanten«

ihnen gewarnt wurde. Einen Fall von Enttarnung hat es, soweit bekannt, nie gegeben. So unauffällig war ihre Tätigkeit.

Ende 1910 wurde die Tätigkeit der Wirtschaftsvigilanten eingestellt und nur kurzzeitig vor dem Ersten Weltkrieg wieder aufgenommen. Jahre zuvor waren die Berichte schon dünner und noch weniger aussagekräftig geworden, den eingesetzten Beamten fiel offenbar auf, dass ihre Spitzeldienste nicht gewürdigt wurden. Für das Ende der Wirtschaftsvigilanz ist kein Grund überliefert. Offensichtlich wurden Aufwand und Nutzen irgendwann in einem realistischen Verhältnis gesehen.

Richard Evans: Kneipengespräche im Kaiserreich.

Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei 1892-1914, Reinbek bei Hamburg 1989.

Evans hat die Berichte der Hamburger Polizei ausgewertet und in Teilen veröffentlicht. Diesem

Buch verdanke ich alle Zitate aus den Quellen.

Rainer Hering: Kutscher und Kanzler. Der Bau des Hamburger Bismarck-Denkmal im Spiegel der Vigilanzberichte der Politischen Polizei. In:

Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter, Band 13, Heft 2, 1993, S. 38-48. Hering kann

sehr schön anhand der Vigilantenberichte belegen, dass der Bau des Hamburger Bismarckdenkmals

1906 nicht von allen Hamburgern begeistert gefeiert wurde, wie es Konservative und

Heimathistoriker heute gerne behaupten, sondern es schon zeitgenössisch heilsichtige und vernünftige Kritik an diesem nationalisierenden

Monstrum gab.

Die Spitzelberichte sind noch nicht systematisch ausgewertet werden, sicherlich eine reizvolle

Angelegenheit, für die nur einige Jahre notwendig wären. Wer mal einen Blick riskieren möchte,

wende sich an das Hamburger Staatsarchiv und frage nach dem Bestand Politische Polizei, S.

3930.

Die Überlegungen zu dem Bild des Vigilanten im 19. Jahrhundert verdanke ich Peter

Becker, der sich mit dem Blick auf Vigilanten aus Verbrecherkreisen befasst: Vigilanten

als polizeiliche Informationsquelle im 19.

Jahrhundert: Kriminalistischer Irrweg oder

Königsweg im Kampf gegen »organisiertes

Verbrechen«? In: Friso Ross, Achim Landwehr

(Hg.): Denunziation und Justiz: Historische

Dimensionen eines sozialen Phänomens. Tübingen 2000, S. 119-143. Dort findet sich auch das

schöne Zitat aus Meyers Konversationslexikon.

Die Berichte des Sicherheitsdienstes der SS sind veröffentlicht in: Heinz Boberach (Hg.):

Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS

1938-1945, 17 Bände, Hensching 1984.

Zur Parteinformation der SED gibt es – soweit mir bekannt – keine auswertende Literatur. Vgl.

aber zum Beispiel die Berichte der Berliner Parteiorgane aus dem Jahr 1953 an das ZK.

Landesarchiv Berlin, C Rep 902 600-609.

Über Spitzel

Der Parteikongress und die Spaltung: Die Sitzungen des Kongresses [des II. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands SDAPR] begannen [1903] in Brüssel, im Gebäude der Arbeitergenossenschaft, im Maison du Peuple. In dem uns zugewiesenen Raum, der vor fremden Augen genügend verborgen war, lagerten Ballen mit Wolle, und wir mussten eine Attacke unzähliger Flöhe aushalten. Wir nannten sie die Kriegerschar Anseeles, die für den Sturm auf die bürgerliche Gesellschaft mobilisiert war. Die Sitzungen stellten eine wahre physische Folter dar. Noch schlimmer war, dass die Delegierten gleich in den ersten Tagen entdeckten, dass sie von Spitzeln verfolgt wurden. Ich lebte auf den Pass eines mir unbekannten Bulgaren Samokowljew.

In der zweiten Woche kam ich spät in der Nacht mit Wera Sassulitsch aus einem kleinen Restaurant, »Goldener Fasan«, heraus. Unseren Weg kreuzte der Delegierte aus Odessa, S., der, ohne uns anzusehen, vor sich hin zischte: »Hinter euch ist ein Spitzel, geht in verschiedene Richtungen auseinander, der Spitzel wird dem Manne folgen.« S. war ein großer Spezialist in bezug auf Spitzel, er hatte dafür Augen, präzise wie ein astronomisches Instrument. Er wohnte in einem oberen Stockwerk neben dem »Fasan« und hatte sein Fenster in einen Beobachtungsposten verwandelt. Ich nahm sofort Abschied von Sassulitsch und ging geradeaus. In der Tasche hatte ich den bulgarischen Pass und fünf Franken. Der Spitzel, ein langer, hagerer Flame mit Lippen, die einem Entenschnabel ähnelten, folgte mir. Es war nach Mitternacht und die Straße völlig leer. Ich machte schroff kehrt. »M'sieu, wie heißt diese Straße?« Der Flame erschrak und drückte sich mit dem Rücken an die Wand. »Je ne sais pas.« Er hatte zweifellos einen Revolverschuss erwartet.

Ich ging weiter, immer den Boulevard geradeaus. Irgendwo schlug eine Uhr eins. Als ich zu einer Quergasse kam, bog ich ein und begann aus aller Kraft zu rennen. Der Flame folgte mir. So jagten zwei Menschen, die sich nicht kannten, tief in der Nacht durch die Straßen Brüssels hintereinander her. Ich höre noch jetzt das Stampfen ihrer Füße. Ich umlief das Karree auf drei Seiten und brachte den Flamen wieder auf den Boulevard zurück. Wir waren beide müde, erbost und gingen finster weiter. ... In der Straße standen einige Droschken. Eine zu mieten wäre zwecklos gewesen, der Spitzel hätte eine andere genommen. Wir gingen weiter. Der



Leo D. Bronstein – Trotzki

endlose Boulevard schien aufzuhören, wir waren am Ende der Stadt. Neben einer kleinen Nachtkneipe stand eine einsame Droschke. Ich machte einen Anlauf und stieg ein. »Fahren Sie schnell, ich habe es sehr eilig!« »Wohin?« Der Spitzel lauschte. Ich nannte einen Park, fünf Minuten von meiner Wohnung entfernt. »Hundert Sous!« »Fahren Sie!« Der Kutscher nahm die Leine. Der Spitzel stürzte in die Kneipe, kam mit einem Kellner heraus und zeigte auf seinen Feind. Nach einer halben Stunde war ich in meinem Zimmer. Als ich die Kerze angezündet hatte, entdeckte ich auf meinem Nachttischchen einen Brief, adressiert an meinen bulgarischen Namen. Wer konnte mir hierher schreiben? Es war eine Vorladung für Herrn Samokowljew, morgen um zehn Uhr mit dem Pass zur Polizei zu kommen. Also hatte mich wohl ein anderer Spitzel schon am Tage zuvor entdeckt, und die ganze nächtliche Jagd durch den Boulevard war für beide Teilnehmer eine überflüssige Übung gewesen.

Eine ähnliche Ehrung wurde in dieser Nacht auch den anderen Delegierten zuteil. Denen, die zur Polizei gingen, wurde befohlen, in vierundzwanzig Stunden die Grenzen Belgiens zu verlassen. Ich ging nicht zum Polizeirevier, sondern reiste nach London ab, wohin der Kongress verlegt wurde. Harting, der die russische Spitzelabteilung in Berlin leitete, berichtete an das Polizeidepartement, dass »die Brüsseler Polizei über einen beträchtlichen Zustrom von Ausländern erstaunt war, wobei sie zehn Mann anarchistischer Umtriebe verdächtigte«. Die Brüsseler Polizei war »erstaunt« gemacht worden durch Harting selbst, der in Wirklichkeit Hekkelmann hieß und Provokateur-Terrorist war; vom französischen Gericht in contumaciam zu Zuchthaus verurteilt, wurde er später Ochрана-General des Zarismus und schließlich, unter falschem Namen, Ritter der französischen Ehrenlegion. Harting seinerseits war durch den Agent-Provokateur Doktor Schitomirski informiert worden, der von Berlin aus sich an der Organisation des Kongresses aktiv beteiligt hatte. Das alles wurde erst nach einer Reihe von Jahren bekannt. Es könnte scheinen, dass alle Fäden in den Händen des Zarismus gewesen waren. Dennoch hat es ihm nichts genützt. ...

Durch Spanien: Zwei Polizeiinspektoren warteten in meiner Wohnung in der kleinen Rue Oudry. Der eine war klein, fast ein Greis; der andere ein Riese, glatzköpfig, etwa fünfundvierzig Jahre alt, schwarz wie Pech. Die Zivilkleidung saß auf beiden ungeschickt, und wenn sie antworteten, hoben sie die Hand zum unsichtbaren Mützenschirm.

Als ich von den Freunden und der Familie Abschied nahm, versteckten sich die Polizisten äußerst höflich hinter der Türe. Beim Hinausgehen zog der ältere mehrere Male den Hut: »Excusez, Madame.« Einer der Spitzel, die unermüdlich und bösaartig mich während der letzten zwei Monate verfolgt hatten, wartete vor dem Hause. Freundlich, als sei nichts gewesen, ordnete er den Plaid und schloss die Türe des Automobils. Er sah einem Jäger ähnlich, der sein Wild dem Käufer aushändigte. Wir fuhren ab. ...

Einige Wochen lang stand ich nun unter Aufsicht der Polizei von Cádiz. Dies war aber eine sehr friedliche und familiäre Aufsicht, anders als in Paris. Dort hatte ich während der zwei letzten Monate nicht wenig Energie darauf verwendet, den Spitzeln zu entkommen – ich fuhr in einem einsamen Automobil davon, verschwand in ein dunkles Kino, sprang im allerletzten Augenblick in einen Wagen der Metro oder, umgekehrt, sprang aus ihm hinaus und so weiter, und so weiter. Die Spitzel aber schliefen auch nicht und wandten bei der Jagd nach mir alle ihre Kunst an: schnappten mir das Auto vor der Nase weg, wachten vor den Kinausgängen, flogen wie Bomben aus Tram oder Metro zur Entrüstung des Publikums und des Wagenführers. Im Wesentlichen war es ein gewisses *l'art pour l'art*. Meine politische Betätigung verlief ohnehin vollständig unter den Augen der Polizei. Aber die Verfolgungen der Spitzel reizten und weckten Sportinstinkte.

Leo Trotzki: Mein Leben, Berlin 1930,
S. 151-52 und S. 247-258

In Cádiz dagegen erklärte der Spitzel, er käme zu der und der Stunde, ich möge im Hotel auf ihn geduldig warten. Dagegen verteidigte er beharrlich meine Interessen, half mir bei Einkäufen, machte mich auf die Löcher im Trottoir aufmerksam. Als einmal ein Krawattenverkäufer mir zwei Realen für das Dutzend abverlangte, schimpfte der Spitzel wie besessen, fuchtelte drohend mit den Händen, und als der Verkäufer bereits aus dem Café hinaus war, stürzte der Spitzel hinterher und erhob vor den Fenstern ein solches Geschrei, dass sich eine Menge ansammelte. Ich war bemüht, die Zeit nicht unnütz verstreichen zu lassen: arbeitete in der Bibliothek über die Geschichte Spaniens, büffelte spanische Konjugationen und erneuerte, mich auf Amerika vorbereitend, den Vorrat meiner englischen Worte. ...

Der Dampfer nach New York ging von Barcelona ab. Ich bekam die Erlaubnis, der Familie dorthin entgegenzufahren. In Barcelona neue Schwierigkeiten mit der Präfektur, neue Proteste und Telegramme, neue Spitzel. Meine Familie kam an. Sie hatte inzwischen nicht wenige Aufregungen in Paris zu bestehen gehabt. Dafür aber war jetzt alles gut. Wir sahen uns in Begleitung der Spitzel Barcelona an. ... Die Polizei brachte mich mit meiner Familie auf den spanischen Dampfer *Monserat* der Transatlantischen Gesellschaft, der in siebzehn Tagen seine lebende und tote Fracht nach New York brachte. ...

1. Januar 1917. Auf dem Dampfer gratulierten alle einander zum neuen Jahr. Zwei Kriegs-Neujahren begegnete ich in Frankreich, dem dritten auf dem Ozean. Was bereitete das Jahr 1917 vor? Sonntag, den 13. Januar. Wir fahren an New York heran. Um drei Uhr nachts Erwachen. Wir stehen. Es ist dunkel. Kalt. Windig. Am Ufer ein nasser, gewaltiger Häuserhaufen.

Die Neue Welt!

Der Hauptcharakterzug im Leben der Konspirateurs ist der Kampf mit der Polizei. ... Die Polizei toleriert die Verschwörungen ... als Rekrutierungsplatz für ihre eignen politischen Mouchards [Spitzel]. Grade wie die brauchbarsten Spitzbubenfänger ... aus der Klasse der höheren und niederen Gauner ... genommen werden, geradeso rekrutiert sich die niedere politische Polizei aus den Konspirateurs von Profession. Die Verschwörer behalten unaufhörlich Fühlung mit der Polizei, sie kommen jeden Augenblick in Kollision mit ihr; sie jagen auf die Mouchards, wie die Mouchards auf sie jagen. Die Spionage ist eine ihrer Hauptbeschäftigungen. Kein Wunder daher, dass der kleine Sprung vom handwerksmäßigen Verschwörer zum bezahlten Polizeispion, erleichtert durch das Elend und das Gefängnis, durch Drohungen und Versprechungen, sich so häufig macht. Daher das grenzenlose Verdachtsystem in den Verschwörungen, das die Mitglieder vollständig blind macht und sie in ihren besten Leuten Mouchards und in den wirklichen Mouchards ihre zuverlässigsten Leute erkennen lässt. Dass diese aus den Verschwörern angeworbenen Spione sich mit der Polizei meist in dem guten Glauben einlassen, sie dúpieren zu können, dass es ihnen eine Zeitlang gelingt, eine doppelte Rolle zu spielen, bis sie den Konsequenzen ihres ersten Schritts mehr und mehr verfallen, und dass die Polizei wirklich oft von ihnen dúpirt wird, ist einleuchtend.

Marx und Engels, 1850

Wir müssen den Arbeitern einschärfen, dass die Tötung von Spitzeln, Provokateuren und Verrätern zwar manchmal eine unbedingte Notwendigkeit sein kann, dass es jedoch äußerst unerwünscht und falsch wäre, daraus ein System zu machen; wir müssen bemüht sein, eine Organisation zu schaffen, die fähig ist, Spitzel dadurch unschädlich zu machen, dass man sie entlarvt und verfolgt. Ausrotten kann man die Spitzel nicht, wohl aber kann und muss man eine Organisation schaffen, welche die Spitzel auskundschaftet und die Arbeitermasse erzieht.

Lenin, 1902

Soweit ich bis jetzt mit der politischen Polizei und ihren Agenten Bekanntschaft gemacht habe, und das ist, meine Herren, gar nicht wenig, muss ich schon sagen: Lumpen und Schurken sind in Haufen darunter.

Bebel, 1906

[Die Jesuiten] im ... Priesterseminar, wo ich damals lernte, ... besitzen Systematik und Beharrlichkeit beim Verfolgen ihrer schlechten Ziele. Ihre Hauptmethode aber ist Spitzelei, Spionage, Ausspürerei, Verhöhnung; was kann daran Positives sein? ... Aus Protest gegen das schändliche Regime der jesuitischen Methoden war ich bereit, Revolutionär zu werden, und ich wurde tatsächlich revolutionär, ein Anhänger des Marxismus, dieser wahrhaft revolutionären Lehre.

Stalin, 1931

Genosse X
Roman Malinowski

In der Nacht vom 5. zum 6. November 1918, am Vorabend des ersten Jahrestages der Oktober-Revolution in Russland, wurde Roman Malinowski nach der Verurteilung durch das Oberste Revolutionstribunal beim Zentral-exekutivkomitee (ZEK) erschossen. Das Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) und seit 1912 Abgeordneter der IV. Staatsduma nahm die Antworten auf die Fragen, die im Zuge der Untersuchung der Folgen seiner Spitzeltätigkeit durch die Außerordentliche Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung offen blieben, mit ins Grab.

Gegen Malinowski wurde dreimal ermittelt: 1914 leitete der Parteivorsitzende Grigori Sinowjew die Untersuchungskommission, 1917 folgte die von der Provisorischen Regierung eingeleitete Untersuchung, 1918 stand der aus deutscher Kriegsgefangenschaft nach Russland zurückgekehrte Malinowski vor dem Revolutions-tribunal.

Wer Malinowski wirklich war, ist nicht bekannt. 1914 gab er zu Protokoll, den Pass auf den Namen Malinowski einem während einer Schlägerei auf einem Dampfer umgebrachten Passagier abgenommen zu haben. Drei Geburtsdaten sind überliefert: 1876, 18. März 1877 und 1878. Auch über seine Herkunft machte Malinowski unterschiedliche Angaben. War er wirklich adliger Abstammung oder ein Bauernsohn aus dem Gouvernement Plock, wir wissen es nicht. Früh verwaist wollte er sich auf Weltreise begeben. Doch er kam nur bis zur deutschen Grenze. Da das Geld aufgebraucht war, stahl er und wurde festgenommen. Er war das schwarze Schaf unter den vier Geschwistern. Mal stellte er sich als willenloses Opfer der Verhältnisse dar, die ihn zwangen, den Weg des Verrats zu beschreiten, mal bezeichnete er sich als Berufsverbrecher. In den Reden der Zeugen und Ankläger in den genannten Untersuchungskommissionen finden sich zahlreiche Variationen dieser Selbstbezeichnungen. Der stechende Blick seiner gelben Augen war der eines Henkers, schreibt Trojanowski, die gekünstelte Lockerheit des vierschötigen Rotschopfs Malinowski fand Nadeschda Krupskaja abstoßend. Lenin hingegen schätzte als Pragmatiker einen handfesten Kriminellen aus dem proletarischen Milieu mehr als einen wankelmütigen Intellektuellen. Nicht sie, sondern die von Dostojewski beschriebenen Dämonen sind das revolutionäre Element der Jakobinerherrschaft.



Malinowski 1905

Es wäre ein Fehler, Malinowski als Spielball der Ereignisse zu sehen, er war nicht passiv, sondern beschritt zielsicher den bewusst eingeschlagenen Weg. 1901 wurde er einberufen. Nach der Demobilisierung 1906 kehrte der Leibgardist des Ismailowo-Regiments nicht nach Polen zurück, sondern blieb in Petersburg. Kurze Zeit schlug er sich als Dieb durch. Der in Metallarbeiterkreisen bekannte Gewerkschafter heiratete 1904 Stefanida Andrejewna, kümmerte sich um seine Söhne Wladimir und Viktor und vermied es, sich einer Fraktion der Sozialdemokratie anzuschließen. Sowohl die Menschewiki als auch die

Bolschewiki warben um ihn. Im April 1910 trat Michail Kalinin im Auftrag der Bolschewiki an Malinowski mit dem Vorschlag heran, ihn in das ZK der SDAPR(B) zu kooptieren. »Doch Malinowski wich uns immer wieder aus und wollte nicht gegen die Menschewiki Partei ergreifen«, erinnert sich W. P. Nogin.

Seit Mai 1910, nach der Entlassung aus der zehntägigen Untersuchungshaft, war Malinowski als Spitzel für die Geheimpolizei tätig. Der mit ihm verhaftete Nogin wurde zu vier Jahren Verbannung in Sibirien verurteilt. Zunächst für 250, später für bis zu 700 Rubel im Monat (als Gewerkschaftsfunktionär hatte er 50 Rubel im Monat verdient, der Tageslohn eines Metallarbeiters betrug 90 Kopeken am Tag) verriet Malinowski vom 5. Juli 1910 bis 19. Oktober 1913 Parteigenossen wie Swerdlow und Gewerkschaftskollegen wie A. Gastew und seinen besten Freund Scher an die Ochrana. 88 Spitzelberichte sind überliefert. Die Ochrana hob auf Grund der ihr vom Dumaabgeordneten Malinowski frei Haus gelieferten Informationen – er berichtete unter dem Decknamen »X« – illegale Druckereien aus und verhaftete Mitglieder des ZK der SDAPR. »Genosse X« gehörte der Redaktion des Zentralorgans *Prawda* an, es war ein Leichtes für ihn, an die Liste der Abonnenten der Parteizeitung und das Archiv der Dumafraktion seiner Partei heranzukommen. Außerdem informierte er über beabsichtigte Fluchten verbannter Revolutionäre. Seine Führungsoffiziere waren die Chefs der Moskauer bzw. Petersburger Ochrana persönlich.

Als Spitzel reiste er regelmäßig ins Ausland, um die Mitglieder der Parteiführung in ihren Exilorten Krakau (6-7 Reisen von 1912 bis 1914), Paris (Januar 1914) oder Brüssel (1914) zu besuchen. Zusätzlich zum Judaslohn, die Auslandsreisen wurden gesondert honoriert, erhielt er ein Abgeordnetengehalt in Höhe von 350 Rubel. Malinowski leistete sich teure Maßanzüge und war Stammgast in den besten Restaurants. Seine immer häufiger werdenden

Wutausbrüche, Gelage und Schlägereien deuteten die Kampfgefährten als Überlastung im Kampf. Malinowski war ein begabter Redner und Publizist, als Agitator genoss er hohes Ansehen in der Partei. Seine in der Duma zu haltenden Reden legte Malinowski den Führungsoffizieren vor, die sich nicht nur geschickt



Malinowski,
Polizeifotos, 1910

seiner Person bedienten, um die Spaltung innerhalb der SDAPR zu vertiefen, sondern auch den Dumavorsitzenden instruierten, wann er den Abgeordneten Malinowski zu unterbrechen bzw. ihm das Wort zu entziehen hatte.

Als seine Enttarnung nicht mehr auszuschließen war, zog sich Malinowski im April 1914 auf Weisung der danach versetzten Führungsoffiziere aus der parlamentarischen Arbeit zurück. Der neue Innenminister W. F. Dshunkowski wollte einen politischen Skandal vermeiden und befahl, die Zusammenarbeit mit den Spitzeln in staatlichen Einrichtungen einzustellen. Ein letztes Mal gelang es Malinowski, seine Genossen in die Irre zu führen. Er konnte das Misstrauen auf Fraktionskampf zurückführen, damit kanalisieren und auf den in den Parteiorganisationen verbreiteten Verfolgungswahn hinweisen. Der Streit zwischen W. I. Lenin und Führungsmitgliedern um N. I. Bucharin, die vom Verrat von Malinowski überzeugt waren, wurde schließlich beigelegt, ohne eine wirkliche Klärung herbeizuführen. Malinowskis Rettung war genauegenommen die von ihm beförderte Spaltung der Partei in Fraktionen, denn die Bolschewiki – allen voran Lenin – wollten den ihnen von den Menschewiki zugespielten Informationen nicht glauben. Malinowski war ihr Mann, und sie wollten ihn nicht opfern. Die sozialdemokratischen Traditionen verpflichtete SDAPR verfügte nicht über einen parteiinternen Sicherheitsdienst, sondern berief von Fall zu Fall Untersuchungskommissionen ein. Lenin und seine Gefolgsleute strebten einen anderen Parteityp an. »Wir verstehen hier nichts mehr«, schrieb der ratlose Lenin im Mai 1914 an L. B. Kamenew, nachdem er von Malinowskis »Rücktritt« erfahren hatte. Je lauter die politischen Gegner der Bolschewiki Malinowski, der inzwischen zu Lenin gefahren war, angriffen, desto entschlossener stellten sich die Bolschewiki schützend vor den »Fahnenflüchtigen«. Die Zweifler aus den eigenen Reihen verstummten.

Totgeglaubte leben länger, schrieben Lenin und Sinowjew erleichtert, als sie im Dezember erfuhren, dass die Nachricht vom Tode Malinowskis, sie hatten im November 1914 bereits einen Nekrolog verfasst und veröffentlicht, nicht zutraf. Malinowski war nicht an der Front gefallen, sondern als Kriegsgefangener in Alten-Grabow interniert. Hier spielte er seine Doppelrolle weiter, als Agitator bzw. Zuträger für die Deutschen. Nach der Februarrevolution 1917 häuften sich die Malinowski belastenden Aussagen seiner aus den Verbannungsorten zurückkehrenden Kampfgefährten. 1918 trat Malinowski, wissend um seine Taten, freiwillig und voller Reue vor das proletarische Gericht. Er hätte nicht nach Russland reisen, sondern im Ausland bleiben können, aber er hoffte auf Begnadigung. Doch der



Malinowski als Duma-Abgeordneter

russische Generalstab hatte anders entschieden. Auf diplomatischem Wege – über die spanische Botschaft – wurde der deutschen Seite ein Gefangenenaustausch vorgeschlagen. Armee und Ochrana wollten ihren erfahrenen Spitzel so schnell als möglich im Lande wissen, um ihn wieder einzusetzen.

Dabei war er seit 1916 enttarnt. Während die in Russland erscheinende Presse entsprechende Berichte verbreitete, hielt die im Ausland erscheinende bolschewistische Presse an der Legende fest. Erst im März 1917 ließen die Bolschewiki Malinowski fallen. Kamenew bezeichnete ihn in der *Prawda* als Judas. Als diese Nachricht in Alten-Grabow eintraf, bereiteten die kriegsgefan-

genen Sozialdemokraten ihrerseits die Auslieferung von Malinowski vor. Am 20. Oktober 1918 traf Malinowski mit einem Transport in Petrograd ein. Die Bolschewiki machten kurzen Prozess, die Untersuchung dauerte vom 27. bis 28. Oktober. Zweimal wurde Malinowski verhört, am 29. und 30.

Oktober, bei der moralischen Seite der Angelegenheit hielten sie sich die Ankläger nicht lange auf. Seit Ende Juni wurden regelmäßig überführte Ochrana-Spitzel erschossen. Am 5. November 1918 tagte das Tribunal im Kreml. »Mit der einen Hand«, schrieb Lenin nach der Hinrichtung des Verräters, »schickte Malinowski viele Dutzende Vertreter des Bolschewismus in Verbannung und Tod, während er mit der anderen Hand helfen musste, vermittels der legalen Presse viele Zehntausende neuer Bolschewiki zu erziehen«.

Damit hatte »Genosse X« seine historische Mission erfüllt. In der neuen Gesellschaft brauchte man ihn nicht mehr.

Delo Provokatora Malinovskogo. Hg. B. I.
Kaptelov, I. S. Rozentall', V. V. Šelochaev. Moskva:
Izdatel'stvo Respublika 1992.
Rozentall', I. S.: Provokator Roman Malinovskij:
sud'ba i vremja. Moskva: Rosspen 1996.

Adolf Hitler: V-Mann der Reichswehr

»**Wer bezahlt Dich?**« Adolf Hitler muss sich seit November 1918 von dieser Frage besonders bedrängt fühlen. Eine Gasverwundung im Krieg hat sein Sehvermögen beeinträchtigt, seine ursprüngliche Hoffnung auf eine Karriere als Kunstmaler muss er aufgeben. Bald wird er Dreißig sein: Er hat nichts gelernt, keine familiären oder freundschaftlichen Bindungen, keine besonderen Qualitäten. Die letzten vier Jahre stand er als Kriegsfreiwilliger an der Front. Das legalisierte und organisierte Morden ist ihm Lebensunterhalt und Ersatz für einen Beruf geworden, die Armee soziale Heimat und Freundeskreis. Der verlorene Krieg, der Untergang der alten Ordnung und die Revolution haben die Nische zerstört, in der er sich als Landsknecht eingerichtet hatte. So wie Hitler ergeht es vielen deutschen Männern – sie stellen das brutalisierte, aufgetetzte Reservoir für die nationalistischen und völkischen Kampfbünde, die sich in den Jahren seit der Revolution formieren.

Seine ersten politischen Aktivitäten entfaltet Hitler, nach seinem eigenen Bekunden, im Jahr 1919. Zu dieser Zeit wird er erstmals politisch geschult, erhält eine rhetorische Grundausbildung, entdeckt die propagandistische Wirkung des Antisemitismus und tritt in die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) ein – jene rechtsextreme Splittergruppe, die er später unter dem Namen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei führen wird. Zu Beginn seiner politischen Karriere bezahlt ihn die Reichswehr, die ihn zum V-Mann des »Bayerischen Reichswehr Gruppenkommandos Nr.4« macht.

Zwischen Revolution und Gegenrevolution – Hitler in München: Am 21. November 1918, nach dem Ende seines Lazarett-Aufenthalts in Pasewalk, erreicht Hitler München. Noch ist er Soldat, muss allerdings mit seiner Entlassung rechnen. Denn der Krieg ist zu Ende: Genau zwei Wochen vorher hatte die Bewegung der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte die bayerische Hauptstadt erreicht, am 9. November kollabierte der militärisch besiegte und wirtschaftlich ausgeblutete wilhelminische Imperialismus endgültig.

Revolution und Gegenrevolution werden in Bayern in den folgenden Monaten einen besonderen Verlauf nehmen. Die provisorische Regierung aus Mehrheits- und aus Unabhängigen Sozialdemokraten steht unter der Leitung des linken Sozialisten Kurt Eisner. Die völkischen Zirkel, die sich u.a. um die »Thule-Gesellschaft« gruppieren und Einfluss auf die Studenten der Münchner Universität nehmen, machen Eisner zum bevorzugten Objekt ihres antisemitischen und antibolschewistischen Hasses. Am 21. Februar 1919 wird er durch den Studenten Graf Anton von Arco auf Valley ermordet. Daraufhin proklamiert am 7. April eine linksradikale Minderheit im Zentralrat der Arbeiter- und Bauernräte die »Räterepublik Baiern« (so!). Die Mehrheitssozialdemo-



Hitler, 1919

kraten lehnen die Räterepublik ab – wie übrigens zu diesem Zeitpunkt auch die Kommunisten. Die SPD-Regierung Hoffmann flieht nach Bamberg. Ein erster Versuch, die Revolution militärisch zu beenden, scheitert im April 1919. Jetzt reißen die Kommunisten in München die Macht an sich, eine Rote Armee wird aufgebaut. Schließlich wird die Räterevolution blutig niedergeschlagen, München Anfang Mai erobert.

Hitler hält sich während dieser Periode von Revolution und Gegenrevolution überwiegend in der bayerischen Hauptstadt auf. Wie er sich politisch verhält, ist bis heute Gegenstand von Spekulationen. Manche Autoren vermuten, dass er im Frühjahr 1919 als Angehöriger der Münchner Garnison mit roter Armbinde an Demonstrationen teilnimmt, der SPD nahe steht oder sich sogar gegenüber der kommunistischen Räteregierung loyal zeigt. Tatsächlich fällt auf, dass er sich nicht einem der Freikorps oder rechtsextremen Wehrverbände anschließt, die in diesen Wochen massiv um Freiwillige werben. Indes ist gesichertes Wissen über Hitlers politische Positionen zwischen November 1918 und April 1919 rar. Im Februar übernimmt er zum ersten Mal ein »politisches« Wahlamt und wird »Vertrauensmann« seiner Kompanie. In dieser Funktion gehört es zu seinen Aufgaben, »Aufklärungsarbeit« im Sinne der Regierungen Eisner (USPD/SPD) und Hoffmann (SPD) zu leisten. Möglicherweise steht er den Mehrheitssozialdemokraten nahe, die zu diesem Zeitpunkt von weiten Teilen des »nationalen« Bürgertums als kleineres Übel betrachtet werden.

Allerdings spielt Politik für Hitler wahrscheinlich noch gar keine Rolle. Die Übernahme der Wahlämter ist vielmehr zunächst Teil einer Strategie, mit der er seine Entlassung aus der Armee so lange wie möglich verzögern will – was ihm auch fast anderthalb Jahre lang gelingt. Zeitweilig meldet sich Hitler freiwillig zu einer Wachmannschaft ins Kriegsgefangenenlager Traunstein, einige Wochen ist er auch zur berühmten Münchner Bahnhofswache kommandiert. Ansonsten liegt er mit seinem Regiment zumeist müßig und undiszipliniert in der Kaserne. Nachdem die Kommunisten in der Räterepublik die Macht übernehmen, werden Mitte April alle Kasernen-Räte neu gewählt, wobei Hitler zum Bataillonsrat wird. Möglich, dass es bald zu einem ersten Konflikt mit den Kommunisten kommt. Nur in einer kurzen Passage von »Mein Kampf« geht Hitler auf sein Verhalten im April 1919 ein: »Im Laufe der neuen Räterevolution trat ich zum ersten Male so auf, daß ich mir das Mißfallen des Zentralrats zuzog. Am 27. April 1919 früh morgens sollte ich verhaftet werden – die drei

¹ Hitler, Mein Kampf, S. 226. Burschen aber besaßen angesichts des vorgehaltenen Karabiners nicht den nötigen Mut und zogen wieder ab, wie sie gekommen waren.«¹ Es gibt keinen zuverlässigen Beleg für diesen Vorgang. Der Bericht dient

Hitler zur Legendenbildung, mag aber einen wahren Kern haben, zumal es am 27. April erneut zu Konflikten innerhalb der Räterepublik kommt, in deren Folge die Rote Armee unmittelbar die Macht übernimmt.

V-Mann bei Hauptmann Karl Mayr: Ende April beginnen die Kämpfe um München. Freikorps, in denen sich der rechtsextreme Geist verwirklicht, Volks- und Einwohnerwehren verstärken die Regierungstruppen, es kommt zu zahlreichen Morden: »weißem Terror« im Namen von »Ruhe und Ordnung«. In den ersten Tagen des Monats Mai ist die Münchner Räterepublik gefallen. Die Stadt wird jetzt vom »Oberkommando von Möhl« beherrscht, das am 10. Mai 1919 ins »Bayerische Reichswehr Gruppenkommando Nr.4« – kurz: Gruko – umgewandelt wird.

Die Reichswehr ist zu diesem Zeitpunkt ein »Übergangsheer«, das die meisten seiner Soldaten demobilisiert. In München werden die einzelnen Angehörigen der Garnison vor der Entlassung überprüft, um festzustellen, wie sie sich während der Räteherrschaft verhalten haben. Hitler erkennt erneut eine Chance, sich der Demobilisierung zu entziehen, indem er als »Vigilant« (Hellmuth Auerbach) tätig wird. Als Mitglied einer Untersuchungskommission vernimmt er die Soldaten seines Regiments. Dies nennt er in »Mein Kampf« seine »erste mehr oder weniger rein politische aktive Tätigkeit«. ² Darüber hinaus sagt Hitler als Zeuge vor einem Standgericht aus und belastet zwei Bataillonsräte schwer.

Seit dem Ende der Räteherrschaft bis zur Rückkehr der Regierung Hoffmann in die bayerische Hauptstadt Ende August 1919 – also fast vier Monate – übt das Gruko Nr.4 unter Generalmajor Arnold von Möhl nicht nur die militärische Macht aus. Es ist zugleich auch die höchste politische Instanz in München. In dieser Zeit wird das Fundament gelegt, von dem aus sich Bayern zur »Ordnungszelle« und zum Knotenpunkt des gegenrevolutionären, republikfeindlichen und faschistischen Spinnennetzes entwickelt. Die Reichswehr unterstützt diesen Prozess zunächst. Das Gruko betrachtet es offenbar nicht nur als seine Aufgabe, der Münchner Garnison den revolutionären Geist auszutreiben, sondern auch, die politischen Parteien und Vereinigungen in der Landeshauptstadt umfassend zu beobachten und die Kräfte der extremen Rechten gezielt zu fördern.

Nach der blutigen Niederschlagung der Revolution gilt als »Hauptaufgabe der in und um München liegenden Truppen«, eine »schärfere Überwachung der Bevölkerung durchzuführen, ihre Stimmung sowie voraussichtliche Widerstandspunkte so rechtzeitig kennen zu lernen, daß ein Aufflammen eines neuen Aufstandes frühzeitig erkannt und dadurch im Keim erstickt werden kann.« Dazu sei u.a. notwendig die »Feststellung der Volksstimmung«, »Überwachung, wo Versammlungen oder geheime Zusammenkünfte von Spartakisten stattfinden«, »Suche nach Waffenlagern« und »Feststellung verdächtiger Personen«. ³

Im Gruppenkommando Nr.4 existiert eine Abteilung (Ib/P), die sich gezielt diesen Aufgaben widmet und wechselnd als »Presse- und Propaganda-«, »Nachrichten-« oder »Aufklärungsabteilung« bezeichnet wird. Am 28. Mai 1919 ordnet der Oberbefehlshaber von Möhl an, dass auch die einzelnen

² Hitler, Mein Kampf, S. 227.

³ Zit. n. Joachimsthaler, S. 222 f.

Truppenteile einen Nachrichtendienst und einen Propagandadienst einrichten. Die »Heranziehung der gewählten Vertrauensmänner« – zu denen Hitler ja zählt – sei »unter Umständen ... besonders wertvoll«. Als Aufgaben der Propagandaleute bezeichnet Generalmajor von Möhl: »a) Empfang, per-

⁴ Zit. n. Joachimsthaler, S. 224.

sönliches Studium und Verteilung des zugewiesenen Aufklärungsmaterials an die Kameraden. Zwanglose Erörterung, Widerlegung gegenteiliger Ideen. Sammlung und Einlieferung etwa gefundenen Propagandamaterials ... b) Anregung betreffs Beschaffung und Verteilung von Druckschriften aller Art ... c) Propaganda für den Reichswehrgedanken in Bekanntenkreisen ausserhalb der Kaserne«.⁴

Zwei Tage nach dieser Anordnung wird Hauptmann Karl Mayr Leiter von Ib/P. Mayr ist eine jener schillernden Figuren, die gelegentlich aus dem Sumpf geheimdienstlicher Aktivitäten hervortreiben. Nach einem entschiedenen Engagement zur Unterstützung der äußersten Rechten und ihrer nicht nur gegen die Revolution, sondern auch gegen die Republik gerichteten Machenschaften, wechselt er in den 1920ern die Lager und schließt sich dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an, das der Sozialdemokratie nahe steht. Mehrfach äußert er sich nun über seine Beziehung zu Adolf Hitler, dessen politisch-rhetorisches Talent man ohne Übertreibung als persönliche Entdeckung Mayrs bezeichnen darf. Nach 1933 wird Mayr nach Frankreich fliehen, nach der deutschen Besetzung 1940 nach Deutschland verschleppt werden, wo er 1945 im KZ Buchenwald umkommt.



Karl Mayr (Mitte), neben Reichswehrminister Gustav Noske, am 25.8.1919 in München

Mayr beginnt sofort nach seiner Ernennung zum Chef der Nachrichtenabteilung mit der Rekrutierung sogenannter Vertrauensmänner und Bildungsoffiziere. Diese V-Männer der Abteilung Ib/P des Gruko erhalten eine doppelte Funktion: erstens die politischen Parteien und Verbände, Veranstaltungen und Vorträge zu beobachten und darüber zu berichten, zweitens aber auch, selbst als politische Redner und Propagandisten aufzutreten. Diese Funktion bringt der Begriff des »Bildungsoffiziers« zum Ausdruck, der in Absetzung zu den Unteroffizieren und Mannschaften – den V-Leuten – für die Offiziersdienstgrade gewählt wird.

Eben jene doppelte Funktion: Beobachtung und eigene politische Propagandatätigkeit, erfüllt auch Adolf Hitler. Bereits in einer der ersten Listen, die Mayr anlegen lässt, wird er als V-Mann geführt. Nach dem Eindruck von Mayr war Hitler »nur einer der vielen tausend Ex-Soldaten, die auf der Straße waren und nach Arbeit suchten. ... In dieser Zeit war Hitler bereit von

irgendjemanden einen Posten anzunehmen, der ihm freundlich gesinnt war«. Als Mayr ihm im Mai 1919 zum ersten Mal begegnet sei, habe Hitler einem »müden streunenden Hund« geglichen, »der nach einem Herrn suchte«.⁵ Es ist Hauptmann Mayr, der Hitler zum V-Mann macht und den Beginn seiner politischen Karriere in den folgenden Monaten ermöglicht.

Erziehung zum Antisemitismus – Rednerkurse und politische Schulung:

Um die V-Leute inhaltlich und rhetorisch zu schulen, organisiert die Propagandaabteilung in Zusammenarbeit mit der Münchner Universität Redner- und Aufklärungskurse. In einer Anweisung vom 28. Mai ist von einem »antibolschewistischen« Lehrgang die Rede.⁶ Hitler wird bereits zum ersten Kurs kommandiert. Rückblickend schreibt er: »Für mich lag der Wert der ganzen Veranstaltung darin, daß ich nun die Möglichkeit erhielt, einige gleichgesinnte Kameraden kennenzulernen, mit denen ich die augenblickliche Lage gründlich durchzusprechen vermochte.«⁷ Tatsächlich gewinnt die Woche vom 5. bis 12. Juni 1919 entscheidende Bedeutung für seine weitere politische Karriere.

Der Kurs findet in der Universität statt. Auf dem Programm stehen Vorträge zu folgenden Themen: »Die politische Geschichte des Krieges« (Karl Alexander v. Müller), »Der Sozialismus in Theorie und Praxis« (Karl Graf v. Bothmer), »Unsere wirtschaftliche Lage und die Friedensbedingungen« (Michael Horlacher) und »Der Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik« (v. Bothmer).⁸ Dieses Programm wird noch durch einige weitere Referenten ergänzt, unter ihnen der Ingenieur Gottfried Feder.

Feder ist der Erfinder des Schlagworts von der »jüdischen Zinsknechtschaft«. Dabei kann er anknüpfen an Thesen von Silvio Gesell, einem gescheiterten Auslands-Kaufmann, der der Lebensreformbewegung zuzuordnen ist. Gesell hatte seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen ganz auf eine Kritik des Zinsmechanismus aufgebaut. In der Münchner Räteregierung vom 7. April 1919 wird er zum Finanzminister. Seine Rolle im München des Jahres 1919 ist bis heute nicht aufgearbeitet worden. Dies gilt insbesondere auch für seine Beziehung zu Gottfried Feder. Feder baut die latenten antisemitischen Elemente der Geldtheorie Gesells systematisch aus und entwickelt daraus eine eigene Formel von der »Zinsknechtschaft«, deren Kernelement die Unterscheidung von »raffendem« (jüdischen) und »schaffendem« (deutschen) Kapital ist.

Auf Hitler macht Feders antisemitische Agitation großen Eindruck. In »Mein Kampf« stilisiert er seine Eindrücke während des Aufklärungskurses mit folgenden Worten: »Zum ersten Male in meinem Leben vernahm ich eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem internationalen Börsenkapital. Nachdem ich den ersten Vortrag Feders angehört hatte, zuckte mir auch sofort der Gedanke durch den Kopf, nun den Weg zu einer der wesentlichsten Voraussetzungen zur

⁵ Zit. n. Joachimsthaler, S. 184.

⁶ Zit. n. Joachimsthaler, S. 224.

⁷ Hitler, Mein Kampf, S. 227.

⁸ Joachimsthaler, S. 230.

Gründung einer neuen Partei gefunden zu haben.«⁹

Der verschrobene Ingenieur und völkische Propagandaredner Gottfried Feder verdankt seine Aufwertung nicht zuletzt dem Wirken von Hauptmann Mayr. Wie Mayr schreibt, habe er den Antisemiten Feder »trotz Widerstreben sehr einflussreicher Kreise gefördert«.¹⁰ Überhaupt setzt Mayr während seiner Zeit als Chef der Nachrichtenabteilung den Antisemitismus gezielt als Kampfmittel gegen revolutionäres Gedankengut ein. So verwendet er unter anderem die Zeitschrift »Auf gut Deutsch« für die Schulung seiner Vertrauensleute. Dies

⁹ Hitler, *Mein Kampf*, S. 229.

¹⁰ Zit. n. Joachimsthaler, S. 234.

ist ein judenfeindliches Hetzblättchen, das von dem völkischen Schriftsteller Dietrich Eckart herausgegeben wird. Wahrscheinlich liegt Hitler, der schnell und eifrig liest, eine aktuelle Ausgabe während des Aufklärungskurses als Unterrichtsmaterial vor. In dem entsprechenden Heft konstruiert Alfred Rosenberg, der spätere Cheftheoretiker der NSDAP, eine »jüdische Weltverschwörung«. Grundlage seiner Thesen sind die sogenannten Protokolle der Weisen von Zion, ein gefälschtes Dokument, das einen angeblichen Plan »des« Judentums zur Beherrschung der Welt beweisen soll. Bereits seit Ende 1918 kursiert dieses Pamphlet in den rechtsextremen Milieus der bayerischen Hauptstadt.

Vor dem Hintergrund dieser antisemitischen Agitation, der Hitler nun ausgesetzt ist, wird angenommen, dass er erst während des Aufklärungskurses der Reichswehr zum politischen Antisemiten wird – ganz unabhängig davon, ob und in welchem Maße er zuvor antisemitische Publikationen rezipiert und judenfeindliche Vorurteile geteilt haben mag. Denn entsprechende Äußerungen – oder gar Handlungen – sind für die Zeit vor Juni 1919 nicht nachweisbar.



Hitler (hinten Mitte), als Angehöriger der Bahnhofswache München, Februar/März 1919

Ein »geborener Volksredner« – Die Entdeckung eines Talents: Der Aufklärungskurs umfasst auch Übungseinheiten, die vor allem aus mündlichen Diskussionen bestehen und in denen die Teilnehmer rhetorisch geschult werden. Adolf Hitler neigt seit seiner Jugend dazu, seinen Mitmenschen angelesenes Halbwissen in ermüdend langen Monologen vorzutragen. Diese Angewohnheit, die im unmittelbaren

Gespräch als eher unangenehm empfunden wird, entwickelt der Volks- und Versammlungsredner Adolf Hitler zu seinem besonderen Kapital. Einer der Referenten beim Aufklärungskurs, der Historiker Karl Alexander von Müller, erinnert sich: »Nach dem Schluß meines Vortrags und der folgenden lebhaften Erörterung stieß ich in dem sich leerenden Saal auf eine kleine Gruppe, die mich aufhielt. Sie schien festgebannt um einen Mann in ihrer Mitte,

der mit einer seltsam gutturalen Stimme unaufhaltsam und mit wachsender Leidenschaft auf sie einsprach: Ich hatte das sonderbare Gefühl, als ob ihre Erregung sein Werk wäre und zugleich wieder ihm selbst die Stimme gäbe.¹¹ Müller behauptet in diesen viele Jahre später aufgeschriebenen Erinnerungen auch, er habe Hauptmann Mayr auf Hitlers Redegabe hingewiesen. Hitler selbst erklärt, die Kurse seien für ihn »von größter Folgewirkung« gewesen: »Ich meldete mich eines Tages zur Aussprache. Einer der Teilnehmer glaubte, für die Juden eine Lanze brechen zu müssen und begann sie in längeren Ausführungen zu verteidigen. Dieses reizte mich zu einer Entgegnung. Die weitaus überwiegende Anzahl der anwesenden Kursteilnehmer stellte sich auf meinen Standpunkt. Das Ergebnis aber war, daß ich wenige Tage später dazu bestimmt wurde, zu einem damaligen Münchner Regiment als sogenannter ›Bildungsoffizier‹ einzurücken«.¹²

Hitler ist zwar kein »Bildungsoffizier«, sondern V-Mann, wird aber tatsächlich im August 1919 mit 25 weiteren Propagandaleuten ins Lager Lechfeld kommandiert, wo die Reichswehrführung noch spartakistischen Geist vermutet. Hier empfiehlt sich Hitler erneut und nachdrücklich als wirkungsvoller Propagandaredner. Dies belegen Berichte seiner Kameraden: »Besonders Herr Hitler ist, ich darf wohl sagen, ein geborener Volksredner, der durch seinen Fanatismus und sein populäres Auftreten in einer Versammlung die Zuhörer unbedingt zur Aufmerksamkeit und zum Mitdenken zwingt«, schreibt einer von ihnen, und ein anderer berichtet: »Hitler ... entpuppte sich als hervorragender und temperamentvoller Redner und fesselte die Aufmerksamkeit der ganzen Zuhörer für seine Ausführungen«.¹³ Hitlers Selbststilisierung in »Mein Kampf« ist also nicht völlig aus der Luft gegriffen: »Ich begann mit aller Lust und Liebe. Bot sich mir doch jetzt mit einem Male die Gelegenheit, vor einer größeren Zuhörerschaft zu sprechen; und was ich früher immer, ohne es zu wissen, aus dem reinen Gefühl heraus einfach angenommen hatte, traf nun ein: ich konnte ›reden‹ ... Ich durfte auch von Erfolg sprechen: Viele Hunderte, ja wohl Tausende von Kameraden habe ich im Verlaufe meiner Vorträge wieder zu ihrem Volk und Vaterland zurückgeführt. Ich ›nationalisierte‹ die Truppe und konnte auf diesem Wege auch mithelfen, die allgemeine Disziplin zu stärken«.¹⁴ Das spezifische Mittel, das er dabei anwendet, ist die Hetze gegen Juden. Für das Lager Lechfeld sind zum ersten Mal Ausführungen schriftlich belegt, in denen sich Adolf Hitler als Antisemit öffentlich zur Judenfrage äußert.

Auf der Grundlage seiner Erfolge wird Hitler zu einem der bevorzugten Mitarbeiter von Karl Mayr in der Nachrichtenabteilung. Mayr schreibt sogar, er sei mit Hitler vom Sommer 1919 an für 15 Monate täglich in Kontakt gewesen. Der Hauptmann spricht seinen militärischen Untergebenen in Briefen auch mit »Sehr verehrter Herr Hitler« an, was ziemlich ungewöhnlich ist.¹⁵

¹¹ Zit. n. Richardi, S. 46 f.

¹² Hitler, *Mein Kampf*, S. 235.

¹³ Zit. n. Deuerlein, in: VfZg, S. 200.

¹⁴ Hitler, *Mein Kampf*, S. 235.

Diese enge Zusammenarbeit führt zur Entstehung des ersten schriftlichen Dokuments, das Hitler in seiner politischen Karriere hinterlassen hat. Im September 1919 wendet sich Adolf Gemlich, ein Teilnehmer der Aufklärungskurse, an Mayr und fragt nach dessen Stellungnahme zur Judenfrage. Mayr bittet Hitler, Gemlich zu antworten – und auf diesem Wege entsteht ein bemerkenswerter Text, aus dem der eliminatorische Antisemitismus Adolf Hitlers bereits deutlich hervorgeht. In dem Schreiben an Gemlich heißt es unter anderem: »Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Progromen [so!]. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er nur zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein. Zu beidem ist nur fähig eine Regierung nationaler Kraft und niemals eine Regierung nationaler Ohnmacht«. ¹⁶ Dies ist, in nuce, das antisemitische Programm Hitlers.

¹⁵ Zit. n. Joachimsthaler, S. 233.

¹⁶ Zit. n. Deuerlein, in: VfZg, S. 204.

Als V-Mann zur Partei-Versammlung: Hitlers Eintritt in die Politik: So wichtig die Propaganda-Tätigkeit der V-Leute gewesen sein mag – politisch dürfte ihre Hauptaufgabe in der Beobachtung der politischen Parteien und Verbände gelegen haben. Die V-Leute nehmen im Auftrag des Gruko Nr.4, Abt. Ib/P an Versammlungen und politischen Veranstaltungen teil und berichten über das Publikum, Inhalte der Vorträge und Diskussionen, die Stimmung im Saal und ähnliches. Solche V-Mann-Berichte sind überliefert, allerdings nicht diejenigen, die Hitler angefertigt hat.

Die V-Leute arbeiten allerdings nicht immer verdeckt, sondern treten auch öffentlich mit eigenen politischen Stellungnahmen in Erscheinung und stellen sich auch als Angehörige der Reichswehr vor. Sie sind nicht nur passive Berichterstatter, sondern werden von Mayr zu aktiven Instrumenten der gegenrevolutionären Politik und Propaganda des Reichswehr Gruppenkommandos Nr.4 gemacht. Die Vertrauensmänner sind also im eigentlichen Sinne des Wortes »Agenten«.

Ende August 1919 ist die unmittelbare Herrschaft des Gruko Nr.4 über München beendet. Die massive Förderung einer kleinen Partei, in deren Führung Adolf Hitler im September 1919 eingebaut wird, mag mit dem Verlust an unmittelbarer politischer Macht zusammenhängen, den die Rückkehr der bayerischen Landesregierung in ihre Hauptstadt mit sich bringt. Kurz nachdem sich Hitler im Lager Lechfeld im Sinne Mayrs bewährt hat, erhält er den Auftrag, eine Versammlung der »Deutschen Arbeiter Partei« zu beobachten. Die DAP ist eine ganz kleine antisemitische Splittergruppe, die sich in Bierkellern trifft. Im Mittelpunkt der im Januar 1919 gegründeten Partei stehen der Eisenbahnschlosser Anton Drexler und der Sportreporter Karl Harrer.

Am 12. September 1919 finden sich 43 Teilnehmer zu einer antisemitischen Veranstaltung der DAP ein. Vier der Gäste sind Mitarbeiter der Propaganda-Abteilung des Gruko, darunter der V-Mann Adolf Hitler. Dieser findet die Veranstaltung am 12. September 1919 zunächst offenbar langweilig. Der Referent ist Gottfried Feder, dessen Vorträge er bereits kennt. Als indes ein weiterer Gast auf Aufforderung von Drexler spricht, wird Hitler aktiv. Der Vorschlag des Korreferenten, Bayern solle sich vom Deutschen Reich trennen und mit Österreich zu einem Südstaat vereinigen, provoziert eine Entgegnung Hitlers, die vom Publikum positiv aufgenommen wird. Drexler ist beeindruckt und versucht, ihn für die DAP zu werben. Hitler bittet zunächst um Bedenkzeit.

In der zweiten Septemberhälfte tritt Adolf Hitler der DAP bei. Er handelt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Einvernehmen mit Karl Mayr, wahrscheinlich sogar in dessen Auftrag. Eigentlich darf der Soldat Hitler gar nicht politisch aktiv werden, denn die Reichswehr der Weimarer Republik folgt dem Bild des »unpolitischen Soldaten«. Ihre Mitglieder sind nicht »Staatsbürger in Uniform«, ihnen ist jegliche politische Betätigung strikt untersagt. Es ist ausgeschlossen, dass Hitlers politisches Engagement seinen Vorgesetzten verborgen bleibt. Die Propagandaabteilung des Gruko sendet weiter Mitarbeiter in Veranstaltungen der DAP, die nun auch über Hitlers Vorträge Bericht erstatten. Daher kann vermutet werden, dass die politischen Aktivitäten des Soldaten Hitler als dienstliche Tätigkeit gelten.

Noch ein weiteres halbes Jahr, bis Ende März 1920, ist Hitler Angehöriger der Reichswehr, bestreitet seinen Lebensunterhalt vom kargen Sold des Militärs und hält im Auftrag Mayrs Vorträge zur staatsbürgerlichen Bildung der Truppe. In diese Zeit fallen seine ersten Auftritte als Versammlungsredner der DAP. Er ist immer noch Soldat, als er im Februar 1920 auf der ersten Massenversammlung im Hofbräuhaus das gemeinsam mit Gottfried Feder ausgearbeitete 25-Punkte-Programm vorstellt, im März die Umbenennung in NSDAP bewirkt und eine brutale »Ordnertruppe« aufstellen lässt. Dass die Veranstaltungen der DAP bzw. NSDAP um die Jahreswende 1919/20 zu einem Publikumsmagneten werden, ist vor allem der Wirkung des Redners Adolf Hitler geschuldet.

Es scheint, als werde die NSDAP in ihrer Frühphase vom Reichswehr Gruppenkommando Nr.4 regelrecht aufgebaut. Mayr berichtet im September 1920: »Seit Juli vorigen Jahres schon suche ich ... die Bewegung zu stärken ... Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden, ein Volksredner 1. Ranges. In der Ortsgruppe München haben wir über 2000 Mitglieder, während es im

München, 3. September 1919.

**DEUTSCHE ARBEITER-PARTEI.
Ortsgruppe München.**

Wir ersuchen Sie hiermit bestimmt, zu dem am
Freitag, 12. September im „Sternckerbräu“ im Tal
(beim Isartor, Eing. zum Nebenzimmer von der Stern-
ckerbräu) abds. 1/2 8 Uhr stattfindenden
Vortrag des Herrn Dipl.-Ing. F e d e r
(Verfasser der bahnbrechenden Schrift: „Beseitigung
der Zinsherrschaft“ u.a.)

Über
Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den
Kapitalismus?
zu erscheinen. Karte ist Ausweis.

Der Ausschuss.
1. A. Michael Lotter
1. Schriftführer, Mettbingstr. 2

Einladung zu der von Hitler besuchten DAP-Versammlung

Sommer 1919 noch keine 100 waren«. ¹⁷ So schreibt Mayr in einem Brief an Wolfgang Kapp, der wegen seiner führenden Rolle beim gescheiterten Putsch vom März 1920 nach Schweden geflüchtet ist.

Mayr gehört in München zu den entschiedenen Anhängern von Wolfgang Kapp. Er erteilt Hitler den Auftrag, während des Umsturzversuchs nach Berlin zu fliegen und die Verbindung mit den Putschisten herzustellen. Hitler begibt sich am 13. März 1920 gemeinsam mit seinem ideologischen Mentor Dietrich Eckart, der ebenfalls von Mayr gefördert wird, in die Reichshauptstadt. Obwohl den beiden völkischen Aktivisten ein Flugzeug zur Verfügung steht, treffen sie erst ein, als der Staatsstreich bereits am Generalstreik und passiven Widerstand

gescheitert ist. Ende des Monats scheiden dann sowohl Mayr als auch Hitler aus der Reichswehr aus.

Aber der Kontakt bleibt eng. So verschafft Mayr seinem früheren V-Mann wichtige Verbindungen in rechtsextreme Zirkel der Reichswehr, insbesondere

zum späteren SA-Chef Hauptmann Ernst Röhm. Der Historiker Hellmuth Auerbach bemerkt, man könne »mit einigem Recht sagen, daß Röhm und Eckart Hitler gemacht haben ...; man sollte aber den Hauptmann Mayr dazu nehmen. Diese drei waren tatsächlich die Geburtshelfer der politischen Karriere Hitlers«. ¹⁸

Agent – Trommler – Führer. Eine deutsche Karriere: Wenn also Hitlers politische Karriere von der Reichswehr eingeleitet wird – zeigt das nicht, dass der Nationalsozialismus, der deutsche Faschismus bloß ein Instrument der Konterrevolution, ein Agent der Interessen herrschender Klassen ist? Den Zeitgenossen mochte es so scheinen. Der kommunistische Funktionär Karl Radek schreibt in der *Internationalen Pressekonferenz* (INPREKORR) Nr. 38 im

September 1923, Hitler und andere Führer der nationalistischen Bewegung seien nur »Marionetten, die an Drähten gezogen werden«. Aber die Realgeschichte des Nationalsozialismus verläuft etwas anders. Aus Hitlers früherer V-Mann-Tätigkeit darf nicht geschlossen werden, dass er stets in dieser Abhängigkeit verblieben sei. Gegenüber der Armee gewinnt er in den folgenden Jahren zunehmend Handlungsspielraum.

In der ersten Zeit nach dem Ausscheiden aus der Reichswehr scheint sich Hitlers Selbstverständnis noch nicht grundlegend gewandelt zu haben. Im Mai 1921 soll er in einem Interview gesagt haben, er sei nicht der Führer und Staatsmann, der das Vaterland zu retten vermöge, sondern der »Agitator,

der Massen zu sammeln verstehe«. Er brauche den »Größeren hinter sich, an dessen Befehl er sich anlehnen dürfe«. Und auch im folgenden Jahr wieder-

¹⁷ Zit. n. Kershaw, S. 200.

¹⁸ Auerbach, S. 18.

¹⁹ Auerbach, S. 29.



Erstmals wird Hitler 1920 auf einem NSDAP-Plakat als Redner angekündigt.

holt Hitler, er sei »nichts als ein Trommler und Sammler«.¹⁹ Ein solches Selbstverständnis geht über das eines V-Mannes, eines reinen Agenten immerhin hinaus: Hitler wird sich immer mehr seiner Qualitäten als Redner und Propagandist bewußt. Im Herbst 1923 steht er im Zentrum eines Versuchs, die Republik auf gewaltsamem Wege zu beseitigen. Erst nach dem Scheitern des Hitler-Putsches entwickelt sich sein Anspruch, Führer zu sein und die volle politische Macht auf seiner Person zu konzentrieren. Gegen Ende der Republik ist er selbstbewusst genug, um auf eine Regierungsbeteiligung zu verzichten, bis ihm selbst die Führung eingeräumt wird. Inzwischen hat er aus der rechtsextremen Splittergruppe DAP die Sammlungspartei NSDAP gemacht, die Hunderttausende von Mitgliedern und Anhängern und viele Millionen Wähler um sich schart. Ein Agent der Reichswehr ist er zu diesem Zeitpunkt sicher nicht mehr. Seinem Selbstverständnis nach ist er »der Führer«.

1933 wird er Reichskanzler. Das Militär, das seine Karriere so nachhaltig begründet hat, wird zu einem der wichtigsten Bündnispartner der NSDAP bei der Errichtung ihrer Macht. Die Führung der Wehrmacht verliert aber schrittweise an Einfluss. 1938 macht Hitler sich selbst zum Obersten Befehlshaber der deutschen Streitkräfte. Als gegen Ende des Krieges verschiedene Generäle und Generalstabsoffiziere den Führer beseitigen, zumindest aber den Oberbefehl wieder in die Hände eines Generals legen wollen, müssen sie erkennen, dass sie Hitler nicht mehr loswerden. Für die Integration der deutschen Eliten hat er inzwischen eine zu bedeutende Funktion. Erst sein Selbstmord angesichts der anrückenden sowjetischen Panzer beendet diese politische Karriere – eine Karriere, die wohl nicht begonnen hätte, wenn nicht die Reichswehr Adolf Hitler zum V-Mann gemacht hätte.

Zur Literatur:

Die Vorgänge, die hier geschildert werden, sind seit langem bekannt. Im Grunde konnten bereits die Zeitgenossen um diese Zusammenhänge wissen, zumal 1924 im Hitler-Prozess einiges über seine Beziehungen zur Reichswehr bekannt geworden ist (zeitgenössisch: Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München, München 1924; jetzt: Der Hitler-Prozeß 1924. Wortlaut der Hauptverhandlung vor dem Volksgericht München, hg. v. Lothar Gruchmann und Reinhard Weber, München 1997) und einige Beteiligte gelegentlich darüber berichtet haben – so Karl Mayr in der *Münchner Post* v. 2.7.1923 und 2.3.1931 sowie dem anonym erschienenen Aufsatz: I was Hitlers Boss. By a Former Officer of the Reichswehr, in: *Current History*, Nov. 1941, Vol.1, No. 3, S.193-199; Ernst Röhm, Die Geschichte eines Hochverrätters, München 1928; und Adolf Hitler selbst im ersten Band von »Mein Kampf«.

Einen Eindruck von den rechtsextremen Milieus im Vorfeld und Umfeld der Reichswehr vermittelt der bereits 1923 erstmals publizierte Roman »Das Spinnennetz« von Joseph Roth. Eine Auswahl aus den Akten des Reichswehr Gruppenkommandos Nr. 4 bringt Ernst Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: *VfZg* 7 (1959), S. 177-227; vgl. auch ders., Hitler. Eine politische Biographie, München 1969. Spätere Arbeiten haben dieses Material allenfalls ergänzt, im Wesentlichen aber variiert oder abweichend interpretiert.

Neues erfährt man insbesondere bei Kurt Gossweiler, *Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924*, Berlin 1982 und bei Anton Joachimsthaler, *Hitlers Weg begann in München. 1913-1923*, München 2000 (ergänzte Neuauflage von: ders., *Korrektur einer Biographie, Adolf Hitler 1908-1920*, München 1989); vgl. auch Albrecht Tyrell, Vom »Trommler« zum »Führer«.

Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975; Hans-Günther Richardi, *Hitler und seine Hintermänner. Neue Fakten zur Frühgeschichte der NSDAP*, München 1991; David Clay Large, *Hitlers München*.

Aufstieg und Fall der Hauptstadt der Bewegung, München 1998; Michael Berthold Müller, *Der junge Hitler. Eine*

Biographie der ersten dreißig Lebensjahre, Frankfurt a. M. 2000. Die weit verbreiteten Darstellungen von Werner Maser (besonders: Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit, München 1971 und öfter; ders., Der Sturm auf die Republik. Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart u. a. 1994) sind wenig zuverlässig und tragen zur Legendenbildung bei.

Die rechtsextremen und völkisch-antisemitischen Milieus in München beschreibt Hellmuth Auerbach, Hitlers politische Lehrjahre und die Münchener Gesellschaft 1919-1923.

Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung, in: VfZg 25 (1977), S. 1-45; vgl. auch Wolfram Meyer zu Utrup, Wann wurde Hitler zum Antisemiten? Einige Überlegungen zu einer strittigen Frage, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 687-697, dem aber die fast vollständige Dethematisierung des nachrichtendienstlichen Kontextes gelingt.

Insgesamt ist die Literatur über Adolf Hitler sehr ausgedehnt und unübersichtlich. Viele Arbeiten sind geprägt von obskuren Theorien und zweifelhaften Spekulationen. Schneisen in diese Literatur schlägt Ian Kershaw, Hitler, Bd.1: 1889-1936, Stuttgart 1998, Bd. 2: 1936-1945, Stuttgart 2000. Zu den großen Vorteilen dieses faszinierenden Werks gehört, dass Kershaw nicht die Hitler-zentrierte Perspektive des größeren Teils der Biographik einnimmt, sondern die Lebensgeschichte vor dem Hintergrund der politischen Geschichte und der Sozialgeschichte entwickelt. Einen gut lesbaren Einstieg bieten Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995.



Die KPD, Spitzelei und die Abwehr

Erst wollte Jakob Göbel unter keinen Umständen auf die Offerten des Polizeispitzels eingehen. Vielmehr drängte es ihn, diese Unverschämtheit gänzlich proletarisch zurückzuweisen, doch: »das erste Zusammentreffen fand am 27. April in der Wirtschaft Strunk in Feldhaushof (Essen) statt. Er setzte sich an den Ecktisch und wartete auf das Erscheinen unseres Genossen Göbel. Genosse Göbel erschien dann, setzte sich an einen Nachbartisch, ging dann austreten. Korff eilte ihm nach und stellte ihm die Frage, ob er auf jemanden warte. Diese Frage wurde bejaht. Darauf folgte gegenseitige Vorstellung, und nun ging man gemeinsam in das Lokal zurück und setzte sich an den Tisch von Korff. Nun begann Korff seine ›Arbeit‹.«¹

Was sich wie der Beginn eines schlechten Groschenromans anhört, beschreibt den Anfang eines von vielen Anwerbeversuchen der Politischen Polizei in der Weimarer Republik. Jakob Göbel, Mitglied der KPD-Bezirksleitung Essen und hoher Funktionär des kurz zuvor verbotenen RFB (Roter Frontkämpferbund), erhielt im April 1930 einen kurzen Brief.

Schnell fand sich die KPD-Bezirksleitung zusammen und durch den Nachrichtendienst der Partei konnte bald festgestellt werden, dass dieser Brief im Auftrag der Politischen Polizei verschickt wurde. Man beschloss, zum Schein auf diesen Anwerbeversuch einzugehen, wenn sich auch der Genosse anfänglich ein wenig zierte. So traf sich Jakob Göbel mit dem Polizeispitzel Korff in der Arbeiterkneipe in Essen. Dieser Korff, selbst SPD-Mitglied, redete gleich drauf los: Dass er als kleiner Beamter eh nie zu etwas komme und auch für die Zukunft keinerlei berufliche Perspektive sehe. Wohl einigermaßen gut informiert über die Lebenssituation eines Arbeiters, versuchte er an die Solidarität der kleinen Leute zu appellieren: »Sie verdienen auch nicht viel. ... Wir sind beide also sehr schlecht dran. Es wäre gut, wenn wir beide danach trachten würden, unsere Lage zu verbessern, denn alle Theorien hin und her, man muss vor allem darauf bedacht sein, seine eigene soziale Frage zu lösen. (!) Und das ist sehr leicht. Wir müssen nur zusammenarbeiten ... Ich liefere Material über die Polizei für Geld (!) und Sie liefern mir Material, das die Polizei braucht und dafür gibt's dann auch Geld.«²

Abg.
Ernst Korff, Essen,
Schwanenbuschstr. 187.

Essen, den 19. April 1930.

An

Herrn Jakob Göbel

In

Bortmund-Mengede,
Am Gestrücker Bruch Nr. 49.

Wegen einer besonders dringlichen Angelegenheit
bitte ich Sie mir mitteilen zu wollen, wann und wo ich Sie
hier in Essen einmal treffen kann,
Ich bitte, mir umgehend Nachricht zukommen zu lassen.



Brief des Spitzels Korff

Somit wurden mehrere Treffen vereinbart und verschiedene, arrangierte Informationen über die KPD in Bargeld verwandelt. Nebenbei nutzten Mitarbeiter des Nachrichtendienstes der KPD die günstige Gelegenheit und fotografierten den Polizeispitzel. Das Foto fand später Eingang in die Broschüre *40 Tage im Dienste der IA. Korff und andere Spitzel*. Als krönender Abschluss wurde dem Spitzel Korff eine chiffrierte Nachricht übergeben, die die Polizei offenbar nicht entziffern konnte. Diese Nachricht wurde aber später in jener Broschüre schrittweise dechiffriert und lautete: »Eilt sehr! In Sachen T. sofort durchführen: So faengt man Polizeispitzel durch Inanspruchnahme des Nachrichtendienstes der KPD. Rot Front.«



Ein Paket mit angeblichen Zersetzungsschriften für die Schupo (Schutzpolizei) wurde ebenfalls angeboten: Doch »dass es ... der Polizei nicht gelang, die Pakete, die statt der [verlangten] Schupozeitungen, S... enthielten, zu beschlagnahmen, zeigt nur erneut ihre Unfähigkeit.«³

Nur selten ließen sich die Zusammenhänge derart schnell ermitteln und gelang die Enttarnung so mühelos. Jahrelange Kleinarbeit war notwendig, um einen wirkungsvollen Nachrichtendienst aufzubauen. Brutal wurde die noch junge Partei in der Frühphase der Weimarer Republik auf die Notwendigkeit eines illegalen Apparates gestoßen.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division hatte schon 1918/19 vom sozialdemokratischen Reichswehrminister Noske den Auftrag erhalten, kommunistische FunktionärInnen zu überwachen. Wie die Geschichte gezeigt hat, war sie nicht ganz erfolglos.

Die Mitbegründer der Kommunistischen Partei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren nur die berühmtesten Todesopfer. Sie waren in den aufständischen Anfangsjahren der neuen Republik zu Beginn des Jahres 1919 bekanntlich »auf der Flucht erschossen« worden. Die Ermittlungsanstrengungen in den zahllosen Mordfällen zu Beginn der kommunistischen Bewegung ermöglichten der Presse der KPD, der an die Macht gelangten Sozialdemokratie, der Justiz und der Reichswehr Verbindungen zu rechten Freikorps nachzuweisen. Die ersten Ergebnisse zu den Morden an Luxemburg und Liebknecht konnten schon im Februar 1919 in der kommunistischen Presse präsentiert und die Verantwortlichen benannt werden. Am 26. Februar 1919 meldete die *Rote Fahne*, wo sich einer der Mordbeteiligten aufhielt: »Der verschwundene Runge. Herr Jörns! Bei ihrer eifrigen Aufklärungsarbeit in Sachen Liebknecht-Luxemburg ist Ihnen zufällig der Mörder Runge aus den Augen gekommen. Falls es Ihnen nicht bekannt ist, teilen wir Ihnen mit, dass es nicht unwahr-

scheinlich ist, dass Sie ihn im Husarenregiment Nr. 8, 5. Eskadron, und zwar augenblicklich in Basdorf finden werden – falls Sie gelegentlich Zeit finden, ihn zu suchen. Für das dem Mörder freundlich geneigte Publikum die Mitteilung, dass Geldsendungen an den Mörder nicht mehr nötig sind: mit 12.000 Mark reicht einer hübsch lange.«⁴

Nach der Entfernung des durch die Novemberrevolution ins Amt gelangten Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn von der linkssozialdemokratischen USPD wurde mit dem Wiederaufbau der Politischen Polizei erst in Berlin, dann in Preußen und später im ganzen Reich die staatliche Spitzeltätigkeit forciert. Im Frühjahr 1920 fand dies seinen Abschluss mit der Errichtung des Amtes eines Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKO) beim Reichsministerium des Innern. In dieser Zeit befand sich die KPD unter stärkster Beobachtung. Immer wieder konnten V-Leute, nicht nur der Politischen Polizei, ermittelt werden. Auch musste die Partei immer wieder herbe Verluste hinnehmen, so wurden im September 1919 Kasse und Buchhaltung der Parteizentrale von der Politischen Polizei ausgehoben. Spätestens hier zeigte sich die Notwendigkeit eines »illegalen Apparates«. Die vorhandenen und noch zu entwickelnden Verbindungen in die verschiedenen Institutionen des neuen Staatsapparates und des Militärs mussten reaktiviert und ausgebaut werden. Dennoch gab es innerhalb der Partei kontroverse Diskussionen über Sinn und Zweck einer solchen Struktur. Skeptischere GenossInnen lehnten solche »konspirativen Spielereien« ab, da sie befürchteten, dieser Apparat könne ein zu großes Eigenleben entwickeln und wäre nur schwer politisch zu kontrollieren. Die vielen »Spitzel, Provokateure und Parteischädlinge« hingegen, die aufgedeckt werden konnten, sowie die zahlreichen brisanten Ermittlungsergebnisse, mit denen allerlei Verwicklungen der SPD beim Aufbau der illegalen »Schwarzen Reichswehr« bewiesen worden konnten, waren ein starkes Argument für den Aufbau derlei Strukturen. Nicht zu vergessen die 21 Bedingungen für die Aufnahme einer Partei in die Komintern von 1920, die für alle Sektionen verbindlich waren. Punkt 3 verpflichtete zum Aufbau eines »illegalen Apparates«.⁵

Anfänglich fußte die Informationsbeschaffung häufig auf mehr oder minder zufällig durch vielseitige Agitationsarbeit entstandene Kontakte. Meist bestand die Tätigkeit im Sammeln und Auswerten kleiner und im Einzelnen unbedeutender Informationen. Die Leitung des Nachrichtendienstes appellierte an die Parteimitglieder, die Augen und Ohren offen zu halten und wachsam

¹ Vgl. die Broschüre »40 Tage im Dienste der IA. Korff und andere Spitzel«, mit Anhang »Was ist der Nachrichtendienst der KPD?«, Essen 1930, Literatur-Vertrieb GmbH, Essen Rottstrasse 16, S.11f, HStA Düsseldorf: RWV 1 Nr. 121.

² »40 Tage ...«, S. 11f.

³ »40 Tage ...«, S. 29.

⁴ Rote Fahne Nr. 40, 26.02.1919. Interessant ist die Zusammensetzung des Gerichts. Der beisitzende Richter Wilhelm Canaris entließ 1919 einen der Tatbeteiligten aus dem Untersuchungsgefängnis, um ihn in die Niederlande zu schaffen. Canaris beteiligte sich später am Aufbau rechter Gruppen und am Kapp-Lüttwitz-Putsch 1923. Viel später, nachdem er jahrelang Chef des Nazi-Nachrichtendienstes war, beteiligte er sich am Anschlag auf Hitler und wurde liquidiert. Heute gilt er als hervorragende Persönlichkeit des deutschen Widerstandes. Vgl. Kaufmann, B.: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993, S. 22.

⁵ Vgl. Gruppe MAGMA: »... denn Angriff ist die beste Verteidigung.« Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001, S. 87f.

zu sein. Verhallten diese Aufforderungen anfänglich auch ungehört, so konnte der Nachrichten-Apparat mit zunehmender Dauer und Erfahrung auf einige Erfolge verweisen. In zahlreichen Rundschreiben bemühte sich die Parteizentrale den Aufbau effektiver Strukturen zu forcieren, Handlungsanleitungen zu geben und die politische Notwendigkeit aufzuzeigen: »Um sich den gegebenen Verhältnissen anpassen zu können, muss sie nicht nur die ökonomischen Zustände beurteilen können, sie muss auch wissen, welche Schritte

die Bourgeoisie einzuschlagen beabsichtigt, um sich den wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die steigende Belastung der Arbeiter zu entziehen. ... [Der] Einfluss des bürgerlichen Nachrichtenapparates, wie er sich besonders in der Presse widerspiegelt, kann im bürgerlichen Staate nur dadurch gebrochen werden, dass wir uns einen eigenen Nachrichten-Apparat groß und umfassend ausbauen, nicht mit riesigen Geldmitteln, sondern gestützt auf die Aktivität und die Aufmerksamkeit unserer Parteigenossen.«⁶

In dieser Frühzeit führten einzelne Bezirke Enttarnungen meist ohne Absprache mit anderen Bezirken oder der Zentrale selbsttätig durch. Dies versuchte die Parteizentrale nun zu zentralisieren, um die Fehlerquote zu verringern und die Informationen dem gesamten Parteiapparat zur Verfügung zu stellen. So wurden alle Begebenheiten, die auf die Existenz und die Tätigkeit von V-Leuten hinwiesen, sorgfältig erfasst, ausgewertet und überprüft. Vor erkannten Spitzeln, Denunzianten, Verrätern und anderen »Parteischädlingen« wurde parteiintern oder, wenn es opportun erschien, auch öffentlich gewarnt. Das erste

Rundschreiben erschien bereits am 28.11.1919 und umfasste Personalien und Beschreibungen von immerhin 48 V-Leuten.⁷

Spätestens 1924 erschienen regelmäßig so genannte Evidenzlisten, die die »Abteilung Abwehr« des Nachrichtendienstes verfasste und die nur für den internen Gebrauch vorgesehen waren. Die Statistiken erschienen mehrmals im Monat, anfangs wöchentlich. Sie umfassten neben den stets aktualisierten Listen enttarnter Spitzeln, Denunzianten und Provokateure Daten über Festnahmen und Verurteilungen von Parteimitgliedern, Auszüge aus den polizeilichen Fahndungslisten, um Funktionäre zu warnen, sowie Mitteilungen über Haussuchungen und andere für die Sicherheit der Partei relevante Vorkommnisse.⁸ Die Evidenzliste vom 1. Dezember 1924, verfasst für die Woche vom 21. bis 28. November 1924, wies in der statistischen Aufzählung sieben Kategorien auf: Von Anklagen und Terminen über Verurteilungen, Verhaftungen bis zu Verrätern, Spitzeln und Parteiausschlüssen. Zuletzt wird

⁶ Vgl. »Berichterstattung des Kommunisten«, 1.02.1922, SAPMO BArch, RY 1 / I 2/705/1 Blatt 1-6, oder auch »Richtlinien für den Informations- und Nachrichtendienst«, Ebd., Blatt 7-8

⁷ Vgl. SAPMO BArch, RY 1 / I 2/2/42 u I 2/2/43

⁸ Vgl. SAPMO BArch RY 1 / 2/705/11

⁹ Vgl. SAPMO ..., Blatt 4

¹⁰ Derweil liegen vier Ausgaben vor: Der erste umfasst die Jahrgänge 1919/24. Dem Inhalt zufolge muss diese Ausgabe nach Mai 1925 erschienen sein. Zwei Nachträge für den ersten Band erschienen 1925: I/25 1. Halbjahr 1925 und II/25 2. Halbjahr 1925. 1928 erschien der zweite Spitzel-Almanach für den Zeitraum 1927/28.

Dieser führt allerdings auf S. 91 eine weitere Ergänzung für das Jahr 1926 an. Laut Kaufmann, B., S. 134, erschien der letzte 1930.

¹¹ Ebd. S.5

¹² Liste der Spitzel und sonstigen Parteischädlinge für das erste Halbjahr 1925, und Nachtrag zum Spitzel-Almanach, 1925,2. jeweils o.J., o.O.,

¹³ Folgende Passagen, wenn nicht anders angegeben, Zitate aus dem Spitzel-Almanach von 1924.

unter »Verschiedenes« lakonisch festgestellt: »Ein Arbeiter wurde von einem Angehörigen der Organisation Rossbach erschossen. Ein Arbeiter hat sich in der Gefängniszelle erhängt.«⁹

Im Jahr darauf erschien dann auch erstmalig der so genannte Spitzel-Almanach. Dieser war den polizeilichen Fahndungsbüchern nachempfunden, laut Eigenangabe unverkäuflich und als Eigentum der Organisation deklariert. Er erschien zwischen 1925 und 1930 in insgesamt sechs Ausgaben.¹⁰ Angaben zu Ort, Zeit, Herausgeber oder Verlag fehlen. Als »Handbuch für leitende Funktionäre der Kommunistischen Partei« war er Mitgliedern und Funktionären vorbehalten. Begründet wurde die Herausgabe des Almanachs, dessen erster Band immerhin 570 Namen und 112 Fotos auf 225 Seiten enthielt, mit den Erfahrungen in der Verbotssphase der Partei 1923/24. In diesen Monaten seien besonders viele Spitzel in die Reihen der revolutionären Arbeiterschaft eingedrungen und hätten großen Schaden verursacht.

Wie es in der ersten Ausgabe heißt, sei »seine Aufgabe ..., die Gefahren aufzuzeigen, von denen die Partei ständig bedroht ist, und ihnen Mittel an die Hand zu geben, diese Gefahren erfolgreich zu bekämpfen. Die Abwehr jener dunklen Elemente, die die revolutionäre Organisation des Proletariats ausplündern wollen, oder die im Auftrage der Bourgeoisie den Versuch machen, sie auszuspionieren, sie zu unterwühlen, zu zersetzen und ihre aktivsten Mitglieder der Klassenjustiz auszuliefern, ist nicht nur eine Sache besonderer Vertrauensleute, sondern der Gesamtpartei.«¹¹ Bald darauf erschienen zwei dünnere Ergänzungsbändchen.¹²

In den umfangreicheren Ausgaben von 1919/24 und 1927/28 sind den Listen der Spitzel und »Parteischädlinge« jeweils ausgedehnte politische Erläuterungen vorangestellt. Die Ausgabe von 1924 ist in zwei Teile gegliedert: »Die unterirdischen Feinde der Kommunistischen Partei und ihre Bekämpfung«¹³ und die »Liste der Spitzel und sonstigen Parteischädlinge von Anfang 1919 bis Ende 1924, mit Bildern«. Im ersten Kapitel des ersten Teil, mit dem bezeichnenden Titel »Hinter den Kulissen der politischen Kämpfe, Wesen und Methoden der Spionage« wird konstatiert, dass die Bourgeoisie einen »latenten Bürgerkrieg ... mit aller Energie führt. Die Methoden, die sie anwendet, sind die seit Jahrtausenden in der Kriegführung üblichen ... Sie sind natürlich den Bedingungen des Bürgerkrieges angepasst.« Die Autoren unterscheiden vier Methoden: Bespitzelung, Zersetzung, Provokation und offene Unterdrückung durch z.B. Streikbruch, Verbote, Verhaftungen u.ä. Als besonders gefährlich führt der Almanach zwei Personengruppen an: »die Kleinbürger, die sogenannte Arbeiteraristokratie, weil sie ihren moralischen Einfluss und ihre Erfahrung ausschließlich gegen das Proletariat einsetzen, weil sie sabotieren, die Arbeiterklasse durch Verrat schwächen und einen offenen Kampf gegen die Kommunistische Partei ... führen«. Das Hauptkontingent jedoch stellt laut den Verfassern das Lumpenproletariat, denn jene seien das »Abfallprodukt der bürgerlichen Gesellschaft«. Immerhin gestehen sie diesen »Staplern,

Spitzel-Almanach

Unverkäuflich

Eigentum der Organisation

(Als Manuskript gedruckt)

Schwindlern, Kassendieben und Fassadenkletterern« unterschiedliche Motivationen zu: »Die Behandlung der Schmarotzer ist sehr verschieden. Gegen notorische Parteischädlinge ist einzig rigoroses Vorgehen am Platz.« »Schwachen Genossen« immerhin, die sich nur vorübergehend gegen die Partei wenden, müsse entgegenkommen werden, damit sie der Revolution erhalten oder nicht zu noch größeren Verzweiflungstaten getrieben würden.

Zum Abschluss betonen die Autoren die Versäumnisse in der Parteiarbeit, die es der Bourgeoisie ermöglicht hätten, die kommunistische Bewegung mit Tausenden von Spitzeln zu durchsetzen, nämlich Sentimentalität und Schwatzhaftigkeit. Sie fordern »deshalb Verschwiegenheit, Nüchternheit, Vorsicht in allen Parteiarbeiten und an Stelle der falschen Sentimentalität, richtige Solidarität«.

Auf knapp 30 Seiten breiten die Autoren die Geschichte des Spitzeltums und ihrer politischen Folgen für die entstehende Arbeiterbewegung aus. Anschließend gibt es eine detaillierte Darstellung der »Organisation und Finanzierung des Spitzelwesens durch die Behörden«. Hier sind die Politische Polizei, das Reichskommissariat für die Überwachung der öffentlichen Ordnung (RKO) sowie die entsprechenden Dienststellen der Reichswehr und des Auswärtigen Amtes mit Angaben zu Aufgabengebiet, dem Leitungspersonal und ihren jeweiligen Etats angeführt. Zum Abschluss des ersten Teils, vor der langen Liste der Spitzel, werden nochmals die Abwehrarbeit und die Techniken der Entlarvung zusammengefasst, ähnlich wie schon in den »Richtlinien für die Illegale Arbeit«.

In der zweiten Ausgabe von 1928 nehmen die Autoren in der Einleitung die in der Partei deutlich zu geringe »Kenntnis derjenigen Organisationen, die sich mit der Bespitzelung befassen« zum Anlass, nochmals eine Übersicht zu geben und im ersten Teil die »Politische Polizei, [die] behördlichen und privaten Nachrichten- und Spitzelorganisationen« zu behandeln. Den größten Raum nehmen hier die Entwicklung, Organisation und Aufgaben der Kriminal- und die Politische Polizei ein. Interessant ist bei der Aufschlüsselung des Personalstandes in den Polizeibehörden die Anmerkung, dass bei der Berliner Politischen Polizei (Abt. IA) die Beamten in der Abteilung eingesetzt werden, die ihrer eigenen Anschauung entgegengesetzt ist. Es gab drei

Inhalt:

	Seite
Einleitung	5

I. Teil:

<i>Die unterirdischen Feinde der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihre Bekämpfung</i>	
Hinter den Kulissen der politischen Kämpfe (mit einer schematischen Tafel)	11
Wesen und Methoden der Spionage	21
Entwicklung des Spitzels	30
Aus dem modernen Spitzelbetrieb	45
Organisation und Finanzierung des Spitzelwesens durch die Behörden (mit 4 Bildern)	50
Der Justizterror	59
Voraussetzungen der Abwehr	69
Technik der Entlarvung	77
Literaturverzeichnis	84

II. Teil:

<i>Liste der Spitzel und sonstigen Partischädlinge von Anfang 1919 bis Ende 1924, mit Bildern</i>	
Liste A.: Spitzel, Provokateure, Denunzianten, Verräter ...	89
Liste B.: Hochstapler, Schwindler, Betrüger	150
Verzeichnis der Bilder	183
Bilder	187

Anhang:

Namentliche Liste der wichtigsten Personen aus der Broschüre „Spitzel“ von 1922	219
---	-----

Abteilungen: linksradikale Bewegung, republikanische Parteien und Verbände sowie rechtsradikale Organisationen. Zudem werden die »Nachrichtenstellen gegnerischer Organisationen und Verbände« und deren politische Bedeutung analysiert. Unterteilt in drei Abschnitte werden der Stahlhelm (der DNVP nahestehende Wehrorganisation), der Jungdo (Jungdeutscher Orden), die Wipo (Wirtschaftspolitischer Nachrichtendienst), der Rano (Reichsvermittlung für persönliche Arbeitsvermittlung), die Ardi (Archivdienst) und sechs weitere private Betriebsspitzel-Unternehmen angegeben: die Pinkerton-Gesellschaft, der Deutsche Industrieschutz, die Deutsche Detektiv-Gesellschaft, der Nationalverband Deutsche Nothilfe und der Überwachungsdienst für Handel und Industrie.

Die »Liste der Spitzel und sonstigen Parteischädlinge« umfasst in dieser Ausgabe deutlich weniger Namen: 68 »Spitzel, Verräter, Provokateure und Denunzianten« sowie 126 »Hochstapler, Schwindler, Betrüger und andere Parteischädlinge«. Fotos sind aus Geldmangel weggefallen. Angehängt ist allerdings ein komplettes Namensverzeichnis aller in den vorherigen Spitzel-Listen aufgeführten Namen. Wiederholt mutet der Tenor, insbesondere der politischen Erläuterungen, eigenartig an. Wenn man zugesteht, dass die Partei besonders in den ersten Jahren Terror und immenser Verfolgung ausgesetzt war, reicht dies vielleicht als Erklärung der ärgsten Stilblüten, aber dass die Autoren von »unterirdischen Feinden« oder »dunklen Elementen« sprechen, die der kommunistischen Bewegung schaden wollen, trägt wenig zur Erhellung bei. Wenn der Almanach »Parteischädlinge« als Kategorie anführt, mag das noch schlüssig klingen angesichts der vielen Betrugsfälle, denen besonders untere Parteigliederungen aufgesessen waren und wodurch

ERGÄNZUNGEN UND BERICHTIGUNGEN ZUR LISTE DER PARTEISCHÄDLINGE VON 1919/24

Berkholz, Wilhelm (Almanach 1919/24, Seite 152 und 230; Bild 80 und 81), geb. 9. 10. 1900 in Angermünde. Er ist dem vorerst gefangen, mittels zahlreicher gefälschter Ausweise und geschickten, dreisten Auftretens im letzten Jahre die Kommunistischen Parteien des Balkans zu brand-schützen. Er ist sich vor allem in Griechenland herum, erschwandels Unterstützung durch die Partei und bestahl Parteigenossen um Geld und Kleidungsstücke. Im Dezember 1925 tauchte er wieder in Berlin auf, wuschte sich dann nach Stettin, wo er beim Versuch, das Bezirksbureau zu betrogen, festgehalten wurde. Zahlreiche Ausweise, darunter griechische, türkische, serbische und französische wurden ihm abgenommen. B. hat die Absicht, sich nach Danemark zu wenden. — Mit seinen Aufschlägen in anderen Bezirken des Reiches ist zu rechnen. Da er sich seine Ausweise z. T. selbst anfertigt, sind ihm alle Papiere abzuschneiden. — B. war in Griechenland von seiner Frau, Elfriede Berdali aus Berlin, begleitet. — Neues Bild 1.

Berndt, Elfriede, Berlin, geb. 15. 2. 1905, ist einwandfrei als Mitheldige bei den Schwindereien des Berkholz ermittelt. Früher Mitglied der Kf. Berlin, nach Entlassung des Berkholz 1924 ausgetreten. Lebt jetzt noch mit Berkholz zusammen. — Bild 2.

Bruckner, Max (auch Borkenath). Die Nachprüfungen der Unterlagen über diesen im Almanach 1919/24, S. 97, als Spitzel aufgeführten Genossen haben die Haltlosigkeit der Verdächtigungen ergeben. Sein Verhalten war bis heute einwandfrei und er war daher zu rehabilitieren. Um eines entsprechenden Berichtigungsvermerk im Almanach wird gebeten.

Diesch, Wilhelm, angeblich aus Hanau, hat im September 1924 in Bremen Parteigenossen bestohlen. (Warnung des ZK. vom 8. 9. 1924). — Bild 3.

Ehrhardt, Fritz, geb. 1896, wohnhaft in Artern, bot 1924 Genossen Primien an für den Nachweis von Waffen. Handelte vermutlich im Auftrag des Stahlhelms. (Nachträgliche Warnung aus Halle 14. 12. 1925)

Frischmuth, Hans (Almanach S. 135), wohnhaft nicht in Osnabrück, sondern in Hannover.

Hartwig, Paul, Dudenlocher, geb. 1896, wohnhaft in Artern, verriet während der Republik 1921/24 führende Genossen und Parteimaterial an die Polizei. (Nachträgliche Warnung aus Halle, 14. 12. 1925)

5



61. Selmer, Johann



62. Mahle, Marie-Mahle



65. Schädler



66. Stangmeyer



63. Martin



64. Mahle, Marie-Mahle



67. Gustav



68. Paul

204

205

nicht unbedeutende Geldbeträge in die falschen Hände gerieten. Aberwitzig wird es, wenn sich die Herausgeber moralisch über die staatlichen Angriffe empören und den Staat zu einem gerechteren, faireren Verhalten anhalten wollen.

Trotz der Beschränkung allein auf Parteifunktionäre konnten Exemplare des Spitzel-Almanachs an die Öffentlichkeit gelangen. Inwiefern dies im Interesse der Partei bzw. ihres Apparates stand, bleibt spekulativ.¹⁴ Nichtsdestotrotz arbeitete die KPD stets relativ

¹⁴ Laut Roter Fahne vom 6. Juli 1926 ist der Spitzel-Almanach der SPD-Reichstagfraktion offiziell zugesandt worden.

¹⁵ Vgl.: MAGMA, S. 82ff

offen mit den Ergebnissen ihrer Nachforschungen und wusste sie weithin politisch zu nutzen, wie die vielen Veröffentlichungen zu Spitzelaffären und Spitzel-Warnungen in der kommunistischen Presse zeigen. In der Sonntagszeitung *Das Freie Wort*, mit dem knapp gehaltenen Untertitel »Unabhängige nationale Zeitung für Jedermann. Furchtlos und Treu. Für Wahrheit und Recht«, ist in der Ausgabe vom 18. Juli 1926 von der sozialdemokratischen *Volksmacht* die Rede, die einen kommunistischen Spitzel-Almanach ans Licht gezogen hatte. Die »unabhängige nationale Zeitung« spekuliert, wie die *Volksmacht* nun in den Besitz dieses Almanachs gekommen war, da der Almanach eigentlich »Eigentum der Organisation [ist] und nicht in den Privatbesitz einzelner Genossen übergehen [kann].« Der Autor vermutet, dass sie ihn »leihweise von einem Kommunisten, der für sie spitzelt, erhalten hat«. In der Tat war in der *Volksmacht*, vormals *Essener Arbeiterzeitung*, vom 3. Juli davon zu lesen. Interessant sind die Zahlengaben in jenen Artikeln. Dummerweise übernahm der beredte Autor des *Freien Wortes* die völlig falschen Angaben der Essener *Volksmacht* und haderte auch noch mit seiner Muttersprache: »Auf 135 Seiten bringt die [sic] Almanach die Namen von 700 ›Spitzeln‹ mit 120 Bildern.« Nur die letztere Angabe kommt in die Nähe der Realität.

Die Sozialdemokraten der *Volksmacht* emporboten sich also auf der Titelseite über das »Verschwörerspiel, das die KPD jahrelang getrieben hat und noch treibt«, welches »allen möglichen Hochstaplern [ermöglicht hat], in der kommunistischen Partei und im Roten Frontkämpferbund Unterschlupf zu finden« und machten »Moskauer Praktiken« für die vielen tausend Spitzel in

Dieck, Varnau fehlt, aus Berlin-Neukölln, Fremdenrat. Bei Genossen Willem van Aalsen angeblich. Nähere Feststellungen ergaben, daß er bereits 1922 der politischen Polizei seine Dienste angeboten hatte.
Beschreibung: Alter etwa 40 Jahre, dunkelblondes Haar, blaune Schürthaar, absteckende Ohren. Bild vorhanden.
Berlin, Mai 1921.

Diogier, Hilmar, aus Bremen. Bei einem Genossen »schlauer« Material vom Kauf an. Er schneit, in englischen Diensten zu stehen und durch deutsche Behörden gefoltert zu sein. Sehr Angedenk und zweifelhaft.
Beschreibung: Größe 1,68 bis 1,70 m, spärlicher Haarwuchs, glatt rasiert, Bartschale elegant geformt, gewandtes Auftreten. Bild fehlt.
Bremen, März 1920.

Hieblich, Eduard, München, Polizeimitglied. Vorde von der politischen Polizei in die KPD und KZL gesteckt, um beide Organisationen zu hebeln. Nach wenigen Wochen gelang es, ihn einzuwickeln zu überführen, nachdem seine Verbindung mit der Polizei festgestellt war. Anwesenheit wurde ihm abgenommen.
Beschreibung: Alter 22 Jahre alt, Größe 1,60 m, fast schwarzes Haar, dunkle Augen, Gestalt schlank. Bild vorhanden.
München, Februar 1921.

Ferens, Steinhaus, demonstrierte einen Genossen, der sich als Engländer in Glevitz aufhält der Polizei bietet mehrere Genossen um Geld und verspricht dass seine Mitarbeiter von Kollaboranten seiner Schicksale.
Beschreibung: Geboren am 26.6.1903 in Dresden, 1,75 m groß, schwarze Haare. Bild fehlt.
Glevitz, August 1920.

Fischer, Albin, Stuttgart, Gymnasialrat, arbeitete als Spitzel der Polizei und der Eisenbahnverwaltung gegen die Partei, des RFB und der Eisenbahnerbrüder.
Beschreibung und Bild fehlt.
Stuttgart, Oktober 1920.

Flohn, Karl, Fremdenrat und Stützpunkt, wurde von Berlin-Neukölln nach Schlesien geschickt und ließ dann die Schleier

verfallen. Außerdem sammelte er bei den Oberleuten Gold für das Reichsrot der RFB und unterstellte es.
Beschreibung: 1,78 m groß, langes, helles Gesicht, schwarzes Haar und Augenbrauen, macht den Eindruck eines Orientalen. Bild fehlt.
Leipzig, Juli 1920.

Friedrich, siehe **Bendrich, Richard**.

Gebbes, Wilhelm, Gorkow, Spitzel und Provokateur im Auftrag der Polizei gegen die KPD. Gleichzeitig berufstätiger Eisenbahner. Bei seiner Ankunft November 1920 erfüllte Veranlassung wegen kritischer Verhältnisse wurde seine Spitzeltätigkeit zunächst als stellvertretend anerkannt.
Beschreibung: Bernd Knapfchenstein. Näheres und Bild fehlt.
Bremen, November 1920.

Gerkow, Ernst, Stettin, Stettener Straße 12. Spitzel für Reichsorganisationen und für die politische Polizei. Verschiedenartige und interne Vorgänge im RFB, nachdem das Einheits in KPD und RFB, gekannt war. War früher Mitglied des deutschen Grenzschutzes als Feldwebel, dann bei der Schupo. Mit Anträgen in allen Bunkern ist zu rechnen.
Beschreibung: Geboren 19.12.94 in Posen. Dunkelhaarig. Eine 1,60 m groß, schlank, schwarze Gesicht. Dunkelhaar, starke Nase. Bild fehlt.
Stettin, Februar 1921.

Greif, Hans, Nationalsozialist und Polizeimitglied. Rekrutierung im Hamburger »Anführer«-Kreis. Hat bei der Verhaftung regellos einen von der Polizei Spitzelagenten erhalten zu haben. Im gleichen Prozess wurde Tabur (siehe dort) als Spitzel entlarvt.
Beschreibung: Bild vorhanden.
Hamburg, Juni 1920.

Heinrich, Wilh., Berlin, General-Babystadt 18. Delinquent, Hauptagent der »Deutschen Arbeiterbewegung« in Berlin. Geboren Almanach 1920/21 Seite 11 und Almanach 1926 Seite 14. Ist im Jahre 1920 wiederum in verschiedenen Orten festgesetzt worden, so als Böttcher und Schulz in Krefeld, Oberleutnant in Stettin. Auf ihn ist besonders Augenmerk zu richten.

der KPD verantwortlich. Sie forderten die geneigte Leserschaft auf, nicht »im Morast« zu versinken, sondern sich »aufwärts und vorwärts« führen zu lassen, im Gleichschritt mit der Sozialdemokratie. Die Sonntagsausgabe des SPD-Zentralorgans *Vorwärts* vom 4. Juli 1926 zeigte sich ebenso verwundert über die hohe Zahl der Spitzel und sah die Verantwortung allein in der Politik der KPD. Der Verfasser forderte die KPD sogar auf, in die geschlossene Einheitsfront der Arbeiterklasse zurückzukehren, um den Weg frei zu machen für eine kraftvolle Abwehr der Unternehmer und der Schwarz-Weiß-Roten Verbände. Dies ausgerechnet zur Zeit der größten Einheitsfront, die die KPD je auf die Beine stellen konnte: 1925 hatte die SPD-geführte preußische Landesregierung ein Gesetz zur Entschädigung der Fürsten vorgelegt. Demnach sollten die Hohenzollern nochmals 185 Mill. RM erhalten. Die Edelblütigen forderten hingegen 2,5 Milliarden. Unter der Parole »Kein Pfennig den Fürsten« initiierte die KPD ein massenhaftes Volksbegehren, dem sich die SPD komplett entzog, die Parteileitung verbot sogar ihren Mitgliedern die Teilnahme an Demonstrationen und drohte mit Rauschmiss.¹⁵ Das Verbandsorgan des sozialdemokratischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold druckte zur gleichen Zeit sogar die komplette Spitzel-Liste ab. Die *Rote Fahne* vom 6. Juli 1926 bedankte sich höflich und gelobte Anerkennung für die hilfreiche Unterstützung, gab jedoch zu bedenken, dass die Führungsspitze des Reichsbanners, die nicht zum unerheblichen Teil aus sozialdemokratischen Regierungs- und Polizeipräsidenten zusammengesetzt war, sicher weniger erfreut sein dürfte über die massenhafte Entlarvung ihrer Mitarbeiter ...



Unsere Aufgabe wurde durch Spitzel – charakterlose Elemente, so genannte Lumpenproletarier sehr erschwert. Sie waren zumeist gar nicht Mitglied der KPD gewesen, wussten aber wer zur Partei gehörte und aktiv tätig war. Sie wurden für wenige Groschen gekauft, um Zusammenkünfte und Verbindungen von Genossen zu beobachten und zu verraten.

Ernst Puchmüller, ehemaliger KPD-Bezirksvorsitzender von Lübeck, 1966

Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als wollte ich hinter den Verhaftungen [u.a. von Thälmann] das allmächtige Wirken einer geheimnisvollen Kraft andeuten. Auch will ich nicht die Fehler der Verhafteten selbst wegdisputieren. Aber es ist notwendig, sich bei einigen Tatsachen aufzuhalten, die mehr als nur vermuten lassen, dass sowohl die Zustände in der Parteiführung, als auch die durch sie erleichterte Tätigkeit einiger Provokateure der Gestapo wesentliche Dienste geleistet haben.

Herbert Wehner, 1946

Zum Blutbad in Halle ... Die Richtigkeit dieser meiner Angaben kann von der Masse der Versammlungsteilnehmer – mit Ausnahme der anwesenden Spitzel, die sich aus allen polizeilichen Kreisen zusammensetzten, bestätigt werden.

Ernst Thälmann, 1925

Wie war diese Inquisition möglich? Rausch war Polizeispitzel. Er gehörte zu jenen vom Staat bezahlten Lumpen, die durch lügenhafte Denunziationen oder gar durch Anstiftung unschuldige Menschen, in deren Vertrauen sie sich eingeschlichen haben, in Haft und Vernichtung stürzen. Wie kann man sich gegen ein solches Individuum wehren? Das Verbrechen geschieht doch im Auftrag einer Behörde, also gibt es gegen ihn kein legales Abwehrmittel. Ihn auszuschließen und an den Pranger zu stellen, hat nur die Entfesselung seiner Rache und die Vorbringung noch verhängnisvollerer Lügen zur Folge. ... Gutzuheißern ist natürlich der Individualterror auch gegen Spitzel nicht, aber selbst kleinbürgerliche und antirevolutionäre Berliner Geschworene haben wiederholt, wie z.B. im Falle des Kriminalagenten Blau, dem Totschläger wenigstens einige mildernde Umstände zubilligen müssen.

Egon Erwin Kisch, 1925

Rede, Genosse Mauser!

Es ist kaum anzunehmen, dass Alfred Kattner das Gedicht von Wladimir Majakowski *Linker Marsch*, aus dem die Zeile »Du hast das Wort, rede, Genosse Mauser« stammt, gekannt hat. Hugo Huppert hat das Gedicht 1936 ins Deutsche übertragen¹, Hanns Eisler hat es 1957 vertont. Kattner, der am Morgen des 2. Februar 1934 seinen Verletzungen durch einen Schuss »aus relativer Nähe«² erlag, konnte etwas Russisch und war auch einmal als Kurier der KPD nach Sowjetrußland gereist. Sein Auftrag nahm ihn voll in Anspruch, für die Lektüre von Majakowski-Gedichten blieb keine Zeit. Das trifft auch für seinen Mörder zu, der die Mauser Nr. 258815 vom Kaliber 7,65 entscherte und fünf Schuss abfeuerte. Beide, Täter und Opfer, waren Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands. Hans Schwarz, der seine Mauser sprechen ließ, hatte in der Sowjetunion die militärpolitische Schule der Komintern bei Moskau absolviert.

In der Ausgabe der illegalen *Roten Fahne* von Ende Januar 1934 war von Alfred Kattner im Artikel »Entreißt Thälmann der Hitlerjustiz« die Rede. Er sei ein »bestochener Schurke« und als »Kronzeuge« des Staatsanwalts« im Prozess gegen Thälmann vorgesehen. »Wir enthüllen bereits heute«, heißt es im Artikel, »dass ein paar gekaufte Subjekte, mit schwarzem Geld bestochene ehemalige kommunistischer Funktionäre, nach dem Diktat von Goebbels Propagandaministerium ihre Aussagen machen sollen. Unter diesen Kreaturen und gekauften Achtgroschenjungen befindet sich die ehemals technische Hilfskraft aus dem »Karl-Liebnecht-Haus«, Alfred Kattner, ferner der ehemalige Redakteur Hellmuth Lask und außerdem die ehemaligen Funktionäre Werner Kraus, Karl Grobis³ und Bittel.«

Vielleicht war Kattner diese Ausgabe der illegalen Zeitung zugespielt worden, und er hatte sein Todesurteil gelesen. In der Ermittlungsakte ist eine maschinengeschriebene Postkarte abgelegt, die er am 18. Januar 1934 erhalten hatte: »Vor allen anständigen Menschen in Deutschland haben wir Dich Lumpen und Arbeiterverräter Alfred Kattner gebrandmarkt! Denke nicht, daß Du Deinem Schicksal entgehst! Alle anständigen Nationalsozialisten verachten Dich aus tiefster Seele, denn ein Verräter wird wohl gebraucht, aber verachtet. Es nützt Dir nichts, Du ehrloses Subjekt, schutzfliehend zur Polizei zu rennen, Dein verdientes Los wird Dir bereitet! Wenn es ein Jenseits gibt, wirst Du außer Deiner irdischen Strafe noch die himmlische erhalten. Deine Nähe, Du käufliche Sau und Verräter



Alfred Kattner, Dezember 1933

¹ Linker Marsch (Den Matrosen, 1918). Von Wladimir Majakowski. Nachdichtung von Hugo Huppert. In: Internationale Literatur 6 (1936) 4, S. 12/13.

² Obduktionsbericht von Dr. Alfred Weise und Dr. Walter Bieber vom 2.2.1934. In: Staatsanwaltschaft Potsdam. Eingestelltes E.-Verfahren wegen Mordes an dem Tischler Alfred Kattner aus Nowawes. Staatsarchiv Potsdam. Pr. Br. Rep. 12 B Staatsanwaltschaft Potsdam 848. (Wird wie folgt zitiert: Staatsanwaltschaft.)

³ Karl Grobis wird im Steckbrief wie folgt beschrieben: »Aus Berlin Reinickendorf, Reinickenhof 2, ca. 1,68 m groß, dunkelblond, knochiges Gesicht, Ende 30. Ließ seit Sommer 1933 eine Reihe von Funktionären hochgehen.« In: Staatsanwaltschaft.

⁴ Zitiert im Bericht des Generalstaatsanwaltes bei dem Kammergericht für den Preussischen Justizminister der Zentralstaatsanwaltschaft in Berlin. In: Staatsanwaltschaft. Die Karte ist in der Akte abgelegt.

⁵ Zeugenaussage von Anni Vellmete, 1.2.1934. In: Staatsanwaltschaft.

⁶ Pressenotiz, Potsdam 2.2.1934. 5000 RM Belohnung. In: Staatsanwaltschaft.

⁷ Tatortaufnahme vom 1.2.1934. In: Staatsanwaltschaft.

⁸ Gumbel, Emil J.: »Verräter verfallen der Feme!« Opfer-Mörder-Richter 1919-1929. Abschließende Darstellung von E. J. Gumbel unter Mitwirkung von Berthold Jacob und Ernst Falck. Berlin: Malik-Verlag 1929. Kapitel: Kommunistische Morde, S. 359.

⁹ Gumbel, a.a.O., S. 381.

¹⁰ Spitzel-Almanach [1919-24], 225 S.; Liste der Spitzel und sonstigen Parteischädlinge für das erste Halbjahr 1925, 41 S.; Spitzel-Almanach [1927/28], 110 S.

¹¹ Brede, Willi: Der Spitzel. In: derselbe, Der Spitzel und andere Erzählungen. Basel: Universum Bucherei 1936. 255 Bd. der U.B., 14. Sonderband der Jahresreihe 1936. Copyright 1936 Malik-Verlag, S. 9-54.; Brede, Willi: Der Spitzel. In: derselbe, Der Spitzel und andere Erzählungen. Moskau; Leningrad 1936. Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, S. 7-51.

Alfred Kattner, bedeutet für ehrenhafte Deutsche eine Besudelung!«⁴

Als die herbeigerufene Polizei in der Wohnung eintraf, steckte Kattners Ortgies-Pistole, Kaliber 6,35, geladen, aber unbenutzt in der Manteltasche. Neben der Chaiselongue lag das Buch »Der Mann, der seinen Mörder sucht«. Im wirklichen Leben ging es wie so oft anders zu als im Film. Alfred Kattner hatte im Unterschied zu Hans Herfort (im Film gespielt von Heinz Rühmann) keinen Mörder gedungen, er war des Lebens nicht überdrüssig und hatte auch seine Traumfrau längst gefunden. Auch ging sein Mörder professioneller vor als die Ganoven im Krimi. Er kam nicht über das Dach, sondern mit dem Fahrrad, das er unweit vom Tatort in der Husarenstraße 1 in Nowawes bei Potsdam abstellte. Zeugen sagten aus, dass die »die männliche Person, die Hände in den Taschen vergraben, mit ruhigen Schritten die restlichen 30-35 Meter bis zur Hausnummer 5 der Husarenstraße«⁵ ging. »Er war etwa 25 bis 30 Jahre alt, 1,68 bis 1,70 m groß, schlank, schmales, blasses Gesicht, vermutlich gestutzter Schnurrbart, dunkles nach hinten übergekämmtes Haar, bekleidet mit einem schwarzen Hut, Kragen und Schlips, dunklen Hosen, dunklem Mantel, marengofarben.«⁶

Auf sein Klopfen öffnete Hedwig Kattner, in der Annahme, es wäre der Briefträger, die Tür. Der Unbekannte folgte der Frau ins Schlafzimmer. Was sich dann abspielte, war für den trainierten Schützen Routine. »Das Deckbett mit dem Kattner zugedeckt ist, weist drei Einschüsse auf. Es handelt sich um Nahschüsse, denn die Einschüsse sind mit Pulverschmauch bedeckt. ... An der Leiche sind folgende Verletzungen festgestellt: 1. Linke Kopfseite in Höhe des Ohransatzes zwischen Auge und Ohr dicht unterhalb der Schläfe zwei cm vom Ohransatz nach

vorn. 2. Halsschuß 2 ½ cm links des Adamsapfels. 3. Etwa 4 cm links des Brustbeins. 4. 6 bis 7 cm unterhalb der oberen Brustbeinkante. 5. Etwa 8 cm links der linken Brustwarze.«⁷

Dies war nicht die für Kattners' und Schwarz' Partei typische Art und Weise, mit Verrätern abzurechnen. »Auch bei den Kommunisten sind politische Morde vorgekommen«, schrieb Emil Gumbel 1929. »Auch bei ihnen hat es Verschwörergruppen gegeben, nämlich während der kurzen Zeit, als

die Partei als Ganzes verboten, illegal war. Mit der Legalisierung verschwand der ganze Spuk.«⁸ Gumbel weist im Buch auf zwei von Kommunisten umgebrachte Spitzel hin. Im Unterschied zu den Rechten hebt er hervor, gingen die Kommunisten bei ihren Fememorden nicht sadistisch vor. Wenn im kommunistischen Milieu Verräter umgebracht wurden, handelte es sich um »sachliche Fememorde«⁹.

Gemessen an den drei von der KPD von 1919 bis 1928 herausgegebenen Spitzelalmanachen¹⁰ mit Hunderten von Namen und Fotos enttarnter »Spitzel und sonstigen Parteischädlinge« fällt die Zahl der umgebrachten Spitzel verschwindend gering aus. Doch als Kattner auf Parteibefehl erschossen wurde, befand sich die KPD wieder in der Illegalität. Die Auftraggeber des Verräters drohten nicht mehr, wie es im Kampflied der »Rote Wedding« aus dem Jahre 1929 heißt, »hinten am Horizont«, sondern hatten die Macht in Deutschland inne. Und noch etwas war neu. Jetzt kamen die Verräter aus den eigenen Reihen. Die KPD war längst nicht mehr so rein und so immun gegen Verrat, wie sie von Rudolf Grätz oder Willi Bredel noch 1936 dargestellt wurde. Bei Gustav Petzold aus Bredels Erzählung »Spitzel«¹¹ handelt es sich um einen von den Nazis in die KPD eingeschleusten Lockspitzel. Die Geschichte beginnt vor dem 30. Januar 1933 und endet nach dem Reichstagsbrand. Der vom Pol-Leiter der Straßenzelle enttarnte Petzold hält den psychologischen Druck nicht mehr aus und erschießt sich mit der Dienstpistole, ebenfalls einer Mauser. Kurzum, an der von Wladimir Majakowski vorweggenommenen Antwort der deutschen Kommunisten auf die Kampfansage der Gegner änderte sich nichts: »Keiner zwingt die Kommune zu Willen!«

Nach dem Reichstagsbrand dachten viele KPD-Mitglieder, der braune Spuk würde nicht von langer Dauer sein. Bis zur Brüsseler Konferenz 1935 verkündete die illegal erscheinende *Rote Fahne* den baldigen Beginn der sozialistischen Revolution in Deutschland. Doch es kam anders, die Partei wurde nach der Machtübernahme durch die Nazis in die Illegalität gezwungen. Für die Funktionäre und Mitglieder der KPD begann eine schwere Zeit. Die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zur Legalität schwand, nachdem der Parteivorsitzende Ernst Thälmann am 3. März 1933 durch Verrat eines Spitzels in der Wohnung des Drehers Hans Kluczynski in Berlin Charlottenburg verhaftet wurde. Zusammen mit dem Parteivorsitzenden der KPD wurde der Chefredakteur der *Roten Fahne* Werner Hirsch verhaftet. Stunden später liefen der Schriftleiter des



16. 1. 34.

Vor allen anständigen Menschen in Deutschland haben wir Dich Lumpen und Arbeiterverräter Alfred Kattner gekennzeichnet! Denke nicht, dass Du Deinen Schicksal entgehst! Alle anständigen Nationalsozialisten verachten Dich aus tieferster Seele denn ein Verräter wird wohl gebraucht, aber verachtet! Es nützt Dir nichts, Du ehrloses Subjekt, schütze Dich nur zur Polizei zu rennen, Dein verdientes Los wird Dir bereitet! Wenn es ein Jenseits gibt, wirst Du ausser Deiner irdischen Strafe noch die himmlische erhalten! Deine Mähe, Du Kürfliche Sau und Verräter Alfred Kattner, bedeutet für ehrenhafte Deutsche eine Besudelung!

Postkarte an Kattner, 1934

Ruhr Echo Erich Birkenhauer und der Kurier Alfred Kattner in den Hinterhalt der Polizei und wurden festgenommen. Als Kattner gegen 18 Uhr im Quartier Thälmanns festgenommen wurde, trug er Informationen und Berichte sowie Unterlagen des »militärpolitischen« M-Apparates bei sich. In der Ausgabe der *Roten Fahne* von Anfang März 1934 wird eher beiläufig erwähnt, dass Kattner »zufällig« bei der Verhaftung von Thälmann anwesend war.

Den Tipp hatte die Polizei von Hermann Hilliges, einem Gartenvereinskassierer und nicht wie Herbert Wehner zunächst vermutete¹², von dem Mitarbeiter des Kurierdienstes der KPD, Kattner, erhalten. Auf Wehner geht auch die von Franz Feuchtwanger zitierte Einschätzung von der »feuchtföhlichen Schutzgarde« des Parteivorsitzenden Thälmann, zu der »Figuren wie Kattner« gehörten, zurück.¹³ Wehners Wut auf den vermeintlichen Spitzel ist nachvollziehbar, denn er selbst konnte der Verhaftung durch die in Thälmanns Quartier in der Lützowstraße 9 wartende Polizei nur knapp entgehen. Auf den ersten Blick hatte der für die Abwehrarbeit zuständige, von Hans Kippenberger geleitete M-Apparat der KPD versagt.

Die im *Linken Marsch* aufgeworfene Frage »He, wer schreitet dort rechts aus?« und die darauffolgende Zurechtweisung »Links, links, links!« erhielt mit der Zeit einen drohenden Unterton. Wer der Richtungsangabe nicht Folge leistete, wurde von den eigenen Genossen »abgehangen«, auf »Schwarze Listen« gesetzt und im Extremfall auch liquidiert. In der KPD bestand ein für solche Aufgaben geschaffener Apparat mit in der Regel in Moskau ausgebildeten Mitarbeitern.

Anfang März 1934 erschien die illegale *Rote Fahne* mit einer ganzen Seite über den »Fall Kattner und seine Lehren für unsere konspirative Arbeit«. Der Artikel begann mit der Feststellung der »geheimnisvollen Erschießung des Verräters Kattner«. Mit Absicht wird im veröffentlichten Bericht der Eindruck erweckt, dass es die Gestapo war, die die »technische Hilfskraft im ZK Kattner« aus dem Wege räumte. Damit war der »Fall Kattner« jedoch längst nicht erledigt. Die Nachricht über den Verräter Kattner wurde außerdem vom M-Apparat innerhalb der KPD nach der Untersuchung der Begleitumstände der Verhaftung des Parteivorsitzenden verbreitet. Der am 23. September 1896 in Schwiebus geborene Kattner, von Beruf Tischler, wurde im Steckbrief als 1,76 m groß, schlank, blond, Scheitel, bartlos, Augen braun, spitzes, ziemlich blasses Gesicht, ziemlich tiefliegende Augen, beschrieben.¹⁴ Diese

Personenbeschreibung ist nicht nur ungenau, stellt Ronald Sassning fest, sondern bedient ein Feindbild. Für diese Personenbeschreibung könnte das Titelbild der Broschüre »Spitzel. Aus dem Sumpf der politischen Polizei«¹⁵ als Vorlage gedient haben. »In Wirklichkeit hatte Kattner blaue Augen, trug das Haar zurück-



Die Leiche Kattners, Polizeifoto, 1934

gekämmt, das Gesicht war schmal mit Augenringen. Das überlieferte Passfoto vom Dezember 1933 vermittelt den sympathischen Eindruck von einer gut gekleideten, jung wirkenden Persönlichkeit in den besten Jahren.«¹⁶ Richtig ist die Feststellung aus dem Steckbrief, dass Kattner bis 1925 Mitarbeiter der Poststelle des ZK der KPD war und danach als technischer Sekretär von Ernst Thälmann arbeitete.

»Alfred Kattner entstammte einer Arbeiterfamilie. Sein Vater war Maurer. Alfred war das jüngste Kind und hatte noch zwei Geschwister, den Bruder Albert und die Schwester Hedwig. Seine Eltern verlor er frühzeitig, so dass er nach Berlin zog, wo seine Geschwister lebten. Unter dem Einfluss seiner sehr frommen Mutter war er streng katholisch erzogen worden und brachte es sogar bis zum Vorsänger im Kirchenchor. Seine Lieblingsfächer in der Schule waren Zeichnen, Turnen und Gesang. Ab 1916 musste er seinen Militärdienst in Jüterbog ableisten. Im Oktober 1919 heiratete Alfred Kattner Hedwig Vollmer, die er seit der Schulzeit kannte. Er arbeitete in seinem Beruf als Tischler, seine Frau bis zur Geburt von Tochter Anita am 28. März 1920 in Berlin Friedrichshain in einer Zigarrenfabrik.«¹⁷ Anita, die Tochter, kann nur Gutes über ihren Vater mitteilen. Die Wirtin des Arbeitslosenlokals, in dem Kattner seit 1931 häufig verkehrte, beschreibt ihn als ruhigen Gast¹⁸, der mit Frau und Tochter ihr Lokal aufsuchte. Jene hingegen, für die feststand oder die glaubten, dass er ein Spitzel war, beschrieben ihn als einen Trunkenbold. Für die KPD war Kattner eine Unperson. Sogar nach seiner Liquidierung konnte ein früherer Arbeitskontakt oder die Bekanntschaft mit ihm gefährlich sein. 1937 war es wiederum Wehner, der sich gegenüber der Kaderabteilung der Komintern von Kattner, mit dem er einst zusammenarbeitete, distanzieren musste, um sich selbst zu schützen.¹⁹ Da August (eines der Pseudonyme von Kattner) während der ersten Vernehmungen im Polizeipräsidium am Alexanderplatz und vom 11. April bis 14. Juli 1933 im Polizeigefängnis Spandau die Aussagen verweigerte, wurde er am 15. Juli 1933 in das KZ Sonnenburg überführt. Hier arbeitete er in der Tischlerwerkstatt. Nach sieben Wochen wurde er am 30. August 1933 aus dem Konzentrationslager in die Berliner Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße verlegt. Wie der *Roten Fahne* von Anfang März 1934 zu entnehmen ist, war er elf Wochen in der Prinz-Albrecht-Straße und im berühmten Kolumbia-Haus eingesperrt. Der von der Gestapo angeworbene Danziger Hilfsredakteur August Laß hatte Kattner, der sich »bis dahin ordentlich verhalten hatte«, verraten. Am 15.

¹² Müller, Reinhard: Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941. Berlin: Rowohlt Berlin 1993, S. 64/65.

¹³ Feuchtwanger, Franz: Der militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928-1935. Erinnerungen. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz 1981, 4, S. 533.

¹⁴ Achtung! Spitzel und Provokateure. Beglaubigte Abschrift. In: Staatsanwaltschaft.

¹⁵ Spitzel. Aus dem Sumpf der politischen Polizei. Mit einem Vorwort von Rudolf Lindau. VIVA, 1922.

¹⁶ Sassning, Ronald: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«. Hintergründe, Verlauf, Folgen. Teil 2. Pankower Vorträge. Heft 11/2. Hg. Helle Panke e.V., Berlin 1999, S. 106.

¹⁷ Sassning, a.a.O., S. 79. Hierbei handelt es sich um Auskünfte der Tochter von A. Kattner, Anita Breuer (Germering).

¹⁸ Aussage von Anna Thieß. Sie war Inhaberin der Schankwirtschaft in der Reinickendorfer Provinzstr. 82. In: Staatsanwaltschaft.

¹⁹ Müller: Die Akte Wehner ... , S. 209.

November 1933 wurde er mit Erich Birkenhauer aus dem KZ Sonnenburg entlassen, »von der Gestapo als Gewährsmann geworben«²⁰ und zur Jagd auf seine ehemaligen Mitstreiter angesetzt.²¹

Kattner hatte die Folterungen im Kolumbia-Haus nicht ausgehalten, war unter der Folter zusammengebrochen und hatte sich vermutlich im September 1933 anwerben lassen, heißt es im Buch über den Nachrichtendienst der KPD.²² Aufgrund des Termins ist der ihm unterstellte Verrat der Passfälscherzentrale der KPD in der Sternwarte Berlin-Treptow eine von Wehner unterbreitete

Hypothese, die ungeachtet ihrer Haltlosigkeit von der Parteigeschichtsschreibung aufgegriffen wurde.²³

Tilo Gabelmann hingegen meint, dass Kattner bereits als Spitzel ins KZ Sonnenburg kam.²⁴ Sassning vertritt die These, Kattner sei seit Sommer 1933 ein »Topp-Spitzel der Gestapo«²⁵ gewesen.

Kattner lieferte den Leiter der Landesleitung der KPD, John Schehr, den als dessen Nachfolger vorgesehenen Hans Fladung (verhaftet im November 1933), den Kurier Bruno Peterson, den Leiter des Mitteleuropäischen Büros der Roten Hilfe, Eugen Schönhaar, und weitere Kommunisten an die Gestapo aus. Hermann Dünow, Leiter des für die Quartierbeschaffung zuständigen I-Apparates der KPD und dessen Mitarbeiter Karl Langowski wurden während eines Treffs am 18. Dezember 1933 festgenommen. Anfang Januar 1934 erfolgten weitere Festnahmen von Mitarbeitern des M-Apparates.²⁶ Als der KPD-Führung klar wurde, dass Kattner als Kronzeuge im Prozess gegen Thälmann auftreten könnte, erhielt Hans Schwarz²⁷, ein Mitarbeiter von

Kurt Granzow, den Auftrag, Kattner aus dem Weg zu räumen.

Aus Rache für die Ermordung ihres Kronzeugen im geplanten Thälmann-Prozeß erschoss die Gestapo die verhafteten Kommunisten John Schehr, Rudolf Schwarz, Erich Steinfurth und Eugen Schönhaar »auf der Flucht«. Die *Rote Fahne* zog in ihrer Ausgabe von Anfang März 1934 »10 Lehren aus dem Fall Kattner«: »Wird ein Verhafteter zum Verräter, muss man immer damit rechnen, dass andere von ihm denunzierte Genossen besonders gequält und mit den Aussagen des Verräters irreführt werden, bis sie unter Umständen selbst anfangen zu »singen.« Im Klartext hieß das: Kattner war längst kein Einzelfall mehr. Das Zentralkomitee der KPD teilte in der Ausgabe der *Roten Fahne* von Anfang März 1934 unter der Überschrift »Kein Platz für Lumpen und Parteifeinde!« den Ausschluss von Grade aus der Frankfurter Parteiorganisation und von Wilhelm Hein, er war immerhin Pol-Sekretär des ZK, und Karl Volk aus der Berliner Organisation mit.

²⁰ Bericht an Herrn Justizminister. Potsdam, 2. Februar 1934. In: Staatsanwaltschaft.

²¹ Otto, Wilfriede: Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin 2000, S. 39.

²² Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937. (Autorenkollektiv Leitung Bernd Kaufmann). Berlin: Dietz Verlag Berlin 1993, S. 286.

²³ Gabelmann, Thilo: Thälmann ist niemals gefallen. Eine Legende stirbt. Berlin: Verlag Das Neue Berlin 1996, S. 76. Das Dokument in: Müller: Die Akte Wehner., S. 278.

²⁴ Gabelmann: Thälmann ... , S. 90.

²⁵ Sassning, Ronald: Die einäugige Suche nach den Verrätern an Thälmann. In: Neues Deutschland, 8./9. April 2000, S. 15.

²⁶ Der Nachrichtendienst der KPD ..., S. 315.

²⁷ 1909 in Berlin geboren, Bäcker, seit 1918 Rote Jungfront, RFB.

²⁸ Günther Fuchs, Erwin Lewin, Elke Reuter, Stefan Weber (Hg.): »Brüsseler Konferenz« der KPD von 1935 auf CD-ROM. Berlin: Dietz Verlag Berlin 2000.

In Auswertung des Falles Kattner wurden in den Monaten Juli und August 1934 weitere Gestapospitzel enttarnt, unter ihnen der am 13. Juni 1933 verhaftete Org-Leiter der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Karl Olbrysch, sowie August Laß und Werner Kraus. Im Sommer 1936 folgte in Amsterdam die Enttarnung von Arthur Schubotz, dem Kassierer der Landesleitung, dem es jedoch gelang, nach Deutschland zu fliehen. Die illegale *Rote Fahne* erschien seit September 1933 mit Ratschlägen für die Gestaltung der illegalen Arbeit. Der »Fall Kattner« wurde auch weiterhin ausführlich ausgewertet. Anfang Oktober 1934 meldete die *Rote Fahne*, dass die Voruntersuchung gegen Thälmann plötzlich abgebrochen worden sei. Im Januar 1935 begann eine von Walter Ulbricht beantragte Untersuchung gegen Kippenberger und seinen Apparat in Moskau. Am 22. April 1935 lag ein Beschluss vor. Die Brüsseler Konferenz der KPD vom 3. bis 15. Oktober 1935 wählte Otto Börner (Wahls), Hans Kippenberger, Fritz Schulte und Hermann Schubert ab. Während der Konferenz versuchte sich Richter in der Debatte am 5. Sitzungstag gegen Walter Ulbricht und Franz Dahlem, der von Februar bis Juli 1934 zur Überprüfung der Parteiarbeit nach Deutschland geschickt worden war, und seine Beobachtungen auf der Konferenz vortrug, zu verteidigen. »Wir haben dann noch hingewiesen auf die Frage unserer Einheitsfrontpolitik, und was noch wichtig ist, auf die Frage des Kampfes gegen Terror, Spitzel und Provokation. Auch ein Aufgabengebiet, was in der Vergangenheit in Verbindung mit der Konspiration außerordentlich vernachlässigt wurde. Der Genosse Franz [Dahlem] hat das schon in seinem Referat, denke ich, herausgearbeitet, so dass ich nur noch unterstreichen will. Ich bin der Meinung, dass hier in der Einschätzung der Lage im wesentlichen Übereinstimmung im Politbüro herrschte. Wenn es sich darum handelt, wer eine pessimistische Einstellung hatte, so doch nur die beiden Genossen Walter [Ulbricht] und Franz, bei denen das stärker zum Ausdruck kommt als bei der Mehrheit des Polbüros, die hier war.«²⁸

Am 6. Sitzungstag kamen die aus Deutschland angereisten Pol-Leiter Kurt Kurz aus Ostsachsen und Irene Gärtner aus Düsseldorf sowie der Unterbezirksleiter der KPD in Moers Max Langusch, ein Gewerkschaftsfunktionär, zu Wort. Sie wiesen darauf hin, dass Sozialdemokraten die Zusammenarbeit mit den Kommunisten verweigern, weil sie ihre Organisationen nicht gefährden wollten. Andere verglichen die Situation der KPD mit der der Bolschewiki vor der Revolution in Russland. »Aber, Genossen, ihr kennt die Erfahrungen der alten Bolschewiki, die sie in dieser Frage hatten. Ihr wisst, dass in Moskau im Jahre 1912 allein vier Spitzel in der Organisation saßen, von denen man damals nicht wusste, dass sie Spitzel sind, von welcher Tatsache man erst später erfahren hat, erst nach der Revolution, als sie entlarvt worden waren. Solche Dinge lassen sich nicht generell regeln. Aber damit im Zusammenhang steht eben die Frage der Höherentwicklung der Wachsamkeit der Partei, die Frage der Verbesserung der Abwehr, ihre Höherentwicklung auf der Basis einer richtigen Massenpolitik. Das sind alles sehr schwere und ernste Fragen, die wir lösen müssen, ohne uns

der Gefahr auszusetzen, uns beeinflussen zu lassen vom Gegner.« Im Protokoll der Brüsseler Konferenz der KPD vom Oktober 1935 ist von 21 Verrätern aus dem Kreis der ehemals leitenden Kader die Rede. »Wir haben eine Aufstellung über den Verbleib unserer zentralen Funktionäre gemacht, also den Genossen aus dem Zentralkomitee, den leitenden Funktionären aus den Bezirken und den Massenorganisationen. Diese Aufstellung umfasst 422 Funktionäre. Davon wurden 219 verhaftet und größtenteils verurteilt, 125 mussten in die Emigration gehen, 24 wurden ermordet. Nur 13 sind von den 422 noch im Lande tätig, 21 wurden zu Verrätern, 16 desertierten aus der Kampffront und 4 wurden von uns abgehängt, weil sie sich als zweifelhaft erwiesen. Unter den Verrätern befinden sich 6 ehemalige Redakteure, 1 Bezirkssekretär, 1 Unterbezirkssekretär, 4 Parlamentarier. Prozentual ergibt sich folgendes Bild: von den 422 in der Statistik erfassten Funktionären wurden 52 Prozent verhaftet, 5 Prozent ermordet, 10 Prozent schieden aus der Partei aus, 33 Prozent befinden sich noch in

Freiheit, das sind 138 Genossen, davon aber nur 12 im Lande. Ich glaube, dass dieses Prozentverhältnis zwar nicht auf den gesamten Kaderbestand der Partei zutrifft, weil die Faschisten natürlich mehr die führenden Genossen verfolgten und einkerkerten, aber es ist sicher, dass unsere Kaderverluste durch den faschistischen Terror außerordentlich umfangreich sind.«²⁹

Nicht nur in München gab es Einbrüche, auch in Halle, Hamburg und in Pommern. Im halleischen Bezirk, führte Paul Merker (Fuchs) am 7. Sitzungstag der »Brüsseler Konferenz« aus, sah sich die KPD in einer sehr schlimmen Situation: »Die Dinge waren

schon soweit, dass es uns nicht mehr möglich war, die Dezentralisation in Angriff zu nehmen. Wir hatten zu dieser Zeit gerade erfahren, dass in der halleischen Leitung ein Spitzel saß.« In Hamburg wurden nach der Festnahme des Org-Leiters der Bezirksleitung Herbert Kratzsch am 9. Februar 1935 200 KPD-Mitglieder verhaftet. Nach seiner Enttarnung war er für die Gestapo nutzlos geworden. Aufgrund der Aussagen von Werner Kraus, Pol-Leiter im Parteibezirk Pommern, konnten ca. 170 ostpreußische Funktionäre verhaftet werden.³⁰

»Ihre Folterungen konzentrierten sich besonders auf die Erzwungung von Geständnissen von Funktionären, und es gelang, manchen derjenigen, die umfielen, zu Agenten und Lockvögeln beziehungsweise zu Beobachtern auf der Straße vor den Wohnungen der Verhafteten oder Verdächtigen zu machen. Das waren zwar relativ wenige Verräter, aber sie konnten dennoch für die illegale Organisation sehr gefährlich werden. Das krasseste Beispiel dafür war der Verrat von Kattner, einem der früheren Kuriere des Sekretariats des Zentralkomitees in Berlin, dem zahlreiche Funktionäre zum Opfer fielen.«³¹

²⁹ Günther Fuchs, Erwin Lewin, Elke Reuter, Stefan Weber (Hg.): »Brüsseler Konferenz« der KPD von 1935 auf CD-ROM. Berlin: Dietz Verlag Berlin 2000.

³⁰ Sassning, Ronald: Geschichte im Visier des MfS. Wie SED-Führung, Staatssicherheit und Historiker mit den Schicksalen von Thälmann, Kattner und Wehner umgingen. In: hefte zur ddr-geschichte 65. Berlin 2000, S. 18.

³¹ Dahlem, S. 184-85. Zur Bearbeitung dieser Stelle im Manuskript durch das MfS siehe: Sassning: Geschichte im Visier des MfS, S. 38ff

An den Spitzel Ernst Rambow wird noch immer gedacht

Wer am Berliner U-Bahnhof Heinrich-Heine-Strasse einen Blick auf die Seitenfassade eines herunter gekommenen Hauses wirft, wird eine gusseiserne Gedenktafel finden: »Hier in der Köpenicker Strasse 76 / trafen sich am 22. Juni 1944 / die Sozialdemokraten / Julius Leber / Adolf Reichwein / mit den Kommunisten / Franz Jacob / Anton Saefkow / Ferdinand Thomas / Ihr Ziel war gemeinsames / Handeln aller Hitlergegner für die / Beendigung des Krieges und ein / demokratisch-sozialistisches / Deutschland nach dem / Sturz des Naziregimes. / Vor dem zweiten Treffen am / 4. Juli 1944 wurden sie / an die Gestapo verraten, vom / Volksgerichtshof zum Tode verurteilt / und in Berlin-Plötzensee und / Brandenburg-Görden / ermordet.«

Der langjährige SPD-Reichstagsabgeordnete Julius Leber war einer der Ziehväter des jungen Willy Brandts in Lübeck und zählte nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager 1937 zur Führung der illegalen SPD. Mit Adolf Reichwein hatte er Kontakte zum Kreisauer Kreis, von dem die Putschvorbereitungen zum 20. Juli wesentlich organisiert wurden. Die Maschinenbauer Anton Saefkow und Franz Jacob gehörten seit Mitte der 20er Jahre der KPD an, letzterer war seit März 1931 Mitglied der Hamburger Bezirksleitung seiner Partei. Jacob wurde 1933 verhaftet, zunächst in Bremen inhaftiert und von 1936 bis 1940 im KZ Sachsenhausen interniert. Einer erneuten Verhaftung entkam er im Oktober 1942 durch seine Flucht nach Berlin. Hier beteiligte er sich an der illegalen Arbeit der KPD. Saefkow wurde 1933 festgenommen und nach einer zweijährigen Haftzeit ins KZ Dachau gebracht, aus dem er 1939 entlassen wurde. Danach baute er in Berlin ohne direkte Verbindung zum Zentralkomitee in Moskau ein Widerstandsnetz in den Industriebetrieben als Kern einer neuen kommunistischen Organisation auf. Der seit 1932 der KPD angehörende Ferdinand Thomas wurde 1936 verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Danach beteiligte er sich am Widerstandskreis um Anton Saefkow und stellte im Frühjahr 1944 den Kontakt zu Adolf Reichwein und Julius Leber her.



Köpenicker Strasse

Da, wo heute die Tafel hängt, fand die erste und einzige Begegnung führender Sozialdemokraten und Kommunisten während des Widerstandskampfes im Dritten Reich statt – unmittelbar vor dem 20. Juli 1944. An diesem Tag versuchte ein wesentlich aus Konservativen, aristokratischen Eliten und Reformnazis bestehendes Bündnis einen Militärputsch gegen Hitler, der leider scheiterte, aber in die Staatsreligion der Bundesrepublik einging. Nach Auffassung des sozialdemokratischen Widerständlers Gustav Dabrendorf soll die Verhaftung der beiden

Sozialdemokraten entscheidend für den Entschluss Stauffenbergs gewesen sein, »das als Startschuss des Aufstandes gedachte Attentat auf Hitlers Hauptquartier selbst durchzuführen.«

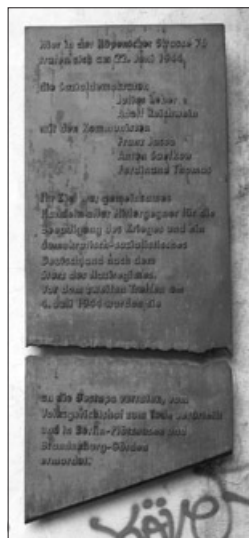
Die Gedenktafel erinnert in der Form an ein Fallbeil und wer genauer hinsieht, wird einen Riss bemerken, wo der Text in unpersönlich-sachlicher Weise mitteilt, dass das ursprünglich geplante zweite Treffen »an die Gestapo verraten« worden sei. Näheres ist dem Gedenktexst nicht zu entnehmen. Der Riss ist im wahrsten Sinne des Wortes eine brisante Leerstelle: An dem Treffen nahm auch der langjährige KPD-Funktionär Ernst Otto Karl Rambow teil. Rambow trat 1920 in die KPD ein. In Gestapo-Papieren ist nachzulesen, dass er sowohl KPD-Organisationsleiter des Stadtteils Charlottenburg als auch Abwehrmann der KPD war. Rambow soll mit dem Leiter des M-Apparates Hans Kippenberger zusammen gearbeitet haben, und mehrmals nach Moskau gefahren sein.

Ab 1930 arbeitete Rambow bei der sowjetischen Handelsvertretung. Noch in der Nacht des Reichstagsbrands im März 1933 wurde er verhaftet und in das KZ Sonnenburg eingeliefert. Im Mai erhielt er, von einem Polizisten begleitet, Ausgang zu einer Beerdigungsfeier. Eine Flucht lehnte Rambow ab, weil dies seine im KZ Sonnenburg einsitzenden Genossen würden büßen müssen.

Dieses Verhalten führte im Mai 1934 zum Bericht eines »Rabe« an die Zentrale Parteileitung, in der u.a. gegen Rambow die »Frage des Spitzelverdachtes« aufgeworfen wurde, für die aber »ein voller Beweis« noch »nicht erbracht werden« könnte.

Nachdem im Juli 1933 – wie bei anderen Nazigeegnern auch – die Schutzhaft aufgehoben worden war, ging Rambow nach Hamburg. Dort wurde er Mitte Dezember beim Versuch, einen Koffer abzuholen, erneut inhaftiert. Im Koffer lagen 5.000 Flugblätter, 1.000 getarnte Broschüren sowie 20 Exemplare der *Roten Fahne*. Im November 1934 fand vor dem Oberlandesgericht Hamburg der Prozess gegen ihn und 20 weitere Angeklagte statt. Rambow erhielt mit sechs Jahren Zuchthaus die höchste Strafe. Er wurde nach Oslebshausen bei Bremen verlegt, wo er Anton Saefkow traf. In einem Gestapo-Bericht vom Oktober 1936 wird Saefkow als Rädelsführer »kommunistischer Umtriebe« benannt und zu Rambow festgestellt, dass der »1935 noch gute Auskünfte über seiner früheren Verbindungen« gemacht habe, nun aber »ähnliche Auskünfte im Mai 1936 glattweg ablehnte«. »Gute Auskünfte« bezieht sich auf eine Vernehmung in Oslebshausen am 15. Februar 1935, wo er detaillierte Angaben über den Aufbau, die Strukturen und die Mitarbeiter im Berliner Geheimapparat der KPD vor 1933 gemacht hatte. Am Ende dieses Protokolls steht der Satz: »Im übrigen

erkläre ich mich bereit, den Behörden bereitwilligst Auskunft zu geben, soweit es in meiner Macht liegt. Ich will damit auch gleichzeitig beweisen, dass ich nicht gesonnen bin, den heutigen Staat weiter zu bekämpfen.« Regina Scheer bewertet dieses Protokoll dahingehend, dass »bei näherem Hinsehen nichts [zu



lesen sei], was die Gestapo 1935 nicht schon aus anderen Quellen gewusst haben dürfte. Die Namen, die er nennt, sind Namen von Toten und Emigrierten.«

Von Oslebshausen wurde Rambow nach Strafende am 1. Februar 1940 in das Gestapo-Gefängnis in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße 8 in »Überhaft« überführt. Diese Maßnahme wurde seit 1937 bei allen Fällen von Hochverrat angeordnet und erst danach entschieden, ob der Häftling tatsächlich freigelassen oder in ein Konzentrationslager eingewiesen wurde. Dass Rambow nicht von der zuständigen Gestapo-Leitstelle Berlin in »Überhaft« genommen wurde, sondern direkt in das Amt IV des Reichssicherhauptamt (RSHA) eingeliefert wurde, wertet der Historiker Tuchel »als Hinweis auf bereits während der Haft entstandene Kontakte zur Gestapo«. Ernst Rambow wurde nach vier Wochen aus der »Überhaft« entlassen. Auch wenn unklar ist, seit wann Rambow als Spitzel arbeitete, so gilt als sicher, dass er durch Kriminalinspektor Hermann Schulz geführt wurde.

Als Anton Saefkow Ende 1943 seine alten Verbindungen wieder aufnahm, stieß auch Georg Dünninghaus hinzu: »Bei der Durchdiskutierung bekannter Genossen kamen wir auch auf R. Ich lehnte die Verbindung ab, aber lediglich aus dem Gefühl, dass R. politisch nicht klar sei und keine Stärke bewiesen hätte. Als Anfang 1944 die Lage immer mehr zum Handeln drängte und bereits zu vielen Betrieben Verbindung bestand, außerdem Komitees ›Freies Deutschland‹ gegründet waren, wurde seitens Anton S. die Verbindung mit R. direkt aufgenommen.« Rambow war aus dessen Sicht ein erfahrener alter Genosse und wurde im Februar oder März 1944 von Saefkow als Abwehrmann eingesetzt. Unter dem Decknamen »Herman« traf er mit KPD-Funktionären zusammen und übernahm die Beschaffung von Ausweisen für Illegale und die Überprüfung neuer Genossen. Mitte Mai wurde er dem Hamburger KPD-Führer Bernhard Bästlein unterstellt, der Ende Januar 1944 nach einem Luftangriff aus dem Knast Plötzensee hatte flüchten können. Hier wurde Rambow zur Absicherung von Leitungssitzungen eingesetzt. Nach einem Treff Bästleins und Franz Schmidts mit Rambow am 30. Mai 1944 in der Schönhauser Allee war Bästlein plötzlich verschwunden – er war verhaftet worden. Den Verdacht gegen »Hermann« konnte Rambow bei einem Treff mit Saefkow und Jacob zerstreuen.

So lud Saefkow auch Rambow zu dem Treffen am 22. Juni 1944 ein. Es war durch Ferdinand Thomas zustande gekommen, und der soll noch vor seiner Festnahme erklärt haben, »dass er sich bei Saefkow und Jacob über die Hinzuziehung des Rambow verwahrt und beiden erklärt habe, dass dieses Handeln gegen jede Verabredung gewesen sei.« Man traf sich am um 18.30 Uhr im Sprechzimmer der Arztpraxis von Dr. Rudolf Schmid. Auch der spätere Hitler-Attentäter Claus von Stauffenberg soll über das Treffen informiert und damit einverstanden gewesen sein. Der Sozialdemokrat Julius Leber und der Kommunist Franz Jacob kannten sich aus dem KZ Sachsenhausen. Rambow blieb während des gesamten Gesprächs schweigsam. Stichwortartig formulierten

die Teilnehmer ihre politischen Ziele für ein Deutschland nach dem NS-Regime. Man war sich einig, ein breites Bündnis des Widerstandes anzustreben. Rudolf Schmidt berichtete nach dem Krieg, dass diese »erste Fühlungsnahme« zwischen allen Beteiligten »in angenehmen Formen« verlaufen sei. Der Historiker Tuchel wertet die Begegnung als den Versuch, kurz vor dem Attentat auf Hitler »aus dem Widerstand des Militärs ohne Volk einen Widerstand aus dem Volk werden zu lassen«. Für den 4.7.1944 wurde ein weiteres Treffen verabredet. Auf dem Weg dorthin wurden Anton Saefkow, Franz Jacob und Adolf Reichwein festgenommen. Julius Leber war aus Misstrauen nicht erschienen. In der SPD war man der Auffassung, dass die KPD von Spitzeln durchsetzt sei. Er wurde in seiner Wohnung verhaftet.

Durch die Aussagen Rambows wurden im Raum Berlin, in Landsberg, Hamburg und Hannover über 280 Widerstandskämpfer inhaftiert. Mehr als 90 Antifaschisten wurden hingerichtet. Hier zeigte sich die bittere Wahrheit, dass einzelne Spitzel ganze illegale Organisationen im wahrsten Sinne des Wortes »enthaupten« können.

Die Gestapo sah von einer Scheinfestnahme Rambows ab und es sickerte durch, dass »Hermann« der Verräter sei. Spätestens im September 1944 gelangte diese Nachricht an die weiter arbeitenden Gruppen. Die Frau des inhaftierten Kommunisten Cäsar Horns hatte ihn noch ein letztes Mal vor seiner Hinrichtung besuchen dürfen, wo er über ihren gerade geborenen Sohn Michael sagte: »Gut, dass er nicht Hermann heißt!« Der zur Saefkow-Gruppe gehörende Tischler Michaelis beabsichtigte daraufhin Rambow mit diesen Vorwürfen zu konfrontieren. Grete Schöneck, die damals schon im Untergrund lebte und als Vertraute Franz Jacobs Rambow kannte, erklärte Jahrzehnte später, dass es darum gehen sollte, Rambow zu erschießen: »Aber ich konnte mit Waffen nicht umgehen und hatte auch große Angst eine Waffe in die Hand zu nehmen. Ich bat den Genossen Michaelis, mir diese Aufgabe zu ersparen. So sollte ich lediglich bei dieser geplanten Zusammenkunft Michaelis den Verräter Rambow zeigen, damit dieser ihn erledigen könne. Aber es kam zu keinem Treff.«

Nachdem sich Ernst Rambow im April 1945 das letzte Mal mit seinem Führungsoffizier Herman Schulz getroffen hatte, wurde er Ende Juli 1945 in Charlottenburg festgenommen und von deutschen Ermittlern vernommen, zu denen später ein sowjetischer Offizier kam. Am 27.7.1945 gab er zu, Saefkow und weitere KPD-Mitglieder an die Gestapo ausgeliefert zu haben. Nach den Verhören wurde Rambow der sowjetischen Kommandantur übergeben, von einem Militärgericht zum Tode verurteilt und am 10. November 1945 hingerichtet. Vermutlich haben die Sowjets dem im Juni 1945 internierten Kriminalinspektor Schulz ein ähnliches Ende bereitet.

August 1946 wurde der Fall Rambow im Kontext des heraufziehenden Kalten Krieges in der Viersektorenstadt Berlin im Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten politisch funktionalisiert. Gustav Dabrendorf, der auch in die Planungen des 20. Juli verwickelt war, beschuldigte im *Telegraf* »einen

Mann« der »in meinem Termin vor dem Volksgerichtshof als Thomas bezeichnet« worden sei, der Spitzel bei jenem Treffen in der Köpenickerstrasse gewesen zu sein, »der das höchste Vertrauen der illegalen KPD genoss«. Ob es nicht jemand gebe, »der Näheres über Namen, Herkunft und Weg dieses Spitzel« wisse. Einen Tag später entgegnete das *Neue Deutschland* (ND) wutschnaubend, Dabrendorf sei »nicht nur ein schlechter Schreiber von Kriminalromanen, sondern auch ein Ignorant, was die Zusammenhänge der illegalen Arbeit in Berlin« betreffe. Eine Nachfrage bei der im SPD-Landesvorstand tätigen Witwe des ermordeten Julius Leber werde schnell ergeben, »wer Ferdinand Thomas« war. Weiter das ND: »Der Spitzel, der im Prozess Saefkow eine Rolle spielte, wurde von Saefkow selbst im Gefängnis entlarvt. Er wurde von Berliner Arbeitern vor einem Jahr den Sowjetbehörden ausgeliefert.«

Telegraf, 28.8.1946

Es war dem Gastgeber des verratenen Treffens, Rudolf Schmid, vorbehalten, Ernst Rambow als Verräter namentlich zu benennen. Anfang 1947 schreibt Schmid, dass ihm beim »Abschied in meiner Wohnung ... der dritte sogenannte Kommunist ›Hermann« die Hand gegeben habe, »ein kurzer Blick in zwei Augen – ein eigentümliches triumphierendes Irrlichtern! Er geht – es war der Verräter!« Später habe er erfahren, »dass er Rambow heißt«. Auf Schmid's Artikel wurde von der KDP/SED nie öffentlich reagiert. Rambows unheilvolle Rolle schien tabu zu sein. Die Ehefrau Saefkows und spätere Volkskammerabgeordnete Aenne schrieb Ende Juli 1946 in einem Brief an Franz Dahlem, obwohl »Rambow der Verräter« gewesen sei, haben »wir ihn bisher totgeschwiegen« was »bei einem Kreis unserer Genossen und erst recht bei den anderen den Eindruck erweckt [hat], als ob wir gewisse Hintergründe hätten, das zu tun.« Als eine Gruppe von DEFA-Dokumentaristen, zu der auch Regina Scheer gehörte, Mitte der 80er Jahre alte Männer aus dem KZ Sachsenhausen nach ihrem Leben befragte, fiel auch mal der Name Rambow. Regina Scheer: »Die Gesprächspartner stockten, als hätten sie ein verbotenes Wort ausgesprochen. Ein kurzer Blick traf uns, abschätzend, ob wir wohl wüssten, was das bedeutete. Der Verräter. Rambow der Verräter. Mehr erfuhren wir nicht. Mehr wussten sie wohl selbst nicht.« Die Verdrängung Ernst Rambows aus der Widerstandsgeschichte im Dritten Reich ging bis Ende Juni 1994, als endlich an das so bedeutsame Zusammentreffen führender Sozialdemokraten und Kommunisten erinnert werden sollte. Im Beisein des Berliner Kultursenators wurde von der Gruppe Aktives Museum eine provisorische Gedenktafel angebracht. In der Inschrift hieß es: »Hier, in der Köpenicker Str. 76, in der Wohnung des Arztes Dr. Rudolf / Schmid, trafen sich am Abend des 22. Juni 1944 führende Sozialdemokraten / und Kommunisten, um über Deutschland nach Hitlers Ende zu beraten. An

der / Begegnung nahmen Franz Jacob, Julius Leber, Ernst Rambow, Adolf / Reichwein, Anton Saefkow und Ferdinand Thomas teil.«

Diese Passage sorgte bei der Enthüllung fast für einen Eklat. Die Tochter von Adolf Reichwein, Sabine Reichwein, zeigte sich »schockiert«, mit diesem Namen konfrontiert zu sein, da dieser »nicht auf einer Gedenktafel zwischen den Namen der Gesprächsteilnehmer der später von den Nazis Hingerichteten stehen darf!« Die Stieftochter von Franz Jacob, Ursel Hochmuth erklärte, dass mit dieser Inschrift »die Grenze zwischen Tätern und Opfern verwischt« werde. Die Vorsitzende des Aktiven Museums, Christine Fischer-Defoy, machte in ihrer Ansprache geltend, dass es nicht die »Aufgabe« des Aktiven Museums sein könne, »die Geschichte des Widerstands erneut zu glätten und von Widersprüchen zu bereinigen, wie dies in Ost wie West über lange Zeit geschehen« sei. Es dürfe »keine weißen Flecken geben und keine Tabuzonen, auch wenn dies im einzelnen für die Betroffenen und ihre Angehörigen schmerzhaft« sei.

Die Proteste der Angehörigen bewirkten die Änderung des Textes auf der endgültigen Tafel. Sie wurde Mitte Juli 1995, gesponsert vom SPD-Bundesvorstand und initiiert vom Bund der Antifaschisten Mitte und der Gedenktafel-Kommission der BVV Mitte, eingeweiht. Nun enthält die Inschrift genau das, wovor Christine Fischer-Defoy ein Jahr zuvor gewarnt hatte: Einen dicken weißen Fleck. Der Spitzel, dessen Wirken unsichtbar bleiben sollte, wird auch hier nicht benannt.



Einweihung der provisorischen...



... Gedenktafel am 22.6.1994

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin: Mitgliederrundbrief Nr. 26, Juli 1994, darin die Ansprachen zur Einweihung der provisorischen Gedenktafel am 22.6.1994
 Berliner Morgenpost, 23.6.1994: Umstrittener Umgang mit Geschichte
 Telegraf, 28.8.1946: Gustav Dabrendorf, Wer kennt Thomas? – Gestapo-Spitzel in der höchsten illegalen Leitung der KPD

Ursel Hochmuth: Illegale KPD und Bewegung »Freies Deutschland« in Berlin und Brandenburg 1942-1945, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 36 – 1994 Heft 2

Neues Deutschland, 29.8.1946: Schändung eines hingerichteten Antifaschisten

Regina Scheer: Rambow – Spuren von Verfolgung und Verrat, in: Dachauer Hefte 10/1994

Telegraf, 3.1.1947: Rudolf Schmidt, Die Ereignisse des 22. Juni 1944

Johannes Tuchel: Kontakte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, in: Dachauer Hefte 11/1995
 TAZ, 23.6.1994: Provisorische Gedenktafel enthüllt

TAZ, 20.7.1995: Unverkrampte Würdigung für Widerstand

Christiane Hoss u. Martin Schönfeld: Gedenktafeln in Berlin, Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus 1991-2001, Berlin 2002, Schriftenreihe des Aktiven Museums, Band 9

Ich bedanke mich für die großzügige Unterstützung der Recherche durch das Aktive Museum Berlin in der Gedenkstätte deutscher Widerstand.

Rosenkranz und G ldenstern

William Shakespeare hat uns in seinen überlieferten Dramen ein paar hundert Figuren hinterlassen. Keine ist wie die andere. Selbst die unbedeutendsten Boten und Diener erzählen noch zwischen ihren zwei Zeilen Text komplexe Geschichten. Shakespeare hat sich sehr für die subtilen Verknüpfungen von privatem und politischem Leben interessiert. Kein Dramatiker weiß und erzählt darüber mehr.

Shakespeares Londoner Theaterpublikum war anspruchsvoll, vital und mit den Spielen der Mächtigen ziemlich vertraut. In den Aufführungen waren die Gassenjungen neben der Königin mit ihrem Hofstaat. Die Darsteller spielten in den Stücken mit dem Wissen, den Gerüchten, der Bildung und den Leidenschaften ihres wachen Publikums. Wenn es heikel wurde, verfrachtete man Tagespolitik in die Römerzeit oder nach Venedig. Das Publikum brauchte neben seinen Romanzen die Schurken, es brauchte Mörder und Intriganten. Und wenn die Herrschenden sich der Spitzel bedienten, dann wollten die Zuschauer auch sehen, wie die Spitzel so arbeiten. Und da es ein bisschen kompliziert werden konnte, die Spitzel in London zu zeigen – Shakespeares Zeitgenosse und Konkurrent, der Dramatiker Christopher Marlowe, war so ein Spitzel –, ließ man sie eben am dänischen Hof agieren: Rosenkranz und G ldenstern sind wahrscheinlich Shakespeares berühmteste Spitzelfiguren. Er zeigt ihre Anwerbung, ihren Arbeitsplatz, ihre Verrohung und erzählt ihr schlimmes Ende. Man kann sie als Spitzelmodelle nehmen. Beide sind als Jugendfreunde Hamlets für diesen Job prädestiniert. Sie genießen scheinbar sein volles Vertrauen und sind deshalb für seinen Onkel Claudius, den neuen König, sehr geeignet, den wirklichen Gedanken seines gefährlichen Neffen näher zu sein.

Hamlet, 1599 zum ersten Mal aufgeführt, spielt an einem fiktiven dänischen Hof. Hamlet, der eigentliche Thronfolger des dänischen Königs kehrt wegen des Todes seines Vaters aus Wittenberg, wo er studiert, nach Hause zurück. Der Bruder des Vaters, Claudius, hat gleich nach dem Begräbnis die königliche Witwe, also Hamlets Mutter, geheiratet, und ist damit neuer König. Kaum auf dem Schloss zurück, erscheint Hamlet der Geist seines Vaters und erklärt ihm, dass der neue König ihn im Schlaf ermordet hat und fordert Rache für diesen Mord. Soll Hamlet dem Bericht eines Toten glauben? Bildet er sich das vielleicht nur ein? Er braucht profane Beweise. Er beauftragt ein paar Schauspieler, die Morderz hlung des Toten nachzuspielen. Er nennt das Stück »die Mausefalle«. Diese Aufführung der »Mausefalle« ist das Zentrum von *Hamlet*. Davor beargwöhnt jeder jeden, überlegt, was er weiß, getan hat, tun wird oder tun könnte. Danach ist jedem der Beteiligten alles klar und es geht nur noch darum, wer wen wie aus dem Wege schafft. Am Ende von *Hamlet* sind ausnahmslos alle eines gewaltsamen Todes



William Shakespeare

gestorben und das herrscherlose Dänemark fällt kampfflos dem norwegischen Abenteurer Fortinbras in den Schoß.

Shakespeare führt uns seinen dänischen Hof – der wahrscheinlich ein Spiegel des englischen seiner Zeit ist – als Giftküche vor. Man verstellt sich, man beargwöhnt sich, man bespitzelt sich. Rosenkranz und Gündenstern sind Nebenfiguren, ohne die das Stück auch erzählt werden könnte, aber sie sind ein wichtiger Bestandteil der Giftküchen-Atmosphäre.

Unmittelbar bevor sie zum ersten Mal auftreten, befindet sich der Zuschauer – oder Leser – des Stückes in einem kleinen Spitzelseminar.

Polonius, der in deutschen Inszenierungen gelegentlich wie Genscher aussieht, ist der engste Berater des Königs. Er beriet den alten König und er berät den neuen König. Überall hat er seine Leute. Das Zentrum seiner Politik ist die Spitzelei. Er findet dann auch sein Ende in Ausübung eines Spitzeldienstes. Polonius hat zwei Kinder: Ophelia, die Hamlet liebt, und Laertes. Laertes ist in Paris und Polonius möchte gerne näheres darüber wissen, was sein Sohn so treibt. Also heuert er einen jungen ehrgeizigen Höfling an und zeigt ihm, wie man das Vertrauen von Informanten gewinnt, wie man sie zum Reden bringt, wie man systematisch die Umgebung der Zielperson abgrast, um über sie alles zu erfahren. Anschließend setzt er seine Tochter Ophelia auf ihren Geliebten an, damit

sein neuer Herr, der König Claudius, erfährt, wie gefährlich sein Neffe Hamlet für ihn ist. Shakespeare hat damit unser Verständnis für die Notwendigkeit der Spitzeleien am dänischen Hof geweckt. Wir sind gut vorbereitet auf Rosenkranz und Gündenstern, die als Freunde Hamlets natürlich schnell das Vertrauen der Zielperson gewinnen können und somit gut zu seiner Bespitzelung taugen. Sie kennen ihn seit seiner Kindheit, haben mit ihm in Wittenberg studiert, und

sie sind Spaßvögel, die immer schon viel für die Erheiterung des melancholischen Königssohnes getan haben.

Die Anwerbung geht schnell und ohne Komplikationen. Was ist eine Freundschaft gegen einen Königsdienst? »Ich bitt euch beide, die ihr von früh an mit ihm erzogen, das gleiche Alter habt und ähnlich denkt, an unserem Hof eine Zeitlang zu verweilen, so durch eure Gesellschaft ihn in Vergnügungen zu ziehn und soviel ihr bei Gelegenheit erfahren könnt, herauszufinden, ob etwas, das uns unbekannt, ihn so bedrückt, läg's offen, wir mit unsern Mittel heilen könnten«, sagt ihnen Claudius. Hamlet scheint schwermütig zu sein. Ist er wahnsinnig? Spielt er wahnsinnig? Weiß er was? Was weiß er? Fragt sich Claudius.

»Ihre Majestäten könnten beide, denn Sie verfügen gänzlich über uns, die erhabnen Wünsche mehr befehlen als erbitten«, beugt sich Rosenkranz dem Königspaar. »Doch wir gehorchen beide, und stellen uns mit äußerster Kraft frei unsern Dienst zu Ihren Füßen legend, zur Verfügung«, setzt Gündenstern

Wir unterscheiden das Stück *Hamlet* von seiner Titelfigur Hamlet, dessen verstorbener Vater übrigens auch Hamlet hieß.

Zitate nach der *Hamlet*-Übersetzung von Elisabeth Plessen, die im Rowohlt Verlag erschienen ist.

hinzu. Wir wundern uns überhaupt nicht mehr, wie glatt sie ihren Auftrag zu erfüllen bereit sind. Die beiden begeben sich sofort zu Hamlet, der sich über ihren überraschenden Besuch freut und sofort – auch das, weiß Shakespeare, gehört dazu – ihren Auftrag durchschaut: »Hat man euch nicht holen lassen? Ist es euer eigener Einfall? Ist es ein freiwilliger Besuch? Los, seid ehrlich. Los, los, sagt es mir.«

»Was sollen wir sagen, Mylord?« drucksen sie herum und nach ein paar Ablenkungen geben sie es zu. Die Heiterkeit der drei bleibt. Man geht über das Faktum hinweg und fortan spitzeln die beiden mit dem Wissen des Bespitzelten. Davon erzählen sie ihrem Auftraggeber natürlich nichts – nur wie schwer es ist, ihm beizukommen: »Er lässt sich auch nicht aushorchen von uns, entzieht sich vielmehr durch schlaunen Wahnsinn, wenn wir ihn zum Geständnis seines wahren Zustandes bringen wollen«, erklärt Guldennstern dem König.

Nachdem am Ende der »Mausefalle«-Aufführung alle Fragen beantwortet und alle Geheimnisse gelüftet sind, sind Spitzel eigentlich überflüssig. Claudius weiß, dass Hamlet ihn als Mörder durchschaut hat. Also brauchen unsere beiden nach wenigen Stunden Job von Arbeitslosigkeit bedrohten Akademiker ein neues Einsatzfeld: »Ich mag ihn nicht, sicher sind wir auch nicht, wenn frei sein Wahnsinn schwärmt. Drum macht euch fertig: Ich stelle euch sofort die Ordre aus, und er soll mit euch nach England«, sagt er. Die »Ordre« ist ein Brief, in dem um Hamlets unauffällige Beseitigung in England gebeten wird. Problemlos geben die beiden im Interesse ihres Auftraggebers – wie so häufig als das Wohl des Staates bemäntelt – das Leben ihres Freundes preis: »Höchst heilige und fromme Sorge ist's, zu schützen, die namenlosen Vielen, die vom König leben und sich nähren«, sagt Guldennstern dem König und Rosenkranz fügt hinzu: »Schon ein jeder ist für sich gehalten mit aller Kraft und Waffen des Verstandes, vor Schaden sich zu schützen; doch viel mehr der Geist, an dessen Wohl das Leben vieler hängen und ihm ruhn. Des König Tod ist nicht Tod des Einzelnen, wie ein Strudel zieht er mit sich, was ihm nah.« Claudius geht auf diese Verbeugungen gar nicht weiter ein: »Macht euch bitte schnell zur Reise fertig, dass wir die Gefahr in Fesseln legen, die jetzt auf freien Füßen geht.« Rosenkranz und Guldennstern verhaften ihren Freund, führen ihn seinem Feind, dem König, vor, und begleiten ihn auf seine scheinbar letzte Reise. Ihr Flirt mit der Macht wird nicht belohnt. Am Ende des Stückes – man hat sie längst vergessen –, erzählt der überraschend lebend zurück gekehrte Hamlet Horatio, wie die beiden draufgingen. Er hat die »Ordre« ein bisschen manipuliert und nun hat man sie statt seiner beseitigt. Horatio, Hamlets einziger



Gary Oldman und Tim Roth in Tom Stoppards Film
»Rosencrantz and Guildenstern are dead«



Vertrauter, ist entsetzt über Hamlets Leichtfertigkeit: »Und Rosenkranz und Gildenstein gehen drauf?« »He, Mann, sie liebten diese Arbeit ja. Ich hab sie nicht auf dem Gewissen. Ihr Untergang ist Folge ihrer eignen Einmischung. Es ist gefährlich, wenn kleine Leute zwischen Stoß und Degenspitze großer Gegner kommen«, antwortet Hamlet.

Shakespeare handelt die beiden eher am Rande ab. Spitzel sind wichtig für das Klima einer Giftküche, auch wenn sie eigentlich selten halten, was sie versprechen. Sie arbeiten oft uneffektiv und die Informationen, die sie beschaffen, bekommt man meistens anderweitig besser und gratis.

»Der Anblick ist entsetzlich,
Und das Geschäft von England kommt zu spät,
Taub sind die Ohren, die Gehör uns sollten
Verleihen, sein Befehl sei ausgeführt,
Und Rosenkranz und Gildenstein sei'n tot.
Wo wird uns Dank zuteil?«
Hamlet, Akt V, 2. Szene

Im Gegensatz zu unzähligen Shakespeareschen Nebenfiguren sichern ihre wohlklingenden Namen ihnen eine gewisse Bekanntheit. An deutschen Stadttheatern werden sie meist von den Hauskomikern als narzisstische, angeschwulste Höflinge gegeben. Sie sollen ein bisschen Komik in Hamlets unerbittlich

fortschreitender Tragödie sichern.

Die lakonische Art, mit der Shakespeare von der Anwerbung, Verrohung und dem »verdienten Ende« von Intellektuellen – die beiden waren immerhin Studenten an der Reformuniversität Wittenberg – im Spitzeldienst erzählt, verblüfft. Immer wieder wird gerne die Urheberschaft Shakespeares an seinen Stücken bezweifelt. Ein häufiges Argument ist, dass ein Schauspieler, wie Shakespeare es war, niemals derart intime Kenntnis vielfältigster Machttechniken gehabt haben kann, und man findet dann irgend einen Adligen als den eigentlichen Urheber dieser Stücke. Die Auseinandersetzung mit dem Werk Shakespeares kann man jedenfalls immer noch als beste Einführung in die über die Jahrhunderte kaum veränderten Spiele der Mächtigen ansehen.

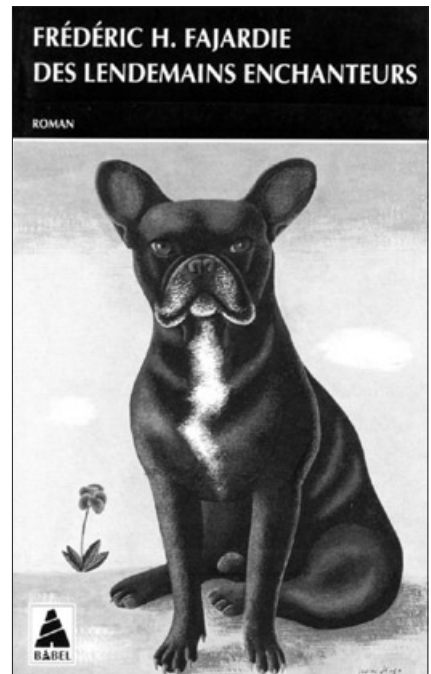
Le cousin¹

Spitzel im politischen Kriminalroman

Die Rolle des Spitzels in der Literatur ist nicht besser als im wahren Leben, vielleicht etwas schillernder. In der Kriminalliteratur spielt das Spitzelwesen logischerweise eine bedeutende Rolle. Oft hat der Spitzel eine Scharnierfunktion und liefert den Schlüssel zu einem Plot. Schwache Plots benötigen geradezu einen Spitzel, um die Auflösung des Verbrechens nachvollziehbar zu machen. Bei starken Plots ist die Rolle des Spitzels oft auslösend für den Handlungsverlauf. Hin und wieder ist sie sogar ambivalent.

Da es sich hier um ein politisches Buch handelt, werde ich im Folgenden nicht über den ordinären Polizeispitzel schreiben, sondern über den politischen Spitzel, und zwar denjenigen, der nicht einfach ohne Skrupel seinem schmutzigen Geschäft nachgeht. Ich werde also eine eher ambivalente und hybride Figur zeichnen, die den Charakter des Verräters streift oder sich von ihrer Spitzeltätigkeit abgewendet hat, ohne diese Vergangenheit wie eine schlechte Erinnerung abschütteln zu können. Am Schluss werde ich sogar drei positive Spitzelfiguren skizzieren, die ihre Tätigkeit in den Dienst der Sans-papiers bzw. des antifaschistischen Kampfes stellen.

Doch beginnen wir mit der klassisch negativ konnotierten Spitzelfigur. *Das Fahrrad von Leonardo da Vinci* von Paco Ignacio Taibo II², ein historischer Kriminalroman über die Anarchisten im Barcelona der 20er Jahre, den Ausgang des Vietnamkrieges und einen Nierenraub im heutigen Mexiko, spricht Spitzeln eine eindeutig negative Rolle im Dienste frühkapitalistischer Unternehmer gegen streikende Arbeiter zu. Die kämpferischen Anarchisten fackeln nicht lange mit Spitzeln, die Gewerkschaften verurteilen sie öffentlich zum Tode, der dann auch unverzüglich auf unnatürlichem Wege eintritt. Taibo erfindet eine besonders schillernde Spitzelfigur, die gleichzeitig deutscher Agent ist, den Baron von Koenig. Baron von Koenig organisiert ein Netzwerk von Spitzeln, die die Gewerkschaften infiltrieren sollten: »Der Baron von Koenig verdient vier- oder fünftausend Peseten im Monat, und zwar durch Bestechungen, Erpressungen und Bezahlung für Mord und Prügel, zu einer Zeit, da in Barcelona der Lohn einer Weberin kaum 120 Peseten beträgt und der eines Tischlers nicht mal 90, und dies alles nach dem



erfolgreichen Streik im letzten November.«³ Der Baron war kein einfacher Spitzel im Dienste des Bösen, sondern ihr Boss und Organisator, gewissermaßen eine höhere Ebene des Spitzelwesens, der Leiter einer Sondereinheit bei der Polizei, die Sondereinheit waren die Spitzel. Doch der Baron muss aus Spanien

fliehen, nicht weil er Spitzel organisiert, sondern weil er deutscher Geheimagent ist. Dass es mit diesem Kerl ein schlimmes Ende nehmen muss, legt Taibo nahe: »Den Baron haben wir nie wieder gesehen, was hätte ich mehr wollen? Hätte ich ihn noch mal gesehen, hätte ich diesen Oberhurensohn so was von fertig gemacht. Er dürfte schließlich dabei gelandet sein, Strümpfe zu stricken und dabei zu verblöden, als Wächter für die Nazis in Auschwitz.« Ja, das war sein Schicksal.«⁴

In Jean-Patrick Manchettes düsterstem roman noir *La Position du tireur couché*⁵ (Position: Anschlag liegend) ist die Hauptfigur ein unglücklicher, müder Killer der im Dienste des französischen Geheimdienstes, des DST, aber auch für andere Auftraggeber wie die PLO arbeitet. Er ist eher Söldner als Spitzel, doch ein Rückzug aus diesem Leben kann einfach nicht gelingen. Terrier, so heißt der Held, wird von seinen Auftraggebern eliminiert.

Er ist bereits eine viel ambivalentere Figur als der Baron von Koenig. Denn er handelt nicht aus Überzeugung, sondern berufsmäßig. Töten ist sein Job, die Auftraggeber sind ihm alle gleich. Doch seine Dienste sind effizient und haben politische Konsequenzen, denen er schließlich selbst zum Opfer fällt.

Der Baron von Koenig und Terrier haben gemeinsam, dass ihre Tätigkeit Routine ist. Es gibt auch Spitzel, die nur einmal aktiv werden und trotzdem eine Lawine auslösen können. Diese Art Spitzel ist oft Akteur in Kriminalromanen, wenn es um ungesühnte Verbrechen geht. In Pierre Magnans roman noir *Le secret des Andronés*⁶ (Das Geheimnis der Andronen) löst ein Spitzeldienst für die Nazis im besetzten Frankreich von 1944 Jahrzehnte später eine Mordwelle in einem kleinen Gebirgsdorf aus, um diese Denunziation zu rächen. Der Spitzel kommt selbst eigentlich gar nicht vor, nur seine Tochter, die ermordet wird. Die Überlebende Rogeraine – eine Heldin der Résistance – sitzt im Rollstuhl und tötet reihenweise. Der nicht auftauchende Spitzel löst die Krimihandlung erst aus. Seine Rolle ist eindeutig finster. Frédéric H. Fajardie geht es in seinem Krimi *La théorie du 1 %*⁷ ebenfalls um einen Spitzeldienst bei der deutschen Kommandantur, diesmal in einem Nest inmitten der Normandie. Verraten wird der Widerstandsmaquis und ermordet ein junger deutscher Wehrmachtsdeserteur, der sich mit einer jungen Frau aus der Résistance zusammengetan hatte. Deren Sohn wird Jahrzehnte später nicht nur den Denunzianten, sondern auch alle

¹ Spitzel, Informant. Kommt eigentlich aus dem Lateinischen (culicinus von culex) und bezog sich auf eine Art Stechmücke.

² Taibo II, Paco Ignacio: Das Fahrrad des Leonardo da Vinci. Berlin, o.J.

³ Taibo II: Das Fahrrad ..., S. 74.

⁴ Taibo II: Das Fahrrad ..., 203.

⁵ Manchette, Jean-Patrick: La position du tireur couché. Paris 1981. Série noire 1856. Position: Anschlag liegend. Heilbronn 2003.

⁶ Magnan, Pierre: Le secret des Andronés. Paris 1980.

⁷ Fajardie, Frédéric H.: La théorie du 1 %. Paris 1981.

⁸ Fajardie, Frédéric H.: Les lendemains enchanteurs. Roman. Paris 1996.

⁹ Demure, Jean-Paul: Le fils du vent. Paris 1983. Série noire 1926.

¹⁰ Molina, Antonio Munoz: Die Augen des Mörders. Reinbek 2000.

passiven Zeugen des Mordes umbringen. Wieder ist der Spitzel nicht deutlich gezeichnet, sondern nur seine Tat für den Verlauf der Handlung wichtig. Die fehlende Kenntlichmachung der Figur des Spitzels ist in diesen beiden Fällen gleichbedeutend mit seiner tiefen Verachtung.

Eine Art des politischen Spitzeldienstes, die an Verrat grenzt, sich aber gleichwohl von selbigem unterscheidet, wird in Fajardies Roman *Les lendemains enchantés*⁸ (Die großartige Zukunft) zum Auslöser eines persönlichen Dramas, das eigentlich ein politisches ist. Prigent, kommunistischer Bürgermeister einer nordfranzösischen Industriestadt im Jahr 1948, ist der Inbegriff des korrupten Stalinisten, dessen Macht auch auf Spitzeldiensten für die deutschen Besatzer während des Nationalsozialismus beruht. Er war kein klassischer Verräter, weil er nicht die eigenen Leute, sondern »nur« linke politische Gegner denunziert, besonders ehemalige Spanienkämpfer, die auf Seiten der POUM oder der Anarchisten aktiv waren. Die Figur erinnert an Taibos Baron von Koenig und ist die Inkarnation der Widerlichkeit.

Der Spitzel im roman noir von Jean-Paul Demure, *Le fils du vent*,⁹ stand im Dienste der argentinischen Diktatur und lebt nun in Frankreich als angeblich politischer Flüchtling, dabei hatte er in Argentinien Aktivisten bespitzelt und an die Folterknechte ausgeliefert. Als seine eigentliche Vergangenheit ans Licht zu kommen scheint, begeht er zwei brutale Morde, die zunächst Sinti und Roma in die Schuhe geschoben werden. Auch hier wird deutlich, dass das Spitzeldasein einen immer wieder einholt, egal wie weit weg man sich vom Ort seiner Tätigkeit befindet oder wie viel Zeit vergangen sein mag.

Antonio Munoz Molina stellt in seinem Roman *Die Augen des Mörders*¹⁰ einen ehemaligen franquistischen Spitzel als unglücklichen, bis zu einem gewissen Grad geläuterten Helden in den Mittelpunkt der Handlung. Das Fazit des Romans ist klar: Geschichte – vor allem die eigene – kann nicht verdrängt oder ungeschehen gemacht werden: Sie holt einen ein. »Der Inspektor« versucht sich durch die Aufklärung eines brutalen Sexualmordes an einem kleinen Mädchen zu läutern, die Aufklärung des Verbrechens wird ihm zur Obsession, als würde er sich damit von seiner Schuld freikaufen können: »Er musste das Gesicht eines Unbekannten finden, um ihn zu bestrafen, weil er gemordet hatte, und um zu verhindern, dass er weiter mordete. Doch vor allem wollte er ihn finden, um ihm in die Augen zu schauen und sich einige Sekunden oder Minuten lang in Drohgebärden zu ergeben, diesen Kerl bei den Jackenaufschlägen oder am

Frédéric H. Fajardie
LA THÉORIE DU 1%



Hemdkragen zu packen und ihm aus nächster Nähe in die Augen zu starren, seinen Kopf gegen die Wand zu stoßen, damit er sich vor Angst in die Hosen machte, wie sich vor vielen Jahren auf den Polizeirevieren des Nordens die Studenten und politischen Gefangenen in die Hosen gemacht hatten.«¹¹ Der Inspektor hatte durch Pater Orduna studieren können, einen linken Armenpfarrer. Dass der zukünftige Inspektor als Student zum Spitzel wurde, ergibt sich zum Teil durch den Zeitgeist, durch seine nicht stattgefundene Kindheit und zum Teil durch seine ausgeprägte Mimesis. Diese Spitzelei wird ihn bis ans Ende seiner Tage verfolgen, er ist im postfranquistischen Bilbao deshalb Morddrohungen durch die ETA ausgesetzt. Er wechselt den Wohnort, verliebt sich in eine linke Lehrerin – die stärkste Figur des Romans – und will sich durch die Aufklärung des Sexualmordes und durch die neue Liebe zu einem anderen Menschen wandeln, aber immer erinnert sich jemand an die ferne Zeit, »da er ein Spion unter seinesgleichen war, ein Student mit dem Aussehen eines armen, aber willigen Schulgeldempfängers, zurückhaltend, aber wachsam und zweifellos loyal, eine Maske, modelliert nach den Zügen des Gesichts«.¹² Die zerrüttete, verschlissene und verbitterte Subjektivität des ehemaligen Spitzels kommt nicht mehr zur Ruhe, denn für das grausige Verbrechen in der spanischen Kleinstadt, das er mit Verbissenheit aufgeklärt hat, »gab [es] keine Wiedergutmachung für das verursachte Leid, keine wirkliche Gerechtigkeit, die auch nur einen Teil dieser Vergewaltigung hätte vergessen machen können. Sich stolz zu fühlen und sich mit dem Erfolg zu brüsten wäre ihm nicht nur obszön erschienen, sondern auch als eine Respektlosigkeit den Opfern gegenüber.«¹³ Der atemlos geschriebene Roman endet selbstredend tragisch. Die Figur des ehemaligen Spitzels ist eher verloren als böse gezeichnet, er ist eher zu bedauern als zu verachten. Zu retten ist er in keinem Moment.

Ein reumütiger Spitzel und Folterknecht, der nie an ein neues Leben glaubte, aber seine ehemaligen Opfer vor neuen Verfolgungen warnt, ist Oscar, ein Argentinier im französischen Exil, eine Figur von Jean-François Vilar, in seinem roman noir *Bastille Tango*¹⁴, der sich um die argentinische Militärdiktatur dreht und im Exilantenmilieu spielt. Oscar ist kurz vor dem Durchdrehen, läuft durch die Pariser Nacht und hinterlässt überall Plakate mit der Zeichnung eines seiner Opfer. Damit will er allen seinen Opfern eine letzte Ehre erweisen. Er will die argentinischen politischen Exilanten vor ihren Häschern warnen, zu denen er selbst gehörte: »Ich war ein sehr guter Katzenjäger, ich verabscheute sie, und auf die Jagd haben wir uns verstanden. Mit allen Mitteln, die nötig waren. Ich dachte, man musste es tun. Die Terroristen beherrschten die Straße. So habe ich es gesehen. Die Leute vom ERP, die Montoneros, all die anderen. Sie waren Söhne von Reichen, ich war arm.« Oscars Lachen begleitete die Vergewaltigung der tragischen Heldin des Romans Jessica. Nicht nur deshalb wird ihm seine Warnung nicht geglaubt, sie kommt einfach zu spät. Jessica bringt sich um, weil sie sich den Erlebnissen genauso wenig entziehen kann wie Oscar. In diesem Roman will sich der ehemalige Spitzel und Folterknecht nicht

von seiner Schuld befreien, er läuft eher manisch durch Paris, weil er mit dieser Schuld nicht zurechtkommt. Er ist weder sympathisch noch unsympathisch, ein halb Wahnsinniger, dem bewusst wird, was er verbochen hat, dem keiner zuhören möchte.

In einigen politischen Kriminalromanen tauchen sogar positiv konnotierte Spitzel auf. Nicht der Spitzeldienst als solcher wird dabei als menschenfreundliche Tätigkeit beschrieben, sondern die Helden, die aufgrund der sozialen Verhältnisse nicht anders können, als dieser Tätigkeit nachzugehen. In allen drei Fällen tun sie dies für die Sache und höhere Ideale. Der türkische, in Paris lebende Sans-papiers Soleimann ist Streikführer in einem aussichtslos scheinenden Kampf, der in der Textilbranche unter erbärmlich schuftenden Illegalen spielt. Der Streik ist erfolgreich, weil Soleimann und seine Mitstreiter von der Polizei nicht behelligt werden. Und zwar deshalb, weil Soleimann nicht nur Streikführer, sondern auch V-Mann im Dienste seines Geliebten, des schwulen Kommissars Daquin ist, und ihm wichtige Informationen über die Drogen- und Prostituiertenszene des bestreikten Viertels liefert. Die Spannung dieses gleichzeitig nüchtern und rastlos verfassten Romans von Dominique Manotti *Sombre Sentier*¹⁵ (Dunkler Pfad) liegt in dem blinden Fleck der Person Soleimanns, in dem Deal zwischen ihm und dem Inspektor – einem alles andere als traditionellen faschistoiden Polizisten – und der düsteren Beschreibung der Verhältnisse, die einen politischen Kampf nur unter derartigen Prämissen ermöglichen. Die Spitzelei bleibt, was sie immer war, eine miese Sache, doch der Spitzel ist auch der erfolgreiche Streikführer, eine eindeutig positive Figur, der nicht für die Bedingungen verantwortlich gemacht werden kann, unter denen er kämpft.

In Jean-François Vilars Roman *Djemila*¹⁶ leistet ein Polizist selbst den Spitzeldienst und zwar gegen den Front National, um einen ehemaligen Genossen von dem Mord an zwei Jungnazis zu entlasten. Jonas wird eindeutig positiv geschildert, weit positiver als die ambivalente Hauptfigur Sinclair, der sich, obgleich Résistant, als Folterer im Algerienkrieg erweist: »Kurz, wenn ich es richtig verstehe, hatten diese Typen überhaupt keine Chance. Du hast sie liquidiert.« »Nicht ganz. Aber man kann es so ausdrücken.« Jonas hat von Anfang an die heftigen Bewegungen des großen Körpers, die unsicheren Hände bemerkt. Sinclair und er, sie sind beide nicht mehr jung. Jonas studiert das Gesicht seines Gegenübers. Die typischen Folgen des Berufs. Bleiche Gesichtsfarbe, sprießender Bart. Nach mehr als vierzig Jahren ist Sinclair für ihn der »Kommandant«, der Chef geblieben. Wie zu Zeiten der Résistance, zuerst in Chartres, anschließend in Paris und weiter in Paris mit dem FLN, dann gegen die OAS. Gemeinsam haben sie mehrere Kriege erlebt und gelegentlich geglaubt, es wären Revolutionen. Eine Feststellung: Nach so vielen

¹¹ Molina: Die Augen ..., S. 13.

¹² Molina: Die Augen ..., S. 163.

¹³ Molina: Die Augen ..., S. 447.

¹⁴ Vilar, Jean-François: Bastille Tango. Freiburg/Br. 1990.

¹⁵ Manotti, Dominique: Sombre Sentier. Paris 1995. Erscheint im Frühjahr 2004 in deutscher Sprache.

¹⁶ Vilar, Jean-François: Djemila. Freiburg/Br. 1989.

Jahren der Verbundenheit hat Sinclair Jonas nie zu sich eingeladen. Ein Fehler, ein Versäumnis. Jonas ist mehr als ein Komplize aus alten Zeiten oder eine nützliche Verbindung. Ein guter Mann. Integer.«¹⁷ Jonas, der Integere, wird die Hilfsdienste für seinen zwielichtigen Freund nicht überleben.

In *La manière douce*¹⁸ (Auf die sanfte Tour) wechselt Fajardie schlicht die Seiten aus. In einer Mischung aus Science Fiction und roman noir hindert Thomas Sheshoon, eigentlich Anarchist, im Dienste seiner Regierung und deren demokratisch organisierter Geheimpolizei die Faschisten an der Machtübernahme in Frankreich. Die Handlung spielt in einer fiktiven nördlichen Hafenstadt, die sich zu großen Teilen – genau wie das ganze Land – bereits in Hand der Faschisten befindet. Die Absurdität der Lage wird durchaus reflektiert: »Wir können dem Mitleid noch die Ironie hinzufügen: durch welches Teufelswerk sind zwei Anarchisten wie wir beide dazu gebracht worden, die letzte Bastion des Staates und seiner geheimsten Instanzen zu verteidigen?«¹⁹ Der Roman spielt in der Zukunft, strotzt aber vor Analogien mit der französischen Volksfront, was sich wie eine Warnung liest, aus der Geschichte zu lernen. Denn waren es nicht häufig die ganz Linken, die die demokratischen Errungenschaften des bürgerlichen Staates verteidigen mussten? Im arabischen Stadtteil werden diese

Errungenschaften am heftigsten und erfolgreichsten verteidigt. Der Anführer ist ein alter jüdischer kommunistischer Lehrer, Meyerfeld, der seine Kampfkraft in der Résistance erprobte: »Burleske Episode des Straßenkampfes zu Beginn des dritten Jahrtausend, ein Jude organisiert die Verteidigung eines arabischen Viertels mit dem Geld eines Antisemiten. Dem Geld

von Lussac, dem Chef des Unternehmerverbandes.«²⁰

Die Rolle des Spitzels ist in den aktuellen politischen Kriminalromanen komplexer als in der klassischen Krimiliteratur. Die verschiedenen Facetten des Spitzels habe ich versucht darzulegen, ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen.

Das Fazit dieser Schilderungen ist nur in einem Punkt eindeutig: Der Spitzeldienst als solcher ist keine erstrebenswerte Tätigkeit. Auch wenn sie im Dienst des Guten steht, ist der Rekurs auf sie Ausdruck einer Situation der Bedrängnis und der Defensive. Die müden Helden und ihre Gegner müssen sich hin und wieder in ausweglosen Situationen der gleichen Mittel und Wege bedienen wie ihre Gegner, um ihr Ziel zu erreichen oder einfach nur das Schlimmste zu verhindern. Dabei ist immer klar, dass das Ziel die Mittel nicht adelt. Auch deshalb ähneln die Helden mehr den Besiegten im Benjaminschen Sinne: Das Verblassen der Helden lässt auch die Konturen ihrer Gegner verschwimmen.

¹⁷ Vilar: Djemila, S. 32f.

¹⁸ Fajardie, Frédéric H.: *La manière douce*. Paris 1994.

¹⁹ Fajardie: *La manière*, S. 42.

²⁰ Fajardie: *La manière*, S. 110f.

Alain Corneaus »Le Cousin«

In fast allen Kriminalfilmen spielen Spitzel eine schmierige Nebenrolle. Das außergewöhnliche des Films von Corneau liegt in der zentralen Rolle des Spitzels. Der Streifen ist ein Film über den Spitzel Nounours und Spitzel schlechthin. Die Stärke von *Le Cousin* liegt in seiner dichten lebensweltlichen Schilderung, die die feinen sozialen und ethnischen Unterschiede so gekonnt in den Plot verwebt wie es nur das französische Kino kann. Die bedrückende Spannung wird durch die zunehmende unheimliche Bedeutung des Spitzels im Leben des Polizisten Delvaux und der Drogenfahndung überhaupt erzeugt. Die Richterin ist Nounours längst auf der Spur und sie weiß, dass »ein guter Bulle seinen Informanten niemals preis gibt. Das galt für alle Spitzel seit jeher.«

Nach dem Selbstmord eines Beamten erbt Gérard Delvaux, Polizist einer Anti-Drogeneinheit, Nounours, den »Spitzel« seines verblichenen Kollegen. Im allgemeinen hat der Spitzel die Aufgabe über das Milieu zu informieren. Doch Nounours leistet viel mehr. Er möchte dafür aber als gleicher unter gleichen akzeptiert werden, zur »Familie« gehören und nicht bei nächster Gelegenheit an die Richterin ausgeliefert werden, die schon Lunte riecht. Delvaux möchte unbedingt die Identität seines Spitzels geheim halten und dessen Unversehrtheit garantieren. Nounours ist Dealer, seine Tipps sind immer gut und führen zu Verhaftungen und Beschlagnahmungen großer Mengen Heroin.

Delvaux ist ein aufgeklärter linksliberaler Bulle, der mit einer Lehrerin liiert ist, die anfängt zu trinken, weil sie keinen Zugang mehr zu ihm findet. Nounours ist ein sentimentaler, brutaler Drogenhändler, ein zuverlässiger Freund und ein liebender, spießiger Ehemann mit rosa gekleideten Töchtern und eine rosa gekleideten blonden, feengleichen Ehefrau. Nounours, der arabischer Abstammung ist und unter dem Rassismus der französischen Polizei leidet, macht sich wiederum über die eleganten Anzüge der afrikanischen Dealer lustig. Doch diese afrikanischen Dealer sind es, die zuletzt lachen, denn sie haben einen Diplomatenpass. Die großartige Inszenierung – Nounours Meisterwerk, um endlich den ihm gebührenden Respekt zu erlangen – floppt, weil die Herren ihr Heroin im Diplomatengepäck transportieren. Delvaux wird suspendiert, Nounours stellt sich aus Loyalität gegenüber Delvaux der Richterin und kommt in den Knast.

Er hatte es nicht geschafft, ein Bulle unter Bullen zu werden, er blieb das was er immer war: nur ein Spitzel, der erwischt wurde.



Ein Film von Alain Corneau. Frankreich 1998. Mit
Alain Chabat, Patrick Timsit, Agnès Jaoui, Marie
Trintignant.

»Herrgott, so erklärt mir doch ...« »Lass unseren Herrgott aus dem Spiel«, unterbricht ihn der Erzengel. »Schön, fangen wir an ...« Und während der Erzengel unerbittlich die Verdachtsgründe aufzählt, verfällt Dominiques Gesicht zusehends. Malaggones untrügliches Gedächtnis erspart ihm nichts. Der Mammut unterstreicht die Erzählung durch hörbares Schnaufen. Malggonne ist völlig gelassen. Er gefällt sich in seiner Rolle als Beichtvater und Rächer zugleich ...

»Ich weiß genau, Doumé, dass du uns nicht verpiffen hast ...« Die Erzählung geht weiter: Toussaint, Le Havre, Champagne-en-Valromey ... »Und weißt du auch Doumé, dass die Bullen meine Wohnung in der Rue de la Faisanderie beschatten? Also, wer hat sie informiert?« »Und wenn ich daran denke, dass sie mich fast am Boulevard Haussmann geschnappt hätten«, knurrt der Mammut. ... »Tja Doumé, du siehst«, fährt der Erzengel ruhig fort, »unter uns ist ein Spitzel. Und so kann das nicht weitergehen.« Dominique schließt die Augen. Seit ein paar Minuten taucht ein Name in seinen Gedanken auf und verfolgt ihn: Sylvia! Er möchte etwas sagen, doch über seine zitternden Lippen kommt kein Wort. ... Wäre er doch ebenso schweigsam gegenüber der Frau seines Lebens geblieben! Denn Sylvia hat er alles erzählt ... Aber sie gehörte doch praktisch zu ihnen ... Ja, sie bestand sogar darauf, bei den Unternehmungen des Erzengels mitzumachen ... »Dominique«, pflegte sie zu sagen. »Bei dir finde ich alles, was ich brauche: die Liebe, das Abenteuer und das Geld.« Also? Warum hätte sie ihn verraten, und wie? Empörung steigt in ihm auf.

Er sieht den Erzengel fest in die Augen. Er wird seine Sylvia verteidigen. Es ist zu einfach, sie aufs Geradewohl zu beschuldigen. »Ihr spinnt, sag ich euch!« protestiert er. »Du denkst an Sylvia, Angel. Sylvia ist meine Frau. Ich lege meine Hand für sie ins Feuer.« »Nun mal ruhig«, sagte der Erzengel. Er zündet sich eine Zigarette an und fährt in der Aufzählung der Fakten fort. Dann beugt er sich nach vorn, legt seine Hand auf Dominiques Schulter und sagt abschließend: »Mein Junge, es gibt keine Hellseher bei den Bullen. Sie haben ihre Spitzel, das ist alles. Und wenn es nicht Sylvia war, dann bist du es.«

Diesmal kann Dominique seiner Logik nichts mehr entgegensetzen. Der Schleier ist zerrissen. Sylvia hat sie verraten. Der Erzengel und Mammut hat recht. Sylvia ist ein Spitzel. Und für einen Spitzel gibt es nur eine Strafe: den Tod.

Roger Borniche: Der Spitzel, 1980

Wir sind nicht gefeit, dass Schufte unter uns sind. Wenn ich das jetzt schon wüsste, dann würden die morgen nicht mehr leben – kurzen Prozess!

Erich Mielke, am 19.2.82 während einer MfS-Konferenz

Vom Überwachen der Überwacher Spitzel des MfS in der Grenzpolizei der DDR in den fünfziger Jahren

Es ist eine Regel der Geheimdienstarbeit, Nachrichten nach Möglichkeit durch parallele Informationserhebung zu verifizieren. Diese Maxime ist in der staatlichen Überwachungspraxis der DDR zu einem Komplex allseitigen Misstrauens ausgebaut worden. Es war eine Besonderheit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS – auch Stasi genannt), nicht nur die Bevölkerung möglichst lückenlos und ohne Unterlass im Auge zu behalten, sondern auch die für deren Überwachung eingesetzten Überwacher. Die bereits vor ihrer Einstellung überprüften Angehörigen von Organen der inneren und äußeren Sicherheit wurden ständig auf Loyalität und politische Zuverlässigkeit hin überprüft. Selbst die Angehörigen des MfS arbeiteten vor allem in den ersten beiden Jahrzehnten in einer Atmosphäre prinzipiellen gegenseitigen Misstrauens, das auch in privaten Auseinandersetzungen und beruflichen Konflikten genutzt wurde, um konkurrierende Offiziere bei Vorgesetzten wegen einer »falschen« Biographie, politischen Abweichungen oder unprofessioneller Handlungsweise zu denunzieren.

Was innerhalb des MfS als gegenseitige Überwachung angelegt war, wurde gegenüber den anderen bewaffneten Organen, der Polizei und dem Militär, als »Absicherung« genannte Kontrolltätigkeit organisiert. Für die verschiedenen Polizeiorgane und für das Militär war jeweils eine eigene Hauptabteilung des MfS mit zuletzt mehreren Tausend fest angestellter Mitarbeiter zuständig. Sie überprüfte die Kandidaten vor der Einstellung und sollte Linientreue und Pflichterfüllung der gesamten Organisation wie ihrer Angehörigen garantieren. Zusätzlich zur allgemeinen Kaderüberprüfung wurden Schlüsselstellen mit verdeckt operierenden Offizieren des MfS besetzt. Die Tätigkeit selbst wurde ständig kontrolliert und auf Schwachstellen wie auf Hinweise überprüft, die auf absichtliche »Sabotage« hindeuteten. Die Polizisten, Soldaten und Offiziere wurden durch ein relativ dichtes Netz von Spitzeln überwacht. Ein Beispiel für diese mehrfache Überwachung ist das Spitzelnetz des MfS in der Grenzpolizei. Allein im Bezirk Suhl unterhielt das MfS in der Grenzpolizei zwischen 1956 und 1960 374 normale Spitzel, 32 geheime Mitarbeiter für Spezialeinsätze, 37 konspirative Wohnungen und 17 Deckadressen.

In der Grenzbereitschaft Eldena hatte ein verdeckt arbeitender Offizier des MfS ein Netz von Spitzeln organisiert, deren Berichte erhalten sind. Bei der Durchsicht der Spitzelberichte fallen auf den ersten Blick drei Dinge auf.



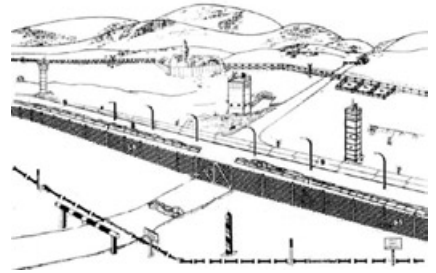
Die Berichte sind fast durchweg in ausgesprochen schlechtem Deutsch verfasst, was auf den niedrigen Bildungsgrad der Verfasser hinweist. Zweitens werden in der Hauptsache Lappalien berichtet, die aber durch die Verschriftlichung und Aufbewahrung der Berichte für die Beurteilung der Bespitzelten großes Gewicht erhalten konnten. Waren bestimmte Handlungen und Äußerungen erst einmal gemeldet und erfasst, musste sich der zuständige Führungsoffizier entscheiden, wie er mit den Informationen umgehen wollte. Da auch seine Arbeit von Kollegen und Vorgesetzten misstrauisch beobachtet wurde und immer die Gefahr einer Überprüfung bestand, entschied er sich meistens, auch idiotisch anmutenden Hinweisen und dem nebensächlichsten Gerede akribisch nachzugehen. Aus dieser Entscheidung resultierten immer wieder neue Aufträge für die Spitzel, einmal angeschwärmte Kameraden immer weiter auszuforschen. Das dritte Moment scheint mir das überraschendste zu sein: Die Spitzel selbst waren nicht immer übermäßig loyal gegenüber der DDR und kaum politische Überzeugungstäter. Deshalb mussten ihre Informationen sehr viel stärker, als das bei anderen Überwachungsorganisationen üblich war, durch parallele Ausforschung – eine Bespitzelung der Spitzel – überprüft werden.

Der Spitzel mit dem Decknamen »Blume« wurde im Juni 1952 für das MfS angeworben. Ein anderer Informant, unter dem Decknamen »Gitti« tätig, gab vor dessen Verpflichtung als »Geheimer Informant« einen Bericht über ihn ab. Seine »Beteiligung in politischer sowie gesellschaftlicher Hinsicht« sei »nicht immer so wie es von ihm verlangt« wurde, allerdings bemühe er sich um eine adäquate politische Grundhaltung. Er war Mitglied der FDJ und seine Einstellung zur DDR und UdSSR sei »positiv«. Begründet wird seine Anwerbung mit zwei Argumenten. Erstens gebe es im Stab der Grenzbereitschaft, wo »Blume« arbeitete, nur einen Informator und der sei dienstlich so überlastet, dass er nicht in der Lage sei, »genauere Angaben« zu machen. Außerdem gebe es in der Grenzbereitschaft »mehrere Kameraden«, die »negative Diskussionen führen« und die er gut überwachen könne.

»Blume« begann seine Spitzeltätigkeit am 27. Juni 1952; sie endete im Juni 1953 mit einer Meldung über Meinungen in der Truppe und der Bevölkerung zum 17. Juni. Seine Berichte enthalten Informationen zur allgemeinen Stimmung in der Truppe, den dort geführten Diskussionen, und sie geben Aussagen einzelner Kameraden wieder und bewerten deren Verhältnis zu Partei, Staat und Grenzpolizei der DDR. Auch über Vorgesetzte und Politikader wurden Berichte angefertigt. Im ersten Bericht gab er an, dass die Stimmung »über die Durchführung von Z.K. nicht ganz rosig« sei. Besonders ungehalten sei man über die »Gehaltserhöhung der Inteligens«. Kollegen wurden auch gezielt angeschwärzt: Ein Polizist, »der mir nicht ganz einwandfrei ist«, mache kritische Bemerkungen, die Diskussionen in der Einheit auslösten. Er habe vor Zeugen geäußert, dass er »nicht mit der Regierung der DDR einverstanden« sei. Außerdem erledige er Dienstgeschäfte schlecht und mache sich über Vorgesetzte lustig. Auch in den folgenden Berichten wurden Meinungsäußerungen na-

mentlich genannter Kollegen mitgeteilt, woran sich regelmäßig der Auftrag anschloss, über deren Dienstdurchführung und ihr Verhältnis zur DDR umfassend zu berichten.

In anderen Fällen erhielt »Blume« unabhängig von seinen eigenen Berichten den Auftrag, über eine bestimmte Person Informationen zu sammeln. Allerdings hielt sich das »Sammeln« meist in Grenzen und die gelieferten Informationen entsprachen nicht der Erwartungshaltung des MfS. Über einen Hauptwachtmeister schrieb »Blume«, dass dessen Diensteifer angemessen sei, »nur die größte Schwäche ist bei ihm die Politick. ... Darum versteht er manchmal Verordnungen der Regierung nicht.« Die Aufträge des Führungsoffiziers zielten meist auf individuelle politische Gesinnungen, Meinungsäußerungen, das Verhältnis zum Staat der DDR und zum Sozialismus, Verhalten im Dienst und das private Umfeld, von dem negative Einflüsse ausgehen könnten. Da es sich in der Regel um junge Männer handelte, wurde der Spitzel gelegentlich auch so schlicht wie unverschämte gefragt: »Was für Verbindungen hat [Name geschwärzt] zum zivilen Sektor (Mädels)?«



Ein weiterer Spitzel, der sich den Decknamen »Irmgard« aussuchte (überhaupt waren weibliche Decknamen sehr beliebt – wahrscheinlich mussten die der Freundinnen dafür herhalten), wurde trotz schlechter politischer Beurteilungen angeworben. Schon im ersten Bericht lieferte »Irmgard« eine Glanzleistung, indem er dem MfS zwei Kameraden denunzierte, die ihren Posten verlassen hatten und die er bereits seinen Dienstvorgesetzten gemeldet hatte. Der Kommandoleiter in Nostorf hatte beide Posten auf seine Meldung hin bestraft. »Irmgard« fügte dem Bericht die gesprächsweise Bemerkung eines Kameraden hinzu, dass einer der beiden häufiger seinen Posten verlasse und ein bestimmtes Haus im benachbarten Dorf besuche. Das MfS interessierte sich daraufhin für die Familie, die der Wachtmeister aufsuchte. Dieser Bericht zeigt, dass die verdeckte Tätigkeit für das MfS auch die Schwelle zur Denunziation von Kameraden auf dem normalen Dienstweg senkte. Gleichzeitig wird deutlich, dass das Interesse des MfS über die Behebung von dienstlichen Mängeln weit hinausging und die Überwachung weitläufiger verdächtiger Kontakte im privaten Umfeld einzelner Grenzpolizisten einschloss. Drittens zeigt er, dass die Berichte von Informanten dazu dienten, private Gespräche unter Kameraden aktenkundig zu machen, die den Vorgesetzten verborgen geblieben wären.

Die Berichte sind in ihrer denunziatorischen Schlichtheit (und gelegentlich auch Einfalt) inhaltlich doch vielseitig. Da gibt es mehrere Stimmungsberichte, in denen die allgemeine Situation der Dienststelle und die dienstlichen wie privaten Beziehungen der Polizeiangehörigen geschildert werden. Nach dem Tode Stalins wurde berichtet, wie die Meldung aufgenommen und wer über den Tod

wie geredet hatte. Kameraden wurden auch denunziert, weil sie sich über die zu strenge Ordnung und Disziplin im Kommando beschwert und diese im privaten Gespräch als »Militarismus« bezeichnet hatten. In anderen Berichten wird jeweils ein ganzes Leben mit seinen Verwicklungen wiedergegeben, wie es dem Spitzel wohl im Verlauf eines langen, vertrauten Gesprächs erzählt worden war. Immer wieder reichte »Irmgard« detaillierte Berichte ein, in denen das Leben der von ihm beobachteten Personen in distanzierter Form und äußerst schlechter Rechtschreibung skizziert wird. Auch über das häusliche Umfeld der Polizisten und die Einstellung ihrer Ehefrauen konnte »Irmgard« Auskunft geben.

Oder er liefert einen Bericht mit der eifernden Einleitung: »Das Benehmen des Hptwm. [Name geschwärzt] in den letzten Tagen veranlaßt mich dazu einen kurzen Bericht zu erstatten.« Einige Berichte reflektieren eine gehässige Einstellung gegenüber abweichendem Verhalten: »Frau [Name geschwärzt] ist eine ehemalige Tänzerin war öfters in West-Berlin und ein ganz verrufenes Subjekt.« In fast jedem Bericht denunziert »Irmgard« jemanden, häufig auf einen offenbar vagen und ungeprüften Verdacht hin. Hinter jeder banalen Äußerung wittert er eine Vernachlässigung der Pflichten, ungenügende Wachsamkeit oder gar Verrat. In einer Schlussbeurteilung seiner Vorgesetzten bei der Bezirksverwaltung Schwerin des MfS aus dem Jahr 1952 wird »Irmgard« denn auch bescheinigt, dass er »ein guter Informator« gewesen sei und bewiesen habe, »das er arbeiten kann«.

Andere arbeiteten deutlich unwilliger und mit schlechterem Ergebnis. Ein Spitzel mit Decknamen »Spiegel« war wohl eher unfreiwillig mit dieser Tätigkeit beauftragt worden. Der zuständige Offizier beim MfS wollte ihn anwerben, weil er als Kraftfahrer »viel unterwegs« sei. Da er »in die ganze Grenzbereitschaft Eldena« komme, sei er in der Lage, »gute Berichte zu geben«. Insgesamt sind vier Berichte überliefert, die alle äußerst knapp gehalten sind. »Spiegels« Karriere als Informator endete zu Beginn des Jahres 1952. Schon im September 1951 hatte ein anderer Spitzel des MfS, dessen Bericht die Freude über eine solche Entdeckung durchaus anzumerken ist, ihn angeschwärzt, weil er sich abfällig über eine Delegation des ZK der SED geäußert hatte: »Am 30.8.51 unterhielt ich mich mit den VP.-O.Wachtm [Name geschwärzt, es handelt sich um den Klarnamen von »Spiegel«] vom Stab der VPGb Eldena über die Unsauberkeit

seiner Stube. Ich sagte ihm das seine Stube sehr unsauber sei und er soll sie sauber machen, da antwortete er mir ich hätte mir mal die Stube ansehen sollen wo die Kameraden vom ZK wieder weck waren. Er bezeichnete die Kameraden als faule Hunde, ich machte ihn darauf aufmerksam das die Kameraden vom ZK sind und er solle seine Redensart mäßigen, da antwortete er gerade die sind die faulsten Hunde. Das ganze Verhalten des [Name geschwärzt] ist gegen unsere demokratische Ordnung, er beteiligt sich an



keiner Gesellschaftlichen Arbeit, und bekommt er von der FDJ Gruppe einen Freundschaftsauftrag so lehnt er den ab.« Der Bericht zeigt deutlich, dass die Überwachung des MfS auch schon in der Anfangszeit so weit ging, dass sie sich eine Kontrolle eines Spitzels durch den anderen erlauben konnte.

Die multiple Überwachung innerhalb der Grenzpolizei, die für die Bewachung der Grenze der DDR und die Kontrolle der Grenzbevölkerung zuständig war, führte dazu, dass gerade angeworbene Spitzel wieder abgeschaltet werden mussten, weil sie von anderen Spitzeln als politisch unzuverlässig eingestuft wurden. Dennoch dürfte das Spitzelnetz zur politischen »Festigung« der Einheiten insofern beigetragen haben, dass die Polizisten gegenüber ihren Kameraden vorsichtiger wurden und sich nicht mehr offen über politische und dienstliche Angelegenheiten unterhielten. Dadurch konnte der Eindruck entstehen, dass die jeweils anderen Polizisten mit den angeordneten Maßnahmen der SED und der Vorgesetzten einverstanden wären, wodurch die teilweise widerwillige Bereitschaft zum Mitmachen bestärkt worden sein dürfte. Zu diesem Zweck war es gar nicht notwendig, dass die angeworbenen Spitzel sich politisch mit dem Regime identifizierten, für das sie die Informationen sammelten. Es reichte durchaus, dass sie es taten. Dabei lassen die Berichte sehr unterschiedliche Grade der Begeisterung erkennen: Während »Blume« seine Aufgabe anscheinend ohne große Begeisterung, aber weisungsgemäß erfüllte, hielt »Spiegel« sich extrem zurück. Es gibt von ihm nur einen längeren Bericht, in dem er sich ohne Namensnennungen über die schlechte Stimmung verbreitete, die in der Einheit wegen dem unzureichenden Ausgang am Wochenende herrsche. Er wird hier auch eigene Interessen artikuliert haben, was letztlich einer Umnutzung des Systems der Überwachung *für* die Belange der Polizisten gleichkam. In den Berichten anderer Spitzel, wie »Irmgard«, wird ein denunziatorischer Eifer sichtbar, der überall Verweigerung und Verrat wittert und gar nicht so viele Informationen sammeln kann, wie er weitergeben möchte.

Das Spitzelhandwerk lässt sich demnach auf sehr unterschiedliche Arten ausüben.

Torsten Dietrich, Hans Ehlert, Rüdiger Wenzke (Hg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998.

Gisela Karau: Grenzerprotokolle. Gespräche mit ehemaligen DDR-Offizieren, Frankfurt a. M. 1992.

Alf Lüdtke, Peter Becker (Hg.): Akten, Eingaben, Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997.

Gerhard Sälter: Interne Repression. Die Verfolgung übergelaufener MfS-Offiziere durch das MfS und die DDR-Justiz (1954-1966), Dresden 2002.

Dieser Artikel ist aus einem beim Dokumentationszentrum Berliner Mauer angesiedelten und von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderten Forschungsprojekt zur Grenzpolizei der DDR hervorgegangen.

Die Zeitung ist keine Kneipenzeitung mehr – in der der Leninismus chinesischer Bauart umgeht, mach ich nicht mit, Ilona. Wegen ihres Programms, illegale und legale Arbeit, Aktivität in Guerilla und Stadtteil, miteinander zu verbinden – wobei schwimmend auf allen Wassern wie ein Korken, prinzipienlos, wie es nur ein agent provocateur sein kann, der Verfassungsschützer vom Dienst, der besagte ältere Arbeiter T., in der Redaktion blieb – verschwand ihr wichtigster Teil, verschwanden die Kader dieser dritten Redaktion sehr schnell in U-Haft.

Peter Paul Zahl, *Die Glücklichen*, 1979

Der Versuch, uns das Erbe Rudi Dutschkes zwanzig Jahre nach seinem Tode wieder zu vergegenwärtigen, findet nicht gerade unter günstigen Umständen statt. [Eine] Veröffentlichung über die außerparlamentarische Opposition der 60er Jahre schildert das Innenleben der unabhängigen Linken in Westdeutschland und Westberlin aus der Sicht der Spitzel und ihrer Stasi-Auftraggeber. Solche aus den Akten der Gauck-Behörde gespeiste Geschichtsschreibung suggeriert, dass fast alle Akteure der APO an den Strippen der Stasi gezappelt haben, bewusst oder unbewusst, und sogar ein überaus kenntnisreicher und verdienstvoller Chronist dieser Jahre macht sich diese Lesart zueigen.

Klaus Meschkat über Wolfgang Kraushaar und andere, 1999

»S-Bahn-Peter«

Eine Textcollage zur Familien- und Kriminalgeschichte der Westberliner APO

Am 1. Dezember 1967 wurde Fritz Teufel nach mehreren Monaten Untersuchungshaft freigelassen. Im Unterschied zu dem in anhaltender Freiheit befindlichen Polizisten Kurras hatte Teufel während der Protestaktionen gegen den Schah-Besuch am 2. Juni weder einen Studenten noch einen Polizisten erschossen, sondern sollte angeblich einen Stein geworfen haben.

Fritz Teufel wurde bei seiner Entlassung von GenossInnen aus der Kommune I und dem SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) freudestrahlend in Empfang genommen.

Auf dem hier dokumentierten Bild wird der langhaarige Teufel u.a. von den umfänglich behaarten Rainer Langhans und Dieter Kunzelmann sowie einem Kind begleitet. Passend zur kalten Jahreszeit trägt Langhans Weihnachtsschmuck auf dem Kopf und wie einige andere eine Fackel. Zu dem Pulk zählen noch zwei Frauen und mindestens zwei weitere junge Männer. Im Unterschied



zu der eher an Unordnung orientierten Frisur der Kommunarden sehen sie nach heutigen Maßstäben ganz anständig aus. Der mit etwas Abstand zu den Kommunarden ganz links in der zweiten Reihe leicht verdeckt laufende Mann trägt eine dicke Brille, sein Gesichtsausdruck verrät Neugierde; der direkt neben Fritz Teufel laufende Mann wirkt demgegenüber offen und entspannt und trägt einen etwas skurrilen Hut, der in den 60er Jahren bei Malochern üblich war.

Nun die Preisfrage: Wer von beiden ist der Spitzel? Der angesichts des Fotografen eher verdeckt laufende Brillenträger oder der entspannte junge Mann neben Fritz Teufel? Auflösung: Der Spitzel ist tatsächlich nicht der junge Christian Semler hinten links, der in den Folgejahren als KPD/AO-Vorsitzender eher für »Peking« als das Landesamt für Verfassungsschutz arbeitete, sondern der mit dem Hut: Peter Urbach, alias »S-Bahn-Peter«.

Wie alles im SDS und der Kommune I begann ... »Im Winter 1966/67 kreuzte Urbach, als proletarischer Rohrleger kostümiert, zum ersten Mal im damaligen SDS-Zentrum am Kurfürstendamm 140 auf und prahlte mit seinem angeblichen antirevisionistischen Kampf bei der von der DDR betriebenen S-Bahn herum. Als wir auf seine Sprüche wie ›und dann habe ich einem stellvertretenden Stellwerkleiter eine Stinkbombe unter den Schreibtisch geworfen‹ desinteressiert, ja ablehnend reagierten, verlegte er seine Haupttätigkeit in die gerade entstehende Kommunebewegung.«

Fichter, Leserbrief

»Ich kenne den Polizeispitzel Peter Urbach sehr lange. Wenn ich mich recht erinnere, seit dem Frühjahr-Sommer 1967, ... jedenfalls aus der Zeit der Kommune I. ... Wir waren ja eine sehr offene Gruppe und haben es nicht für nötig befunden, uns vor Interessenten irgendwie abzuschließen. Er kam öfters zu uns und beschaffte uns Material. Um es vorweg zu schicken, er war ja in Jugendheimen und gehört zu den Opfern der Gesellschaft, die wir bekämpften. Jedenfalls war er so eine Art technisches Faktotum, er konnte Dinge, die wir nicht konnten, Autos reparieren (Lichtleitungen liegen) und Badezimmer einrichten, er konnte so was, wir nicht. ... Er hat ja auch verschiedene politische Verfahren gehabt, er war in einem der ersten politischen Verfahren hier in Berlin mitangeklagt, Afrika Addio, er gehörte auch zu den ersten Vietnam-Demonstranten, damals, als das noch auf größten Widerstand stieß, während sich ja wohl heute kaum mehr jemand für die US-Schweine einsetzt.«

Kunzelmann, in: Frohner-Procontra, 13.5.1971

»Sein Name: Peter Urbach, genannt ›S-Bahn-Peter‹. Urbachs Legende kam gut an: Als Waise in seelenlosen Heimen aufgewachsen, hätte er den Charakter dieses kapitalistischen Staates erkannt. Auch mit dem Osten sei er über Kreuz, da ihn die Deutsche Reichsbahn wegen angeblicher ideologischer Abweichung entlassen habe. (Aus S-Bahn-Kreisen war später jedoch zu hören, Urbach hätte geklaut und sei deshalb gefeuert worden.) Nunmehr eltern- und arbeitslos, sei er gezwungen, sich durch Gelegenheitsjobs und Villeneinbrüche durchzuschlagen. Seine handwerklichen Fähigkeiten öffneten ihm die Türen zu vielen interessanten Observationsobjekten: In der Kommune I goss er den Betonfußboden, in diversen Wohngemeinschaften reparierte er die sanitären Anlagen. Die Beziehung zur K I erwies sich für ihn als größter Aktivposten. Denn wer die Gesinnungsprüfung durch Langhans, Teufel und Kunzelmann überstanden hatte, dem wurde auch anderswo vertraut.«

Langer

»Bekannt aus der K I war er überall bei APO-Aktionen zu sehen. ... Auch er ist aalglatt, sehr freundlich, solidarisch, politisch überradikal. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.«

Baumann, Vernehmungsprotokoll

»Als ich hingekommen bin, war Peter Urbach schon in der K I, er war schon immer so eine Randfigur da, der schlief dort nicht. Urbach hat natürlich immer zu Hause gewohnt mit Frau und Kindern und Schwiegermutter, war so ein Heimkind, ein ehemaliges. Er war ein perfekter Spitzel, ein guter Agent. Über diese Heimgeschichte konnte er sich immer in jeden Menschen, von dem er was wollte, direkt einlinken. Im Heim, bei jedem Pfleger, hat er sich immer so verhalten. Bei jedem konnte er ne Psyche aufschlüsseln, wie er was kriegte, weil er einfach so groß geworden ist. Das war sein Lernprozess mit Menschen und den konnte er natürlich sofort umsetzen, alles erfahren, wie er gerade so wollte. Weil er immer so freundlich, sehr hilfsbereit und solidarisch war in seinem Umgang, ist das nie groß aufgefallen. Man hat ihn auch mal aufgefordert, mit seiner Frau in die K I zu ziehen, aber irgendwo war die K I auch ein elitärer Haufen. Für mich war das einfach so, wenn der Typ da schon immer ist, dann wird er schon in Ordnung sein. Über das Problem des Spitzels hat sich zu der Zeit noch keiner richtig Gedanken gemacht. Es war eben gerade das Tolle, dass man mit jedem kommunizieren konnte, da kommst du nicht gleich wieder auf einen Spitzel.«

Baumann, Wie alles anfang



Das Pudding-Attentat: »Als bekannt wurde, dass der Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Hubert Horatio Humphrey, am 5. April 1967 West-Berlin einen Besuch abstatten würde, stimmten wir sofort darin überein, dass dies der Anlass für unsere erste größere eigene Aktion sein musste. Mir war klar ... dass unsere Aktion erstens in einem Schein-Angriff auf den Konvoi des Vizepräsidenten bestehen könnte und zweitens dieser Angriff so zu gestalten sei, dass er die interessierte Öffentlichkeit mehr zum Lachen brachte als Anlass für Furcht- oder Bedrohungsszenarios zu bieten.«

Kunzelmann

»Teufel, der zur Triebfeder des geplanten ›Anschlags‹ wird, geht es vor allem um die Entwicklung neuer Aktionen, die sich von den traditionellen Vorstellungen und Protestformen linker Politik lösen und dadurch Jugendliche und Studenten mobilisieren, die sich schon gar nicht mehr um Politik scherten. Spaß und Ironie sollten zudem auch bei den bereits politisierten Studenten ankommen, die genug hätten von den freudlosen, immergleichen Demonstrationsmärschen. Am 3. April [1967] starten die Kommunarden die konkreten Vorbereitungen: Mehl, Eier, Torten und Schlagsahne werden eingekauft. ... [Doch] kurz darauf [nehmen] Beamte der Berliner Politischen Polizei ... die Kommunarden widerstandslos fest. ... Was die Kommunarden nicht ahnen konnten: Der amerikanische Geheimdienst hatte die Telefone des Ateliers und der Wohnung von Uwe Johnson – in denen sich die Kommunarden breitgemacht hatten – angezapft, im festen Glauben, mit Johnsons Ehefrau Elisabeth eine tschechische Agentin ausgemacht zu haben. ... Zudem verkehrte

in der Kommune I zu dieser Zeit regelmäßig der junge Reichsbahnangestellte Peter Urbach, der zwei Jahre später als Informant des Landesamtes für Verfassungsschutz enttarnt wird.«

Carini



»Mehrere Knallkörper fliegen in den Saal« – Afrika Addio: »Zu Tumulten von erheblichem Ausmaß kam es gestern im Moabiter Kriminalgericht am letzten Verhandlungstag gegen neun Demonstranten, die im August 1966 vor dem Astor-Filmtheater gegen die Aufführungen des Filmes »Afrika Addio« protestiert hatten. Im Großen Schwurgerichtssaal entwickelte sich bei der Urteilverkündung eine regelrechte Saalschlacht zwischen Angehörigen der Kommune und ihrem Anhang auf der einen, Justizwachtmeistern und Polizisten auf der anderen Seite.«

Berliner Morgenpost

»Feierliche Stille im Saal 700 Moabit. Stehend hörten die Prozessteilnehmer die Urteilsverkündung des Schöffengerichters. Er kam allerdings nicht weit. Nachdem der erste Angeklagte erfahren hatte, dass er zu 150 DM Geldstrafe verurteilt worden war, landete ein Kanonenschlag nur wenige Meter vor dem Richtertisch entfernt und verwandelte die Szene in einen Hexenkessel.«

Eggers, Kanonenschläge

»Eklat im Moabiter Landgericht. In einem Strafverfahren über die Störaktionen gegen den Film »Afrika Addio« steht der Vorsitzende Richter, Amtsgerichtsrat Gente, wegen seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft im Fadenkreuz der studentischen Prozessbeobachter. Als Gente zur Urteilsverkündung ansetzt, wirft Fritz Teufel gelbe Flugblätter in den Verhandlungssaal: »Organisieren wir den Ungehorsam gegen die Nazi-Generation. Ehemalige Nazi-Richter wollen über uns »Recht« sprechen. Ausgerechnet der Moabiter Amtsrichter Gente – einst Mitglied der Nazi-Partei – will unsere Kommilitonen »verurteilen«, die gegen den faschistischen Rassenhetzfilm Afrika Addio protestiert haben ... Holen wir nach, was 1945 versäumt wurde: Treiben wir die Nazi-Pest zur Stadt hinaus. Machen wir endlich eine richtige Ent-Nazifizierung. Heizen wir Ihnen so ein, dass ihnen die fetten Gehälter, Dividenden und Pensionen, die sie für ihre Verbrechen von gestern verschlingen, im Halse stecken bleiben! ... Bereiten wir den AUFSTAND gegen die Nazi-Generation vor.«

Flugblatt

»Mehrere Knallkörper fliegen in den Saal, zwei von ihnen wirft Teufel, einer der später als Verfassungsschutzspitzel enttarnte Peter Urbach. Die Verhandlung muss daraufhin unterbrochen, der Gerichtssaal geräumt werden.«

Carini

»Einige der an den Krawallen beteiligten Mädchen stießen ununterbrochen gellende Schreie aus. Zeitweise standen Rauchwolken im Saal. Nur mit Mühe

gelang es, die randalierenden Gruppen die drei Treppen hinunter und schließlich aus dem Hauptportal zu drängen, wo Scheiben zerschlagen wurden.«

Tagesspiegel, 24.1.68

»Die Tumulte ... sind Thema einer gestern im beschleunigten Verfahren begonnenen Schöffengerichtsverhandlung. Dem 24jährigen früheren Studenten Teufel und einem 26jährigen Handwerker wird zur Last gelegt, sie hätten damals aus dem Zuhörerraum Knallkörper zum Richtertisch geworfen und dadurch das Gericht öffentlich beleidigt. Die Angeklagten lehnten es ab, sich zur Sache zu äußern.«

Tagesspiegel, 21.2.68

»Sind wir hier in Moskau oder in Berlin? Das ist ja wie beim Moskauer Prozess.« Diese Sätze rief gestern ein junger Mann in den Saal 101 in Moabit, wo sich der Kommunarde Fritz Teufel zusammen mit dem Klempnergesellen Peter Urbach wegen Missachtung des Gerichts und des Werfens von Feuerwerkskörpern verantworten musste. ... Rechtsanwalt Schily, der Verteidiger der beiden Angeklagten, bat um Vertagung des Prozesses, da man ihm erst drei Tage zuvor die Anklageschrift übergeben hatte und ihm auch die nötige Akteneinsicht fehlte. Das Gericht wies seinen Antrag jedoch ab.«

Eggers, Im Moabiter ...

»Zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte ein Schöffengericht gestern ... Fritz Teufel wegen Richterbeleidigung in Verbindung mit einer Übertretung des § 367 Ziffer 8 des Strafgesetzbuches. Wegen des gleichen Deliktes erhielt ein 26 Jahre alter arbeitsloser Klempner, Peter U., sechs Wochen Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist und der Auflage 250 DM Buße an das Deutsche Rote Kreuz zu zahlen.«

Telegraf, 24.2.68

CS

Sargaktion und Go-in ins Rathaus Schöneberg: »Der Agent des Verfassungsschutzes war bei allen frühen anarchistischen Aktionen mit von der Partie. Viele hat er selbst inszeniert. 1966 ist er beim missglückten Puddingattentat auf den damaligen Vizepräsidenten der USA, Humphrey, dabei. Im Sommer 1967 bastelte und trug er den Pappsarg, der anlässlich der Beerdigung Paul Löbes von buntbetuchten Studenten provokativ unter die Trauergäste getragen wurde.«

Homann

»Anlässlich der Trauerfeier für Paul Löbe am 9. August 1967 schlug Urbach ... den rastlosen Mitgliedern der Kommune I, die ein Happening planten, aber nicht wussten wie, die Sargkiste vor.«

Fichter, Leserbrief



»Und als dann Fritz Teufel ein halbes Jahr in U-Haft war und wir uns sehr um seine Befreiung bemüht haben, da hat Urbach auch an der Löbe-Aktion [teilgenommen] ... Bei der Aktion hat er uns den Sarg gezimmert. Es gibt ja auch Fotos, auf denen zu sehen ist, dass er den Sarg mitgetragen hat.«

Kunzelmann, in: Frohner-Procontra, 13.5.1971

»Nicht einmal Ehrfurcht vor einem Toten! ... Für ihn inszenierte die Kommune I ihre kaum glaubliche Demonstration beim Staatsakt für den ehemaligen Reichstagspräsidenten: Kommune-Student Fritz Teufel war seit den Berliner Anti-Schah-Krawallen am 2. Juni in Haft. Mag die Begründung für Teufels Inhaftierung fragwürdig sein – sie rechtfertigt auf keinen Fall die Art, in der seine Genossen ausgerechnet bei einer Trauerfeier für seine Freilassung demonstrierten.«

Bunte Illustrierte

»Inmitten der Trauerfeier ... springt am 9. August ein mit einem weißen Nachthemd bekleideter Dieter Kunzelmann aus einem von mehreren Studenten wie eine Sänfte getragenen Pappsarg. Noch bevor die überrumpelte Polizei eingreifen kann, proklamiert er ein Staatsbegräbnis für die ›richtigen Leichen: Alberts, Büsch, Duensing, den Senat mit seiner Polizei und Justiz‹. Zu den Sargträgern gehören auch Andreas Baader und Gudrun Ensslin. ... Nur einen Tag später ist es soweit. Am 10. August wird Fritz Teufel freigelassen.«

Carini

»Ein V-Mann trägt den Senat zu Grabe. Innensenator Neubauers Mann ... (dritter Sargträger von links, der erste ist Andreas Baader) in der ›tragenden Rolle‹ eines Agent provocateur bei dem Kommunehappening während der Trauerfeier für Paul Löbe vor dem Rathaus Schöneberg. Diese Aktion ... war ein Anlass mehr, die gesamte Linke zu diffamieren. Neubauers Mann war der Vater dieser Idee und bastelte auch den Kommune-Sarg zusammen – wahrscheinlich aus Senatsmitteln, denn für seine Aufträge erhielt er ›eine Aufwandsentschädigung, auch für die Materialkosten‹, wie er vor Gericht bekundete.«

Extradiest, 8.5.1971

»Halten Sie die Form der Beteiligung von Herrn Urbach an der Störung der Beerdigungsfeier für Herrn Reichstagspräsidenten Löbe noch für rechtlich vertretbar und würden sie nicht zugeben, dass schon das eine gewisse Bestätigung der in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen ist, dass er sich doch als Agent provocateur betätigt hat?«

Abgeordneter Liebig, in: Abgeordnetenhaus

»Nein, ich ... bitte aber jetzt um Verständnis dafür – [dass] die Fragestellung ... längere Ausführungen über Art und Weise auch der Tätigkeit dieses V-Mannes erforderlich machen [würde], die ich ... vor dem Sicherheitsausschuss machen werde.«

Innensenator Kurt Neubauer, in: Abgeordnetenhaus

»Der Vorsitzende Abg. Ehrke eröffnet die Sitzung um 11.00. Punkt 1 der TO: Besondere Vorkommnisse. ... c) Der Ausschuss beschließt für die nachfolgende Berichterstattung und Aussprache nach Paragraph 54 Abs. 2 GO Geheimhaltung unter Verzicht auf Protokollierung. Bürgermeister Neubauer gibt unter Bezugnahme auf seine Ausführungen in der 7. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Mai 1971 einen ergänzenden Bericht betr. das Auftreten des V-Mannes Urbach im Mahler-Prozess. Zachmann und Schröder – Senatsverwaltung für Inneres – und Bürgermeister Neubauer beantworten hierzu Fragen der Abgn. Lummer, Schmitz und Müller. ... Schluss der Sitzung: 12.18 Uhr.«

Ausschuss für Sicherheit und Ordnung

»Otto Schily: »Haben Sie an einer Aktion der Kommune I anlässlich der Begräbnisfeier von Paul Löbe teilgenommen und den Sarg getragen, in dem Kunzelmann lag?«

Peter Urbach: »Ich kann dazu nichts sagen, ich kann, aber ich darf nicht.«

Otto Schily: »Dann möchte ich Ihnen hier das Foto vorlegen, ob Sie sich da wiedererkennen ... Herr Zeuge, erkennen Sie sich auf dem Foto wieder?«

Peter Urbach: »Dazu kann ich nichts sagen.«

Frohner-Procontra, 6.5.1971

»[Es gab von der] Kommune [ein] Go-in ins Rathaus Schöneberg anlässlich einer Debatte des parlamentarischen Vertuschungs-Ausschusses über den 2. Juni. Mein Erscheinen war bereits angekündigt. Es kursierte auf Aufklebern und Flugblättern die Parole »Teufel ins Rathaus!«. Das hat mir schließlich eingeleuchtet, ich gelangte rasiert mit Hornbrille, Schlips und Anzug verkleidet tatsächlich ins Rathaus und wurde erst beim Rausgehen und nach einigen Tumulten im Parlamentsvorraum ... erkannt und wieder verhaftet. Möglicherweise durch Peter Urbach verraten.«

Teufel, Teufelische Demokratie

»Peter Urbach, der unter dem Innensenator Wolfgang Büsch in die Kommune I eingeschleust wurde. Fritz Teufel hatte entgegen den Haftverschonungsaufgaben Berlin verlassen und an der XX. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt am Main vom 4. bis zum 8. September [1967] teilgenommen. Daraufhin war die Haftverschonung aufgehoben worden. Zurück in Berlin verbarg er sich in einer von Urbach besorgten subversiven Wohnung, die – wie man heute weiß – der Polizei gehörte.«

Ruetz



Eine kleine Bombe, der Angriff auf den Springer-Wagenpark und andere Straßenschlachten: »IV. Maßnahmen zur Eindämmung der Aktivitäten des SDS. 1. Entsprechend einer Weisung des Regierenden Bürgermeisters ist die Tätigkeit des SDS ständig zu beobachten und zu analysieren. Die Tätigkeit des SDS bzw. einzelner radikaler SDS-Mitglieder wird unter Kontrolle ge-

halten. Die Beobachtung folgt mit dem Ziel, die Beziehungen des SDS zum Republikanischen Club (RC) sowie zu anderen oppositionellen Organisationen und Personen festzustellen, die in Berlin die Tätigkeit des SDS lenken. Zu diesem Zweck werden weitere vertrauenswürdige Personen, besonders aus linksgerichteten Organisationen, in den SDS und RC eingeschleust, um genaue Informationen über die dortigen Vorgänge zu erhalten. Besondere Aufmerksamkeit wird der Betätigung und zunehmenden Popularität des SDS-Vorstandsmitgliedes Dutschke gewidmet.«

Senator für Inneres – Abt. IV



agit 883-Titel mit brennenden Springer-Auslieferungswagen

»Rudi [Dutschke] und ich diskutierten oft über theoretische Fragen, geplante Aktionen, auch über die Gewalt, ihre Anwendung in den Ländern der Dritten Welt und in den Metropolen. Übereinstimmend stellten wir damals fest, dass sich die unterdrückten Völker der Dritten Welt nur durch Waffengewalt befreien konnten, in den Metropolen hingegen seinen nur ›symbolische Aktionen‹, ›Gewalt gegen Sachen‹ erlaubt. Dazu gehörte auch ein Anschlag, den wir auf den amerikanischen Sender AFN in Saarbrücken planten: Es sollte zu einer kurzen Unterbrechung kommen. Mit dieser Aktion wollten wir unseren Protest gegen den Vietnamkrieg demonstrieren. Dabei hätte es einen geringen Sachschaden gegeben: den Sturz eines Antennenmastes, wir hielten das für gerechtfertigt. Ein in Saarbrücken ansässiger Freund und Genosse wurde gebeten, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, wir sollten aus Berlin den Sprengstoff mit-

bringen. Das war für uns kein Problem. Peter Urbach ... besorgte uns eine kleine Bombe. Rudi, ein gemeinsamer Freund und ich machten uns auf den Weg ... und fuhren nach Saarbrücken ... Doch der Freund in Saarbrücken hatte vermutlich Angst bekommen, die Vorbereitungen waren so lückenhaft, dass wir die Aktion nicht durchführen konnten. ... Was sollten wir nun mit der Bombe machen? ... Rudi wusste einen Ausweg. Ein mit ihm befreundeter Lehrer erklärte sich bereit, den Koffer in der [Berliner] Wohnung unter seinem Bett aufzubewahren. Von dem Inhalt des Koffers hatte er keine Ahnung. Erst Wochen später gaben wir S-Bahn Peter die Bombe zurück.«

Nirumand

»Vor dem Springer-Hochhaus wartet schon ein riesiges Polizeiaufgebot, dessen Operationen Innensenator Neubauer vom Dach aus beobachtet. Steine fliegen, Scheiben klirren, und mitten im Getümmel taucht der Genosse Peter Urbach auf und verteilt gut präparierte Mollies, ›Molotowcocktails‹, an Interessierte. Sie finden reißenden Absatz. Auch Bommi Baumann greift zu. Er kennt Urbach

aus der Kommune I. Was er damals noch nicht weiß: Urbach arbeitet für den Verfassungsschutz, dessen politischer Chef gerade auf dem Dach des Hauses Springer steht. Kurz nach Mitternacht lassen ›diese köstlichen Mollies‹ (Bommi Baumann) die ersten Auslieferungswagen von *Morgenpost* und *BZ* in Flammen aufgehen. Kaum hundert Meter entfernt stehende Wasserwerfer werden nicht zum Löschen eingesetzt, so dass etwa fünf Wagen ausbrennen. Zehn weitere werden von Demonstranten umgekippt.«

Cohn-Bendit

»Alles in allem verlief die Sache [am 11. April 1968] relativ friedlich, bis der Agent provocateur des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, Peter Urbach, in einem geflochtenen Weidenkorb ein Dutzend Molotow-Cocktails heranschaffte, systematisch Studenten ansprach, mit denen auf den Fuhrpark zog und dort nach Aufschrauben der Tankverschlüsse einzelne Fahrzeuge umwarf und mit den mitgebrachten Cocktails in Brand setzte.«

Fichter und Lönnendonker

»Als immer mehr Bürger sich für die Kontrollierung des Pressemonopolisten Axel Springer einsetzten, war es wiederum ein Agent des Verfassungsschutzes, der dabei half, Springer-Lieferwagen anzuzünden, um diese Forderung zu diskreditieren.«

Homann

»Ein an übertriebenem Geltungsbedürfnis leidender Mitläufer und späterer Stasi-Informant erzählt immer wieder die von seinem Mentor Stefan Aust bereitwillig weiterverbreitete Mär, die zum Feuerwerk benutzten Molotow-Cocktails seien vom Verfassungsschutzagenten Peter Urbach geliefert worden. Zum einen wären Molotow-Cocktails für diesen speziellen Zweck eher hinderlich als hilfreich, es sei denn, man will gleich selber mit in die Luft fliegen. Und zum anderen versorgte uns mit Ratschlägen ein Experte: Niemand kannte sich mit Automotoren, Benzintanks und Ölleitungen besser aus als Rainer Langhans. Schließlich war sein Vater Gebrauchtwarenhändler.«

Kunzelmann

»Peter Urbach, genannt S-Bahn-Peter, von dem zu diesem Zeitpunkt niemand so genau weiß, ob

Abgeordnetenhaus von Berlin: Plenarprotokoll vom 27.5.1971, S. 92-94.

Ausschuss für Sicherheit und Ordnung des Berliner Abgeordnetenhauses: Protokoll über die 2. Sitzung, Berlin den 14. Juni 1971, Mappe 1802 Drs. 6/57. Baumann, Michael (Bommi): Vernehmungprotokoll des Beschuldigten vom 26.11.1973, in: MfS-HA IX Nr. 3990, im Hamburger Institut für Sozialforschung, RAF-Sammlung MfS 73/009. Baumann, Michael (Bommi): Wie alles anfang, München 1975.

Berliner Morgenpost vom 24.1.1968: Saalschlacht im Moabiter Gericht – Prozess um ›Afrika Addio‹ endete mit Tumulten.

Bunte Illustrierte vom 23. August 1967: Nicht einmal Ehrfurcht vor einem Toten!

Carini, Marco: Fritz Teufel – Wenn's der Wahrheitsfindung dient, Hamburg 2003.

Cohn-Bendit, Daniel, u.a.: 1968 – Die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wusste, Berlin 1988.

Eggers, Heino: Im Moabiter Gerichtssaal: Dialog mit dem Teufel, in: Telegraf vom 21.2.1968.

Eggers, Heino: Kanonenschläge im Gerichtssaal, in: Telegraf vom 24.1.1968.

Extradiest vom 8.5.1971: Neubauers Bomben-Politik – Die V-Mann-Affäre wird immer dubioser.

Fichter, Tilman und Lönnendonker, Siegwald: Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1977.

Fichter, Tilman: Verfassungsschützer halfen zu kriminalisieren, Leserbrief im SPIEGEL Nr. 44 vom 27.10.1980.

Flugblatt, dokumentiert im Berliner Extradiest vom 27.1.1968.

Frohner-Procontra, Hans: Menschen und Paragraphen – Ein V-Mann wird geopfert – Ausschnitte aus dem 17. und 18. Verhandlungstag im Mahler-Prozess vom 6.5.1971 (Akte 274 im AP0-Archiv FU Berlin).

Frohner-Procontra, Hans: Menschen und Paragraphen – Die Frau mit dem Alfa Romeo – 19. und 20. Verhandlungstag im Mahler-Prozess vom 13.5.1971 (Akte 274 im AP0-Archiv FU Berlin).

Hartung, Klaus: Freundliche Berichtigung – Was war die »Schlacht am Tegeler Weg«, in: TAZ vom 5.11.1988.

Homann, Peter: Terroristen im Staatsdienst, in: Rote Blätter Nr. 29/30, Juli/August 1975, S. 38-41.

Kunzelmann, Dieter: Leisten Sie keinen Widerstand – Bilder aus meinem Leben, Berlin 1998.

Langer, Günter: Der Berliner Blues – Tupamaros und umherschweifende Haschrebellen zwischen Wahnsinn und Verstand, in: Siepmann, Eckhard u.a.: *CheChaShit – Die sechziger Jahre zwischen*

Cocktail und Molotow, Berlin 1988.

Nirumand, Bahman: Mein Leben mit den Deutschen, Reinbek 1989.

Ruetz, Michael: »Ihr müsst diesen Typen nur ins Gesicht sehen« – APO Berlin 1966-1969, Frankfurt 1980.

Semler, Christian: Die lange Nacht vom 11.4.1968, in: TAZ vom 10.04.1993.

Senator für Inneres – Abteilung IV: Die Tätigkeit des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Berlin und seine Beziehungen zum republikanischen Club (RC), o.O. (Berlin), o.J. (Februar 1968), dokumentiert in:

Extradiest, 15.5.1968.

Tagesspiegel, 21.2.1968: Knallkörper vor dem Richtertisch.

Tagesspiegel, 24.1.1968: Knallkörper im Gerichtssaal.

Tagesspiegel, 24.2.1968: Teufel zu Gefängnisstrafe verurteilt

Telegraf, 24.2.1968: Zwei Monate Gefängnis für Fritz Teufel.

Teufel, Fritz: Teufelische Demokratie und Sozialismus, in: TAZ vom 15.1.1980.

Ulrich, Peter: Brief des Senator für Inneres an das Mitglied des Abgeordnetenhauses Dr. Andreas Gerl, Berlin, den 16.1.1981.

Zahl, Peter Paul: Wenn du richtig raus willst, musst du entweder Rockstar, Fußballstar oder Dichter werden, in: TAZ vom 26.2.1982.

er nun Spitzel des Berliner Verfassungsschutzes ist oder nicht (er war einer), verteilt Molotowcocktails. Vielen Dank, Verfassungsschutz, ein paar Auslieferungswagen brennen! In der Ausgabe der *Peking-Rundschau*, die nach Ostern erscheint, wird es poetisch heißen, die Studenten hätten Feuerräder vor sich hergeschoben und der Polizei ein heldenhaftes Gefecht geliefert.«

Semler

»Was ich ungeheuer bedauere ist, dass da ein geschichtlicher Aufarbeitungsprozess stattgefunden hat, der ... von ähnlicher Verlogenheit ist wie bei den Stalinisten und bei den Sozialdemokraten. ... Ein Beispiel ist diese unglaublich alte Ente, dass die Autos bei Springer von Agent provocateurs des Verfassungsschutzes angesteckt worden seien. Das ist wider besseren Wissens geschrieben worden. Es gab wirklich – wenn man ein bisschen ehrlich ist – und sich diesen Zeitraum vom 2. Juni 67 bis zum Sommer 68, wo die Bewegung praktisch kulminiert, ansieht, das Denken, das von Ulrike Meinhof artikuliert wurde: ›Vom moralischen Protest zum bewaffneten Widerstand‹ zu kommen.«

Zahl

»Herr Urbach hat an der Demonstration nach dem Attentat auf Rudi Dutschke u.a. vor dem Springer-Hochhaus teilgenommen. Er hat sich weder an Ausschreitungen beteiligt, noch hat er Molotow-Cocktails verteilt.«

Ulrich

»Diese Straßenschlacht [am Tegeler Weg im November 1968] war der erste und einzige Sieg auf der Straße in militärischen Kategorien. ... Genossen hatten preiswerte Motorradhelme aus der DDR organisiert; ›APO-Anwalt‹ Mahler sollte aus den Fängen der Justiz herausgeschlagen werden. Als der Sturm begann, fuhr ein Lastwagen vor – man glaubt es kaum – beladen mit Pflastersteinen. Später wurde behauptet, Verfassungsschutzspitzel Urbach habe ihn organisiert. Wenn's wahr wäre, muss man zugeben, dass der Verfassungsschutz zuweilen das Richtige macht.«

Hartung



Soweit ein paar Erzählungen über S-Bahn-Peters Wirken bis zum Jahr 1968. Was der außerordentlich aktive Spitzel Urbach später noch so alles angestellt hat, wird irgendwann einmal an anderer Stelle erzählt...



Wer sich außerhalb der offiziell zugelassenen Regeln in diesem Land politisch auf der Straße bewegt, hat es schon immer mit der staatlichen Repression zu tun bekommen. Damals wie heute muss man sich auf Demonstrationen mit Zivilbeamten der Polizei, kurz Zivis oder umgangssprachlich noch abwertender »Spitzel« genannt, herumschlagen. Wen wundert es, dass diese nicht uniformiert auftretenden Ordnungsmächte wenig freundliche Phantasien derjenigen auf sich ziehen, die sich durch sie mindestens belästigt, zuweilen ganz handfest bedroht fühlen müssen? Wer hat nicht einmal schon davon geträumt, so einen Herren mit seinem Tun zu konfrontieren? Klar, dass versucht wurde, sich gegen so unfreundliche Demo-Begleiterscheinungen auch mit Hilfe von Plakaten zur Wehr zu setzen.

Anfang 1969 tauchte in Frankfurt am Main dieses Plakat auf. Es findet sich die imposante Anzahl von 49 Visagen der Kriminal- und Schutzpolizei in Zivil. Aus heutiger Sicht wirken diese Gesichter einen wenig unmodern, schließlich trug niemand dieser Zivilbeamten einen Schnauzbart. Manche Gesichter erwecken den Eindruck, als wären diese Beamten noch höchstpersönlich bei der »Partisanenbekämpfung« an der Ostfront tätig gewesen. »Zahlreiche Exemplare« des Plakates machten, wie die *Frankfurter Rundschau* später schrieb, »in ApO-Kreisen« die Runde, und waren »besonders auf dem Universitätsgelände und in Studentenheimen an Wände geklebt worden«. Wohl nicht ganz zufällig war laut Impressum der Rektor der Frankfurter Universität, Professor Walter Rüegg, verantwortlich. Der verstand keinen Spaß und, so die *Frankfurter Rundschau*, »distanzierte sich sofort von dieser Unterstellung und stellte Strafantrag wegen Urkundenfälschung und Missbrauch seines Namens«.

Der Frankfurter APO-Aktivist Alfred von Meysenbug sollte sich in einem Interview über Holger Meins noch über 30 Jahre später an dieses Plakat erinnern: »Ich war mehr im Hintergrund und habe die Zivilbullen fotografiert – auf die hatte ich einen speziellen Hass. Im Club Voltaire hing mal ein Plakat, auf dem die ganzen Zivilbullen abgebildet waren. Das Plakat war denen nicht angenehm. Eines Tages kam einer mit gezückter Pistole und hat es abgerissen.«



Von Meysenbug spricht hier von der Nacht zum 30. Januar 1969, als das im Vorraum des APO-Clubs Voltaire aufgehängte Plakat von Polizeioberkommissar Springer zerrissen wurde. Von Anwesenden darauf hingewiesen, dass dies Sachbeschädigung und Hausfriedenbruch sei, verwies dieser auf seine Dienstpistole, worauf es zu einem Handgemenge kam. Kurz darauf rückten zwei Hundertschaften

in den Club ein – vorher hatte die Führung des 18. Kommissariats, also der politischen Polizei, intern die Losung ausgegeben: »Heute schlagen wir den Laden endlich zusammen.«

Ein paar Wochen später, Ende Februar, erwirkten Kriminalrat Panitz und die Oberkommissare Springer und Noll durch einen von ihrer Gewerkschaft ÖTV beauftragten Rechtsanwalt eine Einstweilige Verfügung, in der der Republikanischen Hilfe die Verbreitung von »Spitzelplakaten« unter Androhung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haft bis zu sechs Monaten untersagt wurde.

Dagegen legte Horst Mahler, der als Kuratoriumsmitglied dieser Organisation von dem Gerichtsbeschluss betroffen war, Widerspruch ein. In der Anfang April 1969 einberufenen mündlichen Verhandlung gab

Mahler für seine Mandanten Dr. Benseler, Heinrich Hannover, Inge Hornischer, Helmut Schauer, Dr. J. Seiffert, Klaus Vack und Karl Dietrich Wolff als Repräsentanten der Republikanischen Hilfe, eidesstattliche Versicherungen ab, nach denen das Kuratorium mit dem Plakat weder etwas zu tun noch von dessen Veröffentlichung Kenntnis hatte. Daraufhin hob das Gericht die Einstweilige Verfügung mit der Begründung wieder auf, dass nicht zweifelsfrei bewiesen werden könne, dass das Kuratorium tatsächlich für das umstrittene Plakat verantwortlich zeichne. Allerdings ergab die Verhandlung, dass zumindest der ehemalige Bundesvorsitzende des SDS, Karl Dietrich Wolff, sehr wohl vorher von der Veröffentlichung jenes Plakates wusste. Na so was.

Wolfgang Vogel, in: konkret,
10.2.1969, Eine bodenlose
Schweinerei.

Frankfurter Rundschau, 20.3.1969,
›Spitzel«-Plakat vor Gericht.
Frankfurter Rundschau, 10.4.1969,
Kripo verlor ›Plakat«-prozess.

Alfred von Meysenbug, Es war eine
lockere, lebensfreudige Phase mit
gelegentlicher Teilnahme an Demos,
in: Gerd Conrad, Starbuck – Holger
Meins, Berlin 2001.

»you can kill a revolutionary, but you can't kill the revolution«
Ein tödlicher FBI-Spitzel

Chicago, fünf Uhr früh am 4. Dezember 1969. Ein Dutzend schwer bewaffnete Polizisten einer Sondereinheit, unterstützt von Chicagoer Cops, treten die Tür einer Wohnung ein und eröffnen sofort das Feuer aus mehreren schweren automatischen Waffen. Ein Beamter durchsiebt eine Wand mit einer 45er Thompson-MP, ein anderer benutzt ein M1-Sturmgewehr mit besonders hoher Durchschlagskraft. Sie visieren beide eine dünne Zwischenwand an, hinter der das Bett steht, in dem der Black Panther Fred Hampton schläft. Er wird getroffen und nach Aussagen einer Zeugin später durch zwei weitere Schüsse aus kürzester Entfernung getötet. In einem anderen Raum stirbt der Black Panther Mark Clark. Drei schwarze Jugendliche, die am Abend zuvor an einem Panther-Treffen teilgenommen hatten, werden schwer verletzt. Deborah Johnson, die schwangere Freundin Hamptons, entkommt knapp dem Tod.

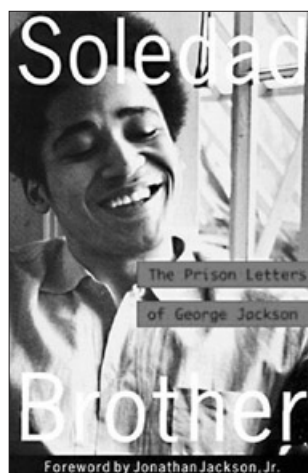
Nach dem Überfall stecken über 90 Kugeln in den Wänden der Wohnung – eine einzige stammt aus einer Waffe der Bewohner, die sie noch in Notwehr abfeuern konnten.

Fred Hampton, 1949 geboren, war High-School-Aktivist und Mitglied der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) gewesen. Er trat der Black Panther Party (BPP) 1968 bei und wurde trotz seiner Jugend schnell einer ihrer »natural leader« und besten Redner. Für das FBI war er gefährlich, weil er Menschen überzeugen und mobilisieren konnte. Er galt als das Herz der BPP in Chicago. Erst einige Jahre später wurden die Hintergründe des Massakers bekannt, als Aktivisten-Akten aus einem FBI-Büro entwendet werden konnten und es in der Folge zu Veröffentlichungen und offiziellen Untersuchungen kam. Das FBI begann 1956 sein »Counterintelligence Program« (COINTELPRO), das gegen die linke Opposition in den USA gerichtet war. Es wurde ursprünglich gegen die Kommunistische Partei der USA, gegen pazifistische Gruppen und die puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung eingesetzt, ab Mitte der 60er Jahre gegen die schwarze Bürgerrechtsbewegung und deren Führungspersonen wie Martin Luther King oder Malcolm X. Auch das American Indian Movement AIM wurde Ziel des FBI. Im Rahmen des CONINTELPRO arbeitete das FBI sogar mit der Mafia zusammen und nutzte zahlreiche »schmutzige Tricks« bis hin zum Mord. Das FBI beschrieb die Ziele von CONINTELPRO



Cops mit der Leiche Fred Hamptons

so: »Die Aktivitäten schwarzer nationalistischer Hassorganisationen und Gruppen, ihrer Führer, Sprecher, Mitglieder und Sympathisanten aufzudecken, zu unterbrechen, fehlzuleiten, in Misskredit zu bringen oder auf andere Weise zu neutralisieren sowie ihrem Hang zu Gewalt und Unruhe entgegenzuwirken. Die Anstrengungen der verschiedenen Gruppen, ihre Kräfte zu konsolidieren und neue oder jugendliche Mitglieder aufzunehmen, müssen durchkreuzt werden.« Telefonabhören und Postüberwachung waren die ersten Maßnahmen, es folgten aber ganz andere, nachdem sich CONINTELPRO – wie es später ein US-Senatsausschuss formulierte – zu einem »geheimen Programm zur Vernichtung der Black Panther Party« entwickelt hatte. Ein wesentlicher Teil der FBI-Aktivitäten zielte auf die Spaltung und Fraktionsbildung der Partei ab bzw. auf die Verhinderung von Bündnissen mit anderen (linken) Gruppen. Hinzu kamen Propagandaaktionen mit gefälschten Flugblättern, Zeitschriften und das Eingreifen von Polizei und Justiz unter irgendwelchen Vorwänden. Organisationen, die mit den Panthers konkurrierten oder ihnen feindlich waren, wurden angestachelt, deren Versammlungen zu stören und Panther anzugreifen.



George Jacksons Prison Letters

Ein entscheidendes Mittel war der Einsatz von Agenten und das Anwerben von Spitzeln bei den Panthers, wie es auch gegen andere linke Gruppen praktiziert wurde. Laut Bericht des erwähnten Senatsausschusses sollten sie »strittige Fragen hochspielen« und vom FBI kontrollierte Splittergruppen bilden: »Ein Agent wurde angewiesen, die Vermutung zu äußern, der Führer einer SDS-Fraktion [Students for a Democratic Society] finanziere seinen Drogenkonsum aus Gruppengeldern und ein anderer habe Gelder unterschlagen.« Das FBI registrierte erfreut, dass es aufgrund dieser Denunziationen zu Handgreiflichkeiten

in der Gruppe gekommen sei. In einem anderen Fall wurde ein Agent beauftragt, ein Gruppenmitglied als bi- oder homosexuell darzustellen, da sich »dieses Gerücht schnell verbreiten und ernste Konsequenzen in Hinblick auf die Führungsrolle und Wirksamkeit« des Betroffenen haben werde.

Mindestens zwei »maoistische Organisationen« wurden im Rahmen von COINTELPRO gegründet, um linke Organisationen und Gewerkschaften zu spalten. Gegen die Anti-Vietnamkriegsbewegung wurden Agenten eingesetzt, die Wohnungen und Büros verwüsteten und Todesdrohungen lancierten.

Es wurden nicht nur wirkliche Spitzel eingesetzt, es wurde auch die – offensichtlich berechnete – Sorge vor ihnen produziert: Um eine politisch aktive Studentin in Verruf zu bringen, ließ das FBI sie gemeinsam mit einer Kommilitonin durch die örtliche Polizei festnehmen und Letztere »versehentlich« Zeugin eines abgesprochenen Telefonats werden, in der ein Polizist mit dem FBI über die »irrtümliche Festnahme einer FBI-Agentin« sprach. In einem anderen Fall wurden fünf Black Panther festgenommen, vier schnell wieder ent-

Ein Spitzel informierte das FBI in Chicago, dass ein BPP-Mitglied Angst habe, dass eine von »Fred Hampton angeführte Fraktion der Partei hinter ihm her« sei. In einem anonymen Brief an Hampton wurden diese Informationen benutzt, um auch auf seiner Seite Zwietracht zu säen. In anderen Briefen wurden Panther »informiert«, dass andere Panther Polizeiaagenten seien, in mindestens einem Fall wurde ein gefälschter Spitzelbericht im Auto eines Panthers platziert, wo ihn andere Panther finden sollten.

A black and white portrait of a man with short, dark hair, wearing dark sunglasses and a light-colored shirt with a patterned scarf. He is looking directly at the camera with a serious expression. The lighting is dramatic, with strong shadows on his face.

[illegible]

137

der bewusst falschen Information, in dieser Wohnung befände sich ein größeres Waffenversteck, was zum Einsatz der von FBI-Agenten speziell instruierten Sondereinheit führte. Durch den Grundriss und die Berichte des Spitzels O'Neal war sogar die geringe Dicke der Wand bekannt, hinter der das Bett Hamptons stand. Ein spätere Obduktion ergab, dass er Schlafmittel im Blut hatte, obwohl er zuvor nie welche genommen hatte. Der Verdacht, dass sein Leibwächter sie ihm verabreicht hatte, um sicherzugehen, dass er dort lag, wo ihn die Kugeln treffen sollten, liegt sehr nahe. O'Neal verließ die Wohnung gegen ein Uhr früh, vier Stunden, bevor die Killer kamen.

Es war einfach eine Katastrophe, wenn Du z.B. den Ortsverband in Boston mit der BPP-Gruppe in dem Bostoner Vorort Jamaica Plains in Kontakt bringen wolltest und die Verbindungsperson war ein Polizeispitzel. Daher hatten wir oft Probleme mit unseren Sicherheitsmaßnahmen. Erschwerend kam hinzu, dass wir naiv waren. Die Spitzel kamen an und schlugen vor, Gebäude in die Luft zu sprengen, Polizisten zu erschießen, radikal vorzugehen. Und unsere Reaktion darauf war meistens, na ja, der Typ ist einfach nur verrückt, aber er ist kein Spitzel, weil er solche Aktionen ja schon gemacht hat, und dabei waren es die Spitzel, die diese Art von Aktionen provozierten.

Geronimo ji-jaga Pratt, 1992

O'Neal erhielt für seine erfolgreiche Vorbereitung des Einsatzes eine Prämie in Höhe von 300 US-Dollar und verschwand aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit, bis er im Zusammenhang mit Drogengeschäften ein paar Jahre später vor Gericht musste.

Die COINTELPRO-Akte über Fred Hampton war insgesamt 4.000 Seiten stark. Die Chicagoer Sektion der Panther erholte sich von dem Massaker nie mehr, aber die Erinnerung an Fred Hampton blieb erhalten. Von ihm stammt der berühmte und fast prophetische Satz: »You can kill a revolutionary, but you can't kill the revolution«.

Ward Churchill, Jim Vander Wall: The COINTELPRO Papers, 1990 - 2002, South End Press, Cambridge 2002



Fred Hampton in Chicago, 1969



Plakat zur Erinnerung an Fred Hampton

»Kiste«

Anmerkungen zu IM »Raffelt« – dem »bestbezahlten« IM der DDR

Manfred Rinke, seines Leibesumfangs wegen auch »Kiste« genannt, gilt als »best-bezahlter Informeller Mitarbeiter« der DDR. Dies trifft zumindest dann zu, wenn man dem Wochenmagazin *Der Spiegel* in diesem Punkt folgt.¹ Einschränkend sei angefügt: Jene Zuschreibung bezieht sich auf die Spitzeltätigkeit bzw. die IM's des MfS, die in den Gruppen der kirchlichen Sozialarbeit bzw. der Offenen Arbeit sowie in den Kreisen der unabhängigen Friedens- und Umweltbewegung zum Einsatz kamen. Also auf die geheimpolizeilichen Anstrengungen des Staates, die sich im Rahmen der MfS-Abteilung XX erklärtermaßen gegen die eigene Bevölkerung richteten; im konkreten Fall gegen jene Teile der Jugend, die aus dem von SED und FDJ vorgezeichneten Bild des Jugenddaseins in der DDR auszubrechen gewillt waren. Die Frage, warum ein Staat seinen hochqualifizierten Geheimdienst nicht nur zur Abwehr geheimdienstlicher Bestrebungen anderer Staaten einsetzte, sondern ihn als Instrument und zur Observation pubertierender Jugendlicher sowie zur Ausspähung von Anhängern westlicher Rockmusik, von Trampern und Bluesern beschäftigt, sprengt den Rahmen dieses Beitrages. Hier geht es darum, den Entwicklungsweg eines Spitzels nachzuzeichnen, der den gesellschaftlichen Missstand, in den er hineingeboren wurde wie so viele Zeitgenossen in unterschiedlichen Systemen auch, als Normalität wahrnahm: als eine Normalität, die es gegen jene, die den Status quo in Frage stellten, auch mit dem Mittel der Denunziation zu verteidigen galt.

Denunziation entpuppt sich als eine Praxis der gesellschaftlichen Ausgrenzung, die sich rückblickend, nach dem Fortfall der sie vermeintlich legitimierenden Normalität, zu rechtfertigen sucht. Das reicht vom Topoi des Überzeugtseins, einer guten Sache vertraut zu haben, über das Argument, Schlimmeres verhindern haben zu wollen, bis hin zur kognitiven Dissonanz, trotz der Einsicht, etwas nicht zu Rechtfertigendes zu tun, weiter entgegengesetzt zu handeln. All diese Erklärungsversuche sind auch bei »Kiste« alias IM »Raffelt« nachweisbar.

Wie stellt sich der Fall im Einzelnen dar? Welche Auskünfte geben die Aktenbestände der »Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik« (BSTU), der Nachfolgerin der »Gauck-Behörde«, die die Hinterlassenschaften



»Kiste«, 1993

des MfS verwaltet? Lässt sich die Karriere des »bestbezahlten Informellen Mitarbeiters« der DDR aufhellen?

1993 – Gespräch ohne Aufhellung: Bereits 1993 widmete sich *Horch und Guck*, die Zeitschrift des Bürgerkomitees »15. Januar« e.V., eine Aufarbeitungsinitiative zur DDR-Vergangenheit, dem Fall des vom MfS als IM »Raffelt« geführten Manfred Rinke. In einem auf knapp zehn Seiten dokumentierten Gespräch zwischen dem aus Dresden stammenden IM und einem seiner engsten Freunde aus jener Zeit, Peter Rösch, der wie viele andere verraten worden war, versuchte *Horch und Guck* die Beweggründe der Spitzeltätigkeit von »Raffelt« zu ergründen.

Eine Erklärung und plausible Einordnung des Geschehens ließ sich aus dem Beitrag jedoch nur bedingt ziehen. Die im Laufe des Gesprächs präsentierten Rechtfertigungen und Einsichten zeigten dem Leser vielmehr verschiedene Interpretationen: Sie reichen vom Ansatz des Überzeugungstäters (»Frage: Warum? Kiste: Aus Überzeugung«) über das Muster der moralisch-normativen Ungebundenheit (»Ich habe einfach nur gedacht, dass die Stasi-Leute ... schon wissen werden, warum sie ... Berichte haben wollen«) und das Muster der Gedankenlosigkeit (»Für mich war Staatssicherheitsdienst nichts Übles«) bis hin zum Handlungsmotiv der Angst (»Es hatte ... mit Angst zu tun«).² Ergänzend und relativierend wurde, wie von anderen IM's, von »Kiste« darauf verwiesen, dass das MfS die Informationen möglicherweise schon auf anderem Wege erhalten hatte: »Ich muss auch sagen, dass ich diese Aufträge ... nicht schlimm gefunden habe. ... Ich konnte mir dann schon denken, dass ich nicht der einzige inoffizielle Mitarbeiter bin.« Nachgeschoben wurde die Feststellung: »Es ist auch niemanden etwas passiert.« Dieser Behauptung musste schon beim Zwiegespräch widersprochen werden: »Auch dass du ... gesagt hast, ... dass sie illegal nach dem Westen will. Dass man so etwas aussagen kann, obwohl man genau weiß, dass es darauf zu 90 % Gefängnis gibt. Dass man jemanden einfach so preisgibt.«³

MfS-Kürzel:

IM: Inoffizieller Mitarbeiter

IME: Inoffizieller Mitarbeiter für den besonderen Einsatz

IMV: Inoffizieller Mitarbeiter Vorgang – IM, die zum Anwerben ausgewählt wurden

IMB: Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen

Erklärungen und Optionen der Rechtfertigung: Hinzu treten die aus vergleichbaren Vorgängen bekannten Erklärungen, die u.a. die Sozialisation im Elternhaus bemühen (»Mein Vater ist 49 aus der Gefangenschaft wiedergekommen. Er war dort in so einer Antifaschule, war Dozent für Geschichtswissenschaft«) oder die fehlende innere Verwurzelung im Wertsystem des späteren Ausspähungsobjektes (»Sonst habe ich mit der Kirche nie was zu tun gehabt«) für das Geschehen mitverantwortlich machen. Dort, wo all diese Antworten die Vorgänge nicht hinreichend zu erklären vermögen und sich un-

ausweichlich die Frage nach dem persönlichen Verrat stellt («Du hast auch gesehen, dass wir in Jena viele Schwierigkeiten mit der Staatssicherheit ... hatten, und dann gibst du solche Berichte ab»), wurde – wie von anderen IM's auch – auf Erinnerungslücken verwiesen: »Übrigens kann ich mich nicht daran erinnern« und »ich kann jetzt nichts dazu sagen«.⁴

Diese Gedächtnislücken – vor allem wenn sie nicht unwichtige Schlüsselsituationen betreffen – können kaum überzeugen.

Pikant wird die Angelegenheit durch den schwer zu entkräftenden Verdacht, dass sich »Kiste« zunächst aus Geldmangel dem MfS andiente und später aus Besitztrieb arbeitete. Erhärtet wird das durch die Arbeitsanalysen des MfS, die zu »Raffelt« im Laufe der Jahre erstellt wurden. Das MfS sieht in der finanziellen Belohnung des IM's den wirksamsten Stimulus, um »Raffelt« für eine weitere Zusammenarbeit mit dem Ministerium zu interessieren. Im Auskunftsbereich vom 10. April 1972 stellt die MfS-Bezirksverwaltung Dresden nüchtern fest: »Negativ wirkt sich beim IMV aus, dass er versucht in allen Dingen seinen persönlichen Vorteil zu finden. Dies kommt besonders darin zum Ausdruck, dass er ständig versucht, vom MfS finanzielle Mittel zu erhalten.«⁵

¹ Gespräch mit »Kiste«, in: H^orch und Guck, H. 4/1993, S. 16-25, hier S. 16.

² Gespräch mit »Kiste«, S. 16-18.

³ Gespräch mit »Kiste«, S. 16-18.

⁴ Gespräch mit »Kiste«, S. 16-18.

⁵ IM Akte »Raffelt«, Bd. 1, p. 159.

⁶ Bericht über die Arbeit mit IM »Raffelt«, ebd. p. 25 f.

»Angst« versus »Geld«: Die kaum in Einklang zu bringenden und in offener Konkurrenz stehenden Erklärungsansätze, die das Zwiegespräch in *Horch und Guck* 1993 lieferte, können beim Leser weit gehende Ratlosigkeit hinterlassen. Aber inzwischen liegen zu diesem Fall so gut wie alle relevanten Akten aus den Beständen der BSTU vor. Sie vermitteln ein ernüchterndes Bild. Schwer zu stützen ist danach der vom IM ins Spiel gebrachte Erklärungsansatz, es hätte sich bei ihm um einen von innerer kommunistischer Überzeugung getriebenen Kundschafter bzw. Berichterstatter gehandelt. Hinweise, die auf eine auch nur ansatzweise Verankerung »Raffelts« im Denken oder in den Schriften von Marx, Engels oder Lenin schließen ließen, fehlen gänzlich. Beim Studium der Berichte drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass »Raffelt« bereitwillig dem MfS alle geforderten Informationen zur Verfügung stellte. Wie sehr insbesondere das Handlungsmotiv Angst zu hinterfragen ist, wird aus Situationen deutlich, in denen der IM sich in Lage sah, dem MfS-Führungsoffizier entschieden zu widersprechen und mit einer Einschränkung seiner IM-Zuarbeit zu drohen. Dieser Fall trat meist dann ein, wenn es um Geld ging. Im Jahre 1984 kam es, »nicht zum 1. mal«, nachdem »dieses Thema ... berührt« wurde, zur handfesten Auseinandersetzung zwischen dem IM und einem Führungsoffizier der Dresdner Bezirksbehörde. Dem IM wurde im »Treffgespräch ... am 8.5.84« auf Anweisung des Leiters der Abteilung XX »übermittelt, dass er ... zu viel Geld für Auslagen benötigt«. Jedoch war, so der Bericht des MfS, wie bereits bei

Die Szene, in der »Kiste« anfangs seine Spitzeldienste versah, stellte eine Besonderheit der Subkultur der DDR dar. Außerhalb Berlins und außerhalb der Bezirksstädte, in denen die Veranstaltungsaufgaben strikter als anderswo zur Anwendung gelangten, trafen sich ab Mitte der 60er Jahre die Fans der neu entstehenden Rockgruppen. Groß war das Misstrauen, dass die SED dieser damals neuen »westlich-dekadenten« Musikform entgegenbrachte. Nicht selten wurden Rockgruppen verboten – oder ihnen die Auflage erteilt, keinen englischen Namen zu tragen, die Texte auf Deutsch zu singen und auf lange Haare zu verzichten. Um die bestehenden Restriktionen zu umgehen, suchten viele der neu entstehenden Gruppen nach einer Alternative zum staatlich verwalteten und zensierten Veranstaltungsbetrieb DDR. Jene Alternative fand sich zumeist auf dem »flachen Land«. Vermehrt gingen Musikgruppen dazu über, in den kaum ausgebuchten Tanzsälen von Landgaststätten und in Kreis- und Betriebskulturhäusern aufzutreten. Hier wurde das Veranstaltungsreglement weniger restriktiv gehandhabt als in der Großstadt und oft sympathisierten die auf dem Land eingesetzten – und mitunter zur »Bewährung« hierhin abkommandierten Kulturverantwortlichen mit den neuen Musikgruppen. Zudem bot sich den Kulturhausleitern auf dem Land die Chance, ihr Kulturangebot aufzubessern. Die neuen Rockgruppen erhielten so den dringend benötigten Veranstaltungsort, und die Verantwortlichen vor Ort meinten so ihren Jugendlichen wenigstens etwas bieten zu können. Mit dieser Einladungspraxis bildete sich ein für die DDR ebenfalls neues Phänomen heraus: Im Gefolge der angekündigten Rockgruppe, die in manch einem Ort bald auffallend häufig gastierte, reiste eine feste und treue Fangemeinde aus den unterschiedlichsten Orten der DDR mit, die so ein »Schlachtenbummlertum« der besonderen Art begründete.

anderen Anlässen, »von Anfang an das Unverständnis des IMB zu spüren«. »Raffelt« ging gegenüber dem Führungsoffizier verbal in die Offensive und wies die Forderung nach Mäßigung bei der »Abforderung finanzieller Mittel« entschieden zurück. Halb erstaunt und halb brüskiert angesichts der Unverblümtheit und Hartnäckigkeit des IM protokollierte der von »Raffelt« zurechtgewiesene MfS-Mitarbeiter: »Der IMB brachte zum Ausdruck, dass er sich nicht vorstellen kann, dass beim Vorgesetzten des MA [Mitarbeiters] keine Klarheit zu den nötigen Auslagen ... vorhanden ist. Er stellte dem gegenüber, dass der »Dicke« – gemeint ist Gen. Bormann – ... erklärt habe, der IMB müsse die Gelder ... erhalten, um seine erfolgreiche Arbeit im Untergrund weiter zu führen. ... Der IMB brachte zum Ausdruck, dass bei einer Einschränkung der Ausgaben zu erwarten ist, dass er seine Aufgaben nicht mehr wie bisher erfüllen kann.« Nicht ohne Grund wies »Raffelt« den MfS-Mitarbeiter auf den Nutzen hin, den die Fortführung der Arbeit für das MfS hätte: »Der IMB war der Meinung, dass es nicht im Interesse des MfS sein kann, dass die über Jahre geschaffenen Positionen des IMB [innerhalb der von ihm zu observierenden Szene, Ch. H.] abgebaut werden.« Abschließend die Drohung: »Der IMB ist der Meinung, dass ein Misstrauen gegen ... die verantwortungsvolle Handhabung der finanziellen Mittel ... nicht mit der Arbeit vereinbar ist. Er seinerseits setzt die Mittel sparsam ein und verschleudert sie nicht. Wenn darüber kein Vertrauen ... besteht, kann er nicht ... arbeiten.«⁶

In den zwei Jahrzehnten der IM-Tätigkeit von »Raffelt« ging es immer wieder um Geld. »Raffelt« insistierte, die ihm übertragenen Aufgaben nur dann zur Zufriedenheit seiner Auftraggeber erfüllen zu können, wenn der Preis stimme. Später wurde aus der Vergütung ein festes monatliches Einkommen, das den Spitzel finanziell besser stellte als so manchen DDR-Facharbeiter.

Seitenwechsel – Der erste Verrat: Was lässt sich anhand der neu ermittelten BSTU-Akten über die Tätigkeit »Raffelts« sagen? Wie ist seine Position zum MfS und innerhalb der von ihm ausgespähten Szene

zu begreifen? Zunächst zu der IM-Tätigkeit von »Raffelt« selbst. Relativ früh, jedoch für DDR-Verhältnisse nicht außergewöhnlich, gelang es den DDR-Sicherheitsorganen Manfred Rinke zu Hilfsarbeiten hinzuzuziehen. Wie andere Jugendliche auch, die die FDJ aufgrund ihrer Formbarkeit, ihrer politischen Loyalität oder Eignung oder wegen ihres unbefriedigten Ehrgeizes mit besonderen Aufgaben betraute, wurde Rinke »von der VP zur Mithilfe bei der Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit bei Jugendtanzveranstaltungen angesprochen«.⁷ Nach Vorstellung von Volkspolizei und Freier Deutscher Jugend sollte Rinke als FDJ-Ordner zum Einsatz gelangen. Solche Tanzveranstaltungen wurden von staatlicher Seite wegen ihrer schlechten Kontrollierbarkeit und der Orientierung vieler Jugendlicher an westlichen Modetrends, westlicher Musik und Subkultur misstrauisch beobachtet. Durch die Anwesenheit der FDJ-Ordner meinten die staatlichen Stellen zumindest eine begrenzte Kontrolle ausüben zu können bzw. über beanstandenswerte Vorkommnisse informiert zu werden. Der Posten eines FDJ-Ordners muss daher nicht nur als Ordnungsdienstauftrag, sondern als eine denunziatorische Funktion begriffen werden.



»Kiste« im Einsatz, 1981

Mit seinem ersten Einsatz als FDJ-Ordner während einer Tanzveranstaltung im Jahre 1968 wechselte Rinke als 17-Jähriger quasi zum ersten Mal die Seiten: Während seine Bekannten die Tanzveranstaltung besuchten, um sich Zerstreuung und Erholung zu verschaffen, zeichnete Rinke – einerseits als Teilnehmer, andererseits als Ordner – für Ordnung und Sicherheit im staatlichen Auftrag mitverantwortlich. Im Sinne des DDR-Sicherheitsverständnisses, das die Maßgaben der Kulturpolitik diktierte, hieß dies auch, im Saal Ausschau zu halten nach »dekadenten Erscheinungen« westlich beeinflusster Jugendkultur – unter anderem Gruppen »undisziplinierter« Langhaariger. Zudem bedeutete es, als Ansprechpartner – also Informationsquelle – der FDJ-Leitung und der VP zur Verfügung zu stehen.

Mit der Aufgabe stellte sich das Gefühl ein, in der Gesellschaft gebraucht zu werden und – begrenzt – Macht zu besitzen. So erhielt »Kiste«, der die neunte Klasse als Schulabbrecher verlassen hatte und später aus seinem Lehrverhältnis vorzeitig ohne Abschluss ausschied, endlich eine Aufgabe, die ihm Autorität und Einfluss suggerierte. Geradezu paradigmatisch zeichnete sich schon hier sein späterer, ihn zwei Jahrzehnte lang begleitender Status in der Szene ab. Zum einen gehörte er als Langhaariger scheinbar zu dem Teil der gegen die gesellschaftliche Enge in der DDR rebellierenden Jugend, an deren Partys, Treffen und Gesprächen er partizipierte; andererseits war er eine Stütze des Systems und eifriger Zuträger und Gewährsmann zur polizeilichen Erfassung des

Untersuchungs- und Ermittlungsfeldes. Der Widerspruch zwischen äußerem Erscheinungsbild und innerer Verfasstheit ist umso bemerkenswerter, als sich gerade in der DDR, unter dem Eindruck der alle neuen Erscheinungen von Jugendkultur wie Jazzmusik, lange Haare usw. zunächst bekämpfenden SED, vielerorts ein Ehrenkodex unter den Bluesern und Trampnern herausbildete. Jener Ehrenkodex richtete sich nicht zuletzt gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung und die dafür verantwortlichen Systemträger und -zuträger.

Werbung und erste Aufgabenzuweisung: Trotz der einem FDJ-Saalordner nicht selten offen zuteil werdenden Verachtung erwies sich Rinke als so umtriebig und geschickt, dass er jene Funktion zu nutzen verstand, um einige Kontakte in die Dresdner Szene zu knüpfen. Hier kamen ihm jene Eigenschaften zugute, die ihn später zum wohl wertvollsten Zuträger des MfS im Raum Dresden werden ließen. In einer Personeneinschätzung stellte das MfS rückblickend fest: »Auf Grund seines Äußeren, seiner Anpassungsfähigkeit und seiner Redegewandtheit versteht er es schnell Kontakt zu anderen Personen zu finden.«⁸ So avancierte Rinke später zum Techniker der sächsischen Elektronik-Rockgruppe Lift.⁹

Erstmals am 12. Februar und nachfolgend am 14. Februar 1968 kam es zum folgenreichen Zusammentreffen mit dem MfS, das Rinke als potenziellen und nützlichen Zuträger ausgemacht hatte. Am 12. Februar wurde er, so der

Bericht der Bezirksverwaltung Dresden, »befragt, ob er zur Unterstützung der Sicherheitsorgane bereits sei«. Die Funktion des Ordnungsdienstes zeigte ja auch in diesem Fall, wie bei anderen Jugendlichen, die sich dem MfS gegenüber später verpflichteten, das Einstiegsszenarium auf, das von der fast harmlos erscheinenden Hilfe im Bereich von Ordnung und Sicherheit im Rahmen der FDJ hin zur Zusage der Informationsbeschaffung im Dienste des MfS führte.

Ob dabei nur Feigheit und Charakterlosigkeit, das Anliegen entschlossen zurückzuweisen, oder Eitelkeit und Geltungssucht ausschlaggebend gewesen sind, lässt sich kaum rekonstruieren. Fest stand jedenfalls schon damals, dass die vom MfS angestrebte »Zusammenarbeit«, die nichts anderes als eine subalterne Dienstleistung sein konnte, weit über die Tätigkeit eines FDJ-Saalordnungsdienstes hinausging. Anfangs sollte sich die Spitzeltätigkeit noch auf den bereits bekannten Bereich der Jugendtanzveranstaltungen konzentrieren. Hier galt es, so der Auftrag, sich auf Veranstaltungen mit Rock- und Jazzgruppen – zum Beispiel beim Auftritt der Berliner Gruppe SOK in Mülsen – umzuhören und dem MfS zu berichten. Konkret erhielt Rinke den »Auftrag ... über bestimmte Berliner Jugendliche zu berichten«, die im Raum Dresden »Schwerpunkttanzveranstaltungen« besuchen. Die Anweisung lautete: Der IM »fertigt zu diesen Personen einen schriftlichen Bericht an«¹⁰. Rinke hatte sich somit zunächst weiterhin in dem Umfeld

⁷ Analyse der Personal- und Arbeitsakten des IME »Raffelt«, ebd., p. 50.

⁸ Analyse ..., p. 159.

⁹ Analyse ..., p. 184.

¹⁰ Analyse ..., p. 184

¹¹ Analyse ..., p. 50.

¹² Analyse ..., p. 97.

¹³ Analyse ..., p. 97 f.

¹⁴ Analyse ..., p. 50.

zu betätigen, im dem er sich bereits als FDJ-Ordner dem SED-Staat dienstbar machte. Eigentlich änderte sich nun nur der staatliche Ansprechpartner, das »Aufgabengebiet« blieb.

Arbeitsanreiz und Belohnung: Der Bericht der MfS-Bezirksverwaltung Dresden hält rückblickend zum Vorgang der Werbung fest: »Unter der Bedingung, dass sein Name nicht im Zusammenhang mit den übergebenen Informationen bekannt wird«, war Rinke »sofort« zur Mitarbeit »bereit«. ¹¹ Da Manfred Rinke damals »das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet« hatte, erfolgte die Verpflichtung des IM »nur mit Handschlag, ... beim Treff am 11. 2. 1969« sollte dann die Verpflichtung schriftlich fixiert und die Festlegung des Decknamens »Raffelt« nachgeholt werden. ¹² Die finanzielle Stimulierung seiner Spitzelarbeit erwies sich langfristig als entscheidend, Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten und seine Freunde und Bekannte zu verraten. Dem ersten Abschlussbericht der MfS-Kreisdienststelle Dresden-Stadt vom 15.4.1969 kann entnommen werden: »Der IMS erhielt zur Durchführung von Aufträgen mehrere Geldbeträge. Am 17.04.1968 wurden dem IMS 50,- M durch das MfS geborgt, welche er bis zum 30.06.1968 zurückzuzahlen hatte. Dem IMS wurde dazu erklärt, dass er sich dieses Geld verdienen kann, wenn er eine dementsprechend gute Arbeit für das MfS durchführt. Nach der Durchführung der operativen Kombination wurde ihm dann erklärt, dass sich die Zurückzahlung der 50,- M auf Grund der guten Arbeit nicht mehr notwendig macht.« In Folge dieser wiederholt angewendeten Strategie konnte erfreut konstatiert werden: »Der IMS ist kontaktfreudig, zuverlässig und immer einsatzbereit.« ¹³



MfS-Dienststelle Dresden

Kreisdienststelle Dresden-Stadt Dresden, 22. 4. 1980
Nr/Schm 079/80

Abteilung XX
zur Weiterleitung an KA XX

Operativinformation
zu einer politisch-negativen Gruppierung Jugendlicher in Jena

Der IM schätzt ein, dass diese Gruppierung in Jena eine Konzentration von delinquenten und politisch-negativen Jugendlichen darstellt, wie er sie bei ähnlichen Einsätzen in Berlin, Potsdam, Finsterwalde und Osdresen noch nicht feststellen konnte. In diesem Kreis werden gegenseitige gegenseitige Beeinflussungen durch den IM

Charakteristiken einiger Personen, die in der Gruppierung eine entscheidende Rolle spielen:

"Kaktus" - ist im Heinein des IM noch nicht politisch-negativ in Erscheinung getreten. Er versucht, dem Ansehen nach, anderen Jugendlichen aus humanitären Gründen zu helfen und sich für diese einzusetzen.

"Jesus" - tritt politisch negativ auf, ist als Gegner unseres Staates einzuschätzen. Hat vermutlich ein rechtswidriges Fräsechen auf Übersiedlung nach der BRD gestellt und ist im Besitz eines IM 12.

"Blase" - besitzt eine vollkommen ablehnende Haltung zur DDR und wirkt ständig politisch-negativ auf andere Jugendliche ein.

Quelle
IMS "Raffelt"

Leiter der Kreisdienststelle
[Signature]
(Lehmann)
Oberleutnant

Verteiler
VV Dresden, Abt. XX z. Weiterleitung an KA XX
VV Gera, Abt. XX
Ref. XX/2
Ref. AI

MfS-Akte mit Informationen von IM »Raffelt«

Das Geschehen nimmt seinen Lauf: Nach dieser Anlaufphase nahm das Geschehen seinen unaufhaltsamen Lauf. »Raffelt« spitzelte über zwei Jahrzehnte in unterschiedlichsten Funktionen und Freundeskreisen und arbeitete sich innerhalb der IM-Nomenklatur nach oben: »Da der IM vom 2.5.1969 bis 30.10.1970 seinen Ehrendienst bei der NVA/Grenze ableistete, wurde er für diese Zeit zur weiteren Zusammenarbeit an die HA I übergeben. Dort erfolgte auf Grund seiner guten Arbeitsergebnisse die Umregistrierung zum IMV.« ¹⁴

Während seiner Armeezeit erhielt er durch die Vermittlung des MfS den von ihm erbetenen Schonposten eines Heizers. Als Ausspähungsobjekt und Gefahr für die Sicherheit des sozialistischen Staates sollten vom ihm Soldaten benannt werden, die trotz des bestehenden Verbotes heimlich westdeutsche Radiosender empfangen oder andere Disziplinarverstöße begingen: »Raffelt« berichtete all das geflissentlich. Weder die Arreststrafen, die seine Kameraden abzusitzen hatten, noch der Gedanke, dass jemand auf die Idee kommen könnte, dass der Heizer der Spitzel war, vermochten »Raffelt« zu bremsen. Im Zusammenhang mit der Äußerung eines Soldaten, er wolle die DDR illegal über die innerdeutsche Grenze verlassen, erhielt »Raffelt« am 11. September 1969 20 Mark. Dieser Vorgang war nur der Einstieg in jene »gute inoffizielle Arbeit«, die weiteren NVA-Angehörigen zum Verhängnis wurde. Es konnten »mehrere Wehrpflichtige herausgearbeitet werden«, die aufgrund der von »Raffelt« gelieferten Angaben in den Verdacht »der Fahnenflucht« gerieten.¹⁵ Die Konsequenzen, mit denen die Denunzierten zu rechnen hatten, scheinen den IM auch, legt man seinen Aussagen in *Horch und Guck* von 1993 zugrunde, kaum interessiert zu haben. Auf die Inhaftierung der von ihm an das MfS gemeldeten – in der DDR der 70er Jahre verfolgten – »Arbeitsscheuen« angesprochen, erwiderte »Raffelt«: »Das war ja damals noch Ulbrichts Zeit, in der man asoziales Verhalten noch wesentlich schärfer beurteilte; deswegen sind viele in den Knast gekommen.«¹⁶

Nach Entlassung aus der NVA wurde »Raffelt« im Oktober 1970 wieder von der MfS-Kreisdienststelle Dresden-Stadt übernommen. Danach erarbeitete er sich jene Position, die ihn zur wohl wichtigsten MfS-Quelle im Raum Dresden werden ließ. Zugleich avancierte er zur Zentralfigur der Dresdener Alternativszene. Ohne sein Wissen oder seine Vermittlung ließ sich kaum mehr eine Aktion in den betreffenden Kreisen realisieren. Zum Ziel seiner Spitzeltätigkeit wurde nun die »Tramperbewegung«, die sich in jenen Jahren – so das Urteil des SED-Staates – »unter den labilen und negativen jugendlichen Kreisen« herausbildete. Aus dieser Zeit datieren die Kontakte, die »Raffelt« zu oppositionellen »Gruppen in Berlin, Jena, Finsterwalde, Heiligenstadt, Gera, Potsdam« aufbaute. Dadurch wurde er nicht nur für die MfS-Bezirksverwaltung Dresden interessant. Zunehmend brachte der Dresdner Besucher auch jene Freundeskreise Andersdenkender in weiteren Bezirken der DDR in Gefahr. Im Bericht der MfS-Kreisdienststelle Dresden-Stadt vom 17. Mai 1977 heißt es: »Im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR des Biermann konnte der IMV wertvolle operative Fakten erarbeiten zu jugendlichen Personenkreisen, die einmal gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft des Biermann auftraten und zum anderen in konspirativer Form Geldsammlungen durchführten, um Inhaftierten aus dem Bezirk Gera (Jena) zu unterstützen und deren Rechtsanwälte zu bezahlen.«¹⁷

Immer wieder wurde die »Eigeninitiative« und »Beharrlichkeit«, mit der »Raffelt« seine »Aufträge« erfüllte, gelobt. Erstmals trat »Raffelt« in dieser Zeit auch organisatorisch als Kristallisationspunkt der Dresdner Szene auf,

um mittels eigens angesetzter Partys, Trampertreffen usw. das MfS an anderen Einsatzorten seiner Arbeit zu entlasten. »Hervorzuheben ist«, so die Analyse der Personal- und Arbeitsakten des IM »Raffelt« der Bezirksverwaltung Dresden vom 2. April 1979, »sein häufiger Einsatz zur vorbeugenden Sicherung von Großveranstaltungen seit etwa 1973. Er hat zu diesem Zweck im Auftrage des MfS mehrfach Treffen mit Trampnern an anderen Orten organisiert, um sie von Großveranstaltungen (X. Weltfestspiele, Pressefeste, Arbeiterfestspiele u.ä.) fernzuhalten.«¹⁸

Die achtziger Jahre – Spitzeln als Vollzeitjob: Das Erstarken der unabhängigen Friedens- und Umweltgruppen in der DDR brachte eine zusätzliche Wertsteigerung seiner Spitzeldienste, nie zuvor war »Raffelt« für das MfS so wertvoll wie in den Jahren nach 1981. Zu seinen vordringlichsten Aufgaben zählte ab da die »Erarbeitung von Informationen zu Personen der sogen. unabhängigen Friedensbewegung der DDR in Berlin, die ein Zusammenwirken mit Personen des NSW [Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet] und Personen aus der DDR organisieren«¹⁹. Zugute kam ihm, dass er bei vielen am politischen Widerstand in der DDR Interessierten als zentrale und unangefochtene Ansprechfigur der Dresdner Szene galt: »Der IMB«, so wusste die Bezirksleitung Dresden 1984 zu berichten, »ist als Organisator und Leiter der sog. unabhängigen Friedensbewegung in Dresden innerhalb der DDR und im NSW bei negativen Personen bekannt. Er ist Anlaufstelle für alle Personen, die in diesem Zusammenhang Rat, Hilfe oder Kontakte suchen.«²⁰ Nach eigenen Aussagen bekam »Raffelt« in jenen Jahren von seinem »Führungsoffizier immer 500 Mark im Monat«. Neben seinem »Gehalt« konnte der IM zudem »anderweitige Zuwendungen als Spesen und für Zugfahrten« verbuchen.²¹ Mitunter standen ihm nach seinen Angaben netto »durchaus 1.800 Mark im Monat« zur Verfügung.²² Das durchschnittliche Arbeitseinkommen ausgebildeter »vollbeschäftigter Arbeiter und Angestellten in volkseigenen Betrieben« betrug im Jahre 1985 lediglich 1.111 Mark.²³

Zur Tarnung des IM initiierte das MfS verschiedene Scheinarbeitsverhältnisse; so »arbeitete der IMB« zum Beispiel ab Mai 1977 bei der Wasserwirtschaftsdirektion. Wie aus dem Bericht der Bezirksverwaltung Dresden vom 20. Oktober 1983 hervorgeht, »ein durch das MfS organisiertes abgedecktes Arbeitsverhältnis«.²⁴

Zum 1. Januar 1984 wurde »Raffelt« durch die Bezirksverwaltung Dresden »hauptamtlich« in den Dienst des MfS übernommen. Ein Teil seiner bisherigen Spitzeltätigkeit sollte zur Verrechnung gelangen: »Es wird vorgeschlagen«, so

¹⁵ Analyse ..., p. 263.

¹⁶ Gespräch mit »Kiste«, S. 17.

¹⁷ Analyse ..., p. 263 f.

¹⁸ Analyse ..., p. 51.

¹⁹ Bericht über die Arbeit mit dem IM »Raffelt«, ebd., p. 24.

²⁰ Bericht, ebd., p. 25.

²¹ Gespräch mit »Kiste«, S. 20.

²² Gespräch mit »Kiste«, S. 21.

²³ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hg. v. der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, 33. Jahrgang/1988, Berlin (Ost) 1988, S. 129.

²⁴ Bericht der Bezirksverwaltung Dresden vom 20. 10. 1983, wie Anm. 21, p. 215.

²⁵ Gespräch mit »Kiste«, S. 21.

der bislang für »Raffelt« verantwortlich zeichnende Leiter der Kreisdienststelle Dresden-Stadt, Oberst Lehmann, »50 % der Zeit seiner bisherigen inoffiziellen Zusammenarbeit, = 7 Jahre, für die bisherige Dienstzeit anzurechnen.« Zur Verschleierung des hauptamtlichen Anstellungsverhältnisses wurde weiterhin »vorgeschlagen, das bisherige Scheinarbeitsverhältnis beizubehalten und dem HIM ein fingiertes Arbeitsbuch auszustellen. In diesem fingierten Arbeitsbuch werden alle Eintragungen durch das Referat E vorgenommen. Das Original-Arbeitsbuch wird durch die Abteilung Finanzen der BV Dresden geführt und verbleibt in der KD Dresden-Stadt.«

Der »Arbeitsalltag« des IM wurde maßgeblich durch Betätigungen bestimmt, die andere gewöhnlich in ihrer Freizeit machten: »Raffelt« besuchte in verschiedenen Orten der DDR Jugendliche, die sich zur Alternativszene rechneten, richtete Partys aus, erschien fast überall dort, wo die Offene Arbeit der Kirche im Süden der DDR Veranstaltungen durchführte und trank Abend für Abend in den einschlägigen Lokalen, in denen sich DDR-Aussteiger trafen, Unmengen von Bier.

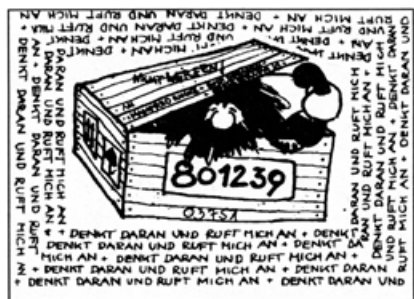
1988, Rinke war inzwischen 38, kündigte der IM, für das MfS anscheinend überraschend, seinen Rückzug von seinen Verpflichtungen an. Ob Zweifel am eigenen Tun oder innere persönliche Konflikte den Ausschlag gaben, lässt sich aus den Akten nicht mehr ableiten. Folgt man den Aufzeichnungen des MfS, scheint es zwei Gründe dafür gegeben zu haben. Zum einen beklagte sich Manfred Rinke seit Jahren beim MfS, fortwährend und zu jeder Tag- und Nachtzeit pubertierende Punks und zu allerlei Scherzen aufgelegte Hard-Rock-

Fans in seiner Wohnung empfangen zu müssen: »Zieht euch doch die Jeans an, lasst euch lange Haare wachsen und geht selbst zu denen hin.«²⁵

Der Versuch, »Kiste« deshalb in Kreise oppositioneller Künstler einzuführen, scheiterte jedoch regelmäßig. Die zur Erlangung von Anerkennung in diesen Kreisen unabdingbaren geistigen und künstlerischen Befähigungen konnte das MfS »Kiste« weder vermitteln noch ihn mit etwaigen künstlerischen Arbeiten ausstatten, ohne dass ruchbar geworden wäre, dass diese keinesfalls vom IM stammen dürften. Das »Talent« des IM war schlicht und einfach anderer Natur.

Zudem machten sich 1988 beim IM ernst zu nehmende gesundheitliche Probleme bemerkbar, die sich durch stundenlanges Verweilen an seinen Einsatzorten – unter anderem in den Szenekneipen Dresdens – und das arbeitsmäßig bedingte kommunikative Trinken großer Mengen Alkohols eher verschlimmerten.

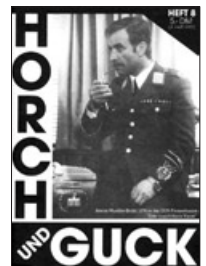
Ende 1988 erfolgte die Demobilisierung des IM's.



»Kistes« Visitenkarte zu DDR-Zeiten

Ausblick: Diese Bestandsaufnahme lässt zwei wichtige Fragen für die zukünftige Beschäftigung mit dem Thema offen. Erste Frage: Warum stattete die Bezirksverwaltung ihren IM »Raffelt« mit jenen umfangreichen finanziellen Mitteln aus und warum gewährte sie ihm letztendlich den Status eines hauptamtlichen Mitarbeiters? Sicherlich, »Raffelt« leistete eine entscheidende und wesentliche »Aufklärungsarbeit« innerhalb der Dresdner Szene und spitzelte erfolgreich in anderen Städten der DDR. Mit den von »Raffelt« gelieferten Informationen konnte sich die MfS-Bezirksverwaltung Dresden bei anderen Bezirksverwaltungen, maßgeblich der in Gera, und bei der MfS-Zentrale in Berlin in ein günstiges Licht setzen. Doch gab es auch in anderen Städten der DDR und in Ostberlin wertvolle und arbeitseifrige Spitzel, die komplette Oppositionskreise ausspähten und dem MfS konzeptionelle Vorschläge zur Zersetzung ihrer Gegner lieferten, ohne dass ihnen jene Dotierung zuteil wurde, derer sich »Raffelt« erfreute. Zweite Frage: Wie konnte der IM zum zentralen Ansprechpartner und zur maßgeblichen Person der Dresdner Alternativszene avancieren; zu einem Ansprechpartner, ohne dessen Vermittlung und Zustimmung sich in der ostsächsischen Szene fast nichts bewegen ließ?

Horch und Guck
Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
horch-und-guck@buengerkomitee.org,
www.buengerkomitee.org



Auch die Käuflichkeit der V-Leute kann Anstoß erregen, wenngleich sich der Gedanke an eine angemessene Entschädigung aufdrängt, da der V-Mann ein beachtliches Risiko eingeht, wenn er unter schwierigen, manchmal gefährvollen Umständen Nachrichten beschafft.

Dr. jur. Hans-Ulrich Evers, 1960

Der V-Mann erbringt seine Tätigkeit ... weder dauernd und um seinen notwendigen Lebensunterhalt zu verdienen, noch indem er sich dem Dienstherrn mit seiner ganzen Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Die Aufgabe des V-Mannes besteht vielmehr darin »nebenher«, d.h. neben seiner sonstigen beruflichen Arbeit, Nachrichten zu sammeln.

Doktor jur. Hans-Georg Friedrichs, 1981

»Zwei bis drei kräftige Ohrfeigen« Wie Regierungsamtmann Siegfried Köntgen im tiefsten Bottrop die Hose herunterlassen musste

Am 22. Mai 1981 machte sich der Beamte des Bundesamtes für Verfassungsschutz Siegfried Köntgen aus dem reichen Köln am Rhein auf den Weg nach Bottrop an der Ruhr. Eine Stadt, in der die Deutsche Kommunistische Partei DKP bei den Kommunalwahlen acht Prozent der Stimmen errungen hatte und die laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dort liegt, »wo das Ruhrgebiet immer noch recht schmutzig ist«. Unter dem Decknamen Madler wollte Köntgen den Werkzeugmacher Peter Jaszczyk besuchen. Der war bei Opel Bochum für die IG Metall als Vertrauensmann und Betriebsrat aktiv sowie Vorstandsmitglied des DKP-Bezirks Ruhr-Westfalen und sollte nun als Spitzel für das Bundesamt gewonnen werden. Herr Madler klingelte an der Privatwohnung von Jaszczyk und trat zunächst wie ein Versicherungsvertreter auf, bevor er sich in der Wohnung als »Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums« zu erkennen gab. Er offenbarte Jaszczyk den Wunsch, mit ihm »ins Geschäft« zu kommen. Peter Jaszczyk fasste schnell entschlossen einen listigen Plan und lud Herrn Madler zu einem zweiten Termin in seine Wohnung ein, denn: »Ich war von Anfang an entschlossen, diesen schmutzigen Anwerbeversuch in die Öffentlichkeit zu bringen.« Der eifrige Regierungsamtmann kam am 1. Juni erneut zu Peter Jaszczyk und wurde sogleich eingelassen. Allerdings war Herr Madler mit dem Wohnungsinhaber nicht allein in der Wohnung. Im Kinderzimmer hatte Jaszczyk drei Kollegen als stumme Zeugen des Geschehens versammelt: »Dass ein Spitzel direkt bei mir vorspricht, ein Agentenwerber, das hätte mir doch sonst in der Firma niemand geglaubt.« Der optimistische Beamte Madler hatte zu dem Treffen gleich eine Verpflichtungsermächtigung und 2.000 Mark in Hundertmarkscheinen mitgebracht.

Die Darstellungen, was danach mit »Herrn Madler« geschah, gehen weit auseinander. Unstrittig war, dass es in der Wohnung zu Handgreiflichkeiten kam, als der Regierungsamtmann bemerkte, dass er mit Peter Jaszczyk nicht allein in der Wohnung war. Jaszczyk gestand später vor Gericht ein, Herrn Madler bei einem doch unnötigen Fluchtversuch aus der Wohnung »zwei bis drei kräftige Ohrfeigen« verabreicht

Verpflichtungserklärung

Ich erkläre hiermit, daß ich über folgende Punkte nachdrücklich belehrt worden bin:

1. Ich habe mich an die Weisungen der mich führenden Personen zu halten.
2. Abweichungen von den mir erteilten Weisungen kann mich in die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung bringen. Straffreiheit ist mir nicht zugesagt worden. Ich weiß, daß ich jede Kenntnis über Straftaten, die ich im Zusammenhang mit der Ausführung von Aufträgen erlangt habe, an die mich führende Person weiterzugeben habe.
3. Ich bin verpflichtet, mich so zu verhalten, daß ich mich nicht selbst enttarne.
4. Ich bin zur Geheimhaltung verpflichtet. Die Strafbarkeit des Geheimnisverrats ist mir bekannt.
5. Ich bin unterrichtet, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die zu meiner Sicherheit erforderlich sind.
6. Ich darf auch gegenüber Behörden meine Verbindung zum VIB nicht offenbaren. Ist zu befürchten, daß diese Verbindung bekannt wird, habe ich unverzüglich die mich führende Person zu unterrichten.
7. In Vernehmungen in polizeilichen oder gerichtlichen Untersuchungen werde ich darauf hinweisen, daß ich ohne Aussagegenehmigung nicht aussagen darf. Vorher ist nach Möglichkeit zur Vermeidung einer Enttarnung die Weisung der führenden Person einzuholen.
8. Ich verpflichte mich, die von mir beschafften Informationen keiner anderen Organisation oder Person weder unmittelbar noch mittelbar zukommen zu lassen und nur mit der mir bekanntgegebenen staatlichen Stelle und deren Beauftragten zusammenzuarbeiten.
9. Ich bin aus freien Stücken bereit, an den mir gestellten Aufgaben mitzuarbeiten, und verspreche, wahrheitsgemäß zu berichten.

_____, den _____ 19 ____

Unterschrift

Vordruck für Spitzelanwerbungen

zu haben. Danach bugsierte er den Agenten mit ein paar Stößen und Puffen auf das Sofa und wies ihn an, die Hose im Sitzen »bis zum Knie« runterzulassen, damit sein Gast nicht durch die wegen des schwülen Wetters offene Balkontür »türmte«. Bei einer improvisierten Leibesvisitation fanden sich ein



... im tiefsten Bottrop

Lottozettel mit dem Klarnamen Siegfried Köntgen sowie ein Schlüsselanhänger mit der Aufschrift »Bayern braucht uns – CSU«. Das muss man sich mal vorstellen: Ein leibhaftiges CSU-Mitglied besucht im tiefsten Ruhrgebiet engagierte Mitglieder der DKP. Wie soll so etwas gut gehen? Siegfried Köntgen alias Herr Madler gestand den DKP-Mitgliedern, dass dies sein erster Einsatz sei und man ihn bitte schonen möge. V-Mann-Anwerber Siegfried Köntgen teilte die Namen seines Auftraggebers in Köln und der vor dem Haus wartenden Kollegen mit. Zum Schluss, so Peter Jaszczyk, sei der Spitzel mit den Kollegen fortgegangen, denn er habe ihm gesagt: »Ich tu dir nix, ich will

nur wissen, wer du bist.« Der Verfassungsschützer habe ohne Probleme sein Geld wieder mitnehmen dürfen. Die Verpflichtungsermächtigung aus der Abteilung II des Bundesamtes unter Leitung von Herrn Degenhardt behielt der Opel-Betriebsrat jedoch bei sich und verteilte sie am nächsten Tag hektographiert im Betrieb, wo sie ungeheures Aufsehen erregte. Denn erst wenige Wochen zuvor hatte FDP-Bundesinnenminister Gerhard Baum dem IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer schriftlich versichert, dass keine Betriebsratsmitglieder bespitzelt oder als Spitzel vom Verfassungsschutz angeworben würden.

Das so in Bedrängnis gebrachte CSU-Mitglied Siegfried Köntgen gab – wenig überraschend – und mit einigem Zeitverzug eine andere Schilderung der Vorfälle zu den Ermittlungsakten. Selbstverständlich wollte er als Dunkelmann nicht die Polizei einschalten und gönnte sich zunächst in zwei Kneipen ein paar beruhigende Getränke. Doch nachdem er sich zu seinem Hausarzt begeben hatte, muss er auf die Idee verfallen sein, dass er in der Wohnung von Peter Jaszczyk gefoltert und schwer zusammengeschlagen worden sei: Schläge auf den Kopf, die Nieren und die Geschlechtsteile. Der Ärger über den vor die Wand gefahrenen Einsatz war im Bundesamt für Verfassungsschutz so groß, dass es die größte Sonntagszeitung in der Republik, die *Bild am Sonntag*, zum publizistischen Gegenschlag einspannte. *BamS*-Schlagzeile eine Woche später: »Prügel für den V-Mann«. Allerdings verlegte sie die Handlung von Bottrop eigentümlicherweise nach Essen und wusste nun von »sechs Kommunisten« zu berichten, die den armen Geheimdienstler »in eine böse Falle gelockt« haben sollten: »Sie zogen ihn nackt aus, verprügelten ihn und flößten ihm eine Flasche Schnaps ein, um ihn zum Geheimnisverrat zu zwingen.« (Leider ließ die *BamS*-Recherche offen, ob es sich um sowjetischen Wodka gehandelt hatte.) Laut *BamS* schwieg der »Mann vom Verfassungsschutz ... trotz der furchtbaren

Qualerei eisern«. Später erschien auch in anderen Zeitungen die Geschichte des »gefolterten, beinahe verstümmelten« 42-jährigen Verfassungsschutzagenten, der in die Fänge eines kommunistischen Rollkommandos geraten sei und sich mit »lebensgefährlichen Verletzungen« zur stationären Behandlung habe begeben müssen. Der ehemalige VS-Chef Hans-Josef Horchem beschrieb den Bottroper Reinfall so: »Sie rissen ihm die Kleider vom Leibe und folterten ihn, um herauszubekommen, welchen Auftrag er hatte ... Die Gewalttäter von Bottrop konnten sich ihre Gewalthandlungen nur herausnehmen gegenüber einer Organisation, die nicht mehr respektiert wird. ... Vor zehn Jahren« wäre so etwas »noch nicht möglich gewesen«.

Durch diese millionenfach verbreiteten Behauptungen schien der Boden bereitet für eine Strafanzeige des Bundesamtes – fast drei Wochen nach dem Vorfall. Ein helllichtiger Reporter der *FAZ* mutmaßte, dass »die Art, in der sich ein junger [!] Beamter in Bottrop in eine Falle schicken ließ, ... auf viele seiner Kollegen nicht gerade ermutigend« gewirkt haben dürfte. Ende April 1982 eröffnete die 6. Große Strafkammer in Essen die Hauptverhandlung gegen Jaszczyk nebst drei Kollegen – und gegen seine Frau wegen Beihilfe –, um eine laut Staatsanwaltschaft »normale Kriminalstraftat« zu ahnden. Der Bezirksverband der Deutschen Kommunistischen Partei Ruhr-Westfalen sah das anders und ließ durch seinen Sekretär Heinz Czymek erklären, dass »dieser Prozess ... vom Verfassungsschutz inszeniert [worden sei], er führt auch die Regie und er stellt auch die Schauspieler, um die politische Diffamierungskampagne gegen die DKP zu verstärken«.

Der Strafprozess in Essen: Warum neben Jaszczyk und dessen Ehefrau noch drei weitere Männer auf der Anklagebank saßen, blieb unklar. Der Opel-Betriebsrat versicherte dem Gericht, dass sie »garantiert nicht« jene Kollegen waren, die er an jenem Juniabend in seine Wohnung gebeten hatte. Wer ihm tatsächlich in jenen schweren Stunden mit dem Regierungsamtmann Köntgen beistand, verriet Jaszczyk nicht. Nachdem das Gericht den Antrag der Verteidiger abgelehnt hatte, das Verfahren einzustellen, da in den Ermittlungsakten alle Unterlagen über die erste Vernehmung des Verfassungsschützers durch dessen Kollegen vom Bundesamt fehlten, beherrschte Jaszczyk mit seinen Aussagen – immer wieder von erfreutem Beifall der hauptsächlich kommunistischen Zuhörerschaft begleitet – die Szenerie im Gerichtssaal. Ihm war es schließlich gelungen, »den Kölner Beamten auf spektakuläre Weise zu enttarnen«, wie die *FAZ* zerknirscht einräumen musste. Das Gericht folgte dem Ansinnen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und vernahm Regierungsamtmann Köntgen »aus Fürsorgepflicht« außerhalb der Öffentlichkeit: Deren Anwesenheit könne wegen der möglichen Erörterung von Staatsschutzgeheimnissen zu einer Gefährdung der inneren Sicherheit führen, außerdem sei der Verfassungsschützer vor Enttarnung oder Repressionen zu schützen. Der *FAZ*-Reporter notierte etwa genervt: »Das Ärgernis ist, dass die Öffentlichkeit so lediglich die kommu-

nistische Variante des Falles erfährt. ... Der Gedanke, der Verfassungsschützer Köntgen müsse weiterhin geschützt werden«, könne getrost »vergessen« werden, denn schließlich sei ein Beamter, der eine »Operation so tapsig einleitet, wie hier, ohnehin verbrannt«. Die FAZ-Effizienzkritik lautete: »Wusste das Bundesamt nicht, dass man es bei Jaszczyk mit einem mehr als zehn Jahre lang geschulten und in der DKP, der IG Metall wie im Betriebsrat der Opelwerke erfahrenen kommunistischen Funktionsträger zu tun hatte? Glaubte ernstlich jemand, man könne einen solchen Funktionär mit – wovon die Rede im Prozess war – zunächst einmal zweitausend Mark anwerben? Verstößt ein praktisch unvorbereiteter Treff in der Wohnung eines derartigen Mannes nicht gegen alle Regeln der Branche?«

Nach dem Prozeß in Bochum: Solidarität vieler Kollegen

Schallende Ohrfeigen für den Verfassungsschutz

„Ohrfeigen für den Verfassungsschutz: So heißt für den Westdeutschen Rundfunk (WDR) das Ergebnis im Jaszczyk-Prozeß (siehe METALL 10/82).

Hundert von Gewerkschaftern kamen nach dem sechsstündigen Prozeß gegen den Opel-Betriebsrat Peter Jaszczyk zu dem gleichen Ergebnis und machten ihre Empörung laut. Der IG-Metall-Vertrauenssprecher der Kressp-
Stahl AG Rheinfelden forderte den Innenminister auf, Maßnahmen gegen diese Verfassungsschützer einzuleiten, die die im Grundgesetz verankerten Grundrechte einzutragen versucht haben. Mit dieser Resolution, die von Reinhard Bultz, dem

1. Bevollmächtigten der IG Metall in Duisburg mit dem Zusatz: „Wir erwarten, daß die politisch verantwortlichen Stellen dafür sorgen, daß die Beschuldigung von betragsmäßig empfindlich eingestuft wird und daß Arbeitsmethoden des Verfassungsschutzes wie in Falle Jaszczyk sich nicht wiederholen“, an die verschiedenen zuständigen Minister geschickt wurde, stehen die Duisburger nicht alleine.

An Bundesinnenminister Baum, Dienerherr des „Amtes“, schrieben junge DGB-Gewerkschafter aus dem bayerischen Landshut ebenso wie Metalller aus dem Norden. Hunderte von Solidaritätsbesuchen erreichten Peter Jaszczyk bei Opel in



Betriebsrat Jaszczyk. Kollegen sammeln für ihn

Artikel aus der IG-Metall-Zeitung

Bochum, Post aus Frankfurt war ebenso dabei wie von Bernd Engländer, dem Vizevorsitzenden, von Kurt Georgi (ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft Holz), einem SPD-Stadtrat aus Aachen, dem GEW-Betriebsrat Hans-Joachim aus Aachen, dem GEW-Betriebsrat aus Laubach und vielen Briefen aus den Betrieben, wie dem der Vertrauensleute und Betriebsräte der Firma Greiling aus Dorn-

„Ohne die Solidarität meiner Kollegen wäre es für mich sehr schwer geworden“, sagt Peter Jaszczyk, der mit Hilfe seines Rechtsanwalts gegen das Urteil, 6000 Mark Geldstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung, inzwischen Revision eingelegt.

Aber die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Es satzt noch der Zivilprozeß aus, in dem das Amt für seinen Agenten „Finsorgeleistungen“ in Höhe von rund 15000 Mark geltend macht. 47 Tage lang markierte sich Agent Köntgen nach seiner erfolglosen Aktion „Arbeitsunfähig“.

Mit spontanen Geldsammlungen für das „Verfassungsschutzopfer“ reagierten die Opel-Kollegen in Bochum bereits am Tag der Urteilsverkündung. Über 2000 Mark kamen zusammen.

Walter B. Bieri

Siegfried Köntgen wusste bei seiner Vernehmung zwei der drei Mitangeklagten mit absoluter Sicherheit zu identifizieren. Ein von ihnen habe ihm »eine Stunde lang die Genitalien gequetscht«. Dennoch musste sogar der Staatsanwalt für die beiden Freispruch fordern, da sie den Nachweis erbrachten, zu jenem fraglichen Zeitpunkt weder in Bottrop noch in der Wohnung von Peter Jaszczyk gewesen zu sein. Protokolliertes Fazit der Vernehmung des Hauptbelastungszeugen: Er habe »bewusst und gewollt« gelogen. Das drei Tage nach Köntgens Bottroper Reifall erstellte Gutachten von Fachärzten ergab zwar ein paar »Druckstellen«, jedoch »keine Befunde von Krankheitswert«. Nichtsdestotrotz wollte sich Staatsanwalt Engel in seinem Schlussplädoyer lieber auf die Köntgen-Horror-Picture-Aussage als auf die außerordentlich lebensnahe Darstellung des Hauptangeklagten Jaszczyk stützen und forderte für zwei Angeklagte zwei Jahre Freiheitsentzug sowie für die Ehefrau Jaszczyks ein Jahr Knast auf Bewährung. Nachdem die Verteidiger

unter Hinweis auf die »Wahrheitsermittlungsverhinderer« der Kölner Behörde auf Freispruch plädierten, ließ auch Jaszczyk in seinem Schlusswort etwas Heroismus durchblicken, er erklärte, dass er »das Urteil, egal wie es ausfalle, als Auszeichnung tragen« werde.

Ohrfeigen im Dutzend billiger? Das Gericht entschloss sich unter dem Eindruck der dreisten Lügen Siegfried Köntgens und der zunehmenden Solidarisierungswelle aus dem gewerkschaftlichen Bereich zugunsten der Angeklagten, sich dem Rachebedürfnis des düpierten Bundesamtes für Verfassungsschutz zu verweigern. Unter dem Jubel des Publikums wurden vier Angeklagte aus Mangel an Beweisen bzw. wegen erwiesener Unschuld freigesprochen, und Peter Jaszczyk erhielt mit 6.000 DM Geldstrafe einen Freispruch

zweiter Klasse. Selbst wenn der Angeklagte den Versuch, ihn als Spitzel anzuwerben, als ehrverletzend und »als eine Zumutung empfunden habe, die ihn erregt habe«, hätte er nicht das Recht gehabt, »auf massive Weise Selbstjustiz zu üben«.

Andererseits müssten der Regierungsamtmann und das Bundesamt die Verantwortung dafür tragen, dass nicht sofort ermittelt und rechtzeitig Spuren hätten gesichert werden können. Zudem habe Köntgen offensichtlich die Unwahrheit gesagt und sich in Ungereimtheiten und Widersprüche verwickelt. Das Jaszczyk trotzdem verurteilt wurde, »geht überwiegend auf seine eigene Aussage zurück«, wie ein gewerkschaftsfreundlicher Berichterstatter leicht deprimiert feststellte. Hätte Peter Jaszczyk vor Gericht einfach sein Maul gehalten, wäre er vielleicht freigesprochen worden, anstatt für die drei Ohrfeigen jeweils 2.000 DM zu berappen.

Andererseits: Welcher Bspitzelte würde nicht davon schwärmen, einem verfassungsschützenden CSU-Mitglied »eine zu verpassen«? Der TAZ-Reporter Jakob Sonnenschein wagte diesen Menschheitstraum in Worte zu fassen: »Dass Jaszczyk verurteilt wurde, mag mit dem bürgerlichen Strafgesetzbuch begründbar sein. Dessen ungeachtet gilt allerdings überall in der Welt: Spitzelwerber müssen damit rechnen, vom Objekt ihrer Begierde verprügelt zu werden. Und das ist gut so.«

Die vom Landgericht Essen so teuer bestraften »Ohrfeigen« von Bottrop lösten auch eine Solidaritätswelle für den verurteilten Peter Jaszczyk aus. Unter anderem den nebenstehend dokumentierten Bericht der Mitgliederzeitschrift *Metall*. Man mag es kaum glauben, dass sich jener Anzugtragende und beschlippte Opel-Betriebsrat mit Schnauzbart, Fluppe und leichtem Bauchansatz gegen die ihm zuge dachte Spitzelrolle so handfest zur Wehr zu setzen wusste.

Bild am Sonntag, 7.6.1981: Prügel für den V-Mann
– Sechs DKP-Leute lockten Verfassungsschützer
in böse Falle.
FAZ, 28.4.1982: Der verprügelte
Verfassungsschützer.
FAZ, 7.5.1982: Geldstrafe für kommunistischen
Funktionär.
Metall, 12.5.1982: 6.000 Mark Geldstrafe für
drei Ohrfeigen.
Metall vom 21.7.1982: Schallende Ohrfeigen für
den Verfassungsschutz.
Unsere Zeit, 7.5.1982: Jaszczyk-Urteil: 6.000 DM –
Verfassungsschutzamt wurde entlarvt.
Unsere Zeit, 30.4.1982: Die Regie führt der
Verfassungsschutz.
Welt, 6.8.1981, Hans Josef Horchem: Wie man den
Schutz der Verfassung herunterwirtschaftet.
Metall, 1.7.1981: Aufklärung über
Verfassungsschutz.
TAZ, 6.5.1982: Staatsanwalt fordert
2 Jahre Knast.
TAZ, 7.5.1982: Gericht glaubt
Verfassungsschutzbeamten nicht.
Unsere Zeit, 4.6.1981: »Der Zeuge kann soviel
lügen, wie er will«.
Frankfurter Rundschau, 27.4.1982: Prügel für
Verfassungsschützer bei misslungener Anwerbung.
Frankfurter Rundschau, 6.5.1982: Richter ahnden
Hiebe für Verfassungsschützer mit Geldstrafe.
TAZ, 28.4.1982: Arbeiter Faust auf's Auge.
die NEUE, 14.5.1982: Gericht für Betriebsrat und
gegen Verfassungsschutz.
Fritz Seibert: Schnüffler Fälscher Provokateure,
Frankfurt a.M. 1985.

Stand die linke Bewegung dem Verrat zu lange ohnmächtig gegenüber? Gewiß, es gab da Agenten wie Urbach, es gab Mädchen und Lehrer, die redeten. ... Aber für die linke Bewegung insgesamt war seit 1964 bzw. 1967 der Verrat kein dringliches Problem. ... Es gab Spitzel usw., aber sie waren kein [ernsthafte] Problem.

Peter Brückner und Barbara Sichtermann, 1974

Es kommt – ich spreche es aus – auf Infiltration in die Sympathisantengruppen hinein an.

Bundeskanzler Schmidt, 1975

Bewaffnete Angriffe und Vergeltungsaktionen gegen einzelne Funktionsträger des Gewaltapparates und dessen Institutionen, Gebäude usw. haben mehr als symbolischen Wert. Das Kapitalverhältnis ist ein konkretes Verhältnis zwischen Personen. Die Angehörigen des Gewaltapparates, ob sie nun in den Polizeikasernen, Gerichtssälen, politischen Entscheidungszentren, Presserräumen oder Direktionsetagen sitzen mögen, bleiben nicht anonym. Jeder Bulle, der im Vollzug seines Dienstes auf irgendwelche Menschen anlegt, muss und soll wissen, dass seine Kugeln zum Bumerang werden können. Jeder Richter, der ein neues Terrorurteil fällt, muss wissen, dass er damit leichtfertig die Annehmlichkeiten seines Lebens aufs Spiel setzt. Jeder Spitzel, jeder Denunziant muss wissen, dass sein Verrat auf ihn zurückschlagen kann.

Revolutionäre Zellen, 1976

»Ich fühle mich weder als Konterrevolutionär ... noch als Verräter«

Die verwirrten Lebensbeichten des von Spitzeln umstellten
Spitzels Ulrich Schmücker

Der seit Oktober 1971 an der Freien Universität in den Fächern Geschichte und Ethnologie eingeschriebene Student Ulrich Schmücker musste sich in seinem kurzen Leben zwei wesentlichen Verhören unterziehen. Über beide legte Schmücker schriftlich Zeugnis ab: Das erste Mal wurde er in der JVA Koblenz hauptsächlich von einem Beamten des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) mit dem Decknamen »Peter Rühl« verhört.* Diese Befragungen begannen kurz nach der Verhaftung Schmückers im Mai 1972 und fanden vermutlich bis zum Dezember des gleichen Jahres statt. Diese Aussagen landeten als formgerechte Protokolle beim Verfassungsschutz und der Staatsanwaltschaft. Im Januar 1975 sollten diese Ergebnisse von dem scheidenden Chef des Landesamtes, Eberhard Zachmann, in einer internen Rede als »besonderer Glücksumstand« beschrieben werden, der »nur aufgrund der besonderen Persönlichkeitsstruktur des SCHMÜCKER möglich« gewesen sei. Bei ihm habe »es sich um einen zwar intelligenten, aber doch sehr unreifen jungen Mann« gehandelt. Zachmann charakterisierte Schmücker als »innerlich zerrissen, äußerst labil, mit versponnenen Auffassungen«, dem es »an jeder echten politischen Motivation« gemangelt habe. Dabei wies Zachmann »die bereits in der Öffentlichkeit kolportierte These, [Schmücker] hätte sich sein künftiges Leben nur als Terrorist oder als VM für uns vorstellen können«, keineswegs als »journalistische Phantasie« zurück.

Darüber hinaus, und das ist bemerkenswert, legte Schmücker auch ein 32seitiges »freiwillig« gefertigtes handschriftlich abgefasstes »Gedächtnisprotokoll« zu dem, wie er schrieb, »inoffiziellen Verlauf des »Ermittlungsverfahrens«« nieder, um es »zu gegebener Zeit an einen Verteidiger« seiner mitbeschuldigten Genossen oder »auch an ein entsprechendes Organ weiterzuleiten«. Er beendete dieses Gedächtnisproto-



Ulrich Schmücker, Polizeifoto 1972

koll am 31.12.1972 in einer Zelle der JVA Diez und hinterlegte es ohne Wissen seiner Vernehmungsbeamten bei seinem Anwalt. Es muss sich um den Versuch einer Rechtfertigungs- und Selbstversicherungsschrift seiner Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat gehandelt haben.

Das zweite Verhör, dem Ulrich Schmücker sich nach seinem Gefängnis-aufenthalt stellte, machte das »Kommando Schwarzer Juni« aus dem Umfeld der Stadtguerillagruppe Bewegung 2. Juni mit ihm. Es fand in den Ostertagen 1974 in der Wohnung Schmückers in Berlin-Neukölln statt. Seine hier niedergelegten Aussagen wurden unmittelbar nach seiner Erschießung am 4. Juni von dem Kommando in einem »Kommuniqué über Verrat« als Flugschrift publiziert und bundesweit an linke Buchläden und Zeitungen verschickt. Am 7. Juni wurde es auch in der *Frankfurter Rundschau* in voller Länge dokumentiert.

Begonnen hatte die ganze Geschichte spätestens im Februar 1972 als sich Schmücker der Berliner »Schwarzen Hilfe«, einer Gruppe zur Betreuung politischer Gefangener, anschloss. Wenig später, am 19. März 1972, beobachtete Schmücker im Audimax der TU, wie eine Gruppe von Leuten Flugblätter von der Empore in das Publikum warf. Darin wurde ein zuvor verübter Anschlag auf das Landeskriminalamt in der Gothaer Strasse mit der Erschießung Tommy Weissbeckers durch die bayerische Polizei begründet. Unterzeichnet war dieses Flugblatt erstmals von der »Bewegung 2. Juni«. Schmücker soll diese Gruppe, zu der Inge Viett gehört haben soll, direkt angesprochen haben, und man traf sich nur wenig später. Bald nahm Schmücker an Aktionen der »Bewegung 2. Juni« teil, bis er zusammen mit Inge Viett, Wolfgang Knupe und Harald Sommerfeld am Morgen des 7. Mai 1972 in einem PKW Marke FIAT auf einem Parkplatz in Bad Neuenahr-Ahrweiler von der Polizei widerstandslos festgenommen wurde – in ihrem Auto fand sich eine Bombe.

Etwa zweieinhalb Wochen nach seiner Festnahme erhielt Schmücker im Koblenzer Knast Besuch von »Peter Rühl«. Sein erst viel später bekannt gewordener Klurname: Michael Grünhagen.

In 16 Treffen machte der Gefangene Schmücker gegenüber Grünhagen umfangreiche Aussagen, auch gegen seine Genossen. In seinem »Gedächtnisprotokoll« beschreibt Schmücker die Entscheidung mit dem Verfassungsbeamten zusammenzuarbeiten als ein »Spiel«, auf das er »zum Schein« habe eingehen wollen, um – wie es der jahrzehntelang mit der Angelegenheit befasste Rechtsanwalt Elfferding zusammenfasste – a) weniger Strafe zu kriegen, b) früher aus der

* Siehe den Beitrag von Wolf-Dieter Vogel: Ein V-Mann-Führer.



Ulrich Schmücker, Polizeifoto 1972

Haft entlassen zu werden und vor allem c) später als eine Art ›Doppelagent‹ der linken Bewegung wertvolle Informationen aus dem Verfassungsschutzbereich zukommen lassen zu können«. Peter Brückner und Barbara Sichtermann sollten jenes Gedächtnisprotokoll später dahingehend kommentieren, dass es illustriere, das Schmücker wohl »tatsächlich geglaubt [habe], er könne seinerseits den VS-Mann ausspionieren und zugleich ausnutzen«. Seine Aufzeichnungen würden sich daher »als Warnung an jeden Genossen [lesen], der, in den Mühlen von Polizei und Justiz gefangen, meint, er könne Verhörspezialisten ohne weiteres auf's Kreuz legen«. Der gewiefte Rechtsanwalt Elfferding wusste den »Zweck des Schmückerschen Gedächtnisprotokolls« in alle Richtungen zu interpretieren: Einerseits könne »alles, was darin steht, ... stimmen, wenigstens in dem Sinne, dass Schmücker es ehrlich gemeint hat. Dann müsste man annehmen, dass er sich mit seiner Absicht als ›Doppelagent‹ tätig zu werden, auf eine Sache eingelassen hat, mit der völlig überfordert war.« Es könne aber auch sein, dass Schmücker das »Gedächtnisprotokoll« nur geschrieben habe, »um sich in der linken Bewegung dafür zu rechtfertigen, dass er vor der Polizei Aussagen gemacht hatte – etwa aus Angst vor Racheaktionen der davon Betroffenen und ihrer Freunde. Und es kann auch sein, dass Schmücker dieses Gedächtnisprotokoll in Wahrheit zusammen mit jenem Herrn ›Rühl‹ entworfen hat, mit dem Ziel, gerade durch dieses Protokoll wieder Zugang zu linken Kreisen zu bekommen und dann dort tatsächlich für den Verfassungsschutz spionieren zu können.«

In den bis zu acht Stunden ohne Pause andauernden Gesprächen beherrschte der versierte Verfassungsschutzbeamte Grünhagen jenes »Spiel«, auf das der eingekerkerte Delinquent glaubte, sich einlassen zu können, erheblich besser. Unter der selbststredend gelogenen Zusicherung »striktter Vertraulichkeit« konfrontierte er abwechselnd die beiden Gefangenen Schmücker und Sommerfeld mit »Aussagen« des anderen. Schmücker glaubte in seinem »Gedächtnisprotokoll« darauf verweisen zu können, dass seine Aussagen, so Rechtsanwalt Elfferding, »letztlich unschädlich gewesen« seien, »weil er lediglich die Aussagen des Harald Sommerfeld – über die ihn ›Rühl‹ informiert habe – wiederholt, und sie mit einer Menge Unsinn ausgeschmückt habe«. Doch letzteres, so Elfferding, stimme nachweislich nicht, »wenn man die Aussagen von Schmücker und Sommerfeld in den Gerichtsakten vergleicht«. Die einstudierte staatliche Repressionspraxis, den einen gegen den anderen auszuspielen, lässt noch die verwegesten Doppelagenten-Träume im Nichts zerplatzen. Und so ließ Grünhagen noch im Verlauf der Gespräche Schmücker ein Exemplar des damals populären *Roten Schüler Kalenders* aus dem Wagenbach-Verlag mit Stichworten und kurzen Sätzen voll schreiben, aus denen eindeutig hervorging, wer der Verfasser dieser Aussagen war. Grünhagen machte Schmücker klar, das für den Fall, das ihm – ›Rühl‹ – etwas zustoßen sollte, dieser Kalender anonym an linksradikale Periodika geschickt werde, um ihn damit notfalls »zu erledigen.«

Die intensive Zusammenarbeit mit »Peter Rühl«, alias Grünhagen, brachte dem geständigen Angeklagten Ulrich Schmücker am 7. Februar 1973 vor der 14.

Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts in einem ohne Publikum und Zeugen geführten Prozess das zwischen allen Verfahrensbeteiligten abgesprochene milde Urteil von 30 Monaten Knast ein. Er konnte den Gerichtssaal als – scheinbar – freier Mann verlassen. Einen Monat später registrierte Grünhagen Schmücker offiziell als »Informant« mit dem Tarnnamen »Kette«.

Die Geschichte des Ulrich Schmücker wurde Gegenstand von vier Strafverfahren. Dadurch ist einiges an Dokumenten generiert worden, die insofern als offiziell bezeichnet werden können, als sie von Polizei und LfV erstellt worden sind. Hinzu kommen Schmückers Briefe an seine Mutter, sie finden sich in journalistischen Enthüllungsartikeln und -bücher. Darüber hinaus finden sich in diesen Büchern ausgiebig referierte Dialoge und Erzählungen einer Vielzahl von Beteiligten, die sich spannend wie ein Kriminalroman lesen. Aber gerade dabei werden sich schriftstellerische Phantasie und Dichtkunst ausgetobt haben. So geht der Vorteil einer schön zu lesenden und spannend konstruierten Erzählung mit dem Nachteil Hand in Hand, dass keine Möglichkeit existiert, das von ein paar Autoren und von wem und wie auch immer Recherchierte überprüfen zu können. Folgt man dennoch den Schilderungen der Enthüllungsautoren, ergibt sich ein facettenreiches und außerordentlich widersprüchliches Bild der Aktivitäten Schmückers nach seiner Freilassung in der Westberliner Szene: Als Orte finden sich hier hauptsächlich die Strassen und Plätze Kreuzbergs und Neukölln, aber auch Zehlendorf und der Nahe Osten dürfen nicht fehlen. Offenkundig ist, dass Schmücker wieder Kontakte zur linken Szene suchte, und sich anlässlich eines RAF-Prozesses gegen Brigitte Asdonk, Monika Berberich u.a. im April 1973 mit dem Bundeswehdeserteur, Alkoholiker und »Schwarzen Hilfe«-Aktivisten Götz Tilgener anfreundet. Dieser sollte Schmücker zunächst behilflich sein, ihm eine Pistole zu besorgen, was Tilgener jedoch abgelehnt haben soll. Darüber hinaus soll Schmücker ständig nach dem Aufenthaltsort der zwischenzeitlich aus dem Knast ausgebrochenen Inge Viett gefragt haben, angeblich, um diese wiederzusehen.

Nachdem er im Mai 1973 einer Zeugenvorladung zu einem Prozess gegen seinen Ex-Genossen Sommerfeld nicht Folge leistet, wird wieder ein Haftbefehl gegen ihn in Kraft gesetzt. Trotz dessen arbeitet Schmücker zu dieser Zeit unter seinem richtigen Namen offiziell im Appartement-Hotel direkt gegenüber dem damaligen US-Hauptquartier in Westberlin. Genau zwei Häuser weiter residiert das Berliner LfV. »Fest steht auch«, so der über ein Jahrzehnt in dieser Angelegenheit tätige Strafverteidiger Häuser, »dass Schmücker im Sommer 1973 in den nahen Osten fuhr, insbesondere die Städte Beirut und Damaskus besuchte. Im Herbst hat er sich mehrmals mit Mitarbeitern des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz getroffen.«

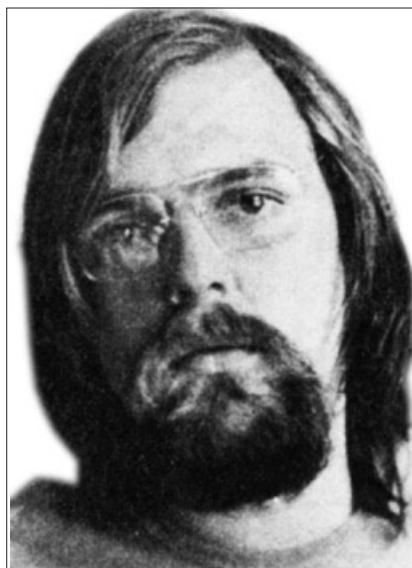
Nach seiner Rückkehr aus dem Nahen Osten soll Tilgener seinen Freund Schmücker unter dem falschen Namen »Bernd Laurisch« in einer Großwohngemeinschaft in der Zeughofstrasse 20 einquartiert haben. Sie wurde von ihren BewohnerInnen passend zum damaligen Zeitgeist »Studio für radika-

le Gestaltung« genannt. Dort verliebte er sich in eine Frau, die schwanger von ihm wird. Zur selben Zeit verbringt Schmücker auch viel Zeit bei seinen Eltern in seinem Heimatort. Von alten Schulfreunden erhält er Besuch in Kreuzberg, die ihn selbstverständlich in der Öffentlichkeit mit seinem richtigen Namen ansprechen. Immer wieder wird Schmücker von Gerüchten über seinen Verrat eingeholt. Nachdem er bereits im Frühjahr 1973 von einer Wohngemeinschaft in der Moabiter Turmstrasse heraus geworfen wurde, ereilt ihn dieses Schicksal erneut im März 1974 in seiner WG in der Zeughofstrasse. Wegen der Gerüchte soll sie ihn innerhalb von zwei Tagen auf die Strasse gesetzt haben, und auch seine Freundin trennte sich von ihm. In dieser Zeit wurde er auf einem Fest auf dem Kreuzberger Mariannenplatz wegen der Verratsgerüchte verprügelt, und sein Versuch bei einer politischen Neuköllner Kinderspielplatzgruppe mitzuarbeiten, scheitert aus dem selben Grund. Der zunehmend sozial isolierte und vermutlich tief deprimierte Schmücker zog in eine Eineinhalb-Zimmer-Wohnung in die Neuköllner Lahnstrasse. Um erneut das Vertrauen von Tilgener zu gewinnen, und mit der Absicht zu beweisen, dass er kein Verräter sei, erteilte Schmücker diesem eine Vollmacht, sein »Gedächtnisprotokoll« und seine Aussagen bei seinem Anwalt abzuholen und einzusehen. Tilgener besorgte sich dann auch diese Papiere und gab dem Anwalt sogar eine Quittung. Was auch immer Schmücker zu dieser Entscheidung veranlasst haben mag, er konnte seinen in der Westberliner Szene bereits gelaufenen Prozess der sozialen Ausgrenzung nicht aufhalten. Durch diese Papiere musste er sich geradezu rasant beschleunigen.

Im Umfeld der Bewegung 2. Juni scheint nach und nach die These an Boden gewonnen zu haben, dass es sich bei Schmücker um eine Art »Lockvogel« des Verfassungsschutzes gehandelt habe, der an den Kern der Stadtguerillagruppe heran wollte. (Diese These sollte übrigens in den über ein Jahrzehnt später öffentlich gewordenen Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz ihre Bestätigung erhalten.)

In seiner letzten Lebensmonaten scheint sich Ulrich Schmücker trotz seiner eigentlich unhaltbaren Lage immer wieder um eine erneute Annäherung an militante Gruppen bemüht zu haben. Zeitgleich hielt er mit Telefonaten und direkten Treffen engen Kontakt zu seinem Führungsoffizier Grünhagen. Unmittelbar vor seinem Tod berichtete er diesem sogar, dass er sich an Leib und Leben bedroht fühle.

Die der Westberliner Szene von Schmücker zugänglich gemachten Aussageprotokolle wurden zur Grundlage eines Fragebogens, den Schmücker in seiner



Götz Tilgener

Wohnung in Neukölln am Ostermontag 1974 im Beisein zweier Bekannter ausgefüllt haben soll. Nach der Staatsmacht versuchte Schmücker nun der bewaffneten Gegenmacht Rede und Antwort zu stehen, die in dem Bogen sechs Fragen an ihn richtete. Sie sollte sich später in dem Kommuniké als – wie auch immer legitimierte – »Delegierte eines Volkstribunals« ausweisen. Das Protokoll dieser Befragung ist ein eigentümlicher Balanceakt zwischen den formal Fragenden und dem bereits von den Fragenden verurteilten Schmücker. Dieser versucht den Ton seiner Antworten zunächst dem von den Fragenden vorgegebenen bürokratischen Sound des Polizeiverhörs mit Formulierungen wie »war mir bekannt«, »ging ich davon aus«, »Zustandekommen der Aussage«, »Zugriff der Behörden«, »Haftentlassung« usw. anzupassen. In einer Analyse des Sprachduktus schreiben Brückner und Sichtermann, dass hier »die Situation für Schmücker eine bekannte« habe gewesen sein müssen, da in dieser Sprachform, »die Differenz zwischen ›Volkstribunal‹ und staatlicher Exekutive« in Form eines »dem Polizeiverhör nachgebildeten« formalisierten und bürokratisierten Fragebogens geschwunden sei.

2.) Du warst Angehöriger der Bewegung 2. Juni und Du hast Mitglieder dieser Organisation durch Deine Aussagen belastet. Nenne uns bitte die Motivationen für Deine Gespräche mit Staatsschutzbehörden der ERD!.....

Antwort:

In meinen Gesprächen mit einem Offizier des Verfassungsschutzes versuchte ich, Näheres über das Zustandekommen der Aussage Sommerfeld und der Spurensuche der Ermittlungen zu erfahren. Ich versuchte auch in vier Monaten (1. u. 2. Bogen, 2. u. 3. Bogen, 3. u. 4. Bogen und 4. R. Seiten, von denen nur die ersten beiden durchkamen) zwischen Ende Mai und Mitte November '72, können vor dem Zugriff der Behörden zu warnen; auch nach meiner Haftentlassung im Febr. '73 warnte ich die Mahns und Schmidt, daß das US ihre Waffenbeschlüsse bekannt sei. Diese Informationen hatte ich aus den Gesprächen mit dem US. Durch diese Gespräche versuchte ich ebenfalls meine eigene Situation als von Sommerfeld Verurteilter zu verbessern, also auch, daß von mir empfangenen Abmahnung im Herbst herauszubekommen, ohne selbst benannt zu werden. Daß dies falsch war, ist mir im Nachhinein klar! Die juristischen Implikationen meiner Aussagen und die in Funktion in den verschiedenen Strafverfahren waren mir jedoch zu dieser Zeit nicht bewusst.

Auszug aus dem »Fragebogen«

Schmücker versuchte sich sowohl selbst als Opfer von Verrat eines anderen Mitgliedes seiner Gruppe darzustellen, als auch als jemand, der versucht haben will, den Verfassungsschutz auszuspionieren: »In meinen Gesprächen

mit einem Offizier des Verfassungsschutzes versuchte ich Näheres über das Zustandekommen der Aussage [eines anderen Gruppenmitgliedes] und den Stand der Ermittlungen zu erfahren. ... Durch die Gespräche versuchte ich ebenfalls meine eigene Situation als von [einem Ex-Genossen] Verräter zu verbessern, also aus der von mir empfundenen Ohnmacht im Knast herauszukommen, ohne selbst Genossen zu verraten. Dass dies falsch war, ist mir im Nachhinein klar.« Mit der Beantwortung der letzten Frage soll Schmücker sein eigenes Urteil sprechen: »Welche Möglichkeiten [er] für nationale und internationale revolutionäre Organisationen [sieht], sich nachhaltig vor Konterrevolutionären und Verrätern zu schützen?«

Trotz aller sonstigen Selbstbeichtigungsanstrengungen weigert sich Schmücker zu antworten. Er kann nicht das für ihn Undenkbare formulieren – die eigene Liquidierung vorzuschlagen. Gefangen in der Quadratur des Kreises, sowohl mit der Bewegung 2. Juni als auch mit dem Staatsapparat zusammengearbeitet zu haben, münden seine Antworten, nach einigen logistischen Hinweisen, radikal selbst psychologisierend in einem Plädoyer in eigener Sache: »Wir müssen lernen, mit dem bewaffneten rev. Kampf zu leben! Ich fühle mich weder als Konterrevolutionär – da ich, wenn mein Verhalten der Konterrev. diene, mich ihrer Verfügung entzogen hätte – noch als Verräter – weil ich niemanden verraten habe, durch mein falsches Verhalten Verrat eindämmen wollte. Ich habe schwere Fehler gemacht, Fehler, die zurückgeführt werden können auf meine damalige psychische Konstitution (Resultat mangelnder Überich-Bewältigung in meiner damaligen Lebenssituation als Student), aber auch Fehler meiner Gruppe in der Bew. 2. Juni. Diese Fehler haben mich schwer belastet und drängen – wo das noch nicht geschehen ist – nach Aufarbeitung. Aufarbeitung, die nur im revolutionären Kontext möglich ist.«

In der in der Form eines Appells gehaltenen letzten Aussage Schmückers, bitte in den – wie er schreibt – »revolutionären Kontext« wieder aufgenommen zu werden, taucht die eigentümliche Figur einer selbstlosen Unterwerfung unter die vermeintliche Sache auf. Sie tritt noch deutlicher in einem vermutlich unmittelbar nach dem »Verhör« »Ostern 74« geschriebenen langen Brief an seine Eltern hervor. Er schreibt, dass es ihm leider »nicht gelungen [sei], Licht in das Dunkel der damaligen Knastgeschehnisse zu bringen, meine eigenen Stellung in den Augen der Genossen zu klären und so das Misstrauen, das mir verständlicherweise entgegengebracht wurde, abzubauen«, und er »konsequenterweise ausgeschlossen« worden sei. Doch auch wenn er nicht daran glaube, »dass man mich für einen VS-Agenten« halte, so sei es, so Schmücker weiter, »für die Sicherheit der Genossen unumgänglich, zu dem radikalen Mittel des Ausschlusses zu greifen.« Auch wenn der »Ausschluss für mich hart, sehr hart« sei, schließe er sich »dieser Argumentation« an. Doch nur wenige Sätze später vollzieht Schmücker einen argumentativen Salto mortale weg von diesem eben noch ausgebreiteten Stalinismus der eigenen Seele, indem er glaubt feststellen zu können: »Man kann die Sache nicht verobjektivieren, eine stalinistische Säuberungsaktion

Vermerk:Betreff: Informant Ulrich SCHMÜCKER

Nach Rücksprache mit IV (2) 1 vom 13.3.1973 erhält der obgenannte Informant den Namen

Kette

vfa.

1. IV (2) 1 zur Kenntnis
2. IV (2) 1 & 4 zur Kenntnis
3. Z. d. A.

† 5.6.1974

Schmücker-Akte des LfV

wittern, denn mein Fall ist verknüpft mit einer rein individuellen Geschichte, die in Deutschland nicht ihresgleichen hat.« In dieser Aussage drang durch seinen fortwährenden Selbstbetrug ein Quäntchen Wahrheit. Schmücker schrieb in diesen Zeilen, was er glaubte wissen, und er wusste doch fast nichts von dem, was er sagte. Was Schmücker tatsächlich war – ein aktiver Spitzel des LfV – weiß man heute. Aber immer noch nicht, als was sich Schmücker eigentlich selbst sah: Als Doppelagent, V-Mann, Verräter, Konterrevolutionär, Abenteurer, Spieler? Der Brief Schmückers an seine Eltern endet mit der in aller Regel wenig aussagekräftigen Parole: »Alles für den Sieg der Weltrevolution!«

Ihr Schmücker offenbar vollständig verborgener grauenhafter Hintersinn materialisierte sich schließlich auf dem hier faksimilierten »Deckname Kette«-Blatt aus den zwischenzeitlich offen gelegten Akten

des LfV Berlin. Wer es sich ansieht, wird ein Kreuz mit dem Datum 5.6.1974 entdecken. An diesem Tag wurde Ulrich Schmücker – nur etwa zwei Monate nach seinem letzten Verhör – auf dem Grundstück Jagen 44 im Berliner Grunewald erschossen aufgefunden. Das Leben eines zum »Informanten« des Westberliner Verfassungsschutz gewordenen FU-Studenten hatte an der unsichtbaren Front zwischen Staatsmacht und bewaffnetem Kampf nach 22 Jahren sein Ende gefunden. In der Perspektive eines als total begriffenen bewaffneten Kampfes für eine »REVOLUTION BIS ZUM SIEG!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!« hatte das »Kommando Schwarzer Juni« geglaubt, das von Schmücker personifizierte und in seiner kaum zu überbietender Naivität angerührte trübe Gemisch aus Verrat und Spitzelei durch seine Exekution eliminieren zu können.

Allerdings war auch dem »Schwarzen Juni« eine gewisse Naivität nicht ganz fremd, glaubte er doch in seinem Kommuniqué deutlich machen zu müssen,



Der erschossene Schmücker, Polizeifoto 5.6.1974

das die »revolutionäre bewegung« in der Auseinandersetzung »mit dem ver-rat« niemals »wie die katze um den heißen brei ... schleichen« dürfe. Gerade die »falsche rücksichtsnahme«, etwa in dem Sinne »immer unbewusst beladen

mit dem schuldgefühl: arme schweine, vom system geformt und geprägt« hätten »dem verrat tür und tor geöffnet«. Mittels einer in die Argumentation eingeführten Gleichgewichtsmetapher wird philosophiert, dass, da »innerhalb der revolutionären bewegung ... die bedingungen von produktivkraft und produktionsverhältnis ... wieder ins gleichgewicht zu bringen« seien, hier nun »die notwendige konsequenz gezogen« hätte werden müssen. Womöglich im Sinne dieser völlig verrückten Harmonievorstellung meinte das »Kommando Schwarzer Juni« das »Gleichgewicht innerhalb der revolutionären Bewegung« durch diese Tat und die Übernahme der Verantwortung dafür wieder herstellen zu können. In Kleinschreibung teilte es in ihrem Schreiben – an die Presseagentur dpa – mit, dass man nicht irgendeinen beliebigen Spitzel, sondern den »konterrevolutionär und verräter ulrich schmücker ... hingerichtet« habe.

Welche Personen diese Tat in einem juristischen Sinne begangen haben, konnte in vier langen und bis in das Jahr 1991 andauernden Strafprozessen nie rechtskräftig bewiesen werden. Je länger die juristischen Auseinandersetzungen andauerten, desto mehr kam von dem trüben Gemisch aus Verrat und Spitzelei hoch. Das zunächst mit neun Aktenordnern gestartete Strafverfahren wurde schließlich am 28. Januar 1991 wegen der massiven »Mitwirkung und Einwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz«, und weil Grünhagen zumindest der Vorwurf treffe, den Mord nicht verhindert zu haben, nach 591 Verhandlungstagen auf Kosten der Landeskasse eingestellt. Die Zahl der Aktenordner war zu diesem Zeitpunkt auf weit über 100 angewachsen und fünf Angeklagte hatten insgesamt 20 Jahre in Untersuchungshaft gesessen.

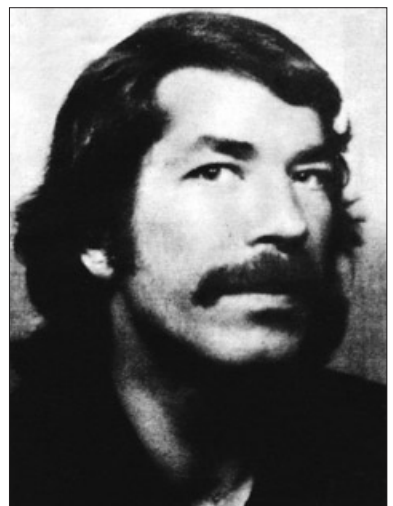
Ein ziemlich gesichertes Ergebnis der von Strafverteidigern und Journalisten vorangetriebenen Recherchen war die Tatsache, dass die Planung, die Durchführung und die unmittelbare Abwicklung des Tatgeschehens durch jenes »Kommando Schwarzer Juni« in ein wahres Spitzelkarussell eingebettet war. Auf dem kreisten neben dem VS-Beamten Michael Grünhagen mit dem ehemaligen Aktivisten der »Schwarzen Hilfe Köln«, Jürgen Bodeux, und dem



Jürgen Bodeux, 1974



Tatwaffe aus dem LfV-Tresor



Volker Weingraber, 1974

Frankfurter Rundschau, 7. 6. 1974.
 Gedächtnisprotokoll, in:
 SPIEGEL Nr. 25/1974.
 Peter Brückner und Barbara Sichtermann:
 Gewalt und Solidarität – Zur Ermordung Ulrich
 Schmückers durch Genossen: Dokumente
 und Analysen, Berlin 1974. Dort ist auch das
 »Kommunique über Verrat« nachzulesen.
 Stefan Aust: Kennwort 100 Blumen, Hamburg
 1980.
 Rechtsanwalt Rainer Elfferding: Zum Schmücker-
 Prozess, Vortrag in Bremen am 19.9.1986, in:
 Querkopp c/o ASTA TU Braunschweig,
 November 1986.
 Bernd, Häusler: Der unendliche Kronzeuge,
 Berlin 1987.
 Jerry Cotton: Mordfall Schmücker,
 sechsteilige Artikelfolge in:
 TAZ, 9.11.-15.12 1989.
 Vereinigung Berliner Strafverteidiger e.V.: Das
 Urteil – Ende des Schmücker-Prozesses?, Berlin
 1991. Dokumentation des letztinstanzlichen Urteils
 der 18. Große Strafkammer – Jugendkammer
 des Landgerichtes Berlin vom 28.1.1991. Dieses
 Schriftstück enthält eine instruktive juristische
 Hinrichtung der in diesem Strafverfahren vom LfV
 und der Staatsanwaltschaft
 betriebenen Machenschaften.
 Wolfram Bortfeldt: Deckname »Kette«,
 Hamburg 1992.
 Stefan Aust: Der Lockvogel, Hamburg 2002.
 Dort findet sich in dem Kapitel »Habt keine Angst
 um mich« der Ostern 1974 von Schmücker an seine
 Eltern geschriebene Brief.

Wirt der Kreuzberger Szenekneipe »Tarantel«, Volker Weingraber, Edler von Grodek, Deckname »Wien«, noch mindestens zwei weitere Informanten des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Westberliner LfV. Beide beteiligten sich engagiert im Vorfeld der Hinrichtungsdebatten. Bodeux besorgte die Tatwaffe und kundschaftete den Tatort aus. Dafür, dass er im Verfahren als Kronzeuge – weitgehend vom Hörensagen – gegen die anderen Angeklagten aussagte, wurde ihm sehr wahrscheinlich von den Repressionsbehörden eine Anklage wegen Beteiligung an einem im Dezember 1973 begangenen und bis heute unaufgeklärten Raubmord in Köln-Porz erlassen. Weingraber stellte seine Schreibmaschine für das Verhör Schmückers durch das »Volkstribunal« zur Verfügung und nahm den von Schmücker ausgefüllten Fragebogen unmittelbar nach seiner Erstellung Anfang Mai 1974 entgegen. Um sein mörderisches Maß voll zu machen, ließ Weingraber den mutmaßlichen Tätern seinen VW-Bus und nahm gerade mal eine halbe Stunde nach den tödlichen Schüssen auf Schmücker die Tatwaffe in Empfang und traf sich sofort mit Grünhagen, der sie für 15 lange Jahre im Tresor des Landesamtes verschwinden ließ.

Noch am 5. Juni 1974, Schmücker ist gerade mal 15 Stunden tot, steigt Grünhagen mit Hilfe des damaligen SPD-Innensenators Kurt Neubauer in die polizeiliche »Sonderkommission Schmücker« ein und füttert sie mit Berichten des in die Liquidierung Schmückers tief verstrickten und von ihm seit Jahren geführten V-Mannes Weingraber.



Zu all den in diesem Artikel geschilderten Merkwürdigkeiten lassen sich weitere hinzufügen:

Ein politischer Gefangener erinnert sich daran, wie Grünhagen 1978, beim vergeblichen Versuch, ihn im Knast zu »bearbeiten«, lachend ins Gespräch warf: »Der Schmücker ist ja noch angekommen, als wir den gar nicht mehr haben wollten.«

Götz Tilgener, der alte Bekannte von Schmücker, ging am 24.2.1975 zur Polizei und gab dort zu verstehen, »dass es bei dem in der SCHMÜCKER-Mordsache gegen ihn anberaumten Termin zu einem Knall käme. Man würde dem »Verfassungsschutz« den Vorwurf der unterlassenen Hilfeleistung machen.«

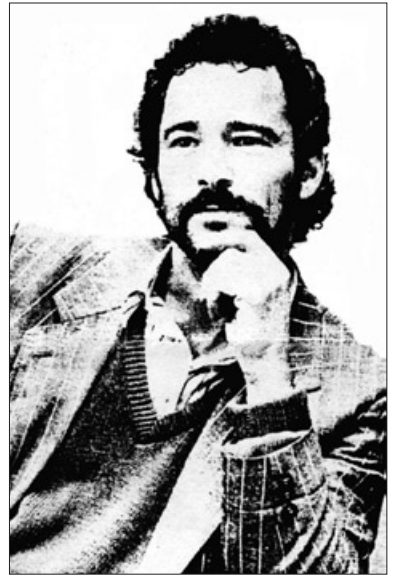
Am 18.7.1975 wurde Tilgener tot in seiner Wohnung aufgefunden – angeblich Selbstmord.

Es gibt zudem gute Gründe für die Annahme, dass die Schmücker-Exekution direkt unter den Augen eines Observationsteams, bestehend aus einer Gruppe von Beamten des LfV und des britischen Secret Service – der zu Zeiten des Berliner Vier-Mächte-Statuts alle relevanten geheimdienstlichen Vorgänge überwachte – statt gefunden hat. Die Verteidigung im Schmücker-Verfahren wurde von Christian Hain, einem Freund einer Hauptangeklagten, systematisch ausspioniert. Bis zu seiner Enttarnung im April 1988 hatte Hain 14 Jahre lang für ein geschätztes Monatsgehalt von 2.500 DM als Spitzel – nicht nur – für das Berliner LfV gearbeitet. Er wirkte in der Westberliner Roten Hilfe, in Knastgruppen und versuchte sich auch mal als Ratgeber beim Bau von Bomben – die aber nie zum Einsatz kamen. An dem von der GSG 9 verübten Bombenanschlag auf den Celler Knast, der dazu dienen sollte, Spitzel in die RAF einzuschleusen, war er am Rande beteiligt, und er versuchte auch mal – erfolglos – als angebliches westdeutsches Stadtguerillamitglied bei den Roten Brigaden in Italien einzudringen. Aber das sind andere Geschichten.

1994 trafen die beiden V-Leute und ihr ehemaligen Arbeitgeber, der Berliner Innensenator, wieder aufeinander. Weingraber, alias »Wien«, inzwischen alias »Karl-Heinz Goldmann«, sollte 450.000 DM »Schweigegehalt« seines insgesamt fast doppelt so hohen Spitzellohns zurück zahlen, weil er sich nicht völlig aus der Öffentlichkeit – d.h. von seinem von dem Geld in der Toskana erworbenen Weingut – zurückgezogen hatte. Weingraber klagte dagegen vor dem Landgericht Florenz und gewann nach acht Jahren – er darf das ganze Geld behalten und kann weiter mit dem Trecker auf seinem Landgut herumfahren. Hain alias »Flach« hatte inzwischen auch etwa 450.000 DM erhalten und wollte weitere 100.000 DM, da sein Touristikunternehmen in Griechenland und eine Beteiligung an einer Softwarefirma in die Pleite geraten waren und er nun eine neue Identität, eine berufliche Weiterbildung und eine Abfindung für seine Ex-Ehefrau haben wollte.

Open End?

Andreas Wolter: Fideler V-Mann, in:
tip Nr. 9/97, Berlin 1997
Carsten Holm: Der Sieg des Spitzels,
in: SPIEGEL Nr. 19/2002



Christian Hain, 1981

Ein V-Mann-Führer

Berlin, im Januar 1988. Es ist eng geworden für Michael Grünhagen. Oder sagen wir für »Michael Wegner«, wie er sich gerade nennt. Man könnte meinen, in den letzten Monaten hätte sich alles gegen den 50jährigen Geheimdienstler verschworen: Die Presse, die Politik, ja selbst die eigenen Kollegen.

Ein Journalist vom NDR-Magazin *Panorama* hat aus dem Innern des Verfassungsschutzes ein fünfseitiges Schreiben erhalten, »ein Freund« erklärt dort: »Ich kann es nicht mehr ertragen mit anzusehen, wie Sachverhalte, die den Verfassungsschutz seit Jahren belasten, aus falscher Rücksichtnahme nicht bereinigt, sondern in immer bedrückenderer Atmosphäre von den Beteiligten einhergerollt werden. Meine hohen Herren spielen sich die Bälle zu, vertuschen alles. Ehe Grünhagen erneut, diesmal vielleicht für immer, untertaucht, muss gehandelt werden.« In der *Panorama*-Sendung von Oktober 1987 wird auch noch ein Foto gezeigt und sein bislang geheimgehaltener Wohnsitz im Berliner Bezirk Gatow publik. Dorthin hatte sich der Verfassungsschützer extra zurückgezogen, um nach seiner früheren Enttarnung im Jahre 1980 zu verschwinden.* *Panorama* informiert zudem, dass seine Gatower Villa für eine lockere halbe Million Mark auf Staatskosten von einem Mann renoviert worden ist, der als KGB-Agent enttarnt wird.

Obwohl der Geheimdienstler Grünhagen – offiziell – bereits 1983 vom Thema »Terrorismus« Abschied nimmt und sich angeblich in das Referat Ausländerextremismus versetzen lässt, muss er sich also wieder etwas Neues einfallen lassen. Die vierte Auflage des Verfahrens um den Mord an dem Verfassungsschutzspitzel Ulrich Schmücker rückt näher – und damit die Gefahr, dass man ihn und seine Behörde wegen enger Verstrickungen in die Aktion an den Pranger stellt. Schließlich ist Grünhagen, wie eine parlamentarische Untersuchungskommission bestätigen wird, die Schlüsselfigur in der Schmücker-Affäre.** Stefan Aust schreibt später in *konkret* über den

Geheimdienstler, er sei »in seiner ganz konkreten Stellung jedem Polizeibeamten, jedem Staatsanwalt überlegen, denn Grünhagens Arbeit verlief faktisch ohne jegliche Kontrolle, ohne jede rechtsförmerige Überprüfung«. Er könne Hafterleichterungen durchsetzen und mit Staatsanwälten sowie »wohl auch mit Richtern über Strafzumessung und vorzei-

tige Entlassung verhandeln«. Zwölf Jahre nach dem Tod Schmückers, 1986, mittlerweile läuft das bereits vierte Revisionsverfahren, kommt das tatsächliche Ausmaß der Verstrickungen des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker ans Tageslicht. Dafür, dass die Verdunkelung in den ersten drei Verfahren fast reibungslos funktioniert, sind der VS-Mann selbst, aber auch die

Dieser Beitrag ist die gekürzte und leicht redigierte Fassung eines Dossiers, das am 7. Juli 1999 in der *Jungle World* erschien, und im zweiten Teil einen Grünhagenschen Wiedergänger namens »Benz« beschreibt.

Staatsanwälte Przytarski und Wolfgang Müllenbrock verantwortlich. Przytarski selbst steht am Anfang einer Karriere, in der ihm die Kooperation mit dem Amt noch häufiger zugute kommt. In den folgenden Jahren gibt es eine Unzahl widerrechtlicher Absprachen zwischen dem Geheimdienstler Grünhagen und der Anklagebehörde. Przytarski wird 1985 zum stellvertretenden Verfassungsschutzchef Berlins ernannt. Sein Kollege Müllenbrock, selbst federführend im Schmücker-Prozess tätig, bringt es zum Staatssekretär beim Senator für Inneres. Dort kümmert er sich um Feuerwehr, Polizei – und den Verfassungsschutz.

Mit Hilfe Müllenbrocks sorgt Grünhagen auch im sogenannten Lorenz-Drenkmann-Verfahren für einen Kronzeugen. Nach dem gleichen Muster, wie er bei Schmücker im Koblenzer Knast auftritt, widmet sich Grünhagen 1975 unter dem Namen »Peter Petersen« dem ehemaligen 2. Juni-Mitglied Reiner Hochstein. Gemeinsam reisen Petersen und Müllenbrock nach Hamburg, um von Hochstein im Gefängnis eine Aussage über die Hintergründe der Erschießung des Berliner Kammergerichtspräsidenten Günter von Drenkmann zu erpressen. Grünhagen macht auf Kumpel, bringt Zigaretten und Frühstück mit und stellt eine frühzeitige Entlassung in Aussicht. Sollte er nicht aussagen, droht der Verfassungsschützer, plötzlich ganz autoritär, mit Mordanklage und lebenslänglicher Haft. Hochstein spielt mit und 1977 springt dann auch Przytarski ein. Das Ergebnis des Dreiergespanns Grünhagen, Müllenbrock, Przytarski: Lügen vor Gericht, Absprachen mit Hochsteins vom Verfassungsschutz finanzierten Verteidiger und natürlich falsche Versprechungen an den Kronzeugen.

Im Mai 1980 veröffentlicht *konkret* ein Foto von Verfassungsschützer Grünhagen alias Rühl alias Petersen. Der Geheimdienstler muss sich zurückziehen. »Ich bin enttarnt worden. Es ist für mich ein Sicherheitsrisiko, hier weiter bei Ihnen zu erscheinen«, sagte er Hochstein. Zu spät. Der 2. Juni-Angeklagte Andreas Vogel hat Grünhagen auf dem Foto als jenen Mann wiedererkannt, der bereits Jahre zuvor Hochstein im Gefängnis besuchte. In der Konsequenz bricht der Kronzeuge und damit die gesamte Anklage im Fall Drenkmann zusammen. Schließlich basiert der Mordvorwurf ausschließlich auf Hochsteins Aussagen. So scheitert der Versuch mit Hilfe Hochsteins mehrere Mitglieder der Bewegung 2. Juni wegen Mordes an Drenkmann zu verurteilen.

* Schon 1968 war Grünhagen in seiner Eigenschaft als stellvertretender Juso-Vorsitzender im Westberliner Bezirk Wilmersdorf in einer Stadtteil-Basisgruppe der APO als Spitzel aufgefallen. Als sich Grünhagen dazu bereit erklärte, die Adresskartei der Basisgruppe, die Mieteragitation betrieb, zu ordnen, und mit einem mit einer hochmodernen Schreibmaschine getippten Verzeichnis zurückkehrte, kam ein erster Verdacht gegen ihn auf, dass er für Verfassungsschutz oder politische Polizei arbeite. Nachdem die Berliner Untergrundzeitung *agit 883* eine Notiz »Grünhagen als Agent entlarvt«, samt dessen Privatadresse veröffentlicht hatte, ward er nie wieder in der Basisgruppe gesehen.

1971 war Grünhagen an einer BKA-Aktion im Frankfurter Westend beteiligt, wo es bei einem gescheiterten Festnahmeversuch zu einer Schiesserei mit zwei RAF-Mitgliedern kam: Astrid Proll und Manfred Grashof. Zunächst wurde die Anwesenheit des VS-Mannes Grünhagen vertuscht, aber in zwei Prozessen gegen Astrid Proll, 1973 und 1981, wurde sie publik. Hatte Grünhagen zunächst als Belastungszeug behauptet, Proll habe auf ihn geschossen, kam später heraus, dass ein weiterer anwesender VS-Mann genau das Gegenteil gesehen hatte und nur von einer »Rangelei« zwischen Proll und Grünhagen berichtete. Die Mordanklage gegen Astrid Proll musste daraufhin fallen gelassen werden.

** Siehe den Beitrag von Markus Mohr: »Ich fühle mich weder als Konterrevolutionär ... noch als Verräter«

Für Grünhagen ändert sich das Leben. Der umtriebige VS-Mann gilt als verbrannt. Nach einem längeren Urlaub in Österreich und einem Aufenthalt beim Bundesnachrichtendienst in Pullach muss eine neue Perspektive gefunden werden. Grünhagens Chef Natusch hätte ihn wohl gerne in Westdeutschland gesehen, der aber lehnt ab. Grünhagen bleibt in der Mauerstadt, wechselt aber Namen und Abteilung. Im Referat Ausländerextremismus arbeitet er nun als »Michael Wegner«. Für die notwendige legale Ausrüstung sorgt die Tarnmittelstelle des Hamburger Verfassungsschutzes. Der Name Grünhagen verschwindet aus Melderegister und Krankenkassendatenbanken. »Michael Wegner« zieht in die Villa im Berliner Stadtteil Gatow.

Im Herbst 1986 meldet *Der Spiegel*, dass Volker Weingraber, Edler von Grodek, verwickelt in den Mord an Schmücker, über sieben Jahre lang für



Staatsanwalt Przytarski, 1986

das Amt gearbeitet hat. Und für Grünhagen kommt es noch dicker. Zunehmend machen in der Szene Gerüchte um den »Genossen Christian Hain« die Runde. Sollte Hain nun auch noch enttarnt werden? Ausgerechnet Hain, den Grünhagen nach dem Mord an der Krummen Lanke mühsam aufbaut und der sich wie kein anderer bei Berlins Linksradikalen breit machen konnte. Jahrelang saß Hain in der Rechtsanwaltskanzlei von Philipp Heinisch, einem der Rechtsanwälte im Schmücker-Prozess, und liefert sämtliche Informationen über die Strategie der Verteidiger, Informationen, die Grünhagen an die Staatsanwälte Przytarski und Müllenbrock weitergibt. Nun wird nicht nur das publik. Auch im Untersuchungsausschuss des niedersächsischen Landtags zum »Celler Loch« kommt ein neuer Verdacht auf: Möglicherweise ist der von Grünhagen aufgebaute V-Mann Christian Hain in den vom »Amt« organisierten Sprengstoffanschlag vom Juli 1978 auf das Celler Hochsicherheitsgefängnis involviert, des-

sen Ziel es war, für den Verfassungsschutz Spitzel in die RAF einzuschleusen.

Die Wintertage 1987 dürften für den Verfassungsschützer also eher anstrengend gewesen sein, auch wenn er viel Zeit im Urlaub verbringt. Auf seinen ständigen Wegbegleiter Przytarski muss er verzichten. Der, mittlerweile stellvertretender Chef des Berliner Landesamts für Verfassungsschutz, muss nach zahlreichen Skandalen, unter anderem wegen der KGB-Connection um Grünhagens Gatower Nobelvilla, den Dienst quittieren. Nun ist der Geheimdienstler praktisch schutzlos. Und dann dieser Brief an *Panorama* von einem Abtrünnigen aus der eigenen Behörde: »Ehe Grünhagen erneut, diesmal vielleicht für immer, untertaucht, muss gehandelt werden.« ...

Kurz darauf erscheint in einer Springer-Zeitung eine kleine, ungewöhnliche Meldung: Michael Grünhagen, Oberamtsleiter des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, sei an Hautkrebs verstorben. Der VS-Mann sei, so konkretisiert später Hans F. Birkenbeul, der Pressereferent des Innensenators, »am 19. Januar 1988 gestorben und wurde am 26. Januar 1988 beerdigt«. Nach einem Eintrag der Bestattung unter dem Namen »Grünhagen« oder »Wegner« sucht man jedoch in den Büchern der Friedhofsverwaltung Gatow vergeblich, obwohl Mitarbeiter des Geheimen der Beerdigung beigewohnt haben wollen – nur ein Grabstein mit der Aufschrift »Michael 1938-1988« soll an den Verfassungsschützer erinnern.

Die Suche in der städtischen Bürokratie macht skeptisch. Bernd Häusler, einer der Verteidiger im Schmücker-Prozess, durchforstet im Frühjahr 1988 alle Sterberegister Westberlins. Das Ergebnis: In Neukölln und Charlottenburg findet sich kein Eintrag, dass Grünhagen gestorben sei. Auch in der Projektgruppe Verfassungsschutz, der parlamentarischen Untersuchungskommission, die sich nach der rot-grünen Amtsübernahme 1989 mit dem »Fall Schmücker« beschäftigt, ist man skeptisch und beschäftigt sich mit dem mysteriösen Tod Grünhagens. »Geradezu rührend« werde im Untersuchungsbericht geschildert, kommentiert die *TAZ*, »wie alle Mitarbeiter Grünhagens sich an den körperlichen Verfall ihres Kollegen erinnern und keinerlei Zweifel daran haben, dass er tatsächlich an Hautkrebs gestorben ist. Nachfragen über den Kollegenkreis hinaus sind aus dem Bericht nicht ersichtlich – offensichtlich wurden nicht einmal die Krankenakten des V-Mann-Führers angefordert.« Ähnlich sarkastisch reagiert auch die *Frankfurter Rundschau* auf das Ableben des Geheimdienstlers: »Bekannte sagen, er habe im Spätherbst 1987 auf Gran Canaria in der Sonne geschmort, sei über Weihnachten ins Gebirge zum Skilaufen gefahren, mit seinem Hautkrebs.«

Ob Grünhagen tatsächlich das Zeitliche gesegnet hat oder, wie auch in der Parlamentarischen Kommission zumindest erwogen wird, unter neuer Identität abtauchte, ist bis heute nicht geklärt. Möglicherweise dienten jene 300.000 Mark, die im Verfassungsschutzetat 1988 extra enthalten sind, Grünhagens neuer »Identitätsstiftung«.



Michael Grünhagen, 1980



CIA



Landesamt
f. Verfassungsschutz



Politische Abt.
der Kriminal-
Polizei



Bundeskriminalamt
(BKA)



Militärischer
Abschirmdienst
(MAD)



Bundesamt f.
Verfassungsschutz
(B.f.V.)



Von irgend-
wem bezahlter
Spitzel (VlBS)

Gegenspionage Bespitzelte Spitzel

Samstag, 13. Juli 1980. Wer an diesem Tag um 22 Uhr in Hamburg sein Radio auf die Frequenz 102 MHz eingestellt hatte, konnte mit etwas Glück ZeugIn einer ungewöhnlichen Sendung werden. Was da eine halbe Stunde lang mit jedem handelsüblichen Radio zu empfangen war, waren Funkmitschnitte, die normalerweise nicht auf einer öffentlichen Frequenz zu hören sind. »Großes Piratenehrenwort. Radio Klabautermann hat ein neues Schiff geentert und segelt mit voller Kraft in den Äther ... Mit frischem Wind einer gespenstischen Sendung entgegen. Hört sie euch nicht alleine an!«, so hatte eine Kleinanzeige in der *TAZ* vom 11.7.1980 die Sendung angekündigt, in der Mitschnitte von Funkobservationen der Hamburger Polizei und des Verfassungsschutzes gesendet wurden. Zu hören war da beispielsweise der Funkverkehr zwischen der Funkzentrale des Hamburger Verfassungsschutzes (Kodename London) und zwei Spitzeln, die herausbekommen sollen, wer in einem observierten Haus neu eingezogen ist. »Wir waren mal eben im Haus, London. Es sind da zwei neue Zähler. Da sind die Zähleraustauschkarten noch angeklebt. Die erhalten Sie morgen Vormittag«, melden die Mitarbeiter der Zentrale. Dort soll dann anhand der Daten der HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) festgestellt werden, auf welchen Namen die neuen Stromzähler angemeldet worden sind.

In der Welt der Geheimdienste und Agenten gilt es als besonders gelungener Coup, wenn es gelingt, einen gegnerischen Dienst auszuspionieren oder gar zu unterwandern. Zwischen 1978 und 1980 ist es einer Gruppe linker AktivistInnen in Hamburg zwar nicht gelungen, den örtlichen Staats- und Verfassungsschutz zu unterwandern, dafür aber umso gründlicher, ihn auszuspionieren. Über einen Zeitraum von zwei Jahren haben die AktivistInnen mitgehört, was sich im Funkverkehr der politischen Polizei und des Verfassungsschutzes abgespielt hat. Die Ergebnisse ihrer Arbeit haben sie im Juli 1980 als Broschüre mit dem Namen »Die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel Hamburg« veröffentlicht. Die Broschüre enthält detaillierte Beschreibungen des Aufbaus und der Arbeitsweise der Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei und des Hamburger Verfassungsschutzes. Die AutorInnen informieren dabei nicht nur darüber, welche Dienststelle für die Bespitzelung der politischen Szene zuständig ist, sie beschreiben auch auf der Grundlage

Seite 14 Freitag, 11.7. 80

Schon wieder: totales Chaos auf der Wiese

Zur Zeit: 11.7. 1980, 22.00 Uhr
Freitag, 11.7. 1980, 22.00 Uhr
Kommen auf mal ein kleines Schiff, das
nicht, nicht, nicht, nicht, nicht
Hamburgische Staatsanwaltschaft e.V. (Garten-
der Polizei, 11.7. 1980, 22.00 Uhr)
2022 (Offiz. Mitteilung)

Hamburg: Piratensender
Auf dem zweiten, dritten, vierten
Großen Freiheitsturm, Radio Klabautermann hat ein neues
Schiff geentert und segelt mit voller Kraft in den Äther am
Sonntag, 13.7. um 22 Uhr auf 102 MHz - stellt sich Radio an!
Nur die Sendung auf Freizeid mit frischem Wind einer
gespenstischen Sendung entgegen. Hört sie Euch nicht alleine an!

Kleinanzeige, TAZ, 11.7.1980



Titelblatt der Broschüre

des in zweijähriger Gegenobservation gewonnenen Wissens das Vorgehen der einzelnen Abteilungen sowie Eigenheiten und Aussehen der einzelnen mehr oder weniger verdeckt arbeitenden PolizistInnen. Den »Anführer der ca. zehnköpfigen 60er Bande«, des verdeckt arbeitenden Spitzeltrupps des Hamburger Staatsschutzes, charakterisieren sie als »vollgefrissenen, behäbigen Enddreißiger mit fortgeschrittener Halbglatze und einer durchklingenden fränkischen Mundart«. Ihm sind in der Mitte der Broschüre gleich zwei Seiten des Fototeils gewidmet, in dem die AutorInnen Portraitfotos der verschiedenen »verdeckten« Ermittler zusammengetragen haben.



Dieser rettungslos gewöhnliche Typ ist der Fahrer des erzwungenen Ford Taurus 1,6 mit 90-95 PS. Er ist knapp 1,60 m und hat eine Vorliebe für kleinformatige Igeln. Wie die meisten 70er, verweilt er mit einer Unhöflichkeit des Anscheins zu erwachen, er sei Reporter. Geht er aber überhaupt nicht. (100-Fragen haben oft 100-95 ...)

Seite aus der Broschüre

Ausgiebig wird in der Broschüre beschrieben, welche Überwachungstechniken von Polizei und Verfassungsschutz eingesetzt werden. Eine prominente Rolle spielt dabei ein im Jargon der Spitzel als »Dose« bezeichneter VW-Bus, aus dem heraus Personen oder Objekte observiert werden können: »Hinter dem Funknamen ›69‹ verbirgt sich eine Observationsspezialität des Staatsschutzes: Es handelt sich um einen hellgrauen VW-Bus Kombi. ... Das Heckfenster ist wechselweise mit hellen Holzkisten oder Pappkartons verstellt. Nun, in ihm ist liegend ein Bulle (ebenfalls ein 60er) versteckt, der auf diese Weise unbemerkt das Haus, in dem eine ›Zielperson‹

wohnt, beobachten kann. Darüber hinaus kann er mit einer eingebauten Kamera von allen Personen, die ein- und ausgehen, Portraitfotos machen.«

Beschrieben wird auch der Ablauf von Observationen, welche Autos dabei zum Einsatz kommen, für welche Dinge sich die Spitzel interessieren (wer welche Veranstaltungen besucht, aber beispielsweise auch, was eine »Zielperson« im Supermarkt einkauft, oder welche Wäsche sie im Waschsalon wäscht) und wie sich die Observationen von Polizei und Verfassungsschutz unterscheiden. Dabei machen die AutorInnen deutlich, dass es vor allem die politische Polizei ist, die die linksradikale Szene im Visier hat, während der VS sich mehr für die »größeren Fische« interessiert.

Möglich wurde die in der Broschüre dokumentierte zweijährige Gegenobservation, weil Polizei und Verfassungsschutz zu jener Zeit weitgehend darauf verzichteten, ihren Funkverkehr zu verschlüsseln. Daher war es generell möglich, mit speziellen Scannern mitzuhören, was die staatlichen Spitzel ihren Dienststellen und den eingesetzten KollegInnen mitzuteilen hatten. Zwar verfügten die Sicherheitsbehörden auch 1980 technisch schon über die Möglichkeit ihren Funkverkehr zu verschlüsseln oder zumindest zu verschleiern, aber in der Praxis erwiesen sich die Geräte als unzuverlässig und umständlich zu bedienen – oder es kam vor, dass die eingesetzten Spitzel schlicht vergaßen, die Verschlüsselungsgeräte zu ihrem Einsatz mitzunehmen. Das Gegenobservationsteam der Szene konnte also hören, was die Sicherheitsdienste

sich zu sagen hatten. Um nicht 24 Stunden am Tag an einem Funkscanner sitzen zu müssen, haben sich die AutorInnen der Broschüre einen Trick einfallen lassen. Statt ständig mitzuhören haben sie ein Tonbandgerät an einen Funkscanner angeschlossen, das nur dann, wenn über Funk gesprochen wurde, die Funksprüche automatisch aufzeichnete und sich in den Pausen zwischen den Funksprüchen wieder abstellte. So ließ sich das »Arbeitsvolumen« auf ein erträgliches Maß reduzieren. Nichtsdestotrotz warnt die Broschüre sicherlich nicht zu Unrecht davor, dass die intensive Beschäftigung mit der Spitzeltätigkeit von Polizei und Verfassungsschutz ihre Spuren hinterlasse und schnell dazu führen könne, das Hauptaugenmerk der eigenen Arbeit auf die Gegenobservation und nicht mehr auf die politische Arbeit zu legen.

Die Veröffentlichung der Broschüre, und mehr noch die Sendung des Piratensenders »Radio Klabautermann«, sorgten in Hamburg für einigen Wirbel. »Polizei enttarnt. Alarmstimmung bei Hamburger Sicherheitsbehörden: Anarchisten haben die Staatsschutzabteilung und den Verfassungsschutz ausspioniert«, titelte das *Hamburger Abendblatt* am 18.7., nachdem die *TAZ* drei Tage vorher ausführlich über Radiosendung und Broschüre berichtet hatte. *Spiegel*, *Stern* und *Zeit* bringen ebenfalls Artikel, die sich allerdings auf eine mehr oder weniger schadenfrohe Beschreibung des gelungenen Coups beschränken. Das durch die Gegenobservation zutage getretene Ausmaß des staatlichen Spitzelwesens scheint allerdings niemanden zu beunruhigen und entsprechend schnell lässt das Medieninteresse wieder nach. Zu diesem insgesamt recht geringen Medieninteresse trug sicherlich auch bei, dass die Hamburger Polizei zur selben Zeit aufgrund eines ganz anderen Skandals im Rampenlicht der Öffentlichkeit stand. Kurz zuvor war herausgekommen, dass Polizisten mindestens seit 1964 Schwulentreffpunkte in öffentlichen Toiletten durch Einwegspiegel beobachtet hatten und »Rosa Listen« über die Schwulenszene führten. Während die Praxis, die linksradikale Szene zu bespitzeln, nicht weiter problematisiert wurde, musste die Polizei im Falle der »Klappenspiegelaffäre« ihre Praxis, die mindestens 1.200 Personen Hausverbote sowie Anzeigen wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses eingetragen hatte, einstellen.

Tatsächlich war es wohl so, dass der »Erfolg« von zwei Jahren Gegenobservation vor allem in dem Gefühl bestand, den Sicherheitsbehörden endlich auch mal eins ausgewischt zu haben. Kurz nach der Veröffentlichung der Broschüre

Jene Grundsätze sind es, welche das Ungeheuer der geheimen Polizei erzeugt haben; die mit immer rollendem Auge sich unter mannigfaltigen Larven in die geheimsten Lebenszirkel drängt, alle Handlungen des bürgerlichen Lebens belauert, heitern Lebensgenuss verkümmert, die den Thron der Willkür auf die Zerreißung aller Bande des Vertrauens, der Liebe, der Freundschaft zu gründen strebt.
Julius Graf von Soden, 1817



Seite aus der Broschüre

kündigte die Innenbehörde an, die Kennzeichen der polizeilichen Zivilfahrzeuge auszutauschen, außerdem werde man in Zukunft verstärkt auf Verschlüsselungstechniken setzen. Große Eile schien man dabei aber nicht an den Tag zu legen. Bis heute geht ein großer Teil der Funksprüche der Hamburger Polizei im Klartext über den Äther, auch wenn LKA 8 (ehem. FD7, Staatsschutz) und LKA 24 (Mobiles Einsatzkommando) inzwischen mit Verschlüsselungsgeräten ausgestattet sind.

Auf die politische Praxis der linksradikalen Szene in Hamburg hatten die in der Broschüre veröffentlichten Erkenntnisse der Gegenobservation ebenfalls nur geringe Auswirkungen. Zwar dauerte es eine Weile, bis die Spitzel und Zivilfahrzeuge ausgetauscht worden waren, und sicherlich erleichterten

die genauen Informationen über den Aufbau der Staatsschutzabteilung und die Funktion des polizeilichen Funknetzes es anderen AktivistInnen auch mal mitzuhören, was da auf polizeilicher Seite so gesprochen wurde. Aber die in der Broschüre propagierte Idee, mit einem Netz kleiner Störsender die Kommunikations- und damit die Einsatzfähigkeit der Polizei bei ihren Einsätzen gegen Links zu beeinträchtigen, wurde nur sehr sporadisch und nicht so sehr in Hamburg umgesetzt.

Letztlich zeigte der kleine Lauschangriff auf Polizei und Verfassungsschutz wohl dreierlei:

Erstens wurde deutlich, in welchem Ausmaß bereits Ende der 70er Jahre verdeckte Überwachungsmethoden gegen linke AktivistInnen eingesetzt wurden. Zweitens konnte man sehen, dass es mit etwas technischem Aufwand möglich war, dem hochgerüsteten Apparat ein Schnippchen zu schlagen. Und schließlich, drittens, zeigte sich, wie unbedeutend letztlich die »geheimdienstlichen« Erkenntnisse für linke Politik in Hamburg waren. Die Höhen und Tiefen, die die politischen Bewegungen seitdem durchlaufen haben, hingen nicht vom Ausmaß staatlicher Schnüffelei ab, sondern von der Mobilisierungsfähigkeit der Bewegungen und den politischen Konjunkturen.

Man wir im Funk gehört haben, Tabelle für's 2n-Band
(Bandangaben in MHz)

Kanal	U-Band	O-Band	Wer?	Rufnamen und Zentrale (=Z)
201	--	172.16	Verfassungsschutz (VS).	Kanal fast immer besetzt, Ansprechkanal für Schnüf-
202	--	172.18	ler aus anderen Städten, technischer Kanal, 2-Paris, Peru, Tennis, Christine (früher Elbe und Sesan)	
203	--	172.20	VS, selten mal kleinere Observationen	
204	--	172.22	VS, der regelmäßige Observationskanal, die Z = wie 201+202, andere Rufnamen, durchnummerierte Fisel 10er, 20er, 30er, 40er, 50er, manchmal auch 60er, wenn Fisel die "freie Hansestadt" verlassen, gehen sie oft auf Kanal 204	
205	--	172.24	VS, Observationskanal, hier haben wir den Fotowagen gehört	

Frequenztabelle aus der Broschüre



a)



b)

Name: a) Eggert, Klaus b) unbekannt

Wohnort: a) Sehnde

b) unbekannt

Alter: Mitte 20

Beruf: LKA-Beamte

Spitzelname: a) Baumann, Marc

b) Modhorvicg, Christian Rudolph

Einsatzort: Göttingen

Einsatzzeit: 1978-1979

Einsatzziel: AtomkraftgegnerInnen

Nicht schön, aber wahr

Gefundene Anti-Anti-AKW-Spitzel

Im Sommer 1977 beteiligte sich ein freakig aussehender junger Mann am geselligen Leben des Anti-Atom-Dorfs an der AKW-Baustelle Grohnde. Da seine BewohnerInnen ab und zu für den Weiterbau des Atomkraftwerkes bestimmte Transporte aufhielten und abräumten, wurde es selbst nach zwei Wochen abgeräumt – von der Polizei. Marc Baumann, so nannte sich der Freak, machte eine ganze Reihe Fotos. Im März 1978 berief die Zeitschrift der Anti-AKW-Initiativen, der *Atomexpress* aus Göttingen, ein öffentliches Seminar ins westfälische Hamm ein. Daran nahm auch Marc Baumann teil und brachte seinen Kumpel Bernd Steynmann mit. Sie stellten sich als Atomkraftgegner aus Hannover vor. Die Verbindung zwischen Marc Baumann und Leuten aus dem Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (GAGA) wurde enger und man sprach ihn bald nur noch mit seinem Spitznamen »Wicky« an. Wenig später nahm Wicky mit seinem weiteren Kumpel Rudi an öffentlichen Sitzungen des GAGA teil. Sie klagten den Göttinger Genossen, dass in den hannoverschen Anti-Atom-Bürgerinitiativen »zuviel gelabert« werde und »zu wenig Aktionen« herum kommen würden. In Göttingen traten sie immer wieder als Befürworter militanter Aktionen hervor. Wicky

ließ in Privatgesprächen durchblicken, dass er »für bestimmte Aktionen Sprengstoff und andere Materialien besorgen« könne. Wicky verliebte sich auch in eine 15-jährige AKW-Gegnerin und sie machten gemeinsam Anti-Atom-Büchertische auf dem Marktplatz.

Im Juli 1978 nahmen Rudi und Wicky an einem Gorleben-Seminar des GAGA teil, wo Wicky unentwegt fotografierte und sogar einen Film drehte. Auch hier schöpfte niemand Verdacht, da Wicky sich als ehemaliger Fotolehrling ausgab. Wenig später führte er Fotos und Film zur großen Freude aller Seminarteilnehmer in Göttingen vor. Noch im gleichen Sommer fuhr Wicky mit seiner Göttinger Gast-Wohngemeinschaft nach Schweden zu einem Treffen über alternative Energieformen. Da er sich als armer Arbeitsloser ausgab, übernahm die Urlaubsgruppe einen Teil seiner Reisekosten.

Wie es der Zufall will, erkannte ein alter Schulkamerad Wicky auf einer Veranstaltung wieder und erinnerte sich daran, dass der nach dem Ende der Schule eigentlich zur Polizei wollte – und teilte dies den Leuten aus dem GAGA mit. Die standen dadurch vor großen »Schwierigkeiten: Wir hatten keine Beweise und ohne Beweise wollten wir die beiden nicht auffliegen lassen, das wäre ohne Konsequenz verpufft. ... [Wir] konnten nicht 100 % sicher

sein, dass die beiden wirklich Spitzel sind. Mit solchen unbewiesenen Behauptungen kann man auch unschuldige Leute vor den Kopf schlagen und das Klima in den BIs vergiften.« Wie sollte man nun »Beweise« herbeischaffen. Die erste Idee, den beiden Atomkraftgegnern aus Hannover »eine Falle zu stellen, hatten wir sehr schnell, aber damit kann man nur einen Verdacht bestätigen, aber keinen Beweis liefern.« Wie gelangt man aber nun gegenüber Spitzeln zu einem Beweis, zumal sich bei Wicky schnell herausstellte, dass er auf den Namen Marc Baumann einen Personalausweis, Führerschein, Kfz-Schein und VHS-Hörerkarte besaß. Die Göttinger Rechercheure machten sich dann »Phantasie, Zufall und Glück zu Hilfe ... und wir versuchten ... es über seine Wohnung, über Tankzettel, Telefonbücher, Autonummern und Telefon«. So gelang es herauszufinden, dass Marc Baumann eigentlich Klaus Eggert heißt, bei der Polizei arbeitete und im Besitz einer grünen »Ente« mit »Atomkraft-Nein-Danke«-Aufkleber war.

Sogar seine private Wohnadresse war von den Göttingern ermittelt worden.

Obwohl über die beiden Kumpels von Eggert noch nichts Genaueres in Erfahrung gebracht werden konnte, wurden Klaus Eggert und Rudi auf der Sitzung des Koordinationsausschusses am 20. Dezember 1978 mit diesem Wissen konfrontiert: »Beide bestritten zunächst alles, aber als ihnen klar wurde, dass wir zuviel wussten, gab Klaus Eggert zu, dass er Kriminalbeamter des Staatschutz sei ..., dass er dort auch als Ausbilder gearbeitet habe, dass er Informationen und Filme weitergereicht habe. Die bisher ahnungslosen Arbeitskreis-Mitglieder fielen fast vom Hocker. Ihr werdet jetzt wahrscheinlich fragen, warum wir denen nicht an die Gurgel gegangen sind. Grund genug hätten wir wahrhaftig gehabt, aber das hätte sicherlich üble Folgen gehabt.« Der Kriminalbeamte »Rudi«, vollständiger

Tarnname: Christian Rudolf Modhorvig, gab an, aus »Abenteuerlust [und] nur aus Freundschaft« mit Klaus Eggert mitgegangen zu sein – was die Göttinger Atomkraftgegner zu der Kommentierung veranlasste: »Zu einem wirklichen Abenteuer sollte das in Zukunft für solche Leute auch werden«.

Zur Spitzeltätigkeit des mit ca. 2.000 DM im Monat damals hochbezahlten Polizeiobermeisters sagten sie, dass das »doch ein erheblicher Unterschied zu den mittellosen Studenten [sei], deren Lage ausgenutzt« werde, um »sie als Verfassungsschutzspitzel zu benutzen«. Sie machten Eggert für eine Reihe von Kriminalisierungsmaßnahmen und Polizeiaktionen verantwortlich. Er sei

Gefunden :



Deckname: **Marc Baumann**
In Wirklichkeit: **Klaus Eggert**
Kriminalbeamter
Breslauerstr. 12 3163 Göttinge 1



Deckname: **Bernd Steynmann**
In Wirklichkeit: **Kriminalbeamter**



Deckname: **Christian Rudolf Modhorvig**
In Wirklichkeit: **Kriminalbeamter**

alle 3 arbeiten in der Abteilung 7 (Staatschutz) des Landeskriminalamtes
alle 3 benutzen als Deckadresse folgende Wohnung: Viktoriastr. 7 3 Hannover

Die 3 Kriminalbeamten arbeiten mit falschen Papieren in Bürgerinitiativen gegen Atomenergie als

Polizeispitzel !

Plakat, Format A3, Göttingen 1978

vermutlich für das Strafverfahren gegen einen Genossen verantwortlich, der während des Sommercamps in Grohnde einen Transporter abgeräumt haben sollte. Zudem

war ein Göttinger PKW in eine eigentümliche Polizeikontrolle geraten und Flugblätter zu den Landtagswahlen beschlagnahmt worden. Allerdings konnten die Rechercheure »nur ahnen ... wie viel Informationen sie über Einzelpersonen weitergegeben haben«. Weitere Recherchen ergaben, dass Eggert und »Modhorcvig« auch bei Anti-AKW-Initiativen in Kiel und Hamburg aufgetaucht waren. Dort lag ihr Ermittlungsschwerpunkt auf dem Anti-AKW-Protest in Gorleben. Insgesamt wurde der Spitzel-Einsatz so eingeschätzt, dass »der Gesamtauftrag, Bürgerinitiativen systematisch mit Agenten zu unterwandern«, eindeutig im Zusammenhang mit der nach der großen Anti-AKW-Demonstration am 19. März 1977 gebildeten »Sonderkommission Grohnde« und des polizeilichen Vorbereitungsstabes Gorleben stünde. Bei einer Durchsuchung der »Ente« von Eggert fand sich eine Tränengasgranate, die er nach eigenen Angaben gegen die Polizei einsetzen wollte. Daher die Vermutung, dass die Spitzel »bei eventuell anstehenden Auseinandersetzungen mit der Polizei durch provokatorisches Verhalten einen weiteren Anlass zur Zerschlagung der Bewegung liefern« sollten.

Mit diesem mühsam geschürften Wissen gerüstet, wurde eine Presseerklärung verteilt. Man zeigte sich »empört und erschüttert, wie hier schamlos von bezahlten Agenten freundschaftliche Kontakte und die Offenheit der Bürgerinitiative für alle, die mitarbeiten wollen, ausgenutzt werden«. Dennoch werde man den Kampf »trotz Bespitzelungsversuchen unbeeindruckt weiterführen, weil wir die Gefahren der Atomenergie kennen«. Zudem erschien ein Steckbrief mit den Gesichtern der Polizeispitzel, den sie u.a. in dem Heimatdorf Eggerts verteilten. Zur selben Zeit wird auch das nebenstehende Plakat gemacht worden sein. Es zeigt neben den Gesichtern der beiden enttarnten noch einen weiteren Polizisten.

Die drei sind gut getroffen, da hat man sich fotografische Mühe gegeben. Typisch für die Sponti-Linke der 70er tragen die Spitzel viele Haare – auch im Gesicht. Es illustriert die Erkenntnis der Göttinger Atomkraftgegner, dass: »Spitzel sich nicht unbedingt durch formelle Kontakte, einen stechenden Blick oder eine Sonnenbrille bemerkbar« machen.

So ein einfach produziertes Plakat ist nicht schön, aber wahr und unbedingt nützlich. Es kann schnell verbreitet werden, um der unsympathischen Tätigkeit von Polizeispitzeln den Garaus zu machen. Daran konnte auch die acht Tage nach der Pleite der LKA-Spitzel verbreitete Presserklärung ihres LKA-Direktors Waldemar Burghard nichts mehr ändern, in der er, so die Atomkraftgegner, »mit Lügen und unbewiesenen Behauptungen klarstellte, dass es nichts Rechtsstaatlicheres gebe, als Spitzel im Göttinger Arbeitskreis«. Burghard glaubte nämlich tatsächlich zu wissen, »dass es gerade Angehörige des GAGA sind, die militante Aktionen planen und mit erheblicher krimineller Energie durchzuführen bereit« seien.

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie: Atom Express – Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie Nr. 12, Februar 1979.
Kai Krüger: Was Wicky mit der Bombe wollte, in: Stern 22.2.1979.



Vorsicht! Schraffierte!

Wie eine Institution ihre Spitzel malt

Im Januar 1984 wurde den LeserInnen der Zeitschrift »Unsere Sicherheit« – unsere? – eine Grafik des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) zugemutet. Ganz schlicht sollten »die Methoden der Erkenntnisgewinnung« gemäß § 4 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes veranschaulicht werden. Je länger man sie sich ansieht, desto abgründiger schaut sie zurück. Acht kreisrunde Bilder in zwei Reihen, die drei oberen unter dem Stichwort »Offene Beschaffung« auf einem dynamischen Pfeil. Warum »offen« in Anführungsstrichen gesetzt wurde, erscheint rätselhaft. Ist die Informationsbeschaffung durch einen Geheimdienst offen oder »offen«? Und wer mag schon VS-Mitarbeitern offen, einfach so – wie auf dem Bild rechts oben – an der Haustür Informationen geben? Auffällig, dass alle Personen in dieser Grafik gesichtslos sind. Klar, gesichtslose Personen können niemals offen miteinander umgehen. Und macht das LfV Niedersachsen »Besuche von Veranstaltungen« – wie im zweiten oberen Bild – offen als Landesgeheimdienst? Wer von den DemonstrantInnen erkennt solche BesucherInnen überhaupt? Die harmlose Formulierung »Besuch von Veranstaltungen« kann doch nie etwas anderes sein als eine Observation. Aber vielleicht weist der »Besuch« von Beschäftigten des Landesgeheimdienstes bei Demonstrationen, wo wirre Buchstaben-Transparente gezeigt werden, wie auch das Bild links oben, auf etwas hin: Die verbeamteten Spitzel können nicht richtig gucken – sie brauchen sogar bei der Zeitungslektüre eine Lupe. Und was entdecken sie? Das gefährliche »NEONA«. Wie gruselig.

Die als »Geheimer Meldeweg« vorgestellte Erkenntnisgewinnungsmethode wirkt auch in



der grafischen Darstellung komplizierter. Der Pfeil zeigt ein beunruhigendes Auf und Ab. Liest man die unteren Bilder in Pfeilrichtung, wirken sie wie eine Hommage an die von Rudi Carrell mal moderierte ARD-Quizsendung »Das laufende Band«. Da liefen auf einem Fließband 40 unterschiedliche Konsumgüter an dem Quizsieger vorbei, und die, die er davon in 30 Sekunden aufsagen konnte, durfte er mit nach Hause nehmen. Die meisten verließ nach ungefähr zehn Konsumgegenständen das Gedächtnis. Da ist diese Grafik doch einfacher: Kamera, Telefon, Kabel, Brief, Auto, Autokennzeichen, Litfasssäule, Hut ... Nur fraglich, ob man diese Gegenstände nun beim niedersächsischen Verfassungsschutz abholen kann. Das Bild ganz links scheint uns als Bonbon der grafischen Bemühung endlich den V-Mann, präziser: den Spitzel, als ein schraffiertes Männchen zu präsentieren. Wir sind fast bereit auszurufen: »Achtet auf Schraffierte! Alles Spitzel!« Doch aufgepasst! Beide Pfeile dieser Grafik führen ins Nichts, das muss zu denken geben. Vielleicht will der Geheimdienst nur von dem wirklichen Spitzel ablenken? Da ist doch daneben ein unauffälliger Mann mit Hut. Und dieser gesichtslose Hutträger taucht auch in der Grafik mit der Buchstabendemo auf. Wenn das mal kein Zufall ist ...

Im Auftrag ihrer Herren Spitzel im Knast

Man sah ihm seinen Auftrag schon von weitem an. Helmut, von allen eigentlich nur Dumpfbacke oder Schmuttel-Helmut genannt, schlurfte heran. Seine Kalfaktormütze war fleckig und anstelle des Knasthemdes hatte er eine Schlafanzugjacke unter seiner irgendwann mal weiß gewesenen Dienstbekleidung. Es fehlte nur noch die große Suppenkelle und er hätte so ausgesehen wie immer. Aus dem Wärterkabuff folgten ihm die hinterhältigen Blicke des in langen Dienstjahren aufgedunsenen Flügelverwalters. Einer von der Sorte, die sich nach der Strafvollzugsreform jahrelang geweigert hatten, ihre rangabzeichengeschmückte alte Zuchthauswärteruniform abzulegen und in die Klamotten eines modernen Justizvollzugswachtmeisters zu steigen. Beim Beamten-Mikado würde er immer gewinnen. Einzige Spielregel: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. In seinem Leben hatte er zehnmal so viel mit seinen Kalfaktoren wie mit seiner Frau und seinen Kindern geredet, auch sein Hund bekam vermutlich mehr akustischen Input als sie.

Helmut hatte sich genähert. Ohne auch nur einen Blick auf die Umgebung zu verschwenden, leierte er den ihm aufgetragenen Satz herunter: »Sach' ma', haste noch Kontakt zu Terroristen? Ich find die nämlich gut.« Mit dem Blick eines Polizeihundes – treu und zu doof, um verschlagen zu wirken – wartete er auf die Antwort, um das Stöckchen seinem Herrn zurückzubringen. Ich frage mich heute noch, ob er den Satz, »Alter, in der Dialektik der Kämpfe musst du dich einfach entscheiden«, halbwegs wortgetreu zurückgetragen hat, und in welcher Form er von seinem Diensthundführer an das Landeskriminalamt,



Abt. Häftlingsüberwachung, übermittelt wurde. Nach dem Fortbestand der Sicherheitsmaßnahmen zu urteilen, werden sie es mit ihrem behördentypischen Mangel an Sinn für Ironie mal wieder ernst genommen haben.

Schmuttel-Helmut war ein Vertreter der an sich eher harmlosen und persönlich völlig ehrgeizlosen Knastspitzelsorte. Er konnte höchstens anderen Dumpfbacken schaden. Ohne Auftrag saß er lieber vor seiner Glotze oder stützte sich beim Fegen auf den anstaltseigenen Besen, sofern er nicht eh ge-

rade vollauf mit der Verdauung selbstgemachter Margarine-Marmelade-Torten beschäftigt war.

Es gab aber andere, denen man nicht gleich anmerkte, was sie im Schilde führten. Sie markierten im Knastalltag den Lauten und Gefährlichen, machten den Breiten gegenüber Schließern, um den Eindruck eines harten, korrekten Knackis zu erwecken. Manfred zum Beispiel, der auf die übliche Frage, weswegen er säße, gerne viel- und nichtssagend »Schmuck!« murmelte. Er wurde, wenn alle Gefangenen abends unter Verschluss waren, vom Sicherheitschef des Knastes heimlich, still und leise zu einem Kaffee und einer guten Zigarre aus

der Zelle geholt. Dann wurde konspiriert. Welchem verdächtigen Gefangenen könnte man einen narrensicheren Ausbruchsplan unterbreiten und seine Reaktion testen? Da sähe der Sicherheitschef doch gut aus, eine Flucht in letzter Minute verhindert zu haben. Und wie praktisch wäre es, einen missliebigen Gefangenen wegen »Fluchtversuchs« in

»Während die abgesägte Schrotflinte singt,
schreit und stirbt der Verräter.
Die Verschwiegenheit ist das erste Gesetz.«
Kalabrisches Volkslied

eine andere Justizvollzugsanstalt abschieben zu können. Vielleicht reichte es schon, ein nicht mehr ganz scharfes Eisensägeblatt, angeblich aus der Knastklempnerei abgezweigt, zu lancieren, nur um es ein paar Tage später bei einer Routinezellenkontrolle zufällig finden zu können. Für eine Woche Bunker reichte der »Besitz eines verbotenen Gegenstandes« immer. Und wenn der Hereingelegte wieder rauskam, konnte Manfred ihm heuchlerisch Tabak oder Kaffeepulver geben, damit er wieder auf die Beine käme. Vor lauter Dankbarkeit würde bei dem Angeschmierten jeder Verdacht verfliegen und womöglich empfahl er den Spitzel noch als Sägenlieferanten weiter.

Die Karriere von Manfred erlitt einen deftigen Knick, als er an Egon geriet, einen alten Ausbrecherkönig, der von seiner Passion nicht lassen wollte. Er zeigte lange Wochen die kalte Schulter, was Manfred noch heißer machte und die Beratungsintervalle mit seinem Chef verdichtete. Da läuft was! Ganz sicher. Endlich kam die heiße Info «rüber: Der Ausbrecherkönig verfügte über eine echte Wumme! Hier im Knast! Nur eine kleine 7.65er, aber immerhin, auch so ein Kaliber könnte ein Löchlein in einen Beamtenwanst stanzen. Gerissen wie Egon war, hatte er die Waffe nicht auf seiner Zelle versteckt, sondern von einem inzwischen entlassenen Knacki auf dem Anstaltsgelände bunkern lassen. Die Jagd begann. Manfred wurde mit Kaffee, Tabak und illegalem Schnaps ausgerüstet, um sich richtig einzuschleimen und das Waffenversteck aufzudecken. Der Bspitzelte nahm alles gerne und stellte einen Antrag auf einen eigenen Fernseher, der ihm zuvor immer abgelehnt worden war. Um keinen Verdacht zu erregen, dass man ihm bereits auf der Spur war, wurde die Kiste genehmigt – zumal man dachte, dass dieser Antrag nur ein schlauer Schachzug Egons sei, um bei der Anstaltsleitung den Eindruck zu erwecken, er wolle sich jetzt vor der Glotze im Knast einrichten und nicht mehr ausbrechen. Bei einem gemütlichen Fernsehmittag mit Manfred, die beiden tranken beim Wochenendumschluss

einen lütten Korn zur Sportschau, lüftete Egon das Geheimnis und beauftragte Manfred sogar, die Pistole heranzuschaffen. Egons entlassener Kumpel hatte als Knastelektriker in der alten Heizungsanlage zu tun gehabt und die Wumme dort unter den Kohlen versteckt. Dummerweise war es inzwischen Spätherbst und vor ein paar Tagen waren mehrere Tonnen Brennstoff angeliefert worden. Die lagen jetzt oben drauf. Und die Pistole untendrunter. Manfred sollte mal schauen, ob da noch was ginge.

Üblicherweise wurde der Koks von Knackis geschaufelt, aber was, wenn die auf die Wumme stießen? Schnelles Handeln war gefragt. Ein halbes Dutzend Beamte wurde zum Schippen abkommandiert. Es muss Stunden gedauert haben, bis der Berg vom einen Keller in den anderen verschoben war. Was nicht da war, war das Objekt der Begierde. Keine Wumme nirgendwo.

Helmut und Manfred ist nichts passiert. Andere »Zinker« oder »Lampenbauer« – so der Knastjargon für Spitzel – die sich nicht mehr rechtzeitig in einen anderen Knast verlegen lassen konnten, bekamen unter der Gemeinschaftsdusche erst Seifenwasser in die Augen und dann Schläge und Tritte. So eine Klassenkeile wurde offiziell gern vertuscht, weil in einem Prozess wegen Körperverletzung etc. pp. zu viele unangenehme Details über die realen Vollzugspraktiken an die Außenwelt geraten wären. Es gab auch Fälle, wo die Verprügelten aus Einsicht und Scham oder weil sie Angst vor noch mehr Ärger hatten, ihre Beulen und Platzwunden bei der Anstaltsleitung lebhaft als Unfall schilderten. In der Dusche ausgerutscht, beim Versuch aufzustehen auf die Seife getreten, wieder hingefallen und dann noch beim Heraustorkeln aus der Dusche vor die Türkante geknallt. Tragisch und ganz unwahrscheinlich, aber nicht strafbar.

Aber wieso setzt sich jemand im Knast diesem Risiko überhaupt aus? Woher die Bereitschaft zu spitzeln und »Lampen zu bauen«? An keinem Ort sind



Verhalten und Vergünstigungen so eng verflochten wie im Knast. Wer kooperiert, bekommt bessere Haftbedingungen und wird eher vorzeitig entlassen. Wer sich der Anstaltsleitung oder einzelnen Schließern andient, erhält bessere Jobs, bessere Zellen und darf mal außer der Reihe Besuch erhalten. Kooperation kann sehr wohl Bespitzeln von Mitgefangenen bedeuten, mal im Auftrag, mal aus reiner Eigeninitiative, um Informationen zu bekommen. Wer – aus fami-

liären Gründen, oder nur, um mehr Drogen gebracht zu kriegen – versucht, zusätzliche Besuchsgenehmigungen zu bekommen, wird vielleicht sogar bereit sein, Informationen frei zu erfinden, um eine Handelsware zu haben. Wehe den armen Knackis, die in der Folge zu Unrecht beschuldigt werden und sich nur wundern können, wieso an ihrer Zellentür auf einmal ein rotes Schild wegen »Fluchtgefahr« hängt und ihre BesucherInnen besonders kontrolliert werden! Wer bemerkt hat, dass sich Spitzeldienste lohnen, kann das zu seiner üblichen Lebensweise als Gefangener machen, dann sind ihm die Wärter näher als die »dummen Knackis«, über die er sich erheben will, indem er sie denunziert und das sogar gewissenlos tun kann, weil er sie verachtet.

Es kommt vor, dass Gefangene angesprochen werden, sie hätten doch – wie aus der Kontrolle ihrer Briefe bekannt – Probleme mit ihrer Frau oder



Freundin. Ob sie nicht Sonderbesuche, vielleicht sogar unüberwachte, zur Rettung der Partnerschaft haben wollten? Und weil eine Hand die andere wäscht, sagen'se doch mal, was erzählt denn so der Gefangene sowieso, mit dem sie immer beim Hofgang reden? Wenn der Angesprochene zu feige ist, den Spitzeljob abzulehnen, kann er sich wenigstens mit dem zu Bespitzelnden beraten und den Anstaltsschergen etwas mit ihm Abgesprochenes erzählen – und die Sonderbesuche kassieren. Oder er weigert sich rundweg, was das Einfachste und sowieso Anständigste ist. Über den Daumen gepeilt sind wegen Bankraub verurteilte Gefangene eher selten Spitzel, Betrüger und Junkies eher öfter, aber – das sollte man nicht übersehen – die meisten Gefangenen spitzeln nicht und auch nicht alle Schließer arbeiten mit solchen Methoden.

Das Ende der Geschichte mit der Wumme im Kohlenkeller fehlt noch. Irgendwann beim Buddeln muss es dem Sicherheitschef gedämmert haben, dass sein Hiwi Manfred seinen Meister gefunden hatte. Egon saß feixend vor seinem Fernseher und er im Kohlenstaub. Die vom Spitzel eingesetzten Rauch- und Trinkwaren waren bereits verzehrt und die Glotze war rechtswirksam genehmigt. Unternehmen konnte man gegen den alten Ausbrecherkönig auch nichts, der hatte ja in Wirklichkeit nie eine Wumme gehabt. Und Manfred hatte bloß seinen Job gemacht. Die Angeschmierten waren die Beamten, sie konnten sich nach einem gründlichen Duschen nur noch über die ungewohnte körperliche Arbeit beschweren. Besonders gewurmt hat sie sicher, dass Egon mit seiner »Enthüllung« gewartet hatte, bis die neuen Kohlen angeliefert worden waren.

Zwielichtige Quellen **V-Männer in der NPD**

Nach knapp vier Jahrzehnten als NPD-Führungskader und V-Mann erwies Wolfgang Frenz, Jahrgang 1936, der Neonazipartei einen letzten Dienst. Seine Enttarnung als dienstältester rechtsextremer V-Mann im Januar 2002 markierte den Anfang vom Ende des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Das vorerst letzte Kapitel in der langen Karriere des NPD-Gründungsmitglieds Wolfgang Frenz schrieb das Landgericht Düsseldorf im Dezember 2003. Da scheiterte der überzeugte Antisemit und Heilpraktiker in erster Instanz mit seiner Schadensersatzklage gegen das Land Nordrhein-Westfalen. 68.500 Euro hatte der heute 68jährige in einer »Amtshaftungsklage« dafür gefordert, dass die bei seiner Anwerbung als Spitzel vereinbarte gegenseitige Geheimhaltungspflicht vom Land gebrochen worden sei. Da der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz im Zuge des gescheiterten NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht seine Identität als V-Mann preisgegeben habe, müsse das Land nun auch für die Folgen der Enttarnung aufkommen, argumentierte Frenz, und jammerte, er habe als Buchautor und Heilpraktiker seit Januar 2002 enorme Umsatzeinbußen hinnehmen müssen.

Bevor es um Details von Frenz als Alt-Nazi, Spitzel und Verfasser übelster antisemitischer Propaganda gehen soll, scheinen zwei grundsätzlich Bemerkungen angebracht. Da ist zum einen die Frage der Quellenlage, und die ist – wie immer, wenn es um die Verquickung von Geheimdiensten und Rechtsextremisten geht – von den subjektiven Interessen der Beteiligten geprägt. Aussagen jeglicher Art von Frenz, NPD-Funktionären und Behördenvertretern sollten entsprechend skeptisch gelesen und bewertet werden. Und es ist zum anderen die Notwendigkeit, verkürzten Analysen und Verschwörungsthesen entgegen zu treten: Der Einsatz von V-Männern, Informanten und »Agent provocateurs« in der extremen Rechten durch die Sicherheitsbehörden bedeutet weder, dass deren Parteien, Organisationen und Gruppen vom Geheimdienst gesteuert werden, noch, dass die dabei gesammelten Informationen sonderlich viel Einfluss auf einen gesellschaftlichen und politischen Umgang mit Neonazis haben. Wäre das anders, hätten die Verfassungsschützer schon vor einem Jahrzehnt vor einer zunehmend dynamischen rechtsextremen Bewegung warnen müssen.

Dass sie das nicht getan haben und nach wie vor nur dann tun, wenn AntifaschistInnen und JournalistInnen die Öffentlichkeit über neue Entwicklungen informieren, liegt in der Logik des Apparats, der – um seine eigene Existenz zu rechtfertigen – allzu gerne suggeriert, alles »unter Kontrolle« zu haben. Dazu kommt, dass über Jahrzehnte für die von ehemaligen Nationalsozialisten aufgebauten bundesdeutschen Geheimdienste und Sicherheitsbehörden die radikale Linke »der Feind im eigenen Land« war. Auch

wenn die Gründergeneration von BKA, BND, Verfassungsschutz und MAD inzwischen tot ist, hat deren Selbstverständnis und politische Ausrichtung weit rechts von der Mitte die Apparate tiefgreifend geprägt.¹ Zusätzlich beeinflusst

wird die Auswahl und Bewertung der Informationen auch durch die Tatsache, dass zwischen dem Informanten und dem V-Mann-Führer enge persönliche Abhängigkeiten und Bindungen entstehen – ihre jeweiligen Karrieren sind schließlich von einander abhängig.

Der treue Parteisolдат Frenz ist eines der prägnantesten Beispiele dafür, dass es sich bei V-Männern in der extremen Rechten nicht um eingeschleuste »Provokateure« handelt, die die Szene diskreditieren sollen, sondern um überzeugte Alt- und Neonazis, die sich bezahlen lassen, um sich »fulltime« dem Aufbau von extrem rechten Partei- und Organisationsstrukturen widmen zu können. »Als ich diesen Job beim Verfassungsschutz Ende der 50er Jahre übernahm, wurde mir von meinem damaligen Parteivorsitzenden, Herrn von Thadden, gesagt, also, das können Sie machen, das Geld können wir gebrauchen«, erzählte Frenz stolz anlässlich des Schadensersatzverfahrens einer Reporterin der *Frankfurter*

Rundschau.² Mit dem Geld, das ihm der Verfassungsschutz zahlte, sei die NPD als Nachfolgepartei der verbotenen Deutschen Reichspartei (DRP) in den Jahren 1964 und 1965 in Nordrhein-Westfalen aufgebaut worden. Heute brüstet sich Frenz damit, dass der Verfassungsschutz die Reisekosten ebenso wie Übernachtungen, Essen und sonstige Spesen zahlte, wenn er alten und neuen Kameraden beim Aufbau von NPD-Kreisverbänden zur Seite stand. Das monatliche Honorar – Frenz' Angaben schwanken da zwischen 600 und knapp 1.000 DM, während sein früherer Arbeitgeber dazu beharrlich schweigt – habe er versteuert und dann der Parteikasse als Spende zu kommen lassen, erklärte Frenz in einem Interview des Südwestfunks Ende Januar 2002: »Die Kontakte mit dem Landesamt für Verfassungsschutz begannen 1959. Das ging dann bis 1989 relativ intensiv, dann wurde es immer sporadischer und wir trafen uns etwa alle 14 Tage.«³ Wie die meisten Spitzel ist er von seiner Bedeutung felsenfest überzeugt, denn: »Ich hatte

als Gründungsmitglied der NPD die intimsten und längsten Kenntnisse. Ich kannte und kenne Gott und die Welt.«

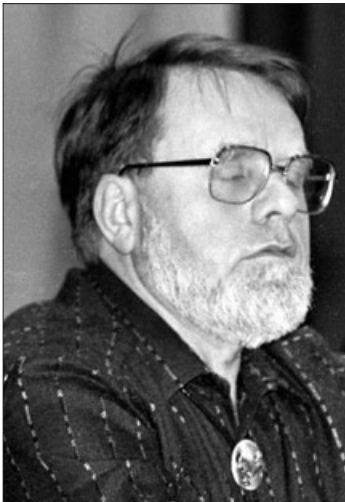
Parteiintern hatte Frenz schnell seinen Spitznamen weg. »Inspektor« nannten ihn die Kameraden, weil er immer alles kontrollieren wollte; als »treuer Knappe für die Sache« sah sich Frenz selbst. Nachlesen kann man das Eigenlob und nationalsozialistische Wertesystem des Wolfgang Frenz in dem Buch »Alles Große

¹ Dieter Schenk: Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA, Köln 2001.

² Ingrid Müller-Münch: Argwohn eines Spitzels, in: Frankfurter Rundschau, 6.11.2003.

³ »Report« aus Mainz, 28.1.2002.

⁴ Antifaschistisches INFO-Blatt (AIB) Nr. 55, Jan. 2002. Die paramilitärische Wehrsportgruppe nannte sich auch »Europäische Befreiungsfront«.



Wolfgang Frenz ...

steht im Sturm«, dem Bilder-Propagandabuch, mit dem die NPD ihr 35jährigen Bestehens feierte. Frenz prahlt da, er habe den ehemaligen Kommandeur der Garde-Kavallerie-Schützen-Division Waldemar Pabst, den in der extremen Rechten verehrten Anführer der Mordaktion gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, für die Partei gewinnen können. Er, Frenz, habe auch im »Pagenzimmer« neben dem ersten NPD-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen, dem Ritterkreuzträger Prinz Salm zu Horstmar, genächtigt, und einmal habe sogar »selbst der Reichskanzler a.D. Franz von Papen in einem Brief Sympathien für die NPD bekundet«.

Besonders intensiv waren die Kontakte zwischen Frenz, der 1985 zum stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen und Beisitzer im NPD-Bundesvorstand gewählt wurde, in den 70er und 80er Jahren. Das gesteigerte Interesse des VS in dieser Phase verwundert kaum, denn 1969 hatte die NPD bundesweit noch rund 28.000 Mitglieder und war in sieben Landesparlamenten vertreten. Nach dem knappen Scheitern an der fünf Prozent-Hürde bei den Bundestagswahlen 1969 entwickelten sich innerhalb der Partei konkurrierende Flügel, deren aktionsorientiertere Segmente in Zeiten der Stagnation auf die militante Karte setzten. So gründete sich beispielsweise aus den Reihen des Ordnerdienstes (OD) des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen die terroristische »Europäische Befreiungsbewegung«.⁴ Für ihr Ziel, den »europäischen Kommunistenblock zu liquidieren«, bewaffnete sich die Truppe um den damaligen kommissarischen Duisburger NPD-Kreisvorsitzenden bis an die Zähne. Bei Hausdurchsuchungen im Jahr 1970 fanden die Ermittler mehr als ein Dutzend Gewehre und Pistolen sowie Sprengkörper, Hieb- und Stichwaffen. Während für den Verfassungsschutz in den 70er Jahren vor allem die Verquickungen zwischen den sprunghaft steigenden militanten Wehrsportgruppen und der sich bieder gebenden NPD interessant gewesen sein dürfte, müsste in den Archiven des Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen auch der Niedergang der Partei in den 80ern minutiös dokumentiert sein.

Geht man von einem durchschnittlichen Monatshonorar von rund 800 DM aus, kassierte Frenz bis zu seiner Abschaltung im Jahr 1995 rund 336.000 DM aus der Staatskasse – zuzüglich Spesen. Der Wert der von ihm an die Schlapphüte gelieferten Informationen dürfte, wenn überhaupt vorhanden, allerdings gering gewesen sein, wenn *alles*, wie Frenz behauptet, mit den Führungskreisen der Partei abgestimmt war.

Abgeschaltet als V-Mann wird Frenz 1995, knapp zwei Jahre, bevor unter der Ägide des Parteivorsitzenden Udo Voigt der »zweite Frühling« der NPD als Sammelbecken der extremen Rechten und Profiteur der Verbotselle neona-



... und sein langjähriger Arbeitgeber

zistischer Vereine und Gruppierungen beginnt. Frenz sei abgeschaltet worden, weil er seine antisemitische Propaganda trotz Drängens von Seiten der V-Mann-Führer und gegenteiliger Beteuerungen nicht beendet habe, hieß es aus »gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen« im Januar 2001. Diese Propaganda veröffentlichte Frenz in Buchform, wie in dem 1998 erschienenen und im März 1999 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indizierten Machwerk

»Verlust der Väterlichkeit oder das Jahrhundert der Juden«, oder als Artikel in der *Deutschen Zukunft – Landesspiegel Nordrhein-Westfalen*, der Postille des NPD-Landesverbandes. Pikanterweise war ein weiterer V-Mann des nordrhein-westfälischen VS, Udo Holtmann, dafür presserechtlich verantwortlich. In Holtmanns Druckerei Offset-Express in Oberhausen wurde das Blatt auch gedruckt, V-Mann Holtmann

saß mit V-Mann Frenz jahrelang Seite an Seite in den Führungsgremien der Partei im Land und im Bund, mindestens von 1993 bis 1995 saßen die beiden als V-Mann-Duo in der NPD-Landesspitze in Nordrhein-Westfalen.⁵

Die in dieser Zeit bundesweit erfolgreiche Öffnung der NPD für Neonazis und Naziskins war dem über 60jährigen Frenz »ein Graus«. Seine ohnehin bekannten VS-Kontakte wurden 1997 plötzlich Thema einer NPD-Parteivorstandssitzung, 1998 wird er deshalb auf dem NPD-Bundesparteitag in Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) nicht mehr für den Vorstand vorgeschlagen.⁶ Ein Jahr später ist Frenz nur noch einfaches NPD-Mitglied.

Ein gutes Dutzend Fundstellen mit antisemitischen Aussagen von Frenz werden im gescheiterten Verbotsantrag der Bundesregierung als Beweis für die Verfassungswidrigkeit der Partei zitiert – alle aus der Zeit, nachdem er »abgeschaltet« war. Darunter verkappte Mordaufrufe und Hasstiraden wie: »Wenn es Auschwitz nicht gegeben hätte, müsste es für die Juden von heute erfunden werden, denn Auschwitz ist die Machtergreifung durch das vernetzte Judentum«, und zutiefst rassistische Aussagen wie: »Nicht nur die ›deutsche Erbschuld‹ an der europäischen Judenvernichtung, sondern auch die Einwanderung von fremdländischen Rassenangehörigen aus Anatolien, Afrika und Asien wird zur Ermordung unseres Volkes beitragen. Wobei die angebliche ›Erbschuld‹ als Vehikel herhalten muss, um die Massenzuwanderung von Ausländern zu rechtfertigen.«

Das Bundesverfassungsgericht hatte Frenz und dreizehn weitere führende Rechtsextremisten – von denen sich innerhalb von zwei Monaten etwa die Hälfte als V-Männer entpuppten – als »Auskunftspersonen« zur mündlichen Verhandlung über den NPD-Verbotsantrag von Bundesregierung und Bundesländern nach Karlsruhe eingeladen. Doch die für den 6. Februar 2002 terminierte mündliche Verhandlung wurde ausgesetzt, nachdem die höchsten Richter zu ihrer Verärgerung von Frenz' VS-Verwicklung erfuhren: Am 16. Januar 2002 hatte sie der Leiter der Abteilung Verfassung im Bundesinnenministerium

⁵ zu Holtmanns Karriere siehe AIB Nr. 55.

⁶ Rundschreiben an alle NPD-Mitglieder von Udo Voigt, 4.2.2002, zit. nach: Rundbrief oppositioneller NPD-Kräfte Nr. 1 /2002.

⁷ Reinhard Müller: Die NPD und der Staat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.7.02.

offenbar in Eigeninitiative davon informiert, dass der Zeuge Wolfgang Frenz knapp vier Jahrzehnte lang ein Informant des Verfassungsschutzes gewesen war, und damit den Anfang vom Ende des NPD-Verbotsverfahren eingeleitet sowie eine Welle von Enthüllungsreportagen über V-Männer in der Neonaziszene im allgemeinen und der NPD im besonderen los getreten.

Als der Verbotsantrag schon kaum noch zu retten war, warteten die Landesämter für Verfassungsschutz und das Bundesamt mit Informationen auf, die die Öffentlichkeit beruhigen und ihr suggerieren sollten, die Behörden hätten die Partei nicht über die V-Leute gesteuert: In den Jahren 1997 bis 2002 habe die Partei jeweils etwa 200 Vorstandsmitglieder gehabt. Davon seien an drei Stichtagen (4. April 1997, 31. Juli 2001, 17. August 2002) stets weniger als 15 Prozent V-Leute gewesen. Jede weitere Aufschlüsselung lehnten die Geheimdienste ab und verwiesen lakonisch darauf, dass in dem genannten Zeitraum insgesamt 560 unterschiedliche Personen in den Leitungsgremien gegessen hätten.⁷

Zwar jubelte die NPD öffentlich nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens im Sommer 2002, doch innerhalb der aktionsorientierten extremen Rechten, insbesondere bei den militanten Freien Kameradschaften, hatte sie in knapp zwei Jahren aufgrund ihres ängstlichen Stillhaltekurses während des Verbotsverfahrens und des saloppen Umgangs mit den V-Männern in den eigenen Reihen längst an Einfluss und Ansehen verloren.

Trotzdem hat der NPD die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz mehr genutzt als geschadet – und das gilt auch für die Zukunft. Schließlich wurde und wird finanzielle Aufbauhilfe geleistet. Das oft genannte Argument, die Behörden müssten mit zwielichtigen Quellen arbeiten, um »Schlimmeres« zu verhindern, ist angesichts der im Vorfeld mit NPD-Funktionären abgesprochenen Weitergabe der Informationen absurd. Die »Aufklärungsarbeit« des Verfassungsschutzes, die zutreffender als Desinformationspolitik beschrieben werden muss, hat weder zehntausende rechtsextreme Straftaten, noch den Tod von über 100 Menschen seit 1990 verhindern können.

»Die Schlapphutfaffäre« eines Neonazi-Spitzels



Unter dem Briefkopf eines einsamen heulenden Wolf beteuert Wolfgang Frenz, dass er die NPD, die »ich am 28. Nov. 1964 maßgeblich mitgegründet habe ... nicht verraten«, sondern ihr stets »unter großen persönlichen Opfern gedient« habe. Der Brief findet sich in einer von Frenz verbreiteten Broschüre, in der er sich über seine »Erfahrungen und Erlebnisse ... als V-Mann auf NPD-Führungsebene« verbreitet. Der enttarnte Neonazispitzel plaudert aus dem Nähkästchen seiner 36jährigen Praxis als staatlich alimentierter Faschist, beginnend bei den um die Jahreswende 1959/60 verübten und weltweit registrierten Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge, an denen sich der Kölner Kreisvorsitzende der neofaschistischen Deutschen Reichspartei (DRP), Custodis, beteiligt hatte: »Da ich, Wolfgang Frenz, 23 Jahre alt, jüngstes Mitglied des Landesvorstandes in Nordrhein-Westfalen war und als einziger keine Wehrmacht- und NS-Belastung im Vorstand aufwies, wurde ich ... nach Köln als kommissarischer Kreisvorsitzender der DRP geschickt, um Kontakte zum Staatsschutz und dem VS-Amt aufzunehmen, und den Kreisverband Köln der DRP auf weitere Mittäter und Mitwisser auszuleuchten.«

Hier startete der einfache Neonazi Frenz seine Spitzelkarriere, die in den Führungsgremien der DRP eingehend diskutiert worden sein soll. Bedenken habe einer der Anwesenden mit dem Hinweis zerstreut, »dass sich Anfang der dreißiger Jahre die ebenfalls in Geldnot befindliche NSDAP ähnlich finanzierte, indem Mitglieder für die preußische Geheimpolizei als V-Männer tätig wurden«. Man habe sich darauf geeinigt, dass »die Honorare, die das Amt zahlte, ... nach Abzug der eigenen Kosten in die DRP-Landeskasse fließen, um dem chronischen Geldmangel in der Partei abzuhelpen.«

»Vom Amt gedrängt«, habe er bald darauf unter einem Decknamen an der Stralsunder Internationalen Ostseewoche teilgenommen, »um den Teilnehmerkreis aus NRW im Auge zu behalten«. Während der zentralen Kundgebung sei er dort sogar »in unmittelbarer Nähe von Walter Ulbricht placierte« gewesen.

Eitel referiert Frenz seine Kontakte zu Größen des Rechtsextremismus, u.a. habe er »in einer Teestunde ... bei [Waldemar] Pabst den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Dr. Nollau [getroffen]. Ich wurde ihm als Geschäftsführer der NPD vorgestellt und von Dr. Nollau auch über die NPD befragt.« Pabst wird von Frenz als »Liquidator« von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vorgestellt.

Frenz schildert ausführlich Anekdoten über seine Zusammenarbeit »mit Außendienstlern«. Er habe »in den vielen Jahren meiner Kontaktstätigkeit ... bis auf einen, der böse wurde und ausschwitzgläubig blieb ... niemanden kennen gelernt, der das politische System der Republik bejahte«. Einen habe er in seiner Heilpraxis wegen Migräne behandelt und anderen »Jagdbeute, besonders vor den hohen Feiertagen« verkauft. Irgendwann seien »die Treffs

... gemütlicher« geworden. V-Mann-Führer »Siegfried« habe ihm »das Angeln an der Wahnachtsperre« beigebracht, und »da Siegfried wie auch ich guten Rotwein liebte, trafen wir uns nach den Treffs gelegentlich abends bei mir zu Hause ... und oft endeten diese Begegnungen mit einem handfesten Besäufnis.«

An »Ehrlichkeit« wollte es Frenz angeblich nicht fehlen lassen. Ab 1980 »ließ ich mir von der Abteilung 6 des Innenministeriums (Verfassungsschutz) zum Jahresende immer eine Jahresbescheinigung ausstellen ... wie viel Honorar in dem jeweiligen Jahr ausbezahlt worden war. Diese Bescheinigung legte ich ... mit meiner Einkommenserklärung dem Finanzamt in Solingen vor. ... Die versteuerten Gelder gingen dann nach Abzug meiner Unkosten als Spenden in die Parteikassen«, bis er »im Herbst 1995 als Kontaktmann wegen fehlender Nachrichtenehrlichkeit abgeschaltet« worden sei, was ihm aber »ein Abfindungsentgelt von 10.000,- DM« eingebracht habe. Seine Partei sei jederzeit »unterrichtet« gewesen und er habe sich »immer als Parteisoldat verstanden«, der sich auch heute noch – man glaubt es – »jeden Morgen im Spiegel ansehen kann ohne rot zu werden«.

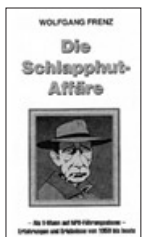
Diese Bekenntnisse zwangen die Bundesregierung im Rahmen des NPD-Verbotsverfahrens zu einer Stellungnahme. Den Schlapphut-Text bezeichnete sie als »aufschlussreich für die Zusammenarbeit zwischen V-Leuten und dem Verfassungsschutz«. Er möge zwar »nicht in allen Einzelheiten glaubhaft sein ... jedoch hinsichtlich vieler zentraler Punkte aussagekräftig«.

Es bleibt festzuhalten, dass Frenz gerade wegen seiner »antisemitischen und rassistischen Hetze über Jahrzehnte das Vertrauen der Partei« genossen hat – und anscheinend nicht nur das dieser Institution.

Wolfgang Frenz: Die Schlapphutaffäre.
Als V-Mann auf NPD-Führungsebene –
Erfahrungen, Erlebnisse 1959
bis 1995, Solingen 2002.

Martin Dietzsch und Alfred Schobert:
V-Leute bei der NPD – Geführte
Führende oder Führende Geführte?
Duisburg 2002

[http://dokmz.akdh.ch/interaktiv/
download/npd-studie.pdf](http://dokmz.akdh.ch/interaktiv/download/npd-studie.pdf)





Name: **Frühauf, Michael**

Wohnort: **Hamburg**

Alter: **25**

Beruf: **Anwaltsgehilfe**

Spitzelname: **Paul**

Einsatzort: **Stemwarde**

Einsatzzeitraum: **1981**

Einsatzziel: **Neonazis**

Ein »Bürovorsteher« mit gewissem Erfolg ...

1978 erhielt der frühere Leutnant der Bundeswehr, Michael Kühnen, eine Knaststrafe von etwas über vier Jahren wegen Volksverhetzung, Gewaltverherrlichung und Aufstachelung zum Rassenhass. Als Hamburger Neonazichef der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) hatte er jahrelang sein Unwesen getrieben. Übrig blieb eine ungefähr 20 Köpfe zählende Männertruppe, die, so ein späterer TAZ-Bericht, »von scheinbarer Macht, Ohnmacht, Suche nach Gemeinschaft und unterdrückter Homosexualität« zusammen gehalten wurde. Zu dieser Truppe zählten auch der Bürovorsteher Michael Frühauf, der homosexuelle Johannes Bügner und der Bundeswehrfallschirmjäger Friedhelm Enk, die mit dem in der JVA Celle einsitzenden Kühnen einen engen brieflichen Kontakt unterhielten.

Nach dem Abgang Kühnens fungierte der Anwaltsgehilfe Frühauf, dessen Vater SS-Obersturmbannführer war, als dessen Stellvertreter, und ernannte sich selbst zum »Leiter des Sicherheitsdienstes der ANS«. Das Foto zeigt ihn als Neonazi-Biedermann, mit geradem blonden Scheitel, Ministerialdirigenten-Brille, Schlips und Jackett. Vielleicht, um sein Machtgefühl noch weiter zu steigern, scheint der als geltungssüchtig bekannte Frühauf mehrmals den Kontakt zum

Landesamt für Verfassungsschutz gesucht zu haben. Der SPIEGEL berichtete, dass »die Staatskripo ... den Rechten so hoch schätzte, dass sie ihn immer wieder den Kollegen vom Verfassungsschutz als Informanten andiente«. Eine andere Seite des Faschisten Frühauf war seine – so ein später vor Gericht erstattetes psychologisches Gutachten – »latente Homosexualität«.

Nachdem ein Annäherungsversuch an seinen Neonazikumpel Bügner scheitert, entwickelt er auf diesen einen unbändigen Hass. Unter eigenem Namen und mit der Parole, »gegen Perverse scharf durchgreifen«, firmierte er in einem ANS-Info als »Zentrale Ermittlungsstelle gegen Homosexuelle und Kriminelle«. Frühauf brandmarkte Bügner darin als »175er« und »Kinderschänder« und kündigte an: »Wir wissen uns vor solchen Leuten zu schützen«.

Als Frühauf seinen Chef Kühnen am 20. Mai 1981 im Celler Gefängnis besucht, notierte der polizeiliche Gesprächsüberwacher Äußerungen wie: Die Betreffenden müssten »einfach weg«, und er, Frühauf, habe noch »etliche Dinge« vor. Kühnen gab seinem Stellvertreter den Ratschlag mit auf den Weg, er solle »mit Sorgfalt darauf achten, dass keine V-Leute eingeschleust würden«. Sieben Tage später ist es dann für Michael Frühauf, dem

die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* einen »gewissen beruflichen Erfolg als Bürovorsteher« attestierte, endlich soweit. Ein »Herr Gastrow« vom Landesamt für Verfassungsschutz, nach Amtseinschätzung »ein alter erfahrener Werber«, spricht persönlich bei ihm vor, und er wird für eine monatliche Besoldung von 500 DM als staatlich anerkannter Spitzel unter dem Decknamen »Paul« engagiert. Bei schwierigen Fällen, versichert »Herr Gastrow«, werde man »gegebenenfalls die Sache nicht an die Exekutive weitergeben«.

Der sich so zusätzlich legitimiert sehende Frühauf machte sich am nächsten Tag, es ist der »Vatertag«, der 28. Mai 1981, an die Durchführung einer Aktion, von der er später sagen sollte, er habe sie quasi als einen »verlängerten Auftrag« der Behörde gesehen. Gemeinsam mit vier anderen Neonazis heckte Frühauf den Plan aus, mit Johannes Bügner eine Fahrt aufs Land zu machen. Zu viert fuhren sie mit Bügner in einem Ford Capri in die Nähe der schleswig-holsteinischen Gemeinde Stenwarde. Auf einem Feld wurde Bügner von Friedhelm Enk niedergeschlagen und mit 20 Messerstichen getötet.

Tags darauf meldete Frühauf den Mord der Polizei und wird – entgegen seiner Erwartungen – ebenso wie seine Kumpane eingesperrt. Seine Hoffnung, »am nächsten Morgen« werde ihn »der Mann vom Landesamt« herausholen, blieb unerfüllt, statt dessen kamen alle Ende April 1982 wegen Mordes vor eine Lübecker Strafkammer.

Im Prozess beschuldigten sich die Angeklagten gegenseitig. Der sich als eine Art staatlicher Amtsträger sehende Verfassungsschutzspitzel Frühauf erklärte, dass es bei der Fahrt am 28. Mai lediglich darum hätte gehen sollen, Bügner einen »Denkzettel« in Form von »ein, zwei Ohrfeigen und einem Klaps auf den Po« zu verabreichen. Dieser homoerotisch inspiriert klingende Darstellung

widersprach Enk unmissverständlich: Er habe den Mord »für Deutschland« vollbracht, und sei »verpflichtet [gewesen], Bügner zu liquidieren, denn immerhin erhielt ich von Frühauf den Befehl«.

Das durch die Anwerbung Frühaufs in das widerliche Tatgeschehen involvierte Landesamt musste durch seinen Regierungsdirektor Kreuschmer vor Gericht einräumen, dass man zwar Kenntnisse hatte, dass in den Reihen der ANS »über Liquidieren und solche Dinge öfters mal geredet wurde«, nur habe man weiteres nicht Erfahrung bringen können.

Am 5. Juni 1982 verurteilte das Gericht den Verfassungsschutzspitzel Frühauf und auch Enk wegen Mordes zu lebenslangen Freiheitsstrafen. Im Urteil steht, es sei kein Fememord, sondern eine »persönlich motivierte« Tat gewesen.



Die Leiche Bügners

FAZ, 20.4.1982: Mordprozess gegen fünf Rechtsextremisten.
TAZ, 30.4.1982: Fememordprozess in Lübeck – Ein großer Bruder.
Der Spiegel, 10.5.1982: Mischt mit.
TAZ, 4.6.1982: Lebenslänglich für die Mörder.

Der Vigilant ist ein ... bestrafter Verbrecher, oder steht wenigstens doch bürgerlich und moralisch einem solchen gleich, er beschäftigt sich damit, andere Verbrecher unter der Maske der Freundschaft, oder des Zutrauens auszuhorchen oder auszuforschen, und sodann für Geld an die Polizei zu verrathen. Also nur ein Mensch von ganz schlechtem Charakter kann sich zu diesem Gewerbe hergeben. Der Vigilant war von jeher und seit alten Zeiten eine bürgerlich gebrandmarkte Person. Das Altherthum, wie das Mittelalter bis in den Anfang der neuern Geschichte weit hinein, kannten nichts Ehrloseres, als Treubruch, Verrath, Missbrauch des Zutrauens: der Griechen, der Römer, der christliche, wie der heidnische Germanen stimmten hierin überein.

Kriminalkommissar Carl Wilhelm Zimmermann, 1847

Wenn aber der Beamte so weit gehen sollte, Personen aus ihren bürgerlichen Verhältnissen herauszunehmen und zu Vigilantendiensten zu engagieren, so überschreitet er die Grenzen seines Amtes und der Sittlichkeit, welche verbietet, jemanden als Verräther zu gebrauchen oder vielmehr zu missbrauchen, ihn hierdurch der wenigen bürgerlichen Achtung, die er noch besitzt, zu berauben, und dadurch zu nöthigen, wenn er – was bei allen Vigilanten ohne Unterscheid sehr bald kommt – für den Polizei=Zweck unbrauchbar wird, selbst Verbrecher zu werden oder in frühere Verbrechen zurückzufallen.

Kriminalkommissar Carl Wilhelm Zimmermann, 1847

Da der Vigilant immer ein schlechter Charakter ist, so liegt in ihm keine Bürgerschaft, er muss strenger überwacht werden, als der Dieb. Überhaupt der Vigilant, der einen guten Dienst geleistet, ist für die Folge in der Regel gleich unnütz und schädlich.

Kriminalkommissar Carl Wilhelm Zimmermann, 1847

Die Polizei muss selbst in den Untergrund gehen – sei es mit eigenen Leuten, sei es durch den Einsatz oder das ›Aufbohren‹ zuverlässiger oder ergiebiger Quellen. Im Klartext heißt dies, dass Einheiten für verdeckte Ermittlungen zu schaffen sind, die selbstständig und abgetrennt Aufträge erhalten. ... Sie tragen zunächst zwangsläufig ein hohes persönliches Risiko. Die Enttarnung eines Polizeiagenten bringt große Gefahren für Leib und Leben des Betroffenen mit sich.

Polizeipräsident Alfred Stümper, 1983

Erbärmlich
»Zapfer Kurt« und seine Opfer

Am 1. August 1983 erfreute die *BZ*, »größte Zeitung Berlins«, ihre LeserInnen mit einem spannend klingenden Aufmacher. Berichtet wurde von einem gescheiterten Raubüberfall auf die Hauptkasse der Adam-Opel-AG-Niederlassung in Tempelhof. Durch einen »heißen Tipp« waren »die Beamten des Raubdezernats ganz offensichtlich gut auf einen bevorstehenden Überfall vorbereitet«. Und so wimmelte es »auf dem Firmenhof ... schon seit Stunden von Kriminalbeamten. 20 Kripoleute sind als Kunden getarnt, lassen den Kassenraum nicht aus dem Auge. Die Beamten tun so, als wollten sie ihr Auto in die Werkstatt fahren. Sie interessieren sich auf dem Hof für die Gebrauchtwagen, lauern auf der Straße vor dem Firmengelände in einem geparkten Lieferwagen.« Die Kripo-Falle »schnappte um 16.45 Uhr« zu: »Drei Männer waren aus einem lilafarbenen VW K 70 am Alboinplatz gestiegen. Als »Murkel« über den Opel-Hof lässig in Richtung Kassentür schlenderte, stürzten drei »Gebrauchtwagen-Kunden« auf ihn, warfen ihn zu Boden. ... Drei Minuten später gingen den Kripoleuten auch seine beiden anderen Komplizen ins Netz: der 47-jährige Gerhard V. aus Charlottenburg und der 32-jährige Jürgen F. aus Schöneberg. Die drei Männer gaben zu: Wir wollten die Kasse mit rund 300.000 DM plündern. Außer dem Trio und dem Opel-Kassierer (Helmut T.) verhaftete die Kripo noch einen fünften Mann, den 38-jährigen Fliesenleger Ralf R. aus Rudow. Er hatte für den Kassierer die Kontakte zu »Murkel« und seinen Freunden hergestellt.« Einen Tag später wusste die *Berliner Morgenpost* den in der *BZ* genannten »heißen Tipp« als »goldrichtigen Tipp aus der Unterwelt« zu präzisieren, der den »sorgfältig ausgetüftelten Überfall« auf das Autohaus habe »platzen« lassen.

Selbst in der Springer-Presse sind nicht alle Berichte von vornherein frei erfunden. In dem Ermittlungs- und Gerichtsverfahren sollte allerdings dem »heißen« oder »goldrichtigen Tipp«

Berlin

Verschuldeter

Opel-Kassierer

schleuste Geld-

Bande in die

eigene Firma!

Der Kassierer von Opel in der Bessemerstraße (Tempelhof) bereitete einen 300.000-Mark-Raub vor. Aber als die Geld-Bande kam, war die Kripo schon da.

Lesen Sie bitte den Bericht auf der Seite 4

eine überraschende Bedeutung zukommen. Denn er kam von jemanden, der in den Presseberichten gar nicht auftauchte: Zapfer Kurt, bereits seit Jahren als Spitzel für die Polizei tätig. Im Gerichtsurteil hieß es, dass er »in einer Reihe von Verfahren auf mehreren großen Gebieten der Kriminalität in Berlin und München ... tätig geworden« sei und mit der Polizei außerordentlich »erfolgreich« zusammengearbeitet habe. So erfolgreich, dass er von der Polizei laufende Zuwendungen in einer Höhe erhielt, »die ihn in den Stand setzten, zumindest teilweise seinen Lebensunterhalt daraus zu bestreiten«. Spitzel Kurt »gab nicht nur sporadisch von Fall zu Fall Hinweise, wenn er zufällig von Straftaten erfuhr«, sondern verfügte über »die allgemeine Billigung der Strafverfolgungsbehörden dazu, sich umzuhören und [sich] in kriminelle Pläne einzuschalten«, um –

man ahnt es bereits und so schrieb es das Gericht –, »Straftaten aufzuklären oder zu verhüten«. Das klingt ehrenwert, aber bekanntlich steckt der Teufel im Detail. Und deshalb muss die Geschichte jenes so fulminant wirkenden Fahndungserfolges ganz anders geschrieben werden.

Anfang Juli 1983 begingen der seit mehreren Jahren als Kassierer bei einer Autofirma tätige Helmut T. und sein Freund Ralf R. den schweren Fehler, ausgerechnet Zapfer Kurt in seiner Berliner Kneipe von

ihren Überlegungen zu erzählen, einen Überfall auf die Firmenkasse durchzuführen. Alleine trauten sie sich diese Aktion nicht zu, da Helmut T. befürchten musste, bei einem Überfall von seinen Kollegen erkannt zu werden. Kurt zeigte sich an der Sache sehr interessiert und sagte zu, gegen eine entsprechende Beteiligung mit weiteren Personen den Raub auszuführen. Helmut T. und Ralf R. schilderten Kurt die verschiedenen Möglichkeiten einer Tatausführung und waren erleichtert, es dem Zapfer Kurt überlassen zu können, weitere Helfershelfer für den Überfall zu gewinnen. Mitte Juli bemühte sich Zapfer Kurt fieberhaft, diese Komplizen für den Überfall zu besorgen. Das Gericht stellte später fest, dass sich diese Aufgabe »als schwierig« erweisen sollte.

Zunächst gelang es Zapfer Kurt jedenfalls Jürgen F. anzuwerben, den er seit »einigen Wochen vom Rummelplatz her« kannte, und dessen Vertrauen er gewann, »indem er sich als Sinti ausgab, was Jürgen F. ihm wegen seines Äußeren glaubte«. Zapfer Kurt stellte seinem neuen Freund das Abgreifen des Geldes – rund 200.000 DM – als ganz leicht und ungefährlich dar, da es im Autohaus »zwei Stunden lang unbewacht daliegen [würde], ehe die Geldabhöler kämen«.

Als nächsten gewann Kurt Gerhard V., der »ihm aus Lokalen bekannt« war. Gerhard V. wollte jedoch erst nicht mitspielen, und erklärte »immer wieder ... kein Interesse zu haben«. Kurt »ließ jedoch nicht locker«. So suchte er Gerhard V. »mehrfach zu Hause und auf seiner Arbeitsstelle« auf und »bekniete« ihn stundenlang, um ihm »die Tat schmackhaft zu machen«. Irgendwann muss Gerhard V. zugestimmt haben.

Die V-Leute sollen die geheimen Vorhaben der betroffenen Personen aufdecken. ... Ihre Mittel sind Täuschung und Vertrauensbruch, im Falle des »umgedrehten« V-Mannes geht ein Verrat voraus. Ob es ethisch gerechtfertigt ist, derartige, selbst in besonderen lagen verwerflich erscheinende Mittel einzusetzen, muss offen bleiben.
Dr. jur. Hans-Ulrich Evers, 1960

Nun konnte sich Zapfer Kurt ein paar Tage vor dem großen Tag mit dem Leiter der polizeilichen Raubdezernats persönlich in Verbindung setzen, um ihm von dem für den 29. Juli geplanten Überfall zu berichten. Durch Zuhören habe er erfahren, dass Ralf R. die anderen Mittäter angeworben habe, um den Überfall steigen zu lassen. Mit dieser präzisen Spitzelinformation versorgt, konnte die Polizei ihre Vorbereitungen für den Überfall treffen.

Doch am großen Tag sollte sich für den Spitzel Kurt zunächst herausstellen, als er am Vormittag Jürgen F. von seiner Wohnung abholen wollte, dass dieser noch im Bett lag: »Jürgen F. hatte weitgehend der Mut verlassen, er meinte zu Kurt, das ganze sei »doch wohl eine Nummer zu groß« für ihn, auch verwies er darauf, dass er sich am Vortage die Hand verletzt habe, die verbunden war.« Der etwas beleibte Jürgen F. gab zu bedenken, dass er bei der Flucht hinten über die Mauer und über den Zaun des angrenzenden Grundstücks Probleme haben werde, diese zu überwinden. Doch Kurt, »der wusste, dass es dazu nicht kommen würde«, beruhigte ihn. Was den Zaun betraf, so versprach er, ein Loch hineinzuschneiden und eine Decke darüber zu legen, damit Jürgen F. gut hinüber käme. Er selbst werde dann mit einem Fluchtauto dort stehen. Danach fuhren beide mit dem Auto von Jürgen F. zur Arbeitsstelle von Gerhard V. und besuchten ihn auf dem Bau. Während Jürgen F. im Auto wartete, musste Kurt geschlagene zwei Stunden auf Gerhard V. einreden, »dem ebenfalls, nun da die Tatzeit heranrückte, wieder Bedenken gekommen waren«. Schließlich erklärte sich Gerhard V. unter der Bedingung, dass ein dritter Mann gefunden werde, bereit, doch noch bei dem Überfall mitzumachen.

Langsam geriet Spitzel Kurt, der »sein Vorhaben unbedingt an diesem Tag ausführen [wollte], weil er wusste, dass die Polizei auf ihren Einsatz vorbereitet war«, in Zeitnot. Zusammen mit Jürgen F. fuhr er nun zu dem ihm bekannten »Murkel«, den er seit ca. zwei Wochen als Gast aus dem Lokal »Bierquelle« kannte. Im Beisein von Jürgen F. weihte Kurt »Murkel« in den Tatplan ein und bedrängte ihn mitzumachen. »Murkel« sträubte sich zunächst, ließ sich aber nach intensivem Zureden schließlich breitschlagen, mitzumachen.

Kurz vor dem geplanten Überfall händigte Kurt Jürgen F., Gerhard V. und »Murkel« Material für ihre Maskierung, einen defekten Gasrevolver, eine

Der Mann, der alles wusste – nur das eine nicht: Die Polizei hatte ihn schon im Visier

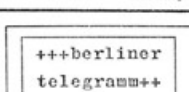


Der Schauplatz des versuchten Raubüberfalls. Der Opel-Hof.

Foto: Rüdiger

Überfall auf Opel-Niederlassung
in der Bessemerstraße gescheitert
– fünf Männer verhaftet

Berlin, 1. Aug. (ptd) Das einem Lieferwagen VW K 70



Spraydose mit CS-Reizgas und eine Handfessel »Marke FBI« mit Schlüssel, ferner eine Wollmaske und eine rote Adidas-Jacke aus. Nachdem der Spitzel endlich alle drei Räuber organisiert hatte, telefonierte er mit Helmut T. in der Firma, um sich den Kassenstand durchsagen zu lassen. Wahrheitswidrig teilte

er dann seinen Leuten mit, dass rund 500.000 DM in der Kasse seien, um deren »Interesse an der Tat noch zu steigern«. Danach erläuterte er ihnen den Tat- und Fluchtplan und verließ sie. Jürgen F., Gerhard V. und »Murkel« verbrachten die verbleibende Wartezeit in einem Park. Zwar äußerte Gerhard V. einmal, er habe »eigentlich gar keinen Bock« und er habe das Gefühl, es werde

etwas schief gehen, worauf »Murkel« antwortete, noch könnten sie abhauen, doch blieben alle bei der Stange, da sie, so das Gericht »einem gewissen Gruppendruck« erlagen.

Derweil hatte der Spitzel Kurt die Bullen angerufen, um ihnen die Personalien und eine Personenbeschreibung der von ihm organisierten Kompagnons mitzuteilen. Die Polizei besorgte in aller Eile Passfotos und gab sie den Einsatzkräften mit. Jürgen F., Gerhard V. und »Murkel« fuhren schließlich um 16.30 Uhr zum Autohaus und verteilten die für den Überfall benötigten Gegenstände. Von einer Seitenstraße aus begab sich »Murkel« als Erster in den Betriebshof. »Auf dem Hof noch wurde er von der Polizei festgenommen. Er erschrak so sehr, dass es bei ihm zu einer unkontrollierten Darmentleerung kam.« Die beiden Gefährten wurden ebenfalls widerstandslos festgenommen. Wenig später wurden auch Helmut T. und Ralf R. verhaftet. Erfolgreicher hätte die ganze Angelegenheit für die bestens vorbereiteten Beamten des Raubdezernates gar nicht laufen können. Dank des umtriebigen Spitzels Kurt waren ihnen drei Räuber »in flagranti« in die Arme gelaufen, und zwei weitere konnten sie danach von zu Hause abzuholen. Da lacht die Polizeistatistik.

Aus welchen Gründen auch immer kam dieser märchenhaft glatt gelaufene Einsatz dem Leiter des Raubdezernates nach den ersten Vernehmungen der Erwischten doch zu komisch vor. Irgendwie gewann er den Eindruck, dass Zapfer Kurt »ihm gegenüber seine Rolle falsch dargestellt hatte«, weshalb er »ihn nunmehr als Miträter und Initiator der Tat« ansah und festnehmen ließ. Doch hier mochte der Oberstaatsanwalt nicht mitspielen, da der Spitzel zwar als ein »Agent provocateur« gehandelt habe, letztlich jedoch »die Tatvollendung nicht gewollt habe, ein strafbares Verhalten also nicht vorliege«.

Vor Gericht schien es dem Spitzel dann aber doch ratsam, bei zwei Auftritten unter Berufung auf das Recht eines Beschuldigten, sich nicht zu belasten, das Maul zu halten. So blieb der Strafkammer des Landgerichts Berlin in der Urteilsbegründung nichts mehr übrig, als ihn mit spitzen Fingern anzufassen. Schließlich habe er zumindest die Angeklagten Jürgen F., Gerhard V. und »Murkel« »zur Tat überredet, ... darüber hinaus die gesamte Tatausführung

Jeder Vigilant belastet regelmäßig das Publikum mit Ansprüchen wegen vermeintlicher Verdienste – welche ihm die Behörde bereits hinreichend vergolten hat, – und ist dann so unverschämt und zudringlich.
Kriminalkommissar Carl Wilhelm Zimmermann, 1847

in allen Einzelheiten bestimmt«. Es sei der Spitzel gewesen, der »diese drei Angeklagten fest im Griff« gehabt hätte. Sie hätten »sich in allem nach seinen Anweisungen gerichtet und nichts außerhalb des Tatplans getan«. Hinsichtlich des Motivs des Spitzels Kurt vermutete das Gericht, dass er »sich von ... einer höheren Anzahl von mitwirkenden Straftätern eine höhere Belohnung von der Polizei und möglicherweise zusätzlich eine Belohnung von der Firma« versprochen habe. Insgesamt zeige der »Missgriff wie im vorliegenden Fall« die Notwendigkeit, dass V-Leute der Polizei »an kurzer Leine gehalten oder ausgebildet werden« müssten. Wegen diesem »Verfahrenshindernis« wurde das Gerichtsverfahren gegen die in erbärmlichster Weise vom Polizeispitzel zu Trotteln gemachten Gerhard V., Jürgen F. und »Murkel« nach langen fünf Monaten der U-Haft eingestellt. Helmut T. und Ralf R. kamen als Anstifter jenes glorreichen Überfalles nicht so davon. Wie die weitere Karriere des Spitzels Kurt verlaufen ist, war leider nicht in Erfahrung zu bringen.

Unter Organisierungsgesichtspunkten kann man diese so erschütternd naiv in die Arme der Polizei gelaufene Überfallaktion sicher noch nicht einmal mehr desaströs nennen. Und die sozialen Beziehungen im kriminellen Milieu sind wohl zuweilen jenseits dessen angesiedelt, was man gerade noch als »trübe« bezeichnen könnte. Doch muss das bodenlose Engagement des Spitzels Kurt verwundern: Wie konnte er auf den Gedanken kommen, dass diese wesentlich von ihm vorangetriebene Sache bei den Bullen und der Justiz glatt durchgehen könnte? Das Gericht scheint sich diese Frage auch gestellt zu haben und kam zu dem sybillinischen Schluss, dass es letztlich »nicht möglich [sei], positiv festzustellen, [dass] Kurt völlig auf eigene Faust gehandelt« habe, als er Jürgen F., Gerhard V. und »Murkel« anwarb. Da in der Gerichtsverhandlung »die meisten der ... beamteten Zeugen nur sehr zurückhaltend aussagten und ihre Aussagegenehmigungen recht eng auslegten«, zog das Gericht den Schluss, dass es »bei der Vielzahl der Kontakte des Kurt zu Strafverfolgungsbehörden ... nicht ausgeschlossen [werden könne], dass ihm von einem Beamten geraten worden ist, einen umfassenden, leicht feststellbaren und eindeutig strafbaren Sachverhalt zu provozieren, statt es bei dem Aufdecken der Pläne des Helmut T. und Ralf R. sein Bewenden haben zu lassen«. Mit anderen Worten: Was wäre der Spitzel ohne den Repressionsapparat, der ihn führt und spielt? Aber noch haben nicht alle Richter Spaß daran, sich von Kriminalitätsspielen in der Hauptverhandlung Pappnasen aufsetzen zu lassen. Schließlich muss jede Erbärmlichkeit irgendwo eine Grenze finden, weil sonst überhaupt nichts Anderes mehr geht.

Erzählt nach dem Urteil des Landgericht Berlin vom 23.2.1984, dokumentiert in: Klaus Lüderssen, V-Leute – Die Falle im Rechtsstaat, Frankfurt 1985, S. 217-227.
Der Name des Polizeispitzels ist mit Ausnahme der Anfangsbuchstaben frei erfunden.



Name: **Fietz, Martina***

Wohnort: **Hamburg**

Alter: **24**

Beruf: **BKA-Beamtin**

Spitzelname: **- ohne -***

Einsatzort: **Hamburg**

Einsatzzeitraum: **1982-1984**

Einsatzziel: **linke Gruppen, pol. Gefangene**

»... ist halt unser Berufsrisiko.«

Im September 1982 tauchte die abgebrochene Biologiestudentin Martina Fietz aus Würzburg in Hamburg auf und schrieb sich zum Soziologiestudium ein. Sie bewohnte eine ihr angeblich vom Hauptmieter billig überlassene gut eingerichtete Wohnung und fuhr ein neues Auto, was sie angeblich durch einen Deal nach einem Verkehrsunfall ergattert hatte.

Die Helmut Schmidt-Bundesregierung machte gerade pleite, die RAF war durch die Verhaftung von Christian Klar in der Nähe von Hamburg geschwächt worden und für den annoncierten »heißen Herbst« 1983 stand die nächste NATO-Aufrüstungsrunde an. AntiimperialistInnen und Autonome standen vor neuen Herausforderungen, die in gewohnt unerschrockener Weise bewältigt werden mussten.

Martina Fietz erweckte durch ihr vielfältiges politisches Engagement den Eindruck, als wollte sie sich diesen Herausforderungen stellen. Als Soziologiestudentin hatte sie ja viel Zeit, sich in Gruppen und Plena jener Zeit zu tummeln. Sie nahm sowohl an der »Ladengruppe« des Öko-Ladens als auch an der Volkszählungsboykottgruppe im Karoviertel teil. Zu ihrem Dienstplan zählte die Beteiligung an einem Blockadeplenum der damaligen Friedenskoordination und dem

Plenum gegen die Munitionstransporte der US-Armee in der Bundesrepublik. Bei einer Sitzblockade, die friedlich bleiben sollte, schubste sie einen Uniformierten in einen Graben. Aber ihr kamen diese Aktionen »zu lahm« vor. Im November 82 nahm sie an einer Anti-Knastdemo teil und fuhr im März 83 zu einem RAF-Prozess nach Stammheim mit. Und sie erzählte antiimperialistischen GenossInnen, dass sie unzufrieden sei mit den Aktionen der Friedensbewegung, »gerne mehr machen« würde, und dass sie es wichtig fände, »sich mit Knast und politischen Gefangenen auseinander zusetzen«. Ihr gehe es darum, »eine politische Identität« zu entwickeln. Entsprechend beteiligte sich Fietz an einer »Grußaktion für politische Gefangene« im Herbst 1983. Es sollte sich aber bei den mit ihr geführten politischen Diskussionen zeigen, dass Fietz die größte Mühe hatte, auch nur den Hauch eines eigenen Standpunktes einzunehmen. Außerdem war aufgefallen, dass sie bei ihren Eltern, zu denen sie angeblich gefahren war, nicht zu erreichen war, bzw. dass es diese Eltern so nicht gab.

Einige Antiimperialistinnen suchten Frau Fietz zu einem intensiven Gespräch auf. Am 3. Februar des Orwelljahrs 1984 bekam sie in ihrer Wohnung in der Marktstraße 136 Besuch von einigen Mitgliedern des

»Frauenplenums gegen die Munitionstransporte«. In einer Stellungnahme der Frauen ist nachzulesen: »Als wir bei ihr auftauchten, war ihr schnell klar, dass wir wussten, dass sie ein Bulle vom BKA ist und sie versuchte uns deshalb gleich eine Story von einer nach zwei Jahren abgebrochenen BKA-Ausbildung aufzutischen: ›Ich hab' eine zweijährige BKA-Ausbildung gemacht, aber es Euch natürlich nicht erzählt, weil ja klar ist, wie ihr darauf reagiert hättet.‹ Als das nicht zog, gab sie zu, dass sie als Bulle arbeitet. ›O.k., ich arbeite *jetzt* bei den Bullen.‹ ... Sie hat versucht alle Psycho-Register zu ziehen, die so ein Schwein zieht, wenn's in der Klemme sitzt. Z.B. auf die Tränendrüse drücken und beteuern, dass sie Frauen von uns nett findet. Wir wollen hier nichts von den Sachen berichten, die sie uns erzählt hat, z.B. über ihr Honorar, weil sie sich an zig Punkten widersprochen hat und daran klar wurde, dass sie lügt. Auf solche Situationen war sie vorbereitet ... Ihre Ausführungen dazu: ›... ist halt unser Berufsrisiko.««

Frauenplenum gegen Munitionstransporte:
BKA-Bulle in Hamburg aufgefliegen,
Hamburg, 5.2.1984, dokumentiert in:
grosse freiheit Nr. 66,
Hamburg März 1984.
Rolf Gössner und Uwe Herzog:
Im Schatten des Rechts, Köln 1984,
S. 157-160.

Der von Fietz sicher nicht erwartete Besuch dauerte dreizehn lange Stunden. Wenn man sich das dort gemachte Foto ansieht, gewinnt man den Eindruck, dass Fietz dieses intensive Gespräch alles andere als locker und entspannt verbracht hat. Die Aufnahme hinterlässt den Eindruck einer trotzig-resignativen Frau, die mit sich und der Welt wahrlich nicht glücklich zu sein scheint. Am nächsten Tag zog sie aus dem Hamburger Karo viertel fort. Ihr geliehenes Geld zahlte sie in den folgenden Wochen zurück.

*Leider ergibt sich aus den damaligen Veröffentlichungen nicht wirklich, ob Martina Fietz vielleicht nur »Martina Fietz« war. War sie tatsächlich unter ihrem Klarnamen in Hamburg als Spitzel tätig, oder war ihre Legende so gut, dass sie damals standhielt?

Staatsschutzspitzel in Hamburg



Name: Martina Fietz

Wohnadresse: Marktstr. 136, Karolinen viertel
Meldeadresse: Postenweg 3, 29 Oldenburg
geb. 15.1.60 Abitur 1978 in Oldenburg

Im Nov. 82 erstmals in Hamburg aufgetaucht.

Sie war in folgenden politischen Zusammenhängen "aktiv":

- Volkszählungsboykottgruppe Karo viertel
- Ladengruppe des Ökoladens
- Blockadeplenum der FrieKo
- Vorbereitung der Kellinghusenblockade
- Munitionstransporteplenum
- Mehrere Untergruppen des Muniplenums
- Grußaktion für Politische Gefangene
- Frauenmunitionsplenum

Sie hat an mehreren Aktionen + Demos der genannten Zusammenhänge teilgenommen

Flugblatt, Hamburg 1984



»Joachim Armbruster«



»Ralf Hausmann«

Verdeckte Ermittler in Tübingen

Am 21.07.92 wurde der Einsatz zweier Verdeckter Ermittler des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg bei uns in Tübingen bekannt. Einer der beiden Ermittler hatte seine Identität aufgrund der Beziehung zu einer Frau aus der Szene offengelegt. Sie war – das war für den Beamten und seine Dienststelle offensichtlich der Grund den Einsatz abubrechen – schwanger und hatte sich entschieden, das Kind zu bekommen.

Unter den Namen »Joachim Armbruster« und »Ralf Hausmann« wohnten die beiden Beamten seit Februar 91/April 91 im selben Haus wie eine politisch aktive Wohngemeinschaft. Beide waren mit einer vollständigen Legende ausgestattet. Teil dieser Legende war der wahrscheinlich durch das Landeskriminalamt vermittelte Arbeitsplatz bei der Körperbehinderten Förderung (KBF) in Mössingen. »Ralf Hausmann« (»H«) und »Joachim Armbruster« (»A«) hatten in den anderthalb Jahren ihrer Tätigkeit Kontakt und Zugang zu den verschiedensten Gruppen und Zusammenhängen in Tübingen: Sie arbeiteten in Solidaritätsgruppen (Nicaragua Arbeitskreis der evangelischen StudentInnengemeinde [ESG] und Palästina-Libanon-Komitee), im Tübinger Aktionsbündnis gegen den Münchner

Weltwirtschaftsgipfel und das Abschiebelager für Flüchtlinge in Reutlingen (Anti-EG-Conquista-Plenum) sowie in der Gruppe »Profan«, einer Gruppe, deren Ziel es ist, allen Formen staatlicher, politischer Repression entgegenzuarbeiten und davon Betroffene zu unterstützen.

Darüber hinaus besuchten sie regelmäßig das Tübinger Infocafe, einen für uns wichtigen Veranstaltungs-Ort und Treffpunkt. Es handelte sich um offene und öffentlich arbeitende Gruppen. Dementsprechend gingen die Ermittler vor, als sie sich in die Gruppen einschleusten.

- Als der Nicaragua-Arbeitskreis der ESG eine Aktion zur Preispolitik der internationalen Kaffeeekonzerne machte, auch um neue Mitglieder zu werben, beteiligte sich »A« daran und arbeitete ab dem Zeitpunkt in diesem Arbeitskreis mit. Als das Palästina-Libanon-Komitee eine Infoveranstaltung machte, nahm »H« teil und arbeitete fortan dort mit.

- Als »Profan« öffentlich einlud, Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen, gingen beide hin. Sie begründeten ihren Entschluss mitarbeiten zu wollen mit »persönlicher Betroffenheit«: Die Wohngemeinschaft, die schon lange in dem Haus wohnt, in dem sich die Verdeckten Ermittler einquartiert hatten, wurde Anfang 91 vier Wochen lang ununterbrochen observiert. Da immer wieder Polizeikontrollen vor besagtem Haus stattfinden, wurden die beiden Verdeckten Ermittler von der Wohngemeinschaft über diese Möglichkeit und die Observationen informiert. Mit dieser Information kamen »A« und »H« zu »Profan« und erzählten, sie seien über die Observationen und Polizeikontrollen schockiert gewesen. Sie hätten schon das Gefühl, ebenfalls überwacht zu werden und meinten, gegen solche Zustände müsse etwas gemacht werden. Deshalb sei für sie das nächstliegende, in einer Antirepressionsgruppe mitzuarbeiten.

Nachdem sie sich ungefähr ein dreiviertel Jahr bei uns »eingelebt« hatten und bekannt waren, beteiligten sie sich an den Vorbereitungen von Aktionen, die teils öffentlichen Charakter hatten (z.B. eine Demo gegen die Massaker in Kurdistan im März 1992), teils aber auch an Aktionen, die in der Vorbereitungsphase einen nicht öffentlichen Charakter hatten (z.B. die Besetzung des SPD-Büros wegen der Haltung der SPD zum Asylrecht im Juni 1992). Sie beteiligten sich an der Vorbereitung von Aktionstagen gegen den Weltwirtschaftsgipfel Anfang Juli 1992 in München, besuchten in diesem Rahmen eine Veranstaltung zu Isolationshaft und politischen Gefangenen weltweit.

»A« fuhr auch mit einer Gruppe von uns nach München zum Gegengipfel und beide waren auf der Demonstration am Samstag, 5. Juli 1992 in München dabei. Auf der Demonstration verhielten sich beide Ermittler zurückhaltend und diszipliniert, es gingen von ihnen keine Provokationen oder dergleichen aus. Als »Profan« im Juni 1992 eine Informationsveranstaltung zum Thema »Aussageverweigerung, Verhalten gegenüber Polizei und Justiz« machte, waren beide Ermittler sehr engagiert. Ebenso war »H« auf der Antifa-Demonstration im April 1992 in Passau dabei, wo er sich erschrocken über das brutale Vorgehen des bayerischen USK zeigte. Im Laufe der Zeit entstanden zwischen uns und den Verdeckten Ermittlern persönliche Beziehungen bis hin zu engen Freundschaften. Rückblickend betrachtet haben die beiden Agenten ein Geflecht von Arbeitskontakten und persönlichen Beziehungen geknüpft, das unser gesamtes Spektrum der nicht parteiförmig organisierten Tübinger Linken umfasste. So konnten sie ihre Auftraggeber detailliert über unsere Arbeitsschwerpunkte, über Zusammenhänge zwischen unseren verschiedenen politischen Initiativen und über

Beziehungen der AktivistInnen untereinander informieren. Wir gehen davon aus, dass die Staatsschutzbehörden Informationen über die Struktur, Ziele und Aktivitäten der politischen Zusammenhänge gewinnen wollten, die sie als »RZ-Umfeld« oder als »RAF-Umfeld« definieren. Der Begriff des »Umfeldes« wurde allerdings allein von den Sicherheitsbehörden ins Leben gerufen. Zunächst werden einzelne von uns zu »Zielpersonen« erklärt und alle, die wir in diesem Bereich der »Zielpersonen« leben und arbeiten – in Tübingen ist es »zufällig« das gesamte Spektrum linker Gruppierungen – werden als »Kontaktpersonen« wiederum zum Ziel der Ermittlungen. Die Bedeutung des Einsatzes für die Sicherheitsbehörden lässt sich vielleicht hier ablesen: »In den Akten über den Einsatz der Verdeckten Ermittler in Tübingen sind Daten von insgesamt 78 Personen enthalten. Davon sind 35 Personen als Kontakt- und Begleitpersonen im Sinne von §20 Abs.3 Nr.2 Polizeigesetz einzustufen.« (Antwort des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage, 14.10.92) Mit anderen Worten: Mindestens 43 Personen stehen im Fadenkreuz der Ermittlungen.

1991/92 wurden in Baden-Württemberg mehrere Undercover-Agenten in linke Gruppen eingeschleust. Nachdem sie in Tübingen aufgefliegen waren, wurden sie in anderen Städten abgezogen – sie waren dort mit ähnlichen Legenden eingesetzt worden. Die betroffenen Gruppen in Tübingen verfassten im Dezember 1992 ein gemeinsames Papier, was hier stark gekürzt dokumentiert wird. Auf Auslassungszeichen wurde im Interesse der Lesbarkeit verzichtet. Die vollständige Fassung ist zu finden unter: <http://www.geocities.com/~aufbau/Gruppe2/Stellungnahmen/tuebingen.pdf>, oder in: INTERIM Nr. 223, 14.1.1993.

Nach Aussagen von »Joachim Armbruster« – die wir mit allen Vorbehalten hier weiter geben – war der Auftrag auf drei bis vier Jahre angelegt. Entsprechend war das Verhalten der beiden Verdeckten Ermittler den »Zielpersonen« gegenüber sehr zurückhaltend. Selten haben sie ihnen konkrete Fragen zu ihrer Arbeit gestellt. Anders traten »A« und »H« an die »Kontaktpersonen« heran: Von ihnen versuchten sie sehr viel offensiver an Informationen über Strukturen, Arbeitsinhalte und Aktivitäten der verschiedenen Gruppen heranzukommen. Außerdem suchten sie mit den Kontaktpersonen die Diskussion über z.B. die aktuellen politischen Bestimmungen der RAF, die Vernetzung von Antifa-Strukturen und die Arbeit der »Initiative für die Zusammenlegung«. Nach den Angaben von »A« hat (mindestens) eine Person aus der Leitung der Körperbehinderten Förderung (KBF) Mössingen über die beiden beschäftigten Verdeckten Ermittler Bescheid gewusst. Beide Ermittler hätten jeden Morgen bei ihren Vorgesetzten telefonisch Bericht erstattet. Offensichtlich kannten sich alle Verdeckten Ermittler in Baden-Württemberg, es fanden Treffen statt. »H« verschwand neun Tage, bevor »A« seine Identität offen legte. Sein richtiger Name ist nicht bekannt, sein Alter ca. 26 – sie haben sich jünger ausgegeben als sie tatsächlich waren. »A« kommt aus Freiburg. Jetzt arbeitet er beim Rauschgiftdezernat des LKA Stuttgart.

Zur Legende und Arbeitsweise der beiden

Ermittler: Aufgrund von Parallelen in den Legenden wurden zwei weitere Verdeckte Ermittler des LKA in Freiburg (und einer in Karlsruhe) entlarvt. Wir gehen davon aus, dass ab 1991 bis Juli 92 noch weitere Verdeckte Ermittler im Einsatz waren oder immer noch sind. »H« tauchte im Januar 91, »A« im April/Mai 91 in Tübingen auf. Sie wohnten in derselben Wohnung (ohne weitere Personen). Sie

erzählten, sie hätten vor ihrem Zuzug nach Tübingen Zivildienst bzw. eine Lehre gemacht. Beide hatten während ihres Einsatzes tatsächlich einen Teilzeitjob im sozialen Bereich (Körperbehinderten Förderung). Manchen von uns erzählten sie, dass sie sich vom Zivildienst her kannten. »A« und »H« vermittelten den Eindruck, befreundet zu sein. Sie erzählten ungern von ihrem Leben aus der Zeit, bevor sie in Tübingen aufgetaucht waren. Auf Nachfragen hin lenkten sie ab oder gaben vor, eine beschissene Jugend gehabt zu haben und sie wollten nicht weiter darüber reden. »H« war öfter mehrere Tage weg, um angeblich seine Mutter zu pflegen. »A« gab vor »H« ab und zu bei der Pflege zu unterstützen. Nie haben wir mitbekommen, dass die beiden Verdeckten Ermittler Besuch von Freunden und Freundinnen, Eltern etc. aus ihrer Zeit vor Tübingen bekommen hätten. »A« hat mehrere Versuche unternommen, Beziehungen zu Frauen aus unseren Zusammenhängen aufzubauen. Sie sicherten sich ihre umfassenden Informationen dadurch, dass sie nicht nur mit Personen befreundet waren, mit denen sie auch in einer Arbeitsgruppe waren.

Unsere politische Arbeit zu den beiden

Verdeckten Ermittlern: Nachdem nun »A« seine Identität aufgrund der Schwangerschaft einer Frau aus unseren Zusammenhängen offengelegt hatte, trafen wir uns alle, um auszutauschen, was genau passiert war, wer den beiden was erzählt hatte, was »A« und »H« in Erfahrung hatten bringen können. Wir entschieden uns dafür, sofort nach außen zu handeln und die interne Aufarbeitung später zu beginnen, weil wir nicht darauf warten wollten, bis wir ein erfundenes Konstrukt der Bundesanwaltschaft gegen eine einheitliche Medienwelt demontieren hätten müssen. Wir wollten auch schnellstens politische Gruppen in anderen Städten informieren. Wir verschickten eine Pressemappe an regionale und

überregionale Radios, Zeitungen, Fernsehen und alle Infoläden und Szenezeitungen. Neun Tage nachdem uns die Bespitzelung bekannt wurde, hielten wir eine Pressekonferenz ab: Zunächst einmal war es uns wichtig, die politische Arbeit der unserer Meinung nach betroffenen Gruppen in den Vordergrund zu stellen. Unser zweites Ziel war es, die Beziehung zwischen der Frau und dem LKA-Beamten aus der Presse rauszuhalten. Auf der Pressekonferenz verlasen wir eine gemeinsame Erklärung; dann stellte sich jede Gruppe selber vor und zum Schluss versuchten wir so gut es uns möglich war, die Fragen der Presse zu beantworten. Das Presseecho, dass das Auffliegen zweier Verdeckter Ermittler auslöste, und das mehrere Tage lang einer der wichtigsten Themen in der Landespolitik war, überraschte uns z.T. selber. Unseren Darstellungen wurde relativ viel Raum gegeben. Am Tag nach der Pressekonferenz erhielten alle betroffenen Gruppen ein Gesprächsangebot von SPD-Innenminister Birzele. Wir hatten nicht vor, mit ihm zu diskutieren; wir wollten ihn zur Verantwortung für den Einsatz ziehen. Es gelang uns keineswegs durchgehend, das Gespräch zu bestimmen. Allerdings gab Birzele am nächsten Morgen bekannt, dass alle Verdeckten Ermittler und Ermittlerinnen in Baden-Württemberg aus Sicherheitsgründen zurückgezogen werden würden.

Auf der juristischen Ebene: 80 Personen stellten beim Landeskriminalamt den Antrag auf Akteneinsicht und Löschung der gespeicherten Daten – was abgelehnt wurde. Des weiteren haben wir die Datenschutzbeauftragte für das Land Baden-Württemberg gebeten, sich um die datenrechtliche Überprüfung des Einsatzes zu bemühen. In einem vorläufig letzten Schritt auf der juristischen Ebene haben zwei von uns, stellvertretend für alle, beim Verwaltungsgericht Stuttgart Klage gegen den Einsatz eingereicht. [September 1993 stellte

das Gericht die Rechtswidrigkeit des Einsatzes der beiden verdeckten Ermittler fest.]

Versuch einer gemeinsamen Einschätzung:

Für die Aufarbeitung der Frage, wie die beiden Verdeckten Ermittler anderthalb Jahre unentdeckt in unseren Gruppen sein konnten, und für eine »Schadensabschätzung« entwickelten wir einen Fragenkatalog. Wir mussten feststellen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, offen zu diskutieren, was die Verdeckten Ermittler von wem oder bei welcher Gelegenheit erfahren haben. Manchen war es einfach peinlich oder unangenehm, zugehen zu müssen, trotz eines recht guten Verhältnisses zu einem der beiden Ermittler, keinerlei Verdacht geschöpft zu haben.

Weil ein wichtiges Ziel unserer öffentlich arbeitenden politischen Gruppen und Zusammenhänge ist, interessierten Menschen die Möglichkeit zu bieten, sich ein Bild von der Arbeit der Gruppen zu machen, ist eine Offenheit nach Außen notwendig. Daraus ergibt sich das Problem, wie wir interessierte Menschen integrieren können und wie zugleich das Einschleusen von Spitzeln verhindert werden kann. Wir stellten fest, dass wir Menschen, die zum ersten mal in unsere Gruppen, zu unseren Kundgebungen und Demonstrationen kommen, einen gewissen Vertrauensvorschuss bieten, einen »Bonus«. Unsere Kriterien für die Erteilung eines solchen »Bonus« sind individuell unterschiedlich und nicht klar definiert. Ein wesentlicher Punkt ist die »Stromlinienförmigkeit«: Passt er/sie aufgrund erster oberflächlicher Eindrücke zu den Scene-Normen? Die Beurteilungen im Fall von »A« und »H« klafften weit auseinander: Von »unsympathische Machos« über »mackerhaft, aber sonst ganz nett« bis zu »sehr sympathisch«. Manchen fielen die beiden durch ihre Verlässlichkeit bei der Erledigung übernommener Arbeiten auf, anderen durch ihre Unverbindlichkeit in

persönlichen Beziehungen. Daneben fanden wir heraus, dass »Referenzen« von wesentlicher Bedeutung sind: jemand kennt jemand, der/die wieder jemanden kennt – und schon ist der erste Schritt in unsere politischen Zusammenhänge geschafft; nach der Intensität und der Genauigkeit der Bekanntschaft, also dem, was den »Referenzen« Sinn geben würde, wird kaum gesehen. Die beiden Verdeckten Ermittler haben solche »Referenzen« häufig verwendet. Grundlage war die vorgetäuschte, meist oberflächliche Nähe zu anderen, uns bekannten Leuten aus der Scene.

Neben dem »Bonus« »Referenzen« gibt es die Freude darüber, dass sich jemand an z.B. einer Aktion zur Verteidigung von Flüchtlingen beteiligt und sich auf »unsere Seite geschlagen hat«. Nach drei, vier solcher Beteiligungen verschwindet das Wissen darüber, woher wir jemanden kennen. Das nur über die Beteiligung an Aktionen hergestellte Vertrauen bietet keinerlei Sicherheit vor Verdeckten Ermittlern.

Nur wenige hatten die beiden nach ihrem Leben vor ihrem Zuzug nach Tübingen gefragt, kaum jemand wusste etwas über ihr »Privatleben« in Tübingen, ihren Job, ihren Urlaub, ihre Beziehungen nach Hause etc. So ein Desinteresse an Gruppenmitgliedern ist nicht nur belastend als Umgehensweise, es ist auch gefährlich, weil in jeder Stadt Informanten und Informantinnen arbeiten.

Verdachtsmomente, das »komische Gefühl« weniger (z.B., weil »H« viele Fragen zu Personen gestellt hat), wurden nicht so vermittelt, wie es nötig gewesen wäre. Es blieb bei leicht zu relativierenden Eindrücken oder dem »Gefühl«. Es bleibt nach wie vor ungeklärt, wie wir über Verdachtsmomente diskutieren können, ohne Misstrauen zu säen, was sich entweder als ungerechtfertigt herausstellt oder den Verdeckten Ermittler, bzw. InformantInnen vorzeitig warnt.

Zwei konkrete Vorschläge: Erstens: Wir sollten Kriterien entwickeln, wem wir was erzählen, mit welcher Intention, mit welcher Berechtigung; was, wem notwendig ist zu erzählen, und was in den Bereich unnötig oder gar Tratsch und Profilierungssucht fällt. Wir stellen uns nicht vor, dass wir von nun an auf Fragen von Außenstehenden oder neu mitarbeitenden Menschen eisiges Schweigen folgen lassen. Wir denken vielmehr an Situationen wie: »Das sieht verdächtig nach der Gruppe ... aus«, oder »Ich könnte mir vorstellen, dass die und die beteiligt waren ...«. Wir halten es für richtig, auf Fragen zu antworten wie: »Woran arbeitet ihr?« oder »Wie schätzt ihr bestimmte Tagesgeschehnisse ein?« Gleichzeitig sollten wir uns Gedanken darüber machen, welche Fragen wir selber stellen. An welchen Punkten ist unsere Frage, unsere Neugierde, unnötig und unangemessen?

Unser zweiter Vorschlag ist, vorhandenes Misstrauen, komische Gefühle, auftretende Widersprüche bei Personen ernst zu nehmen. Wir denken mittlerweile, dass es notwendig ist, die Ursachen für ein »komisches Gefühl« herauszufinden, dass es notwendig ist, sich mit denen zusammenzusetzen, mit denen wir arbeiten, die zuverlässig sind und sich verantwortlich um die Aufklärung zu bemühen. Dies soll kein allgemeiner Bespitzelungsaufruf sein. Nur auch im Fall von »A« und »H« hat es Widersprüche gegeben, die, wären sie verfolgt worden, auf jeden Fall zur Erhärtung eines »komischen Gefühls« geführt hätten. Ein Anruf bei der Körperbehinderten Förderung, ihrem Arbeitgeber, hätte z.B. genügt, um festzustellen, dass »A«, entgegen seiner Aussagen, bei der KBF gar nicht mehr arbeitete ...

Tübingen, Dezember 1992

Verdeckter Ermittler in Hamburger Antirassismusgruppen

Erklärung der betroffenen Gruppen: Glasmoorgruppe, Cafe Exil, Hamburger Bündnis zum Lübecker Brandanschlag, Druckgruppe der Roten Flora, IZI.

Einige haben es theoretisch immer gewußt und trotzdem sind wir überrascht und auch persönlich ge- oder auch betroffen: Dieser Staat bekämpft, bespitzelt, illegalisiert und kriminalisiert Flüchtlinge. Er beschäftigt einen riesigen Apparat dafür, nur um möglichst alles unter Kontrolle zu haben und auch um den Sand im Getriebe der rassistischen Verwertungsmaschinerie auszusieben. Der Polizeiapparat dient hierbei nicht nur der direkten Repression, sondern auch der Einschüchterung und der Überwachung von all denen, die sich nicht dem gesellschaftlichen (in diesem Fall rassistischen) Konsens unterwerfen.

„Stefan“, so nannte sich der Polizist uns gegenüber, begann vor

der Flüchtlinge in Deutschland „unter die Haut geht“ und ein Bild aufbauen, daß er einer ist, der einfach aus dem Bauch heraus Menschenrechtsverletzungen verabscheut und etwas dagegen tun will.

Er machte nicht den Eindruck, daß er mit besonderem Einsatz an Informationen gelangen wollte oder ein besonderes Interesse an bestimmten Papieren hatte. Er begnügte sich mit dem, was ihm zugänglich war. Unser „Privatleben“ hat er nicht erfragt; er hat einfach keine „dummen Fragen“ gestellt.

Verdeckter Ermittler in Hamburg

Dieser Mann nennt sich „Stefan“. Dieser Mann ist Polizist.

„Stefan“ begann vor etwa zwei Jahren, in der Glasmoorgruppe mitzuarbeiten. Er arbeitete, soweit wir wissen, danach auch in weiteren Zusammenhängen mit in der Prozessgruppe zum Prozess gegen Safran Eid sowie in einer Schicht im Cafe Exil. Er beteiligte sich an den Diskussionen um die IZI Besetzung der Flora und an der Plakatgruppe.

Er sagte, dass er davon lebt, in einem Malergeschäft von Verwandten Material auszuführen. Diese Arbeit sei unregelmäßig.

Er gab eine Telefonnummer an, unter der er erreichbar war: 202600. Diese Telefonnummer gehört zu einem Anschluß in der Maxstrasse 16, Hamburg, auf den Namen S. Oberth. „Stefan“ selbst gab seinen Nachnamen bei einer Gelegenheit mit Matthias an. Wir wissen nicht, wie „Stefan“ heisst. Ende Oktober hinterliess „Stefan“ eine Nachricht. Er habe einen Vorstellungstermin bei einer Firma bei Basel. Seitdem hat ihn in Hamburg niemand mehr gesehen.

Zu dieser Zeit besuchte ein Mensch aus unserer Gruppe ein Fest an einem Ort ausserhalb Hamburgs. Auf diesem Fest traf er zufällig „Stefan“. „Stefan“ verhielt sich so auffällig, dass Umstehende aufmerksam wurden und unser Gruppenmitglied fragten: Woher kennst denn ausgerechnet Du den, der ist doch Polizist. Es stellte sich heraus: in dieser Umgebung und an diesem Ort ist „Stefan“ nur in seinem Beruf als Polizist bekannt. Er führt dort seit langem ein Leben, dass mit seinem Auftreten in Hamburg nichts gemeinsam hat.

Die Möglichkeit einer Verwechslung oder eines Missverständnisses wurde geprüft und wird von uns ausgeschlossen.

„Stefan“ arbeitete also als verdeckter Ermittler in Hamburg. Damit er diese Arbeit weder hier noch anderswo fortsetzen kann, gibt es dieses Flugblatt.

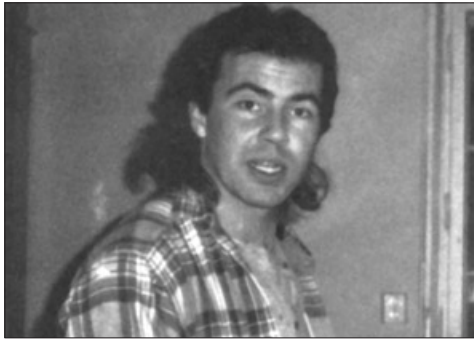
Wir halten auch hier den Hinweis für richtig: Spekulationen über an dieser Sache beteiligte Personen oder weitere Details gefährden die beteiligten GeossInnen.

Für die Veröffentlichung übernehmen wir als Gruppe die Verantwortung

13.11.97 Gruppe Blauer Montag



Zwei typische Spitzel-Enttarnungsflugblätter, hier aus Hamburg, November/Dezember 1997, Dokumentiert in: Interim Nr. 439, 11.12.1997. Kai von Appen: »Mit der Maske der Solidarität« Hamburger V-Mann bespitzelte antirassistische Gruppen – Innensenator Wrocklage rechtfertigt den Einsatz, in: TAZ-Hamburg vom 4.2.1998.



Name: **Lörscher (?) , Andreas**

Wohnort: **unbekannt**

Alter: **ca. 25**

Beruf: **BGS-Beamter**

Spitzelname: **Walther, Andreas**

Einsatzort: **Frankfurt a.M.**

Einsatzzeit: **1991-1993**

Einsatzziel: **linke Gruppen**

Plagiat auf ein Lebensgefühl

Irgendwann im Frühsommer 1991 tauchte ein »Andreas Walther« in Frankfurt auf. Nachdem er zunächst in einer »Zweck-WG« wohnte, zog er allein in eine billige möblierte Wohnung nach Bockenheim. Im September 91 schloss er sich dem Arbeitskreis Afrika des 3. Welt-Hauses (3WH) an, und zeigte dort eher »aktives Interesse« als »inhaltliche Kenntnisse«. »Walther« war – sowohl bei politischen wie sozialen Aktivitäten – hilfsbereit und zeichnete sich durch handwerkliche Fähigkeiten aus. Kurz gesagt: Er machte sich nützlich. Bereits im Februar 1992 wurde er als Vertreter des AK Afrika in den Vorstand des 3WH gewählt und bekam dadurch »Zugang zu allen internen Vorgängen und Unterlagen des Hauses«. In diesem Jahr beteiligte er sich an den Aktivitäten gegen die 500-Jahr-Feiern der Entdeckung Amerikas, sowie am Gegenkongress gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München. Ab Herbst 1992 avancierte er zum Handverkäufer der autonom-antiimperialistischen Zeitschrift *clash* und betrieb im 3WH die Bildung einer antifaschistischen und antirassistischen Notruf- und Infotelefongruppe, die angesichts der rassistischen Woge des Jahres 1992 entstand. Ab Januar 1993 hatte er im »Eine Welt-Laden« eine halbe Stelle als Verkäufer.

Im April/Mai 1993 trat »Walther« in die neue Stadtteilgruppe Bornheim/Nordend ein und beteiligte sich an deren Diskussionen über Selbstverständnis und Ziele. Im Sommer klebte er Plakate und sprühte Parolen für die Mobilisierung zur bundesweiten »Tag X«-Demo in Bonn gegen die Abschaffung des Asylrechts. Irgendwann stellte »Walther« Kontakte zu ehemaligen Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand her und fuhr mit einem von ihnen in Urlaub. Dort hat »Walther« sich »weniger durch inhaltliche Aussagen, Positionen, eine eigene Meinung [profilert], sondern ... durch Kritik, Abgrenzung und Aufgreifen bestehender Widersprüche«. Immerhin las er viel, bis hin zu Horkheimer und Adorno, um besser mitreden zu können. Ein spezielles Interesse hatte er für Berichte über aufgedeckte Spitzel, ein Papier über zwei aufgeflogene Verdeckte Ermittler in Tübingen verteilte er sogar selbst. Von Leuten, die ihm auf seine Frage, was sie mit solchen Leuten machen würden, sehr eindeutig und scharf antworteten, hielt er sich etwas fern.

Schon Anfang 1993 war es zu einem Konflikt im 3WH mit einem anderen Mitglied des Hauses gekommen, wobei »sein technisches Verhältnis zum politischen Widerstand kritisiert« wurde. Obwohl noch

einmal in den Vorstand des 3WH gewählt, zog »Walther« sich ab Sommer aus diesem Projekt zurück. Bei einzelnen GenossInnen gab es inzwischen ein diffuses Unbehagen über »Walther«: »In fast allen Zusammenhängen, in denen er sich bewegte, gab es Einzelne, die ihn »komisch« fanden; die Anlässe dafür waren recht unterschiedlich und meist wenig konkret: weil er »komische Fragen« stelle; Parallelen in seiner Geschichte zu der von anderen aufgeflogenen Spitzeln; seine Aufdringlichkeit, »Kleben« an Leuten und Dingen, die ihn nichts angingen; fehlendes Gefühl zu linker Politik und Widerstand, Nicht-Nachvollziehbarkeit seiner Politisierung«. Später wird diese Beschreibung vom Ermittlungsausschuss präzisiert: »Er fragt in einer WG mit einigen Hunden, ob ein Hund »abgerichtet« ist – die Linken lassen ihre Hunde in aller Regel nicht abrichten bzw. lehnen dies ab; er liebt Countrymusic auf eine sehr unkritische Art, ohne Sensibilität für den meistens transportierten Yankee-Nationalismus; er sieht gern kommerzielle Filme, z.B. den Kolumbus-Film aus Hollywood im Conquista-Jahr 1992, findet sie gut, nimmt ihre Inhalte ernst, ohne ein kritisches Verhältnis zu dem Kommerz darin zu entwickeln; er ist absolut stolz auf sein neues Telefon mit integrierten Anrufbeantworter, ein hier schwer erhältliches US-Modell, für das er entgegen seiner sonstigen Sparsamkeit viel Geld ausgegeben hat ..., er zelebriert das Teetrinken mit kleinen japanischen Tässchen, Wintermärchentee und Rumkandis so, dass es wie ein Plagiat auf ein Lebensgefühl wirkt.«

Nachdem seit November 1992 eine erste »Recherchegruppe« zu »Walther« existierte, die sehr vorsichtig einzelne in allen Gruppen, in den »Walther« mitarbeitete, von dem Verdacht unterrichtete, führte ein Zufall zur Enttarnung des Spitzels. In der Weihnachtszeit fuhr eine Frau aus der Bornheimer

Stadtteilgruppe zusammen mit ihrem Vater zu dessen Arbeitskollegen in der Nähe von Koblenz und traf dort – zur gegenseitigen Überraschung – dessen Bruder, den sie als »Andreas Walther« kannte. Und über den hatte der Arbeitskollege dem Vater der Genossin mal erzählt, dass dieser beim Bundesgrenzschutz sei und seit vier Jahren »als verdeckter Ermittler mit neuer Identität« arbeite. Nach dieser Weihnachtsüberraschung wurde »Andreas Walther«, der vermutlich Andreas Lörcher heißt, in der Frankfurter Szene nicht mehr gesehen.

Damit sich alle nochmal mit ihm beschäftigen können:



Die Stadt, der Agent und die Folgen (Rückseite)

Ermittlungsausschuss: Information zur Enttarnung des Spitzels Andreas Walther in Frankfurt a.M., dokumentiert in: INTERIM Nr. 274, 17.2. 1994.
Ermittlungsausschuss: Die Stadt, der Agent und die Folgen, o.O. (Frankfurt a.M.), o.J. (1995).



Name: unbekannt
Wohnort: unbekannt
Alter: mindestens 60
Beruf: Verfassungsschutz-Beamter
Spitzelname: kam zu keinem mehr
Einsatzort: Berlin
Einsatzzeit: 1994
Einsatzziel: Studenten, Antifas

Vergebliches Warten im La Montanara

Ende April 1994 klingelte ein graumeliertes Herr – da er seinen Namen nicht nennen wollte, nennen wir ihn hier Müller – an der Wohnungstür des 20jährigen Antifaschisten und Studenten Peter Z. Ganz offenbar hatte er den Moment abgepasst, in dem dessen Eltern nicht anwesend waren. Er sei »gerade in der Gegend« gewesen und stellte sich als Mitarbeiter des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) vor. Nach einem Bericht der *TAZ* erklärte er dem Studenten, dass »die Demokratie ... derzeit von rechts wie links bedroht [sei]. Z. studiere ja Politologie, da wolle er mit ihm über seine beruflichen Perspektiven reden. Falls Z. sich bereit erkläre, mit seinem Amt zusammen zu arbeiten, könne er bald mit einem regelmäßigen Einkommen und auch mal mit einer Sonderzahlung für den Urlaub rechnen.«

Nach einem Bericht des *Antifaschistischen INFO-Blatt* wurden dem Studenten »zuerst einzelne Honorare pro Auftrag, dann ein regelmäßiges Gehalt und sogar die Aussicht auf eine spätere feste Anstellung beim VS« angeboten. Und das alles nach dem von unserem Müller formulierten Motto: »Die Berufschancen für Politologen seien ja wohl nicht die Besten, der Verfassungsschutz dagegen könne immer welche gebrauchen.«

Zunächst sollte Peter sich ein wenig über Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Kreuzberger 1. Mai und dem von der FAP angekündigten Naziaufmarsch umhören und dies dem LfV in Form eines Telefonanrufes mitteilen. Darüber hinaus sei der Verfassungsschutz auch an Antifa-Strukturen und an den politischen Aktivitäten eines angeblichen RAF-Sympathisanten am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin interessiert.

In dem Gespräch betonte Müller, dass man »die Rechten in gleichem Maße beobachten« würde, es gehe im Dienste »unserer Verfassung« darum, »gewalttätige Zusammenstöße zwischen FaschistInnen und AntifaschistInnen zu verhindern«. Wahrscheinlich, um in dieser skurrilen Gesprächsanordnung irgendeine Vertrauensatmosphäre zu befördern, gab Müller einige Passagen aus seinem Leben zum Besten, u.a., dass er Mitglied der Hitler-Jugend gewesen sei. Ob das nun gerade bei einem Antifaschisten vertrauensbildend wirkt, oder ob Herr Müller etwas schusselig in die Tonart geraten war, mit er vielleicht Nazis anwirbt, kann hier dahin gestellt bleiben. Peter Z. wich dem Drängen des Verfassungsschutzspitzels auf ein definitives »Ja« zur Mitarbeit jedenfalls aus und erbat sich ein wenig Bedenkzeit, weshalb ein neues Zusammentreffen drei

Tage später vereinbart wurde. Das fand zur Mittagszeit des 28. April in einem Ristorante mit dem ungewollt sinnigen Namen »La Montanara« in der Leonorenstraße des etwas gesichtslosen Randbezirks Lankwitz statt, den die meisten Berliner nur als Standort des städtischen Tierheims kennen.

Der Student Peter hatte sich dazu entschlossen, der Einsicht zu folgen, dass es niemals richtig ist und sein kann, sich ganz allein mit dem Verfassungsschutz zu treffen. Und so steckte er Journalisten den ungewöhnlichen Mittagstermin. Um viertel nach eins machten die dann das Erinnerungsfoto des Treffs. Müller wirkt darauf irgendwie irritiert, womöglich ist er wieder in das Nazi-Anwerbemuster geraten, denn so, wie er sich anschickt den Arm zu heben, sieht es aus, als wolle er gerade eintreffende »Kameraden« mit dem ihm von der HJ ja bekannten Hitler-Gruß willkommen heißen.

Das als trautes Beisammensein geplante Treffen mit dem Studenten brach Müller auf alle Fälle mit einem gestammelten »Danke« umgehend ab. Er verweigerte die Beantwortung von Journalistenfragen und verdrückte sich, nicht ohne vorher ganz korrekt seine Zeche bezahlt zu haben.

Auf Peter Z. waren die Geheimdienstler gekommen, weil er ein paar Monate zuvor bei einer »Fahrwache« zum Schutz eines Ausländerwohnheims vor Nazi-Angriffen in eine Polizeikontrolle geraten war und im

Kofferraum Flugblätter der antifaschistischen »Edelweißpiraten« gefunden wurden – was die Polizei sogleich dem LfV mitgeteilt hatte.

Am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin fand im Juni 1994 eine Veranstaltung zu solchen Praktiken des Verfassungsschutzes statt, bei der sich der angebliche RAF-Sympathisant als Mitarbeiter an einer Broschüre über »die Neubestimmung revolutionärer Politik« vorstellte. Die meisten StudentInnen waren sich einig, auch zukünftig offensiv auf Anwerbeversuche zu reagieren und »nicht in Panik zu verfallen und die Gerüchteküche brodeln zu lassen«.

Das wird Herr Müller gar nicht gerne gehört haben.



La Montanara

Hörst du La Montanara
Die Berge sie grüßen dich
Hörst du mein Echo schallen
Und leise verhallen
Dort wo in blauer Ferne
Die Welten entschwinden
Möcht' ich dich wieder finden
Mein unvergessenes Glück
Blau strahlt das Firmament
Von Ferne rauscht ein Wasserfall
Und durch die grünen Tannen
Bricht silbern das Licht
Doch meine Sehnsucht brennt
Im Klang alter Lieder
Laut hallt mein Echo wieder
Nur du hörst es nicht
Weit sind die Schwalben
Nach Süden geflogen
Über die ewigen Berge und Täler
Und eine Wolke
Kam einsam gezogen
Doch wart' ich immer
Vergeblich auf dich ...

Uwe Rada: Verfassungsschutz
wollte Jugendlichen werben, in:
TAZ-Berlin, 29.4.1994.
TAZ-Berlin, 30.6.1994: Per Huckepack
über radikale Gruppen.
Antifaschistisches INFO-Blatt Nr. 27, Juni/
Juli 1994:
Wer anderen eine Grube gräbt ...
Antifaschistisches INFO-Blatt Nr. 28, Nov./
Dez. 1994:
... fällt selbst hinein.



Name: **Schlickenrieder, Manfred**

Wohnort: **München**

Alter: **54**

Beruf: **BND-Agent**

Deckname: **»Camus«**

Einsatzort: **Europa**

Einsatzzeitraum: **1976-2000**

Einsatzziel: **westeuropäische Linke**

»Planvoll auf der Erkenntnis fußend«

Bis Ende November 2000 konnte man in München unter der Telefonnummer 089-6116216 die »gruppe 2, Video- und Filmproduktion« und ihren Chef Manfred Schlickenrieder erreichen. Danach meldete sich nur noch ein Anrufbeantworter – man möge seine Rufnummer hinterlassen. Ab Dezember warnten linke Gruppen davor, dies zu tun. Denn sie hatten herausgefunden, dass der Dokumentarfilmer Manfred Schlickenrieder unter dem Decknamen »Camus« als Spitzel eines transnational agierenden Geheimdienstnetzwerkes arbeitete, dessen Ziel laut *junger welt* »die Ausspähung des tatsächlichen oder vermeintlichen politischen »Umfelds« der bewaffnet kämpfenden Linken in Westeuropa war«. Zudem betätigte sich Schlickenrieder als von Ölkonzernen bezahlter Agent des Neoliberalismus.

Die politische Lebensgeschichte Schlickenrieders beginnt in München, 1975/76 war er bei der maoistischen KPD/ML. Im *Tagesspiegel* schrieben Otto Diederichs und Holger Stark: »Ende 1975 war Schlickenrieder jedenfalls nach einem mühseligen Prozedere in die Rote Hilfe sowie den Kommunistischen Studentenbund eingetreten, eine jener linken K-Gruppen, die es in den 70ern im Dutzend gab. »Anfang März kam dann der Verfassungsschutz«, er-

innerte sich Schlickenrieder an das Frühjahr 1976. »Ich habe den Typen ausgehorcht«, und als der sich erneut meldete, »sagte ich ihm, er solle zum Teufel gehen«. Oder auch nicht. Die Genossen wurden jedenfalls misstrauisch und Schlickenrieder musste aus allen Organisationen austreten. Er zog sich zurück und näherte sich statt dessen dem RAF-Umfeld an, wo er Kontakte zu Sympathisanten aufbauen konnte. Der Verdacht schien im Sande zu verlaufen.«

Anfang der 80er Jahre gründet er in München das »Dokumentationsarchiv »gruppe 2««. Bemerkenswert war, dass diese Firma mit Filmaufnahmen und Videoverleih Geld verdienen wollte und sich dadurch von den damals aus dem Boden sprießenden autonomen Medienwerkstätten unterschied. Das Projekt sollte sich, so Diederichs und Stark, als »perfekte Legende [erweisen]: Unter dem Deckmantel, linke »Gegenöffentlichkeit« gegen die Staatspropaganda herzustellen, kam Manfred Schlickenrieder überall dort mit Kamera und Mikrofon herein, wo für Polizei und normale V-Männer Schluss war: Bei illegalen Besetzungen, internen Veranstaltungen oder italienischen Sympathisanten der »Roten Brigaden«. Über die Jahre entstand so ein Bildarchiv linksradikaler Aktivisten, eine Art internationale Steckbriefsammlung.«

Auch die Gruppe »Kein Friede« bezeichnet in ihrer Einschätzung des Falls Schlickenrieder die Dokumentaristenverkleidung als eine »für den Zweck und Auftrag geniale Konstruktion. Zum einen verbot sich von vornherein die Frage nach einer eigenständigen politischen Praxis und Organisierung. Sie war beantwortet: der Archivar und Dokumentarist begleitet den Kampfprozess, aber er initiiert und bestimmt ihn nicht – höchstens die Rezeption. In diesem Fall bei den Stellen, die ihn beauftragten und seine Einschätzungen und Bewertungen in Lageberichte oder vielleicht auch operative Pläne einfließen ließen.«

Zunächst war die Verbreitung linksradikaler Texte aus Italien ein Schwerpunkt der »gruppe 2«, beziehen konnte man auch Filme und Bücher. Im Laufe der 80er Jahre gab die »gruppe 2« eine *texte* genannte Zeitschrift heraus, in der Dokumente nordamerikanischer politischer Gefangener oder Diskussionen der Brigade Rosse übersetzt veröffentlicht wurden. Diese Broschürenreihe existierte bis Mitte der 90er. Es steht zu vermuten, dass die italienischen Textsammlungen mit Hilfe eines – staatlichen – Übersetzungsdienstes ins Deutsche übertragen wurden. Mit eigenen Stellungnahmen hielt sich Schlickenrieder in diesen Broschüren zurück. Wenn er sich mal zu Wort meldete, versenkte er die Leserinnen in einem altbackenen Kauderwelsch, das er vermutlich noch bei der KPD/ML gelernt hatte: »Die sozialistische Umwälzung unterscheidet sich prinzipiell von allen anderen Revolutionen dadurch, dass sie nicht nur spontan oder reagierend erfolgt, sondern mit Vernunft – also planvoll – in Angriff genommen und betrieben wird. Das setzt aber auch die »vernünftige« – also planvoll auf der Erkenntnis fußende – Bestimmung des Willens dazu bei ihren Subjekten voraus.«

Das erste Filmprojekt der »gruppe 2« thematisierte die Brigade Rosse, mehrmals reiste »Camus« nach Rom. Der Film wurde nie fertig,

aber das war auch nicht wichtig. Im Gegenteil: Ende der 90er Jahre schlug Schlickenrieder seinen Hintermännern in einem internen Papier eine Wiederaufnahme des Projekts vor: »Über die Ergänzung durch Interviews und Gespräche könnten beliebig und unmittelbar direkte Kontakte in nahezu alle Bereiche aufgenommen werden.« Auf Empfehlung einer ehemaligen politischen Gefangenen wurde er wegen »seiner internationalen Kontakte« 1994/95 eine Zeitlang Mitglied der Kampagne »Libertad!« Mit der Schweizer Gruppe »Revolutionärer Aufbau« gab die »gruppe 2« eine deutsche Fassung der italienischen Zeitschrift *Rapporti Sociale* heraus. Ebenfalls für die SchweizerInnen produzierte die »gruppe 2« einen Film über die britischen Dockerstreiks, zu deren Unterstützung der »Aufbau« eine Solidaritätskampagne ins Leben gerufen hatte.

Nachfragen zu dem eigentümlichen Namen »gruppe 2« beantwortete Schlickenrieder dahingehend, dass es sich ursprünglich um eine klandestine Struktur gehandelt habe, die nach dem »Deutschen Herbst« 1977 gegründet worden sei. Wegen befürchteter polizeilicher Repression solle sie nicht offen auftreten, er sei der einzige, der das tue. Die Legende einer Dokumentationsstelle öffnete Manfred Schlickenrieder viele Türen. Ohne erkennbare eigene politische Aktivitäten konnte er sich im antiimperialistischen Spektrum Westeuropas relativ frei bewegen. Als »geschickt und heimdienstlich wertvoll« bewertete »Kein Friede« auch das von Schlickenrieder an lokale Münchener Gruppen unterbreitete Angebot, bei der »gruppe 2« Postadressen einzurichten. Das sparte Mühe – »Camus« bekam so z.B. die Post einer Antifagruppe direkt auf den Tisch. Das rief zwar den polizeilichen Staatschutz ins Haus, nachdem besagte Antifa Fahndungsplakaten nachempfundene Steckbriefe von Zivilbullen veröffentlicht-

te, diente aber zugleich als Beweis für die Bedrohung durch polizeiliche Repression.

Schlickenrieder wertete seine Aktivitäten akribisch aus. Die mit »Camus« unterschriebenen Dossiers und Protokolle konzentrierten sich, so »Kein Friede«, »stark auf die politischen Positionen der bespitzelten Genoss/innen. Es werden Äußerungen zum bewaffneten Kampf und andere Fragen zitiert oder darüber Vermutungen angestellt. Aufgelistet werden alle in Erfahrung gebrachten Verbindungen und Kontakte in jeweils andere Länder; teilweise mit recherchierten Adressen und Telephonnummern.« AktivistInnen des »Revolutionären Aufbau« entdeckten nicht nur Namenslisten, in denen Hunderte Linke mit Anmerkungen zu ihren Verbindungen und Aktivitäten festgehalten waren, sondern auch ihre eigenen Frontal- und Profilansichten in einem fast vollständigen elektronischen Fotoarchiv, das aus zuvor angefertigten Filmaufnahmen zusammengestellt worden war. Archivierungskennzeichen lassen darauf schließen, dass es sich nur um einen Bruchteil des Gesamtarchivs handelte. »Kein Friede« weist darauf hin, dass Schlickenrieder bei Veranstaltungsreihen zu dem von ihm gemeinsam mit ehemaligen RAF-Gefangenen produzierten Film »... was aber wären wir für Menschen« »unzählige Veranstaltungen in verschiedenen Städten und Aktivitäten von Solidaritätsgruppen und der Angehörigen« aufgenommen habe, was »einige hundert Leute [betreffe], die – im Vertrauen auf die Integrität der Veranstalter – diese Mitschnitte tolerierten«. Darüber hinaus habe »die Schiene beabsichtigter Filme zahlreiche Kontakte« eröffnet, u.a. zur »Roten Hilfe über einen gemeinsamen zu produzierenden Film«.

Bei Schlickenrieder gefundene Papiere, beispielsweise Lageberichte des italienischen Geheimdienstes SISDE, aus der BRD Listen der Post- und Besuchsüberwachung bei den RAF-

Gefangenen Birgit Hogefeld und Eva Haule oder eine Zusammenfassung des Bundesamtes für Verfassungsschutz über Telefon- und Kontaktobservation vermeintlicher Mitglieder der französischen »Action Directe«, waren geheim und behördeninternen Ursprungs. Das begründet die Vermutung, dass Schlickenrieder ein sehr hoch angesiedelter Spitzel gewesen ist. Dafür spricht auch, dass er monatliche Fixkosten von etwa 10.000 DM ersetzt bekommen haben muss.

Dass die Bespitzelten lange keinen Verdacht schöpften, lässt sich so erklären, dass Schlickenrieder »äußerst behutsam und zurückhaltend zu Werke ging. Er war als Eigenbrötler bekannt und galt als intelligenter Gesprächspartner. Er horchte nie jemanden direkt aus, sondern setzte seine Informationen immer aus verschiedenen ihm zu Ohren gekommenen Bruchstücken zusammen.« Aus der Sicht von »Kein Friede« war es auch nicht Aufgabe von Schlickenrieder »den unmittelbaren polizeilichen Zugriff auf politische und militante Strukturen der radikalen Linken zu organisieren. ... Die Aktivität auf der Strasse und der Stein in der Hand waren nie seine Sache. Die direkte Nähe zu solcher Art Aktiven der revolutionären Linken wurde nicht gesucht; vielmehr wurde sie gemieden und Verbindungen abgebrochen, sobald sich daraus eine Gefährdung der Position des Agenten hätte ergeben können.« Immerhin berichtet Schlickenbrieder in einem Dossier aber davon, dass er, darauf angesprochen, ob er Waffen besorgen können, dies nicht gleich verneint hätte, sondern den Interessenten darauf hingewiesen habe, er würde Waffen nur an zuverlässige Genossen vermitteln, und müsse daher wissen, für wen die Waffen bestimmt sein. Zu dem Handel kam es dann aber nicht.

Neue neoliberale Spitzelterrains: Der, so Diederichs und Stark, zunächst »für den bayrischen Verfassungsschutz« und danach »für

den Bundesnachrichtendienst« arbeitende Schlickerrieder, mutierte »zum Allround-Mann, der [nicht nur] für mehrere Dienste arbeitete, [sondern] auch internationale Wirtschaftdetekteien« belieferte. 1995 war der nigerianische Bürgerrechtler Ken Saro Wiwa von der Regierung hingerichtet worden. Umweltschützer und Menschenrechtler klagten deswegen auch den Shell-Konzern an, der in Nigeria Öl förderte. Ein Boykottaufruf führte bei Shell zu Umsatzeinbrüchen. 1996 drehte Schlickerrieder einen Dokumentarfilm über die Proteste gegen die Ölförderung und Menschenrechtsverletzungen in Nigeria. Er rechnete diesen Job bei der von ehemaligen Mitgliedern des britischen Geheimdienstes gegründeten Londoner Auskunft Hakluyt ab: 20.000 DM für eine »Greenpeace-Recherche« wurden ihm 1997 überwiesen. Hakluyt hat in ihrem Stiftungsrat hochrangige Angestellte von Shell und BP. Laut *Sunday Times* dauerte das Arbeitsverhältnis zwischen Hakluyt und dem Spitzel Schlickerrieder bis 1999.

Enttarnung: Als sich Schlickerrieder in der Zusammenarbeit mit dem »Revolutionären Aufbau« nach Jahren der stillen Beobachtung als Organisator bewähren sollte, muss ihn das in einige Schwierigkeiten gestürzt haben. Seine Zuverlässigkeit wurde in Frage gestellt, seine Vergangenheit recherchiert, und schließlich wurde er mit Vorwürfen konfrontiert.

Auf konkrete Fragen gab er vage Antworten und suchte Ausreden. Die – in der Diktion des Staatsschutzes verfassten – Berichte seien für seine klandestinen Genossen bestimmt gewesen. Manches habe seine Gründe, über die er aber am Telefon nicht reden wolle. Irgendwann wurde bei Schlickerrieder noch ein Dienstaussweis des bayrischen Landesamtes für Denkmalschutz aus dem Jahre 1976 gefunden, der diesen als »Dr.« und »Landeskonservator« auswies. Es ist geheimdiensttypisch, bei anderen staatlichen Behörden Legenden einzurich-

ten. Von Schlickerrieder war diese Tätigkeit nie erwähnt worden, wenn er auf seine Biografie angesprochen wurde. Kurz danach war Schlickerrieder nicht mehr erreichbar.

»Näheres auf Wunsch«: Die gefundenen »Notizen und Karteikästen« sowie die »prozentual aufgeschlüsselten Tankquittungen und Bürorechnungen« zeigen Schlickerrieder nach Auffassung der Gruppe »Kein Friede« als »Blockwart«. Sein serviles Wesen erweise sich in seinen Lageberichten über Treffen mit GenossInnen durch abschließende Formulierungen wie »Näheres auf Wunsch«. Durch seine Enttarnung sei man auf die »Existenz eines Bürokraten [gestoßen], der fotografierte, notierte, abheftete und bewertete, was andere versuchten schöpferisch aus dem Elend dieser Verhältnisse zu gestalten.« Schlickerrieder sei ein »Operateur der Unterdrückung«, der »beflissen, penibel, berechnend und ausdauernd über Jahre als ein Buchhalter der Lüge« agiert habe. Diese verabscheuungswürdige »Bürokratie des niederen Verrats« lasse »an Antworten denken ..., die wir nicht geben können.«

Einige der von Manfred Schlickerrieder erstellten Materialien sowie ihn betreffende Analysen und Stellungnahmen sind unter: <http://www.geocities.com/aufbaulist/Gruppe2/Gruppe2.htm> nachzulesen. »Camus« kann als der derzeit bestdokumentierte Spitzel im deutschsprachigen Internet gelten.

Johannes Wartenweiler: Die Legende vom Filmemacher, in: Woz, 7.12.2000.

Stepàn Bandera: Deckname Camus, in: junge welt, 6. und 7.12.2000.

Otto Diederichs und Holger Stark: Der Top-Informant – Im falschen Film, in: Tagesspiegel, 29.1.2001.

Gruppe Kein Friede: no justice – no peace. Zur Enttarnung der »gruppe 2« und Manfred Schlickerrieder, dokumentiert in: INTERIM Nr. 516, 14.12.2000.

Reimar Paul: Shell – Mit Spitzeln gegen Menschenrechte. Der Filmemacher Schlickerrieder spionierte für britischen Ölkonzern, in: Neues Deutschland, 6.7.2001.



Name: **Brinker, Axel**

Wohnort: **Hannover**

Alter: **26**

Beruf: **LKA-Beamter**

Spitzelname: **Phillips, Axel John**

Einsatzort: **Göttingen**

Einsatzzeitraum: **1999-2001**

Einsatzziel: **AtomkraftgegnerInnen**

Der Berufswunsch eines Abiturienten ...

Nach Regierungsübergabe an die rot-grüne Bundesregierung im Oktober 1998 versuchte diese das unter Kohl zum Erliegen gekommene Atomprogramm wieder flott zu machen. Zu diesem Zweck wurden nicht nur erfolgreiche Konsensverhandlungen mit der Atomindustrie durchgeführt, sondern auch eine neue Runde in der anhaltenden Repression gegen die Anti-AKW-Bewegung eingeleitet. Im März 1999 z.B. veranlasste die BKA-Ermittlungsgruppe mit dem sinnfälligen Namen »Goldene Hakenkralle« eine Hausdurchsuchungswelle an mehreren Orten der Bundesrepublik.

Aus Berlin kommend tauchte im Herbst 1999 der ziegenbärtige Beamte des niedersächsischen Landeskriminalamtes Axel Brinker unter dem Namen »Axel John Phillips« das erste Mal auf dem Göttinger Anti-Atom-Plenum (AAP) auf. Er zeigte sich gleich engagiert und fuhr auch prompt im November zur sogenannten Stunkparade der Wendländerinnen nach Berlin. Sein Engagement in Göttingen verfestigte sich ab Ende März 2000. Zusammen mit anderen Leuten vom AAP nahm »Phillips« ein ganzes Wochenende lang an der Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung teil. Nach der üblichen Sommerflaute bemühte er sich dann sogar – so steht es in einem

Aufarbeitungspapier von Anti-Atom-Aktivist:innen zu lesen –, »das AAP wieder aufzubauen«. Bis zu seiner Enttarnung als verdeckter Ermittler des LKA füllte er sein Aktivisten-Fleißkärtchen mit der Teilnahme an Anti-Atom-Demonstrationen im Wendland und Phillipsburg. In rückblickender Betrachtung heisst es im enttarnenden Flugblatt des AAP, dass »uns Axel J. Philipps als authentische und in sich geschlossene Persönlichkeit entgegen trat und eher unauffällig war«. Stets sei er »konstruktiv bei der Sache und hilfsbereit« gewesen, nicht zuletzt habe er »dem AAP zum Beispiel seinen Wagen und seine Kamera zur Verfügung« gestellt. Wer die Filme vielleicht entwickelt hat, kann man sich denken.

Schließlich war der junge Brinker »bei den Vorbereitungen für die letzten Castor-Transporte eingebunden und nahm noch am 10. Januar 2001 an einer Arbeitsgruppe für den Tag X in Göttingen teil«. Tags drauf wurde der getarnte Polizeibeamte mit dem Verdacht konfrontiert, dass er unter einer Alias-Identität agiert und unter seinem richtigen Namen Brinker in Hannover wohnt, worauf er binnen zwei Tagen aus Göttingen verschwand.

Einige umsichtige Göttinger Anti-Atom-Aktivist:innen hatten sich, nachdem schon im Januar 2001 ein vager Verdacht aufgetaucht

war, die Mühe gemacht, die von »Axel John Phillips« verbreitete Lebenslegende zu überprüfen. Ganz einfach war das nicht, denn sein in seiner Wohnung gesichteter Personalausweis, ein britischer Führerschein und ein Ausmusterungsbescheid vom Kreiswehrratsamt bestätigten die Basisdaten seiner angenommenen Identität. Das Einwohnermeldeamt Dinslaken stellte auf Nachfrage sogar eine Bescheinigung über die Ummeldung von »Axel J. Phillips« nach Berlin aus. Allerdings wusste an der von ihm angegebenen Heimatadresse in Dinslaken keiner der dort schon lange lebenden Nachbarn etwas mit »Herrn Philipps« oder einem Foto von ihm anzufangen. Der Direktor der Gesamtschule, auf der »Axel« gewesen sein wollte, bestätigte am Telefon zunächst, ihn zu kennen, reagierte aber nervös und verweigerte nähere Auskünfte.

Nach weiteren Recherchen stieß man schließlich auf die Abiturzeitung des 94er-Jahrganges des Emsland-Gynasiums in Rheine, Landkreis Steinfurt. Und siehe da: »Axel« ist in dieser Zeitung mit einem Foto abgebildet, als Berufswunsch gibt er Polizist an«. Darüber hinaus fand man noch heraus, dass ein gewisser A. Brinker zusammen mit seiner alten Schulfreundin Vanessa W. – auch in der Abiturzeitung – in Hannover, Marienstraße 38, wohnt.

Spätestens da wird dem auf der Party noch lächelnden flott frisierten Spitzel sein Krombacher schal geworden sein.

Axel Brinker alias Axel John Phillips ist ein Verdeckter Ermittler!



AAP Göttingen: Verdeckter Ermittler im Göttinger Anti-Atom-Plenum aufgefliegen, Mai 2001, in: INTERIM Nr. 527 vom 31.5.2001, oder: <http://mitglied.lycos.de/aapgoe/spitzel/axel-02.pdf>

Im Göttinger Anti-Atom-Plenum hat bis Januar 2001 ein Verdeckter Ermittler unter dem Decknamen Axel John Phillips gearbeitet.

Der Verdeckte Ermittler nahm seit Ende 1999 in Göttingen an zahlreichen Diskussionsabenden und Aktionen teil und besuchte auch bundesweite Anti-Atom-Treffen. Vor seinem Aufenthalt in Göttingen war Axel Brinker für ein halbes Jahr in Berlin aktiv.

Der etwa 26-jährige Verdeckte Ermittler Axel Brinker lebt in Hannover und hat nach unseren bisherigen Informationen für das niedersächsische Landeskriminalamt gearbeitet.

Wer Axel Brinker alias Axel John Phillips wiedererkennt und Informationen über ihn hat, soll sich umgehend mit dem Göttinger Anti-Atom-Plenum in Verbindung setzen.

Auf den folgenden Seiten findet ihr weitere Informationen zu seiner Person und die Belege dafür, dass Axel Brinker mit Axel John Phillips identisch und ein Bulle ist.



Name: unbekannt, Kirsti (?)

Wohnort: unbekannt

Alter: 26

Beruf: Verwaltungsangestellte und VS-Agentin

Spitzelname: Weiß, Kirsti

Einsatzort: Hannover

Einsatzzeitraum: 1998-2001

Einsatzziel: linke Gruppen, AKW-GegnerInnen, u.a.

»Zeit für sich«

1998 schrieb sich eine junge Frau als »Kirsti Weiß« im Auftrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit gefälschten Papieren zum Studium der Sozialwissenschaften an der Uni Hannover ein. Durch ihre Arbeit in dem studentischen Cafekollektiv »Elchkeller« wurde sie relativ schnell bekannt bei den Studierenden des Fachbereiches und im Mai 1999 wurde sie von der Fachschaftsvollversammlung als Presse- und Öffentlichkeitsreferentin des studentischen Selbstverwaltungsgremiums AStA gewählt. Sie vertrat – leicht sächelnd – dieses Gremium in Interviews, Presseerklärungen und Verhandlungen mit PolitikerInnen oder akademischen Gremien. Da in ihre knapp zwei Jahre währende Referententätigkeit der Boykott gegen die neueingeführten Verwaltungskosten fiel, hatte sie Zugang zu allen personenbezogenen Daten, bis hin zu den Bankverbindungen aller 5.000 boykottierenden Studenten. Sowieso konnte »Kirsti Weiß« auf Unterlagen und Dateien der politischen Gruppen, die die Infrastruktur des AStA nutzten, zugreifen.

Ab Dezember 1998 beteiligte sich »Kirsti Weiß« an regionalen und bundesweiten Treffen gegen die Weltausstellung EXPO 2000 in

Hannover. Unmittelbar vor der Aktionswoche übernahm sie Schichten des Infotelefans und stellte eine Ausgabe des Rundbriefes des bundesweiten Zusammenhanges der Anti-Expo-Gruppen zusammen, wobei sie, laut Aufarbeitungsgruppe, »vollen Zugriff auf den bundesweiten Verteiler des Expo-Widerstands« hatte. Auch an der Herstellung bundesweit vertriebener Anti-Expo-Mobilisierungszeitungen war sie engagiert beteiligt. Eine davon schaffte es, in der Rubrik »linksextremistische Bestrebungen – Kampf gegen die EXPO 2000«, als Faksimile im Bundesverfassungsschutzbericht 2000 dokumentiert zu werden. »Kirsti Weiß« hatte viel freie Zeit, da sie angeblich von ihren Eltern und einem Drei-Tage-Nebenjob in einem weit außerhalb Hannovers Stadtkern liegenden Reisebüro ohne Publikumsverkehr lebte. So konnte sie sich auch von Anfang 1999 bis Dezember 2001 in der Gruppe »Innen!Stadt!Aktion!« und an überregionalen Antifa-Demos, dem »Verstärker-Kongress« in Leipzig sowie einer Demo gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss beteiligen. Seit Februar 2001 unterstützte sie verschiedenste Aktivitäten durch ihren blauen Citroen, den sie ähnlich bereitwillig und häufig auslieh wie ihr Handy.

Nach dem Anti-EXPO-Aktivismus integrierte »Kirsti Weiß« sich als sehr aktives Mitglied

einer Anti-AKW-Gruppe in Hannover, nahm an mehreren Vorbereitungstreffen zu den Castor-Transporten teil und wurde im Wendland gesichtet. In einem *Spiegel-Online*-Bericht wird gemutmaßt, dass »Kirsti Weiß« »nach Angaben von Mitstreitern ... mit ihrem blauen Citroen CX, beladen mit Werkzeug für Störaktionen, ins Wendland gefahren [und] fast als einzige an den strikten Polizeikontrollen vorbei« gekommen sei. Ihr sei es gelungen, die Ausrüstung für Schienenblockaden in das »Hannover Lager« zu bringen, das just darauf durchsucht wurde.

Die Aufarbeitungsgruppe zog das Resümee, dass »Kirsti Weiß« »in den Bereichen AStA, Anti-EXPO, Innenstadtaktion und Anti-AKW zentrale Funktionen« eingenommen habe. Auch, dass »Kirsti Weiß« ab November 2000 in einer größeren Wohngemeinschaft mit politisch aktiven Leuten lebte und mit diesen zweimal in Urlaub fuhr, werden ihre Dienstherren sicher mit Interesse wahr genommen haben.

Doch im Herbstes 2001, nach einer Urlaubsreise, teilte »Kirsti Weiß« ihren MitbewohnerInnen mit, erst einmal »Zeit für sich« zu brauchen. Sie zog sich zurück, blockte fast jeden Kontakt ab, und trat Anfang 2002 ein Praktikum in einem bayerischen Hotel an. Die Art ihres Abgangs wurde zwar nicht von allen Bekannten als »glatt« erlebt, erregte jedoch keinen Spitzelverdacht, sondern vielmehr die Sorge um eine Freundin, der es offensichtlich nicht gut ging. So ließ sich auch eine Freundin aus der Hannoveraner Szene nicht abschütteln und besuchte sie, als sie schon nicht mehr in Hannover war.

Im August 2002 holte »Kirsti Weiß« schließlich das einst von ihr selbst mitpropagierte Motto »Die BeHERRschung verlieren« ein und sie enttarnte sich gegenüber ihrer Freundin unter Tränen während eines Urlaubs in Italien. AktivistInnen der Anti-EXPO-AG schrieben

hierzu, dass ihre ehemalige MitbewohnerIn »nicht etwa ausgepackt [habe], weil sie mit einem Spitzelverdacht konfrontiert worden wäre. Ihr Outing als VS-Mitarbeiterin kam für alle vollkommen überraschend, auch für die Person, der gegenüber sie sich offenbart hat.« Nach eigenen Angaben stimmt zumindest ihr Vorname. Sie habe eine Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte absolviert und sei dann vom Verfassungsschutz für Spitzeltätigkeiten in der Anti-Expo-Kampagne angeworben worden, um militante Anschläge zu verhindern. Dafür und zur Beschaffung von Informationen aus der radikalen, gewaltbereiten Studentenszene sei sie aufgebaut worden. Nach ihren Angaben befand sie sich im Besitz von falschen Papieren, während ihre echten beim Verfassungsschutz verwahrt würden. Ihr Weggang aus Hannover sei nicht ihre Entscheidung gewesen, die Bundesbehörde habe ihre Position für unsicher gehalten. Sie bekam die Anweisung, sich mit den mit ihr befreundeten Personen zu zerstreiten.

Nach eigenen Angaben hat sie nach der Anwerbung durch den VS weiterhin ihr Gehalt von 1.800 DM als Verwaltungsangestellte einer »unteren Behörde« plus monatlich 2.000 DM für ihre Spitzeltätigkeiten erhalten.

→ 4. „Kampf gegen die EXPO 2000“

Der „Kampf gegen die EXPO 2000“ (1. Juni bis 31. Oktober) in Hannover blieb im Blickfeld von Linksextremisten, erlangte jedoch nicht die von ihnen erhoffte Resonanz und Mobilisierungseffekte. In internen Ministerkritiken mussten sie einräumen, dass es ihnen nicht gelungen sei, die Weltausstellung – wie etwa CASTO-Transporte und „Faschis-Aufmärsche“ – als klar konturiertes Feindbild ins Bewusstsein zu rücken.

Von Januar bis November wurden in Niedersachsen insgesamt 325 politisch motivierte Straftaten im Zusammenhang mit der Weltausstellung verurteilt. Außerdem Niedersachsen waren im gleichen Zeitraum weitere 44 Straftaten zu verzeichnen.



Am 27. Februar setzte die Gruppe „AUTONOME MIEZ“ (vgl. Nr. 1) das Privat-Kfz (Daunior Benz) des EXPO-Beauftragten des Landes Berlin in Berlin-Friedrichshagen in Brand. In einer Selbstschulung sagten die Täter: Die EXPO 2000 verdeckte hinter der Maske von Fortschritt und Entwicklung die absolute Ausbeutung von Mensch und Natur. Sie sollte nach dem Willen ihrer Initiatoren die Akzeptanz für die soziale Kontrolle von Menschen, Umweltzerstörung und Natur

Ausschnitt aus dem Verfassungsschutzbericht 2000

Nach diesem Schock setzte in Hannover eine mehrmonatige Aufarbeitung des gravierenden Spitzelfalles durch die davon politisch wie persönlich Betroffenen ein. Aus der Sicht der Anti-Expo-AG hat sich »Kirsti Weiß« in einem Zeitraum von etwa 15 Monaten »von einem eher am Rand stehenden Mauerblümchen« zu jemanden entwickelt, »der sich in der Szene zunehmend eingelebt hat und darin »richtig aufgeblüht ist«. Die Gruppe »Innen!Stadt!Aktion!« stellte über die in Hannover als tüchtig wie beliebt bekannte VS-Mitarbeiterin fest, dass sie sich »entgegen einem weitverbreiteten Spitzelklischee sehr wohl an Diskussionsprozessen beteiligt« und »bei uns auch nicht als Agent provocateur gewirkt« habe. Stattdessen habe »Kirsti Weiß« »gerne und vor allem zuverlässig organisatorische Sachen (Protokolle schreiben, Veranstaltungen vorbereiten, sich um Räume kümmern, etc.) übernommen«.

Eine reine Vermutung ist es, dass niemand gegenüber »Kirsti Weiß« ein »komisches Gefühl« bekam, weil bei ihr als Frau aus der Ex-DDR ohnehin niemand erwartete, dass sie in das (westdeutsche) Szenearaster passte.

Wahr könnte der vom Atomplenum Hannover formulierte Gedanke sein, dass sich die Spitzelfrau offenbart habe, »weil sie mit ihrem Rollenkonflikt nicht mehr klar kam«. Die AtomkraftgegnerInnen drücken ihre Hoffnung aus: »Unser Menschenbild lebt davon, dass es Veränderungen in den Köpfen gibt.«

Aufarbeitungsgruppe: Verdeckte Ermittlerin des Verfassungsschutzes in Hannovers linker Szene.

1. Veröffentlichung zur Information vom 25.8.2002, in: vers beaux temps Nr. 4 – Oktober 2002.

Asta Universität Hannover:

Neues von der V-Frau Affäre.

Pressekonferenz vom 19.9.2002,

[http://www.linkeseite.de/Texte/](http://www.linkeseite.de/Texte/diverses/1347.htm)

[diverses/1347.htm](http://www.linkeseite.de/Texte/diverses/1347.htm)

Mathias Gebauer: Die Lügen-

Legende der V-Frau Kirsti Weiß, in:

SPIEGEL-Online, 10.9.2002.

Einschätzung der

Innen!Stadt!Aktion! zu »Kirsti

Weiß«, in: vers beaux temps Nr. 5 –

Februar 2003.

Anti-EXPO-AG: Einschätzung und

Schlussfolgerungen, in vers beaux

temps Nr. 5 – Februar 2003.

Doku-Gruppe: Verdeckte Ermittlerin

in Hannover, o.O. (Hannover), o.J.

(Juni 2003).

Foto von »Kirsti Weiß«:

[http://212.100.232.171/](http://212.100.232.171/images/2002/08/28323.jpg)

[images/2002/08/28323.jpg](http://212.100.232.171/images/2002/08/28323.jpg)

1. Veröffentlichung zur Information

25.08.2002

Verdeckte Ermittlerin des Verfassungsschutzes in den linken politischen Strukturen von Hannover

Von Herbst 1998 bis Januar 2002 befand sich unter dem Namen **Kirsti Weiß** eine Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes in den Strukturen der linken Szene in Hannover. Mitte August 2002 hat sie sich gegenüber einer befreundeten Person selbst enttarnt.



Beschreibung

Sie ist ca. 1,65 m groß, hat blaue Augen, dunkel-blondes Haar und eine Narbe von einer Gaumenspalte an der linken Seite der Oberlippe. Sie trägt am linken Schulterblatt ein Tattoo, das ägyptische Zeichen Ank, ein Kreuz mit einer Schlaufe statt des oberen senkrechten Abschnitts, vor blauem Hintergrund. Sie spricht einen sächsischen »Slang« und ist vermutlich in der DDR groß geworden.

Ihre Geschichte in Hannover

Sie kam 1966 nach Hannover und begann ein Studium der Sozialwissenschaften zum Wintersemester 1988. Mit Beginn des Wintersemesters arbeitete sie im Kollektiv des Eichkellers (linkes studentisches Café) mit. Im Herbst 1998 war sie auf einem Nachbereitungsstreffen zu den hannoverschen Innenstadtkonferenzen. Von Herbst 1998 bis Oktober 1999 nahm sie an Treffen einer Frauengruppe zu diesem Themenbereich teil, kurze Zeit war sie damals auch in feministischen Antifa-Zusammenhängen. 1999 nahm sie an dem Zentrentreffen in Hamburg teil. Von Anfang 1999 bis Dezember 2001 arbeitete sie in der gemischten Innenstadtkonferenz Hannover mit und nahm auch an bundesweiten Innenstadtkonferenzen teil. In der Zeit von Mai 1999 bis einschließlich April 2001 war sie Referentin für Presse und Öffentlichkeit im ASIA der Universität Hannover. Dort hatte sie theoretisch Zugriff auf sämtliche Unterlagen und Dateien von diversen politischen Gruppen, die die Infrastruktur des ASIA nutzten. Außerdem nahm sie an landesweiten ASIA-Treffen teil.

Erste Seite eines Flugblattes aus Hannover, 2002

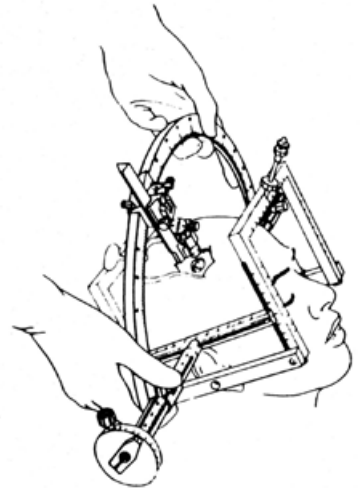
Multiple Persönlichkeiten? Zur Psychopathologie des Spitzels

Was uns die psychologische Fachliteratur dazu erzählt und wie sich ein auf den ersten Blick als wildes Sammelsurium erscheinendes Thema als hoch spezialisierter professioneller Arbeitsbereich entpuppt.

Nach landläufiger Vorstellung muss ein Spitzel eine gesplante Persönlichkeit haben, da er zwei Rollen, die des netten Freundes und Genossen einerseits, und die des hinterhältigen berechnenden Ausforschers andererseits, verbinden muss. Zudem muss er in ganz unterschiedlichen Milieus agieren, dem seiner Opfer und dem seiner Führungsoffiziere. Wie sieht es denn aus mit einer Psychopathologie des Spitzels? Ist er eine »Multiple Persönlichkeit«? Aber was ist das eigentlich für eine Frage? Muss man immer gleich alles und jeden psycho-pathologisieren? Und dann auch noch »Multiple Persönlichkeit«. Ein Begriff, der gerade Hochkonjunktur hat und aus verschiedenen Gründen sehr umstritten ist. Gemeint sind damit Phänomene, die in der Populärkultur durch Figuren wie »Dr. Jekyll und Mr. Hyde« stilisiert und dramatisiert werden. In ihrem Standardwerk sprechen Saß, Wittchen und Zaudig von »dissoziativen Identitätsstörungen«, die durch »Vorhandensein von zwei oder mehr unterschiedlichen Identitäten oder Persönlichkeitszuständen ... charakterisiert sind, die wiederholt die Kontrolle über das Verhalten einer Person nehmen.«

Für unseren Kontext hier wird schon auf den ersten Blick zumindest das klar: Eine Person, die keine bewusste Kontrolle über ihre Identitätszustände hat, flöge als Spitzel leicht auf und wäre für potenzielle AuftraggeberInnen völlig unbrauchbar. Damit wäre die Frage von wegen »Multiple Persönlichkeit« schon abgehandelt. Aber wir werden auf diese »dissoziativen Störungen« oder dafür typische »dissoziative« Phänomene, womit das Gefühl, nicht man selbst zu sein, Gedächtnislücken oder das Abspalten von eigenen Persönlichkeitsanteilen gemeint sein können, zurückkommen.

Die Dienste von Spitzeln, V-Männern etc. basieren ja darauf, zu lügen, etwas vorzuspielen und vorzutäuschen, zu verheimlichen und zu verraten. Natürlich ist die eigentlich interessante Frage, wie sie diese »Doppel-Rolle« hinkriegen. Wie kann das psychisch funktionieren und müssen Spitzel nicht eine irgendwie gesplante Persönlichkeit haben oder im Laufe der Zeit entwickeln? Oder müssen sie »nur« gute SchauspielerInnen sein? Wie auch immer, man kann sich aus-



malen, dass so ein Job auf psychischer Ebene nicht immer einfach ist und psychisches Chaos oder Probleme mit sich bringen kann. Jenseits der Fehldiagnose der »Multiple Persönlichkeit« könnte man sich einige andere psychopathologische Diagnosen bzw. Störungen vorstellen, mit denen Spitzel und V-Männer geschlagen sein könnten.

Eine Recherche in der psychologischen Fachliteratur zu Schlagworten wie Spitzel, V-Mann, Undercover und dazu, wer sich aus psychologischer Perspektive mit welchem Interesse mit dem Thema beschäftigt, bzw. was die akademische Psychologie hier zu bieten, erwies sich als aufschlussreich. Die Recherche verweist auch auf allgemeine und gesellschaftliche Interessen in diesem Themenfeld.

Die Fachliteratur: Zuerst fallen gewisse Themenkonjunkturen auf: In den 80er Jahren stehen Spitzel- und V-Mann-Einsätze im Rotlicht- und Drogenmilieu im Mittelpunkt, vor allem drogenabhängige Informanten und deren fehlende Steuerbarkeit.

Grundsätzliche Kritik am Einsatz von Spitzeln wurde seinerzeit v.a. aus psychiatrischer, bürgerrechtlicher und juristischer Perspektive formuliert: z.B. würden Drogen-Spitzel gefährdet, wieder zu konsumieren, ihre Resozialisierung werde erschwert, und die demokratischen Werte und Normen würden ausgehöhlt. Kritisiert wurde der Trend, durch den Einsatz von Spitzeln und Undercover-Agenten, »Risikopersonen« zu definieren und so eine Gesinnungsstrafverfolgung zu etablieren: Statt konkreten Verdachtsgründen gegen konkrete Personen nachzugehen würden Populationen oder Gruppen allein auf Grund sozialer Strukturmerkmale oder Lebensweisen kriminalisiert. Außerdem nähmen Spitzelaktivitäten unmittelbar Einfluss auf die Kriminalität und mittelbar auf strafrechtliche Normen. Auch Folgeprobleme wie Korruptierbarkeit und Kriminalität innerhalb der Polizei, fehlende Kontrollierbarkeit und Straftaten durch Agents provokateurs wurden thematisiert.

Natürlich findet man auch affirmativ Kritisches: Die Frage, was verbessert werden muss, um die Arbeitskraft und Effektivität der Agenten im Undercover-Einsatz nicht durch Psychoprobleme einzuschränken, nimmt im Laufe der Zeit immer mehr Raum ein. Eine Professionalisierung im Umgang mit Spitzeleinsätzen wird anhand dieser Literatur deutlich.

In den 90ern stehen – in Deutschland – fast nur noch Stasigeschichten im Brennpunkt. Anders als in allen anderen Texten geht es hier auch um negative soziale und persönliche Auswirkungen durch die Überwachung und Bespitzelung. Man findet Erfahrungsberichte von Bespitzelten und Diskussionen zum Umgang mit dieser Problematik, Erkenntnisse aus der psychotherapeutischen Arbeit mit Tätern und Opfern, wie auch Studien zu Bewältigungsstrategien. Unterstützung durch psychologisches Know How erhielt das MfS von Seiten der »Operativen Psychologie«, die unter anderem zur »Gewinnung und Ausbildung von Mitarbeitern« beitrug. Während es über die Verwerflichkeit dieser »ope-

rativen Psychologie« und die Unrechtmäßigkeit dieser Stasimethoden in der Literatur einen vorausgesetzten, unausgesprochenen Konsens gibt, bleiben ähnlichen Praktiken westlicher Geheimdienste unerwähnt.

In der englischsprachigen Literatur der 90er werden Belastungen, Stress und mögliche psychische Probleme von Undercover-Agenten, kurz: UCs, problematisiert. Es geht um die Untersuchung spezifischer »Anforderungen«, die sich aus Undercover-Arbeit ergeben – und unabhängig vom Einsatzbereich zu sein scheinen. Die Entwicklung gezielter Trainings und die Evaluation verschiedener Techniken zur Rollenübernahme soll die Arbeitsleistung der UCs verbessern.

Die eine oder andere in der Literatur nacherzählte Geschichte lässt ahnen, welche Probleme da auftauchen können. Clifton James, der im Zweiten Weltkrieg General Montgomery dubeln sollte und sich dafür sogar einer kosmetischen Operation unterzog, berichtete später von psychisch belastenden Rollenkonfusionen und unkontrollierbarem Wiederauftreten »Montgomerys«. Rollenkonfusion und Identitätswechsel werden auch von Mossad-Agenten berichtet.

Ein FBI-Undercover-Agent, der wegen Diebstahls verhaftet wurde, behauptete, dass sich seine Undercover-Persönlichkeit auch außerhalb des Arbeitszusammenhangs seiner bemächtige, was ihm selbst unerklärlich sei – ob diese Angabe zu einem Freispruch führte, ist leider nicht bekannt. Ein anderer straffällig gewordener ehemaliger Undercover-Agent überraschte die ihn verhörenden Polizisten durch plötzliche Identitätswechsel (Verhalten, Akzente, Typus). Sogar ein Wechsel in eine vor vielen Jahren etablierte Identität sei eingetreten.

Wer beschäftigt sich mit der Thematik? Es ist auffällig, dass die Vertreter der behavioralen Orientierung in der diesbezüglichen Forschung gut vertreten sind. Eine Handvoll Forscher aus dem Psychobereich hat sich auf die Thematik spezialisiert. Schon seit den 70ern beschäftigt sich Gery T. Marx vom Massachusetts Institute for Technologies (MIT) mit verschiedenen Aspekten von Undercover-Einsätzen. Viele Autoren beziehen sich auf ihn. Bruce A. Jacobs forscht an verschiedenen kriminologischen Instituten zu Strategien und Methoden der Interaktion und Kommunikation, die UCs in unterschiedlichen Phasen einer Operation einsetzen, z.B. wie sie sich Zugang verschaffen oder Informanten aus Polizeioperationen heraushalten.

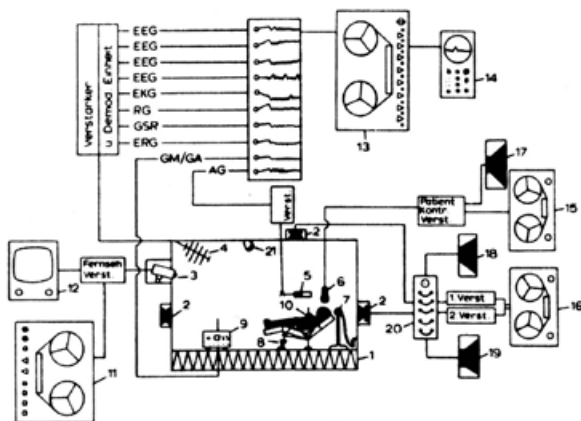
Michel Girodo und seine Mitarbeiter – insbesondere Trevor Deck – aus Kanada erörtern psychische Probleme von UCs und haben ein »job-personality-related Assessment« entwickelt. Menachem Amir aus Israel sowie Farkas, Billings, Eisenstein schreiben über »Undercover-Agent-Trainings«, wie sie seit den 90ern in der Literatur auftauchen. Die meisten der Autoren sind an kriminologischen und psychologischen Instituten beschäftigt. Zum Thema veröffentlicht wird auch vom FBI.

Thematisiert werden unter dem Aspekt von Undercover-Einsätzen auch die

Rolle des Staats, das Rechtssystem, die Exekutive, die Staatsanwaltschaft, die Anwälte von Spitzeln, verschiedenste Polizeieinheiten, verschiedenste Spitzel, V-Leute, ihre Supervisoren, Manager, Anleiter, Trainer, Kollegen und ihr Verhalten bei der Reintegration von Undercover-Agenten. Die im Englischen üblichen Begriffe in diesem Kontext sind: undercover agent, operator, coverperson, informant, agent, supervisor, management, information-handler und last but not least: criminal undercover agents.

Die Polizeipsychologie in der BRD scheint weniger spezialisiert zu sein. Man findet so gut wie nichts zum Einsatz von V-Leuten und spezifischer Forschung. Publikationen von Polizeipsychologen aus München-Fürstenfeldbruck und Villingen-Schwenningen vermitteln den Eindruck, als würden diese hierzulande um Anerkennung und ihren Platz kämpfen zu müssen. Sie greifen aus dem Feld der Psychotheorie und -anwendung alles Mögliche heraus, um sich für praktische Polizeiprobleme anzudienen. Sie wollen sich mehr institutionalisieren und stärker etablieren, um eine stärkere, angesehene Position zu bekommen, sich unentbehrlich machen – eine explizite eigene Forschung ist nicht erkennbar. In Ländern wie USA, England, Kanada und Israel scheint die Nutzung oder auch Initiierung psychologischer Wissenschaft für militärische, sicherheitsdienstliche

und politische Zwecke generell akzeptierter, ebenso scheinen ihre Protagonisten anerkannter zu sein. Insgesamt wird in der angloamerikanischen Literatur viel selbstverständlicher mit der Verwendung von Psycho-Erkenntnissen für militärische oder kriminalistische Zwecke umgegangen – publiziert wird aber sicherlich nur das, was in der jeweiligen (Fach)Öffentlichkeit legitimierbar erscheint.



Die Rolle der Psychologie:

Folgende Zitate aus einer FBI-Fachzeitschrift und von Menachem

Amir spiegeln gegenwärtige Einstellungen wider und eröffnen Aufgabenbereiche für die Psychologie: »Information und nachrichtendienstliche Informationsgewinnung waren und bleiben die wesentlichsten Bestandteile von Überwachung, Strafverfolgung und Sicherheit. ... Strafverfolger sollten andere Fahndungsmethoden ausschöpfen, ehe sie kostbare menschliche Ressourcen undercover einsetzen«. Die Psychologie hat Kenntnisse und Praktiken zur Formung und Einflussnahme auf menschliches Verhalten anzubieten und kann zur Erhaltung, Pflege und Wiederherstellung der »kostbaren menschlichen Ressourcen« beitragen. Beitragen kann sie außerdem zur Frage, wie man an be-

stimmte Typen von Informationen und Erkenntnissen gelangen kann, die mit menschlichen Beziehungen, Kommunikation, Informationsverarbeitung etc. zusammenhängen. Wie staatliche Behörden aus der Geschichte gelernt haben, können sie sich nicht nur auf die Persönlichkeiten à la James Bond verlassen. Statt dessen müssen sie ihre V-Leute auch (psychologisch) schulen und durch (psychologisch geschickte) Kontrolle deren Loyalität permanent aufrechterhalten. (Psychologisch begleitete) Trainingsmaßnahmen solcher Undercover-Agenten und Spitzel scheinen eine sinnvolle Investition zu sein. Konkret werden in einem Beitrag mit dem bezeichnenden Titel »The care and feeding of undercover agents« des Sammelbandes »Police Psychology into the 21st century« sechs Phasen der psychologischen Unterstützung benannt: »Auswahl eines Undercover-Agenten, Training von Undercover-Personen, operative Vorbereitung und Planung, Einsatz, Beendigung der Operation, Reintegration in die übliche Arbeit«.

Die psychologischen Fachtexte unserer Recherche zur Frage nach psychischen Aspekten und Problemen lassen sich drei Hauptbereichen zuordnen. Gegenstand des Interesses sind erstens Motive und Persönlichkeitsstrukturen von Spitzeln und UCs, zweitens psychische Probleme und Konflikte im Zusammenhang von Spitzel- und Undercover-Tätigkeiten und drittens, wie man mit Methoden und Praktiken der Psychologie solche störenden Probleme zu vermeiden sucht.

Motive und Persönlichkeitsaspekte sind aus verschiedenen Perspektiven interessant: Wenn auch heute die Schulung und die Bedeutung von Trainings etc. für die Undercover-Tätigkeiten betont werden, so spielen doch Persönlichkeit und Motive für die Auswahl der UCs eine wichtige Rolle. So schreibt Girodo »Die Persönlichkeit eines Undercover-Agenten ist eines der hervorstechenden Mittel einer Undercover-Aktion.« Informationen über Persönlichkeitsaspekte sollen der gezielteren Auswahl solcher Personen dienen und somit einem Gelingen von Operationen nutzen, arbeitsorientierte Motive erscheinen dienlicher als persönliche Motive.

Fernab von US-Trainingsprogrammen für Undercover-Agenten arbeitete das DDR-Ministerium für Staatssicherheit mit den Mitteln der »Operativen Psychologie« zu Fragen der Motivation. Das Fach »Operative Psychologie« wurde an der Staatssicherheits-Hochschule in Golm bei Potsdam gelehrt. Unter Mitwirkung dieser Psychologie nutzte und missbrauchte die Stasi psychologische Erkenntnisse und Methoden. Ein Anwendungsbereich der »Operativen

»Allzu oft glauben Führungsoffiziere, dass der Beamte, dessen ethnischer, rassischer oder kultureller Hintergrund dem des Kriminellen entspricht, optimal für diesen Undercover-Einsatz geeignet sei. Unglücklicherweise führt diese Fehleinschätzung zu personellen und operationellen Tragödien. Strafverfolger können das vermeiden, indem sie nur erfahrene Freiwillige einsetzen. Außerdem beruht Undercover-Arbeit darauf, Beziehungen aufzubauen. Frisch rekrutierte Kräfte müssen zunächst Beziehungen zu ihren Einsatzzentralen und Strafverfolgern aufbauen. Warum sollte man eine vielversprechende Karriere dadurch riskieren, dass man einen jungen Beamten unübersichtlichen Verhältnissen und womöglich einer Kompromittierung durch Kriminelle aussetzt? Vorgesetzte sollten Untersuchungen hinsichtlich der Anforderungen an Undercover-Einsatzkräfte anstellen; sie sollten Programme aufstellen, um geprüfte Undercover-Einsatzkräfte zu schulen, welche die psychologischen Eigenschaften haben, mit denen sie die Herausforderungen einer Undercover-Arbeit meistern können. Zu prüfen bedeutet testen, auswählen, trainieren und überwachen – die richtigen Leuten für einen Undercover-Einsatz zu haben ist entscheidend für den Erfolg einer Ermittlung.«
Stephen R. Band and Donald C. Sheehan: Managing Undercover Stress: The Supervisor's Role. In: The FBI Law Enforcement Bulletin, february 1999.

Psychologie« lag in der Anwerbung von »Inoffiziellen Mitarbeitern«. Drei Motiv-Bereiche hielt die Stasi für ihre Zwecke ausbeutbar: Überzeugung, persönliche Bedürfnisse und Interessen, nötigenfalls Erpressbarkeit. Durch die Kenntnis und systematische Ausnutzung möglicher Motivlagen sollten »Inoffizielle Mitarbeiter« gewonnen, gekauft oder erpressbar gemacht werden. Situationen sollten erzeugt werden, in denen »Inoffizielle Mitarbeiter«

Zugang zu Zielpersonen bekommen konnten bzw. Zielpersonen zu bestimmten Handlungen ver- oder geleitet werden sollten. Eine weitere Frage ist die nach innerpsychischen und unbewussten Motiven für IM-Tätigkeiten. Vor dem Hintergrund der psychoanalytischen Behandlung einer Patientin, die IM der Stasi war, präzisiert die Psychoanalytikerin Kerz-Rühling zunächst die Motiv-Kategorie der Überzeugung der »Operativen Psychologie« wie folgt: ganz allgemein der Wunsch, zu helfen, gesellschaftlich und wirtschaftliche Probleme zu lösen, hinzu kommen Engagement für Parteiziele wie Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Antifaschismus. Darüber hinaus unterscheidet Kerz-Rühling zwischen bewussten und unbewussten Motiven: Am Beispiel ihrer Patientin arbeitet sie folgende als unbewusste Motive für die IM-Tätigkeit heraus: Interesse, für die DDR etwas zu tun, Anerkennung und freundliche Zuwendung gewinnen, bzw. Hass und Neid auf andere ungestraft ausleben und Rachebedürfnisse befriedigen zu können. Die IM-Tätigkeit habe der Verarbeitung von selbst erfahrener Ungerechtigkeit, Zurücksetzung und Kränkung gedient. Durch den Verrat könnten heimliche Aggression wie auch kompensatorische Gefühle von Macht und Triumph ausgelebt werden ohne bestraft zu werden.

Eine FBI-Veröffentlichung zum »idealen Spitzel« lässt vermuten, dass man unbewusste Motive, wie sie hier beschrieben wurden, oder auch die von der

»Operativen Psychologie« bestimmten drei Motiv-Bereiche – vor allem persönliche Interessen und Erpressbarkeit – für den Einsatz von professionellen Undercover-Agenten für weniger zielführend hält.

Psychische Probleme, die auftauchen können: Psychische Folgen und Bewältigungsstrategien der Überwachten und Bespitzelten werden in der Literatur – Stichwort »Stasi-Verfolgten-Syndrom« – nur im Kontext der Auseinandersetzung mit der Überwachung und Verfolgung durch das MfS beschrieben.

»Ten most wanted attributes –

Die zehn meistgesuchten Eigenschaften.

Wer für Undercover-Arbeit eingesetzt wird muss ein bestimmtes Profil haben und über spezielle Qualifikationen verfügen.

1. Gesucht sind erfahrene Fahnder, die sich freiwillig für die Undercover-Arbeit melden, weil sie diese Arbeitsweise für erfolgreich halten, nicht weil sie nach persönlichem Ruhm suchen. Außerdem suchen solche Personen nichts in der Undercover-Arbeit, was es dort nicht gibt, noch wollen sie ihren bisherigen Arbeitsaufgaben oder einer Lebenssituation entfliehen, weil sie glauben, Undercover eine Zuflucht zu finden.
 2. Sie haben Ausdauer und Einfallsreichtum in komplizierten Situationen bewiesen.
 3. Sie arbeiten gerne und sind fähig innerhalb der Richtlinien, Abläufen und Prinzipien ihrer Strafverfolgungsbehörden zu handeln.
 4. Sie verfügen über mentale Strategien und ein großes Geschick, sich in einer feindlichen Umgebung aufzuhalten und dabei feste Bindungen zu den Strafverfolgungsbehörden und ihrem Auftrag zu erhalten.
 5. Sie verfügen über moralische und ethische Werte, die zu ihren Undercover-Aufgaben passen.
- Agenten, die unter einer anderen Identität arbeiten, müssen sich angemessen und gesetzestreu verhalten. Die gesetzestreue Anwendung von Undercover-Techniken ist dem Vertrauen zwischen Strafverfolgungsbehörden und den Menschen einer freien Gesellschaft verpflichtet. Wenn Strafverfolgungsbehörden dieses Vertrauen durch unangemessene Einsätze verletzen, könnte die öffentliche Unterstützung von Undercover-Aktionen verloren gehen.

In der polizeipsychologischen Sparte spielt dies keine Rolle. Dort werden die einzigartigen Stress- und Konfliktfelder thematisiert, denen die »Täter«, also die Undercover-Agenten und Spitzel, ausgesetzt sind.

In einem FBI-Text beschreiben zwei höhere Undercover-Spezialisten typische Stressoren und machen Vorschläge, wie beim Einsatzmanagement damit umzugehen wäre, oder man diesen zuvor kommen könnte. Es geht z.B. um (psychische) Probleme, die durch das Eingehen sozialer Beziehungen zu den zu Bespitzelnden entstehen: »Hier können durch fehlende Kontrolle Schwierigkeiten entstehen. ... Verantwortungsbewusste Beamte lassen sich etwas einfallen, um die Gedanken und Gefühle der Agenten in regelmäßigen Abständen zu kontrollieren.« Auch die Überidentifikation mit dem Bespitzelten wird als mögliche Gefahr erwähnt.

Andere dieser Tätigkeit inhärente Stressoren seien mangelnde Unterstützung durch Kollegen und höhere Vorgesetzte, persönliche Isolation, zuviel Alkohol und promiskuitives Verhalten. Genannt werden auch zu große Intimität mit Verdächtigen, der Verlust der persönlichen Identität, die Angst, enttarnt zu werden, bis hin zu technischen Problemen mit Abhörgeräten. Das Problemfeld wird abgerundet mit Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit anderen verdeckt eingesetzten Ermittlern, mangelhaften Erholungsmöglichkeiten, der Unkenntnis des Kontextes des eigenen Jobs, unpassenden Rollenerwartungen. Und schließlich sei die (psychische) Reintegration in den normalen Polizeidienst bzw. das bürgerliche Leben nicht gerade einfach zu bewerkstelligen. Die Lösungsvorschläge der FBI-Autoren machen den hohen Professionalisierungsgrad heutiger Undercover-Arbeit deutlich: »Wenn der Einsatz von Undercover-Ermittlungsmethoden nötig wird, sollten Strafverfolgungsbeamte Programme entwickeln, die das Wohlergehen und die Einsatzbereitschaft des Undercover-Agenten unterstützen. Ein wirksames Programm wählt das richtige Personal aus, kontrolliert das Wohlergehen während der Operation und beinhaltet ein gesteuertes ›Abschalten‹ nach der Operation, um eine erfolgreiche Rückkehr zur den üblichen Aufgaben zu erleichtern.«

6. Sie sind sehr geschickte und selbstverständliche Schauspieler ihrer vorgegebenen Identität.
 7. Sie agieren sehr selbstbewusst und mit einer guten Selbstwahrnehmung gegen die jeweiligen kriminellen Elemente.
 8. Sie sind entschlossen, flexibel genug, um selbstständig zu arbeiten, aber auch sehr befähigt, in einem Team zu arbeiten, wenn sie es tun sollen.
 9. Sie werden in keiner Situation durch persönlichen Stress abgelenkt und sind nicht furchtsam oder depressiv.
 10. Sie sind auf Grund ihrer Charaktereigenschaften in der Lage, mit Verdächtigen zusammen zu agieren, ohne physische oder psychische Stresssymptome zu entwickeln.
- Durch psychologische Beurteilung, Beratung und realistische Rollenspiele können Undercover-Kandidaten effektiv bewertet werden. Neu angeworbenes Undercover-Personal profitiert vom Austausch mit erfahrenen Ausbildern und einem festgelegten Trainingsprogramm. Während einer Undercover-Operation können mit der Strafverfolgung vertraute Psychologen und sehr erfahrene Undercover-Agenten den Einsatz begleiten und die Gesundheit und Einsatzbereitschaft des Undercover-Agenten sicherstellen. Einsatzleiter sollten sie mindestens alle 24 Stunden kontaktieren. Nach dem Ende eines verdeckten Einsatzes kann ein Debriefing den Übergang des Agenten zu seiner üblichen, unverdeckten Aufgaben erleichtern.«
- The FBI Law Enforcement Bulletin, february 1999



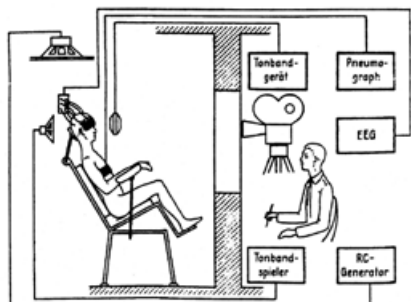
FBI-Spitzel-Einheit, Seattle, 1978

Girodo bemerkt, dass zwar viele Anekdoten die psychologische Gefährlichkeit der Undercover-Arbeit dokumentieren würden, es früher aber wenig empirische Untersuchungen über psychische Auffälligkeiten gegeben hätte: »Forschung und klinische Untersuchungen sprechen gegen eine populäre Annahme, dass multiple Persönlichkeiten im Sinne einer psychischen Erkrankung durch das längere Spielen einer Pseudoidentität verursacht werden.« Dennoch festzustellende Persönlichkeitsveränderungen in Folge von Undercover-Arbeit fasst er in Kategorien wie »Verabsolutierung der Rolle«, »Vermittler-Syndrom«, »Rhetorical Drama«. Akute Paranoia, Depression und Angstzustände seien die häufigsten klinischen Diagnosen.

Ängste, paranoide Zustände, Identitätsprobleme und damit verbunden eine zunehmende Identifizierung mit den Überwachten werden auch in anderen Studien als spezifische Folgeprobleme der Undercover-Arbeit gesehen. Girodo zitiert eine retrospektive FBI-Übersicht von 1978, in der Schwierigkeiten wie erhöhte Angstzustände, Paranoia oder Identitätsverzerrungen auf Grund längeren Einnehmens einer angenommenen Rolle genannt wurden. Zudem seien problematische »Sympathien für die Ansichten der ins Visier genommenen Kriminellen und eine Aufweichung des Wertesystems des Agenten« vorgekommen. Nach einer anderen Studie klagten mehr als 50 Prozent der Undercover-Tätigen über »psychische Probleme« – zusätzlich zu konventionellen Symptomen wie Schlafstörungen, Angst, Einsamkeit, Isolation, Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen. Sie berichteten auch von paranoiden Gefühlen und davon, ihr Selbst als unreal zu erleben. In weiteren Texten ist von einem – zu erwartenden – Zusammenhang zwischen geringer Selbstkontrolle und Drogenmissbrauch die Rede. Identitätsstörungen träten nach einem längeren Undercover-Einsatz eher bei jüngeren und weniger erfahrenen Agenten auf. (Über das Alter korrupter Agenten, die in konkreten Fällen Drogen und sexuelle Dienste annahmen, wird in dieser Studie jedoch nichts berichtet.)

Auch der bereits erwähnte Amir Menachem schreibt vom Risiko psychologischer Verwirrung, psychiatrischen Erscheinungen, dissoziativen Störungen und Rollenschwierigkeiten sowie Identitätsstörungen und Belastungszuständen. Diese Probleme versucht man auch auf neuropsychologischer Ebene nachzu-

weisen: In seiner Dissertation kommt Trevor Deck, der Mitarbeiter Girodos, zu dem Ergebnis, dass die »Dissimulation« – die Rollenübernahme und das So-tun-als-ob – durch Undercover-Agenten mit fundamentalen Veränderungen der mit der Identität verbundenen mentalen Schemata und kognitiven Strukturen einher ging. Diese Identitätsveränderungen seien durch »Event Related Potentiale« im EEG messbar und nachweisbar.



Psychologische Ratschläge für Spitzel und andere: Neben der Erfassung derartiger psychischer Probleme fragen sich diese PsychologInnen auch, was diese herbeiführen kann, bzw. wie diese zu vermeiden sind. Hierbei geht es Psychologen wie Girodo um die Entwicklung, Anwendung und Evaluation von Strategien und Methoden zur Auswahl und zum Training von Undercover-Agenten. Dafür werden »Assessment Centers« eingerichtet, deren Aufgabe und Ziel es ist, die Effektivität und Effizienz im gesamten Ablauf einer verdeckten Operation zu verbessern. Hier sollen die Beteiligten ausgewählt, geschult, auf ihre Rollen und Aufgaben vorbereitet und gegebenenfalls während der Operationen begleitet werden. Auch eine Beratung von Leitern und Supervisoren, bzw. das Operationsmanagement scheinen hier stattzufinden. Entwickelt werden sollen die besten Techniken, um in der Undercover-Rolle zu bleiben, bzw. bei Bedarf wieder auszusteigen, und Methoden, wie man sich solche Fähigkeiten am besten aneignet.

Ausgehend von einer historischen Analyse kritisiert Girodo in »Undercover agent assessment centers«, dass der Konzeption solcher Undercover-Assessment-Center nach wie vor das Bild des Agenten der Geheimdienste, das aus dem 2. Weltkrieg hervorgegangen war, zugrunde liege. Zu dieser Zeit gab es die ersten systematischen Bemühungen mit Assessment Centers Personal gezielt auszuwählen. Diese hätten aber Vorstellungen hinterlassen, die nicht mehr zeitgemäß seien. Die Psychologie jener Zeit formte den Inhalt vieler Assessment-Übungen, leitete die Beobachtungen und Interpretationen und definierte die Geeignetheit (Suitability) für verdeckte Einsätze. Die Centers wurden vom CIA-Vorläufer Office of Strategic Services (OSS) genutzt, um geeignete Agenten zu finden. Die Veröffentlichung »The Assessment of Men« beschreibt deren Methoden. Das inhärente Paradox der Auswahlkriterien war, dass sie von Persönlichkeitsprädispositionen ausgingen, die sowohl Integrität als auch Täuschung umfassten. Mit dem enormen Anstieg der Undercover-Aktionen seit den 70ern sei eine Erosion psychologischer und moralischer Standards eingetreten, die die Gesundheit der Agenten wie auch die Operationen gefährdeten. Spätestens seitdem hätten sich die Anforderungen und Aufgabenstellungen verändert, die Konzeptualisierung und Problemsicht hänge dem hinter her. Nötig seien zeitgemäße Assessment Center, in denen weniger die Persönlichkeit als primäres Instrument der »investigative technique« gesehen werde, sondern verhaltensbasierte Aufgabenanalysen zur Schulung der erforderlichen Fähigkeiten zentral seien. Täuschung und Vorspiegeln einer anderen Person werden als wesentliche Aufgaben gesehen. Girodo beschreibt den Prototyp eines solchen Undercover Assessment Centers, das von »sieben Institutionen in vier Ländern« übernommen worden sei:



Auf »Ebene 1« werden Schwächen und Potentiale zukünftiger Undercover-Agenten eingeschätzt. Durch Interviews, Fragebogen, psychometrische Tests und Verhaltensbeobachtungen während Rollenspielen werden persönliche Beurteilungen erstellt. Inhaltlich geht es um Gesundheits- und Korruptionsrisiken, und darum, grundlegende Undercover-Fähigkeiten anzutrainieren. Wichtig auch die Motivation sowie die Bewertung bisheriger Arbeitsleistungen unter Kategorien wie Loyalität und Gehorsam. Bei Rollenspielen werden Aufgaben wie »Wechsle Zeit und Ort«, »Ich habe mich verbrannt« oder »High auf Kokain« gestellt und eingeübt. Auf »Ebene 2« werden die zukünftigen Agenten zum »Field Training Assessment« in ausgewählte reale Situationen geschickt. Geübt werden »Dissimulations-Übungen«, also das »So-tun-als-ob« unter realistischen Bedingungen. Dabei werden die Agenten beobachtet und ihr Verhalten beurteilt. Die (möglichen) Fähigkeiten des Kandidaten, seine Anfälligkeit für gesundheitliche Probleme und Korruption werden festgestellt, indem er den üblichen Bedingungen einer Undercover-Tätigkeit ausgesetzt wird. In diesen Übungen werden »wesentliche Situationen simuliert, die dem sozialen und Supervisions-Kontext entsprechen, in dem er arbeiten soll«.

Girodo legt Wert auf eine veränderte Sicht: »der Agent wird als ein Akteur in einem Beurteilungs- und Selbsterziehungsprozess« wahrgenommen. Der Kandidat wird nicht mehr wie früher als ein »untergeordnetes Instrument einer Behörde, das von einem Führungsoffizier benutzt wird« gesehen, sondern man konzentriert sich auf seine Interessen, die er als spezialisierter Teamarbeiter hat. Diese veränderte Sicht soll vermutlich zu einer Erhöhung der Loyalität und der Erfolge der Operationen beitragen.

Was lehrt uns das? Die Psychologie hat sich hier ein Tätigkeitsfeld erschlossen, zu dessen Professionalisierung sie beiträgt. Es wird deutlich, wie psychologische Methoden der Veränderung als Sozialtechnologien in den verschiedensten Bereichen anwendbar gemacht werden können.

Im Hinblick auf unsere Ausgangsfrage, wie Spitzel ihre »Doppel-Rolle« hinkriegen, kann man sagen: Die in der Fachliteratur beschriebenen psychischen Probleme scheinen die landläufige Meinung zu bestätigen, dass nicht nur diese Doppel-Rolle schwierig ist, sondern dass sich wie auch immer geartete doppelte Identitäten entwickeln können. Am besten hinzukriegen scheinen es diejenigen, die extrovertiert, psychisch stabil, erfahren, trainiert und auf mögliche Probleme vorbereitet sind. Bei Undercover-Arbeiten scheinen arbeits- und berufsbezogene Motive für polizeibehördliche Ziele nützlicher zu sein als ein aus den persönlichen, privaten Bedürfnissen heraus entwickeltes Motiv. Letzteres würde vermutlich zu stärkeren persönlichen Verwicklungen und Bindungen führen, die eine Gefahr für Operationen und die Loyalität der Agenten bedeuten würden. Gerade die von Seiten des FBI's formulierten Normen lassen jedoch vermuten, dass die Realität anders aussieht, und dass viel Aufwand betrieben werden muss, diese Leute auf der »eigenen« Seite zu behalten.

Die politische Funktion der psychologischen Experten ist deutlich: sie wollen Verständnis für die Situation der Undercover-Agenten und Spitzel herstellen und sie als die eigentlich Wichtigen und Betroffenen in dem Szenario der Bespitzelung und Überwachung darstellen. Spitzel sollen zu selbstständigen Akteuren gemacht werden. Zusammenfassend ließe sich sagen, dass hier die Interessen der Herrschenden bedient werden, und die der – womöglich zu unrecht – Bespitzelten nicht mal problematisiert werden.

Das Ganze mal umgedreht: Bei all diesem Aufwand, Spitzeln und Undercover-Agenten psychologisch zur Seite zu treten, drängt sich die Frage auf, wie Spitzeln das Leben – vor allem ihre Tätigkeit – schwer gemacht werden könnte?

Nun haben die Bespitzelten keinen Einfluss darauf, wie nett die V-Mannführer zu ihren Untergebenen oder »Teamkollegen« sind, ob das also ein Problem des Spitzels wird. Aber andere Aspekte lassen erahnen, wo Schwachpunkte, bzw. Auffälligkeiten zu finden sind: Überidentifikation mit den Zielpersonen, Schwierigkeiten mit dem Rollen-Spiel, Angstzustände, Alkohol- und Drogenmissbrauch ...

- Behnke, K. & Fuchs, J. (Hg.): *Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi*, Hamburg 1995.
- Farkas, G. M.: Stress in undercover policing. In: J. T. Reese & H. A. Goldstein (Hg.), *Psychological services for law enforcement* (S. 433-440). Washington, DC 1986. Government Printing Office.
- Girodo, M., Deck, T. & Morrison, M.: Dissociative-type identity disturbances in undercover agents: Socio-cognitive factors behind false-identity appearances and reenactments. *Social Behavior and Personality*. Vol 30(7) (2002), p. 631-644.
- Girodo, M.: Undercover agent assessment centers: Crafting vice and virtue for imposters. *Journal of Social Behavior and Personality* 11(5) (1997), p. 237-260.
- Hess, A. & Amir, M.: The program of criminal undercover agents sources in the drug trade. *Substance Use and Misuse* Vol 37 (2002), p. 997-1034.
- Hibler, N. S.: The care and feeding of undercover agents. In: Kurke, M. I. und Scrivner, E. M. (Eds.). (1995). *Police psychology into the 21st century*. Series in applied psychology, Hillsdale, NJ, 1995.
- Kerz-Rühling, I.: Überzeugung, Angst, Verführung oder Rache? Motive bei der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst. *Zeitschrift für psychoanalytische Theorie und Praxis* 15 (1) (2000), S. 85-105.
- Marx, G. T.: When the Guards Guard Themselves: Undercover Tactics Turned Inward. *Policing and Society*. 2, 3 (1992), p. 151-172.
- Saß, H., Wittchen, H.-U. & Zaudig, M. (Hg.): *Diagnostisches und Statistisches Manual Psychischer Störungen DSM-IV*. Göttingen 1998, S. 551.
- Stein, F. (Hg.): *Brennpunkte der Polizeipsychologie*. Stuttgart 2003.

Der Spitzel und das Massaker

Die kolumbianische Variante der panoptischen Gesellschaft

»Befreite Zone«: Mina Caribe, ein 300-Seelendorf in der kolumbianischen Serranía San Lucas. Kolonisierungsgebiet im letzten verbliebenen Bergwald am Mittleren Magdalena. Goldgräberstimmung, Klondike, sehr schmutzig. Behelfsmäßige Holzhütten, deren Dächer aus Plastikplanen bestehen, gewellte, von Maultierhufen ausgetretene Lehmwege, die sich in der Regenzeit in Schlammtrassen verwandeln. Müll am Wegrand, unter den Pfahlkonstruktionen der Häuser, auf dem staubigen, quecksilberverseuchten Hauptplatz.

Man merkt sofort, dass Mina Caribe nicht außerhalb der kapitalistischen Welt liegt. Bierdosen säumen die Maultierpfade, aus den Kneipen dröhnen mexikanische Hitparadenschlager, es riecht nach Benzin und Blausäure, die – wie die Beschriftung einer leeren Tonne besagt – aus Südkorea importiert wird und zur Herauslösung des chemischen Goldanteils aus dem Erdschutt verwendet wird. Und doch dürfte es wenige Orte auf der Welt geben, die der herrschenden Ordnung so sehr entzogen sind wie das Goldgräberdorf. Die Serranía San Lucas repräsentiert das, was Linke vor 15 Jahren überschwänglich und schon damals falsch als »befreites Gebiet« bezeichnet haben. Befreit nicht von Armut und Krieg, aber außerhalb der Kontrolle des Staates. Ein zwei Tagesreisen von der nächsten Stadt entferntes, nur über Maultiertrecks zu erreichendes Gebiet, in dem es weder Polizei- noch Armeeposten gibt und die Guerilla die Aufgaben der Ordnungsmacht und des kollektiven Organisators übernommen hat.

Die ELN-Einheit im Dorf besteht aus einem freundlichen 45-Jährigen und drei Teenagern, die die Bevölkerung unermüdlich zur Selbstorganisation aufrufen. Sie initiiert *mingas*, gemeinschaftliche Arbeitseinsätze zur Ausbesserung von Wegen und zur Müllbeseitigung, beruft Dorfversammlungen ein, ermuntert die Bevölkerung, sich an rudimentären Gesundheitsprogrammen zu beteiligen, oder bewegt die Goldsucher zur Vereinbarung kollektiver Arbeits- und Produktionsvereinbarungen. Doch die Bevölkerung reagiert verhalten. Die Beteiligung an den Arbeitseinsätzen, Kommissionen und Versammlungen ist gering. Man will sich nicht organisieren. Die Bewohner des »befreiten Gebiets« Serranía San Lucas gehen der

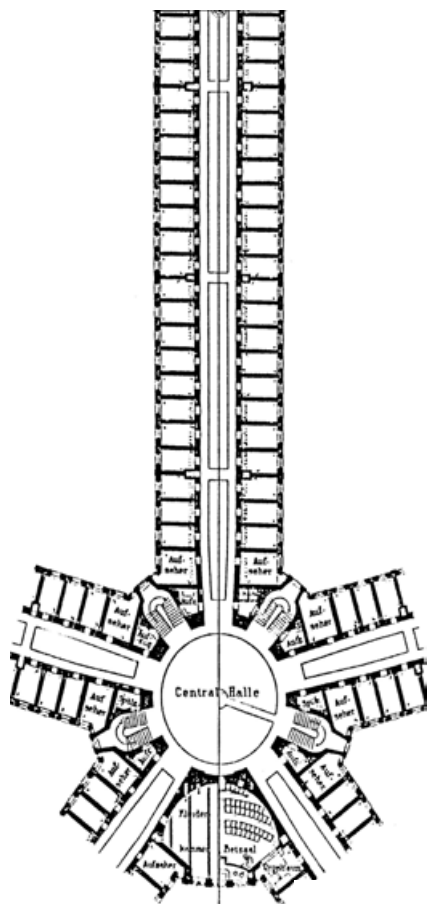


Verantwortung aus dem Weg. Ein Dorffest wird schließlich – mit Ausnahme eines Hahnenkampfs, bei dem es um Wettgeld geht und der sich daher größter Beliebtheit erfreut – zum größten Teil von den Guerilleros organisiert. Von politischen Kadern, die danach streben, sich politisch überflüssig zu machen.

Auf den ersten Blick könnte man diese Zurückhaltung der Bevölkerung als politische Verweigerung gegenüber selbsternannten Avantgarden interpretieren. Man könnte behaupten, die kolumbianische Landbevölkerung – Spielball der bewaffneten Akteure im Krieg und vielfach vertrieben – sei es leid, sich fremd bestimmen zu lassen. Sei nicht bereit, sich in eine Struktur zu fügen, die sie nicht selbst gewählt hat. Aber so einfach ist es nicht. Die Dorfbewohner, die im ersten Satz stets betonen, den bewaffneten Akteuren des Kriegs gleichermaßen distanziert gegenüberzustehen, schieben nach einem längeren Gespräch meist nach, dass sie ohne die Anwesenheit der Guerilla wohl längst von ihrem Land vertrieben worden wären, denn die Regierung will die Goldvorkommen an ausländische Unternehmen verkaufen. Die Goldsucher stellen hierfür

ein Hindernis dar. Und schließlich bemerken die Dorfbewohner auch, dass die Selbstorganisation ihrer Ortschaften die einzige Möglichkeit sei, dem Elend ein Stück weit zu entkommen.

Und trotzdem organisieren sie sich nicht.



Panoptikum: Das Prinzip des Panoptikums besteht darin, dass ein Gefängniswärter in die ihm zugeteilten Häftlingszellen hineinblicken kann, ohne von den Insassen gesehen zu werden. Damit entfaltet sich eine Form der Kontrolle, die dazu tendiert, vom Gefangenen verinnerlicht zu werden. Der Häftling wird keineswegs permanent beobachtet, weiß aber nicht, wann sich der Blick des Wärters abwendet und nimmt sich daher aus Furcht vor möglicher Bestrafung selbst zurück. Die Überwachung gewinnt neue Effizienz: »Die Häftlinge [werden zu] Gefangenen einer Machtsituation, die sie selber stützen«, sagt Foucault. Die Selbstdisziplinierung des Gefangenen nimmt dem Wärter einen erheblichen Teil seiner Arbeit ab. Seit Foucault ist vielfach beschrieben worden, wie sich dieses System von Überwachung und verinnerlichter Kontrolle vom Gefängnis ausgehend in den gesellschaftlichen Alltag hinein ausgebreitet hat. Die Entwicklung der Sicherheitstechnologien hat diese Panoptisierung weiter fortgeschrieben. So ist beispielsweise die gesamte Innenstadt Londons unter dem Vorwand

der City-Maut-Erhebung in einen panoptischen Raum verwandelt worden, bei dem ein Netzwerk aus Verkehrsüberwachungsstellen, Kontrollbehörden und Geheimdiensten den Gefängniswärter ersetzt hat. 800 Kameras erfassen die in die Innenstadt hineinrollenden Fahrzeuge und gleichen Insassen und Autokennzeichen automatisch mit Fahndungslisten ab. Insgesamt hat man in Großbritannien mittlerweile 2,5 Millionen Überwachungskameras installiert. Der Einzelne muss ständig davon ausgehen, bei Regelübertretungen beobachtet und bestraft zu werden – er steht wie der Gefängnisinsasse unter Generalverdacht. Bemerkenswerterweise versucht dieses System, seine Allmacht gleichzeitig zu annoncieren und zu kaschieren. Die Überwachung wird nicht von Wachtürmen aus ausgeübt, die über den Lagerinsassen thronen und den Kontrollzustand vor Augen führen. Die Überwachungskameras sind omnipräsent und doch unsichtbar. Immer wieder weisen Schilder auf ihre Existenz hin, aber besonders aufdringlich sind die Kameras selten angebracht. Der Zustand der Überwachung bleibt dezent. Der Eindruck einer umfassenden Kontrolle soll – gerade weil sie faktisch ist – vermieden werden. Das gesellschaftliche Gefängnis darf nicht als solches wahrgenommen werden. Die automatisierte, entindividualisierte Form der Macht entwickelt immer technischere Züge.

Gesehen werden durch die Zeit: Im kolumbianischen Bergwald gibt es keine Überwachungskameras. Personalausweise sind so gut wie bedeutungslos, der Arm des bürgerlichen Strafsystems reicht nicht in die Minendörfer – Justiz- und Polizeiapparat sind in weiten Teilen des Territoriums faktisch nicht präsent. Dennoch ist die Angst der Bevölkerung, als Staatsfeind identifiziert zu werden, auch in der Serranía San Lucas allgegenwärtig. Der Ladenbesitzer erklärt, den Guerilleros nur deswegen Lebensmittel zu verkaufen, weil es sich um Bewaffnete handle. Die Friseurin, die zum Frauentag ein buntes Programm auf dem Hauptplatz organisiert, vermeidet jede Äußerung, die als politisch interpretiert werden könnte – obwohl ihr eine solche Haltung bei der faktischen Ordnungsmacht Guerilla durchaus Sympathien einbringen würde. Und der Sprecher der Goldsucherassoziation spricht, wenn man ihn nach Menschenrechtsverletzungen fragt, nur von der »schwierigen Situation der öffentlichen Sicherheit«. Schon die Verwendung des Begriffs »Paramilitärs« würde ihn in den Augen der kolumbianischen Eliten als potenziellen Guerillasympathisanten brandmarken.

Das System der Überwachung wirkt lange vor der Verhinderung konkreter Handlungen bei der Einschränkung des Denkens und Sprechens. Dass das auch an jenen Orten Kolumbiens funktioniert, die vom Zugriff staatlicher und parastaatlicher Sicherheitsorgane mitunter jahrelang verschont bleiben, hat damit zu tun, dass Armee und Paramilitärs ein eigenständiges Kontroll- und Strafsystem etabliert haben, das zwar nur selten offene Präsenz zeigt, aber dennoch, wie der mit dem panoptischen Blick ausgestattete Wärter jede Handlung registrieren *könnte*. Selbst in den abgelegensten Berg-, Dschungel- und Savannendörfern

Kolumbiens muss die Bevölkerung damit rechnen, beobachtet und irgendwann einmal für ihr Verhalten zur Rechenschaft gezogen zu werden. Wenn Mina Caribe eines Tages in einer Militäroperation besetzt wird – und in regelmäßigen Abständen kommt es immer zu solchen Operationen –, stehen die Sprecher der Dorfversammlungen und Kooperativen ganz oben auf der Abschussliste. Sie werden brutal gefoltert, strandrechtlich erschossen oder massakriert. Auf diese Weise unterbindet das von den kolumbianischen Eliten mittels (Para-)Militärs etablierte Überwachungs- und Strafsystem nicht nur die Kommunikation zwischen Guerilla und möglichen Unterstützern, sondern jede Art systemkritischer Organisation und Artikulation. Auch in Abwesenheit des bürgerlichen Herrschaftsapparats bleibt die Kontrolle bestehen.

Die Logik von »Überwachen und Strafen«: Foucault beschreibt das Entstehen einer Ökonomie der Bestrafungen. Die exzessiven Marterungen, mit denen Vergehen bis ins 18. Jahrhundert geahndet wurden, werden allmählich von »kalkulierteren«, »gemäßigteren« Strafen abgelöst. Der Souverän erscheint weniger gewalttätig und setzt seine Legitimität damit nicht mehr in der gleichen Weise aufs Spiel. Es entsteht ein System zur »differenzierten Behandlung von

Gesetzwidrigkeiten, nicht zu ihrer globalen Unterdrückung«. Eine regulierte Strafkunst, die darauf abzielt, stets nur so viel Bestrafung einzusetzen wie zur Abschreckung nötig. Auf den ersten Blick scheint es, als hätten die Eliten Kolumbiens diese Ökonomie des Strafens außer Kraft gesetzt. Die Handlungen der (para-)staatlichen Organe entbehren jeder Zurückhaltung. Sie wirken willkürlich und von zügellosem Hass geleitet. Von »regulierter Strafkunst« kann wahrlich nicht die Rede sein. Tatsächlich geht die Brutalität, mit der in Kolumbien überwacht und gestraft wird, mit einer Krise der Staates im doppelten Sinne einher. Zum einen durchdringt der Sicherheitsapparat einen Teil des Landes nicht vollständig: Die späte Erschließung von Wald- und Savannengebieten, die Präsenz von Guerillabewegungen und die Ineffizienz der staatlichen Organe selbst haben verhindert, dass Polizei und Justiz ihre ganze Macht entfalten konnten. Zum anderen hat die soziale Auseinandersetzung in Kolumbien aber auch einen Punkt erreicht, an dem sich der herr-



schende Status quo mit den üblichen Instrumentarien bürgerlicher Macht nicht mehr aufrechterhalten lässt. In Anbetracht eines drohenden Aufstands der Unterschichten und der Existenz großer Guerillaarmeen stellt jede eigenstän-

dige soziale Organisation eine Bedrohung für die Besitzenden dar. Keine bürgerliche Justiz kann jedoch die Gründung von Kooperativen, Bauernverbänden oder Gewerkschaften unter Strafe stellen, ohne die Legitimität des Staates zu gefährden. Daher ist das »gemäßigte« Strafsystem durch ein »roheres«, »vorbürgerliches« System ersetzt worden, das zwar weniger »ökonomisch« zu strafen scheint, aber nicht minder kalkuliert agiert.

Auch in diesem System fungiert die Überwachung neben der Strafe als zweite tragende Säule, wobei die Grenzen zwischen gegenseitiger Kontrolle der Bevölkerung, Denunziantentum und massenhaftem Spitzelwesen fließend sind:

- In Ovejas, einem Dorf im nordkolumbianischen Department Sucre, treibt eine Marine-Einheit im Jahr 2000 die Bevölkerung zusammen und ermordet 40 Menschen. Es geht weniger um die Bestrafung konkreter Guerilla-Unterstützer, sondern um die Disziplinierung einer ganzen Region: Die Bevölkerung soll wissen, dass sie kollektiv zur Rechenschaft gezogen werden kann, wenn Einzelne aus der Ortschaft mit den Aufständischen zusammenarbeiten. Das heißt, es wird ein Klima geschaffen, in dem sich die Bevölkerung gegenseitig bespitzelt und gegebenenfalls denunziert, um der kollektiven Strafe zu entgehen.

- In einer anderen nordkolumbianischen Region, im Küstengebirge der Sierra Nevada, ermorden Paramilitärs Mitte der 90er Jahre Dutzende Bauern, die von einer Ex-Guerillera denunziert worden sind. Berichten der Bevölkerung zufolge war die Frau zu den Todesschwadronen übergelaufen, nachdem diese sie und ihre Verwandten entführt und die Angehörigen vor den Augen der Frau Kaimanen zum Fraß vorgeworfen hatten. In ihrer Ohnmacht wechselte die Guerillera die Seiten und wurde zur Geliebten ausgerechnet jenes Kommandanten, der ihre Familie ermordet hatte. Solche Fälle des Überlaufens, von denen in ganz Kolumbien berichtet wird, sind besonders wirkungsvoll: Der Kontrollblick bekommt einen neuen Zeithorizont. Der Freund, dem man heute vertraut und alles erzählt, kann in einigen Monaten schon ein Informant sein. Nicht nur Nachbarn kontrollieren das Verhalten, sondern die Einzelnen sich selbst, weil ihnen selbst im engsten Kreis jede Bemerkung oder Handlung zum Verhängnis werden kann.

- Im Catatumbo, Norte de Santander, einer an Steinkohle reichen Region an der Grenze zu Venezuela, beginnt 1998 eine Armeeooffensive. Die Bauern berichten später, die Militärs hätten genau gewusst, gegen wen sich die Repression richten musste, um die in den Dörfern existierenden Organisationen zu zerschlagen. Die Militäргеheimdienste hätten über einen längeren Zeitraum Informanten in das Gebiet eingeschleust und so Nachrichten über die Dorfstrukturen gesammelt. Offensichtlich bereitet die Armee ihre Operationen heute anders vor als noch vor zehn Jahren, sie untersucht nicht mehr nur die Topographie einer Region, sondern platziert auch Spitzel, um das soziale Netz im Einsatzgebiet zu durchleuchten.

Die Beispiele zeigen, dass der kolumbianische Staat in Teilen seines

Territoriums keine permanente Kontrolle ausübt, aber ein Überwachungs- und Strafsystem hervorgebracht hat, das in vielerlei Hinsicht engmaschiger ist als die bürgerlichen Disziplinierungsapparate. Die Überwachung durch Spitzel und potenzielle Überläufer, die Traumatisierung durch Folter und Massaker und die Selbstdisziplinierung einer eingeschüchterten Bevölkerung bilden ein Gesamtgefüge, das oppositionelle Handlungen an jedem Ort des Landes – früher oder später – bestrafen kann. Noch im abgelegensten Urwaldgebiet müssen die Menschen, wie im panoptischen Modell, davon ausgehen, beobachtet zu werden. Der Spitzel, der Überläufer und das Massaker sorgen als Gesamtsystem für politische Lethargie, Ohnmacht und eine aus der Verzweiflung geborene Identifikation mit dem Aggressor, dem Staat.

Eine Million Spitzel: Kolumbien hat sich – so lautet eine weit verbreitete These – in den vergangenen Jahrzehnten in ein Laboratorium für neoliberale Restrukturierung und Kriegsführung verwandelt. Für das Spitzelwesen trifft

die Behauptung nicht weniger zu. Mit dem (unter US-Präsident Bill Clinton konzipierten) Plan Colombia sind v.a. Überwachungstechniken finanziert worden. So fließt die US-Militärhilfe in Höhe von ca. 500 Mio. US-Dollar jährlich in drei Hauptbereiche: Ausbau der Luftaufklärung und -überwachung, Training von Eliteeinheiten der Counterguerilla, Modernisierung der Geheimdienst- und Informationsapparate.

Der kolumbianische Präsident Uribe hat das Konzept der panoptischen Gesellschaft – jeder muss davon ausgehen, beobachtet zu werden, ohne zu wissen, wann und von wem – ganz unverhohlen zum politischen Ziel erklärt. Eine Million Informanten werde die Armee anwerben, verkündete der von US- und EU-Regierungen geschätzte Uribe bereits während des Wahlkampfs 2002. Das bedeutet nichts Anderes, als dass einer von zwanzig erwachsenen kolumbianischen Bürgern als ›Auge‹ der Militärs tätig wird. Die gesellschaftlichen Folgen kann man sich ausmalen: Denunziation als alltägliche Praxis, Furcht und allgemeines Misstrauen, paranoide Durchdringung

der Bevölkerung. Dass manche Kolumbianer ihre Privatstreitereien lösen werden, indem sie Nachbarn oder Kollegen als Guerilleros denunzieren, ist durchaus einkalkuliert. Letztlich geht es in einem derartigen System nicht in erster Linie um den Sieg über die Untergrundorganisationen, sondern um die Zerstörung jedes sozialen Geflechts. Selbst verwandtschaftliche Beziehungen



werden von Angst besetzt. Weil sich jede Äußerung, jedes emotionale Verhalten im Nachhinein als fatal erweisen kann, nimmt man sich vorausschauend zurück und geht anderen aus dem Weg. Das Ergebnis ist eine auf eigentümliche Weise konditionierte Gesellschaft, die nicht so sehr in den maschinenhaften Prozeduren von Schule und Kaserne ihre Selbstdisziplinierung erlernt, sondern deren Unterwerfung in der massenhaften Traumatisierung durch Bespitzelung, Folter und Massaker geboren und perpetuiert wird.

Fotos: Oscar Paciencia, Bologna.
Sie sind der Ausstellung »Colombia. El rostro de la
resistencia« entnommen.
<http://www.nuncamas.splinder.it>
Die Ausstellung kann ausgeliehen werden.
Kontakt: edmea29@email.it
Weitere Fotos von Oscar Paciencia:
<http://digilander.libero.it/Edmea29/>





Ausdrücklich erwähnt werden auch vorgefertigte präparierte »Mehrfachsteckdosen, Telefonhörer oder Handyakkus, denn sie ermöglichen die Durchführung illegaler Lauschangriffe durch beliebige eingeschleuste oder bestochene Hilfspersonen. Die Zweckentfremdung vorhandener Kabel, die Nutzung überzähliger Adern oder die Neuverlegung von Leitungen – besonders wahrscheinlich nach Renovierungs-, Umbau- und Wartungsarbeiten« würde von professionellen und staatlichen Stellen gerne genutzt. Bei solchen Lauschangriffen müsse mit der »Platzierung

Geräten und Radios« gerechnet werden. Telefonwanzen würden bevorzugt als handelsübliche Kondensatoren getarnt, die in Telefonen, Verlängerungskabeln, Adaptersteckern, Anschlussdosen oder Verteilern so gut wie nicht mehr auf-

zufinden seien. Meist würden die Telefonhörer komplett gegen baugleiche Hörer ausgetauscht, in denen Module dann nicht nur die Telefonate, sondern auch den Raum abhören. Besonders gut zum Abhören geeignet seien drahtlose Telefone. Sie können – sowieso über den Provider –, aber auch mit handelsüblichen Scannern belauscht werden. Besonders gefährlich sind manipulierte Handys. Hier werden kleine Sender eingebaut, die die Telefonate und auch den Raum abhören: »Das Opfer bekommt nicht mit, wenn der Spion sein Handy anwählt. Er hört kein Klingeln, und auch das Display zeigt keinerlei Reaktion.«

Des Spitzels Hardware: Welche Überwachungsmethoden grundsätzlich möglich sind, erschließt sich ein wenig aus den Katalogen diverser mehr oder we-

niger seriöser Anbieter für »Überwachungsanlagen«, »Behördentechnik« oder »Spionagebedarf«. Alles, was des Spitzels Herz höher schlagen lässt, wird dort in einem meist schlechten Deutsch angepriesen.

Eine Firma bewirbt den drahtlosen »SPYTEC-Ohrhörer mit Induktions-Sende-Spule zur verdeckten Trageweise um den Hals«. Geeignet für verdeckt am Körper getragene Funkgeräte, aber auch für – Musikkonsumenten aufgepasst – Minidisc-Player! Er sorgt für den »diskreten Empfang von Informationen: Ideal zur verdeckten Nachrichtenübermittlung für Polizei- und Sicherheitsdienste sowie als elektronischer Souffleur bei Theater und Film.« Offenbar an den fürsorglichen V-Mannführer gerichtet wird mitgeteilt, dass »Bastelprodukte aus dem Low-Cost-Bereich für Hobby-Detektive mitunter noch in Frage kommen mögen, für den professionellen Einsatz sollten aber nur Produkte von professionellen Herstellern zum Zuge kommen. Personen, die zur Durchführung ihrer Aufgaben in den Bereichen Observation, Nahschutz, TV etc. eine Tarnfunkausrüstung tragen müssen, üben einen Beruf mit hohem Risiko aus. Dies ist kein Grund, die eigene Gesundheit bzw. die Ohren noch zusätzlich durch die Anwendung von veralteten Geräten zu belasten – ja zu gefährden. Ein Gehörschaden tritt nicht unmittelbar auf, sondern wirkt sich erst viel später aus und ist leider nicht mehr reparierbar. Auch andere Beeinträchtigungen, wie zum Beispiel der »Tinnitus«, ein Dauergeräusch im Ohr – welches Leute fast zur Verzweiflung treiben kann – oder Gleichgewichtsstörungen können durch zu hohe Signalpegel oder Dauerrauschen ausgelöst werden.« Vor halbtauben torkelnden Polizeibeamten und Spitzeln schützt also der SPYTEC-Ohrhörer für nur 580 Euro.

Es geht in diesem Beitrag nicht um die offiziellen Überwachungstechniken, bei denen Handys wie normale Telefone abgehört werden und die Standortdaten eines eingeschalteten Handys vom Netzbetreiber erfasst und an die entsprechenden Sicherheitsorgane übermittelt werden. Diese flächendeckende Überwachungstechnik ist den allermeisten bekannt und wird kaum von den uns hier interessierenden Spitzeln vor Ort eingesetzt. Es geht auch nicht um das Anfertigen von Unterlagen, die von Spitzeln gefunden und eingesehen werden können. Wer z.B. ein Tagebuch führt, und dort für unerwünschte Mitleser Interessantes einträgt, ist selbst schuld. Für die Auswertung solcher Quellen benötigt kein Spitzel eine besondere Technik.



Wer noch halbwegs gerade gehen oder sitzen kann, für den gibt es die »in eine Krawatte eingearbeitete getarnte TV-Kamera mit 1/3 Zoll CCD-Chip für investigative Einsätze«. Die »Spezialoptik« sorgt für eine kaum wahrnehmbare Objektivöffnung. »Im Einsatz getestet liefert sie im Bereich von 10 cm bis unendlich selbst bei starken Bewegungen eine exzellente Bildqualität. Bildauflösung ca. 300.000 Pixel. Lichtempfindlichkeit von <1 Lux.«



In Kreisen und Situationen, wo ein Krawattenträger eher auffallen würde, kann ein funktionstüchtiger Kugelschreiber zum Einsatz kommen. Im Druckknopf befindet sich »eine komplette TV-Kamera mit lichtstarker Nadelöhr-optik«. Mit ihr lassen sich Dokumente ebenso wie bewegte Handlungsabläufe im Raum aufzeichnen. Um das Bild aus der Krawatte oder dem Kuli an einen entfernten Videorecorder weiterzuleiten, gibt es spezielle Videosender »im praktischen Gürtelclip-Gehäuse für bis zu 8 Stunden drahtlose Bildübertragung mit einer Reichweite bis zu 1.500 Metern im freien Gelände«. Komplettlösungen für um die 1.000 Euro sind bei wirklichem Interesse und Bedarf sicherlich erschwinglich.



Stationäre Kameras werden in allen Varianten angepriesen. Das reicht von der vermutlich verbreiteten »Farb-Kamera im Rauchmelder, Aufputzversion«, mit einem Blickwinkel von 80° vertikal und 58° horizontal für 285 Euro bis zur »Schraubenkopfkamera« für 395 Euro, deren Objektiv in einer aufgebohrten Kreuzschlitzschraube versteckt ist. Der Einbau in alle möglichen Gegenstände wird angeboten. Genannt werden Wanduhren, Wecker, Spielwaren, Bilder, Lampen, Stereoanlagen, Briefkästen, Computer, Blumentöpfe, Vogelhäuschen, Skulpturen – alles, was unauffällig herumsteht und worin sich ein wenig Platz schaffen lässt. Außer einer Minikamera in der Größe einer halben Zigarette müssen dort noch Stromversorgung bzw. -anschluss und ein Videosender untergebracht werden. Der »Mini-Sender TX« mit den »Traummaßen 15x15x7 mm« für 409 Euro käme in Frage. Das dazugehörige Empfangs-Modul lässt sich an gängige Videorecorder, TV-Geräte oder Monitore anschließen.



Konventionellere Videoüberwachungssysteme, die sich auch der Nachbar leisten kann, gibt es sogar in Kaufhäusern. Für ein paar hundert Euro gibt es montagefertige Systeme aus Farbkamera(s) mit integriertem Mikrofon, Kabel, Monitor und Software. Zoomfunktion und ansteuerbare einzelne Bildausschnitte sowie integrierter Bewegungsalarm sind Standard. Der Alarmkontakt startet einen Videorecorder oder eine externe Sirene.

Sicher keine Sirene starten wollen die Käufer eines »Koffer-Video-Observationssystems«, mit dem für 3.155 Euro (»Leasing auf Wunsch«) »nicht nur eine akustische, sondern auch eine totale optische Überwachung möglich ist«. Die Öffnungen des Mikrofons und der Optik betragen nur je ca. 2 mm. Der Sender sendet außerhalb der normalen Fernsehkanäle an einen digitalen Recorder. Eine zusätzlich eingebaute codierte Funksteuerung ermöglicht eine drahtlose Aktivierung aus der Ferne. »Bei Bedarf ist somit ohne weiteres eine totale Überwachung auf Jahre hinaus gegeben.« Kamera, Mikrofon und Sender



werden nach Kunden-Spezifikation hergestellt. Geliefert, daher der Name, wird alles in einem Koffer »aus nahezu unzerstörbaren Kunststoff – absolut wasser- und staubdicht und somit ideal geeignet um Kontamination von Gegenständen (z.B. Spurenträgern) zu vermeiden oder umgekehrt, um möglicherweise kontaminierte Spuren (z.B. Anthrax) ohne Gefahr transportieren zu können. Ideal auch für die Aufbewahrung empfindlicher Ausrüstungsgegenstände – z.B. Schusswaffen.«



Für diesen Käuferkreis ist auch die »Harmonium-Wanze« interessant. Für 740 Euro wird »weltweite diskrete und gezielte Raumüberwachung« versprochen. Mit dieser einem Telefon vorgeschalteten Wanze (an die Telefonsteckdose oder direkt ins Telefon) können alle im Raum geführten Gespräche mitgehört werden. Durch einen gewählten Code wird das Klingeln unterdrückt, ansonsten klingelt und funktioniert das Telefon ganz normal. »Es ist gleich, ob Sie sich gerade in Dubai, Istanbul oder Hongkong befinden; mit der Harmonium-Wanze können Sie von jedem Ort der Welt den Raum eines anderen Fernsprechteilnehmers überwachen. Stromversorgung aus der Telefonleitung, Abmessungen: 50(L)x20(B)x10(H)mm, Gewicht: 10 gr., Mikrofon Reichweite bis zu 70 m² Umkreis.«

Ein Spitzel, der sich nicht in Dubai oder Hongkong aufhält, sondern schon in der Nachbarwohnung, wird zum »Stethoskop professionell« greifen, die »40.000fache Verstärkung (mit Rekorder-Anschlussmöglichkeit)« für 480 Euro löst dieses »Problem: Es muss ein Raum überwacht werden, aber ein Betreten dieses Raumes ist nicht möglich«. Das Gerät kann an Material und Stärke der Wand angepasst werden, soll »besonders für den professionellen Einsatz geeignet [sein] und ungeahnte Einsatzmöglichkeiten« bieten.

Wenn Spitzel nicht ins Haus kommen, könnten sie in Ausnahmefällen das mehr als zehnmals so teure und eine Ausbildung erfordernde »Laser Room Monitoring System« benutzen, das nur auf englisch vorgestellt wird: »Our Laser Room Monitoring System MR 7800 allows the operator, to carry out an undetected surveillance operation from outside the bulding. MR 7800 consists of three parts: laser transmitter – laser receiver – amplifier unit. ... Both, the transmitter and the receiver are built into standard single lens reflex cameras, allowing for perfect concealment.«

Von wegen nicht ins Haus – oder in das Fahrzeuginnere – kommen: Versuchen tun es Spitzel gerne. »Der weltbeste Elektropick – Das Öffnungssystem der Profis im Multipick-System Einsatzkoffer für 860 Euro« hilft ihnen dabei. »Das Multipick arbeitet mit ca. 44.000 Schwingungen pro Minute. Für alle modernen und komplizierten Schließzylinder mit bis zu 20 Zuhaltungen und mehreren Schließebenen, erkennbar am Bohrmuldenschlüssel, sowie einreihig hängenden oder stehenden Stiftzuhaltungen, verschiedene Bohrmuldenzylinder, Schließzylinder mit Scheibenzuhaltungen (Autoschlösser) und Kreuzbartschlösser bis 100 mm Einbautiefe. Auch durch Ziehschutzbeschläge gesicherte Schließzylinder können nachgeschlossen werden. Genau das richtige

für alle Schlüsseldienste, die ihren Kunden einen Top-Service bieten möchten und die das Überlisten von Schließsystemen auch als persönliche Herausforderung sehen. Die in Vibration versetzten Zuhaltungen fallen in ihre jeweiligen Schließpositionen und geben den Schließzylinderkern zur Rotation frei, genauso, als ob der Schließzylinder mit einem passenden Schlüssel aufgeschlossen worden wäre. Dabei treten keinerlei Beschädigungen am Schließzylinder auf. Das Multipick-System öffnet meistens auch dann, wenn ein Schlüssel von der anderen Seite im Schließzylinder steckt! Im Fahrzeugbereich lassen sich Schlösser vieler Fahrzeughersteller öffnen.« Wer noch Zweifel an der Einsatztauglichkeit haben sollte, wird durch eine Liste mit Referenzen eines Besseren belehrt: »Das Multipick-System wird u.a. von folgenden Anwendern erfolgreich eingesetzt: Deutsche Polizeibehörden (Sondereinsatzkräfte), Bundesgrenzschutz und Zollbehörden, Bundeswehr intern, US Airforce in Deutschland«. Na dann!

Sollte jemand so leichtsinnig gewesen sein, seine Schlüssel einen Moment lang unbeaufsichtigt zu lassen, könnte ein Spitzel zum »Hightech Schlüsselkopier-System der nächsten Generation« für 230 Euro greifen. Hier wird unzweideutig geworben: »Spätestens seit dem Beginn des ›Großen Lauschangriffs‹ ist für die Behörden das Thema Schlüsselkopieren an vorderste Stelle gerückt, da es oftmals die einzige Möglichkeit ist, mit Hilfe eines Nachschlüssels unbemerkten Zugang zu gut gesicherten Wohnungen, Geschäftsräumen oder modernen Kraftfahrzeugen verdächtiger Personen zu erhalten. Nach langer Forschung und unzähligen Tests ist es uns gelungen, aus Hightech Kunststoff-Komponenten und speziell hergestelltem Spezial-Gießmetall ein Schlüsselkopier-System zu entwickeln, dass allerhöchsten Ansprüchen genügt und Schlüssel sämtlicher existierender Schließsysteme absolut präzise, schnell und einfach kopiert: klein und handlich, überall anwendbar, ca. 180 Sekunden für Schlüsselabdruck. Die zum Kopieren eines Schlüssels benötigten Utensilien finden bei Bedarf sogar in der Hosentasche Platz.«

Sollte ein Spitzel mal in Bedrängnis kommen, wäre er der richtige Kunde für ein »GPS Handy mit Notruftaste zur permanenten Überwachung einer Person«. Dieses Modell kommt aber nur für wichtige Spitzel in Betracht, denn kaum eine Behörde dürfte jedem dahergelaufenen Schnüffler ein Gerät für 2.390 Euro anbieten. Wenn es mal eng wird, kann »über einen Knopf auf der Oberseite des Gerätes ein Notruf abgesetzt werden, oder mittels ›Totmann-Funktion‹ fragt das Handy in einem frei einstellbaren Zeitabstand den Benutzer, ob noch alles in Ordnung ist. Quittiert der Benutzer diese Meldung nicht, meldet die Zentrale eine Notsituation mit Angabe der aktuellen Handy-Position.«

Was mit Personen funktioniert, geht natürlich auch mit bereiften unfreiwilligen Wanzen, dort kann das »GPS-Observations-System ohne Zugang ins Fahrzeug Fahrzeuge und bewegte Objekte überwachen und aufspüren.« Nicht gerade billig, aber kostengünstiger als eine personalintensive Observation: 2.990 Euro kostet dieses »günstigste Satelliten-Ortungssystem«. Untergebracht in einer »Track-Box« von geringer Größe (»115 x 82 x 34 mm«) kann es magne-



tisch (»20 kg Tragkraft«) oder mit einem speziellen Kleber an Kunststoffteilen befestigt werden. Den Einbau in die Kunststoffstoßstange eines PKW schaffen trainierte Verwanzer in weniger als einer Minute.

Die aktuelle Position des Fahrzeugs wird auf fünf Meter genau auf detaillierten Landkarten mit Ort, Straße und Geschwindigkeit aufgezeigt. Alles wird in einer Datenbank gespeichert und »im System freigegebene Personen können per SMS eine Positionsfernabfrage starten. Sie erhalten die aktuelle Objekt-Position als SMS mit Orts- und Straßenangabe zurück auf ihr Handy.«

Wer kein Auto hat, aber dicke Absätze, einen gut gepolsterten Rucksack oder ein Fahrrad, die oder der kann auch geortet werden. Ein »High-Power-Peil- und Alarmsender mit bewegungsgesteuerter Alarmauslösung« ist zwar nicht so komfortabel für neugierige Überwacher, es werden Peilantennen zum Empfang des alle zwei Sekunden abgestrahlten Signals benötigt, aber durch Reichweiten von bis zu drei Kilometern auch ganz effektiv. Es können sowohl entsprechend verwanztes »Diebesgut geortet und wiederaufgefunden werden«, als auch andere Gegenstände mit geeigneten Hohlräumen. Ohne Alarmauslösung (Bewegung) bleibt das Gerät u.U. bis zu einem Jahr betriebsbereit, im Dauereinsatz allerdings nur um die zehn Stunden. Diesen nur 11 x 16 x 24 mm großen Winzling gibt es für 530 Euro.

Um so geortete Gegenstände oder Personen auch nachts sehen zu können, kommen Geräte für die perfekte »Tier- bzw. Personenbeobachtung« zum Einsatz. 570 Euro teure Restlichverstärker, die wie ein Fernglas aussehen, aber viel mehr können: »30.000-fache Verstärkung mit optimierter Reichweite, effektive Beobachtung bis zu 200 Meter«.

Falls ein Spitzel mal ein ungestörtes Gespräch führen will, oder Sorge hat, dass sein frisch angesprochenes Gegenüber über Handy unliebsame Zeugen herbeirufen will, könnte ein »Handy-Blocker für das D + E Netz« für 847 Euro von Nutzen sein. Das Gerät sendet Signale ähnlich denen, die kontinuierlich von Funkbasisstationen erzeugt werden. »Das unterdrückt wirkungsvoll das Einloggen des Mobiltelefons. Dieses System bietet die ultimative Lösung in Bereichen, in denen Funktelefone eine Belästigung verursachen, entweder durch lautes Klingeln, das ankommende Anrufe anzeigt, oder durch die geführten Gespräche.« Als weitere mögliche Einsatzorte werden »Militärbasen, Banken, Gefängnisse, Regierungsanlagen, Botschaften sowie Versammlungs- und Konferenzräume, Museen, Krankenhäuser, Galerien, Theater, Konzerthallen, Kirchen, Restaurants, Trainingcenter oder Fabriken« genannt. Der wirksame Radius liegt je nach Einstellung zwischen acht und 200 Metern. Offiziell sind solche Geräte in Deutschland verboten. Offiziell.

Computer: Wer sitzt nicht am Computer und schreibt da Dinge, die vertraulich sein sollten? Das fragen sich Spitzel natürlich auch. Ihnen kann »Orvell Monitoring 2004« (Nomen est Omen) mit der »Aufnahme aller PC Aktivitäten« bei der Beantwortung dieser Frage helfen. »Orvell Monitoring 2004« nimmt »alle Computeraktivitäten schnell und einfach auf – jede Internetseite, jeden Chat,



jede Anwendung (auch PC Spiele), jeden Tastenanschlag, jede eMail ...« Und das völlig unsichtbar, ohne die Arbeit zu stören. Wie eine Überwachungskamera macht Orvell Monitoring regelmäßig Aufnahmen des Bildschirms (z.B. alle 30 Sekunden). Die Aufnahmen werden versteckt und komprimiert auf Ihrer Festplatte abgelegt. Orvell speichert alle PC- und Internet-Aktivitäten ähnlich einem Videorekorder. Orvell Monitoring verfügt über einen leistungsstarken Keylogger zur Aufnahme aller Tastenanschläge, Sondertasten und Tastenkombinationen.«

Besonders sinnvoll für eine gezielte Überwachung ist das Einstellen frei wählbarer Schlüsselwörter: »Sobald ein Schlüsselwort erkannt wird, erhöht Orvell Monitoring automatisch die Geschwindigkeit der Bildschirmaufnahmen. Voreingestellt startet Orvell dann die Aufnahme alle 5 Sekunden für 60 Sekunden. Danach nimmt Orvell Monitoring wieder in der normalen Geschwindigkeit auf. Wenn gewünscht, sendet Orvell Monitoring umgehend eine Benachrichtigung per eMail, sobald ein Schlüsselwort erkannt wurde. Orvell Monitoring erscheint nicht in der System Tray, auf dem Desktop oder unter »Software« in der Systemsteuerung.«

Ähnliche Programme nehmen mit einer optionalen Webcam den aktuellen PC-Benutzer auf, speichern das Bild und senden es per eMail an den oder die Überwacher. Das Keylogger-Tool nimmt alles auf, was über die Tastatur eingegeben wird – natürlich auch die Passwörter zur Anmeldung auf einem System und die Passphrases von an sich kaum zu knackenden Verschlüsselungsprogrammen wie PGP. Jeder Tastenanschlag wird versteckt auf der Festplatte abgelegt. Ähnliche Tools werden in Form erbsen großer Bauelemente direkt in die Tastatur eingebaut und speichern dort bis zu 500.000 Zeichen, eine entsprechende Manipulation ist praktisch nicht zu erkennen, ein Experte könnte es höchstens bei einem Vergleich mit einer baugleichen unverwanzten Tastatur auf dem Röntgenbild erkennen.

Sollte der eigene PC weggeschlossen oder aus anderen Gründen nicht zugänglich sein, können gut ausgerüstete Schnüffler die »kompromittierende Abstrahlung« von EDV-Anlagen nutzen. »Informationshaltige Emissionen, die u.a. von Computern abgestrahlt werden, können aus einer Entfernung von mehreren hundert Metern per Antenne aufgefangen und in Echtzeit reproduziert werden. Selbst kleine Zeichen einer Textverarbeitung oder Tabellenkalkulation sowie CAD-Anwendungen lassen sich auf diese Weise wiedergeben.« Das, was auf dem eigenen Bildschirm zu sehen ist, kann ein Überwacher in einem

Sein erster Gedanke kam ihm wieder: vermutlich war sie nicht wirklich ein Mitglied der Gedankenpolizei, andererseits stellten eben gerade die Amateurspitzel die größte Gefahr von allen dar. Er wusste nicht, wie lange sie ihn schon angesehen hatte, vielleicht immerhin fünf Minuten und es war möglich, dass er sein Gesicht nicht völlig in der Gewalt gehabt hatte. Es war schrecklich gefährlich, seine Gedanken schweifen zu lassen, wenn man bei einer öffentlichen Veranstaltung oder in Reichweite eines Televisors war.

Die geringste Kleinigkeit konnte einen verraten. Ein nervöses Zusammenzucken, ein unbewusster Angstblick, die Gewohnheit, vor sich hinzumurmeln – alles, was den Verdacht des Ungewöhnlichen erwecken konnte, oder dass man etwas zu verbergen habe. Einen unpassenden Ausdruck im Gesicht zu zeigen (zum Beispiel ungläubig dreinzuschauen, wenn ein Sieg verkündet wurde) war jedenfalls schon an sich ein strafbares Vergehen. Es gab sogar ein Neusprachwort dafür: Gesichtsverbrechen.
George Orwell, »1984«

Lieferwagen oder einer benachbarten Wohnung auf seinem Monitor sichtbar machen – das Verfahren kommt sehr oft bei Wirtschaftsspionage zum Einsatz. Nur speziell abgeschirmte Rechner und Monitore, die sich kein Privatmensch leisten kann, unterdrücken solche Abstrahlungen. Entgegen anderslautender Gerüchte strahlen auch Laptops oder Drucker solche Signale ab, wenn auch in geringerem Maße als normale Röhrenmonitore.

Grund zur Panik? Wenn all das, was hier aufgezählt wurde, ständig störungsfrei zur Anwendung kommen würde, sähe es wirklich düster aus. Zum Glück ist jede Technik – noch – pannenanfällig. Außerdem ist sie kostenintensiv und ihr Einsatz erfordert geschultes Personal, was nicht unbegrenzt zur Verfügung steht. Auch der größte Aufwand führt nicht immer zu verwertbaren Ergebnissen.



Mehr als sieben Jahre basteln Verfassungsschutz und BKA an einer terroristischen Vereinigung: Im Juni 1999 traten die Herrn des Morgengrauens an zwölf Orten in Berlin, Hamburg, Bremen, Lüneburg und im Wendland mit MPs bewaffnet die Türen ein und holten zwölf Beschuldigte nebst Angehörigen aus den Betten. Der Generalbundesanwalt war der Meinung, die Führungskader der Autonomen Gruppen ermittelt zu haben, die sich 1996 und 1997 im Zusammenhang mit Castor-Transporten zu Anschlägen auf Oberleitungen der Deutschen Bahn bekannt hatten. Dieses Verfahren wurde im April 2003 eingestellt, ein Gutteil der Ermittlungsakten vorsorglich vernichtet.

Zur Illustration eines breit angelegten Überwachungs- und Ermittlungseinsatzes – und auch seiner Unvollkommenheit – wird hier der Bericht einer Berliner Anti-AKW-Gruppe dokumentiert, die in den Verdacht geriet, für Hakenkrallen-Anschläge gegen Bundesbahnstrecken verantwortlich zu sein.

Begonnen hatten die Ermittlungen laut Aktenlage im Jahr 1996 mit Erkenntnissen des Verfassungsschutzes, der Telefone von AtomkraftgegnerInnen und Mitgliedern des Berliner Anti-Olympia-Komitees (AOK) abhören ließ. Im Januar 1997 richtete das BKA eine spezielle Ermittlungsgruppe »AG Energie« ein. Nachdem der VS dem BKA eine Spezialstudie über die »terroristische Vereinigung AOK« aushändigte, wurde die Bundesanwaltschaft alarmiert und diese holte sich bei einem Richter am Bundesgerichtshof einen Beschluss, um die bisher illegale Observation zu legalisieren.

Jetzt kam nahezu das gesamte Arsenal verdeckter Ermittlungen zum

Einsatz: Telefonabhören, die Privatautos der Verdächtigen mit Peilsendern und Abhöranlagen versehen, Wohnungseingänge monatelang per Kamera überwachen, Beschuldigte und deren Freundeskreis mit einem Riesenaufgebot der Herrn mit Hut observieren. Die »AG Energie« machte Anfragen bei Finanzämtern über die Vermögenslage, suchte Arbeitsämter auf, tauchte bei Vorgesetzten auf der Arbeitsstelle auf usw. Die Reisetätigkeit der Hauptbeschuldigten wurde bis in die graue DDR-Grenzübertrittsvorzeit zurückverfolgt. Auslandsreisen wie eine nach Uruguay zu den Tupamaros wurden von den Schnüfflern aus Köln und Wiesbaden begleitet und Berichte in uruguayischen Boulevardblättern lanciert.

Neben der direkten Observation gab es im wesentlichen zwei weitere Informationsquellen: Abgehörte Telefongespräche und Textvergleiche von Anschlags-erklärungen mit veröffentlichten Texten des Berliner AOK und des Anti-Atomplenums in Berlin.

Nach den Durchsuchungen 1999 kamen zahlreiche Computerdateien hinzu mit zahlreichen »gefährlichen Texten« aus der umfangreichen Schreibtätigkeit einiger Berliner Autonomen. Für die Bullen »erkenntnisrelevant« waren Flugblattentwürfe zum Castortransport, Redeentwürfe zum Jugoslawienkrieg oder Abhandlungen zur Globalisierung. Schriftgutachten und -vergleiche der beschlagnahmten Textdateien mit Anschlagserklärungen folgten.

Mittels der 1997 richterlich legalisierten Telefonüberwachung wurde der Kreis der Verdächtigen schnell ausgeweitet auf 100 Personen aus der autonomen Szene der BRD. Im Februar 1997 ortete der VS ein Handy eines Atomkraftgegners im Berliner Grunewald – in angeblich räumlicher und zeitlicher Nähe zu einem Anschlag auf eine Oberleitung. Dieses Handy war von einem gemieteten Handy angerufen worden. Das gemietete Handy war von einem bekannten Berliner Autonomen gemietet worden. Und obwohl keine Verbindung zustande gekommen war, handelte es sich nach Meinung des Verfassungsschutzes um geheime Klingelsignale, die ausgetauscht wurden. Ob es jemals konkrete Tatvorwürfe gab, scheint nach der Durchsicht der freigegebenen Akten mehr als fragwürdig. So wird keinem der Beschuldigten vorgeworfen an einer konkreten Tat beteiligt gewesen zu sein. Das ist für eine Verurteilung nach §129a auch nicht notwendig. Dafür reicht die Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Nach nunmehr sieben Jahren Ermittlung ist weder klar geworden, wer dieser terroristische Vereinigung namens »Führungskader der Autonomen Gruppen« angehört haben soll, noch worin die »Führungstätigkeiten« bestanden haben können. Es ist auch nicht klar geworden, ob einer der Beschuldigten überhaupt an einer der Hakenkrallenanschläge teilgenommen hat.

Nach dem AOK geriet das Berliner Anti-Atom-Plenum ins Fadenkreuz. Berliner AtomkraftgegnerInnen wurden zur Schaltzentrale des Anti-AKW-Widerstandes hochstilisiert. Ein Mitglied desselben, der sich am Telefon scherzhaft als Chef bezeichnet hatte, wurde flugs zum Führungskader. Die anderen wurden in Berlin und auf den jährlichen Anti-Atom-Konferenzen observiert. Auf diesen Konferenzen wurden dann unter anderem alle Autokennzeichen sorgfältig auf-

geschrieben und verglichen. Im Rahmen dieser Ermittlungen wurden mindestens drei Berliner Autos teilweise bis zu neun Monate lang (offizielle Angabe) mit Peilsendern ausgestattet und alle Gespräche im Wageninneren abgehört. Für die Ermittlungen Verwertbares fand sich dabei nicht. Die Telefone der Beschuldigten wurden mindestens seit 1996 und nach Aktenlage auch noch 2002 abgehört. Für die Ermittlungen Verwertbares fand sich auch dabei nicht. In Berlin wurde zudem eine Wohnung mindestens sechs Monate lang mit einer Kamera überwacht und alle Personen festgehalten, die ein- und ausgingen. In der Nacht zum 7.10.1996 (der Nacht eines Hakenkrallenanschlags) konnten vier Personen festgestellt werden, die abends das Haus verließen und spät nachts wiederkamen. Allerdings war die Bildqualität so schlecht, dass niemand zu erkennen war. So konnte nur festgestellt werden, dass eine dieser vier Personen eine Plastiktasche mit sich führte. Und das ist nicht strafbar.

Scurril lesen sich die abgehörten »hochverdächtigen konspirativen« Telefonate: »In einem am 6. Oktober 1996 um 22.41 geführten Telefonat vergewisserte sich die Beschuldigte V. konspirativ beim Beschuldigten B., ob dieser einen bestimmten Gegenstand – zunächst als Ding, dann als Kürbis bezeichnet – für den Beschuldigten S. mitgenommen habe. Wie sich aus dem Zusammenhang ergab, wusste die Beschuldigte V., dass der Beschuldigte S. am späten Abend wegfahren wollte und diesen Gegenstand benötigte.« Da in der folgenden Nacht wieder Hakenkrallen eingehängt wurden, folgerte das telefonüberwachende BKA, dass der Beschuldigte S. den »Kürbis« bei dem Anschlag verwandt hatte. Worum es sich bei dem »Kürbis« gehandelt habe, konnte das Bundeskriminalamt nicht klären. Am Tatort gefunden wurde keiner. Dort fanden sich lediglich Zigaretten der Marke Juwel und an diesen Speichelspuren. Diese Juwel-Kippen führten dazu, dass bei allen Beschuldigten der genetische Fingerabdruck mittels Speichelprobe erzwungen wurde. Alle Beschuldigten sind aber Nichtraucher.

Da bei einem Beschuldigten Teile der *radikal* 154 auf dem PC gefunden wurden, wurde ein Verfahren wegen Herstellung der *radikal* angestrengt. Dabei wurden Querverbindungen gezogen, die sich in den letzten 22 Jahren, also seit 1980, angehäuft haben könnten. Später musste das BKA zugeben, dass Texte auf dem Computer keine handschriftlichen Aufzeichnungen sind und niemandem persönlich zugeordnet werden konnten. Auch das in Word-Dateien gespeicherte Herstellungsdatum sei mit Vorsicht zu genießen, da über die Änderung der PC-Systemzeit jedes beliebige Erstellungsdatum hätte erzeugt werden können.

Im Wendland und in Lüneburg hatte die Bundesanwaltschaft dem Verfahren den Namen »Die Goldene Hakenkralle« gegeben. Dort hatten zwei der Beschuldigten aus Anlass des 60sten Geburtstages eines dritten Beschuldigten am Telefon gewitzelt, man solle ihm doch eine goldene Hakenkralle schenken: »Kein Problem, ich habe im Garten noch eine ganze Kiste mit den Dingen.« Der Garten wurde daraufhin gewissenhaft – aber ergebnislos – vom BKA umgegraben.

Fazit: Schon aus der geringen Akteneinsicht, die die Beschuldigten bislang hatten, wird klar, dass ein immenser personeller und technischer Aufwand betrieben wurde und wird. Die Treffen der Beschuldigten wurden ziemlich unverhohlen mit einem Grossaufgebot observiert und rund 100.000 Telefonate abgehört.

BAK und BAW nutzten das bekannte Einschüchterungsarsenal: Denunziation am Arbeitsplatz, Überraschungsbesuche bei Menschen, die schon lange verzogen sind und mit Politik nicht mehr viel am Hut haben, Druck auf unerfahrene Menschen (»Sie wollen doch nicht, dass Ihnen berufliche Nachteile entstehen!«), offene Drohungen (»Sie haben doch ein kleines Kind...«), falsche Anschuldigungen und Denunziationen bei diversen Ämtern, die daraufhin Verfahren einleiteten, wie Bauaufsicht, Umweltamt, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Arbeitsamt, Verkehrsamt, Finanzamt, Sozialamt. Gegen einen Beschuldigten, der ein Auto auf sein behindertes Kind zugelassen hatte, wurde ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet, da aus den Observationen bekannt sei, dass er das steuerbegünstigte Auto nicht nur für das Kind benutze – Streitwert: 40 DM.

Die jahrelangen Observationen gegen die zwölf Hauptbeschuldigten müssen enorm personalaufwändig gewesen sein. Das gilt auch für die staatliche Reaktion auf den Fund einer Landkarte, auf der ein Teil der Castortransportstrecke verzeichnet ist. Auf ihr waren zwölf blaue und gelbe Kreise eingezeichnet. Der Bundesgrenzschutz wurde zur Luftaufklärung losgeschickt, fotografierte die verdächtigen Orte aus dem Hubschrauber und machte einen Plan der vermeintlichen Erddepots. In den folgenden Tagen schwärmten rund 150 mit Eisenstangen im Boden stochernde BGS-Beamte aus. Gefunden wurde gar nichts. Beim nochmaligen Blick auf die Karte fiel dann auf, dass der Elbe-Seiten-Kanal fehlte, der bereits 1974 erbaut wurde ... Dass dem BKA nur eine 40 Jahre alte Manöverkarte der Bundeswehr in die Hände gefallen war, ist den Ermittlern bis heute nicht bekannt.

Eine ausführliche Berichterstattung zu diesem Verfahren findet sich unter <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/gold>.

Selbstkritisch muss angemerkt werden, dass es einen mitunter sehr sorglosen Umgang mit Telefonaten gegeben hat. Als AtomkraftgegnerIn in diesem Land muss mensch damit rechnen, dass diverse Überwachungsbeamte mithören. Schlimmer noch die Handys, sie dienen zugleich zur Ortung des Telefonierenden. Während der Castortransporte war es der Polizei daher ein Leichtes, die Aufenthaltsorte bekannter AtomkraftgegnerInnen zu ermitteln und sie ggf. festzunehmen.

Ein nicht unerheblicher Teil der Akten, z.B. alle zu den in den Autos abgehörten Gesprächen, sind angeblich vernichtet wurden. Die Akten über die Personenüberwachung liegen auch nicht vor. Und obwohl das Verfahren mit »Erkenntnissen« des Verfassungsschutzes begann, finden sich in den Akten nur wenige Hinweise auf die Herren und Damen aus Köln. Dabei haben VS und BKA offenbar gut zusammengespield, sich gegenseitig mit Infos versorgt und legal oder illegal, ist ja scheißegal, alle möglichen Quellen angezapft.



Brigitte Lenel, geb. 1959, Dozentin, zu Philosophie und Altgriechisch spät berufen, erzieht den kleinen L. in B. und kann es manchmal nicht lassen, Orchideen auf Felsen zu züchten. **Christian Halbrock** lebt in Berlin und ist Historiker und Ethnologe, Mitbegründer der Umweltbibliothek, Mitarbeit im Bürgerkomitee »15. Januar«. **Christine Daiminger** lebt in Berlin-Kreuzberg und schreibt an ihrer Promotion zur Geschichte der Verhaltenstherapie. **Dario Rossa** lebt in Berlin und hat seinen Artikel angeblich in einer Neuköllner Eckkneipe verfasst. **Elfriede Müller** lebt in Berlin und betreibt seit über 20 Jahren Theorie und Praxis in der radikalen Linken, seit 1997 in der *jour fixe initiative berlin*. Zusammen mit Alexander Ruoff hat sie »le polar français – crime et histoire« über den französischen Kriminalroman veröffentlicht. **Gerhard Sälter**, geb. 1962, wohnt in Berlin nahe dem Gefängnis Moabit, studierte Geschichte, Politik und Philosophie und promovierte 2000 mit einer Arbeit über die Pariser Polizei. Er interessiert sich für das Funktionieren von Herrschaft und für die dafür (auch) notwendigen Repressionsapparate (Polizei, Justiz, Gefängnis, Geheimdienste). Ein Buch zur Grenzpolizei der DDR steht kurz vor dem Abschluss. G.Saelter@t-online.de **Gideon Botsch**, geb. 1970 in Westberlin, ist Politikwissenschaftler. Er beschäftigt sich u.a. mit der extremen Rechten in Deutschland im 20. Jahrhundert und mit nationalsozialistischer Politik. **Klaus Viehmann** lebt in Westberlin. Er hat 1996 einem später als Spitzel enttarnten Fotografen 40 DM für die Abdruckrechte an ein paar Fotos überwiesen. Kann sehr nachtragend sein. **Knud Andresen**, um 1965, studierte Geschichte und Politik in Hamburg. Schwerpunkte der Forschung sind Gewerkschaften, Antisemitismus und DDR. Arbeitet zur Zeit als Informant bei einem deutschen Automobilkonzern. **Mariella Schwertmüller** ist Referentin bei »argumente – Netzwerk antirassistischer Bildung«. **Markus Mohr** ist 42 Jahre alt, nutzte eine halbwegs freiwillig angetretene »Trainingsmassnahme« des Arbeitsamtes Berlin-Südwest zu ausgiebigen Internetrecherchen für dieses Buch. **Matthias Grzegorzcyk** lebt in Düsseldorf, ist Mitglied der Gruppe MAGMA, die 2001 »... denn Angriff ist die beste Verteidigung« – Die KPD zwischen Revolution und Faschismus« veröffentlicht hat. **Raul Zelik**, geb. 1968, ist Schriftsteller. Zuletzt veröffentlichte er den Roman »Bastard – Die Geschichte der Journalistin Lee« und das politisch-literarische Tagebuch »made in venezuela – Notizen über die »bolivarianische Revolution«. **Sebastian Haunss** lebt in Hamburg und interessiert sich für und schreibt über die Geschichte und Gegenwart sozialer Bewegungen. **Tobias Lenel** lebt in Berlin, ist Regisseur und durchpflügt seit 15 Jahren unermüdlich die deutsche Provinztheaterlandschaft. **Wladislaw Hedeler**, geb. 1953, ist Historiker und Publizist. Veröffentlichungen über die Geschichte der Komintern und der UdSSR in den 20er und 30er Jahren. Herausgeber und Übersetzer der Gefängnisschriften von Nikolai Bucharin. Letzte Publikation über die Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938, ihre Planung, Inszenierung und Wirkung. **Wolf-Dieter Vogel** arbeitet als freier Journalist in Mexiko-Stadt für die alternativen Medienprojekte onda und poonal. Autor einiger Buchbeiträge zu Innere Sicherheit und Rassismus. **Wolfgang Eckhardt**, geb. 1968, Herausgeber des Bakunin-Editionsprojekts »Ausgewählte Schriften in zwölf Bänden« (Karin Kramer Verlag, 1995 ff.), Mitarbeiter der Bibliothek der Freien (Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Berlin). Eckhardt@BibliothekderFreien.de.

Über solche und solche Spitzel Anstelle eines Nachworts

Wenn der Rechtsstaat der V-Männer nicht entraten kann, dann muss er peinlich darauf achten, dass auch diese nachrichtendienstliche Methode vom Geist der Freiheit getragen wird, dass der Verfassungsgegner als Mensch geachtet und ihm durch die Agenten mit Distanz und Ritterlichkeit begegnet wird. Der Grenzbereich zwischen noch vertretbarem Einsatz von V-Leuten und Rechtsbruch ist letztlich rational kaum fassbar, weil privates Verhalten des V-Mannes und Erfüllung des staatlichen Auftrages in vielfachen Abwandlungen ineinander übergehen. Gerade aber in diesem Grenzbereich betätigt sich der V-Mann in der Regel, und der Staat ist stets in Gefahr, sein Gesicht zu verlieren. Es kommt daher entscheidend darauf an, ob es gelingt, zuverlässige Persönlichkeiten zu gewinnen, denen Bewahrung und Erhaltung des freiheitlichen Rechtsstaates ein ernstes Anliegen ist, die sich aber zugleich bewusst sind, auch bei dem »Verfassungsgegner« einen Menschen mit eigener Würde gegenüber zu stehen. Abenteurernaturen und labile Charaktere jedenfalls sind diesen Aufgaben nicht gewachsen, sie unterliegen zu häufig den Versuchungen nachrichtendienstlicher Tätigkeit.

Dr. jur. Hans-Ulrich Evers, 1960

So, die Stelle müssen wir uns merken. Stell dich mal da hin und tu so, als ob du pisst ... Ich finde dich reichlich unvorsichtig. Du kennst mich doch überhaupt nicht. Du bist ein Genosse, sagt Ilona, das sieht man. Du bist reichlich naiv, sagt Gerd. Einem Spitzel oder Agent provocateur sieht man seinen Job auch nicht an. Das ist wie in deiner früheren ... Szene. Da arbeiten auch Loddels für die Bullen. Oder Wirte. Die findest du überall. Aber nicht, wenn Jörg sagt, du seiest in Ordnung. Hast du ne Zigarette?

Peter Paul Zahl: Die Glücklichen, 1979



Zu diesem breiten Spektrum der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben durch Private gehört der V-Mann, der in der Regel als einfacher Verwaltungshelfer, wenn auch recht fragwürdiger Art, angesehen werden kann. ... Der V-Mann übernimmt Aufgaben des Verfassungsschutzes, die zweifellos staatliche sind. Der Spitzel ist statusrechtlich nur sehr begrenzt in die Behördenstruktur integriert. Allerdings tritt er in vielen Fällen nach außen hin »im eigenen Namen« auf, denn er gibt nicht zu erkennen, dass ihm staatliche Aufgaben übertragen worden sind.

Rechtsanwalt Wolfgang Schatzschneider, 1979

Polizeispitzel sind selten beliebt. Nick Atwell begriff auch warum, wenn er Gordy Warren ansah. Der Mann war klein und drahtig, mit einem schmalen Schädel und einem Lächeln, das einen sofort mit der Hand nach der Brieftasche



greifen ließ, um festzustellen, ob sie noch da war. Seine blauen, wässerigen Augen blickten unruhig, während sein Atem überraschend rein war. Nick wusste das voll Dankbarkeit zu schätzen, denn Gordy gehörte zu den Leuten, die einem beim Reden gern mit dem Gesicht ganz nahe kommen.

Michael Underwood, Spitzel spielen mit dem Leben, 1978

Nach der »privatrechtlichen Theorie« wäre der V-Mann wegen der Rechtswidrigkeit seines Tuns nahezu »vogelfrei«. Die Arbeit eines V-Mannes als solche ist schon äußerst gefährlich, weil bei einer Enttarnung u.U. mit Angriffen gegen ihn durch die von ihm überwachten Personen zu rechnen ist. Wäre nun die Tätigkeit des V-Mannes auch noch rechtswidrig, so wären diese Angriffe, wenn sie sich in Grenzen hielten, sogar durch Notwehr gerechtfertigt und der V-Mann befände sich in einer noch unerträglicheren Lage. Der Einsatz eines V-Mannes würde damit auch im Widerspruch zu der Fürsorgepflicht des öffentlich-rechtlichen Arbeitgebers stehen.

Dr. jur. Hans-Georg Friedrichs, 1981

»Rodrigo, mein Freund. He, Rodrigo Punto, das ist Detective Nick Manoris.« McCabe rutschte auf die Bank, zog eine Marlboro aus der Schachtel, die Rodrigo auf dem Tisch hatte liegen lassen, und zündete sie an. Nick blieb einen Augenblick stehen und warf einen argwöhnischen Blick auf die Speisekarte an der Wand. Kurz darauf setzte er sich neben Sonny. »Ich hab dir doch gesagt, Sonny, dass ich mit keinem außer dir reden will. Hab ich dir gesagt. Was ich will, interessiert hier wohl nicht«, sagte Rodrigo. Der Kanarienvogel tschilpte und schlug hektisch mit den Flügeln, als hätte er ein Näschen Kokain geschnupft. Rodrigo zuckte zurück. ... »He, Rodrigo, was du willst, zählt 'ne Menge«, sagte Sonny. »Aber es gibt gewisse Regeln, an die wir uns halten müssen. Verflucht, wenn du Cop wärst, würdest das verstehn.« »Ich war mal Captain. Da hab ich die Regeln gemacht. Niemand hat mir was zu sagen gehabt, bis die beschissenen Kommunisten kamen. Da hab ich'n Abgang gemacht, Mann. Ohne mich!«

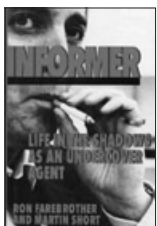
Bob Leuci: Der Spitzel, 1997

Gesetzestreue, ordnungsliebende, ängstliche, vorsichtige, biedere Mitbürger haben als V-Leute keine Chance und werden von einer Zielgruppe nicht angenommen und nicht anerkannt. Diese Erfahrung beschränkt von vornherein das Reservoir potentieller V-Leute.

Staatsanwalt Harald Hans Körner, 1983

Bei der Auswahl der V-Personen [können] keine hohen moralischen Ansprüche gestellt werden.

Leitender Ministerialrat Hans Christop Schaefer, 1983



Abbildungs- und allgemeiner Zitatenachweis

Abbildungen, soweit nicht anders angegeben: Archiv der Herausgeber.
Seite 56, 59: Hamburger Staatsarchiv. Seite 81, 82: Landesarchiv NRW,
Hauptstaatsarchiv Düsseldorf. Seite 86, 87, 88, 89: Stiftung Archiv der
Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO)
Berlin. Seite 91, 93, 94: Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam.

Carl Wilhelm Zimmermann: Die Diebe in Berlin, Berlin 1847. Friedrich
Christian Benedict Avé-Lallement: Das deutsche Gaunerthum, 1858. August
Bebel: Reichstagsrede am 25. Mai 1906. Egon Erwin Kisch: Das Tagebuch
Heft Nr. 12, 1925. Herbert Wehner: Notizen, 1946. Ernst Thälmann: Reden
und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Berlin
1956. Ernst Puchmüller: Mit beiden Augen. Ein Erinnerungsbuch, Rostock
1966. Wolfgang Schatzschneider: Ermittlungstätigkeit der Ämter für
Verfassungsschutz und Grundrechte, Frankfurt 1979. Hans-Ulrich Evers:
Privatsphäre und Ämter für Verfassungsschutz, Berlin 1960. Karl Marx und
Friedrich Engels: Rezensionen aus der Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-
ökonomische Revue, April 1850, in: MEW Band 7, 1973. Wladimir I. Lenin:
Brief an einen Genossen über unsere organisatorische Aufgaben, in: Werke,
Bd. 6. Stalin 1931, in: Werke Bd. 13. Hans-Georg Friedrichs: Der Einsatz von
V-Leuten durch die Ämter des Verfassungsschutzes, Göttingen 1981. Harald
Hans Körner: Verteufelt und verherrlicht – der V-Mann, in: Kriminalistik,
1983. Hans Christopf Schaefer: Der Einsatz von V-Personen aus der Sicht der
Staatsanwaltschaft, in: Hessische Polizei-Rundschau 1983. Alfred Stümper:
Vortrag, in: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 1983. Klaus Meschkat:
Vortrag auf der Gedenkkonferenz für Rudi Dutschke, 1999.



HKS 13: vorwärts bis zum nieder mit.

30 Jahre Plakate unkontrollierter

Bewegungen. 815 Plakate aus 30 Jahren im Buch abgedruckt, 8.300 auf der beiliegenden CD-ROM. Von APO bis »Anti-Globalisierung«, von »Rock gegen Rechts« bis Queer, von Hannover bis Nürnberg, von »Stammheim« bis Die Grünen, von Chile bis Anti-Apartheid, von Sport bis ML-Gruppen, von Lesben bis Schwulen, von Imagebeschmutzung bis Knastplakaten. Und vieles andere mehr.

Der Plakatbestand von Buch und CD-ROM reicht von einem Uni-Plakat von 1963 bis zu Plakaten gegen den Afghanistan-Krieg 2001.

Dieses Buch ist all den unbekannten PlakatekleberInnen gewidmet.



[vergriffen]
288 vierfarbige Seiten
25,50 Euro
ISBN 3-935936-05-2
Assoziation A

Klaus Schönberger | Hg. : VA BANQUE!

Bankraub – Theorie, Praxis, Geschichte.

Die Tresore der Banken haben von Beginn an die Phantasie derjenigen beflügelt, denen es an Geld ständig mangelt. Wer der Arbeit überdrüssig ist oder wer sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, träumt häufig von einem Lottogewinn oder phantasiert von Bankraub.

Das Buch unternimmt volkskundliche, kriminologische, historische, literaturwissenschaftliche und soziologische Ausflüge in die vielschichtige und faszinierende Welt des Bankraubs.

Für ZDF-Aspekte »die skurrilste Neuerscheinung« des Bücherherbstes!



280 Seiten, zahlreiche Abb.
17,40 Euro
ISBN 3-935936-03-6
Assoziation A